G 21/34 D



BRD-Marine: Rüstung zum Kampf um die Weltmeere S.23

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr. 182 28.7.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2.-



Bolivien: »Lieber sterben, denn als Sklave leben«

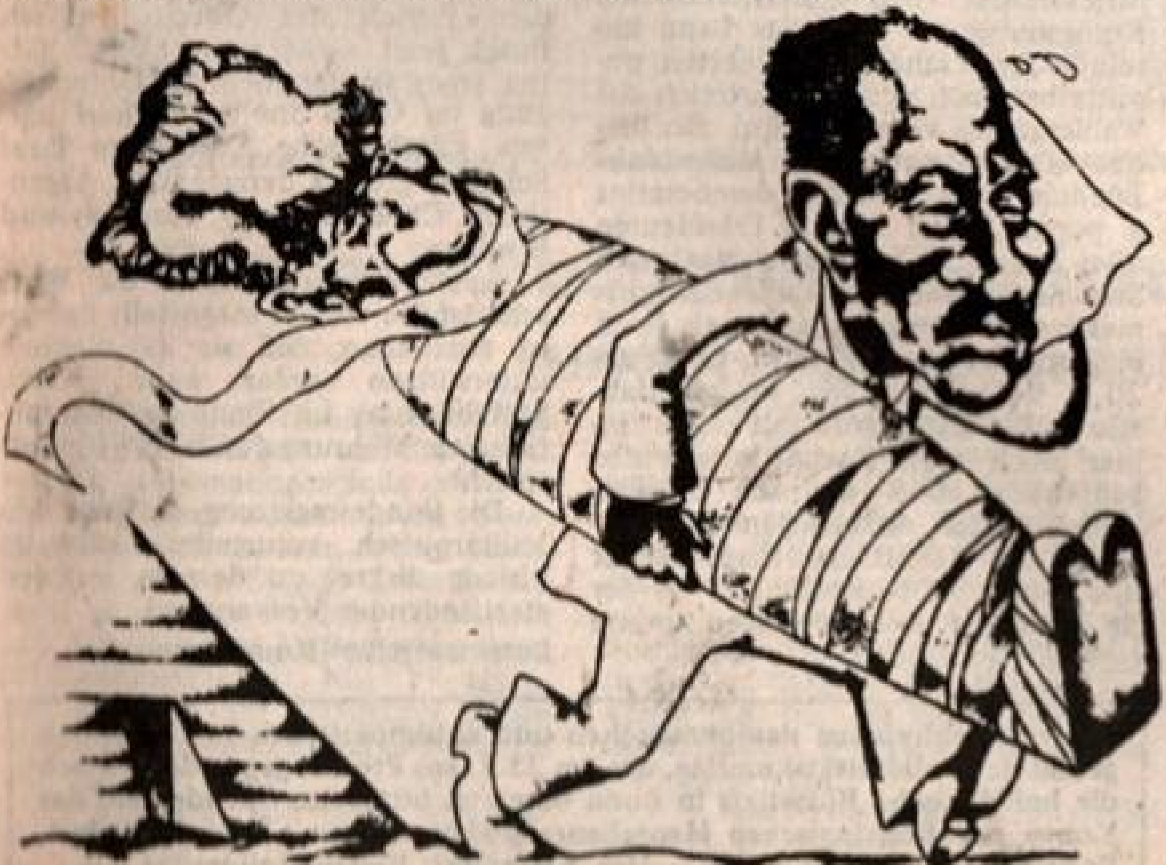
Mit diesen Worten endet die bolivianische Nationalhymne. Seit nunmehr 10 Tagen stehen die Gewerkschafter, Minen– und Landarbeiter des Andenstaates in einem schweren Kampf gegen die Militärjunta. Anders als im November letzten Jahres sind die Militärs entschlossen, den Widerstand nach chilenischem Muster zu zerschlagen. Nicht nur ihre Äußerungen, auch ihre blutige Praxis lassen keinen Zweifel aufkommen: Fußballstadien wurden in KZs verwandelt; täglich finden dort Hinrichtungen statt. Nach wie vor hält die erbarmungslose Treibjagd auf Gewerkschaftsfunktionäre und linke Politiker an. Die Elendsviertel der Hauptstadt La Paz wurden bombardiert, ebenso wie die von den Bergarbeitern besetzten Minen im Süden des Landes. Aber immer noch rufen die Untergrundsender der Gewerkschaften zum Widerstand auf. Die Ereignisse in Bolivien haben erneut die bittere Wahrheit unterstrichen, daß die Pest faschistischer Diktaturen nur durch den bewaffneten Kampf zu beenden ist. Dies ist momentan nicht einmal unter liberalen Auslandsvertretern Boliviens umstritten.

Die derzeitige internationale Isolierung der Junta, die sich allein auf Argentinien, Chile, Brasilien und Uruguay stützen kann (auf welche US-amerikanische Kreise sie sich stützt, wird sich noch herausstellen!), hält die USA und die Bundesregierung trotz verbaler Proteste keineswegs davon ab, die diplomatischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die „Welt" (25.7.) dürfte recht haben, wenn sie davon ausgeht, daß eine Beeinträchtigung der „guten Wirtschaftsbeziehungen" durch den Putsch „unwahrscheinlich" sei. So stellte

Fortsetzung Seite 2

Schah matt!

Frohe Kunde nach Redaktionsschluß: Über Radio wurde am 27.7. das Ableben des Ex-Schah bekannt gegeben. Damit tritt eine Person ab, die entscheidend zu unser aller Politisierung beigetragen hat. Doch auch er war nur ein Papiertiger. Unser aufrichtiger Dank gilt den Genossen Professoren, die den Schah behandelten. Wir nutzen die Gelegenheit, uns für so manches böse Wort über die weiße Kunst, das auch in unsere Zeitung Eingang gefunden haben mag, zu entschuldigen, und verbinden dies mit der Hoffnung, daß es sich um dieselben Ärzte handelt, die auch Präsident Sadat betreuen.



Terrorurteil gegen Brigitte Heinrich

Mit einem Schlag gegen alle „Liberalisierungs"-Illusionen endete der Prozeß gegen Brigitte Heinrich. 21 Monate verhängte das Gericht in dieser Justiz-Farce. Brigitte, die schon einmal in viermonatiger U-Haft saß und nur entlassen wurde, weil sich ihr Zustand lebensbedrohlich zugespitzt hatte, steht nun vor der „Wahl", die Haftstrafe anzutreten und endgültig ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen, oder in die Revision zu gehen und erneut die Schikanen und Aufwendungen eines langen Prozesses mit ungewissem Ausgang auf sich zu nehmen.

Zehn Monate hatte das Karlsruher Oberlandesgericht gegen die Diplom-Volkswirtin und Vorsitzende des Studentenparlaments der Frankfurter Universität verhandelt. Am 25.7. wurde sie wegen Waffenschmuggels und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt. Offensichtlich hat sich das Gericht bei seiner „Wahrheitsfindung" weniger auf vorliegende Beweise als auf die Beurteilung von Brigittes „Täterpersönlichkeit" gestützt. Es fragt sich allerdings, warum das Gericht die Verhandlung zehn Monate hinzog, wenn es sowieso auf die Behandlung von F a k t e n verzichten wollte.

Anfang der siebziger Jahre, so die Anklage, habe Brigitte Tretminen und Handgranaten über die Schweizer Grenze gebracht, die dann in den Arsenalen der RAF verschwunden seien. Bei dieser Konstruktion stützte sich die Bundesanwaltschaft auf die widersprüchlichen Aussagen dreier Zeugen von der Schweizer Polizei. Diese Zeugen brachten es fertig, ihre Aussagen bei mehreren Vernehmungen im Verlauf der Jahre des öfteren zu verändern. Dennoch konnten sie keineswegs vor dem gesamten Gericht in der BRD vernommen werden. Vielmehr reisten die Berufsrichter ohne die Schöffen in die Schweiz und hörten dort die Aussagen der Polizisten, die ihrerseits wiederum vormals die Belastungszeugen verhört hatten. Für eine Vernehmung vor Gericht i n der BRD hatten die Polizisten keine Aussagegenehmigung von ihren Vorgesetzten erhalten. Brigitte Heinrich wiederum wurde an der Teilnahme bei den Vernehmungen dieser Polizisten in der Schweiz wirksam gehindert, indem ihr die Schweiz für den Fall eines Betretens Schweizer Territoriums die sofortige Verhaftung angedroht hatte.

Entlastungszeuge im Gericht verhaftet

Als sich schließlich doch einer der Schweizer Zeugen, Peter Egloff, bereit fand, in Karlsruhe vor dem Gericht auszusagen, allerdings statt der von der Bundesanwaltschaft erhofften belastenden Aussage gegen Brigitte die Angeklagte tatsächlich e n t l a s t e t e , wurde er trotz vorheriger Zusage freien Geleits noch im Gerichtssaal vom Fleck weg verhaftet — ein Vorfall, der nicht nur verhinderte, daß weitere ausländische Zeugen in die BRD kamen, um in Karlsruhe auszusagen, sondern der auch die bundesdeutsche Justiz „in vollem Glanze" präsentierte. Erst nach mehrmonatiger Haft und internationalen Protesten wurde Egloff freigelassen.

Bei der Beurteilung der Zeugen hat das Gericht nur die belastenden Aussagen zur Kenntnis genommen. Auf die von denselben Zeugen vorher und hinterher gemachten Aussagen ging das Gericht nicht ein, wenn sie nicht in das Verurteilungsschema paßten. Es fanden nur diejenigen Aussagen Verwendung, die gemacht wurden, als sich die Zeugen noch „auf dem Boden der Wahrheit" befanden, so der vorsitzende Richter.

Im Falle des Schweizer Zeugen Städli beispielsweise hatte die Schweizer Polizei die „Wahrheit" so ermittelt, daß sie dessen im achten Monat hochschwangere Frau verhaften ließ und solange in Gewahrsam behielt, bis

Fortsetzung Seite 2

IN DIESER AUSGABE:

Sommerpause! Der nächste AK erscheint am 25.8.80

Türkei: Diktatur ohne Putsch

Während in den letzten Wochen nicht nur Linke, nicht nur Gewerkschafter, sondern auch Sozialdemokraten der CHP Opfer faschistischer Anschläge und Folterungen wurden, erzielten Ministerpräsident Demirel und Oppositionsführer Ecevit (CHP) in einem Spitzengespräch vom 25.7. Einigung über weitreichende Gesetzesänderungen. Mit diesem Gesetzespaket, das bereits nächste Woche verabschiedet werden soll, werden die türkischen Militärs de facto die Macht im Land übernehmen. Mit der Zustimmung Ecevits, der übrigens selbst schon faschistischen Angriffen nur mit knapper Not entkommen war, wird der Anschein aufrechterhalten, als fließe die gigantische Militär- und Wirtschaftshilfe des Westens weiter an ein parlamentarisches System. Gleichzeitig geht der Terror der faschistischen Banden und der Militärs mit unverminderter Schärfe weiter.

Das vorgesehene Gesetzespaket, das zwischen Demirel und Ecevit ausgehandelt wurde, ist noch nicht bis ins letzte Detail bekannt. Insgesamt werden die Änderungen in fünf Punkte unterteilt:

1. Einführung einer Schnelljustiz (insbesondere bei politischen „Delikten")
2. Veränderung des Kriegsrechtsgesetzes (Ausweitung der Vollmachten und Kompetenzen der Kriegsrechts-Kommandanturen)
3. Verschärfung des Militärstrafgesetzes
4. Änderung der Strafprozeßordnung
5. großzügige materielle Verbesserungen für die Angehörigen des Polizei- und Militärapparates.

Unter dieser allgemeinen Zusammenfassung verbergen sich derart scharfe Regelungen wie z.B.:

- **Die Kriegsrechts-Führung wird ermächtigt zur totalen Überwachung „jeder Art mündlicher oder schriftlicher Nachrichtenübermittlung einschließlich der Kontrolle vom Briefen und Telegrammen"** („Tercüman", 27.7.).
- Die Ausschaltung jeglicher Verteidigerrechte in Strafprozessen wird legalisiert.
- Eine Erschießung von Beamten (auch pensionierten) bei gewalttätigen Auseinandersetzungen wird automatisch mit der Todesstrafe geahndet.
- Das Personal der Kriegsrechts-Apparate erhält massive Gehaltszulagen.

Die Ausweitung der Kriegsrechts-Vollmachten soll sich nicht nur auf Die Ausweitung der Kriegsrechts-Vollmachten soll sich nicht nur auf diejenigen Provinzen erstrecken, die formal bereits unter Kriegsrecht stehen, sondern auch unabhängig davon auf Angelegenheiten, für die bislang z.B. das Innenministerium zuständig war. Doch damit nicht genug: Zwischen Demirel und Ecevit ist ein weiteres Treffen vereinbart, auf dem es um verschärfte Notstandsgesetzgebung und die Wiedereinrichtung sog. „Staatssicherheitsgerichte" gehen soll (letzteres sind berüchtigte faschistische Sondergerichte, die nach der Militärdiktatur von 1971 - 73 aufgelöst worden waren).

Daß sich Demirel nach der Verhandlung hochzufrieden äußerte, kann keinen überraschen. Er betonte, die „Sicherheitskräfte" hätten jetzt das Parlament hinter sich. Dies unterstreicht noch einmal den Charakter der vorgesehenen Regelungen als „Ermächtigungsgesetze". Ein schwerer Schlag war jedoch der Kommentar Ecevits, der zuvor mehrfach die staatliche Unterstützung faschistischer Massaker an der Bevölkerung angegriffen hatte. Ecevit meinte schlicht, diese Vorschläge hätten sie bereits selbst während seiner Regierungszeit erarbeitet! Daran könne man sehen, daß er den Rechten keine Zugeständnisse gemacht habe. Das vor dem Hintergrund, daß die jetzt vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen in der Praxis schon lange so gehandhabt werden, wobei klar ist, wen sie treffen: Alle demokratischen Kräfte einschließlich der CHP. Da abzusehen ist, daß diese Maßnahmen keineswegs die Zustimmung der gesamten CHP erhalten werden, ist man bestrebt, ihre Verabschiedung schnellstmöglich durchzupeitschen. Zu diesem Zweck wird das Parlament aus dem Urlaub geholt, um bereits Ende Juli/Anfang August vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die terroristische Praxis, die auf die Weise legalisiert werden soll, sah in den letzten Tagen und Wochen so aus:

– Am 22.7. wurde der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft (Maden-Is), Kemal Türkler, vor seiner Wohnung in Istanbul erschossen. Türkler war früher auch Vorsitzender des fortschrittlichen Gewerkschaftsverbandes DISK. Seine Ermordung wurde mit Streiks und Demonstrationen beantwortet. Daraufhin drohte die Regierung den beteiligten Arbeitern Entlassungen und Verhaftungen an.

– Eine Woche zuvor war der CHP-Abgeordnete Koksaoglu von Faschisten erschossen worden.

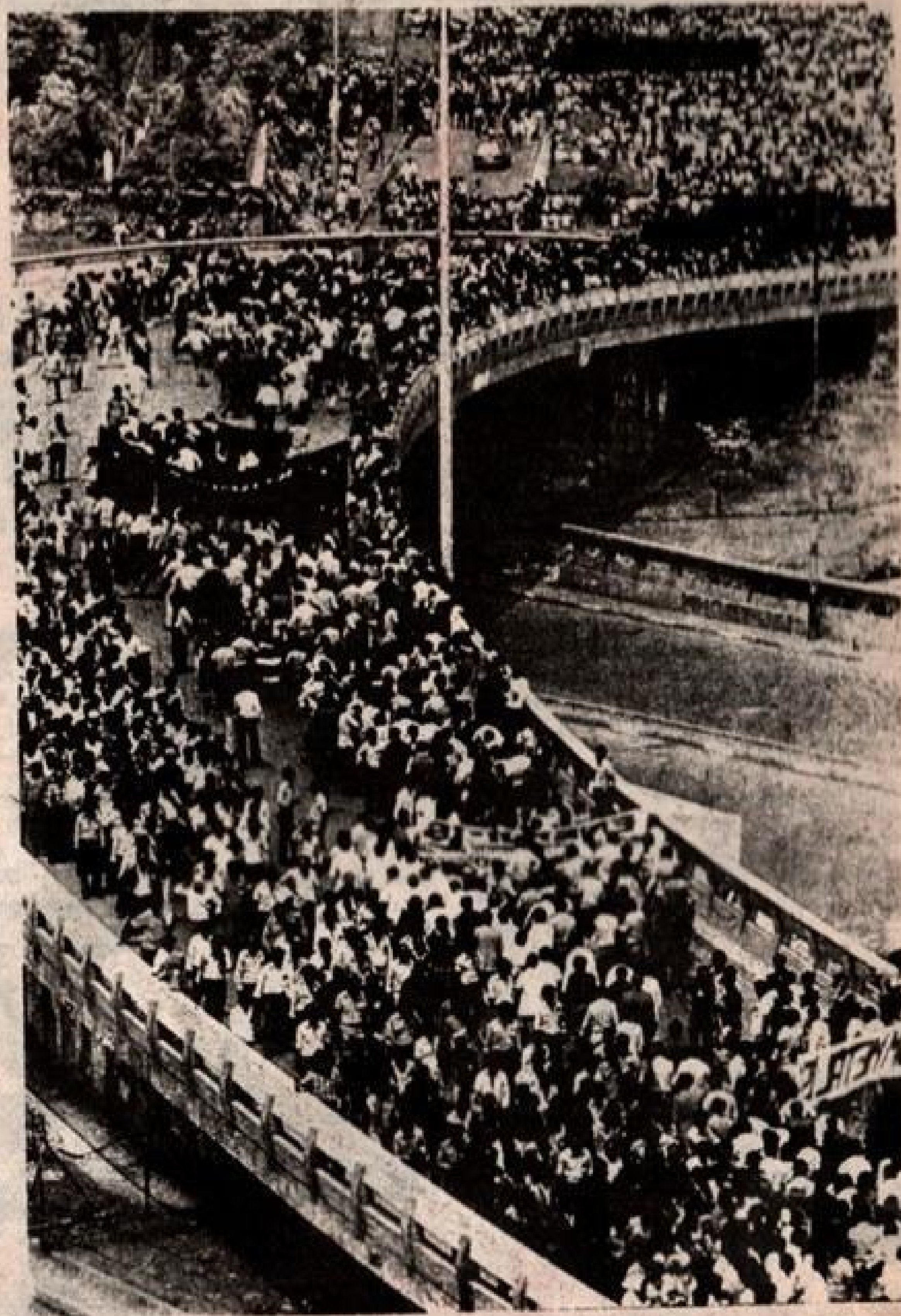
Der türkische Innenminister Gulcugli brachte es fertig, die Ermordungen linker CHP-Mitglieder wohlwollend zu kommentieren: es habe sich dabei ja nicht um „normale CHPler" gehandelt! Gulcugli (inzwischen zurückgetreten) bekannte sich auch offen zur Zusammenarbeit der „Sicherheitskräfte" mit faschistischenBanden. Die Faschisten hätten der Regierung „große Dienste erwiesen" (s. AK 181). In Corum hatten Militärs, Polizei und Faschisten Hand in Hand die Bevölkerung des Stadtteils Milönü angegriffen, die sich mit Barrikaden geschützt hatte. In Fatsa unterstützten vermummte Faschisten den Überfall der Militärs auf den Ort. Dort wurden über 300 Personen einschließlich des linken Bürgermeisters Somnez verhaftet. Mit Ausnahme des Bürgermeisters sollen die Festgenommenen inzwischen wieder freigelassen sein. Somnez wurde so brutal gefoltert, daß er mit Knie- und Schädelfrakturen in Krankenhaus liegt. Die Militärbehörden haben einen neuen Bürgermeister eingesetzt.

Dies sind nur wenige Beispiele aus der zahllosen Kette von Überfällen, Folterungen und Morden an türkischen Demokraten. Sie fallen der zunehmend offener gehandhabten Zusammenarbeit der Staatsorgane mit den paramilitärisch organisierten Banden der „Grauen Wölfe" zum Opfer.

Bezeichnenderweise am selben Tag, an dem Ecevit mit Demirel zusammentraf, fand eine Masssendemonstration mit 110 000 Menschen in Istanbul statt, zu der der Gewerkschaftsdachverband DISK aufgerufen hatte. Anlaß war die Ermordung von Kemal Türkler. Unter der Hauptparole „Nieder mit dem Faschismus" beteiligten sich sowohl CHPler (darunter 13 Abgeordnete), revolutionäre Gruppen wie auch die TKP (Revisionisten). Der Vorsitzende von DISK, Abdullah Bastürk, erklärte:*„Der Kampf gegen den Faschismus ist der einzige Punkt auf unserer Tagesordnung. Wir werden ihn organisiert führen."* („Milliyet",27.7.)

Vor vier Wochen hatte DISK seinen 7. Kongreß durchgeführt, wo erstmals die Frage einer gemeinsamen Plattform aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte diskutiert wurde. Dazu gab es unterschiedliche Vorstellungen, die vom Aufbau regionaler Widerstandskommitees bis zur Schafffung einer „Nationalen Demokratischen Front" unter Einschluß aller demokratischen Kräfte reichten.

Für die westdeutsche Linke stellt sich die Aufgabe, über die dringend benötigte materielle Unterstützung der türkischen Antifaschisten hinaus die Rolle der Bundesregierung bei der blutigen Repression in der Türkei bewußt zu machen. Denn in der Türkei geschieht heute n i c h t s ohne die imperialistische Stützungsaktion in Milliardenhöhe, bei deren Ausbleiben das reaktionäre Regime geliefert wäre. Und diese „Hilfe" wird nach wie vor von Matthöfer (SPD) im Auftrag der Bundesregierung koordiniert. Vor diesem Hintergrund eines massiven Einflusses, den die BRD dadurch in der Türkei besitzt, ist auch die überraschende „Sinneswandlung" Ecevits zu sehen. Bekanntlich hat die BRD in der weltweiten Arbeitsteilung mit den anderen imperialistischen Großmächten die Aufgabe übernommen, für die „Befriedung" und "Stabilisierung" der „unruhigen", aber strategisch wichtigen Türkei zu sorgen. **Das Ergebnis dieser Politik ist eine faktische Militärdiktatur mit faschistischem Terror gegen die Arbeiterbewegung bei Aufrechterhaltung einer Zivilregierung, die nicht mehr als ein Popanz für die westliche Öffentlichkeit ist. Ist das das Modell, das die SPD für die Länder der 3. Welt bereit hält?**



Während in Istanbul am 25.7. über 100.000 Menschen gegen den faschistischen Terror demonstrierten, traf der Führer der Sozialdemokraten Ecevit mit Demirel zusammen, um über diktatorische Vollmachten für die Militärs zu verhandeln.

Militärs, Polizei und Faschisten Hand in Hand die Bevölkerung des Stadt-
„Hilfe" wird nach wie vor von Matthöfer (SPD) im Auftrag der Bundes-
"Stabilisierung" der „unruhigen",
tet. Die Armee hat mittlerweile den
Klar war jedoch, daß trotz Nicht-

Fortsetzung von Seite 1

Städli seine belastenden Aussagen gemacht hatte. Mehrfach wurde Brigitte während des Verfahrens angetragen, sich im Sinne der Baum-Mahler-Kampagne vom „Terrorismus" (sprich: von linker Politik überhaupt, wie Mahler das beispielhaft vorgeführt hat) zu distanzieren. Daß sie sich diesem Druck nicht beugte, mag ihr das skandalöse Urteil eingetragen haben, das durch Schuldbeweise nicht zu stützen ist.

In der Urteilsbegründung, bei der es der vorsitzende Richter dankenswerter Weise unterließ, die Formel „im Namen des Volkes" auszusprechen, werden keine Angaben darüber gemacht, ob die Strafe mit oder ohne Bewährung ausgesprochen wurde, und ob Brigittes U-Haftzeit auf die Strafe angerechnet werden soll. Sollen diese „Versäumnisse" etwa bewirken, daß Brigitte eine Distanzierung doch noch leistet, bevor das Urteil Rechtskraft erlangt?

Während der Urteilsverkündung ließ der vorsitzende Richter unter Einsatz von Diensthunden die zahlreichen Prozeßbesucher aus dem Saal entfernen, als die Zuschauer nach einer Freudschen Fehlleistung des Vorsitzenden tosenden Beifall spendeten. Statt „Für die Angeklagte ließ sich ermitteln" sagte er *„Für die Angeklagte ließ sich e n t w i c k e l n"*, womit über die Art der Rechtssprechung dieses Gerichts alles gesagt ist.

Aufhebung des Terrorurteils!
Freispruch für Brigitte Heinrich!

KB/Gruppe Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Uni-AStA

Bolivien....

z.B. die „Deutsch–Südamerikanische Bank" (Tochter der Dresdner) bereits am 22.7. in einer Geschäftsmitteilung lapidar die 17 Mitglieder der „neuen Regierung" vor – selbst die reaktionärsten Presseorgane hätten derzeit Skrupel, die Mitteilungen der Junta in dieser Weise kommentarlos zu verbreiten.

Die „traditionell guten" Wirtschaftsbeziehungen der BRD sind „organisch gewachsen" – seit dem Nationalsozialismus. Eine „deutsche Kolonie" von Nazis verfügt in Bolivien immer noch bzw. jetzt wieder (!) über großen Einfluß. „DerMilitärputsch wurde von zivilen Gruppen unterstützt, die dem rechtsgerichteten früheren Präsidenten Hugo Banzer nahestehen', wie es die „FR" (19.7.) vornehm ausdrückt. In der barbarischen Realität sieht das so aus: Es liegen zahlreiche Zeugenaussagen dafür vor, daß der sogenannte „Schlächter von Lyon", Klaus Barbie, alias Altmann, ehemaliger GeStaPo-Chef der französischen Stadt, eng mit der neuen Junta zusammenarbeitet. Für die Antifaschisten hier sollte das Anlaß zu besonderen Solidaritätsanstrengungen mit den bolivianischen Arbeitern sein.

Nach dem Willen der Carter-Administration war Bolivien einst zum Musterbeispiel für den friedlichen Übergang von der Militärdiktatur zur parlamentarischen Demokratie auserkoren. Der jüngste von mittlerweile ca. 200 Militärputschen in der nur 155 jährigen Geschichte der „Unabhängigkeit" Boliviens zeigt die ganze Hilflosigkeit und den Zynismus derartiger Konzepte für abhängige Länder der Dritten Welt. Der Putsch, der bereits zu den kürzlich abgehaltenen Parlamentswahlen erwartet worden war (vgl. AK 178), verspricht chilenische oder argentinische Folgen für die Linke zu haben, wenn sich die Junta konsolidieren sollte. Die Präsidentin des Landes, Lidia Gueiler, hat um politisches Asyl in der Botschaft des Vatikans ersucht, während der als Sieger aus den Wahlen hervorgegangene und von der Sozialistischen Internationalen favorisierte Siles Suazo in den Untergrund gegangen sein soll und von dort zum Widerstand aufruft („El dia", 18.7.80). Die Militärjunta, die vom erst kürzlich ernannten Armeechef Luis Garcia Meza angeführt wird, scheint mit blutiger Präzision ihr Versprechen einzulösen: *„Erst müssen die Köpfe der linken Aufwiegler rollen. Dann kann man in diesem Land für Ordnung sorgen."* („ila info" 36). Bereits am 17.7. hatten paramilitärische faschistische Banden die Gewerkschaftszentrale demoliert, den zweiten Vorsitzenden der COB (Central Obrera Boliviana),

Simon Reyes, ermordet und den populären Arbeiterführer Juan Lechin Oqzendo schwer verletzt. Lechin, ebenso wie andere Linke, darunter der Führer der „Bewegung der revolutionären Linken (MIR)", Oscar Eid Franco, sind verschleppt worden. Amtlich sind inzwischen auch der Mord an Marcelo Quiroga Santa Cruz, Chef der sozialistischen Partei und Guilpermo Capobianco, Abgeordneter des MIR („FR", 23.7.80). Nach Angaben der Bergarbeitersender sollen insgesamt 15 Gewerkschaftsführer ermordet und ca 700 Gewerkschafter gefangegengenommen sein. („El dia", 20.7.80). Wieviele der 540 auf schwarzen Listen festgehaltenen Gewerkschafter, Politiker, Journalisten und Priester bereits ermordet und verschleppt sind, ist schwer zu sagen. Den noch lebenden droht das Schicksal von aus Argentinien und Chile hinlänglich bekannten „verschwundenen" politischen Gefangenen.

Das Volk leistet bewaffneten Widerstand

Die bolivianische Gewerkschaftszentrale, in der ca. 500.000 Menschen organisiert sind, rief unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches zum Generalstreik auf, der erst bei Wiedereinsetzung der Interimspräsidentin Lidia Gueiler beendet werden soll. In der Hauptstadt La Paz wurden überall Barrikaden errichtet. Die Armee hat mittlerweile den Befehl erhalten, *„ohne jede Warnung auf jeden zu schießen, der die öffentliche Ordnung stört,"* („Welt", 23.7.80)

Im großen Minengebiet um Cruco und Cochabamba sind ca. 50.000 Bergarbeiter gegen die Militärs u.a. mit Dynamit vorgegangen. Nach Angaben der „Welt" sind weitere 15 000 bewaffnete Bauern auf dem Weg, die Mineros zu unterstützen. Das bolivianische Volk hat sich mit seinen Komitees zur Verteidigung der Demokratie auf diesen Putsch vorbereitet. Durch zahlreiche Geheimsender wird der Widerstand geleitet und koordiniert. („El dia", 21.7.80).

Ob die 23.000 Mann starken Streitkräfte den Widerstand brechen können, ist vorerst zweifelhaft. Trotzdem ist zu befürchten, daß das Militär zu einem gewaltigen Blutbad unter den bolivianischen Arbeitern angetreten ist. (So der bolivianische Botschafter in Mexico, vgl. „El dia", 19.7.80).

Hintergründe des Putsches

Die Putschisten, die nach bekanntem Strickmuster den „internationalen Kommunismus" über das Land hereinbrechen sahen, annullierten unmittelbar nach dem Staatsstreich das Wahlergebnis vom 29. Juni. Bei diesen Wahlen hatte das Mitte-Links Bündnis UDP (Unidad democratica y popular) mit seinem Präsidenten Siles Suazo 38,7 % der abgegebenen Stimmen erreicht, was angesichts massiver Wahlmanipulation als hoch eingeschätzt werden muß. Lediglich 20,1 % konnte der proimperialistische Paz Estenssoro mit seiner immer noch vom Revolutionsmythos zehrenden MNR für sich buchen, während der deutschstämmige Faschist und Ex-Diktator Hugo Banzer mit seiner ADN noch 16,7 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte („NZZ", 15.7.80)

Klar war jedoch, daß trotz Nichterlangung der absoluten Mehrheit Siles Suazo gute Aussichten hatte, eine relativ stabile Regierung zu bilden, was für die Linken eine erhebliche Verbesserung ihrer Kampfbedingungen bedeutet hätte.

Die Militärs, insbesondere, die hinter ihnen stehende Kokain-Mafia, sahen spätestens beim guten Abschneiden der UDP ihre Pfründe in Gefahr, hatte die UDP der Korruption doch den Kampf angesagt.

70% der bolivianischen Wirtschaft sind verstaatlicht. Damit verfügt in Bolivien derjenige, der die staatliche Macht hat, auch über einen großen Teil der ökonomischen Macht.

Bolivien, das die höchste Kindersterblichkeit auf dem Kontinent aufweist, dessen 60% Indiobevölkerung zu zwei Dritteln aus Analphabeten besteht, und dessen Pro-Kopf-Einkommen bei monatlich 90 DM liegt, gehört mit Paraguay und Haiti zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas.

Gefährlich an diesem Putsch ist die offensichtliche Geschlossenheit der Armee, gefährlich ist auch der härtere außenpolitische Kurs der USA. Sicher ist auch, daß die bolivianischen Militärs acht Monate nach dem Putsch des Oberst Natusch Busch jetzt nicht zugeschlagen hätten, wenn sie sich nicht die Unterstützung im Cono Sur zugesichert hätten. Faschistische Diktaturen ihres Schlages gibt es derzeit fünf: Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay und Brasilien.

Auch wenn die USA die Wirtschaftshilfe vorerst eingestellt haben, ist abzusehen, daß sie das Regime unterstützen werden, wenn es eine Stabilisierung im Sinne des Internationalen Währungsfonds (IWF) verspricht.

Die Bundesregierung, die zwar den Militärputsch verurteilte, schweigt bislang diskret zu dem in Bolivien stattfindenden Völkermord.

Lateinamerika–Kommission

Ein von zahlreichen demokratischen und antiimperialistischen Gruppen gebildetes Solidaritätskomitee, das am 23.7. aus Protest gegen den Putsch die bolivianische Botschaft in Bonn besetzte, bittet um Spenden auf das Konto der Bolivianischen Menschenrechtskommission: Elfriede Kohut, Postscheck Berlin, Nr.380087–108, Kennwort: Boliviensolidarität

Wohnungskampf

Neue Besetzungen

RADOLFZELL

Schneller als der Abrißbagger waren einige hundert Schüler, die mitten aus dem Unterricht heraus ein ausgedientes Feuerwehrgerätehaus besetzten und es damit vor dem Abriß retteten. Nach 8-jährigem Kampf um ein autonomes Jugendzentrum nahmen sich die Jugendlichen das, was ihnen immer wieder verweigert wurde.

Bis zu 200 Leute sind täglich dabei, das Gebäude zu renovieren und es zu einem Treffpunkt für Jugendliche zu gestalten.

Rückendeckung erhalten die Besetzer durch tatkräftige Unterstützung aus der Bevölkerung und durch faire Berichterstattung in der Lokalpresse, sodaß mit einem erfolgreichen Ausgang der Aktion gerechnet wird.

GUMMERSBACH

Mit eine Besetzung am 5.6.80 konnte der Plan, ein seit Jahren unter Denkmalsschutz stehendes Haus mit Büroräumen zu belegen, vorerst durchkreuzt werden. Die Besetzer machten damit auf die Wohnungsmisere in Gummersbach aufmerksam.

Inzwischen wurden mehrere Räume renoviert, was den Besetzern nun zynisch als Sachbeschädigung ausgelegt wird.

Örtliche Presse und Anwohner unterstützen die Besetzer, und mit dem Denkmalschutzgesetz haben sie einen zusätzlichen Trumpf im Ärmel. Ob der jedoch sticht, ist angesichts der Machtverhältnisse in Gummersbach fraglich. Denn der Hausbesitzer ist nebenbei der dickste Brötchengeber im Ort und führt so lokale Größen wie den Bürgermeister auf seinen Gehaltslisten.

Ob das Recht auf eine Wohnung wohl dagegen ankommt ?

Kontakt zu den Besetzern:
Initiative zur Erhaltung des Hauses Markstr.15, 5270 Gummersbach

DARMSTADT

Die Besetzung eines seit zwei Jahren leerstehenden Hauses brachte das Ausmaß des Wohnungselendes in Darmstadt in die Öffentlichkeit: allein bei der kommunalen Wohnraumvermittlung sind über 4000 Wohnungssuchende gemeldet; eine Folge davon: vollbewohnte, im Stadtbereich abgestellte Wohn- und Campingwagen! Ziel der Besetzer war es, ein Wohn- und Kommunikationszentrum für Minderheiten, Kinder und ältere Menschen einzurichten.

Doch schon nach einem Tag rückten hundert Bullen an und räumten das Haus. Die im Stadtrat vertretene Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) solidarisierte sich mit den Besetzern, verurteilte den Polizeieinsatz und prangerte die skandalöse Wohnungspolitik der Stadt an.

STUTTGART

Eine sauber vorbereitete und in dieser Größenordnung erstmalige Aktion begann Ende Juni in der Stuttgarter Innenstadt: 125 Leute besetzten mehrere leerstehende Häuser und richten sich dort auf ein längeres Wohnen ein.

In einer Presseerklärung werden ausführlich die Spekulationspläne des Besitzers, der nach dem Kauf des Hauses sämtlichen Mietern kündigte, aufgedeckt.

Über die Vorbereitungen und den weiteren Verlauf der Aktion schreiben die Besetzer:

Wir haben vor der Besetzung für jede freie Wohnung eine Gruppe gebildet aus Leuten, die zusammen wohnen wollen und jetzt schon eingezogen sind. Die anfallenden Arbeiten, wie Renovierung und Öffentlichkeitsarbeit werden wir natürlich gemeinsam angehen. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich wieder zum Alltag überzugehen. Uns liegt sehr viel daran, zu den bisherigen Bewohnern der Gerberstr.6 und zu unseren Nachbarn ein gutes Verhältnis zu bekommen. Wir freuen uns, wenn sie uns besuchen und wollen nach der Renovierung einen „Tag der offenen Tür" veranstalten. Die Renovierungsarbeiten wollen wir selbst erledigen...

Um diese Arbeiten durchführen zu können, sind wir auf die finanzielle Unterstützung von außen angewiesen und bitten alle, die uns helfen wollen zu spenden. Sollte es uns gelingen, längerfristig in den Wohnungen zu bleiben, wollen wir das Geld in den Fonds zurückzahlen. Dieser steht dann den nächsten Hausbesetzern als Startgeld zur Verfügung. „Mieter bleibt heiter - der Wohnungskampf geht weiter" soll nicht eine leere Parole bleiben. Wir wollen, was Hausbesetzungen angeht auch auf diesem praktischen Weg eine Kontinuität herstellen und sehen in dieser Art, Wohnraum zu erhalten, eine längerfristige Perspektive.

Wir fordern mit unserer Hausbesetzung auch gleichzeitig dazu auf, das Gerberviertel als Wohngebiet zu erhalten. Wir wollen im Haus Nesenbachstr.49 ein Bürgerbüro einrichten, nach dem Vorbild im Bohnenviertel, und laden die Bewohner des Viertels dazu ein, mit uns gemeinsam eine Bürgerinitiative zum Erhalt des Viertels als Wohngebiet zu gründen. Wir wollen nicht über den Kopf der eingesessenen Bewohner hinweg entscheiden, sondern mit ihnen zusammen die weitere Vorgehensweise überlegen.

Unser Verhalten im Fall einer polizeilichen Räumung haben wir noch nicht ausdiskutiert. Wir haben keinerlei Interesse an einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir werden die Wohnungen aber nicht freiwillig verlassen.

Wohnungskommission



Neue Mieterhöhungswelle? Hamburger Landgericht lehnt Mietenspiegel ab.

Die Richter sprachen Recht, die Hausbesitzer rieben sich die Hände, die Mieter befürchten weitere Mieterhöhungen: Das ist das Ergebnis, nachdem die höchste Mietrechtinstanz, das Hamburger Landgericht, den Mietenspiegel als Beweisinstrument zur Ermittlung der „ortsüblichen Vergleichsmiete" wegen „Unzuverlässigkeit" ablehnte. Da der Hamburger Mietenspiegel nach Aussagen des Deutschen Mieterbundes als einer der besten und repräsentativsten gilt, besteht nun die Gefahr, daß alle anderen Mietenspiegel in der Bundesrepublik ebenfalls wakkeln — inzwischen gibt es in rund
daß alle anderen Mietenspiegel in der Bundesrepublik ebenfalls wakkeln — inzwischen gibt es in rund
165 Städten solche Miettabellen, die Aufschluß geben sollen über eine angemessene, ortsübliche Miete.

Das Instrument „Mietenspiegel" wird erst seit kurzer Zeit angewandt. Es wurde ermöglicht durch das 1975 in kraft getretene „Gesetz zur Regelung der Miethöhe". Danach muß ein Vermieter, der die Miete erhöhen will, nachweisen, daß die verlangte höhere Miete die ortsüblichen Mieten für vergleichbare Wohnungen nicht übersteigt. Diesen Nachweis kann er nach dem Gesetz auf dreierlei Art führen: Erstens, indem er mindestens drei vergleichbare Wohnungen anderer Vermieter nennt, wo die Miete schon so hoch ist, wie er sie haben möchte; zweitens, indem er ein Gutachten eines öffentlich bestellten oder vereidigten Sachverständigen vorlegt; drittens, indem er einen Mietenspiegel präsentiert.

Die gut organisierten Hausbesitzer richteten sich schnell auf diese Möglichkeiten der Mieterhöhung ein. Der Hamburger Haus- und Grundeigentümerverband legte eine elektronische „Immobilien-Daten-Zentrale" (IDZ) an, in der alle Mieten der Verbandsmitglieder gespeichert wurden, inclusive aller Wuchermieten, die aus den Mietern gepreßt wurden. Will ein Hausbesitzer jetzt seine Mieten erhöhen, braucht er nur die gewünschte Miete einzugeben und die EDV spuckt dann die dazu benötigten Vergleichswohnungen aus. Auch mit der zweiten Möglichkeit, die Mieterhöhung mit einem Sachverständigengutachten zu belegen, sind die Hausbesitzer bisher ganz gut gefahren: Die öffentlich bestellten oder vereidigten Sachverständigen sind in der Regel Makler, die normalerweise ihre Aufträge von den Vermietern bekommen. Und deren Objektivität ist hinlänglich bekannt: Je höher die Mieten, desto höher sind auch die Courtagen dieser Vampire des Wohnungsmarktes.

Also blieb nur der Mietenspiegel, auf den die Mieterverbände ihre Hoffnungen konzentrierten und an deren Erstellung sie sich aktiv beteiligten.

Ihre Hoffnungen schienen nicht unbegründet. In dem Mieterhöhungsprozeß in Hamburg, in dem der Mietenspielgel schließlich abgelehnt wurde, sah das so aus: Der Vermieter verlangte von einer Mieterin statt bisher rund 3.50 DM pro Quadratmeter jetzt 7.15 DM. Diese Verdoppelung der Miete lehnte die Mieterin natürlich ab und der Vermieter klagte vor dem Amtsgericht auf Zustimmung. Das Amtsgericht hielt eine neue Miete von 5,50 DM für angemessen — zwei DM mehr als bisher. Die Mieterin ist damit nicht einverstanden, zumal der neue Hamburger Mietenspiegel für diese Wohnlage, Größe und Ausstattung der Wohnung nur eine Quadratmetermiete von 4,37 DM vorsieht. Und weil der Mietenspiegel als Beweismittel galt, rechnete sich die Mieterin gute Chancen für die Revision vor dem Hamburger Landgericht aus.

Doch die Richter des Landgerichtes erfüllten die Wünsche der Hausbesitzer, die trotz ihrer Beteiligung an der Erstellung des Mietenspiegels diesen als viel zu niedrig ablehnten. Das Gericht begründete die Ablehnung des mit einem Aufwand von 750.000 DM von der GEWOS (Toch-
Das Gericht begründete die Ablehnung des mit einem Aufwand von
750.000 DM von der GEWOS (Tochter der Neuen Heimat!) erstellten Mietenspiegels damit, daß Neuvermietungen des zweiten Halbjahres 1978 nicht berücksichtigt seien und daß zu einigen Wohnungstypen keine Angaben gemacht werden.

In der Tat war der Mietenspiegel ein „Kompromiß" zwischen Hausbesitzerverband und dem Mieterverein. Da die meisten Mieten der Altbauwohnungen in Hamburg vor Einführung des Weißen Kreises gesetzlich festgelegt waren, war diese gesetzlich festgelegte Miete theoretisch die „ortsübliche Vergleichsmiete", von der ausgegangen werden mußte. Höhere Mieten konnten nur dann errechnet werden, wenn einerseits alle Mieten berücksichtigt wurden, die gegen die festgelegten Mieten verstoßen hatten (also alle Wuchermieten, gegen die sich die Mieter nicht gewehrt hatten) und andererseits die Neuvermietungen einbezogen wurden, die „frei ausgehandelt" werden konnten. Zusätzlich wurden die Mieten der Wohnungen mit mehr als fünf Zimmern erfaßt, die auch schon zu Zeiten des Grauen Kreises nicht preisgebunden waren. Damit die Mietsprünge nicht zu gewaltig wurden, einigten sich die Vermieter- und Mieterverbände zunächst darauf, daß von den Neuvermietungen 1978 nur die Hälfte berücksichtigt werden. Gegen diesen faulen Kompromiß auf Kosten der Mieter (da nämlich alle Wuchermieten in den Mietenspiegel einflossen) protestierten lediglich die Hamburger Mieterinitiativen.

Mit seinem Urteil selbst gegen diesen Mietenspiegel unterstützt das Landgericht die Position der Hausbesitzer, die als „ortsübliche Vergleichsmiete" die „erzielbare Marktmiete" verstanden wissen wollen, während die Mieterverbände die „gezahlte Vergleichsmiete" als ortsüblich ansehen. Dieser Unterschied kann 50 bis 80 Prozent betragen, denn bei der Wohnungsnot lassen sich heute hohe Mieten erpressen.

Die Hausbesitzer wollen die „Gunst der Stunde" nach dem mieterfeindlichen Urteil für sich nutzen und legten einen Forderungskatalog für einen neuen Mietenspiegel vor. Sie erwarten erstmal 10 bis 15 % höhere Mieten und eine Begrenzung der Gültigkeit des Mietenspiegels auf zwei Jahre. Insbesondere fordern sie, daß die Angaben zur Miethöhe von Wohnungen, die einem neuen Mietenspiegel zugrundegelegt werden, von den Vermietern und nicht wie bisher von den Mietern gemacht werden. Und was Vermieter an Mieten angeben, muß nicht identisch sein mit dem, was Mieter tatsächlich zahlen.

Wohnungskommission

Eine Million Wohnungen fehlen

Einer Aufforderung zu noch viel mehr Hausbesetzungen kommt die kürzlich veröffentlichte Zahl fehlender Wohnungen in der Wohlstands-BRD gleich: Eine Million!

Besonders betroffen sind Großstädte, wo es nach Aussagen des Deutschen Mieterbundes teilweise bis zu 20.000 wohnungssuchende Familien gibt! 1979 wurden 360.000 Wohnungen gebaut. Das waren, um das Defizit nicht zu vergrößern, mindestens 100.000 zu wenig. Gleichzeitig waren es aber auch 8.000 weniger als 1978. Verschärft wird diese rückläufige Entwicklung noch dadurch, daß es bald mehr Abbruch- als Neubauwohnungen geben wird. Ursachen seien, so Neue Heimat-Boß Albert Vietor, gestiegene Baukosten und der zusammengebrochene, weil zu teure Sozialwohnungsbau. Eine Lösung des Problems haben Staat und Baulöwen, ihrer Logik entsprechend, auch schon parat: drastische Mieterhöhungen in den nächsten Jahren!

Wohnungskommission



Radolfzell: In dem besetzten Feuerwehrgerätehaus wollen Jugendliche ein Jugendzentrum einrichten

Beschränkung von Informationsständen und Straßenmusik

Vor ca. 2 Jahren schränkte die Stadt Freiburg die Vergabe von Standplätzen für Informationsstände drastisch ein. Nachdem vorher keine Obergrenze festgesetzt war, sollten plötzlich nur noch 6 Stände in der Innenstadt genehmigt werden. Außerdem gab es schikanöse Maßnahmen gegen Straßenmusikanten: Nur 15 Minuten Spielzeit, nur bestimmte Plätze sowie Verbot bestimmter Instrumente.

Es schlossen sich ca. 40 Freiburger Gruppen in der Aktionseinheit für Informationsfreiheit in der Freiburger Innenstadt zusammen und verlangten die Aufhebung des Erlasses. Eine langfristige Unterschriftenaktion erbrachte mehr als 6000 Unterschriften. Das Musikhochschulorchester bereicherte einen verkaufsoffenen Samstag um eine spontane Solidaritäts-Symphonie: Durch zahlreiche Infostände, Pressearbeit und Briefe an die einzelnen Stadträte wurde immer wieder auf die Probleme hingewiesen.

Die Stadt reagierte mit einer Erhöhung der Platzzahl zunächst von 6 auf 9, später auf 11; zur Zeit (Wahlkampf) werden 18 genehmigt. Die Kontrolle der Straßenmusikanten wird flexibel gehandhabt. Insgesamt verfolgt die Stadt die Taktik, durch kleine Zugeständnisse den Widerstand aufzuweichen.

Für Gruppen, die sich näher informieren wollen, weil sie die gleichen Probleme haben, empfehlen wir unsere Dokumentation der wichtigsten einzelnen Vorgänge. Zu bestellen gegen Voreinsendung von 4,– DM in Briefmarken bei: Aktion Dritte Welt, Kronenstr.), 78 Freiburg

Wendland – Räumung:

»... der Spoo kriegt noch erheblichen Ärger!«

Polizeisprecher Meyer saß während der Räumung zusammen mit dem niedersächsichen Innenminister, der Polizeieinsatzleitung und einem Vertreter des Bundesinnenministeriums („*er ist ständig dagewesen, da wurde ständig telefoniert*") vor einem Fernsehschirm in Lüchow; über Hubschrauber wurde der gesamte Einsatz übertragen. Wie bei „Grohnde II" habe man „*die psychologischen Auswirkungen bei der Einkreisung*" berücksichtigen müssen. Zudem habe es ganz „*eindeutige Erkenntnisse*" für die Tatsache gegeben, „*daß es sowohl eine Schußwaffe gegeben haben soll wie auch Molotow-Cocktails, und zwar in einer Größenordnung von mehreren 100 Stück*", die im letzten Moment rausgetragen worden seien. Daß Meyer seine Informanten hierfür im Dunkeln läßt, liegt auf der Hand. Wie A. Zumach von der „Neuen" zu berichten wußte, bot nur einen Tag vor der Räumung „*ein Mann, bei dem es sich nach bisherigen Erkenntnissen um einen Polizeibeamten handelte, Schußwaffen und billige Joints an*" („Neue" vom 6.6.80). Bei den „Molotow-Cocktails" handelt es sich um beschlagnahmte leere Flaschen für eine Mosterei.

Meyer machte deutlich, daß für die Bullenführung von Anfang an feststand, daß die Personalien der Turmbesetzer ermittelt werden würden. Auf die empörte Frage von Pastor Mahlke (einer der „Vermittler" während der Räumung), worin dann überhaupt sein Verhandlungsspielraum bestanden habe, wies ihn Meyer zurecht:

„*Ihre Verhandlungsposition bezog sich bitteschön auf den gewaltfreien Abzug — unter gar keinen Umständen auf das Nennen von Bedingungen. Hätten Sie diese Prämisse zugleich genannt, wir verhandeln nur unter den Umständen, daß wir auch Bedingungen stellen, dann hätte Hannover mit Sicherheit Nein gesagt.*"

Das Interview wurde am 13.6. in

Das Interview wurde am 13.6. in Lüchow aufgenommen. Entgegen Meyers einleitender Äußerung, mitschreiben zu wollen, um „Vorwürfe" gegen die Polizei „*ernsthaft aufnehmen und prüfen*" zu lassen, macht der folgende Auszug aus dem sechsstündigen Gespräch deutlich, daß der Staat seine Knüppelorgien in jedem Fall deckt. Die Aussagen dieses Polizeioffiziers müßten auch dem letzten Ideologen der „Gewaltfreiheit" vor Augen führen, daß der Staatsapparat seine Gewaltmaschinerie völlig unabhängig von der Widerstandsform der Atomkraftgegner einzusetzen bereit ist. Es drängt sich der Schluß auf: Je friedlicher unsere Aktionsformen sind, desto niedriger setzt die Polizei die Schwelle, bei der sie ihre Gewaltmittel zum Einsatz bringt. Weitere Passagen dieses Interviews wird ein Buch von Günther Zint enthalten, das Anfang August im Verlag 2001 erscheint.

* * *

„Das ist legitim, das ist rechtens, das ist in Ordnung"

Meyer: Sie hätten den Platz verlassen müssen, und weil Sie das nicht getan haben, werden Sie mit Zwangsmitteln, die der Polizei zur Verfügung stehen, dort weggeräumt. Und daß es dabei zu solchen Dingen kommt, Einsatz von Pferden, von Hunden, von Schlagstock, das ist normal.

D.: Möcklinghoff (niedersächsischer Innenminister – Anm. AK) **hat sogar in der Zeitung gesagt:,Wir haben die Räumung als ganz gewaltfrei verstanden und jeder, der den Schlagstock angewandt hat – der Sache werden wir nachgehen, das werden wir verfolgen'.**

Meyer: Na und – sicherlich werden wir das verfolgen, das sage ich ja auch.

D.: Nein, Herr Möcklinghoff hat etwas anderes gesagt als Sie. Sie sagen, der Schlagstock ist normales Organ des Vollzugs.

Meyer: Richtig.

D.: Und Möcklinghoff sagt, es ist ein Ausnahmefall einzelner Beamter, die gegen den Befehl gehandelt haben.

Meyer: Nein, nein, so hat er das nicht gesagt. Es ist nicht richtig, was Sie sagen. Er ist gefragt worden, ob **übermäßiger** Schlagstock angewendet und **unrechtmäßig** angewendet wurde. Und da hat er gesagt: ,heute mittag ist mir gesagt worden, das sei nicht der Fall.' Wenn das jetzt behauptet wird, werde ich diesen Dingen nachgehen'. Und zwar diesen beiden Dingen: Übermaß ist nicht mehr rechtmäßig, unrechtmäßig ist auch ein Punkt, dem der Minister nachzugehen hat. Das sind zwei ganz entscheidende unterschiedliche Kriterien. Wir sprechen jetzt hier nur von der Situation, wo ich sage: es ist rechtmäßig.

gar nicht zugestehe. Es ist doch noch mehr als bloß die Presse Öffentlichkeit.

H.: Deswegen sind wir ja auch mitgegangen.

Meyer: Na ja bitte! Deswegen ist auch gestattet worden, Sie fünf: ja. Das reicht, das ist Öffentlichkeit.

H.: Das hatte sich alles so lange hingezögert, bis keiner mehr auf dem Boden war.

Meyer: Das ist eine Mutmaßung.

H.: Nein, eine Tatsache. Als wir hinkamen, war keiner mehr da.

Meyer: Ich komm nochmal drauf zurück. Ich sage ganz deutlich: Die Anwendung des Schlagstocks ist rechtens. Ich sage nochmal, dort wo sich aneinandergekettet worden ist in dem Sinne von Festhalten, wenn dann Polizeibeamte kommen und wollen wegtragen, dann müssen sie zerren und ziehen, und irgendwo ist das die Grenze, wo der Polizeibeamte zurecht sagt, wie kannst du das nun durchsetzen *(haut mit dem Glas auf den Tisch)* und dann nimmt er als nächstes *(wumm)* Mittel *(klirr)* den Polizei*(wumm)*schlag*(klirr)*stock *(schepper)* und haut auf die Arme drauf, die den festhalten, den wir wegtragen wollen. Das ist legitim, das ist rechtens, das ist in Ordnung und da würd' ich nicht der Meinung sein, daß das von anderen nicht gesehen werden darf. Anders gesagt: es gibt keinen Anlaß, diesen Schlagstockeinsatz in den Bereich des Dunklen, gar nicht Vorzeigbaren zu rücken.

H.: Dann hätte man doch die Presse da lassen können.

Meyer: Nein, das sind grundsätzliche Entscheidungen. Das geht nicht, die haben doch genug gesehen. Das ist doch kein Schauspektakel für die Presse.

H.: Wer kontrolliert das polzeiliche Tun, **wenn die Presse nicht da ist und keine Öffentlichkeit? Niemand!** (...)

Meyer: Ich halte diese Maßnahme für richtig und sage immer wieder: die Presse hat keinen Anspruch darauf, nun ein, wie sie gerne möchte, Spek-

H.: Nochmal zum Pferdeeinsatz.

Pferde sind auch noch eingesetzt worden, als wir per Megaphon unsere eigenen Leute aufgefordert hatten, weiterzugehen, weil wir das für zu gefährlich hielten. Wir hatten uns auf den Boden gesetzt, und vor unseren Augen hatte einer der berittenen Polizisten sein Pferd umgedreht – es ist ja bekannt, daß Pferde nicht in eine geschlossene Gruppe reingehen – er hatte es umgedreht, damit es nichts sieht, und hat es rückwärts in diese sitzenden Leute hineingetrieben.

Meyer: Die Pferde sind Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Sie können bei solchen Gelegenheiten genauso angewendet werden wie der Schlagstock. Das ist legitim.

D.: Das ist doch die bewußte Inkaufnahme von Verletzungen!

Meyer: Die wird von Ihrer Seite ja auch in Kauf genommen. Er unterstellt, daß bei der Androhung des Rückwärtsgehens des Pferdes der gesetzmäßige ordnungsgemäße Zustand wieder hergestellt wird. Nämlich dadurch, daß die Demonstranten vorher den Platz verlassen, das war ja die Absicht.

H.: Das hat sich ereignet, als die Demonstranten vom Platz waren, es ist völlig unverständlich, warum wir noch weitergedrängt worden sind. Er hat das Pferd als Hilfsmittel benutzt, um Demonstranten zu verletzen.

Meyer: Das ist legitim.

H.: Das halten sie für legitim?

Meyer: Jawolll! (...)

H.: Meinen Sie, daß die Fälle des Schlagstockeinsatzes nicht an die Öffentlichkeit sollen?

Meyer: Das brauchen wir nicht zu verheimlichen.

H.: Warum darf dann die Öffentlichkeit nicht auf den Platz?

Meyer: Die Presse ist doch nicht Öffentlichkeit. Wenn ich schon immer höre: wir, die Presse nehmen die Funktion der Öffentlichkeit wahr, dann ist das ein so großer Anspruch, den ich diesen Leuten so pauschal

takel unmittelbar zu beobachten. Das kann es nicht geben. (...)

Das, was dort Herr Spoo gesagt hat (Anm. AK: E. Spoo ist Korrespondent der Frankfurter Rundschau) in dieser Extra–3–Sendung, das ist so ungeheuerlich, daß der Spoo – ich sage ausdrücklich der Spoo – auch noch erheblichen Ärger kriegen muß. Ich hoffe es. Weil der Mann hier Rechte für sich in Anspruch nimmt, die er anderen nicht zubilligt. Er sagt: ich will dort stehen, wo ich es will, die Polizei hat das zu dulden. Denn stehe ich dort nicht, dann geht die Polizei in die Anonymität, und dann werden dort noch mehr, wie er es wörtlich gesagt hat, noch mehr kriminelle Handlungen begangen, als wäre ich dabei. Eine unglaubliche Unterstellung. (...)

B.: Die Rechtsanwälte hatten zwei Stunden versucht, bei der Einsatzzentrale nachzufragen, ob Leute festgenommen waren. Zwei Stunden konnte da was passiert sein.

Meyer: Passiert? Aber doch bei der Polizei nicht.

B.: Die Rechtsanwälte wurden immer vertröstet und hin und hergeschoben. Da war ich echt geladen.

Meyer: Wissen Sie, wenn da jemand anruft und will 'ne Auskunft haben, der hat ja gar keinen Anspruch darauf. Bestehen bleibt die Praxis, wenn jemand festgenommen wird, kümmert sich die Polizei schon um einen Rechtsanwalt. Der braucht also keine Auskunft zu erhalten. Es gibt kein Recht auf Auskunftserteilung in diesen Dingen. Ich muß das mal ganz deutlich sagen. Ich seh' auch gar keinen Anlaß, ganz bestimmt nicht.

B.: Die Rechtsanwälte haben das doch versucht...

Meyer: Wissen Sie, was Rechtsanwälte für sich in Anspruch nehmen oder sich auch anmaßen, wie man das im Einzelfall beurteilen mag, das bedeutet noch lange nicht, daß das für uns eine Pflicht ist. Sie glauben doch

H.: Deswegen sind wir ja auch mitge-
H.: Nochmal zum Pferdeeinsatz.
den ich diesen Leuten so pauschal
deutet noch lange nicht, daß das für

uns eine Pflicht ist. Sie glauben doch wohl nicht, Frau Kay, daß ein Polizeibeamter plötzlich ins Hüpfen gerät, weil am anderen Ende ein Rechtsanwalt Soundso da ist für seinen vermeintlichen Mandanten... Wenn also ein Rechtsanwalt was will, dann soll er solange warten, bis die Polizei auf ihn zukommt.

B.: Da hat man doch Angst um Menschen, wenn man hört, der ist auf 1003 gebracht worden. Ich fühle mich dann ganz einfach verpflichtet, für ihn einzutreten.

Meyer: Das tut der Polizeibeamte für den Betroffenen, der da vorläufig festgenommen ist, auch. Sie müssen davon ausgehen, Frau Kay. Ein bißchen Zutrauen in den Staat und seine Organe muß man haben.

(Anm. AK: Ein Demonstrant mußte nach seinem Polizeigewahrsam mit Verdacht auf Schädelriß ins Krankenhaus eingeliefert werden. Andere Demonstranten berichteten von Prügeleinsätzen während des Polizeigewahrsams).



Gleichschaltung der Presse

Nachdem bereits vor etwa einem Jahr die „Elbe-Jeetzel-Zeitung" wegen ihrer Berichterstattung zu Gorleben vor den Deutschen Presserat gezerrt worden war — der ihr damals ausführliche und objektive Information bescheinigte —, versuchte am 11.7. der Kreistag von Lüchow-Dannenberg einen erneuten Angriff. Er hatte sich eine „*Diskussion über die lokale Berichterstattung der Elbe-Jeetzel-Zeitung*" auf die Tagesordnung gesetzt.

Die „EJZ" nennt sich Amtliches Kreisblatt Lüchow-Dannenberg und wird von etwa 80 % der Landkreisbevölkerung gelesen. Sie berichtet sehr detailliert über alles Geschehen um die Durchsetzung der Pläne der Atombetreiber und den Widerstand der Bevölkerung dagegen und stellt gleichzeitig ihre Leserbriefseiten als offenes, unzensiertes Diskussionsforum zur Verfügung. Dadurch wurden schon häufig Atombetreiber und ihre Hilfskräfte im Kreistag durch aufgedeckte Fakten der Lächerlichkeit preisgegeben, und die wirkliche Breite der Ablehnung der Atompläne wurde deutlich. Kein Wunder, daß diese Zeitung ein Dorn in ihren Augen ist.

Der Tagesordnungspunkt des Kreistages rief sofort den Verband der Journalisten in Niedersachsen auf den Plan. Ein Protestbrief an den Kreistag wurde auf der Sitzung verlesen. U.a. heißt es darin: „*Unabhängig von jeglichem Anlaß, der zu dieser Absicht geführt haben könnte, stellen wir fest, daß dieser Vorgang in der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist und nur der Intention folgen kann, Druck auf die inhaltliche Gestaltung der Zeitung auszuüben.*" Bereits in der Aufnahme der Diskussion auf die Tagesordnung sieht der Verband einen Verstoß gegen das Niedersächsische Pressegesetz und erklärt abschließend: „*In jedem Fall werden wir den Gesamtvorgang weiterhin verfolgen und gegebenenfalls alle gesetzlich möglichen Schritte gegen den Landkreis unternehmen. Wir fordern Sie auf, den Tagesordnungspunkt 15 ersatzlos von der Tagesordnung zu streichen.*"

Selbstverständlich beeilten sich alle Redner der Sitzung zu versichern, daß ihnen nichts ferner läge, als die Presse zu gängeln oder Redakteuren die Meinung zu verbieten. Daß es ihnen aber genau um eine Pressekontrolle durch den Kreistag geht, machten dann ihre Diskussionsbeiträge klar.

CDU-Fraktionsvorsitzender Fischer unterstellte den AKW-Gegnern, sie seien bundesweit eine Minderheit, jedoch stark vertreten unter Lehrern und Journalisten. Daher erhielten sie in der Berichterstattung einen „überhöhten Stellenwert". Es wurde auch eine Resolution der CDU-Fraktion verlesen, in der es u.a. heißt: „*Die CDU-Fraktion vertritt die Ansicht, daß die Berichterstattung über die Ereignisse in und um Gorleben kein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion in der Bevölkerung gewesen sind. Wir fordern daher den Verlag und Redaktion der EJZ auf, die Meinungsbildung über die Probleme nicht dem Zufall (!) von Leserbriefen und Aktionen zu überlassen, sondern die Probleme systematisch aufzuarbeiten. Die CDU-Fraktion steht zu eventuellen Gesprächen mit den entsprechenden Gruppen zur Verfügung.*" Weg mit dem Zufall! — eine geradezu klassische Aussage zur Diskussionsfreiheit im Modell Deutschland.

Nach einer Zwangspause wegen einer Bombendrohung wurde der SPD-Abgeordnete Abraham deutlich: „*Was wir hier eben erlebt haben, ist das Ergebnis einer jahrelangen Glorifizierung von Gewalt durch Presse und Rundfunk*". Dies solle zwar „keine Schelte" sein, aber er erwarte von einer Zeitung eine sachliche Berichterstattung... Diese Art „Sachlichkeit" demonstrierte derweilen der WDR.

Geplant gewesen war zunächst, am 17. August einen Gorleben-Abend im WDR-Fernsehen auszustrahlen. Im Mittelpunkt stehen sollte dabei der Dokumentarfilm „*Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feyndt wird*", ein Film der „Wendländischen Filmkooperative" über die Entwicklung des Widerstands im Landkreis. Der 126-Minuten-Film sollte zunächst auf 90 Minuten gekürzt und zugleich um die Ereignisse in der „Freien Republik" erweitert und aktualisiert werden. Ohne Begründung wurde die Bewilligung durch den Intendanten von Sell zurückgezogen, dann aber die Sendung einer 45 Minuten-Fassung genehmigt. 23 Minuten vom eigentlichen Film, der Rest über die „Freie Republik". „*Damit ist unser Film kaputt*", so einer der Filmemacher.

Endgültig gekippt wurde dann der Abend vom Vorsitzenden des WDR-Verwaltungsrates, Konrad Grundmann. Er verweigerte eine „Vorabgenehmigung", die laut veralteter Bestimmung dann notwendig ist, wenn eine Ausgabe von mehr als 30.000 DM notwendig ist, und diese Ausgabe vor der nächsten stattfindenden Verwaltungsratssitzung bewilligt werden muß. Ganz offensichtlich ist der Grund für diese Verweigerung in den kritischen Inhalten dieses Films zu suchen. Nachdem die Redaktion der Forderung nach Selbstzensur mit der Beschneidung der Laufzeit des Films bereits nachgekommen war, müssen weitere Kräfte an dem Gorleben-Abend gesägt haben. Dazu braucht man dann nur noch zu wissen, daß eben dieser Grundmann CDU-Mitglied und außerdem Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor bei „Rheinbraun" ist, einem Energiewirtschaftsunternehmen bei Köln.

Wegen solcher Praktiken sitzen die Filmemacher aufgrund der nicht eingehaltenen mündlichen Zusagen nun auch noch mit einem Schuldenberg von 50.000 DM da, was Leuten wie Grundmann sicher nicht ungelegen kommt.

AKW-Nein-Kommission

Schnelljustiz

In weniger als einer Woche gelang es der Staatsanwaltschaft Lüneburg, einen Gorleben-Prozeß zu beenden, noch bevor er begonnen hatte. Eingestellt wurde die Gemeinschaftsanzeige von Uelzener Prozeßbesuchern gegen die Polizei wegen Filmens und Fotografierens.

In der Vorwoche wollten nämlich etwa 40 Menschen einen Prozeß gegen einen Landwirt und eine Studentin besuchen, die wegen einer „Gülle (= Jauche)-Aktion" angeklagt waren — diese darf nämlich nicht j e d e r einfach in die Gegend ablassen. An diesem Morgen des 10. Juli bemerkten nun die Prozeßbesucher einen „Dokumentationstrupp" der Polizei auf dem Balkon eines dem Gericht gegenüberlegenden Hauses, ausgerüstet mit Filmkamera und Fotoapparat.

Auf die darauf eingehende Gemeinschaftsanzeige bemerkte ein Vertreter der Lüneburger Staatsanwaltschaft: „*Der Prozeß läßt Störungen erwarten, daher ist Filmen gerechtfertigt.*" Die Anzeige habe wenig Aussicht auf Erfolg, da „*es für die Polizei nicht uninteressant ist, wer zum Prozeß geht.*" In der Ablehnung heißt es dann, die Kamera sei nicht benutzt worden, da es nicht zu den erwarteten Störungen gekommen sei. Wie glaubwürdig.

Der Prozeß selbst mußte (wieder einmal wegen Widersprüchen und Gedächtnismangel beim BGS) eingestellt werden.

AKW-Nein-Kommission

BIBLIS von A bis C

Eine bemerkenswerte Teilniederlage mußten die AKW-Betreiber in der Frage der Kompaktlagerung abgebrannter Uran-Brennstäbe im AKW Biblis (Südhessen) hinnehmen. In zweiter Instanz hob der Verwaltungsgerichtshof Kassel für den Block A des Kraftwerks die sofortige Vollziehbarkeit der von Wirtschaftsminister Karry erteilten Genehmigung zur Kompaktlagerung auf. Im Block B allerdings darf das Abklingbecken für verbrauchte Kernladungen über das bisherige Maß hinaus angefüllt werden. Da die AKW-Betreiber momentan keine andere Möglichkeit mehr haben, als die hochradioaktiven Stäbe in den Reaktoren selbst zu lagern, liegt Block A damit vorläufig still. Denn in Biblis ist bereits die Situation erreicht, daß die Abklingbecken nach den bisher üblichen Sicherheitsmaßstäben v o l l sind. Der am 18.7. ergangene Gerichtsentscheid regelt jedoch nur die aktuelle Situation, d. h. die Frage, ob in den Bibliser Kraftwerksblöcken die jetzt anstehenden Brennelementewechsel durchgeführt werden können. Das Hauptverfahren, also die endgültige gerichtliche Entscheidung über die Kompaktlagerung, findet im Herbst statt. Bis dahin freilich kann Block A nicht in Betrieb gehen ... – es sei denn, die RWE versuchen, auch diese Entscheidung zu unterlaufen (was nicht das erste Mal wäre).

Bereits im Januar gab die Kraftwerksleitung in Biblis bekannt, daß das AKW ohne die Genehmigung zur Kompaktlagerung stillgelegt werden müsse. Andernfalls könne der nächste Wechsel der Brennelemente in den beiden Reaktoren nicht mehr durchgeführt werden (,,Darmstädter Echo'' vom 25.1.80). Hintergrund sind die bekannten ,,Engpässe in der Entsorgung'': Zwischenlager-Kapazitäten bestehen (noch) nicht, und die französische WAA La Hague nimmt die deutschen Brennstäbe derzeit nicht mehr auf. Eigentlich hätte dies schon das ,,Aus'' z. B. für den Block B in Biblis bedeuten müssen, da dessen Betriebsgenehmigung ausdrücklich auf den La Hague-Verträgen beruht, d. h. unter der Voraussetzung erteilt wurde, daß die abgebrannten Brennstäbe in der französischen WAA wiederaufgearbeitet werden. Aber die Atomindu-

unter der Voraussetzung erteilt wurde, daß die abgebrannten Brennstäbe in der französischen WAA wiederaufgearbeitet werden. Aber die Atomindu-

strie setzt bekanntlich immer ,,neue Maßstäbe''. Da man nicht mehr weiß, ,,wohin mit dem Dreck'', werden einfach die Sicherheitskriterien ,,neu definiert''. D. h., es wird im Gegensatz zu den eigenen früheren Kriterien festgelegt, daß eine erweiterte Lagerung verbrauchter Brennstäbe in den Reaktor-Abklingbecken ,,gefahrlos'' sei. Konkret bedeutet das: Bisher waren die Abklingbecken auf 5/3 einer Kernladung ausgelegt (jährlich wird 1/3 des Kerns ausgewechselt). Von diesen 5/3 mußte jedoch stets 1/3 für eventuell eintretende Notfälle freigehalten werden. Eine Kompaktlagerung bedeutet, daß in denselben Becken 9/3 einer Kernladung gelagert werden, indem die Brennstäbe enger zusammengerückt werden. Durch die verlängerte Lagerdauer soll die Zeit ausgeglichen werden, die durch die Verzögerung beim Bau von Zwischenlagern, WAA etc. verlorengegangen ist. Dies macht einen erheblichen Unterschied aus und erhöht entsprechend das Gefahrenpotential in den Reaktoren.

In Biblis waren die RWE so unverfroren, daß sie die Gestelle für eine Kompaktlagerung gleich einbauten, ohne daß es ein Genehmigungsverfahren nach dem Atomgesetz gegeben hatte. Dies ging dann doch zu weit. Aufgrund der öffentlichen Proteste sah sich Wirtschaftsminister Karry (der von dem Coup voll informiert war) genötigt, ein Verfahren einzuleiten. Daraufhin brachten über 10.000 Personen Einwendungen gegen die Kompaktlagerung in Biblis vor, natürlich vergeblich. Anfang des Jahres gab die Reaktorsicherheitskommission beim Bundesinnenministerium grünes Licht, woraufhin die Unterschrift der zuständigen Minister der Landesregierung nur noch eine Formsache war. Einzige Sorge in Wiesbaden: Die Genehmigung nach allen Richtungen rechtlich abzusichern, da es klar war, daß die Auseinandersetzung vor Gericht weitergeführt werden würde. Was in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden sollte: Auch der ehemalige Umweltminister Görlach (SPD), der von seinen Parteifreunden krampfhaft als ,,Grüner'' präsentiert wird, unterschrieb ohne weitere Umstände die Genehmigung. Karry ordnete die sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung an, erteilte diese jedoch nicht für die gesamte vorgesehene Lagerkapazität von 9/3, sondern lediglich für ein weiteres Drittel. Auf diese Weise sollte der im Sommer anstehende Brennelementewechsel gewährleistet werden (ausgewechselt wird ja nur 1/3 der Kernladung).

Gegen diese sofortige Vollziehbarkeit setzten die Kläger im April erfolgreich einen Stoppantrag für beide Reaktoren vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt (1. Instanz) durch. Das Gericht befand im Eilverfahren, daß ,,*der Schutz der Gesundheit und des Eigentums der Kläger ... Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber des Kraftwerks habe*'' (,,Darmstädter Echo'', 6.5.). Eine andere Entscheidung, so der Richter, hätte die Kläger vor vollendete Tatsachen gestellt, da die Benutzung der Lagerung im Hauptverfahren natürlich nicht mehr rückgängig gemacht werden kann ... – wohin mit dem Dreck?!

Gegen dieses vollkommen schlüssige (und gerade deshalb für bundesdeutsche Verhältnisse ungewöhnliche) Urteil legten die Landesregierung und die Betreiber Widerspruch bei der 2. Instanz ein. Dort entschieden die Richter unterschiedlich für die beiden Kraftwerksblöcke – ein Urteil, das offensichtlich von der drohenden Stillegung b e i d e r AKWs beeinflußt ist, falls eine zusätzliche Lagerung nicht unmittelbar ermöglich wird. Dazu heißt es in der ,,Frankfurter Rundschau'' vom 19.7.: ,,*Die unterschiedliche Beschlußfassung des Verwaltungsgerichtshofs bei den beiden Blöcken ergibt sich aus einer unterschiedlichen Beurteilung des Gefährdungsgrades. Beide Blöcke liegen in naher Entfernung zum Rhein und damit laut einer Verordnung ... in einer sehr ,kritischen Zone'. Sollte es auf dem Rhein, der auch von Schiffen mit explosionsgefährdeter Ladung befahren wird, zu einem Unfall kommen, so läge Biblis im Gefahrenbereich. Die Richter meinten, daß Block A zu sehr gefährdet sei, und gaben daher dem Kläger, der Gefahr für sein Leib und Leben geltend gemacht hatte, recht. Dort sei der Schutzmantel nur 65 Zentimeter dick ... Das Gericht sehe sich außerstande zu entscheiden, ob Block A bei einem solchen Unglück standhält oder nicht. Das Risiko sei zu groß und könne nicht verantwortet werden. Im Block B sind die Mauern hingegen einen Meter dick. Unter weiterer Berücksichtigung der Tatsache, daß zwischen diesem Reak-*

wortet werden. Im Block B sind die Mauern hingegen einen Meter dick. Unter weiterer Berücksichtigung der Tatsache, daß zwischen diesem Reak-

tor und dem Rhein die Kühltürme mögliche Druckwellen abmildern können, entschied der Verwaltungsgerichtshof zugunsten der RWE.''

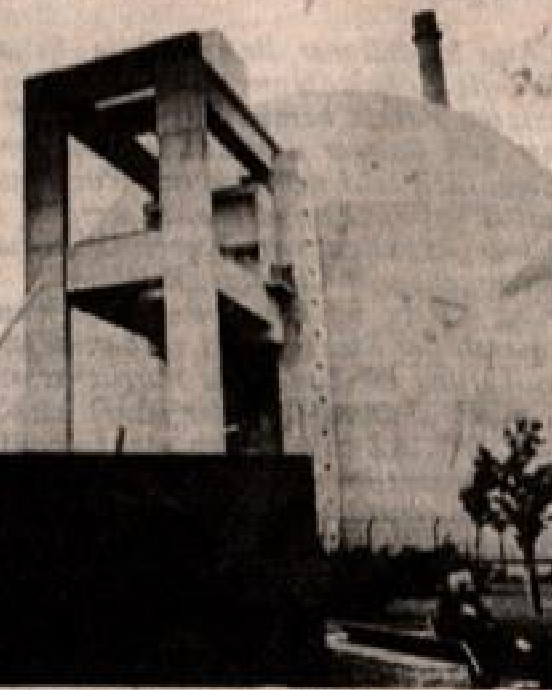
Diese Argumentation der Richter kam wohl für alle Verfahrensbeteiligten überraschend und ist nicht ganz verständlich. Anscheinend war das das Einzige, was den Richtern eingefallen ist, um die unterschiedliche Verfahrensweise bei den beiden Blöcken irgendwie logisch (?) zu begründen. Denn der Hinweis auf die Gefährdung des AKWs durch die Rheinschiffahrt war in allen bisherigen Genehmigungsverfahren um Block A und B abgewiesen worden. Wenn nun eine Gefährdung von Block A (für B trifft das natürlich im Prinzip ebenfalls zu) durch eventuelle Tankerunglücke o.ä. zugegeben wird, dann hat das mit der Kompaktlagerung primär gar nichts zu tun, sondern der Reaktor müßte selbstverständlich insgesamt stillgelegt werden. Dies wäre ohnehin höchste Zeit. So mußten bei der letzten Inspektion in Block A 20 gebrochene Schrauben ersetzt werden. Der Öffentlichkeit wird verschwiegen, wie es zu diesen Schäden kommen konnte, und wie hoch die dadurch entstandene Gefährdung war/ist.

Block A betriebsbereit?

Fragen wirft eine Formulierung in dem bereits zitierten Artikel der ,,Frankfurter Rundschau'' vom 19.7. auf, der Block A sei seit dem 15.7. ,,betriebsbereit''. Denn Block A war schon seit einiger Zeit abgeschaltet, um die routinemäßige jährliche Inspektion durchzuführen. Dabei findet, wie jedermann weiß, auch der Austausch der Brennelemente statt. Wenn Block A demnach jetzt wieder ,,betriebsbereit'' sein soll, so legt das die Interpretation nahe, daß die Kernladung bereits erneuert ist, wie von den RWE geplant. **Wo aber sind die abgebrannten Stäbe geblieben, wenn eine zusätzliche Lagerung im Abklingbekken doch gerichtlich gestoppt worden ist?** Hierzu gibt es nur zwei Erklärungen: Die eine Möglichkeit ist, daß unter ,,betriebsbereit'' lediglich gemeint war, daß Reparaturen durchgeführt wurden, die Schäden beseitigt sind, und der Brennelementewechsel jetzt unmittelbar vorgenommen werden könnte. Die andere (wahrscheinlichere) Möglichkeit ist, daß die Betreiber im Vertrauen auf die Kasseler Richter den Wechsel vornehmen ließen und jetzt im Hemd dastehen. So jedenfalls lautet die Information aus Kreisen der Kläger. Demnach würde die jetzt ausgetauschte Ladung denjenigen Teil des Abklingbeckens besetzen, der nach der alten (für Block A immer noch gültigen) Lagergenehmigung für Notfälle f r e i g e h a l t e n werden muß (siehe oben). Anscheinend kann man dagegen aber rechtlich nichts unternehmen, solange Block A nicht in Betrieb geht. Dieses Verfahren würde ganz auf der Linie der RWE (Einbau der Kompaktgestelle ohne vorheriges atomrechtliches Verfahren etc.) liegen: Entgegen einem eindeutigen Stopp-Entscheid der Darmstädter (und dann auch der Kasseler) Richter für Block A werden einfach vollendete Tatsachen geschaffen!

Es wäre völlig verfehlt, aus den genannten Gerichtsurteilen vorschnelle Schlüsse zu ziehen, etwa daß Block A jetzt ,,erledigt'' wäre o. ä. Sie signalisieren nur, daß die Kompaktlagerung derzeit eine Art Nadelöhr für die AKW-Betreiber ist, durch das sie zum Teil nicht g a n z problemlos durchkommen. Deshalb sollte die Anti-AKW-Bewegung über den Kampf gegen die WAA-Pläne, gegen den Neubau bzw. Weiterbau zusätzlicher AKWs usw. die Frage der Kompaktlagerung nicht ,,vergessen'', sondern die darin enthaltenen Widersprüche und Ungereimtheiten nutzen.

KB-Gruppen
Darmstadt und Frankfurt





Vorbereitungsarbeiten laufen auf vollen Touren

Nach Aussagen des hessischen Wirtschaftsministers und Atombefürworters Nr. 1, Karry, soll die Baugenehmigung für Block C in Biblis im Frühjahr 1981 erfolgen. Dies erklärte Karry bei einer Tagung der hessischen Unternehmerverbände in Frankfurt Anfang Juli. War noch zu den Landtagswahlen 1978 eine gewisse Zurückhaltung in Sachen Atompolitik in Hessen zu sehen – damals erklärte vor allem Börner, an einen Bau von Block C sei nicht zu denken – werden die hessischen Landespolitiker vor den Bundestagswahlen immer hemmungsloser.

Parallel zu den Vorbereitungen einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Hessen und der Einrichtung bzw. Genehmigung der Kompaktlager in Block A und B in Biblis denkt die Landesregierung über einen weiteren Block C nicht nur laut nach, bei genauerem Hinsehen fällt auf, daß derzeit in Biblis ein reges Treiben zu beobachten ist.

– Das Gelände, auf dem Block C errichtet werden soll, wird derzeit abgetragen bzw. auf Höhe des Schutzdammes zur Rheinseite hin aufgefüllt. Diese Arbeit ist schon weitestgehend abgeschlossen.
– Ferner wird der Betonzaun um das AKW zur Rheinseite hin weitergebaut; dort war bisher nur ein einfacher Drahtzaun.
– Der Gleisanschluß für Block C wurde im Mai dieses Jahres stillschweigend beantragt, die öffentliche Auslegung des Antrages in Biblis war selbst den örtlichen Bürgerinitiativen entgangen.
– Zusätzlich wird noch eine dritte Überlandstromleitung installiert, in Richtung Offenbach-Urberach.
– Lagerhallen für ,,schwach- und mittelradioaktiven'' Atommüll werden unter Umgehung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens gebaut. Angeblich sollen dort ,,leichtverseuchte'' Arbeitsgeräte und Werkzeuge deponiert werden.

Bisher war von Seiten der Landesregierung keine Stellungnahme zu den Bautätigkeiten in Biblis zu bekommen. AKW-Leiter Meyer ließ allerdings verlauten, er denke noch an eine Genehmigung vor den Bundestagswahlen. Karry sah sich wahrscheinlich daraufhin veranlaßt, den Sachverhalt auf der Tagung in Frankfurt richtigzustellen. Wie weit die hessischen Landespolitiker in Sachen Atompolitik sich auf die Seite der AKW-Betreiber stellen, macht eine Äußerung aus dem hessischen Wirtschaftsministerium deutlich. Ein Herr Thormann meinte mit Blickrichtung auf Biblis, die RWE sei die einzige Firma, die konsequent am Atomgeschäft festhält.

Für die Anti-AKW-Bewegung in Südhessen und Rheinland-Pfalz gilt es, sich wieder stärker mit Biblis zu beschäftigen. Ein kleiner Anfang wird Anfang August ein einwöchiges Zeltlager in Biblis sein, mit dem einige Bürgerinitiativen auf den drohenden Baubeginn von Block C hinweisen wollen.

KB/Gruppe Darmstadt

Kurzmeldungen
Kurzmeldungen

WAA Hessen in Rabenau

Letzte Woche wurde ein weiterer, möglicher Standort für die hessische WAA bekannt: Rabenau bei Gießen. Der Bürgermeister hatte – im Rahmen seiner Dienstschweigepflicht – Informationen erhalten, daß bei der Standortsuche auch Rabenau im Spiel ist. Hierzu der SPD-Bürgermeister; ,,Wir werden uns mit allen Mitteln gegen ein solches Projekt wehren'' (,,Frankfurter Rundschau'', 15. 7.1980). Schon seit einigen Monaten ist bekanntlich die Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft auf der Suche nach möglichen Standorten.

Die Bekanntgabe des Standorts hat in der Gemeinde schon zu einiger Aufregung geführt. Die dort amtierenden Sozialdemokraten führten als Gegenargumente ins Feld: ,,Die Gemeinde sei schon durch andere schwerwiegende Projekte, Sammelstelle für radioaktive Abfälle in Roßberg, geplantes NATO-Lager, der vorgesehene Bau der Autobahn und der Einflugzone für Militärflugzeuge, über Gebühr belastet'' (,,Frankfurter Rundschau'', 15.7.80).

So hofft der SPD-Ortsverein, daß auch die Bundesbehörden dieses ,,zum Wohle der Gemeinde'' berücksichtigen werden. Wie wäre es mit konkreten Aktionen ,,zum Wohle der Gemeinde'', um dieser ,,Hoffnung'' etwas mehr Nachdruck zu verleihen?!

Vorschlag für eine Anti-AKW-Bundeskonferenz

Wie aus der ,,taz'' vom 25.7. zu entnehmen ist, schlagen die BI Lüchow-Dannenberg und einige Vertreter des Atommüllagertreffens ein Auswertungstreffen für die Aktion bei 1004 statt einer Fortführung des Trebeler Treffens vor. Das Trebeler Treffen habe gezeigt, daß aus der BI immer die Gleichen die Vermittler zwischen Auswärtigen und Einheimischen spielen müßten. Es habe zuviele fruchtlose Auseinandersetzungen gegeben, Trebel sei nicht zentral genug, und außerdem müsse man wegkommen von der Fixierung der Bewegung auf Gorleben.

Vorgeschlagen wird ein Vorbereitungstreffen am 16./17. August, eventuell in Kassel, mit folgenden Themen: Strategie der Betreiber, zukünftige Widerstandsformen, Verhältnis Anti-AKW- und Friedensbewegung, sowie über die Frage eines gesonderten Auswertungstreffens u n d Bundeskonferenz oder n u r Bundeskonferenz.

Katastrophenreaktor Brunsbüttel soll wieder eingeschaltet werden!

Der schleswig-holsteinische Sozialminister kündigte an, daß der berüchtigste und unfallträchtigste Reaktor an der Elbe am 7. August wieder angeschaltet werden soll. Nach angeblich enormen Aufwendungen für die Sicherheit könne nun grünes Licht gegeben werden. Eigentlicher Hintergrund dieser Einschaltung ist, daß auf alle Fälle (und wenn es nur für Tage ist) der Reaktor wieder laufen muß, da Anfang nächsten Jahres der Brennelementwechsel fällig ist. Läge der Reaktor bis zu dieser Zeit still, müßte ein ganz neues Genehmigungsverfahren eröffnet werden, und dieses würde Brunsbüttel nach den geltenden Bestimmungen des Atomgesetzes nicht überstehen.

AKW-Standort seit sechs Wochen besetzt

Frankfurt-Fechenheim: Als Solidaritätsaktion mit den Gorleben-Besetzern und als Protest gegen die Pläne der hessischen Landesregierung, möglicherweise auch zwischen Frankfurt und Offenbach ein AKW (zwei Blöcke der Biblis-Größe mit je 1.300 MW) zu errichten, haben seit dem 8. Juni ca. 20 bis 25 Leute – größtenteils Fechenheimer und Offenbacher – das im hessischen Standortsicherungsplan ausgewiesene Kraftwerksgelände besetzt. Mittlerweile haben die Besetzer und Freunde der Aktion mehrere Gebäude aus Holz errichtet: eine Küche, ein Schlafhaus, mehrere weitere Hütten und ein größeres geräumiges Freundschaftshaus.

Das kleine Dorf auf dem möglichen AKW-Standort befindet sich in direkter Nachbarschaft zu Großanlagen verschiedener Mineralölgesellschaften (Tanks von BP etc.) und ist nur zwei Kilometer von den nächsten Wohngebieten entfernt.

Die Forderung der Besetzer ist, Fechenheim aus dem Standortsicherungsplan zu streichen. Dieser soll endgültig im September vom hessischen Landesparlament beschlossen werden (Rechtsfolge des Standortsicherungsplanes: Die Gemeinde muß das Gelände in ihren Flächennutzungsplänen ausweisen und abrufbereit halten; auf diese Weise werden Einzelgenehmigungsverfahren umgangen).

Den Aberwitz eines Standortes Fechenheim sehen die Besetzer u. a. auch darin, daß
– er im Überschwemmungsbereich (Main-Nähe) liegt, die Besiedelungsdichte im Nahbereich sehr hoch ist, und das Gelände inmitten konzentrierter Wohn-, Gewerbe- und Industrieanbauung liegt;
– die Luft durch stark emittierende Industrie bereits übermäßig vorbelastet ist;
– der Main keine weitere Aufheizung verkraftet;
– die zulässigen Standards für radioaktive Belastungen bereits erreicht sind;
– negative klimatologische Auswirkungen für ganz Frankfurt zu erwarten sind.

Die Reaktionen der Behörden ließ nicht lange auf sich warten. Täglich wird das Gelände von Streifen kontrolliert, und die ersten Räumungsdrohungen sind auch schon ausgesprochen worden. Die Besetzer schätzen diese nicht als inhaltslos ein und wollen teilweise auch durch ein regelmäßiges Programm verstärkt an die Öffentlichkeit gehen.

In der Presse und Lokalberichterstattung hat die Besetzung ein verhaltend-wohlwollendes Echo gefunden, wohl auch deshalb, weil vor einigen Jahren die Planung eines Gas-Großkraftwerkes an der gleichen Stelle zu heftigen Reaktionen in der ansässigen Bevölkerung geführt hat (40.000 Unterschriften), so daß die kommunalen Körperschaften ablehnende Beschlüsse faßten. Bedauerlich ist eigentlich, daß die Besetzung bisher recht wenig Unterstützung und Aufmerksamkeit in Frankfurter BI-Kreisen gefunden hat.

KB/Gruppe Frankfurt

Im Wendland am Räumungstag: immerzu UKW ...

eine notwendige Radio–Sendung von Walter Moßmann

Unser Modell war die erste Life–Sendung von Radio Verte Fessenheim; 1978 hat die Lokalantenne Colmar mehrmals direkt aus einer bestreikten und besetzten Fabrik heraus gesendet. RVF hielt es für notwendig, daß die Einwohner von Colmar unmittelbar von den Streikenden selber informiert wurden. Eigentlich sehr naheliegend. Wozu muß denn immer ein professioneller Journalist dazwischen geschaltet werden, mit seiner gewundenen Ausdrucksweise, seiner Rücksichtnahme nach Oben, seiner Angst in der Hose und seiner professionellen Ahnungslosigkeit?

Alle, die in der Freien Republik Wendland werkelten und sich auf den Aufmarsch der Staatsgewalt vorbereiteten, hatten ein Interesse dran, daß die Bevölkerung im Landkreis möglichst viel mitkriegt, und da reichte die Elbe–Jeetzel–Zeitung und der NDR wirklich nicht aus. (Die Berichte von stern, zeit, FR, AZ usw. waren nicht unnütz. Bloß: sie spielen für die regionale Öffentlichkeit keine Rolle, und sie bleiben eben doch gefilterte Mitteilung. Der Journalismus ist eine Milchglasscheibe).

Vergleich mal diese Life–Sendung mit dem Tages–Schau–Bericht. In der Tages–Schau sah man ‚die Demonstranten', ein uniformer Haufen, der aussieht, wie Demonstranten immer aussehen. So einheitlich und längst gehabt wie eine Fußball–Mannschaft, die immer im selben Vereinstrikot einläuft. Artikulieren durfte sich von uns auch niemand. Stattdessen kamen zwei Berufsredner zu Wort, Herbert Gruhl und ein Juso–Chef, genaugenommen zwei Passanten, die aber den Jounalisten gutnachbarlich bekannt sind. Das wars dann gewesen. Wir waren entmündigt und unkenntlich gemacht.

In der Radio–Wendland–Sendung haben dann viele von uns den Mund aufgemacht und wurden erkennbar: Frank, der Wanderer zwischen Polizei–Barrieren, die Frau aus der Musik–Gruppe, die Lüchow–Dannenberger Rebecca, Gaby, Wolf, Lilo Wollny, die ihren Landleuten etwas zu sagen hatten, oder später die von der Presse so idiotisch mystifizierten Türmer... Na ja, hörts euch selber an. Dieses Dokument auf der Kassette ist eine gewaltige Ohrfeige für den heruntergekommenen deutschen Journalismus, ich hoffe, einige Hörer werden rot und gehn mal in sich. (z.B. dieser unsägliche Aspekte–Moderator, der kürzlich anläßlich der Züricher Opern–Revolte gedankenschwer sagte: ‚Die Jugendlichen müssen sich aber auch darüber klar werden, daß Gewalt ihre Ziele diskreditiert!' – Mensch, Junge, sag das doch auch mal dem Herrn Baum und dem Herrn Albrecht und den Managern der Atom–Industrie! Du bist doch Journalist, es gibt keine Zensur, also Mann, keine Angst! Dann entziehen wir dem Staat sofort die Kredit–Würdigkeit und zahlen keine Steuern mehr, o.k.?)

Vergleicht auch mal den Aufwand für unsere notwendige Direkt–Übertragung mit den Kosten/Nutzen–Verhältnis bei den offiziellen Medien. Geld gekostet hat uns die RFW–Sendung überhaupt nur deshalb, weil das Funk– und Fernseh–Monopol jede Konkurrenz kriminalisiert. Und uns kostet (uns, die Gebührenzahler!) eine Life–Übertragung, wenn sich in Neapel paar gelangweilte Millionäre um einen Fußball streiten, wenn ein Papst eine Krone aufs Haupt gedrückt kriegt, wenn in Bonn Macht– und Diäten–hungrige Wahlkämpfer ihre Reklame–Slogans aufsagen, wenn in Wiesbaden ein Showmaster vor jungen Frauen herumgurrt? Macht euch das doch mal klar! Bemerkt doch bitteschön, daß in unserer Gesellschaft das Medium Funk/Fernsehen nur parodiert wird. Wir haben uns daran gewöhnt, Albernheiten für selbstverständlich zu nehmen. Das Zeitalter der demokratisch genützten Medien hat noch gar nicht angefangen, daß die Pioniere des Freien Radio eure Unterstützung brauchen. Was nützen denn eure ironischen bis melancholischen Sprüche über die Glotze, vor der ihr klebt, wenn für die ‚Piratensender' auch nur gelangweiltes Achselzucken übrig bleibt?

Die Life–Sendung am 33. Tag der Republik Freies Wendland war aber noch aus einem anderen Grund wichtig: Sie war für die möglichen Opfer polizeilicher Putativ–Notwehr so eine Art von Lebensversicherung m.b.H. Zu dick aufgetragen? Ich glaub nicht.

Hätte es im Dorf 1004 am 4. Juni überhaupt keine Öffentlichkeit gegeben, wär die Staatsgewalt mit uns umgesprungen nach Belieben. Wir konnten die Aktion überhaupt nur machen, weil die Medienleute da waren. Aber konnten wir denn wissen, wie lang sie dableiben (dableiben dürfen)? Radio Freies Wendland jedenfalls ist immer dageblieben, der letzte Zeuge, der auch gehört wurde.

Gut, das wäre zunächst noch keine Sache auf Tod und Leben gewesen. Aber was ist, wenn niemand mehr auf dem Gelände ist außer den paar Leuten vom Turm. Und wenn es Nacht wird? Hat die offizielle Propaganda nicht ständig behauptet, Terroristen wären auf dem Platz? Hat der Staat nicht ein Interesse dran, aus Anti–AKW–Demonstranten Terroristen zu machen, um sie vom Volk absondern und abknallen zu können?

Ich habe folgendes Szenarium nie ausschließen können: Der Platz ist von der Staatsgewalt besetzt, die Stimmung angeheizt. Irgendwoher ist ein Stein geflo-

behauptet, Terroristen wären auf dem Platz? Hat der Staat nicht ein Interesse dran, aus Anti–AKW–Demonstranten Terroristen zu machen, um sie vom Volk absondern und abknallen zu können?

Ich habe folgendes Szenarium nie ausschließen können: Der Platz ist von der Staatsgewalt besetzt, die Stimmung angeheizt. Irgendwoher ist ein Stein geflo-

gen, oder ein Molli (alles schon mal dagewesen). Die Polizei meldet im Laufe des Tages: Ein toter Polizist, einer, der ums Leben ringt. BILD interviewt die Anverwandten. Die Tagesschau zitiert einen Polizeibericht, wonach der Turm ein Waffenlager ist (alles schon mal dagewesen). In der Nacht – meldet dpa – versuchen einige heroische MEK– oder GSG–Leute, den Turm zu nehmen. Sie mußten leider durch die Holzwand ‚zurückschießen'. Hinter der Tür war zwar nur ein nackter Mann (alles schon mal dagewesen). Oder: Bei genauer Durchsuchung findet sich in einem Schlafsack eine Knarre,die noch raucht. Sowas läßt sich machen, alles schon maldagewesen.

Wer dieses Szenarium unsinnig findet, hat die letzten 5 Jahre im Modell–Deutschland verschlafen. Ich jedenfalls konnte es nicht ausschließen.

Deshalb hat die Turmgruppe noch am Vorabend der Räumung eine Presseerklärung veröffentlicht, die zwei Fernsehteams aufgezeichnet haben. Deshalb haben wir dafür gesorgt, daß ein dpa–Fotograf als Zeuge auf den Turm ging. Und deshalb hat Radio Wendland bis zum Schluß gesendet. Ein Radio als Putativ–Notwehr? Jedenfalls weniger ‚putativ' als die Schüsse auf den nackten Schotten in Stuttgart, und Leben wurde vom Radio wohl nicht gefährdet. Die tödlichen Amok–Schützen in Stuttgart kamen straflos davon. Das lebendige Radio Wendland soll strafbar sein?

Wenn wir uns das gefallen ließen, wären wir nicht mehr zu retten.

Bleiskandal Goslar: Kein Grund zur Panik?

„Bleivergiftungen bewirken, besonders wenn sie öfter auftreten, die Erkrankung und Entzündung anderer Organe, so der Nieren, der Blutgefäße, der Augen und des Gehirns. Manchmal tritt Blindheit, manchmal Geistesstörung ein. Die Krankheiten fallen dann in der Statistik nicht mehr unter die Rubrik der Bleivergiftungen, obwohl sie eigentlich dahin gehörten. Das Blei bedeutet somit eine größere Gesundheitsgefahr, als dies die Statistik der gewerblichen Erkrankungen erkennen läßt..."

So beschrieb Otto Rühle in seinem Buch **„Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats"** den Schadstoff Blei vor 50 Jahren. Übrigens hatten schon die alten Römer mit dem Blei unliebsame Bekanntschaft machen müssen, als sie ihre Weinflaschen damit versiegelten.

Eine kleie Auswahl von Beispielen soll die heute von den Behörden g e d u l d e t e Gesundheitsgefährdung durch das Schürfen von Bleierzen und deren Verarbeitung verdeutlichen.

• Im Frühjahr 1972 sterben in Nordenham ca. 130 Kühe infolge einer Bleivergiftung, nachdem bei der Preussag ein Staubfilter wegen Korrosionsschäden ausgefallen war. Nach dem Unglück werden in unmittelbarer Nähe des Werkes zwei Kindergärten (!) eröffnet.

• In Krautscheid hatte die Bleivergiftung durch eine naheliegende Fabrik ein solches Ausmaß angenommen, daß 1975 sieben Kinder in der Kinderklinik St. Augustin stationär behandelt werden mußten (Koch/Vahrendholt „Seveso ist überall...", S. 138ff).

• In Stollberg bei Aachen hat die Ballung der Schwermetallindustrie (hier gibt es zwölf Bleihütten) zu einer solchen Dauerverseuchung der Umwelt geführt, daß die Kinder jedes Jahr auf ministerielle (!) Anordnung zum „Urlaub vom Blei" aufs Land geschickt werden („Spiegel", 35/76).

• In Mechernich bei Bonn führt das ehemalige Blei-Abbaugebiet in der Nordeifel heute noch zu ständigen Vergiftungen. Jährlich (!) sterben ca. 20 bis 30 Kühe an Bleivergiftung. Mittlerweile ist für die Bauern ein spezieller Entschädigungsfonds eingerichtet worden, aus dem 1979 rund 20.000 DM gezahlt wurden. Die Grube, die Ende der fünfziger Jahre stillgelegt wurde, ist bisher nicht einmal untersucht worden, so Engels, der Leiter des Umweltbundesamts im Kreis Euskirchen. Und die Stadt Bonn trägt ihren Beitrag hierzu bei, indem sie in die nicht mehr genutzten Abraumhalden ihren Klärschlamm einlagert („Vorwärts", 19.6.80).

• Anfang der siebziger Jahre kam es zu dem bisher schlimmsten bekannt gewordenen Vergiftungsunfall infolge Blei. Etwa 400.000 Kinder in amerikanischen Slums erkrankten, 200 starben, 800 trugen bleibende geistige Schäden davon. Die Kinder hatten Bleifarben aufgenommen, mit denen die Häuser gestrichen waren. Daraufhin wurde von der amerikanischen Gesundheitsbehörde 1973 der Bleigehalt in Farben drastisch reduziert (Walter L.H. Moll, „Taschenbuch für Umweltschutz I", S. 190).

Goslaer Bevölkerung „ungefährdet"?

Als das Öko-Institut Freiburg im Frühjahr dieses jahres durch Untersuchungen feststellte, daß in Goslar 22 Kinder von 100 untersuchten Testpersonen Blei im Blut hatten, war von Panikmache, unseriöser Berichterstattung etc. die Rede. Um die Diskussion zu „versachlichen", hatte der Sozial- und Gesundheitsminister Schnipkoweit (CDU) im „Gästehaus" der niedersächsischen Landesregierung eine Anhörung von Sachverständigen — hinter verschlossenen Türen, versteht sich — organisiert, um die „Emotionalisierung" in der Bevölkerung abzubauen. An dem Fachgespräch nahmen 20 Wissenschaftler und Ärzte teil; das Öko-Institut wurde gar nicht erst eingeladen. Diese „Wissenschaftler", von deren Sorte sich bekanntlich immer welche finden lassen, bescheinigten anhand von Untersuchungen von 350 Personen die Unbedenklichkeit der jetztigen Situation und bezeichneten die Schutzmaßnahmen der Landesregierung als „genügend". Um welch illustre Herren es sich handelte, sei nur am Beispiel von Prof. Lehnert aus Hamburg erwähnt, der im Boehringer-Skandal den Schadstoff HCH kurzerhand für ungefährlich erklärt hatte. Mittlerweile sind vom niedersächsischen Landesministerium 1.580 Bürger untersucht worden. Die Ergebnisse werden mit dem Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht und den Datenschutz verschwiegen („Süddeutsche Zeitung", 12.7.).

Im Gegensatz zu den offiziellen Untersuchungen hat das Öko-Institut bei 32 Bürgern von insgesamt 115 untersuchten Personen, die in unmittelbarer Nachbarschaft der schwermetallverarbeitenden Hüttenindustrie wohnen, eine Beeinträchtigung festgestellt. 76 % der Betroffenen hatten übermäßige Cadmiumausscheidungen im Urin („FR" und „Die Neue", 28.6.).

Die Bürgerinitiative Oker/Harlinggerode hat bisher unterlassene Untersuchungen und Maßnahmen gefordert. Sie fordert auch eine systematische Untersuchung der Begabung der Kinder. *„Der Leiter der Orientierungsstufe habe mitgeteilt — so die BI — daß die Kinder seiner Schule den schlechtesten Intelligenzgrad im ganzen Regierungsbezirk aufweisen."* Ferner gebe es in Oker/Harlingerode *„viele frühinvalide Hüttenarbeiter, deren Krankheit von den Ärzten im Interesse der Berufsgenossenschaften abgewiegelt werde"* („SZ", 12.6.).

Kinder sind überhaupt besonders durch das Umweltgift Blei betroffen. So erklärten Mitglieder der BI, daß bereits eine verminderte Widerstandskraft bei Infektionskrankheiten zu verzeichnen sei. *„Innerhalb eines halben Jahres seien in Oker sechs Säuglinge an Atemstillstand gestorben. In derselben Zeit habe es in der ganzen Bundesrepublik nur hundert solcher Fälle gegeben"* (ebenda).

Ferner wird die mangelhafte Koordinierung beim Umsiedlungsprogramm der Betroffenen in ander Städte beklagt. Zwar sei ein Umweltdarlehen von 10 Million DM zur Verfügung gestellt worden; jedoch gibt es zwischen Stadt und Landesregierung kein Konzept für diese Umsiedlungsmaßnahme.

Auf der anderen Seite nehmen es die Politiker bürokratisch genau. Auf die Klage der BI, daß bisher nicht einmal der bleiverseuchte Sand in den Spielplätzen der Kinder ausgewechselt worden sei, erklärte der Goslarsche Stadtdirektor Scholz, *„...man habe erste den Sand aus 20 Kilometer Entfernung herangeholt und untersuchen lassen, damit nicht wieder bleidurchsetzter Sand benutzt werde. Das Auswechseln des Sandes würde die Stadt 100.000 DM kosten"* *„...der untersuchte Sand zeige zwar geringe Werte, aber die Stadtverwaltung kenne nicht die Grenzwerte und habe daher das Auswechseln bisher unterlassen"* (ebenda). Wenn schon der Boden in 20 Kilometer Entfernung verseucht ist, so daß der Sand von dort ebenfalls noch gefährlich sein könnte, ist die Situation in Goslar wohl doch nicht so „unproblematisch", wie es die Behörden glauben machen wollen.

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Stolzenberg; Weitere Giftgasfunde

Hamburg. Mit einer roboterähnlichen Spezialmaschine gehen derzeit auf dem Stoltzenberggelände die Räumungsarbeiten voran, in deren Verlauf es mittlerweile zweimal zu Gasausbrüchen auf dem Werksgelände gekommen ist. Ferner wurde eine 500 Kilo-Kampfstoffbombe gefunden, die sogleich der Bundeswehr übergeben wurde. Gegen den Einsatz des Fräsladers hatte es Proteste gegeben, weil durch die Erschütterungen das noch auf dem Gelände vorhandene Nitroglyzerin (höchstexplosiver Sprengstoff) explodieren könnte.

Der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Notgemeinschaft" hatte aus diesem Grunde beim Hamburger Verwaltungsgericht Klage hiergegen erhoben und eine Räumung von Hand — wie Bürgermeister Klose sie auf einer Bürgerversammlung versprochen hatte — gefordert. Ferner beantragte er wegen der Gefahr des Gasausbruches die Auslieferung von Gasmasken. Dieser Antrag wurde jedoch fast vollständig abgelehnt. Schließlich, so das Gericht, seien Bundeswehr und Feuerwehr bei der Räumung präsent. Eine meteorologische Beratung (Windrichtung etc.) sei inzwischen auch gewährleistet, und der Hamburger Senat habe sogar technische Berater von der britischen Atombehörde aufgrund derer „jahrelangen weitverzweigten Erfahrungen" angeheuert.

Währenddessen sind die Opfer des Stoltzenberg-Giftes noch nicht einmal entschädigt worden. So klagt die Mutter, deren Sohn bei der Explosion am 6.9.79 die rechte Hand verlor, auf eine Entschädigung, die bis h e u t e noch nicht entschieden ist!!

Giftgasfunde in Westberlin

In den früheren „Lonal"-Werken, die im Zweiten Weltkrieg Kampfgas herstellten, sind zwei Phosgen-Ampullen gefunden worden. Erste Hinweise auf den Fundort hatte es bereits 1971 gegeben, als mehrere Arbeiter ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, nachdem sie Kampfgas eingeatmet hatten! 1978 wurden in der nur 1,5 km entfernten Spandauer Zitadelle bei Ausgrabungsarbeiten insgesamt 2.800 Giftgasbehälter gefunden!

Es ist schon ein besonderer Skandal, daß solche Kampfgase erst so spät geborgen werden, zumal hier offiziell das „Gasschutzlaboratorium" der Nazis untergebracht war. Obwohl ein britischer Militärexperte Anhaltspunkte für Giftgas bei den neueren Funden verneinte, konnte nicht ausgeschlossen werden, daß hier in unterirdischen Tunnelsystemen weitere Gasgranaten lagern („taz", 4.7.80).

AKW-Nein-Kommission

4000 in Gundremmingen

Am 20.7. fand in Gundremmingen eine Demonstration gegen das im Bau befindliche AKW (zwei Blöcke) und das für dort beantragte Kompaktlager statt, zu der 3 - 4.000 AKW-Gegner kamen.

Die Leute wurden von einem Polizeiaufgebot empfangen, das nicht gerade üblich für Demos von diesem Ausmaß ist. Genauso provokant waren die Auflagen, die den Veranstaltern gemacht wurden: so durften keine Transparentstangen, die länger als 1,50 m waren, getragen werden. Außerdem mußten sich einige Leute abschminken etc.

Wesentliche Forderungen auf der Kundgebung waren:

KEIN ATOMMÜLLAGER IN GUNDREMMINGEN UND AUCH NICHT ANDERSWO!
STILLEGUNG ALLER AKW's!
WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG!

Außerdem sollte die Aktion die Solidarität mit Gorleben ausdrücken, da dies der gleiche Widerstand sei. Die ganze anschließende Demo war dann begleitet von Provokationen der Bullen. So wollten sie durchsetzen, daß sich der Zug in Blöcken von je 300 aufstellte. Kurz darauf wurde eine Flugblattverteilerin festgehalten, weil sie angeblich ein Flugblatt verteilte, in dem die Polizei verleumdet würde. VS-Bullen versuchten uns, aus allen Lagen zu fotografieren, bis sich ein paar Leute ein Herz nahmen und sie behinderten.

Ein Genosse aus Reutlingen

Grohnde-Demonstranten zur Zahlung verurteilt

Das Landgericht Hannover hat 14 Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77 verurteilt, jene Schäden zu bezahlen, die nach Angaben der Landesregierung den Bullen entstanden sind. Die von der Regierung angegebene Summe beläuft sich auf 233.000 DM, über die Höhe hat das Gericht nicht verhandelt.

Im Gegensatz zur Zahlungsklage gegen die Bewohner des Grohnde-Dorfes, die nach einer friedlichen Räumung die Einsatzkosten bezahlen sollen, war dies ein regelrechter Schadenersatzprozeß. Es wurden also keine Gebühren für Dienststunden oder Sprit zur Anreise usw. in die Summe mitaufgenommen, sondern zerbrochene Gummiknüppel, angeblich geklaute Pistolen, Kosten für die eingesetzten Kampfstoffe, die — wie wir ja alle wissen — von der so friedliebenden Polizei nur bei Gewalttätigkeiten der Demonstranten zum Einsatz kommen.

Der wichtige Aspekt bei diesem Prozeß ist die Tatsache, daß hier grundsätzlich von einer Gesamtschuldnerschaft derjenigen ausgegangen wird, die bei einer unfriedlichen Entwicklung der Demo nicht weggehen, sondern durch „Duldung" militante Demonstranten unterstützen und damit mithaften. Begründet wird dies damit, daß es für die Bullen unzumutbar sei, in dem Getümmel die Richtigen zu greifen. Über die Schwierigkeit, nachher im Prozeß die erhobenen Vorwürfe zu beweisen, braucht eigentlich kein Wort mehr verloren werden.

Eine weitere grobe Sauerei in dieser Sache ist die Art, wie das Geld hereingeholt werden soll. Die Summe, die ja noch erst festgestellt und gerichtlich bestätigt werden muß, wird nachher von den Leuten gezahlt, bei denen etwas zu holen ist. Entzieht sich also jemand irgendwie der Zahlung, dann müssen die anderen seinen Anteil mitbezahlen; die Summe wird nicht durch 14 geteilt (Sippenhaft nannte man das seinerzeit).

Wie der Prozeß weitergeführt wird und ob überhaupt, ist noch nicht klar.

Die nächsthöhere Instanz wäre der Bundesgerichtshof. Aber gerade auf ein Grundsatzurteil von diesem stützt sich die Urteilsbegründung des Landgerichts. Dabei handelt es sich um einen bereits Anfang der 70er Jahre geführten Prozeß wegen der Springer-Demos. Diese doch sehr dünne Hoffnung auf ein neues, anderes Grundsatzurteil wäre mit einer Wartezeit von ca. fünf Jahren verbunden, und die Kosten könnten bis zu einer Million auflaufen. Außerdem wären die Prozeßführenden dann ihrer Anwälte beraubt — in dieser Instanz sind Pflichtverteidiger Zwang.

Das heißt für alle AKW-Gegner, daß hier eine breite Solidaritätskampagne eingeleitet werden muß:

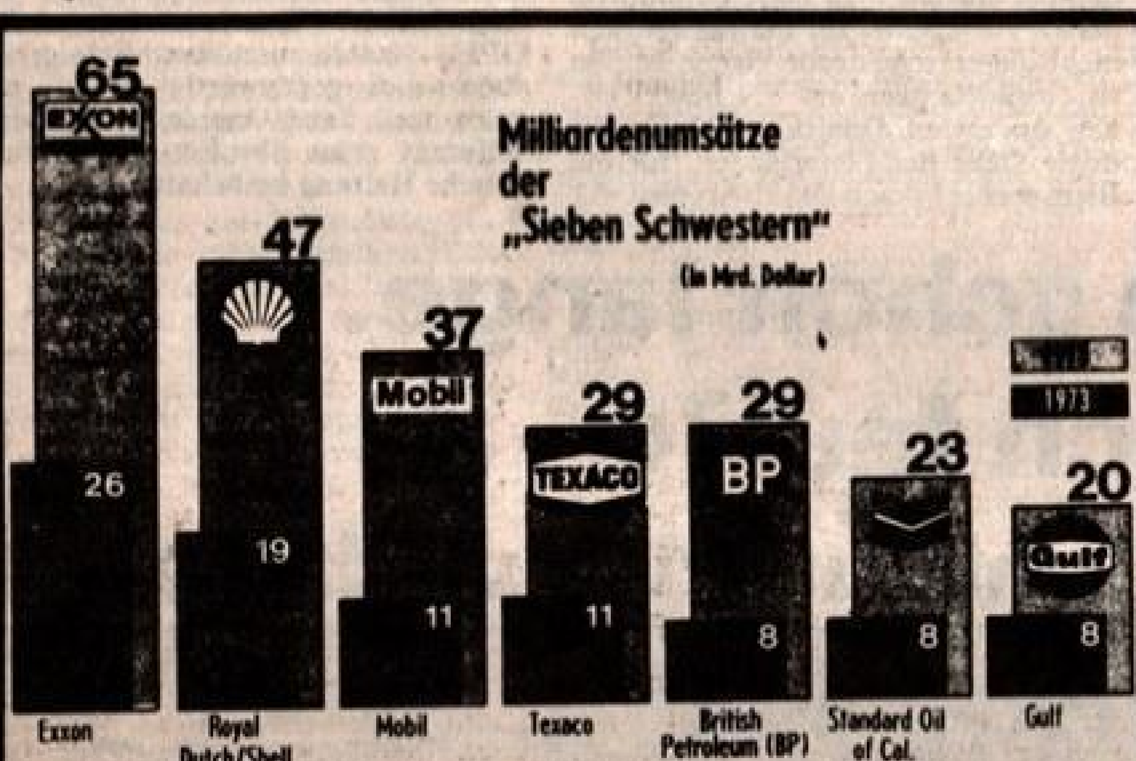
**Wo Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!**

AKW-Nein-Kommission

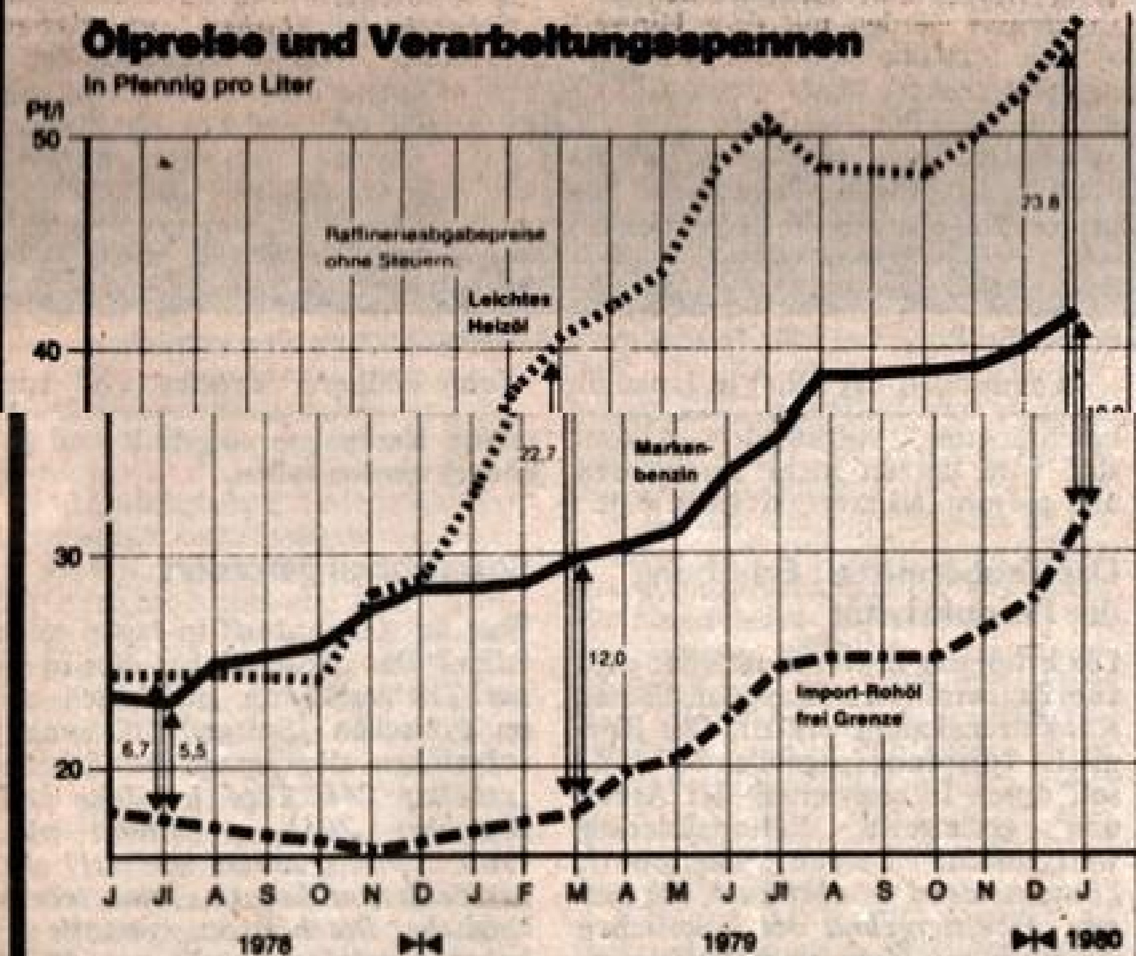
Wer verdient an steigenden Ölpreisen?

Bei der letzten OPEC-Konferenz konnten sich die beteiligten Staaten wieder nicht einigen, die Ölpreise in Zukunft in gleichem Maße wie die Industriepreise heraufzusetzen. Doch in der bürgerlichen Propaganda heißt es dazu, daß die Ölpreise den Westen „strangulieren" würden. Ein neuer „Ölschock" wird schon jetzt prophezeit.

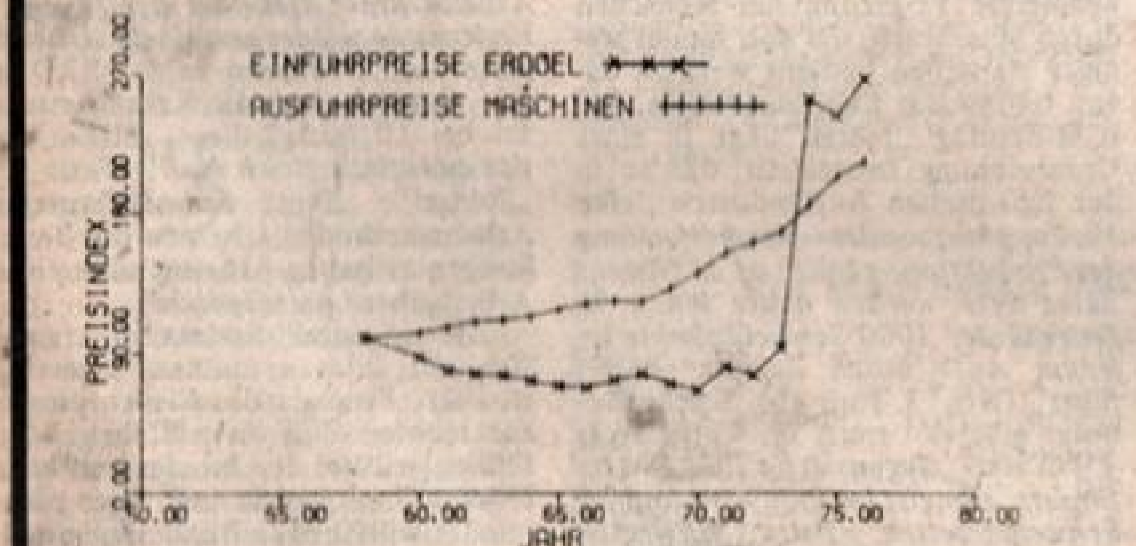
Zwar ist die Zeit des billigen Öls seit 1973 vorbei: Bis dahin wurde das Öl zu ständig steigenden Mengen und vergleichsweise Schleuderpreisen angeboten, was zur Verdrängung anderer Energieformen und zur enormen Steigerung des Energieverbrauchs führte. Hauptverdiener an der Ölpreissteigerung waren jedoch stets die Imperialisten selbst. Das soll hier an einigen Beispielen und Zahlen verdeutlicht werden.



So wird „unsere Wirtschaft" von den „Ölscheichs" „stranguliert" (= erwürgt!!). Die Tabelle vergleicht die Umsätze der imperialistischen Ölkonzerne von 1973 und 1978 (aus „die tat", 25.1.80)



Es ist bekanntlich „zum Weinen". Die „Scheichs" machen uns „die Stabilitätspolitik kaputt" und „zwingen uns, die Preise für die Raffinerieprodukte anzuheben" ... Interessanterweise steigen jedoch die Preise der Raffinerieprodukte weit s c h n e l l e r als diejenigen des importierten Rohöls. So haben die Ölkonzerne innerhalb von nur eineinhalb Jahren ihre „Verarbeitungsspanne" bei leichtem Heizöl um das dreieinhalbfache, bei Markenbenzin knapp um das zweifache erhöht (aus „Neue", 29.4.80).



Um zu beurteilen, ob es den OPEC-Staaten gelingt, sich mit Hilfe von Ölpreiserhöhungen gegenüber den imperialistischen Ländern Vorteile zu verschaffen, reicht es natürlich nicht, nur die Ölpreise zu betrachten. Sondern man muß diese in Beziehung zu denjenigen Produkten setzen, die diese Länder wiederum von den Imperialisten beziehen. Setzt man die Erdöleinfuhrpreise und die Maschinenausfuhrpreise für 1957 gleich 100, so zeigt sich, wie die OPEC-Staaten mit ihren Preiserhöhungen lediglich den gestiegenen Preisen derjenigen Produkte hinterherlaufen, die sie von den kapitalistischen Ländern beziehen (aus „Hefte f. Demokratie und Sozialismus", Nr. 3/80).

Die OPEC setzt die Preise hoch – Angleichung an die Industriegüter

Im Juni dieses Jahres fand in Algier die 57. Konferenz der OPEC statt (Saudi-Arabien, Iran, Venezuela, Irak, Nigeria, Libyen, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Indonesien, Algerien, Katar, Gabun, Ecuador). Im Abschlußkommuniqué wurde erklärt, daß die Ölpreise der Mitgliedsländer einheitlich auf 32 Dollar pro Barrel (159 Liter) festgesetzt werden sollen. Doch schon einen Tag später dementierte die saudi-arabische Vertretung. Saudi-Arabien will weiterhin bei einem Preis von 28 Dollar bleiben, was den absoluten Tiefpunkt der Preisskala darstellt.

Im Vorfeld der Konferenz wurden zwischen den OPEC-Staaten drei Problemkreise erörtert:

1. Preiserhöhung und Wiedervereinheitlichung der Ölpreise der OPEC;
2. Bindung der Ölpreise an die Preise der Industriegüter bzw. an die Steigerung des Bruttosozialbroduktes der Industrienationen;
3. Drosselung der Förderung.

In allen drei Fragen gab es heftige Kontroversen zwischen den mehr auf Unabhängigkeit vom Imperialismus drängenden Lager (Algerien, Iran, Libyen) einerseits und den Statthaltern des Imperialismus (Saudi-Arabien und VAE) andererseits.

Diese Auseinandersetzung spielt seit der ersten „Ölkrise" 1973/74 die entscheidende Rolle innerhalb der OPEC. Während die Mehrheit der Mitgliedsländer für eine Angleichung der Ölpreise (d.h. der Preise, die an die Förderländer bezahlt werden) an das Niveau anderer Waren auf dem Weltmarkt und für einen größeren Anteil der Förderländer an dem Verkaufspreis, den die Ölkonzerne erheben, eintrat, machten insbesondere Saudi-Arabien und der Iran (unter dem Schah) diese Forderungen durch Erhöhung der Produktion und Billigstpreise zunichte.

1973/74 hatten die OPEC-Länder die Ölpreise drastisch von 2,5 auf ca. 10 Dollar pro Barrel heraufgesetzt. Bis Ende 1978 wurde dieser Preis schrittweise auf 12,7 Dollar angehoben. Mit dem Sturz des Schah-Regimes (Anfang '79) ist dann eine enorme Bewegung in die Ölpreise gekommen. Sie stiegen von 12,7 über 18, 23 und 28 schließlich auf 35 Dollar pro Barrel Mitte dieses Jahres. Einen Einschnitt gab es jedoch, als Anfang 1980 die Preisbindung innerhalb der OPEC aufgegeben wurde (genauer: Saudi-Arabien die Preisbindung aufkündigte), sodaß es heute eine Spanne von 28 Dollar (Saudi-Arabien, VAE) bis 35 Dollar (Algerien, Libyen, Venezuela) gibt.

Allein diese Preisentwicklung zeigt schon, welche enorme Bedeutung der Iran unter dem Schah für die Imperialisten und die Ölkonzerne hatte. Zusammen mit Saudi-Arabien förderte der Iran Ende 1978 44% des gesamten Öls der OPEC. Dieser Umstand und die Weigerung des Irans, und Saudi-Arabiens, die Preise hochzusetzen, sind die Ursache dafür, daß die Ölpreise der Förderländer zwischen 1974 und 1978 nur von 10 auf 12,7 Dollar pro Barrel stiegen. Mit dem Zusammenbruch des Schahregimes fiel ein wesentlicher Garant für die Imperialisten weg, was auch von Saudi-Arabien nicht unmittelbar wettgemacht werden konnte. Dies gab den anderen Ländern zeitweilig die Freiheit, einen höheren Anteil am Weltmarktpreis zu verlangen. Anfang 1980 schwankten die OPEC-Preise zwischen 23 und 28 Dollar, während der durchschnittliche Preis in den USA bei 30 Dollar lag und sogar Spitzenpreise bis 41 Dollar erzielt wurden („FR", 10.1.80). Auf dem Rotterdamer Spotmarkt wurden zum gleichen Zeitpunkt 35 Dollar verlangt.

Aber schon im Mai dieses Jahres war der Ausfall Irans wieder weitgehend 'bereinigt'. Zwar ist die Förderung im Iran auf 2 Mio. Barrel pro Tag zurückgegangen, wovon 0,8 Mio. Barrel ausgeführt werden (Anfang 79: 4 Mio. Barrel Export), aber dies wurde von Saudi-Arabien mehr als wettgemacht. Offiziell werden hier pro Tag 9,5 Mio. Barrel gefördert, nach Angaben des iranischen Ölministers soll die Förderung jedoch heimlich sogar auf 14,5 Mio. Barrel hochgeschraubt worden sein (das wäre fast eine Verdoppelung gegenüber 78).

Saudi-Arabien hat damit allein die Funktion übernommen, die es früher zusammen mit dem Iran gespielt hat. Es hat aber nicht nur für den Ausgleich des iranischen Öls gesorgt, sondern durch Billigpreise inzwischen für eine Herabsetzung der Preise insgesamt gesorgt.

Dies hat die Spannungen innerhalb der OPEC und den Druck auf Saudi-Arabien verschärft. Diesem Druck trug die saudi-arabische Regierung Rechnung, indem sie kurz vor der OPEC-Konferenz den Ölpreis von 26 auf 28 Dollar anhob. Dies wirkte als Signal für die übrigen Mitgliedsstaaten, die durchschnittlich ebenfalls 2 Dollar zulegten, sodaß die alte Differenz bestehen blieb. Vom Irak kam der Vorschlag, die Preise einheitlich auf 32 Dollar festzulegen (plus Zulagen bei den Ländern, die extrem günstige Bedingungen für die Ölkonzerne bieten, wie z.B. kurze Lieferwege usw.). Dieser Preisvereinheitlichung entzogen sich wiederum Saudi-Arabien und die VAE. Danach besteht heute folgende Preisskala:

Land	Dollar/Barrel
Algerien	35,4
Ecuador	34,0
Indonesien	34,75
Irak	29,96
Iran	33,5
Katar	31,2
Kuweit	29,5
Libyen	36,12
Nigeria	34
Saudi-Arabien	28,0
VAE	28,0
Venezuela	34,25
Andere Staaten	
Mexico	33,5
England	34,0

Überhöhte Preise der OPEC-Staaten?

Allenthalben ist nun von den Imperialisten zu hören, die OPEC-Staaten würden ihr Öl zu überhöhten Preisen verkaufen und könnten dies nur, weil sie über ihre Monopolstellung die westlichen Industrienationen „erpressen" könnten. Nun ist es schon skurril genug, daß dieser Vorwurf ausgerechnet von denjenigen kommt, die seit Jahrzehnten ihre ökonomische Macht ausnutzen, um der übrigen Welt die Preise zu diktieren, bzw. Hauptverdiener jeder Preiserhöhung waren.

Von 1950 bis 1973 war der Abgabepreis weitgehend konstant. Real sank er sogar durch die in dieser Zeit stattgefundene Dollarabwertung von ca. 4 DM (für einen Dollar) auf 2,5 DM (die Ölpreise werden bis heute an den Dollar gebunden). In dieser Zeit stellten die westlichen Industrienationen den Großteil ihres Primärenergiebedarfs von Kohle auf Öl um. Während z.B. die BRD 1955 ganze 10 Mio. Tonnen Rohöl verbrauchte, stieg dies bis 1973 auf 120 Mio. to., womit Öl über 50% der Primärenergie ausmachte, während Kohle in diesem Zeitraum von ca. 85% auf 25% sank. Im gleichen Maße wurde die Weltförderung von Rohöl von 1945 bis 1973 von 73 Mio t auf ca. 1.500 Mio t pro Jahr gesteigert. Die enormen Gewinne, die damit gemacht wurden, gingen fast ausschließlich in die Taschen der Ölkonzerne.

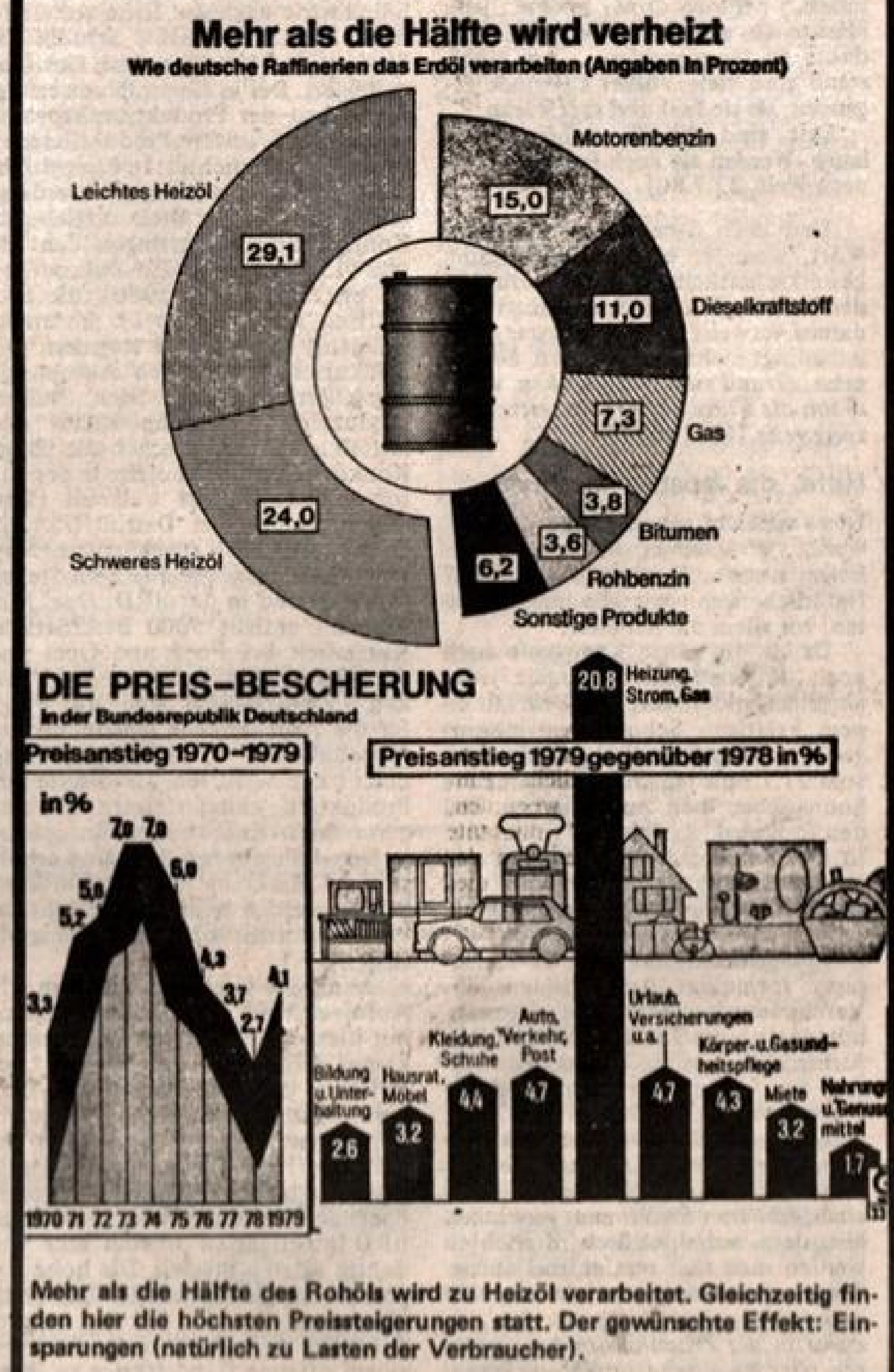
Mosshen Masserad („Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft", Campus-Verlag) hat berechnet, daß sich die Ölkonzerne in diesem Zeitraum einen G e w i n n von über 100 Milliarden Dollar angeeignet haben. Zum Vergleich der Größenordnung: Die gesamten Direktinvestitionen der US-Imperialistischen Konzerne im Ausland in diesem Zeitraum haben etwa die gleiche Höhe, d.h. sie hätten allein von den Ölkonzernen getätigt werden können.

Aber nicht nur die Ölkonzerne schöpften enorme Gewinne ab, sondern in noch größerem Maße die westlichen Industriestaaten. Über die Mineralölsteuer floß noch einmal der vier- bis fünffache Betrag der Konzerngewinne in die Staatskassen, während die Förderländer mit 11% bis 15% abgespeist wurden. Dieser Anteil wurde mit der Preisanhebung 1973 schlagartig auf über 40% erhöht.

In den folgenden Jahren (nach '73) gelang es den Imperialisten jedoch, die Ölpreise wieder real zu s e n k e n. Dies geschah im wesentlichen über zwei Hebel:

Einerseits wurde hierzu die Abwertung des Dollars eingesetzt. 1974 hatte er noch einen Gegenwert von 2,5 DM, Ende 1978 nur noch einen von 1,8 DM. Schon dies allein bewirkte, daß z.B. die BRD 1978 real w e n i g e r für das Öl zahlte als 1974 (1974: 25 DM, 1978: 22,86 DM). Zugleich konnten die Ölförderländer durch diese Abwertung für die „erwirtschafteten" Dollar weniger an Gegenwerten in den Industrienationen kaufen.

Der zweite Hebel war eine außerordentliche Steigerung der Preise für Industriegüter. Während der Ölpreis zwischen 1974 und 1978 um 26% anstieg, kletterten die Preise für Industriegüter um 37%. Die demagogische Begründung der Kapitalisten, die Steigerung der Ölpreise sei die Ursache für die Inflation in den Industrieländern, hat u m g e k e h r t seine Richtigkeit: Mit den inflationären Preissteigerungen für die Wirtschaftsgüter aus den Industrienationen wurden wiederum real die Ölpreise für die imperialistischen Länder gesenkt. Hierzu kommt noch, daß im gleichen Zeitraum die Erdöleinfuhren z.B. der BRD gesenkt wurden und erst Ende 1978 wieder den Stand von 1973



Mehr als die Hälfte des Rohöls wird zu Heizöl verarbeitet. Gleichzeitig finden hier die höchsten Preissteigerungen statt. Der gewünschte Effekt: Einsparungen (natürlich zu Lasten der Verbraucher).

Wer verdient an steigenden Ölpreisen?

Fortsetzung von Seite 7

erreichten. Dies alles hat dazu geführt, daß die Ölförderländer zwar in der Zeit zwischen 1974 und 78 nominal Mehreinnahmen zu verzeichnen hatten, real ihre Einnahmen jedoch gesunken sind.

Gleichzeitig haben die Ölkonzerne und die imperialistischen Staaten (über die Steuern) die Gewinne nochmals enorm steigern können. Als Beispiel seien hier die Preise für leichtes und schweres Heizöl herangezogen. Im April 1974 kostete in Hamburg eine Tonne schweres Heizöl frei Betrieb 196 DM bei einem Tonnenanteil am Rohöl für die Förderländer von 175 DM. Im Januar 1978 war der Preis auf 220 DM hochgetrieben worden, bei einem gesunkenem Anteil von 167 DM (verursacht durch die Dollarabwertung). Gleichermaßen verhält es sich beim leichten Heizöl, das vom April '74 bis zum Januar '78 von 24,56 DM auf 30 DM stieg. Allein über diese beiden Faktoren wurde ein M e h r gewinn von ca. 2 Milliarden DM in der BRD erreicht, von dem die Förderländer nicht einen Pfennig gesehen haben.

Diese Gewinnexplosion machte auch nach den neuesten Preissteigerungen seit 1979 nicht halt. Allein die großen amerikanischen Ölkonzerne steigerten ihren Umsatz 1979 um ca. 30-40% auf ca. 250 Milliarden Dollar, der Gewinn liegt bei ausgewiesenen 14 Milliarden Dollar (nach Abzug aller Unkosten, Investitionen und Steuern). Spitzenreiter ist Exxon mit 85 Milliarden Dollar Umsatz und 4,3 Milliarden Gewinn. Zum Vergleich: Die Jahresförderung aller OPEC-Staaten zusammen macht 147 Milliarden Dollar aus, Saudi-Arabien als größtes Förderland kommt auf 43 Milliarden Dollar.

Schon diese wenigen Zahlen zeigen, daß die imperialistischen Staaten nach wie vor die größten Nutznießer der Ölpreiserhöhungen sind. Die OPEC-Staaten haben es zwar geschafft, einen höheren Anteil zu erzwingen, werden jedoch durch die Preispolitik der westlichen Industrienationen immer wieder ins Hintertreffen geworfen.

Diese imperialistische Wirtschaftspolitik hat zu der Forderung des Irans geführt, die Preise für Öl an die Steigerung der Preise der Industriegüter zu binden. Auch hier sprang Saudi-Arabien wiederum den Imperialisten zur Seite. Allenfalls wollte es einer Bindung an die Erhöhung des Bruttosozialprodukts zustimmen, womit die Ölstaaten jedoch fast leer ausgehen würden, da die Zuwachsraten in allen westlichen Industrieländern stagnieren.

Die OPEC und die 3. Welt

Demagogisch werden die OPEC-Länder von den Imperialisten heute auch für den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der Länder der 3. Welt verantwortlich gemacht. Allein in diesem Jahr wird eine Neuverschuldung dieser Länder um 120 Milliarden Dollar erwartet. Größtenteils sind diese Länder nicht einmal mehr in der Lage, die Zinsen für alte Kredite zu bezahlen. Aber auch in diesem Fall liegen die Verhältnisse genau umgekehrt.

Der größte Teil der Verschuldung kommt durch die Erhöhung der Preise für Industriegüter zustande, für den allein die Imperialisten verantwortlich sind. Die Öleinfuhren in die Länder der 3. Welt werden nur zu einem minimalen Teil von den Förderländern selbst übernommen, sondern durch die imperialistischen Staaten bzw. ihrer Konzerne getätigt. Und auf diesem Wege werden diese Länder zusätzlich benachteiligt. Während das billige Öl aus Saudi-Arabien größtenteils in die Industrieländer gepumpt wird, wird teures Öl aus anderen OPEC-Staaten in die Länder der 3. Welt geschleust. Dies ist von diesen Ländern kaum zu durchbrechen, da sie gar nicht die Möglichkeiten haben, Öl selbst zu beziehen, zu verarbeiten usw. (Tankerflotte, Pipelines, Raffinerien usw.). Die Krokodilstränen der Imperialisten über die Ausplünderung der Länder der 3. Welt durch die OPEC sollen davon ablenken, daß die Imperialisten derzeit deren wirtschaftliche Lage in bedrohlichem Ausmaß verschlimmern.

Preissteigerungen als Mittel zur Verbrauchsdrosselung

Die imperialistischen Länder haben sich darauf geeinigt, den Ölverbrauch in den eigenen Ländern auf das Maß von 1978 zu drosseln. Der entscheidende Hebel hierfür ist eine weitere drastische Preisanhebung. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff drückt das so aus: „*Wenn man Öl sparen will, muß die Preiserhöhung akzeptiert und an den Verbraucher weitergegeben werden*" („Hamburger Abendblatt", 24.6.80). Um dies wiederum verkaufen zu können, wird gleichzeitig die Mär von den „Versorgungsschwierigkeiten" aufgetischt. Noch niemals zuvor war jedoch die BRD so gut mit Öl versorgt wie jetzt. Innerhalb eines Jahres wurden die Reserven von 32,2 Mio. Tonnen auf 39,3 Mio. Tonnen (ein Drittel des Jahresbedarfs) aufgestockt (Stand 31.3.80), bei gleichbleibenden Einfuhren. Es gibt also keinen Versorgungsengpaß, sondern eine Überproduktion von Öl. Ein weiteres Beispiel belegt, daß der angeblich zu hohe Grundpreis der OPEC-Länder für die Kapitalisten nicht die entscheidende Größe ist. So ist Grißbritannien mit 3,9 Mio. Tonnen im ersten Quartal 1980 an die dritte Stelle der Lieferländer für die BRD gerückt (nach Saudi-Arabien mit 4,5 Mio. Tonnen und Libyen mit 4,3 Mio. Tonnen), obwohl dieses Öl an der Spitze der Preisskala liegt (35 Dollar pro Barrel). Diese Umgestaltung der Versorgungsstruktur geschieht (natürlich) unter der Voraussetzung, daß die Kosten voll an die Verbraucher, d.h. im wesentlichen an die arbeitende Bevölkerung, weitergegeben werden. Schon jetzt macht das teure Nordseeöl 17,2% der Rohölversorgung der BRD aus, während das gleich teure Öl aus Algerien von 10 auf 7%, aus Nigeria von 15 auf 9% sank. Deutlich, in welchem Maße die Imperialisten die Ölländer damit unter Druck setzen können, wird dies am Beispiel Iran. Nach dem Sturz des Schah-Regimes war die monatliche Durchschnittslieferung von 1,44 Mio. Tonnen auf 0,96 Mio. Tonnen gesunken. Anfang 1980 steigerte sich diese auf 1,28 Mio. Tonnen (13,9% der BRD-Einfuhren) und ging nach dem Boykottbeschluß gegen den Iran auf 0,36 Mio. Tonnen zurück. Demagogisch wird dies im Bericht der Mineralölwirtschaft (Mai 80) mit „*Unsicherheiten über die Lieferbereitschaft des Iran*" gerechtfertigt.

Über diese beiden Hebel, Preissteigerung und damit Verbrauchsrückgang und Verlagerung der Einfuhren auf andere Länder, versuchen die Imperialisten Druck auf einzelne OPEC-Staaten auszuüben. **Erfolgreich kann dies gegenwärtig jedoch nur sein, weil Saudi-Arabien als Hauptleiferant seine absolut proimperialistische Haltung beibehält.**

»Satt sind die Deutschen schon lange. Werden sie jetzt auch faul?«

Wie die Bourgeoisie die nächste Konjunkturkrise vorbereitet



Automatische Fertigungsstraße und ein Schweißroboter bei VW: Immer mehr Arbeitsplätze werden vernichtet

Automatische Fertigungsstraße und ein Schweißroboter bei VW: Immer mehr Arbeitsplätze werden vernichtet

Ein Adeliger in Japan. Otto Graf Lambsdorff, FDP-Bundeswirtschaftsminister, nutzte seinen Japan-Besuch anläßlich der Beerdigung des verstorbenen Ministerpräsidenten Ohira, um die Vorzüge des japanischen Arbeitslebens für die dortige Kapitalistenklasse zu studieren. Zurückgekehrt in die Bundesrepublik, verkündete er das Ergebnis seiner Studien: „**Mehr arbeiten, weniger krankfeiern, die Produktivität steigern**". Adressiert war diese Aufforderung an die arbeitende Bevölkerung, deren Arbeitsweise Großverdiener Lambsdorff (monatlich mindestens 20.000 DM) so genau zu kennen vorgibt.

Lambsdorffs Äußerung sollte allerdings nicht als zufällige Impression einer Fernostreise abgetan werden. Sie hat eine Vorgeschichte und ist Programm. Bereits im Mai dieses Jahres erzielten der bundeswirtschaftsminister und der Präsident des BDI, Rodenstock, auf der Jahrestagung des „Bundesverbandes der deutschen Industrie" Übereinstimmung, daß „*mit Umverteilung die Schwierigkeiten nicht zu lösen*" seien (mit „Umverteilung" ist die Forderung nach höheren Löhnen und sozialen Leistungen gemeint). „*Die Umverteilung besorgten jetzt andere in ölproduzierenden Ländern. ‚Und bei uns hat künftig vor der Umverteilung die Leistung zu stehen, ohne die wir schlechter leben müßten als bisher'* ". Stattdessen, so Lambsdorff, müsse dafürgesorgt werden, „*daß wir für den Rest dieses Jahrhunderts die Herausforderungen um so besser bestehen werden, je mehr das unternehmerische Element in unser aller wirtschaftlichen Verhalten gestärkt wird*" (FAZ, 21.5.80). Rodenstock assistierte: zur „*Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit*" müsse „*eine weitere Stärkung der Produktivität – nicht zuletzt mit Hilfe neuer Technologien*" erreicht werden (Welt, 21.5.80).

Erhöhung der Arbeitsleistung („mehr arbeiten") und Rationalisierung (neue Technologien), dieses Programm für die bevorstehende Konjunkturkrise wird zur Zeit propagandistisch vorbereitet.

Lambsdorffs Aufforderung fand prompt ein reges Echo in den bürgerlichen Medien. „Bild" verkündete: „*Wir müssen uns in Zukunft stärker ins Geschirr legen. Nur dann können wir wieder besser sein als die Japaner*" (13.7.). Am schärfsten hat sich bisher die FDP-Spitze für dieses Programm in die Bresche geworfen (logisch, daß die SPD sich dabei weniger die Finger schmutzig macht). Außenminister Genscher forderte, den Blick zurück in die „Pionierzeit" der BRD zu richten: „*Wir können diese Herausforderungen bestehen, wenn wir uns ihnen mit dem gleichen Willen zur Pflichterfüllung und dem gleichen Mut zur Verantwortung stellen, wie in der schweren Aufbauphase*" (FR, 19.7.). Hessens FDP-Wirtschaftsminister Karry („Bild" am 17.7.: „*Minister: Wir Deutsche müssen mehr und besser arbeiten*") weiß: „*Krankfeiern ist doch für viele zur lieben Gewohnheit geworden*". Auch Karry, privilegierter Minister, weiß, was für Arbeiter gut ist – Tag und Nacht arbeiten: „**Warum sollten die Maschinen nicht auch nachts arbeiten? In Amerika gibt es heute schon viele Arbeitnehmer, die zwei Berufe haben – einen Halbtagsjob tagsüber und einen für den Abend**".

Und schließlich wollen wir noch das CDU-Blatt „Rheinischer Merkur" zitieren, das den „Untergang des Abendlands" voraussieht, weil deutsche Arbeiter zu faul sind: „**Niemand will Vati am Samstag an die Werkbank zurückholen. Aber auch von Montag bis Freitag läßt sich die Produktivität steigern. Wer da von Ausbeutung spricht, hat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Während wir Arbeitszeit reduzieren und Löhne wachsen lassen, nehmen uns andere jene Märkte ab, auf denen deutsche Produkte zu teuer werden ... Am Wohlstand sind viele Völker zugrunde gegangen, als sie faul und satt waren.**

Satt sind die Deutschen schon lange. Werden sie auch faul?" (zitiert nach Welt, 22.7.80).

Und auch Strauß meldet sich zu Wort, wenn er eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Fordererungen der letzten Zeit ins Spiel bringt und darauf verweist, man solle zwar nicht unbedingt mehr Zeit arbeiten, aber es gebe „*Grund zum Nachdenken, wenn es um die Frage der Arbeitszeitverkürzung gehe*" (SZ, 15. 7.).

Hilfe, ‚die Japaner' kommen ...

Ist es vieleicht schon zu spät? „Bild" weiß, „*Wir können die Japaner einholen, wenn ....*", wenn, ja was wohl? Natürlich, wenn wir alle mehr arbeiten, vor allem die Arbeiter.

Damit die ganze Kampagne auch noch den nationalen Ehrgeiz jedes einzelnen mobilisiert, wird sie mit einem kräftigen Schuß Chauvinismus gemixt. Muster, „Spiegel"-Titelbild vom 21.7.: die japanische aufgehende Sonne über dem europäischen Teil der Erdkugel, darüber ein gelbes Auto mit Lampen als Schlitzaugen und grinsenden Zähnen als Kühler; so sind sie, die Japaner, und die sollen besser sein als wir Deutsche?

Etwas nüchterner und zweckmäßiger formuliert der Präsident des Verbandes der deutschen Automobilindustrie die Interessen der BRD-Automobilkonzerne: „*Das Vordringen der japanischen Autos bedeute aber auch, daß innerhalb der deutschen Gesellschaft ein Konsens notwendig sei, der dem Leistungsdenken und der Leistungsbereitschaft wieder einen höheren Stellenwert einräume.* **Mit dem sozialpolitisch Erreichten werden man sich erst einmal zufriedengeben müssen** *und die Japaner aufschließen lassen, um so den Abstand in der Produktivität zu verkürzen. Der japanische Vorsprung gegenüber der deutschen Industrie liegt hier nach Backmanns Schätzungen bei 20 bis 25 Prozent*" (FAZ, 10.7.).

Fünf Jahre lang hat die Automobilindustrie nach der Krise von 1974 hohe Profite gemacht, ständig die Produktion, Umsätze und Gewinne gesteigert. Der in diesen Jahren erfolgte Ausbau der Produktionskapazitäten war auf weitere Produktionssteigerungen ausgerichtet. In diesem Jahr läuft die Entwicklung allerdings anders. Die in der BRD aufziehende Konjunkturkrise verrringert den Absatz (13 % weniger PKW-Zulassungen im ersten Halbjahr 1980), die Produktion sinkt (minus 8% im ersten Halbjahr), der Export stagniert. Die Konkurrenz unter den Automobilherstellern verschärft sich. Billiger produzierte japanische Klein- und Mittelklassewagen stechen die übrige Konkurrenz aus. Die Krise in der Automobilindustrie ist weltweit (Massenentlassungen in Detroit/USA, in Großbritannien), angekündigte Massenentlassungen bei FIAT in Italien (15.000) und in der BRD: Opel Rüsselsheim entläßt 5000 Beschäftigte; Kurzarbeit bei Ford und Opel und demnächst auch bei den Audi-Werken (VW-Konzern) sind die Folge für die Arbeiter. Die japanische Autoproduktion ist hiervon derzeit noch nicht betroffen. Sie konnte ihre Produktion weiter steigern. Sie steigerte ihren Export nach Europa im letzten Jahr um fast 30 % und erhöhte ihren Marktanteil in der Bundesrepublik von 5,6 % im letzten Jahr auf voraussichtliche 11 % am Jahresende (FR, 12.7.).

Ähnliches spielt sich auf dem US-Automarkt ab. Im Zusammenhang mit diesem verschärften Konkurrenzkampf droht ein neuer Handelskrieg zwischen den imperialistischen Ländern. In den USA werden derzeit Importbeschränkungen geplant; in der BRD läuft die Diskussion um „protektionistische Maßnahmen" gegenüber den Konkurrenten, wobei die BRD-Imperialisten hierbei sehr vorsichtig agieren müssen. Die hohe Exportabhängigkeit der BRD-Wirtschaft (Exportanteil am Bruttosozialprodukt: 26 %) würde für die BRD bei einem offenen Handelskrieg zu ihren Ungunsten ausschlagen.

Lambsdorff hat daher in Japan die dortigen Wirtschaftsbosse zur „Selbstbeschränkung" aufgefordert. Ansonsten wird derzeit mehr beschworen und gedroht, als ernsthaft gehandelt.

Das Zaubermittel: Erhöhung der Produktivität

Die Erhöhung der Produktivität wird zum Zaubermittel im imperialistischen Konkurrenzkampt erklärt. Der japanische Vorsprung (angeblich 20 - 25%) soll durch Intensivierung der Arbeit und gesteigerte Rationalisierung wettgemacht werden. Lambsdoff: „*Entscheidend ist aber auch das bessere Arbeitsergebnis des japanischen Arbeiters pro Mann und Arbeitsstunde*" („Spiegel"-Interview, 21.7.). Bereits auf der BDI-Jahrestagung wurde angegeben, in welche Richtung dabei gearbeitet wird: „**Für das neue Jahrzehnt wird von den neuen Technologien ein entscheidender Produktivitätsimpuls erwartet. Vor allem auf die Mikroelektronik werden dabei Hoffnungen gesetzt**" (FR, 16.5.). Zunehmende Ersetzung der Menschen durch Maschinen, die von immer weniger Menschen bedient werden, davon träumt das Kapitalistenherz. Die IGM-Zeitung „metall" hat in einer Untersuchung festgestellt, daß so in der japanischen Autoindustrie „*eine Verdopplung oder Verdreifachung der Produktion möglich ist. In Nissans Zama-Werk werden heute schon 96 Prozent der 3000 Schweißpunkte an jedem Auto durch Roboter ausgeführt*" (Nr. 12, Juni 80). Solche Roboter gibt es bereits im Wolfsburger VW-Werk: „*Gegenwärtig sind 250 im Einsatz, zumeist im Preßwerk und für Schweißarbeiten. Beim Schweißen der Karosserie etwa wird die schwere Arbeit von 50 Schweißern, Schlossern und Hilfsarbeitern von sieben Handhabungsautomaten übernommen, die von nur noch zehn Mann kontrolliert und gewartet werden*" (ebenda).

Dies muß man sich merken, wenn von mehr und besserer Arbeit die Rede ist: Vernichtung von Arbeitsplätzen z.B. durch die Mikroelektronik und die Dequalifizierung der Tätigkeit auf reine Hilfs- und Wartungsdienste sind die Folge, alles zum Wohle höherer Profite und nicht etwa der Arbeiter, die durch die derzeitige Kampagne eingelullt und geködert werden sollen.

Sozialabbau gefordert

Was hat Lambsdorff in Japan so gefallen? Der „Spiegel" hat dies in seiner Titelgeschichte ausführlich und im typischen „Spiegel"-Stil zynisch aufgeführt: der japanische Arbeiter „*arbeitet 246 Tage im Jahr (sein deutscher 205), er streikt nie... Trotz hoher Qualität wird (er) eher bescheiden entlohnt ... eine lebenslängliche Beschäftigungsgarantie zu haben, genießen jeweils nur 40 bis 50 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die anderen sind ‚Beschäftigte auf Zeit', die oft weniger verdienen und im Krisenfall fristlos entlassen werden können ... Für Gewerkschaften ist in diesem System kaum Platz ... obwohl der Urlaub mit 14 bis 20 Kalendertagen nur knapp bemessen ist, taucht der verantwortungsbewußte Arbeitnehmer drei oder vier Tage vor Ferienende wieder an seinem Arbeitsplatz auf*". Während in der BRD in den Autofabriken die Kränktheitsratei bei 10 - 15 % liege, sei sie „*Japan praktisch gleich Null*". Fazit des „Spiegel": „**Trotz der oft brutalen Arbeitsmethoden scheinen die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern paradiesisch**".

Die „Spiegel"-Redaktion erweist sich mit ihrer zynischen, chauvinistischen Propaganda wieder einmal zur rechten Zeit als willfähriger Erfüllungsgehilfe der bundesdeutschen Monopolbourgeoisie und ihrer nicht minder willfährigen Bundesregierung.

Dem „Konjunktur-Programm" der Bundesregierung (dem Lambsdorff mit seiner Losung „Mehr arbeiten, weniger Krankfeiern, die Produktivität steigern" auf kurze und prägnante Weise Ausdruck verliehen hat) gilt es von Seiten der Gewerkschaften und Arbeiterlinken ebenso entschieden Widerstand zu leisten, wie der auf die werktätige Bevölkerung zurollende Propagandaoffensive der Bourgeoisie.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Einige Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung oder – die nächste Krise kommt bestimmt

In Großbritannien und den USA wird bereits mit Minuswachstum gerechnet, in den meisten übrigen Ländern gerät das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr ins Minus (siehe Abbildung). Die japanische Wirtschaft macht dabei eine zeitlich verschobene Ausnahme. Ihrer Rekordwachstumsrate von 6,2% im letzten Jahr wird gebremst eine von ca. 4% in diesem Jahr folgen. Aber auch für Japan wird bereits 1981 das „Nullwachstum" erwartet. Die Grenzen der japanischen Exportoffensive werden durch den konjunkturellen Niedergang in den imperialistischen Absatzmärkten spürbar gezogen. Auch das „japanische Wunder" entpuppt sich als nichts weiter, als das schlichte Ausnutzen profitabler Faktoren:

Die japanische Industrie konzentriert sich auf wenige Produkte, Massenkonsumwaren vor allem in der Automobilindustrie und der Unterhaltungselektronik. Für diese Produkte werden gezielte Marktanalysen erstellt, riesige Kapazitäten aufgebaut, entsprechend den miesen Arbeitsbedingungen, schlechten sozialen Leistungen und geringen Löhnen wird mit relativ geringen Kosten produziert. Darin erschöpft sich dieses „Wunder".

Das Geschrei der Kapitalisten in der BRD sollte nicht täuschen. Die großen Exporterfolge des BRD-Imperialismus lagen halt in den Jahren vorher und sind Anfang der 70er Jahre nach dem Konzept der Konzentration auf „highsophisticated technology" (hochwissenschaftliche Technologien) aufgebaut worden. Investitionsgüter spielten beim BRD-Export eine größere Rolle als bei den Japanern. Heute neidet der BRD-Kapitalist den Japanern verständlicherweise die großen Exporterfolge. Andererseits zeigt ein Blick auf die Leistungsbilanzen der beiden Länder, daß auch die vielzitierte japanische Sonne nur auf dem Papier so strahlend scheint: mit einem Defizit von 17 Milliarden Dollar liegt sie sogar etwas höher als die der BRD (16 Mrd. Dollar – die Leistungsbilanz besteht im wesentlichen aus der Differenz von Ex- und Importen).

was höher als die der BRD (16 Mrd. Dollar – die Leistungsbilanz besteht im wesentlichen aus der Differenz von Ex- und Importen).

Für die arbeitende Bevölkerung hat die derzeitige Entwicklung vor allem eine weitere Verelendung und zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge. Hier ein kurzer Überblick:

In den USA sind derzeit 8,1 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenrate von 7,8% (Juni 5,8%) wird nach Schätzungen zum Jahresende auf 8,5% bis 10% anwachsen. Die Inflation ist von 2% 1979 auf 7,7% in diesem Jahr angestiegen.

In Großbritannien wächst die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam und hat den höchsten Stand seit dem 2. Weltkrieg erreicht. Allein von Juni bis Juli '80 stieg sie von 1,6 Millionen (6,9%) auf 1,9 Millionen (7,8%). Besonders hart betroffen sind Schottland, Wales und vor allem Nordirland.

Die Inflationsrate ist zur Zeit auf 22% angestiegen. Die Regierung Thatcher betreibt gegenüber der britischen Arbeiterklasse eine brutale „Stabilitäts"politik, die auf den heftigen Widerstand der britischen Arbeiterbewegung stößt. Die Bank von England hat die Devise ausgegeben: *„Wenig Hoffnung besteht auf kurze Frist... bezüglich größerer Produktivitätsfortschritte. Der beste Weg um die Teuerung abzubauen ... besteht in einer vorübergehenden Akzeptierung vorübergehender Einkommenseinbußen"* (NZZ, 20.6.80).

Auch in **Frankreich** hat der konjunkturelle Aufschwung ein Ende. 6,2% Arbeitslose mit steigender Tendenz sind ein Ausdruck, ebenso wie die steigende Inflationsrate, die mit 10,4% 1980 geschätzt wird.

In **Italien** liegt die Arbeitslosigkeit bei 7,5%, die Inflation bei 22%. Auch hier wird ein scharfer Kurs gegen die Arbeiterklasse gefahren. Das Regierungsprogramm sieht eine zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes um 2000 Miliarden Lira vor (vornehmlich für Subventionen) und eine Entlastung der Unternehmen um 3200 Milliarden Lira. Die Regierung verfolgt ein Konzept, *„das mit umfangreichen Beschneidungen der Einkommen der Arbeitnehmer der Wirtschaft etwas größeren Spielraum verschaffen will"* (NZZ, 5.7.80) Die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel wurde auf 8% erhöht, für sogenannte Luxusgüter sogar auf 35%. In Italien hat der Anpassungskurs der KP an den Regierungskurs zu heftigen Kontroversen in den Gewerkschaften geführt.

(Alle nicht näher bezeichneten Daten sind der aktuellen Presse, speziell der FAZ vom 14.7.80 entnommen)

Krisenentwicklung in der BRD

Das Wirtschaftswachstum in der BRD hat sich in diesem Jahr erheblich verringert (Prognose: + 4,5%; voraussichtliche Steigerung: + 2,5%), für das nächste Jahr wird sogar ein Minus von ein Prozent befürchtet. Bürgerliche Wirtschaftsforschungsinstitute sagen eine Konjunkturkrise voraus, die das Ausmaß der letzten Krise 1974/75 erreichen wird. Nach Jahren der Produktionssteigerung machen sich in verschiedenen wichtigen Branchen erste Anzeichen der Krise bemerkbar:

- Die Automobilindustrie hat Produktionsrückgänge (1. Halbjahr 1980: - 10%), Entlassungen (Opel) und Kurzarbeit (Ford, Opel, Audi) stehen bevor.
- Auch in der Unterhaltungselektronik hat es im zurückliegenden Jahr einen Produktionsrückgang um 12% gegeben. Massenentlassungen (AEG) und demnächst auch Kurzarbeit stehen bevor.
- Die Stahlindustrie hat für die zweite Hälfte des Jahres Kurzarbeit angesagt, obwohl die Produktion weiter gestiegen ist. Eine Übermenge produzierten Stahls hat in der EG zu verschärftem Konkurrenzkampf um die Preise des Stahlhandels untereinander geführt.
- Auch die Baukonjunktur ist abgesunken. Obwohl erst kürzlich festgestellt wurde, daß in der BRD eine Million Wohnungen fehlen, nimmt die Bautätigkeit ab, stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bauindustrie vom Juni letzten Jahres bis zum Juni diesen Jahres um 23.500 (41%) zusätzliche Arbeitslose.

Die letzten Jahre wurden von den BRD-Konzernen für große Profite genutzt. So konnten sie 1978 die Nettogewinne um 13,4% steigern, im ersten Halbjahr 1979 um 15% (1). Die Gewinne der großen Konzerne liegen sogar noch höher, sind in diesen Statistiken doch auch Kleinproduzenten und Gewerbetreibende erfaßt. Neuere Zahlen über die Nettogewinne liegen uns nicht vor. Wohl aber über die Umsatzsteigerungen der 25 größten Industrieunternehmen der BRD im

re Zahlen über die Nettogewinne liegen uns nicht vor. Wohl aber über die Umsatzsteigerungen der 25 größten Industrieunternehmen der BRD im

Jahre 1979: bei 2,5% mehr Beschäftigten wurde der Umsatz um ca. 15% gesteigert. 12 der Unternehmen hatten sogar gleichbleibend viele oder weniger Beschäftigte. Die Verteilung der Umsatzentwicklung war sehr unterschiedlich. Besonders die Mineralölindustrie (BP +85%, Shell +39%), die Chemieindustrie (VEBA +18%, BASF +21%) sowie die Ruhrkohle AG (+30%), aber auch der VW-Konzerns (+15%) und die Hoesch-Stahlwerke (+17%) machten große Umsatzsteigerungen. (2).

Eines der Hauptprofitfelder ist der Warenexport. Mit geschätzten 9 Mrd. DM Exportüberschuß für 1980 sind die Überschüsse gegenübers den Warenimporten erheblich geringer gestiegen als in den Vorjahren. Allerdings wird dabei gern schamhaft verschwiegen, daß in den Jahren davor horrende Überschüsse gemacht wurden (1976: 34,5 Mrd./ 1977: 38,4 Mrd. / 1978: 41,2 Mrd. und 1979 22,5 Mrd. DM)(3).

Während heute die Arbeiter als faul und gleichgültig beschimpft werden, hieß es am Jahresende 1979 noch so: *„Deutschland Nr 1 im Export – ‚made in Germany' ist einsame Klasse"*. Die BRD hatte mit dem Warenexport der USA gleichgezogen. Damals hieß der Grund: *„Weil deutsche Waren in aller Welt wegen ihrer besonderen Qualität und als technisch ausgereift geschätzt werden ... weil die deutschen Firmen pünktlich liefern, weil die deutsche Industrie nicht nur Waren liefert, sondern auch die Finanzierung und den Service mit anbietet"* (4). Und das alles mit faulen Arbeitern?

Kapitalexport auf Rekordhöhe

Die Klagen der BRD-Kapitalisten müssen vor dem Hintergrund ihres Kapitalexports in andere Länder gesehen werden. Dieser Export ist besonders mit Beginn der Krise 1973 beschleunigt worden und hat 1979 mit 7,8 Mrd. DM eine Rekordhöhe erreicht (Anstieg gegenüber dem Vorjahr: 29,1%). Im Schnitt wuchs der Kapitalexport seit 1973 pro Jahr um 13,5% (5). Wie expansiv der BRD-Imperialismus auf diesem Gebiet ist, soll folgender Zahlenvergleich belegen: 2/3 der Gesamtsumme exportierten Kapitals wurden von 1973 – 1979 getätigt, das restliche Drittel in den 20 Jahren davor von 1952 – 1972.

Auch international konnten die BRD-Konzerne im Vergleich ihre Stellung verbessern. Unter den 50 weltumsatzstärksten Multis konnten die BRD-Unternehmer ihren Anteil von 1957 bis 1978 von 0 auf 10% steigern (die USA sanken von 84,8% auf 54,4%, Japan stieg von 0 auf 7,2%) (6).

Das „Institut der deutschen Wirtschaft" hat gerade in diesen Tagen eine „wissenschaftliche Studie" veröffentlicht, in der behauptet wird, daß Auslandsinvestitionen Arbeitsplätze schaffen. Die Tatsachen sehen allerdings anders aus. In den Jahren seit 1973 ist der Anteil der Auslandsinvestitionen von 4-5% in den 60er Jahren auf 10% gewachsen (7). Stolz verweist die Industrie darauf, daß ja auch ihre Belegschaftszahlen gewachsen seien. Die „Neue" hat eine vergleichende Gegenüberstellung der Entwicklung der Belegschaft im Inland und Ausland von acht BRD-Konzernen veröffentlicht. Danach sind die Inlandsbelegschaften um 2% geschrumpft, während sie im Auslandsbereich der Konzerne um 76% wuchsen. (AEG: Inland -18%, Ausland +69% / VW: Inland -10%, Ausland +93%) (8).

Fortschreitender Konzentrationsprozeß

Fortschreitender Konzentrationsprozeß

Auch der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft zeigt, daß nicht die Konzerne diejenigen sind, die unter der Krise leiden werden. Auf der einen Seite ist die Zahl der Firmenpleiten unverändert hoch (1980: ca. 8620 Pleiten, Höchststand 1977: 9444) (9).

Demgegenüber war 1979 das Rekordjahr der Fusionen: 602 Firmenzusammenschlüsse, an denen die größten Konzerne der BRD zu 50% beteiligt waren. Gegenüber 1967 ist die Zahl der Fusionen um 900% (!) gestiegen, beschleunigt seit 1975 (10).

Wichtig sind vor allem folgende Entwicklungen:

* Die 15 größten Industriekonzerne erreichten 1978 schon fast 25% des Gesamtumsatzes der Wirtschaft. Sie beherrschen dabei die sechs wichtigsten Industreizweige: die Elektrotechnik, die Chemie-, Eisen-, Stahl- und Automobilindustrie und den Maschinenbau. Innerhalb dieser Wirtschaftszweige – die die Hälfte des Gesamtumsatzes der BRD-Wirtschaft ausmachen – beherrschen die 15:
  - 48% des Exports
  - 42% des Umsatzes
  - 40% aller Beschäftigten (11).

Die Krisenlasten sollen wieder auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden

Die Kapitalistenklasse will die Krise nutzen, um die Sozialleistungen abzubauen. Strauß hat in seinem Wirtschaftsprogramm die Richtung dieses Sozialabbaus angegeben: er hat den Kapitalisten unter seiner Regierung eine Senkung der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von heute 47% unter einer „sozialistischen" Regierung Schmidt auf 40% versprochen. Unabhängig davon hat Lambsdorff (FDP) mit seiner „Faulheits"-Kampagne diesen Ball aufgenommen. In einigen Bereichen zeichnet sich dieser Sozialabbau bereits ab:

Steuerpolitik. Noch in diesem Jahr soll über eine Erhöhung der Mineralöl- und der Branntweinsteuer, vermutlich auch der Tabaksteuer entschieden werden. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ist wegen der Konjunkturlage und der mit der Erhöhung verbundenen allgemeinen Preiserhöhung zunächst verschoben worden.

Renten. Zum einen wird eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung geplant. Andererseits sollen die Rentner selber zur Kasse gebeten werden. Umstritten ist nur wie. Die Vorstellungen tendieren zwischen: Anpassung der Renten an den Nettolohn, was bei steigender Steuer- und Sozialabgabelast einem Rentenabbau gleichkommt; und Rentenberechnung nach den Bruttolöhnen. Für diesen Fall sollen die Renten entweder besteuert oder aber die Rentner an den Krankenversicherungszahlungen beteiligt werden.

Die Rentner gehören in der BRD zu den sozial am schlechtesten gestellten Teilen der Bevölkerung: 45,1% aller Bezieher von Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten (das sind 3,2 Millionen) müssen mit weniger als 600DM monatlich leben, 432.000

gestellten Teilen der Bevölkerung: 45,1% aller Bezieher von Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten (das sind 3,2 Millionen) müssen mit weniger als 600DM monatlich leben, 432.000

Witwen erhalten nicht einmal 300DM Rente.

In der **Arbeitslosenversicherung** ist durch die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes der Abbau bereits forciert worden: Umschulungen können nur unter schwierigeren Bedingungen durchgeführt werden; durch die Herabsetzung der „Zumutbarkeits"klausel werden Arbeitslose schneller in geringer bezahlte Stellen vermittelt. Gleichzeitig haben die Summen, die als kostenlose „Ausbildungsbeihilfen" an die Kapitalisten gezahlt werden, zugenommen, zu Lasten derjenigen, die die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen.

Auf dem **Wohnungsmarkt** stiegen die Mieten, die Wohnungsnot nimmt zu (offizielle Statistik: eine Million Wohnungen zu wenig, während der Wohnungneubau in diesem Jahr den tiefsten Stand seit zehn Jahren erreicht).

Löhne und Preise

Nach 1975 sind die Löhne jährlich wieder leicht angestiegen, 1979 real unter Abzug der Preissteigerungen um ca. 2%. Anders wird es voraussichtlich schon 1980 aussehen. Die gewerkschaftlichen Lohnplaner gingen bei Lohnabschlüssen zwischen 6,3% und 7,1% in diesem Jahr von einem Preisanstieg von 4,5% aus. Bereits im Juni sind die Preise aber schon um 6% gestiegen. (im ersten Quartal 1980 im Durchschnitt um 5,4%), am Jahresende dürfte ein durchschnittlicher Preisanstieg von 6% stehen (wobei beispielsweise viele Lebensmittel um 10% gestiegen sind, Benzin sogar um 20%). Real wird am Jahresende vermutlich ein Lohnminus stehen (12).

Nach wie vor ist es so, daß alles Gerede von zu viel Wohlstand vielleicht für die 1% aller Haushalte gelten mag, die mehr als 10.000 DM monatlich verdienen, nicht aber für die 15% von 3,5 Millionen Haushalten, die mit weniger als 1.000 DM auskommen müssen (13).



„... wichtig ist, daß wir den Pessimismus beseitigen" (Lambsdorff)

Hauptproblem: steigende Arbeitslosigkeit

Zum erstem Mal seit 20 Jahren ist in einem Monat Juni die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen, statt gesunken. Die Arbeitslosigkeit betrug im Juni offiziell 781.000 (3,4%). Bereits für das Jahresende sagen die bürgerlichen Konjunkturforscher einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 1,2 Millionen voraus. Dieser Anstieg ist rein konjunkturell bedingt. Nicht enthalten ist darin der Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund verstärkter Rationalisierung. Das Kapitalistenziel, Hebung der Produktivität vor allem durch Einführung der Mikroelektronik und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung, führte in einer kürzlich veröffentlichten Studie mehrerer

Einführung der Mikroelektronik und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung, führte in einer kürzlich veröffentlichten Studie mehrerer

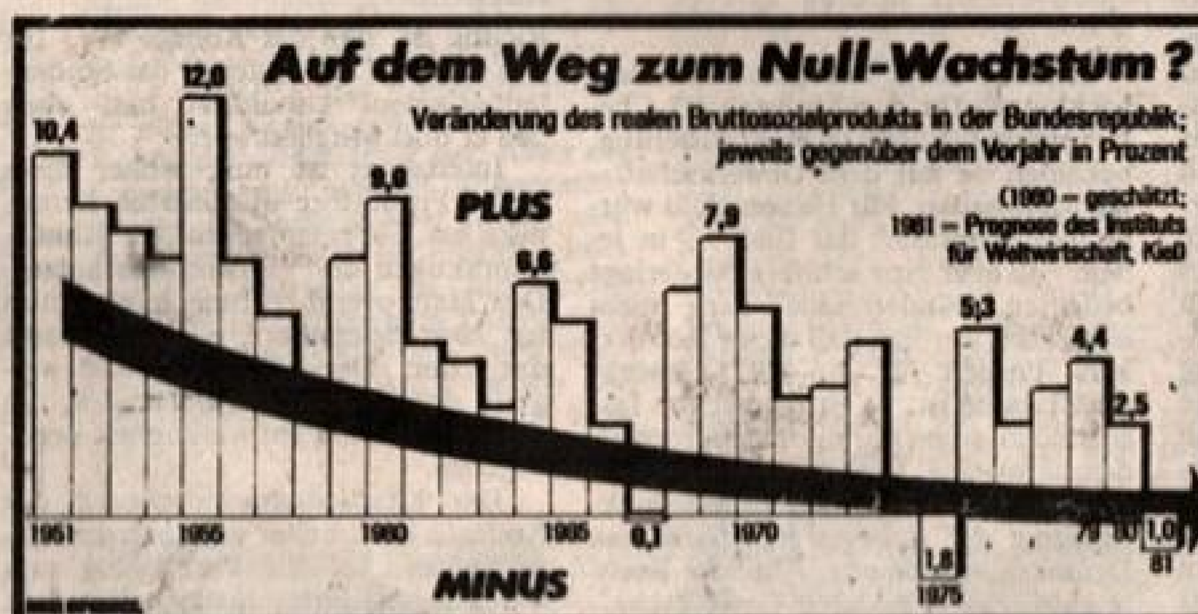
wirtschaftswissenschaftlicher Institute, die für 1985 1,65 Millionen Arbeitslose unabhängig von einer Konjunkturkrise voraussagten (siehe AK 180). Bis zum Ende der 80er Jahre werden durch die Einführung der Mikroelektronik 4-5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet sein. Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte im November letzten Jahres eine Untersuchung, in der sie voraussagt, daß in den nächsten Jahren 50% aller Erwerbstätigen in irgendeiner Form von der Einführung der Elektronik betroffen werden. Und der internationale Metallarbeitergewerkschaftsbund stellt in einer Studie folgende Entwicklung fest:

„Ein Autokonzern hatte mit einem Schweiß- und Montageroboter 125 Facharbeiter durch 25 Arbeiter sehr unterschiedlicher Qualifikationen ersetzt. Bei der Herstellung von Fernsehapparaten wurde ein zentraler Montagevorgang auf einen Roboter übertragen. Die Stundenleistung beträgt 73.000 Stück, wobei statt vorher 240 Arbeiter jetzt nur noch elf beschäftigt werden."

Ergebnis der Studie: **„Durch das Vordringen der Mikroelektronik (wird) für fünf weggefallene Arbeitsplätze nur ein neuer geschaffen"** (14).

Gegenüber dieser bedrohlichen Entwicklung antworten die Kapitalisten und die Bundesregierung einzig und allein mit der Begründung, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sei die Einführung neuer Technologien erforderlich. Die Bundesregierung verlegt sich schwerpunktmäßig auf die Finanzierung neuer Forschungsprogramme und widerspricht solchen Studien mit der Hoffnung, daß *„die technologische Entwicklung ein beträchtliches Potential an arbeitsplatzschaffenden Innovationen"* (Erneuerung) freisetze (15).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Erkennbar nehmen die Wachstumsraten in der BRD ab, die großen Konzerne konnten sich trotzdem schadlos halten.



Prognose des Kieler Weltwirtschaftsinstituts über die Entwicklung des Wirtschaftswachstums

Anmerkungen

(1) IPW-Berichte 3/80
(2) Zeit, 23.5.80
(3) FAZ, 3.7. und 4.6.80
(4) Hamburger Abendblatt, 29.12.79
(5) Welt, 11.2.80
(6) IPW-Berichte 4/80
(7) IPW-Berichte 3/80
(8) Neue, 24.12.79
(9) Welt, 11.7.80
(10) Der Gewerkschafter 6/80
(11) IPW-Berichte 10/79
(12) FR, 19.3. und 19.7.80, Der Gewerkschafter 7/80
(13) FR, 15.11.79
(14) Vorwärtz, 19.6.80
(15) FAZ, 19.6.80

HBV Oldenburg:
Es wird weiter gehetzt

Löwenthals ZDF-Magazin, Springers „Hamburger Abendblatt" und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" haben die Hetze gegen die HBV wegen deren „kommunistischer Unterwanderung" weitergeführt. Anlaß: Der vom Oldenburger HBV-Sekretär Horst Albers initiierte UVB ggen die DKP und die dann folgenden Ereignisse, die u.a. zu Albers Entlassung und Suspendierung vom Dienst führten (siehe AK 180 und 181). Diese Medien sind bemüht, Albers als Opfer undemokratischer Praktiken darzustellen. Mittlerweile läßt sich aber kaum verbergen, daß Albers direkte Kontakte zum ehemaligen HBV-Sekretär Thomas Heyll, der heute hauptamtlich für die DAG arbeitet, unterhält. Heyll wiederum ist engster Informant des Rechtsaußen Löwenthal:

- Bereits im Fernschreiben vom 2.7. an Löwenthal (siehe AK 181) kündigt Heyll eine Demonstration der „Freunde des Horst Albers" am 5.7. gegen die HBV an. Diese antikommunistische Aktion sollte „spontanen Protest" der Gewerkschaftsmitglieder darstellen. DAG-Agent Heyll war frühzeitig in die Vorbereitung dieser Demonstration einbezogen und natürlich auch anwesend.
- Albers selber muß in einem Interview mit der „Nordwest-Zeitung" vom 7.7. zugeben, Kontakte zu Heyll zu haben: *„Nach seinem Ausscheiden haben sich unsere Familien zweimal privat besucht"*.
- Albers Rechtsanwalt im Prozeß gegen die HBV ist der gleiche, den Thomas Heyll gegen die HBV engagiert hat, Josef Augstein, Löwenthal-Freund.



Letzte Zweifel am reaktionären Charakter des Vorgehens oldenburgischer HBV-Gewerkschafter beseitigte nun der Sozialdemokrat Ernst Ehlert, Mitglied im Ortsvereins- und Bezirksvorstand der HBV, Albers-Intimus und Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Oldenburgischen Landesbank. In einer Information für die HBV-Mitglieder vom 11.7.80 gibt er eine einstimmige Empfehlung des Gesamtbetriebsrats an die HBV-Mitglieder bekannt: *„Ab sofort die Daueraufträge oder Einzugsermächtigungen zu stoppen"* und folgende Möglichkeiten wahrzunehmen:

„1. Aufkündigung der Mitgliedschaft per 15.8. zum 30.9.1980 (jedes Mitglied sollte prüfen, ob ein Hospitieren in einer anderen DGB-Gewerkschaft möglich und ratsam ist).

2. Übertritt zur Gewerkschaft DAG. In diesem Fall übernimmt die DAG die Beiträge bis zum 30.9. und gewährt ab sort gewerkschaftlichen Schutz".

Weiter schlägt Ehlert in dem von ihm unterschriebenen Brief vor, *„keine Einzelaktionen zu unternehmen"*, sondern Aktivitäten über das Büro des Gesamtbetriebsrats zu koordinieren.

Der HBV-Vorstand beabsichtigt nun, dem Treiben der Albers-Mafia ein Ende zu bereiten. So soll der Oldenburger Ortsvereins-Vorstand (am 19. Juni 1980 gewählt) nicht bestätigt werden wegen *„satzungswidriger Tätigkeit und gewerkschaftsschädigendem Verhalten"* („NWZ", 21.7.80). Der HBV-Hauptvorstand hofft über eine Neuwahl die Mehrheit der Albers-Mafia im Bezirksvorstand Weser-Ems zu brechen.

Der HBV-Vorstand ist seinem bisherigen Verfahren treu geblieben und reagiert überwiegend bürokratisch. Die Mitgliederinformationen sind schlicht primitiv gehalten und pochen auf den Rechten des Vorstands, bzw. verengen das Problem der antikommunistischen Kampagne auf Löwenthal und Thomas Heyll. Mit dem Unvereinbarkeitsantrag gegen die DKP soll das ganze nach wie vor nichts zu tun haben. Ein nennenswerter Aderlaß in der HBV scheint unausweichlich. Allein bei Horten in Oldenburg sollen 80 Mitglieder ausgetreten sein („NWZ", 8.7.). Sicher vertrauten die HBV-Führer darauf, daß sich die Wogen glätten und alles wie gehabt läuft. Bei aller Freude darüber, daß es dem reaktionären Kreis um Albers an den Kragen geht, bleibt die Befürchtung, daß die Säuberung in Oldenburg keine wesentliche Änderung bedeutet. Die HBV-Führer Vietheer und Volkmar, die die Aktion persönlich leiten, sind der Gewerkschaftslinken nicht unbekannt, haben sie doch (ebenfalls persönlich) die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Linke in der HBV praktiziert.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

glied sollte prüfen, ob ein Hospitieren in einer anderen DGB-Gewerkschaft möglich und ratsam ist).

reagiert überwiegend bürokratisch. Die Mitgliederinformationen sind schlicht primitiv gehalten und pochen

tiziert.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB-Landesvorsitzender Sickert: UVBs auf die DKP ausdehnen!

Er gehört mit zu den reaktionärsten Typen, die als DGB-Führer amtieren: der Westberliner DGB-Landesvorsitzende Walter Sickert, der erst im März in einem Interview mit der CDU seine reaktionäre Ansichten kundtat. Jetzt konnte Löwenthal ihn als Kronzeugen gegen „kommunistische Unterwanderung" präsentieren, wiederum im ZDF-Magazin am 17.7.

Dort beklagt Sickert sich, daß die existierenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse die DKP ausnehmen, und daß die Westberliner Delegiertenversammlung der HBV sogar gänzlich den Wegfall der UVBs gefordert habe. Im folgenden das weitere Interview im Wortlaut:

„Frage: Das heißt, Sie zweifeln daran, daß es treue und brave DKP- und SEW-Mitglieder in den Gewerkschaften gibt?
Sickert: Ich glaube aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu wissen, daß jemand, der parteipolitisch so streng gebunden ist, sogar Mitglied der Gewerkschaft sein zu müssen, daß der auch Aufträge hat, in den Gewerkschaften etwas zu bewegen.
F.: Würden Sie sagen, die Berliner HBV sei kommunistisch unterwandert?
S.: Ich würde nicht sagen, daß die Mitgliedschaft, die ist ja nicht klein, es sind über 10.000 Mitglieder, nur aus Kommunisten besteht, aber ich bin der Meinung, daß mehr als in anderen Gewerkschaften schon einige Kommunisten dort Führungspositionen mit erreicht haben. Ich sage ausdrücklich legal, denn sie sind legal Mitglied der Gewerkschaft, eben aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.
F.: Die Schwierigkeiten, die Sie jetzt haben, wären zurückzuführen auf diese Beschlüsse?
S.: Das ist das, wer in der Satzung stehen hat, daß Kommunisten Mitglied der Gewerkschaften sein können, der muß sich mit solchen Dingen auseinandersetzen, die dann auf ihn zulaufen.
F.: Halten Sie es für möglich, daß diese Beschlüsse geändert werden?
S.: Ich könnte mir vorstellen, daß es langfristig dazu kommmen könnte. Im Augenblick sehe ich bei einigen Gewerkschaften noch keine Ansätze dafür."

Bereitet Frister den UVB gegen die DKP vor?

Der GEW-Vorsitzende Erich Frister haßt Linke, das ist spätestens seit den Auseinandersetzungen in der Westberliner GEW bekannt. Frister hat auch Ambitionen. Das ist spätestens bekannt, seit sein Name als möglicher Nachfolger des DGB-Vorsitzenden Vetter ins Gespräch kam. Will er sich seine Lorbeeren nun damit verdienen, daß er sich für einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP stark macht? ZDF-Moderator Löwenthal zumindest behauptet dies. In seinem Magazin vom 17. Juli las er aus einem privaten Brief von Frister an den Vorsitzenden der NGG, Günter Döding, folgende Passage vor:

„Immer mehr Verantwortliche im DGB erkennen, daß Kommunisten in den Gewerkschaften spezielle Parteiaufträge zu erfüllen haben. Das schreiben Programm und Statut der DKP zwingend für jedes Mitglied vor. Man wird also um die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im DGB mit der DKP gar nicht herumkommen". Löwenthal wußte sogar, daß Frister den Brief an Dödings Privatadresse gesandt hat, *„um linke Indiskretionen zu vermeiden"*.

Vielleicht lügt er ja, der ZDF-Moderator, wundern sollte es nicht. Vielleicht hat er Frister aber wahrheitsgemäß zitiert. Auch das sollte uns nicht wundern. Am besten, der Vorgang wird aufgeklärt. Frister muß diesen Brief bestätigen oder dementieren, z.B. mit einer Klage gegen den Verleumder (?) Löwenthal. Dieser hätte dann die Gelegenheit, der interessierten Öffentlichkeit seine Beweise zu unterbreiten. Wir sind gespannt!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Vor dem IG Chemie-Gewerkschaftstag:
„Dreierbande" gegen Hauenschild

Der Thron des IG-Chemie-Führers Hauenschild wackelt bedenklich. Mittlerweile sind drei Kandidaten ausdrücklich als Gegenkandidaten zur heutigen Hauptvorstandsmehrheit nominiert worden:

- Die Bezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz hat auf Antrag der Verwaltungsstelle Mainz Hauenschilds Kontrahenten Paul Plumeyer nominiert. Plumeyer war vom Hauptvorstand wegen seiner Kritik an der mangelnden Demokratie in der IG Chemie das Mißtrauen ausgesprochen worden.
- Die Delegiertenkonferenz Mainz hat ihren Geschäftsführer Dieter Kretschmar — der Plumeyer unterstützt hat — aufgestellt.
- Die Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden hat ihren Geschäftsführer Ferdinand Patschkowski nominiert. Patschkowski war im Frühjahr letzten Jahres vom Hauptvorstand entlassen worden, weil er eine im Geheimen geplante Satzungsänderung zur Entdemokratisierung der Vertrauensleutewahl veröffentlicht hatte, mußte aber später wieder eingestellt werden.

Diese „Dreierbande" steht einem Vorschlag von Hauenschild und seinen Anhängern gegenüber, den diese am 9.7. der Presse bekannt machten:

— Der hessische Bezirksleiter Horst Mettke, der nordrhein -westfälische Bezirksleiter Schäfer und Wolfgang Schulze (alle Hauenschild treu ergeben) sollten nachrücken. Schulze ist in letzter Zeit zu trauriger Berühmtheit gelangt. Er ist stellvertretender DGB-Landesvorsitzender in Niedersachsen, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der gewerkschaftlichen Bildungsstelle Arbeit und Leben. In dieser Funktion war er verantwortlich für die Entlassung des Bildungsrefenrenten Jürgen Danielowski, die auf scharfen Protest bei Gewerkschaftern (u.a. auch bei Plumeyer) stieß.

Hauenschild mußte eine weitere Schlappe hinnehmen, die seine Gewerkschaftstags-Regie bedroht: nach Informationen der „Frankfurter Rundschau" vom 17.7. hat die Satzungskommission in den meisten umstrittenen Fragen der letzten Zeit gegen Hauenschild entschieden. Dem kommt deshalb große Bedeutung zu, weil solche Kommissionen in der Regel mehr oder weniger Erfüllungsorgane des Vorstands sind. Sie sichten die eingehenden Anträge, stellen sie zusammen und sprechen Annahme- oder Ablehnungsempfehlungen aus. Anträge, die auf diese Weise mit dem Vermerk Annahme versehen sind, haben erfahrungsgemäß einen Mehrheitsbonus im voraus, Anträge, die zur Ablehnung empfohlen werden, haben kaum Chancen.

Gegen Hauenschild entschied die Kommission beim **Beschwerdeausschuß**: dessen Funktion wollte Hauenschild beschneiden (u.a. hatte der Beschwerdeausschuß im Fall Patschkowski interveniert. Die Satzungskommission empfiehlt einen Antrag, der die Rechte des Ausschusses sogar zugunsten der Mitglieder erweitern will.

Einen ähnlichen Konflikt gibt es um den **Beirat**, das höchste beschlußfassende Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen. Er ist zunehmend zum ausführenden Organ der Hauenschild-Mafia verkommen, die sogar wesentliche Satzungsänderungen durch den Beirat vornehmen ließ. Als Zugeständnis an die Opposition hatte Hauenschild schon auf das Recht des Beirats verzichtet, die Vorsitzenden der Gewerkschaft zu wählen, was üblicherweise nur der Gewerkschaftstag darf. Nach Hauenschilds Plan wollte er auf dem Gewerkschaftstag nur noch kandidieren, um die Opposition kleinzuhalten (als Integrationsfigur, die er längst nicht mehr ist). Anschließend wollte er zurücktreten und über den Beirat einen Mann seines Vertrauens an die Spitze der IG Chemie hieven. Die Satzungskommission empfiehlt jetzt einen Antrag aus Wuppertal, der einschätzt, daß der Beirat *„nicht den Minimalerfordernissen demokratischer Mitgliederrepräsentanz"* entspricht („FR", 17.7.). Künftig soll der Beirat stimmberechtigt nur noch aus gewählten Delegierten der Bezirke bestehen (bisher waren die Hauptamtlichen auch stimmberechtigt). Satzungsänderungen sollen nur noch mit 2/3 Mehrheit (bisher einfache Mehrheit!) vorgenommen werden, Änderungsanträge an den Beirat müssen acht Wochen vorher in der Mitgliederzeitung veröffentlicht werden.

Auch in der umstrittenen Regelung der **Vertrauensleute** empfiehlt die Kommission einen Antrag, der als Übergangsbestimmung nur noch bis 1983 im Ausnahmefall die **Berufung** von Vertrauensleuten durch den Vorstand zuläßt. Delegierte dürfen nur von solchen Vertrauensleuten gewählt werden, die durch Mitgliederwahl bestimmt wurden. Die Vertrauensleute, die als sogenannte betriebliche Vertrauensleute auch von Unorganisierten gewählt werden, sollen nicht mehr automatisch anerkannt werden. Hier müßte also eine zusätzliche Gewerkschaftswahl eintreten.

Alles in allem bedeuten diese Entwicklungen für den Maßstab IG Chemie eine erhebliche Demokratisierung, bekämen sie auf dem Gewerkschaftstag Mehrheiten. Für Hauenschild würde dies vermutlich das Ende — in jedem Fall aber eine schwere Niederlage bedeuten. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß dieser Konflikt auch typisch für die BRD-Gewerkschaftsszene ist: da ist man schon fast zufrieden, wenn nur minimale, formaldemokratische Rechte existieren, die überhaupt noch nichts über das Funktionieren der innergewerkschaftlichen Demokratie aussagen. Ähnliche Rechte existieren in anderen Gewerkschaften, ohne daß es dort wesentlich anders zugeht als in der IG Chemie.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Göttingen:

Göttingen:
Verfassungs-schutz im Kleinbetrieb

Die Firma REFAG ist ein Großhandelsbetrieb mit mehreren Filialen in Südniedersachsen und Nordhessen und insgesamt 140 Beschäftigten. In ihrem Göttinger Betrieb wurde ein Kollege entlassen, als er in den Betriebsrat nachrücken sollte. „Aus betriebsorganisatorischen Gründen", wie es hieß.

Der Kollege klagte und dabei kam vor Gericht Wunderliches heraus. Die Firma gab vor, über seine Vergangenheit bestens informiert zu sein:

- Seit 1973 sei er Mitglied des „Kommunistischen Studentenverbandes" gewesen.
- Er habe bis heute von den Zielen der „K-Gruppen" nicht abgeschworen.
- In der HBV laufe ein Ausschlußverfahren gegen ihn.
- Seine Freundin sei im KBW, er wohne in einer KBW-Wohngemeinschaft.
- Er habe seine Vergangenheit verscheiert.

Richtig ist, daß der Kollege 1973 für den KSV auf der Liste für das Studentenparlament kandidiert hat, ohne daß er dort Mitglied war.

Interessant ist nun, woher diese kleine Firma ihre detaillierten Kenntnisse hat. Sie entsprechen den Schnüffelpraktiken des Verfassungsschutzes. Das Hannoveraner Innenministerium hat zwar dementiert, aber was heißt das schon. Der REFAG-Anwalt weigerte sich vor Gericht beharrlich, die Quelle für seine Informationen preiszugeben.

Der Kündigungsschutzprozeß des Kollegen läuft weiter und man darf gespannt sein, ob die Verbindung zum Verfassungsschutz noch aufgedeckt werden kann (nach „Göttinger Betriebs-Express", 15.7.80).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Rotbuch

»Die Gewerkschaftsjugend« eine große Bürgerinitiative?



Die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaftsjugend ist positiv. Aber immer weniger Jugendliche haben Bock, sich auch in der Gewerkschaft zu engagieren. Dieses Problem wird seit der DGB-Bundesjugendkonferenz 1977 im Rahmen einer sogenannten „Strategiedebatte" in den Funktionärsebenen der Gewerkschaftsjugend diskutiert. Daß es notwendig ist, die arbeitende Jugend wieder in die Gewerkschaften zu integrieren, darüber gibt es unter den Gewerkschaftsführern keinen Zweifel. Umstritten ist bloß, inwieweit man die Politik der DKP/SDAJ in der Gewerkschaftsjugend für diese „Entfremdung" von der Basis verantwortlich machen soll. Während die Führer der IG Bergbau und der IG Chemie sich seit Monaten immer mehr auf die DKP einschießen, nehmen z. B. die zuständigen Leute von der IG Metall oder der HBV relativ energisch Stellung gegen diesen antikommunistischen Kurs. In unserem Artikel wollen wir darstellen, wie sich diese Debatte, seit sie auch außerhalb der Gewerkschaften geführt wird, entwickelt hat und auf welchem Stand sie heute ist.

Duckmäuser-Jugend ?

Duckmäuser-Jugend ?

Auf einer Jugendsachbearbeiter-Tagung der IG Metall Anfang Januar in Bochum wies der Leiter der Abteilung Jugend bei der IG Metall, Horst Richter, darauf hin, daß sich seit der kapitalistischen Krise die Bedingungen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit erheblich verändert hätten. Anpassung, Resignation, Unterordnung und Duckmäusertum seien die Folgen von Jugendarbeitslosigkeit und der verschärften Auswahl von Ausbildungsplatz-Bewerbern, (nach „Frankfurter Rundschau", 18.1.80). Diese Situationsbeschreibung wurde auch auf vielen Jugendkonferenzen gebracht.

Nicht zuletzt die vielen Meinungsforschungsinstitute beschäftigen sich seit Jahren mit diesem Thema.

Im März wurde eine Studie des Instituts für Jugendforschung veröffentlicht, die der Shell-Konzern (!) in Auftrag gegeben hatte. Diese Studie ist in der bürgerlichen Presse groß ausgeschlachtet worden unter dem Motto: die Jugend - eine Generation von Duckmäusern. Auf einmal erheben besorgte Politiker, Kirchenfürsten und Gewerkschaftsführer die Stimme und meinen, daß man für eine lebendige Demokratie auch eine engagierte Jugend brauche. Der Zynismus ist kaum zu überbieten. Dieselben Herren die uns tagtäglich einschüchtern und unterdrücken, fordern uns nun plötzlich zum Engagement auf ?! Manchmal möchte man fast annehmen, die Umfrageergebnisse kommen diesen Leuten ganz gelegen, sind die Jugendlichen doch danach selbst Schuld, wenn sich vieles rückwärts entwickelt.

Bezeichnenderweise hat auch der neue DGB Jugendsekretär Hanns Brauser in der „Solidarität" (Gewerkschaftsjugendzeitung) 5/80 die Shell-Studie unter der Schlagzeile kommentiert: *„Anpassung nimmt zu !"* In der Shell-Studie heißt es: *„Fast jeder zweite Jugendliche hält es für sinnvoll, in Schule und Beruf lieber nicht zu sagen, was er denkt. Dies in dem Glauben und der Hoffnung, Nachteilen aus dem ,Weg zu gehen."* Wenn man sich jedoch die Fragestellung, mit der das Institut an 1235 Jugendliche herangegangen ist,

Fragestellung, mit der das Institut an 1235 Jugendliche herangegangen ist,

ansieht, erkennt man, daß es sich bei der Duckmäuserthese offensichtlich um einen Propagandatrick des bürgerlichen Staates handelt. Folgende Frage wurde gestellt: *„Hier unterhalten sich zwei über freie Meinungsäußerung, wem würden Sie eher zustimmen: ,Ich finde, daß man ruhig in der Schule und im Beruf sagen kann, was man denkt, ohne dadurch gleich Nachteile zu haben' - oder: ,Ich finde, daß es nicht günstig ist in Schule und Beruf zu sagen, was man denkt, weil man dadurch Nachteile haben kann'."* 43 % der Befragten gaben die letztere Antwort. Daraus zu schlußfolgern, es handele sich bei uns um eine Generation von Duckmäusern erscheint doch höchst fragwürdig. Besonders wenn man sich die Haltung der befragten Jugendlichen in Bezug auf die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Kampfmittel ansieht: 83 % sind der Meinung, daß Gewerkschaften ein „Eckpfeiler dieses hiesigen Wirtschaftssystems" sind. Der Streik wird von 83 % der Jugendlichen als Kampfmittel der Gewerkschaften bejaht. Aussperrung von 73 % abgelehnt. Nur 25 % der Jugendlichen halten die Aussperrung für wichtig. Brausers Kommentar: *„Die wohlwollende Bewertung über Funktion und Aufgaben der Gewerkschaften ist sicher positiv. Nur reicht dieses Wohlwollen keinesfalls aus, wenn die Schwelle zum eigenen Engagement in den Gewerkschaften - und auch den Parteien - immer größer wird".*

Diese Abstinenz ist den Sozialdemokraten unheimlich. Das Aussteigen aus den von ihnen kontrollierten Zusammenhängen birgt die Gefahr eines unkontrollierten Ausbruchs.

„Die Gewerkschaftsjugend" - Bürgerinitiative der Jugend ?

Ungefähr ein Jahr nach der Bundesjugendkonferenz des DGB erscheint in der Zeitschrift „deutsche jugend" (Heft 7/78) ein Beitrag von Reinhard Crusius und Manfred Wilke unter der Fragestellung „Gewerkschaft ohne Jugend ?" In ihrem Beitrag gehen die beiden Autoren (beide übrigens Veteranen der Hamburger Lehrlingsbewegung) auch auf die eingefahrene, trockene Jugendarbeit ein und entwickeln Vorstellungen, wie ihrer Meinung nach die Krise in der Jugendarbeit überwunden werden kann. So meinen sie u. a.: *„Gewerkschaftsorganisation als Selbstorganisation muß heute überall da Aktivitäten ihrer Mitglieder möglich machen, wo der Kapitalismus uns bedrückt, muß tagtägliche Anlaufadresse sein, Hilfestellung geben, Selbsthilfe ermöglichen. Die Gewerkschaftsjugend - wer denn sonst ? - muß die Bürgerinitiative für die 80 Prozent der jungen Generation werden, sie muß deren Lebensumstände wirklich zum Gegenstand ihrer Politik und damit überhaupt erst Perspektive erfahrbar machen ... Warum überlassen wir zum Beispiel die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag sich selber, der Polizei oder den Pfarrern ?... Warum überlassen wir die Umweltprobleme anderen ? Warum arbeiten viele Jugendliche sehr aktiv in solchen Gruppen, aber nicht in den Gewerkschaften ? Weil zum Beispiel Gremienhocker ihnen den Spaß verderben ! Der Erfolg der ,Grünen Listen', das fast totale Fiasko der bürokratischen Sachwalter des Klassenkampfes bei den letzten Landtagswahlen gerade bei den Jugendlichen sollte die Gewerkschaft hellhörig machen, wo ihre Chancen, ihre Zukunft und ihre Verantwortung liegen".*

Oetjen: Jugendliche zurückgewinnen !

Einige Monate nachdem durch den Beitrag in der „deutschen Jugend" eine Diskussion auch außerhalb der Gewerkschaftsjugend über die Krise der Jugendarbeit und mögliche Ursachen begann, wurde von einigen Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule Oberursel ein Papier herausgegeben, welches in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlug, weil es sozusagen von Leuten geschrieben worden war, „die es ja wissen müssen". Besonders die Rechtspresse sowie reaktionäre Gewerkschaftsführer z.B. von der IG Bergbau griffen das Papier begierig auf, wurde dort doch die Krise in der Jugendarbeit im wesentlichen auf die „Kaderpolitik" der DKP/SDAJ zurückgeführt.

Krise in der Jugendarbeit im wesentlichen auf die „Kaderpolitik" der DKP/SDAJ zurückgeführt.

Auf die Frage, aus welchen Gründen die Oberurseler das Papier geschrieben haben, antwortet Hinrich Oetjen (Leiter der Schule) in einem „taz"-Interview am 30. April 1979: *„Das Potential (Jugendliche ,die weder in der SPD noch in der DKP integriert sind) ist in der Gewerkschaftsjugend weitgehend nicht mehr vorhanden, sondern betätigt sich in Jugendzentren, in irgendwelchen Initiativen, in der Bürgerrechtsbewegung oder wer weiß wo. Wir wollen dieses Potential für uns zurückgewinnen und müssen jetzt die konkreten Probleme dieser Leute aufnehmen, thematisieren und versuchen, das wieder in die Gewerkschaftsjugend hineinzunehmen".*

Peter Glotz, Westberliner Wissenschaftssenator und SPD-Spezi für Fragen der „Aussteigerjugend", hält die momentane Situation nicht für ungefährlich für diesen Staat: *„Ich weiß, dies ist noch keine Massenbewegung. Aber ich warne davor, diese Symptome eines neuen Kulturkampfes einfach abzutun und sich mit den Millionen von Schülern und Lehrlingen zu beruhigen, die unauffällig und strebsam ihre Arbeit tun. Erstens können auch Minderheiten eine Gesellschaft in Unordnung bringen, und zweitens verbirgt sich auch hinter Unauffälligkeit, Strebsamkeit und Anpassung zuweilen Unzufriedenheit, unausgesprochenes Unglück und unterdrückte Aggression. Und dies ist dann nicht mehr nur ein Problem der Kinder der oberen Mittelschicht; auch hinter dem Gruppenverhalten ledergekleideter Arbeiter-Jugendlicher, die die Sozialdemokratie überhaupt nicht mehr erreicht, steckt ein Maß von politischer Entfremdung, das uns nicht gleichgültig sein darf".* Und etwas später im Hinblick auf die Bundestagswahl: *„Diese Minderheiten können wahlentscheidende Bedeutung erlangen in einer Situation in der zwei politische Lager fast gleich stark sind und sich belauern."* (Glotz auf dem Landesparteitag der baden-württembergischen SPD, zitiert nach „FR", 6.9.79).

Selbstkritik?

Im internen Kreis vor Funktionären kann man dann sogar einige selbstkritische Töne von den Gewerkschaftsführern hören. So sagte Hans Preiss (IGM-Vorstandsmitglied) auf einer Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Frankfurt anläßlich der Vorbereitung der antifaschistischen Kundgebung am 17. Juni 1980: *„ ,ran-Redakteure gehen, Stoiber kommt' - dieser Eindruck, einmal entstanden, könnte gerade unter denen verheerend wirken, um die es uns hier in erster Linie geht. Ich meine unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, ich meine jene skeptische Generation, um deren Herzen und Hirne heute der Kampf ausgefochten wird. Die Frage ist: Können wir diesen jungen Menschen glaubhaft machen, was wir in unsere Reden und Programme hineinschreiben? Leben wir ihnen glaubwürdig vor, was wir sein wollen: Bollwerk der Demokratie, Verteidiger der Arbeitnehmerinteressen? Denn immer noch gilt: Wer die Bereitschaft der Jugend, sich für Ideale einzusetzen, mißbraucht, wer diese Jugend erst lobt und dann durch ein prinzipienloses Taktieren enttäuscht, der braucht sich nicht zu wundern, wenn sich diese Jugend von ihm abwendet. Da hilft es dann auch nicht, die Kommunisten, den lieben Gott - Koalitionen sind ja immer zwiespältig - oder gar alle beide für diese Entwicklung haftbar zu machen"* (nach „tat", 13. 6.80).

Ähnliche Töne konnte man auch von Christian Götz hören. Götz ist Chefredakteur der HBV-Zeitung und SPD-Mitglied. Auf der Bundesjugendkonferenz der HBV-Jugend erklärte er die Distanz der politisch engagierten Jugendlichen zu Staat, Parteien und Gewerkschaften mit der „Glaubwürdigkeitslücke". Sie könne sich zu einer „Bedrohung" für die Demokratie entwickeln. *„Auch die Gewerkschaften sind nicht außerhalb dieser Gefahr."*

Als Beispiele nannte er unter anderem die Aufweichung des Einheitsgewerkschaftsbegriffs im Entwurf für ein DGB-Grundsatzprogramm (Götz sprach sich gegen Bestrebungen aus, DKPler aus gewerkschaftlichen Funktionen zu drängen) („FR", 4.6.80).

Auch zur Auseinandersetzung um die Inhalte und Methoden gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit vertreten Götz und Preiß ähnliche Positionen. Offensichtlich als Antwort auf die Oberurseler meint Preiss im „Gewerkschafter" (7/80): *„Die Gewerkschaftsjugend braucht keine politischen Bastlernaturen, die immer neue ,Patente' anmelden. Was wir brauchen, ist die Besinnung auf unsere Vergangenheit, die über einhundertjährige Geschichte der Arbeiterbewegung ... Die tägliche mühsame Kleinarbeit muß wieder die Perspektive der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse bekommen."* Christian Götz meinte auf der Jugendkonferenz der HBV, *„Die Defizite der Gewerkschaftsjugend lägen nicht in ihrer Programmatik und ihren Methoden, es fehle nur der entschlossene Wille zur Tat, zur praktischen Umsetzung der richtig erkannten Ziele und Methoden"* (zitiert in „einheit", 15.7.80).

Auf dem Jugendtag der IG Bergbau und Energie in Hamm sprach der oben zitierte Glotz zum Thema Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Im Gegensatz zu Götz, der im gewerkschaftlichen Spektrum mehr der „orthodoxen Linie" um die IGM-Führer Benz und Preiß zuzurechnen ist, entwickelte Glotz mehr Gedanken, die ähnlich auch schon bei den Verfassern des „Oberurseler Papiers" zu lesen waren: Weder bei den Parteien noch bei den Gewerkschaften sei ein vergleichbar starkes Engagement festzustellen, wie es sich bei *„Rock gegen Rechts"*, bei Anti-Kernkraft-Trecks oder bei Kirchentagen zeige. Der Lösung des Problems komme man aber nicht näher, wenn man immer nur frage, was man *„organisatorisch"* tun könne, um Jugendliche anzusprechen *„oder gar einzufangen."* Einen Grund für die Abwehrhaltung von Jugendlichen gegen politische Großorganisationen sieht Glotz darin, *„daß wir allzu dogmatisch von uns aus festlegen, was die eigentlich wichtigen Themen sind, daß wir die anderen mit unseren Wichtigkeiten und unserer Sprache konfrontieren und dabei allzuoft ihre Wichtigkeiten und ihre Sprache aus dem Auge lassen".* Glotz nannte diejenigen *„einlinig und blind gegenüber den Lebensbedürfnissen"* von Jugendlichen, *„die mit Entschlossenheit und Realismus in der Stimme immer wieder feststellen, daß es der jungen Generation eigentlich überhaupt nicht um irgendwelche Sinnfragen, sondern eben um Berufsbildung, Jugendarbeitsschutz und Jugendvertreterarbeit usw. geht."* Es sei, so sagte Glotz weiter, die schülerhafte Anwendung von alten Lehrsätzen. Man tue so, als ob diese konkreten materiellen Interessen die einzigen Fragen wären, die junge Menschen bewegten und interessierten („FR", 4.6.80).

Vorwärts zu neuen Formen

DGB JUGEND

Gefahr bei der SPD, den Nachwuchs zu verlieren

Strauß möchte stärker „liberal-konservativ" orientierte Jugend

IG-Metall-Jugendkonferenz in Travemünde behandelt Karl Schwab eiskalt

Abrechnung mit Oberursel

Der Bär war los...

Die Zukunft liegt in unserer Hand – Gewerkschaftsjugend leistet Widerstand !

HBV kritisiert Schwab

Götz gegen neue Formen von Jugendarbeit

Christian Götz (HBV) entwickelte die Grundlinien gewerkschaftlicher Interessenpolitik

Tosender Beifall für die Kampfansage an den Kapitalismus und seine Folgen

12. Jugendkonferenz der IG Metall

Toleranz ... Offenheit

Nur wenige Positionen in der Hand von Kommunisten

Alle Lebensbereiche sind heranzuziehen

Loderer: Nur wenige ...

Dank für Mut und Offenheit

Rappe-Lob für Hinrich Oetjen

11. Bundesjugendkonferenz der IGCPK mit sehr klaren Aussagen

1. Glotz sowie Preiss und Götz pakken das Problem zwar von unterschiedlichen Seiten an. Allen gemein ist aber das taktische Verhältnis, welches sie zu den Bedürfnissen und dem politischen Bewußtsein der Jugend haben. Es geht ihnen eben darum, die Gewerkschaften trotz Rechtsentwicklung für die Jugendlichen wieder attraktiv zu machen. Wenn das bedeutet, daß der DGB positive Aktionen beschließt und durchführt so wie zum 17. Juni oder zum Antikriegstag, findet das unsere volle Unterstützung, ohne daß wir dabei aus dem Auge verlieren, daß es mit solchen positiven Ansätzen schon bald

wieder vorbei sein kann. Dann nämlich, wenn die Gewerkschaftsführung keinem Profilierungs- oder Basisdruck mehr ausgesetzt ist.
2. Alle Vorschläge laufen im Grunde auf eine gewisse Öffnung der Jugendarbeit hinaus. Doch solch einer Öffnung sind bei dem heutigen gesellschaftlichen Rechtskurs, der ja bekanntlich auch in den Gewerkschaften nicht zu übersehen ist - enge Grenzen gesetzt. Wie will man auf der einen Seite kritische Potentiale, AKW-Gegner etc. zurückgewinnen bzw. überhaupt erst einmal gewinnen, wenn man auf der anderen Seite die ‚ran'-Redaktion entläßt, den Bundesjugendsekretär rausschmeißt, die Arbeit der Jugendgruppen immer mehr einschränkt usw. usf.?!

Nach den Jugendkonferenzen

Die Debatte um die gewerkschaftliche Bildungsarbeit stand im Mittelpunkt aller Jugendkonferenzen in diesem Jahr. Es fällt jedoch schwer, die Funktionärsjugend, die auf diesen Konferenzen debattiert hat, einfach in zwei Gruppen aufzuteilen (z.B. „pro-Oberursel" und „anti-Oberursel"). Denn allen Jugendkonferenzen ist gemein, daß Beschlüsse gefaßt worden sind gegen die Hetze gegen DKP und SDAJler. Das mindeste waren Beschlüsse gegen die Kündigung der ‚ran'-Redakteure oder z.B. bei der Chemie-Jugend ein scharfer Protest gegen die Machtpolitik, die der IG Chemie Hauptvorstand betreibt. Besonders aber die Hauptredner bei der IGM, HBV und DPG haben sich gegen das Oberursler Konzept und gegen die antikommunistische Stimmungsmache ausgesprochen. Bei der Drupa hat deren Vorsitzender Mahlein zwar eine sehr radikale, linke Rede gehalten, die Delegierten waren aber mehrheitlich der Meinung, daß das Oberurseler Papier ein wichtiger Beitrag ist. Bei der IG Chemie und der IG Bergbau nahmen die Hauptredner für Oberursel Stellung. Bei der ÖTV wurde ein Jugendsekretär gewählt, der das Oberurseler Papier für einen wichtigen Beitrag hält und bei der BSE hat sich Vorstandsmitglied Köbele im Sinne der Oberurseler geäußert.

Wo die Führungsspitzen der Einzelgewerkschaften in den Jugendbereichen ihren politischen Standpunkt haben, wurde jedoch schon bei der Diskussion um das Oberurseler Papier in der Funktionärszeitung der DGB-Jugend „Solidarität" deutlich. Dort gab Willi Kaminski, Bundesjugendsekretär der IG Bergbau Mitte '79 bekannt (ein Leserbrief, der den ehemaligen DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk wegen seiner Anti-Oberursel Haltung kritisiert) welche Jugendsekretäre sich außer ihm noch für die Diskussion des Oberurseler Papiers ausgesprochen hatten. Es waren die Sekretäre der ÖTV, der Bau-Steine-Erden, der Eisenbahner, der IG Druck sowie von Leder.

Welch ein Zufall! Genau dieselben Funktionäre finden sich alle fein säuberlich unter einem Wahlaufruf („Wählerinitiative arbeitende Jugend für die SPD – Deswegen wollen wir
(„Wählerinitiative arbeitende Jugend für die SPD – Deswegen wollen wir
die SPD stark machen – Nur die SPD"). Im einzelnen stehen dort Namen wie Wolfgang Römisch (neuer Redakteur der „Solidarität"), Hinrich Oetjen, Gerd Andres (Bundesjugendsekretär der IG Chemie), Bernd Böwing (Polizei), Peter Höger (BSE), Willi Kaminski (IG Bergbau), Ingo Lehmann (Druck und Papier) Klaus Lehmann (Leder) und Hans Peter (Eisenbahn) und auch Hanns Brauser (neuer DGB-Bundesjugendsekretär).

Einschränkend muß außerdem gesagt werden, daß viele Delegierte z.B. bei der Drupa sicherlich auch nur aus ehrlicher Überzeugung – ohne die antikommunistische Hetze mitzutragen – für das Oberurseler Papier sind.

Auch wir sind ja der Meinung, daß gewisse Aspekte (so z.B. was die Öffnung der Jugendarbeit angeht) durchaus richtig sind. Die Frage ist eben nur, was die Haupttendenz in dieser Debatte ist und wer diese Debatte momentan führt. Und das sind leider die offenen Antikommunisten vom Schlage Karl Schwabs, denen es weniger um die Öffnung der Jugendarbeit, sondern mehr um das Wegdrängen antikapitalistischer Grundpositionen und um das Rausdrängen der DKP/SDAJler aus den gewerkschaftlichen Funktionen geht.

Georg Benz und Karl Schwab: Feuer und Wasser?

Am 25. März fand ein Gespräch aller für die Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften statt. Diskutiert wurde über Form und Inhalt gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Schon bei diesem Gespräch zeichnete sich ab, daß es zwischen den beiden „Lagern" keine unüberwindbaren Barrieren zu geben scheint.

Im folgenden wollen wir erstmal die Positionen der beiden „Lager" wiedergeben.

So sagte Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, schon auf der IG-Chemie Jugendkonferenz: Das *„Überstülpen von Inhalten"* nach dem Prinzip des Nürnberger Trichters sowie Bildungsarbeit nach *„straff vorgegebenen Leitfäden"*, mit dem *„ausschließlichen Zweck"*, die *„gewerkschaftliche Beschlußlage zu vermitteln"*, werden von der IG-Chemie-Jugend abgelehnt. Die Ideologie vom *„richtigen"* und *„falschen"* Bewußtsein habe *„prinzipiell etwas Diskriminierendes an sich"* (nach „FR", 23.2.80). Das ist aus dem Munde von Rappe, der sich auf derselben Konferenz mit aller Macht gegen Anträge gestemmt hat, die sich kritisch mit der diktatorischen Politik des IG Chemie-Hauptvorstandes auseinandersetzen, natürlich nicht gerade glaubwürdig.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Bruno Köbele, Vorstandsmitglied der Bau, Steine, Erden. Er meint, daß *„angesichts der Erfolge der Jugendzentrumsbewegung und alternativer Gruppen offene Formen der Jugendarbeit entwickelt werden müssen, die Jugendliche nicht nur auf ihre Erfahrungen im Betrieb reduziert. Es müsse beachtet werden, daß schon in den 50er Jahren mit der angeblich unpolitischen Jugendpflegearbeit, die auch die Freizeitbedürfnisse berücksichtigt habe, mehr Jugendliche gewonnen worden seien als von allen Leitfadenfetischisten der letzten zehn Jahre mit angeblich politischer Jugend(schulungs-)arbeit"* (nach „Grundstein", 3/80).

Auf der anderen Seite des „Lagers", bei der IG Metall, konnte man schon während der eingangs erwähnten Jugendsachbearbeitertagung von Georg Benz Töne hören, die vermuten lassen, daß es durchaus gemeinsame Denkansätze gibt. So sagte er u.a.: daß man die *„beständige, unkritische Anwendung alter Konzepte"* in Frage stellen müsse. *„Wir haben uns zu fragen, ob unsere Jugendarbeit geeignet ist, neuen und oft noch uninteressierten Jugendlichen den Weg zur Mitarbeit zu öffnen."* Jugendarbeit, so Benz, müsse *„Spaß machen, zum Nachdenken anregen und zum Mitmachen auffordern"* („FR", 18.1.80).

Auf einer Pressekonferenz nach dem Spitzengespräch im März erklärte Benz sogar, daß die *„angeblich unüberwindbaren Kontroversen so gravierend nicht sind."* Er sei überzeugt, daß die *„konstruierten Gegensätze"* zwischen der IG Metall und dem DGB demnächst ausgeräumt werden könnten. Dem Spitzengespräch vom März sollte im Mai ein zweites zur endgültigen Klärung folgen (nach „FR", 17.4.80).

Auch Mahlein, den man wohl eher zum „orthodoxen Lager" rechnen kann, pflichtet dem IG Chemie Jugendsekretär Gerd Andres bei, *„der einmal festgestellt hatte, daß zentrale Aktionen ohne Verknüpfung mit der betrieblichen Arbeit und ohne Verarbeitung durch die Mitglieder aufgesetzte Sachen seien und wirkungslos bleiben"* (ebenda).
setzte Sachen seien und wirkungslos bleiben" (ebenda).

Scheinbar versöhnlich läßt sogar Karl Schwab auf der IG Metall Jugend-Konferenz Ende April verlauten, *„daß im DGB-Bereich die Erprobung und Bewertung unterschiedlicher Konzepte der Jugendbildungsarbeit möglich sein müsse, daß endlich Schluß damit gemacht werden müsse, die eine Methode als ‚reine Indoktrination' oder die andere als ‚chaotische Bildungsarbeit' zu verdächtigen"* („Metall Pressedienst", 24.4.80).

Schwab immer noch in der Offensive!

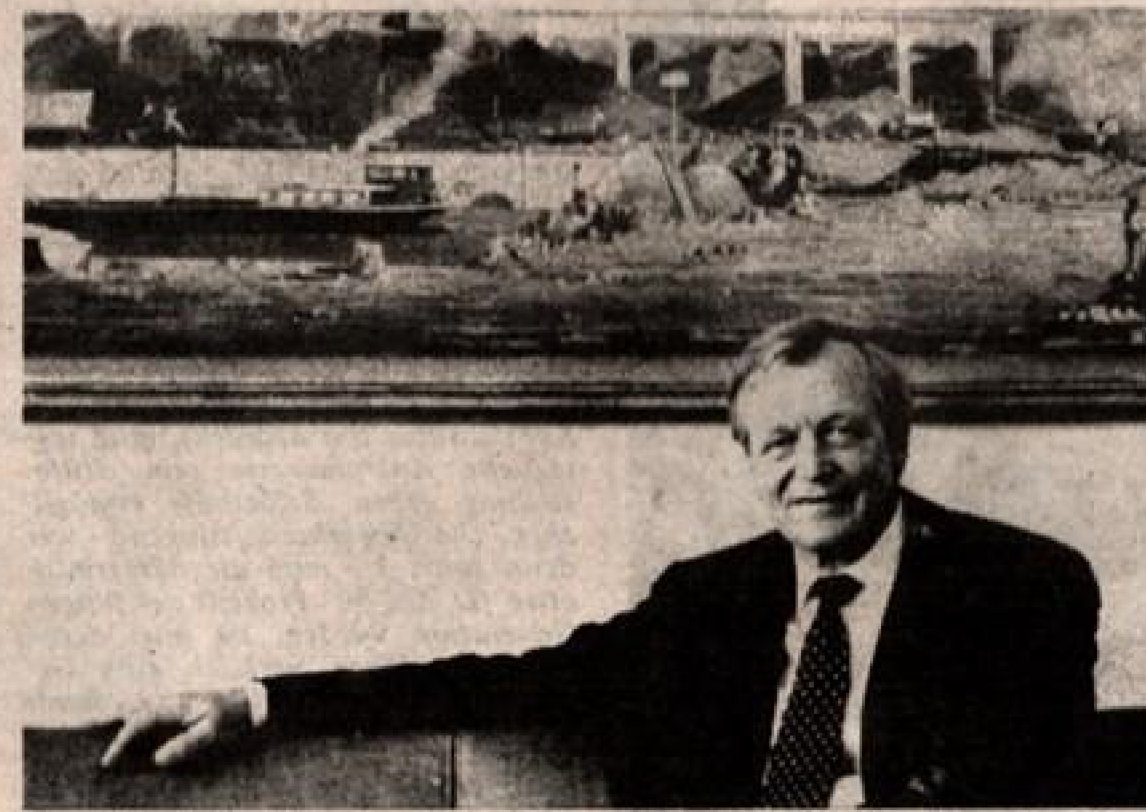
Durch solches Wortgeklingel sollte man sich nicht täuschen lassen. Immerhin hat Schwab erst kürzlich durch die Berufung und das anschließende Durchdrücken des neuen Bundesjugendsekretärs Brauser bewiesen, daß ihn die Beschlüsse der Jugendkonferenzen der großen Einzelgewerkschaften wie IGM, HBV und DPG nicht viel kümmern. Diese Jugendkonferenzen waren ziemlich energisch gegen die Oberurseler aufgetreten und hatten dann im Bundesjugendausschuß den Kandidaten Brauser, der den Oberurselern nahestehen soll, abgelehnt. Kurz darauf hat Schwab ein Thesenpapier vorgelegt, welches auf Grundlage von *„Erfahrungsberichten von Einzelgewerkschaften und DGB-Landesbezirken"* zustande gekommen sein soll (nach „FR", 1.7.80). *„Es soll dazu beitragen, den seit Jahren währenden Streit über die Jugendarbeit und den Einfluß von Kommunisten zu beenden. Eine dafür eingesetzte Kommission wird im Juli zusammenkommen."* Dies Gespräch ist offensichtlich von Mai auf Juli verschoben worden. Nach den Thesen bestehe die Gefahr, daß sich gewerkschaftliche Jugendarbeit *„von der Masse der arbeitenden Jugend isoliert"*. Weiter wird festgestellt, daß *„die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen ... in einem Mißverhältnis zur Zahl der aktiven jungen Gewerkschafter"* steht. *„Wenige, aber einflußreiche Positionen erhalten dann einen verhältnismäßig hohen Wirkungsgrad für die innerorganisatorische Meinungsbildung."* Weiterhin wird auch die Auffassung kritisiert, daß bei zentral gesteuerten Aktionen *„durch eine möglichst große Teilnehmerzahl ... das ‚Bewußtsein' der Gewerkschaftsjugend demonstriert werden"* soll. Abschließend ist die Rede von einer Rahmenkonzeption, die der DGB verabschieden soll, damit verschiedene Formen von Jugendarbeit entwickelt und erprobt werden können. Mit der *„überwiegenden Fixierung auf betriebliche Probleme"* seien viele Jugendliche nicht mehr zu erreichen. Einbezogen werden sollten deshalb Familienprobleme, Umweltschutzfragen, Wohnsituation, Freizeit sowie selbstorganisierte Kulturarbeit (ebenda).

Ungelöst bleibt allerdings für Schwab und die Anhänger seiner Überlegungen, wie dieses Konzept zu realisieren ist, will man doch gleichzeitig auf jeden Fall den Daumen von oben auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit draufhalten. Da wird die Quadratur des Kreises versucht. Solange die Gewerkschaftsführer hierüber streiten, sollten wir schon mal die entstehenden Spielräume in der Gewerkschaftsarbeit nutzen. Also nichts wie ran: zum Thema Anti-AKW, Hausbesetzungen, alternative Kultur etc. können wir viel diskutieren, vor allem auch über Aktionen. Warum nicht auch in der Gewerkschaft?

Lehrlingskommission

Mannesmann contra Montan-Mitbestimmung

Eine Ohrfeige für die Sozialpartnerschaft



Egon Overbeck, Mannesmann – Vorstandsvorsitzender: der ehemalige Generalstabsoffizier der Nazi-Wehrmacht leitet heute noch die Sitzungen wie eine Generalstabsbesprechung

Trotz lautstarker Proteste seitens der Gewerkschaftsführung und der SPD hat der Mannesmann-Konzern seine Pläne, die Stahlerzeugung in die Röhrenwerke zu integrieren, nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Für den September ist jetzt die entscheidende Aufsichtsratssitzung angesetzt. Die Mannesmann-Kapitalisten beabsichtigen mit ihrem Manöver zweierlei: Zum einen soll die Zusammenlegung Verwaltungskosten einsparen und weiteren Rationalisierungen den Weg bereiten, zum anderen soll so der gesamte Konzern aus dem Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung herausgenommen werden, die nur für stahlerzeugende Konzerne gilt.

Entsprechend hatte die Belegschaft der betroffenen Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen auf Belegschaftsversammlungen am 24. und 25.6. *„gegen die beabsichtigte Liquidierung der Montanmitbestimmung bei Mannesmann* u n d *gegen die geplante Vernichtung von 2.500 Arbeitsplätzen in den nächsten zwei Jahren in diesem Mannesmann-Werk"* („Die Neue", 26.6.80) protestiert. Die Gewerkschaftsführung hingegen betont ausschließlich den Angriff der Mannesmann-Bosse auf die Montan-Mitbestimmung und erklärte mehrfach, daß man über Rationalisierungen selbstverständlich reden könne. So wußte die „FR" am 30.6.80 zu melden: **„Der IG-Metall-Chef gab zu erkennen, ‚nachgewiesene' betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten bei Mannesmann mittragen zu wollen."** Und der „Vorwärts" schrieb am 10.7.: *„Die Unterhändler der Metaller unter Führung von IGM-Vorstandsmitglied Rudolf Judith haben am Montag der Konzernspitze vorgeschlagen, die Verwaltungsstäbe der Hütten- und Röhrenwerke zusammenzulegen. Damit würde die Mitbestimmungsfrage gelöst und vielleicht noch mehr Geld gespart als nach den Plänen des Vorstands"*.

Schon auf der Stahlkonferenz im Januar 1980 hatte die IG-Metall „konstruktive Vorschläge" zur Lösung der Krise in der Stahlindustrie gemacht, die jedes Kapitalistenherz höher schlagen lassen: *„Die IG-Metall strebt an, den Stahlunternehmen öffentliche Mittel für Zwecke der Umstrukturierung zur Verfügung zu stellen"* („Gewerkschaftliche Monatshefte" 5/80, vgl. dazu auch AK 172, S. 21). Aber auch derartige Rationalisierungsvorschläge der Gewerkschaftsführung konnten die Mannesmann-Bosse nicht überzeugen. Sie beharren darauf, auch die Montan-Mitbestimmung zu Fall zu bringen.

Nun haben die Gewerkschaftsführer (im Sinne der Kapitalisten) gute Argumente, die Montan-Mitbestimmung schmackhaft zu machen, mit denen jetzt auch nicht hinter dem Berg gehalten wird: *„Obwohl ihnen* (den Unternehmern, Anm. AK) *die qualifizierte Mitbestimmung wirtschaftlich gar keine Nachteile eingebracht hat — ganz im Gegenteil — waren und sind sie gegen eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens"* (Loderer in „Der Gewerkschafter" 3/80). Und die „Welt" schreibt am 12.7.: *„Nach Darstellung des IG-Metall-Vorsitzenden hat die Montan-Mitbestimmung die Voraussetzungen für*
12.7.: *„Nach Darstellung des IG-Metall-Vorsitzenden hat die Montan-Mitbestimmung die Voraussetzungen für*
einen Interessensausgleich bei Umstrukturierungen und Rationalisierungen in der Kohle- und Stahlindustrie ‚überhaupt erst geschaffen' (...) Vetter bezeichnete die Montan-Mitbestimmung als einen ‚Grundpfeiler' für das Vertrauen der Arbeitnehmer in den Staat".

Aus diesen Äußerungen Loderers spricht förmlich das Unverständnis darüber, wie die Kapitalisten ein so bewährtes Instrument der Desorientierung der Arbeiterklasse auf die Ideologie der „Sozialpartnerschaft" einfach über Bord werfen und — scheinbar ohne Grund — den Klassenkampf anheizen. Dabei müßte Loderer eigentlich wissen, daß die Mannesmann-Kapitalisten noch nie viel von sozialpartnerschaftlichen Spielchen gehalten haben. Der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Egon Overbeck, hat seine Sporen immerhin als Generalstabsoffizier in der faschistischen Wehrmacht verdient. Aus der gemeinsamen Arbeit im Aufsichtsrat der Essener Steinkohle AG prägte der ÖTV-Chef Klunker den Satz über Overbeck: *„Es fehlten nur noch die Uniformen, und die Generalstabsbesprechung wäre formvollendet gewesen"* (nach: „Handelsblatt", 27.6.80). Entsprechend rüde wird bei Mannesmann die Mitbestimmung gehandhabt, wobei inzwischen schon 13 Arbeitsdirektoren verschlissen wurden. Auch an Versuchen, die Montan-Mitbestimmung loszuwerden, hat es nicht gemangelt. Der erste Angriff wurde 1953 gestartet. Die Konzernleitung hatte mit der Gewerkschaftsführung bereits einen Kompromiß zur Wahl des Aufsichtsrates ausgehandelt, als — für die Gewerkschaftsführer völlig überraschend — eine Gruppe von Aktionären vor Gericht zog, da sie die Gültigkeit des Montan-Mitbestimmungsgesetzes für den Konzern anzweifelte. Theo Pirker („Die blinde Macht" II, S. 74) kommentiert dazu: *„Die Gentlemen-Agreements zwischen den Managern der Gewerkschaften und den Managern an Rhein und Ruhr waren zu wertlosem Papier geworden. Trotzdem hielten die Gentlemen-Vertreter der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten bis zum bitteren Ende an der Fiktion dieses Abkommens fest"*.

Der nächste Angriff wurde 1954 gestartet: Eine Aktionärin hatte gegen einen Beschluß einer Hauptversammlung geklagt. Im klageabweisenden Urteil wurde vom Gericht festgestellt, daß der Mannesmann-Konzern nicht zum Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes gehöre. Da die Aktionärin gegen diesen Beschluß keinen Widerspruch einlegte, war den Gewerkschaften der Rechtsweg blockiert. Dazu Theo Pirker (S. 101): *„Die Vertreter der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten und besonders ihre wichtigsten Vertreter wie Potthoff und Deist sowie der Justitiar des DGB, Dr. Kunze, waren bei diesem Geniestreich glatt hereingelegt worden und verärgert. Trotzdem waren die Mitbestimmungsspezialisten des DGB davon überzeugt, daß sie die Frage doch noch ohne Kampf hinbringen würden"*. Die Angriffe des Mannesmann-Konzerns auf die Mitbestimmung führten 1956 zur Verabschiedung eines Ergänzungsgesetzes, das Einschränkungen der Montan-Mitbestimmung beinhaltete.

Während die Gewerkschaftsführung mit anderen Unternehmen, die aus dem Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung herausfielen, Vereinbarungen abschloß, die zur Beibehaltung der Mitbestimmung führten, haben sich also die Mannesmann-Kapitalisten nie für diese Form sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit erwärmen können. Das hat nun auch auf der anderen Seite — bei einigen Arbeitervertretern im Aufsichtsrat — zu Verärgerung geführt. Die „FAZ" berichtet dazu: *„Denn gerade bei Mannesmann sind durch Indiskretionen aus dem mitbestimmenden Teil während der vergangenen Jahre immer wieder Störungen entstanden, die zu Gedanken über den Sinn der Mitbestimmung Anlaß gaben"* („FAZ", 27.6.80; die „FAZ" hat völlig recht — es widerspricht dem „Sinn" und den Paragraphen des Mitbestimmungsgesetzes, wenn Aufsichtsratsmitglieder oder Arbeitsdirektoren Informationen über geplante Entlassungen u.ä. an die Belegschaft weitergeben). Kein anderer Konzern ist also so sehr geeignet, beim Angriff auf die Montan-Mitbestimmung eine Vorreiterrolle zu spielen.

Die Gewerkschaften haben in dieser Auseinandersetzung von vornherein schlechte Karten. Zwar hat der DGB-Landesvorsitzende von NRW, Bleicher, in einem offenen Brief an alle Belegschaften in den Eisen- und Stahlbetrieben in NRW dazu aufgerufen, „vielfältige Aktivitäten, damit der ‚Fall Mannesmann' ein ‚Reinfall' für den Konzern wird", zu ergreifen,
der ‚Fall Mannesmann' ein ‚Reinfall' für den Konzern wird", zu ergreifen,
jedoch haben die Gewerkschaftsführer in ihren eingangs zitierten Äußerungen deutlich zu verstehen gegeben, daß die Mitbestimmung für sie Selbstzweck ist — allenfalls geeignet, einige Posten der Gewerkschaftsbürokratie zu sichern — und keineswegs für den Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und gegen die Rationalisierung genutzt werden soll. Das Interesse der Kollegen, sich für die Mitbestimmung zu engagieren, ist folglich gering, wie dies auch bei der kläglichen Beteiligung an vereinzelten kurzen Warnstreiks Ende Juni deutlich wurde. Schon am Ende der Stahlarbeiterkonferenz der IG-Metall im Januar, auf der ausführlich über die Rationalisierungsmaßnahmen in der Stahlindustrie informiert wurde, stand der Aufruf Eugen Loderers, *„eine breit angelegte und von allen Ebenen der Orgnaisation getragene öffentliche Kampagne* (zu starten), *um zu verdeutlichen, daß in der Stahlindustrie die Mitbestimmungsgrundlagen stimmen"*. Sinnigerweise fügte Loderer hinzu, die Kampagne müsse *„vor allem aber die eigene Mitgliedschaft erfassen"* („Gewerkschaftliche Monatshefte", 5/80).

Die Kapitalisten haben da weitergehende Ziele. Nachdem es ihnen gelungen war, den Arbeitern im Stahlarbeiterstreik Ende 1978 eine Niederlage beizubringen, fühlen sie sich jetzt stark genug, Massenentlassungen auch ohne sozialpartnerschftliche „Absicherung" vornehmen zu können. Daran wird deutlich, daß die Mitbestimmung für die Kapitalisten — im Gegensatz zur Gewerkschaftsführung — keineswegs Selbstzweck ist. Schließlich wollen sie ja bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe noch etwas zuzusetzen haben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Nach Rock gegen Rechts: Nazis verstärken ihren Terror

Nach dem Prozeß in Bückeburg gegen die Köpfe der 'Hansa-Bande', nach dem Verbot der 'Hoffmann-Bande' und einigen kleineren Urteilen gegen neonazistische Provokateure konnte der Eindruck entstehen, als sei es nun um die Neo-Nazi-Szene stiller geworden. Der Eindruck täuscht. Die t a t s ä c h l i c h gegen die Nazis verhängten Strafen sind in der Regel gering, das Verbot gegen die Wehrsportgruppe hat kaum konkrete Folgen (siehe AK 181), der terroristische Nazisumpf ist nach wie vor fruchtbar: insbesondere im Zusammenhang und nach "Rock gegen Rechts" scheint die NPD-Jugend (JN) in trauter Gemeinsamkeit mit Nazi-Terroristen diverser "Wehrsport"-Gruppen auf Rache für die erlittenen Niederlagen zu sinnen. Im Folgenden einige Berichte, die – im wahrsten Sinne des Wortes – den schlagenden Beweis dafür liefern.

Die vorliegenden Berichte sind allerdings sehr lückenhaft. Wir fordern alle unsere Leser/innen auf, die neueren Entwicklungen und Gruppenbildungen der Nazis nach bewährter antifaschistischer Manier unter die Lupe zu nehmen, um diesen Leuten ein wenig ihr Mütchen zu kühlen, um die Öffentlichkeit vor der Täuschung zu bewahren, der "Spuk" sei nun nach dem "Durchgreifen" seitens der SPD/FDP-Regierung zuende, und um die Staatsorgane durch öffentlichen Druck zu ein wenig mehr Konsequenz bei der Verfolgung des Nazi-Terrors zu veranlassen.

Antifa-Kommission

Rinteln: Überfälle und Molotow-Cocktail!

Mitte Juli kam es in Rinteln zu Provokationen im Zusammenhang mit einer Antifaschismus-Veranstaltung. *"Etwa 2o Mitglieder der Jugendorganisation der NPD aus Rinteln werden von der Polizei beschuldigt, für die Zwischenfälle verantwortlich zu sein"* (Göttinger Tageblatt, 15.7.).

Auf das Konto der Schläger geht:

– Ein 16jähriger, der sich an einer Plakat-Aktion det Antifa-Initiative für die geplante Veranstaltungsreihe beteiligte, wurde von zwei Maskierten niedergeschlagen.

– Während einer Veranstaltung im Rintelner Schulzentrum warfen zwei junge Männer, die auf einem Motorrad mit verdecktem Kennzeichen fuhren, einen Molotow-Cocktail unter ein parkendes Auto und setzten es in Brand.

– *"Während einer Filmvorführung des Films 'Nazis – gibts die noch' überfiel ein Trupp schwarzgekleideter junger Männer die Teilnehmer. Die Neonazis schlugen mehrere Mitglieder der Initiative mit Stöcken nieder. Ein Mitglied der Initiative erlitt Gesichtsverletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung und liegt seitdem im Krankenhaus"* (Angaben nach FR, 18.7.).

"Der Polizeisprecher bestätigte, daß seit mehr als zwei Jahren in Rinteln und Umgebung öfters Klagen über neonazistische Umtriebe laut geworden sind. Gegen die Quaisser-Gruppe brachte ein junger Lehrer schon 1978 ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren in Gang..." (FR).

Verantwortlich: Die "Fiedler-Bande"

Bei der Döhr-Quaisser-Bande, die nach den beiden Anführern Jürgen Döhr und Lothar Quaisser benannt wird, handelt es sich um eine Bande, die in engstem Zusammenhang zur Nazi-Zentrale des Göttinger NPD-Funktionärs Hans Michael Fiedler steht:

– Am 3o.1o.78 überfiel eine Gruppe Neonazis in Hannoversch-Münden eine Filmveranstaltung des AFAKs und der VVN; Fiedler und Döhr gehörten zu den bekannten Tätern.

– Nach demselben Muster wurde die Aktion anläßlich einer Veranstaltung des AFAKs Rothenburg am 31.1.79 wiederholt; wiederum beteiligt: Döhr!

– *"Die Göttinger Koordinierungsstelle von Fiedler verfügt über eine umfangreiche Kartei mit Daten von Personen, darunter auch Kommunalpolitiker, die irgendwann einmal gegen NPD und Neonazis aufgetreten sind"* ("Rechtsum zum Abitur" S. 64).

Im JN-Kurier Nr.6 (interner Informationsdienst) vom 2o.8.79 *"Abteilung Organisation Sudetenweg 2 – 326o Rinteln 1 Telefon o5751/7446o"* heißt es dazu: *"Alle Kameraden werden hiermit aufgefordert, Bildmaterial, Adressen und Begebenheiten an obige Adresse zu senden, um eine Zentralkartei über linke Vögel zu erstellen"*. Bei der Adresse handelt es sich um die Wohnung Döhrs!

– Ein weiterer Beweis für die engen politischen Beziehungen zwischen Fiedler und der JN Schaumburg ist der Aufruf Fiedlers in seiner Zeitung 'Deutscher Hochschulanzeiger' (Sommer 79): *"Der DHA wird eine Initiative ins Leben rufen, die der materiellen und geistigen Förderung rechter Jugendpresse dient."* Es geht um die Zeitung *„Megaphon – Sprachrohr der nationalistischen Jugend in Schaumburg, 326 Rinteln, Sudentenweg 2"*.

Fiedler erfüllt diese Aufgabe der ideologischen Schulung und politischen Anleitung für eine ganze Reihe von Organisationen, vor allem allerdings für die Arbeit der JN. Er ist Studienleiter des Projekts "Nationale Bildungsarbeit".



Arolsen, 18.11.78:
Haertel, Sarkowski, Löhr und Döhr (v.li.)

Celle: Überfall auf Wohngemeinschaft

Erinnert sei an den Brandanschlag auf eine linke Wohngemeinschaft in Celle, bei dem die Wohnung völlig ausbrannte und ein Gesamtschaden von 2oo.ooo DM entstanden war. *"Die bekannten Fakten, die auf den Täterkreis schließen lassen, sprechen für sich:*

– Der WG, die in Celle aktiv für die 'TAZ' arbeitet, wurde ein paar Tage vor dem Brandanschlag massiv gedroht (s.Faksimile).

– Der Drohung vorausgegangen waren Hakenkreuzschmierereien auf der Wohnungstür (AK 176)".

Kürzlich wurde nun die Existenz einer neonazistischen 'WSG' nach dem Vorbild der Hoffmann-Bande im Raum Celle bekannt. Lauterberger Antifaschisten beobachteten am 2./3. Mai die Manöver einer paramlitärisch auftretenden Gruppe,. uniformiert mit Bundeswehr-Kampfanzügen und ausgestattet mit umfangreichem Fahrzeugpark und Material (KFZ-Kennzeichen: CE–DE 73o, CE–AX 561, CE–CA 262, H–RD 278). Nachforschungen in Lauterberg ergaben, daß die Polizei über die Aktivitäten der Neonazis unterrichtet war. Danach handelte es sich um eine "technische Bereitschaft", die in Celle im Vereinsregister eingetragen ist. Inzwischen steht fest, wer sich hinter der Truppe verbirgt: eine als "Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V." getarnte 'WSG' eines Dr.med.Uwe Jürgens aus Bergen bei Celle (nach 'Info'-Zeitung des AFAK Lauterberg). Der Herr ist kein Unbekannter: *"Wegen unberechtigter Zeugnisverweigerung hat das Gericht im Bückeburger Neonaziprozeß am Freitag die Inhaftierung des 48 Jahre alten Arztes Uwe Jürgens aus Bergen (...) angeordnet. Er war geladen worden, um Auskünfte über eine Autofahrt mit den Angeklagten Uwe Rohwer, Lothar Schulte und*

geladen worden, um Auskünfte über eine Autofahrt mit den Angeklagten Uwe Rohwer, Lothar Schulte und

Lutz Wegener zu machen. Im Prozeß (...) war bereits mehrfach seine Rolle zur Sprache gekommen. Der Arzt soll vorgehabt haben, eine WSG zu bilden und sie als Katastrophenschutzorganisation im Vereinsregister eintragen zu lassen" (FR, 18.8.79).



Kraftfahrzeuge der WSE Jürgens am 2./3. Mai im Harz

Die WSG Jürgens tauchte inzwischen bereits schon ein zweites Mal - in Hannover - auf:

"Nächtlicher Neonazispuk auf dem Übungsplatz Bothefeld - Feldjäger, Schutz- und Kripo haben in der Nacht zum Sonntag auf dem Bundeswehr-Truppenübungsplatz an der Bothefelder Straße einen Schlag gegen neonazistische Jugendliche geführt. Ein Mitglied der 'Nottechni-

Bothefelder Straße einen Schlag gegen neonazistische Jugendliche geführt. Ein Mitglied der 'Nottechni-

schen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.' wurde vorläufig festgenommen. In einem sichergestellten VW-Bully fand die Polizei außer einer Gaspistole mehrere Plakate mit neonazistischen Parolen. Gegen den Verein läuft bei der Staatsanwaltschaft Hannover seit einiger Zeit ein Ermittlungsverfahren" (HAZ, 3o.6.). Die WSG Jürgens soll während eines Biwaks von Einheiten des Fernmeldebataillons I auf dem erwähnten Übungsplatz mit ca. 6 Leuten angerückt sein – es handelte sich um einen Truppenabend! Sie sollen außerdem zu jener Gruppe gehören, die wiederholt Schießübungen auf dem Platz durchgeführt hat.

dem zu jener Gruppe gehören, die wiederholt Schießübungen auf dem Platz durchgeführt hat.

Wohl wegen des gar zu offensichtlichen Zusammenhangs der WSG zur Bundeswehr haben Schutz - und Kriminalpolizei eine Nachrichtensperre verhängt (HAZ).

Brandanschlag in Paderborn –

Brandanschlag in Paderborn – Rache für Philippstal?

Der diesjährige 17. Juni wäre eine solche Schlappe, daß man sich unbedingt dafür rächen müßte – solche und andere Sprüche fielen auf einer NPD-Kundgebung am Nachmittag des 17. Juni in Paderborn vor dem Rathaus. Nach Augenzeugenberichten hielt Gerlach (stellvertr. NPD-NRW-Landesvorsitzender) eine gesalzene Hetzrede vor seinen Kumpanen, die gerade aus dem Raum Eschwege/Philippsthal in Nordhessen zurückgekommen waren. Die zudem noch schwache Paderborner Linke war von der Kundgebung, für die von der NPD vorher nicht öffentlich mobilisiert worden war, total überrascht. Deshalb konnten die Nazis ungestört ihre Kundgebung abhalten.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni wurde ein Brandanschlag auf die Autos einer linken Wohngemeinschaft in Paderborn-Elsen verübt. Eine „Ente" brannte total aus, bei einem Fiat 500 wurde das Dach aufgeschlitzt und von innen mit Benzin getränkt, ein VW wurde ebenfalls mit Benzin übergossen. Diese offensichtlich minutiös geplante und durchgeführte Aktion ließ bei den WG-Bewohnern den Verdacht aufkommen, daß hier NPD'ler aus Paderborn-Elsen selbst am Werk waren. In der Tat läßt sich hier seit zwei Jahren eine gewisse Konzentration von NPD-Aktivitäten feststellen. Der Aktivist der Harting-Bande, **Josef Böhle**, hatte lange hier gewohnt und war auch als Briefträger tätig gewesen. Die Bewohner der ‚WG' dürften den Nazis auch persönlich als Linke und AKW-Gegner bekannt sein. Ein wichtiges Argument für die Vermutung, daß die Nazis hier Rache gesucht haben, ist die Tatsache, daß der beschädigte VW am 17. Juni in Philippsthal längere Zeit vorne an einer Sperre geparkt hatte, sodaß wahrscheinlich die PKW-Nummer von ebenfalls in Philippsthal anwesenden Paderborner Nazis aufgeschrieben und auch „benutzt" worden ist (vergl. AK 181 - internes NPD-Rundschreiben: *„Wir brauchen Namen der Gewalttäter, zumindest Beschreibungen, Kfz.-Nummern (!) ..."*). Zuzutrauen wäre die Aktion den Paderborner Nazis allemal. Die Palette ihrer Aktionen der vergangenen Jahre reicht von Anpöbeleien über gewalttätige Angriffe bis hin zu Morddrohungen gegen bekannte Linke und BI-Aktivisten. Interessant war auch noch das Verhalten der Kriminalpolizei. Trotz ständiger Anrufe der WG wegen Spurensicherung etc. wurde ein WG-Bewohner erst am 26. Juni, also knapp eine Woche später, von der Kripo vorgeladen, aber dann sogleich vom 14. (Politischen) Kommissariat. Das Gespräch ergab, daß der leitende Beamte offenbar mehr über die ‚WG' und deren Kenntnisse wissen wollte als über den Brandanschlag selbst. Eine von der Kripo vier Tage nach dem Anschlag initiierte Befragung der Anwohner ergab angeblich keine Anhaltspunkte. In der örtlichen „Neuen Westfälischen" vom 23.7.80 stand ein erstaunlich guter Artikel, so daß die ‚WG' ein von ihr geplantes Flugblatt nicht mehr veröffentlichte. Dieser Anschlag muß ein neuer Anlaß für einige Linke in Paderborn sein, sich mit der „Nazi-Szene" im Paderborner Land zu beschäftigen, kontinuierlich zu arbeiten und vielleicht den eingeschlafenen „Antifaschistischen Arbeitskreis" mal wieder zu reaktivieren.

Ein Genosse aus Köln und ein WG-Bewohner

Wie geht's weiter mit RGR?



In der Berichterstattung zu Frankfurt und Eschwege habe ich wesentliche Aspekte zur RGR-Bewegung vermißt. Deswegen habe ich mir ein paar Gedanken gemacht aus der Sicht eines Musikers und RGR e.V.-Mitgliedes.

Die Darstellung des politischen Erfolges, den wir alle in Eschwege und Frankfurt erzielt haben, teile ich vollkommen. Die vier Tage, ausgefüllt mit Festivals und Demonstrationen, waren das Ergebnis eines breiten, antifaschistischen Bündnisses (mit all seinen Schwächen).

Wenn trotz dieses Erfolges die meisten Musiker und Musikfreaks Frankfurt und Eschwege eher skeptisch gegenüberstehen, so hat das mehrere Gründe . Kritisiert wird vor allem, daß sich die politischen Organisationen zwar der Etikette „Rock gegen Rechts" bedienen, um auch Personenkreise anzusprechen, die ansonsten Berührungsängste mit explizit politischen Veranstaltungen und Aktionen haben, auf der anderen Seite aber dieselben Organisationen die Beweggründe, warum Musiker Rock gegen Rechts machen, und was das für sie bedeutet, total vernachlässigen.

Zunächst einmal ist für die Musiker RGR die (angestrebte) organisatorische und politische Selbstorganisation von Musikern und Musikfreaks. Wichtigster Punkt dabei: Die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

RGR-Initiativen müssen selbst Ziele und Inhalte ihrer Veranstaltungen entwickeln und ausführen können. Inzwischen ist das anders: Die RGR-Musikerbewegung kann nur noch auf die Initiativen der politischen Organisationen hin reagieren, die inzwischen fast alles „Rock gegen ..." nennen. Die RGR-Inis können sich nur noch einklinken, ihr Name wird im Interesse der Politfreaks funktionalisiert, ohne daß diese etwas mit den Zielen der Musiker, nämlich Selbstorganisation, am Hut hätten. Klinkt RGR sich nicht ein, wird ohne mit der Wimper zu zucken, trotzdem der Name mißbraucht (ständige Praxis der DKP). Was vor zwei Jahren noch „V e r a n s t a l t u n g gegen Strauß" geheißen hätte, wird heute „R o c k gegen Strauß" genannt, ohne daß sich am Konzept, am Inhalt, an der Durchführung etwas geändert hätte (Musikgruppen spielten auch damals schon auf Veranstaltungen) nur, „Rock gegen ..." ist eben attraktiver. Die RGR-Initiativen müssen jedoch die Möglichkeit zur Einflußnahme haben, bevor mit ihrem Namen in der Öffentlichkeit für politische Veranstaltungen etc. geworben wird. Wir sind nicht nur ein Motto per Unterschrift, sondern eine eigenständige Bewegung, die nur den ‚Fehler' gemacht hat, sich statt „Selbstorganisation der Musiker" „Rock gegen Rechts" genannt zu haben.

RGR bedeutet für viele Musiker nicht zwangsläufig ein Eingreifen in die Auseinandersetzungen der politischen Organisationen untereinander oder ein konkretes Engagieren in antifaschistischen oder sonstigen Aktionen. Viele sehen es ganz anders: Für sie ist das „Zusammen & Draußen-Feeling" mit seiner bunten Vielfalt ‚praktizierter Antifaschismus'. Dem „Leben in der Todeszone" wird ein Lebensgefühl entgegengesetzt, das zunächst einmal stark auf die individuellen Bedürfnisse nach Musik, Gemeinschaft, Zärtlichkeit eingestellt ist, die schon jetzt praktiziert werden und nicht in einer fernen Zukunft. Diese menschlichen Bedürfnisse und Eigenschaften vermissen die Musikfreaks bei eigentlich sämtlichen politischen Oragnisationen, die ihnen von Bürokratie und hierarchischen Herrschaftsstrukturen („Die Leitung gibt die Politik an") wohl nicht ganz zu Unrecht als verkrustet erscheinen. Diejenigen, die es wollen, bemerken natürlich auch, daß der KB dabei zuweilen eine positive Ausnahme ist. Aller-

die es wollen, bemerken natürlich auch, daß der KB dabei zuweilen eine positive Ausnahme ist. Aller-

dings sind Herangehensweisen wie in Frankfurt nicht gerade geeignet, diesen positiven Ansatz zu verbreitern.

Die Kritik zu Frankfurt muß zweigleisig geführt werden. Auf der einen Seite die Unfähigkeit aller politischen Organisationen, die Chance der offenen Konfrontation des Publikums mit den Widersprüchen innerhalb des Aktionsbündnisses Frankfurt, die ja Widersprüche der gesamten Antifaarbeit sind, deutlich zu machen und damit den bei allen im Munde geführten Anspruch der Offenheit endlich einmal praktisch unter Beweis zu stellen, anstatt zu powern. Darauf mußten wohl erst Musiker kommen.

Auf der anderen Seite Tatbestände und Verhaltensweisen, die einer völligen Mißachtung der RGR-Ideen gleichkommen:

a. eine Bombastikobühne für 52.000 DM (damit machen wir ein ganzes Festival in Hamburg), die die Distanz Publikum - Musiker nur zu gut unterstützt;
b. doppelte Absperrungen, die ein freies Bewegen unmöglich machen;
c. unglaubliche und freche Behandlung der Musiker - diese durften nach den Auftritten die Bühne nicht mehr betreten, sie hatten ja funktioniert;
d. unterlassene Erklärung des Programms. Dies ist ein ganz wesentlicher Punkt für die RGR-Bewegung. Mann/Frau im Publikum hätte dann nämlich erfahren können, daß RGR ein Zusammenschluß von autonomen Initiativen aus der gesamten BRD ist, und daß allein neun auftretende Gruppen von neun RGR-Initiativen delegiert worden waren, die Selbstorganisation der Musiker also klappt;
e. Konsumstraßen mit horrenden Preisen;
f. typisch deutsche Ordner, die menschlich völlig ‚zu' waren und eigenständige Entscheidungen nicht mehr treffen konnten. So wurde nach einem Anschlag auf den RGR-Stand, bei dem einer von uns am Fuß verletzt wurde, von uns tatsächlich verlangt, den Verletzten zur Bühne zu bringen, ehe uns geglaubt würde, und wir eine entsprechende Warnung über die Bühnenanlage abgeben könnten; nur durch Powern haben wir es dann auch ohne geschafft;
g. Unterdrückung des Rederechts für die Hausbesetzer aus Frankfurt und die Gorlebenleute, die aus Solidarität mit allen dreizehn Turmbesetzern anwesend waren und einen 5-minütigen Redebeitrag halten wollten.

Daß diese Tatbestände, die mit Selbstorganisation nicht viel zu tun haben, das Vertrauen der Musiker in die in Frankfurt von den Politfreaks verwaltete RGR-Bewegung nicht eben stärken, ist wohl kein Wunder. Das führt dann einerseits dazu, daß Gruppen wie Embryo sagen, *„Okay, wir spielen jetzt auch in Mannheim auf einem RGR-Konzert, organisiert und funktionalisiert von der DKP, und bekommen dafür 2.500 DM"*, andererseits zu dem Beschluß, gefaßt auf dem letzten RGR-Bundeskongreß in Hannover, keinerlei Mammutveranstaltungen wie in Frankfurt mehr mit dem Namen RGR zu unterstützen. Sätze wie: „Immer diese Politarie" oder „Demos können die Politfreaks ja veranstalten, aber Festivals, das sollten sie lieber uns überlassen", haben hier ihren Ursprung.

Ich hoffe, daß zumindest die Menschen im KB dies nicht von vornherein als unpolitischen Individu-Trip verurteilen, sondern sich inhaltlich damit auseinandersetzen. Sonst werden innerhalb kürzester Zeit die Freaks aus der RGR-Bewegung verschwunden sein, und unsere disziplinierten Freunde aus der DKP-Riege brauchen nur die Hand aufzuhalten. Dann wird's nicht nur verdammt langweilig werden, sondern erst recht unpolitisch.

Gründe für das Mißtrauen der Musiker gegenüber den Organisationen lassen sich weitere finden: Da setzt vor dem 17. Juni ein wahrer Boom ein, der erfreute Musiker könnte zu dem Schluß kommen, bei der TAZ, der NEUEN, der SAG, der SDAJ, der DKP usw. würde Druckerschwärze nur noch zur Erstellung von RGR-Artikeln und -Zeichen verwendet, das könnte nach dem Jahr des Kindes mal das Jahr von Rock gegen Rechts werden. Doch weit gefehlt: Welche politische Organisation bezieht denn schon den Kampf an der Kulturfront in ihre Arbeit mit ein, wenn dies nicht gerade mal publikumswirksam zu verwerten ist? – Scheißmentalität! Ist das nicht etwa auch Rock gegen Rechts, sich für menschenwürdige Übungsräume einzusetzen, skrupellose Vermieter unschädlich zu machen, Auftrittsräume ohne horrende Mietpreise zu besorgen, alternative Festivals durch-

schädlich zu machen, Auftrittsräume ohne horrende Mietpreise zu besorgen, alternative Festivals durch-

zuführen, die genau s o politisch sind, wie die Organisationen sie durch ihre tatkräftige Unterstützung machen, sowohl mit Hand & Herz als auch mit Kopf, politischem Beitrag und Büchertisch. Die Türen stehen dafür offen – siehe Zusammen & Draußen-Festival Hamburg.

Ohne Fazit kein gelungener (?) Artikel, also bitte: Wenn die fortschrittliche linke Bewegung auf weitere Zusammenarbeit mit der RGR-Bewegung wert legt (wir tun's), dann sollte folgendes passieren: Gebt die Funktionalisierung der RGR-Idee auf zugunsten einer gleichberechtigten Beteiligung von RGR-Inis mit all ihren eigenständigen Bedürfnissen. Konkret: Beteiligt RGR nicht erst, wenn eine unterschriftsreife Plattform zu einer Aktion bereits fertig und ausdiskutiert ist! Laßt uns von vornherein gemeinsam an Projekte herangehen. Alles andere führt zum Abbröckeln der RGR-Bewegung und ihrer Ideen.

Birger, DRUCKKNÖPFE – Rock und RGR e.V./HH - Mitglied

• • •

Ohne uns aus der Verantwortung stehlen zu wollen, ein paar (zusätzliche – einiges wurde in AK 180 schon abgehandelt) Infos zu den Punkten a) bis g):

- die Bühne kostete ca. 47.000 DM, die Anlage noch mal 12.800 (das ist vergleichsweise „billig"!)
- Zu den leidigen Absperrungen ein Zitat aus den Vertragsbedingungen: *„Zum Schutz des Equipments hat der Mieter genügend Ordner und Schutzgitter zu stellen ...."* Die d o p p e l t e Absperrung entsprach in der Planung freilich nicht einem „besonderen Sicherheitsbedürfnis", sondern der (leider nicht verwirklichten) Idee, ganz vorne Platz für Kinder freizuhalten.
- Der Anschlag auf den Info-Stand des RGR e.V.: Dies war genau so ein Punkt, wo die jeweiligen Nervenbündel, die für die Falken und die SDAJ in der Festivalleitung saßen, wieder mal durchdrehten: „Stimmt doch gar nicht" – „Sowas kann man hier nicht durchsagen" usw.

KB/Gruppe Frankfurt

»Ein Damm gegen die Ausländerflut«

Hintergründe der Rassismus-Renaissance



‚Die Deutschen sind bedroht' – Asylantenmassen sind angeblich dabei, sie zu ersticken: „Ein Damm gegen die Ausländerflut" muß her („Zeit", 13.6.80). So und ähnlich tönt die tagtägliche Medienbotschaft, egal ob für paar Groschen oder Mark, egal ob im ersten oder zweiten Programm. SPD/FDP und CDU/CSU überbieten sich gegenseitig in Forderungen und Beschlüssen gegen die „Ausländergefahr": Rechtsbeschneidungen, „kurzer Prozeß", Auslieferung an Terror-Regimes, Einrichtung von Konzentrationslagern.
Verbunden mit der Asylanten-Hetze wird das Schreckbild „ausländischer Extremisten", die „die Bundesrepbulik ... zum Schlachtfeld" machen („BamS", 15.6.80).
Auf dem Buchmarkt tauchen in schneller Folge Abhandlungen über Rassen, Vererbung, Intelligenz-Erblichkeit und ähnliche Themen auf.
Ein in Teilen noch immer liberales Meinungsmacher-Blatt für Intellektuelle wie „Die Zeit" bringt eine große Serie über Erb-, Verhaltens- und Intelligenzforschung. Grundtenor: die „Ungleichheit der Menschen".
In Organen der konservativen „Tendenzwende" wird systematisch das Ende und Scheitern sozial-orientierten Denkens (z.B. in Erziehungsfragen) verkündet und stattdessen auf biologistische Theorien gesetzt.
In einer konzertierten Aktion quer durch die ganze braune Szene der BRD macht sich eine NPD-organisierte „Bürgerinitiative Ausländerstopp" daran, bislang für Neofaschisten kaum mögliche Massenwirkung anzusteuern (siehe dazu AK 178).

Was tut sich hier?

Was tut sich hier?

Allen Anzeichen nach wird gegenwärtig auf breiter Front ein Klima der Ausländerfeindlichkeit, des Fremdenhasses und des Rassismus geschürt, dessen Dimensionen die rassistische Ausländerhetze während der „Ölkrise" 1973 („Jetzt spielen die Scheichs ganz verrückt") weit in den Schatten stellen (siehe dazu: „Krieg gegen die ‚dritte Welt'?" in : Droht ein neuer Faschismus?, 1976).
Die in den Massenmedien, von Regierung und allen bürgerlichen Parteien vorangetriebene Renaissance rassistischer Verhetzung geht in Richtung Vervollständigung des traditionellen Dreigespanns imperialistischer Massenideologie: Militarismus, Chauvinismus und Rassismus.

Im Zeichen der konservativen „Tendenzwende" (an der die staatstragende SPD, samt FDP, nicht weniger bastelt als CDU/CSU) ist bislang das Aufleben von Nationalismus und Militarismus in vollem Gange; die neue Ausländerfeindlichkeit ist nun der Boden, auf dem verschiedene rassistisch-biologistische Vorstöße gemacht werden können:

– Auf der Ebene „seriöser" Wissenschaftlichkeit und „intellektueller" Diskussionen werden Verhaltensforscher, Vererbungstheoretiker etc. „neu" entdeckt, deren biologistische Thesen noch vor wenigen Jahren allgemein abgelehnt wurden, woraufhin sie zumeist im Abseits rechtsradikaler Wertschätzung verschwanden. Heute dagegen gibt es eine neubelebte Jensen/Eysenck-Diskussion; Konrad Lorenz wird als „revolutionärer Denker" entdeckt usw.

– Ideologieinstanzen wie rechte Verlage, CDU/CSU-nahe Zeitschriften usw. verbreiten zunehmend biologistische Theorien besonders der Neuen Rechten Frankreichs und der neurechten „Nationalrevolutionäre" aus der BRD. Über ihr Hineinwirken in die Grüne Bewegung und durch die Aufnahmebereitschaft von Teilen der alternativen Szene dient sich der Neue Biologismus geradezu als zukunftsweisende „Alternativ"-ideologie an (weder traditionell rechts noch links ...).

– Die neofaschistische Szene bekommt durch das allgemeine Klima Aufwind. Was von den Rechtsextremen propagiert wird, ist im Kern allerdings nichts anderes als alter, nazistischer Rassismus, der in der braunen Szene schon seit eh und je gehandelt wird. So ist der gegenwärtige neonazistische Vorstoß in Sachen Ausländerhetze/Rassismus weder inhaltlich neu, noch sonstwie als Schrittmacher eines Neuen Rassismus überzubewerten.

Eine Aktion wie die „Bürgerinitiative Ausländerstopp" ist jedoch als Symptom dafür interessant, wie groß der Spielraum heute für solche Provokationen (auch und gerade von Neonazis) ist.

Im Folgenden beginnen wir mit einer Darstellung der Kontinuität des neo-nazistischen Rassismus und einigen seiner heutigen Manöver. In einem zweiten Teil werden wir dann im Vergleich dazu die anderen genannten Stränge der Rassismus-Renaissance genauer vorstellen, einschließlich ihrer Widerspiegelung in der alternativ-linken Szene. Wir halten eine gründliche Auseinandersetzung mit dieser ideologischen Entwicklung für dringend geboten.

Rassistenwege nach 1945

Die Niederlage des Faschismus 1945 diskreditierte jede Form offenen Rassismus' zunächst so vollkommen, daß seinen Propagandisten und Mordpraktikern nichts als Untertauchen und Tarnen übrigblieb – sei es durch Absetzen ins Ausland, sei es durch „Abschwören" und Verpflichtung auf ‚demokratische Prinzipien'.

Ein Rest hartnäckig Rassismusbesessener – im wesentlichen wohl solche der „zweiten Reihe" – blieb dagegen bei der Stange und sammelte sich in zunächst opportuner Zirkel-Abgeschiedenheit. Verschiedenste Vereine und Gesellschaften taten sich auf – so eine **„Deutsche Gobineau-Gesellschaft"** (genannt nach einem der Väter des Nazi-Rassismus), so eine **„Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege"**. Am Herzen lag den dort versammelten Ärzten, Biologen, Heilkundlern etc. die „Erneuerung von Art und Gesittung", weshalb sie sich in einem gleichnamigen **„Arbeitsring Deutscher Gemeinschaften"** zusammensetzten.

Als die neofaschistische Szene ohnehin nach neuen Gestaden Ausblick hielt (NPD-Gründung 1964), schien auch die Zeit gekommen, eine eigene Zeitschrift herauszugeben. 1963 erschien erstmals **„Erbe und Verantwortung – Eugenische Rundschau"**, später umbenannt in **„Biologische Zukunft – Erbe und Verantwortung"**. Auf den Seiten dieses Blattes fand der Ruf nach Erbgutpflege, Ausmerzen minderwertigen Erbmaterials, die Warnung vor der drohenden rassisch-völkischen Degeneration des Deutschtums etc., wie es in unverändertem Nazi-Jargon hieß, seine unbarmherzigen Verfechter.

Auch daraus, woher diese Rassenpropaganda stammte, wurde kein Hehl gemacht: So wurde , neben Gobineau, auch anderen Vorläufern der faschistischen Rassen-Ideologie gehuldigt, z.B. **Francis Galton** („Schöpfer der Eugenik"). Verehrt wurde vor allem auch der aller-offenkundigste Nazi-Rassist, **Hans F.K. Günther**, berühmt-berüchtigt als „Rassen-Günther" (siehe z.B. „Biol. Zuk.", 3/70) – einer der ganz wenigen, die nach 45 Berufsverbot erhielten. Oder es wurde die Sache diskreditierter Nazi-Mediziner vom Schlage eines **Ernst Rüdin** verfochten (u.a. Kommentator des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", 1933, ein Grundstein der Nazi-Ausrottungsprogramme). Die „Biologische Zukunft" der Erb-Pfleger sah das so: *„Rüdin, wenn er noch lebte, würde uns ermahnen, niemals beim Erreichten stehen zu bleiben, sondern rastlos weiter zu forschen. Und er würde uns, energiegeladen und von dem ehrlichen Wunsch beseelt zu helfen, wie er war, unermüdlich darin vorangehen."* („Biol. Zuk." 2/71).

Fortsetzung nächste Seite

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von Seite 14

Kein Wunder, daß die „energiegeladenen" und „rastlosen" Schläger und Hetzer der militanten Neofaschistischen Szene („Aktion Widerstand") alsbald im Kreis dieser Spezialfraktion der braunen Szene auftauchten. Unter ihnen einer der damals allerorts bekannten Krawallnazis, Jürgen Rieger (inzwischen Rechtsanwalt! in Hamburg), der als *„junger Freund"* voll ins Rasse-Geschäft einsteigen sollte.

Neuer Rassismus mit Imagepflege

Riegers 1969 verfaßte – später als jugendgefährdend idizierte – Rassen-Schrift *„Rasse – ein Problem auch für uns!"* ist ein Produkt dieser Erbgesellschafts-Schulung. Rieger schien damals zweierlei zu garantieren: Zum einen, den knallharten Nazi-Rassismus nicht aus dem Auge zu verlieren, zum anderen aber genügend Energie und Ranküne aufzubringen, ihn als nicht-nazistisch, als „modern", insbesondere als „streng wissenschaftlich" tarnen zu können.

Was das erste angeht: Das inhaltliche Programm der Rasse-Gesellschaft läuft in der Tat auf nichts anderes als eine Renaissance der nazistischen „Rassenkunde" hinaus, wie sie, neben anderen, von den zwei führenden NS-Rassisten **Clauß** und **Günther** repräsentiert wurde. Das untergründige Motiv verschiedenster Aufsätze der Rassisten-Zeitung ist gerade, die angebliche Richtigkeit, sprich „Wissenschaftlichkeit", der alten Nazi-Rassenideologie herauszuarbeiten. Mittlerweile beschränkt sich die Rassen-Gesellschaft nicht mehr nur auf Huldigungen insbesondere an Günthers Adresse (zuletzt: „Neue Anthropologie" 4/78 zum 10. Todestag Günthers), sondern sie druckt seitenlang Nazi-Rassenschriften, getarnt als Belegzitate, nach (NA 1/78, folgende). Ein **„Hans F.K. Günther Kreis"** innerhalb der „Gesellschaft" kündigte 1977 die Sammlung aller Schriften Günthers in einem Archiv und eine Neuherausgabe seiner Schriften an (NA 4/77).

Zugleich mit Riegers Wahl zum ersten Vorsitzenden der Rassen-Gesellschaft, 1972, setzte die Imagepflege ein. Fortan hieß der Verein **„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"**, die Erb-Zeitschrift hieß seitdem **„Neue Antropologie"**. Die „Wissenschaftlichkeit" des Neuen Rassismus wurde herausgeputzt. So erhielt die „Gesellschaft" bzw. die „Neue Anthropologie" einen **„Wissenschaftlichen Beirat"**, nahezu ausschließlich Doktoren und Professoren, und das Netzwerk internationaler Faschistenkontakte steuerte das Seine bei: Eine Reihe ausländischer, scheinbar untadeliger Wissenschaftler tauchte als Autoren, Beirats-Mitglieder etc. auf; unzweifelhaft am prominentesten **Dr. Arthur R. Jensen**, Psychologie-Professor in Berkeley/USA und internationaler Top-Experte in Sachen Intelligenzforschung.

Funktionen der Rassismus-Zentrale

Die Aktivitäten der Rassen-Gesellschaft kristallisierten sich an drei Schwerpunkten:

– Die Zeitschrift verfolgt nach i n n e n (d.h. in die neofaschistische Szene) insbesondere die Strategie der Popularisierung „wissenschaftlicher Erkenntnisse" mit dem Ziel, aktuelle Argumentationshilfen zu bieten. Diese „Wissenschaftlichkeit" ist zugleich die nach a u ß e n gerichtete Strategie, um an „seriöse" Leserkreise zu gelangen und um Kontakte zur offiziellen Wissenschaft sowie zur „seriösen" Rechten aufbauen zu können. In diesem Rahmen bewegen sich auch gezielte Werbeaktionen bei Ärzten, Lehrern, Eltern u.ä.; gelegentlich tritt die „Gesellschaft" sogar mit Informationsständen in der Öffentlichkeit auf. Eines der jüngsten Anschreiben an *„alle Lehrer und Erzieher des deutschen Sprachraums"* enthält etwa folgende Passage: *„Unsere biologische Substanz ist durch Geburtenarmut und Masseneinwanderung von Ausländern gefährdet."* („tat", 1.2. 80).

– Über die Zeitschrift hinaus organisiert die „Gesellschaft" alljährlich **Vereinstagungen** mit Schulungscharakter. Engstens arbeitet sie dabei mit dem von NPD-Ideologen **Rolf Kosiek** geleiteten **„Arbeitskreis Südwest"** zusammen, der die gleiche Art Veranstaltungen durchführt. Auf diesen Tagungen wird, zumeist von den Ideologen der „Gesellschaft", der jeweils neueste Themen- und Argumentationsstand aufbereitet.

– Überhaupt besteht die ideologisch zentrale Funktion der „Gesellschaft" darin, als Spezialfraktion die jeweils relevante, aktuell mögliche Rassenpropaganda „vorzudenken". Zum Kern der Rieger-Mannschaft gehören Vertreter entscheidender Sektoren der rechtsextremen Szene: **Rolf Kosiek** als Chef-Ideologe der **NPD**, also des traditionellen, organisierten Neofaschismus; eine Gruppierung des **Rechtsaußenflügels** der Ökologieszene (**Bruker, Mommsen, Schwab**); ein Verbindungsmann zur **CDU/CSU-Rechten, Dr. Werner Freytag** (Vorstandsmitglied der CDU/CSU-nahen **Ludwig-Frank-Stiftung**).

„Bürgerinitiative Ausländerstopp": ein Beispiel aus der Praxis

Eine besondere Rolle für die „Ausstrahlung" der Rassisten-„Gesellschaft" spielt das traditionelle Zentralorgan des westdeutsch/europäischen Neofaschismus, **„Nation Europa"** in Coburg. Ihr war bereits **1969 Riegers Rasse-Schrift** wohlwollend aufgefallen (*„wissenschaftlich solide untermauert"*, NE 12/69). Die Bemühungen des NE-Chefs **Peter Dehoust**, den „Nation Europa"-Kreis ins rechts-konservative Lager der CDU/CSU zu öffnen, um den Makel des „Rechtsextremismus" loszuwerden, schien eine öffentliche Kooperation mit Rassisten wie denen der Rieger-„Gesellschaft" allerdings lange auszuschließen. Die jüngste Entwicklung zeigt aber, daß das Gegenteil der Fall ist.

Ende 1978 tagte in Goslar wiedereinmal die „Gesellschaft für biologische Anthropologie" und Rieger hielt einen – politisch brisanten – Vortrag **„Evolution, Eigennutz und Gruppe"**. Gedruckt erschien er in der folgenden Nummer der „Neuen Anthropologie", Jan.–März 1979. Interessanterweise lag dieser Nummer auch eine Werbebeilage für „Nation Europa" bei. Nicht verwunderlich, erschien doch das April-Heft des Coburger Faschistenblattes unter dem Thema **„Nationalismus als Naturgesetz"** - und zwar mit dem Aufmacher und Schwerpunkt-Artikel „Evolution, Eigennutz und Gruppe" aus Riegers Feder. Dehoust gab dazu folgende Erklärung ab: Es handele sich hier um einen **„für unser Selbstverständnis grundlegenden Beitrag"**, der unwiderlegbar die Richtigkeit der Prinzipien des *„ethnopluralistischen Nationalismus"* als *„lebensgerechter Ordnung"* beweise. Es gehe aktuell um folgendes: *„Geburtenschwund"*, *„Invasion von Asiaten, Arabern und Schwarzafrikanern"* bedrohten das *„deutsche Volk"* und das *„weiße Europa"*. Daß dies auch die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung sei, belege eine Repräsentativumfrage des Innenministeriums in NRW. Folgende Forderungen seien angebracht:

- *„die Wanderung von Gruppenfremden in den Raum anderer"* müsse unterbleiben;
- solche „Gruppenfremden", besonders *„außereuropäische Völker"* gehörten *„in ihre Heimatzurückgeführt"*;statt *„in Europa integriert"* zu werden;
- schließlich müsse *„die Flut der Pseudo-Asylanten gedämmt"* werden (NE 4/79).

Riegers Aufsatz aus der Rassismus-Zentrale lieferte dazu die „wissenschaftlichen Argumente". Im Kern stellt er natürlich eine Zusammenfassung bestimmter Bestandteile rassistischer Hetze dar, wie sie seit eh und je in der gesamten braunen Szene gang und gäbe sind. Bereits in seiner Schrift von 1969 hatte Rieger beispielsweise gegen „Rassenmischung" und „Rassengemenge" den „bedingungslosen Kampf" angekündigt, das Verbot von „Mischehen" gefordert; hatte verlangt, **„die Einwanderung weiterer Gastarbeiter abzustoppen; die hier lebenden ..." abzuschieben** und hatte verschärften „Rassenkampf" vorhergesagt.

Sein Aufsatz in der „Neuen Anthropologie" bzw. in „Nation Europa" wiederholt Wort für Wort diese Rassenhetze. So „begründet" er die Nützlichkeit und „Lebensrichtigkeit" von(und jetzt wörtlich) **Rassentrennung, rassistischen Vorurteilen, Rassendiskriminierung, Fremdenhaß.**

Sein aktueller Hinweis: *„Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, unseren Lebensraum zu behaupten und nicht durch Gebietsabtretungen und Verzichte zuverkleinern, den Zusammenhang als Volk zu bewahren und die Rassenmischung zu verhindern. ... Wir sollten uns nicht scheuen, auf diesem Gebiet Kassandra zu sein, wenngleich dies sicher nicht populär ist – aus Verantwortung vor den Lebendigen."*

Bis hin zum taktisch-aktuellen Argumentationsmuster (z.B. Hinweis auf die NRW-Meinungsumfrage) ist also von dem Gespann „Gesellschaft für biologische Anthropologie"/„Nation Europa" die Aktion der folgenden Monate „vorgedacht" worden.

Die Aktion läuft an

Der Kassandra-Warnruf der Rasse-Vordenker wurde, wen wundert's, alsbald gehört: Die NPD/JN-eigene Produktion lief an (Dröses programmatische Statements in „profil" 10/79; die Broschüren „Chicago droht" und „Völkerchaos in Deutschland", seit Anfang 1980 vertrieben) und organisatorische Schritte wurden eingeleitet (Anti-Ausländer-Entschließung beim NPD-Bundesparteitag in Ketsch, Ende 1979). Ab Februar 1980 operiert die **„Bürgerinitiative Ausländerstopp"** in Bochum. Als deren überregionales Sprachrohr – abgesehen von der NPD-Presse – wurde wiederum unverzüglich „Nation Europa" eingesetzt. Sie verbreitete den Aufruf der BI sowie einen Bericht über den Stand der Aktion (NE 5/80).

(Siehe zu den Einzelheiten der BI: AK 178, S.18/19)

Das wohlwollende Auge der „Gesellschaft" ruht natürlich auch auf dieser Entwicklung; so meldet die „Neue Anthropologie" (1/80) feinsinnig über die „BI Ausländerstopp", daß „inzwischen die NPD beigetreten ist".

Freys „National-Zeitung", um das zu ergänzen, steht selbstverständlich nicht abseits, warnt vor der „Überfremdung Deutschlands" und schreibt: *„Was wir benötigen, ist zunächst ein Ausländer-Stopp"*. Natürlich fehlt auch hier nicht der Hinweis auf die NRW-Umfrage („National-Zeitung" und „Deutscher Anzeiger", 18.7.80). Freys wortwörtliches Mitziehen mit der Nazi-Rassismus-Aktion ist um so verständlicher, als auch er „seinen Mann", nämlich den stell-

tion ist um so verständlicher, als auch

er „seinen Mann", nämlich den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der „Deutschen Volksunion", Dr. Bernhard Steidle, im „Wissenschaftlichen Beirat" der „Gesellschaft" sitzen hat!

Neuer Rassismus – Neuer Biologismus

Der rassistische Kern des neufaschistischen Lagers kann die anlaufende Aktion zweifellos als Durchbruch betrachten; das Zusammenspiel der bislang eher aus dem Hintergrund operierenden „Gesellschaft" mit dem Kreis um die „seriös"-faschistische „Nation Europa" zeigt, welches Gewicht der Rassenpropaganda derzeit bei den Manövern des Rechtsextremismus zukommt.

Dennoch bleibt der Makel des Neonazismus. Der rechtsextremistische Rassismus sucht deshalb die Verbindung zu rassistischen Bemühungen auf anderen Ebenen, von anderen Kräften, die weitaus erfolgreichere Dimensionen versprechen.

- Dies sind vor allem verschiedene Varianten eines **Neuen Biologismus** (dazu gehören der sogenannte „Jensenismus", der „Ethnopluralismus" etc.), wie er gegenwärtig zielstrebig als Bestandteil der konservativen „Tendenzwende" salonfähig gemacht werden soll.
- Anknüpfend an den Neuen Biologismus läuft außerdem zur Zeit in der interlektuellen Öffentlichkeit – wie ein Blick auf die Verlagsprogramme oder Meinungsmacher-Journale wie „Die Zeit" zeigt – eine **biologistisch-rassistische Renaissance** an, die in Teilen der links-alternativen Szene offene Ohren finden dürfte.

(Siehe dazu „Raus aus der Krise der Linken! – Aber wohin?", AK 175). Diese Aspekte werden demnächst im AK behandelt.

Antifa-Kommission KB/Gruppe HH



Mehr oder weniger wissenschaftlich aufgemachte Rassismus-Propaganda



1 Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung und Mißachtung seitens der BRD - Staatsorgane von 1945 - 1977

Drei Jahrzehnte nach 1945 ist in der BRD von den damals gemachten Ansätzen zur Bekämpfung des deutschen Militarismus und Nazismus kaum noch etwas vorhanden. Stattdessen sind die von den Alliierten 1945/46 erlassenen Vorschriften in den Westzonen und später in der BRD sehr schnell abgeschwächt, zurückgenommen und in ihr Gegenteil verdreht worden.

In dieser Dokumentation wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung" von Nazi - Verbrechern exemplarisch aufgezeigt.

184 Seiten, Buchformat DM 10,–
ISBN: 3-88305-001-6

3 „NSDAP"– Propagandisten unter der Lupe

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionen um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich"; dabei sind sie keine isolierten „Spinner", sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.

Die Entwicklung der Umtriebe dieser Nazi-Bande, ihre Tolerierung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen, Regierungsstellen, Gerichte und Polizei, wird in dieser Dokumentation detailliert und umfassend dargestellt.

208 Seiten, Buchformat DM 13,50
ISBN: 3-88305-003-1

4 „Jeder kann der nächste sein" Erste umfassende Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimation.

Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei –u.a. durch den Todesschuß – ums Leben gekommen. Ist das die neuerdings propagierte „Bürgernähe" der „Ordnungskräfte"?

Wir haben 140 Fälle dokumentiert und untersucht, inklusive der gesetzlichen Grundlagen. Und wir müssen erste Fälle beschreiben, wo Kritik am Todesschuß diffamiert und sogar unterdrückt wird.

Erscheint im November 1978
ISBN 3-88305-004-0

ISBN 3-88305-004-0

5 Nach Schleyer: „Sonderkomandos" in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

In der BRD kam während der Fahndung nach den Schleyer-Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 von der SPD/FDP-Koalition als „Reformprogramm Innere Sicherheit" planmäßig aufgebaut wurde: Der Krisenstab, den es dem Gesetz nach gar nicht geben darf, setzte – unter Berufung auf die Notlage – für zwei Monate die Demokratie außer Kraft. Die parlamentarische, juristische und öffentliche Kontrolle waren für diese Zeit ausgeschaltet. Die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei wurde im Krisenstab definitiv angeordnet. Das Bundeskriminalamt wurde über Nacht zur Einsatzzentrale der gesamten Polizei – Polizei war nicht mehr Ländersache. Das Bundeskriminalamt setzte in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt und dem Deutschen Presserat die Pressefreiheit faktisch außer Kraft und instrumentalisierte im Anschluß daran sämtliche Medien zur Fahndung. Polizeiliche Sonderkommandos, per se geheim und unkontrollierbar, standen an der Spitze der Fahndung. Knapp zwei Monate lang herrschte in der BRD der „freiwillige Notstand" – ohne daß der Notstand entsprechend dem Grundgesetz ausgerufen worden wäre. In der Folge der Entführung gab es eine wahre Schwemme von Gesetzentwürfen, sogenannten „Anti-Terror-Paketen", mit deren Durchführung der „Notstand" alltäglich zu werden droht.

Der Vergleich mit der Struktur und Arbeitsweise des im Reichssicherheitshauptamt zentralisierten Terrorapparates des Faschismus zeigt einerseits, nach welchem Vorbild diese Aufrüstung vonstatten geht, zeigt andererseits, was die westdeutsche Bevölkerung in Zukunft noch erwarten kann ...

Diese Analyse des Polizeiapparates stützt sich auf umfangreiche Dokumente.

240 Seiten, Buchformat DM 14,–
ISBN: 3-88305-005-9

zu beziehen über: buntbuch-verlag, Lerchenstr.75, 2 HH 50

Faschistoides aus der Feder des Bremer Polizeipräsidenten

Der 6. Mai im Bremer Weserstadion gibt weiterhin die Kulisse für massive Versuche ab, den Polizeistaat zu verwirklichen. Während über eine Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen und Wasserkanonen gegen Demonstranten diskutiert wird, und diese Waffen inzwischen getestet werden, ist jetzt ein „Strategiepapier" des Bremer Polizeipräsidenten Diekmann an die Öffentlichkeit gelangt, in dem zu einem Rundumschlag gegen den „schlappen Staat" und die jahrelange „Nachgiebigkeit" gegenüber „Rechtsbrechern" und „Kriminellen" ausgeholt wird.
Bisher war es in erster Linie das (Wahlkmapf-)Geschäft der CSU/CDU gewesen, die Proteste gegen Kriegsvorbereitung und NATO als Ergebnis der SPD-Politik anzugreifen. Mit Diekmann hat sie prominente Schützenhilfe aus der Bremer SPD selbst bekommen.

Wer das Papier des Polizeipräsidenten liest, kann tiefes Mitleid mit der Polizei bekommen (siehe „Weser-Kurier", 16.7.): Das schlechte Image der Ordnungshüter habe das *„Gruppengefühl der Polizisten reduziert"*; *„tiefe Verunsicherung"* und *„das Gefühl der Orientierungslosigkeit"* habe sich ausgebreitet, *„weil jede Richtungsweisung fehlt"*. Die Gesamtleistung der Polizei werde *„etwa von fünf Prozent der Beamtenschaft entscheidend geprägt ..., wobei 80 Prozent ... durchschnittlich engagiert ist, und man von etwa 15 Prozent Null-Arbeitern ausgeht"*.

Die Ursache: Heute rufe jeder hergelaufene Bürger *„nach mehr Rechten"*, und dahinter stehe *„immer weniger ein Besinnen auf die der gegenwärtigen Rechtsstaatlichkeit zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen"*. Ja, *„Rechtsstaatlichkeit wird empfun-*



BKA-Rasterfahndungsprogramm „Masken"

den als Freiheit vom Staat", der Bürger bekomme direkt *„das Gefühl der Allmacht"* gegenüber der Verwaltung. *„Die Folge ist eine zunehmende Respektlosigkeit und damit ein Autoritätsverlust der Politiker"* — und der Polizei.

Der über solche paradiesischen Zustände in Bremen ungläubig verwunderte Leser erfährt auch die Hintergründe für die Klage:

— Da sind einmal die Demonstrationen wie am 6. Mai, bei denen sich, ohne vorher Bescheid zu sagen, nicht alle den *„polizeilichen Maßnahmen"* ohne Widerstand beugten. Damit wird die Versammlungsfreiheit *„offenkundig mißbraucht"*.

— Da ist die Bremer Universität, für Diekmann ein *„Naturschutzpark für mindestens Verbalradikalismus"*. Gerade die aber ist angeblich zu großen Teilen für die *„Tätigkeit des Verfassungsschutzes"* tabu.

— Da ist (noch) die Tatsache, daß Bremen Asylbewerber aufnimmt, obwohl *„bei den Asylbewerbern eine bis zu 600 %ige Steigerung krimineller Aktivität gegenüber den Normaldeutschen* (!!!) *feststellbar ist"*, und diese *„latente kriminelle Energie"* die *„eigene nationale Existenz"* gefährdet. (Diese Äußerungen decken sich inhaltlich haarklein mit entsprechender Ausländerhetze der Faschisten.)

— Da ist die *„Modeerscheinung, Straßenfeste abzuhalten ..., auch dann, wenn es praktisch gar keine Gründe für ein Straßenfest gibt, wie das Beispiel in der Buchtstraße am 1. Mai beweist"*. (Zum Verständnis: Weil die Polizei einen vorher ordnungsgemäß angemeldeten Parkplatz nicht von Autos räumen ließ, feierte die Naturfreundejugend notgedrungen vor ihrem Haus auf der Straße; die Polizei veranstaltete aus „verkehrstechnischen Gründen" eine Prügelorgie unter den Festbesuchern. Jetzt — nach Diekmanns Papier — kann als sicher angenommen werden, daß die Polizei auch deswegen knüppelte, weil am 1. Mai doch gar „kein Anlaß zum Feiern" bestand!)

Bei den Straßenfesten beklagt Diekmann noch, daß *„selbstgemixte Getränke, selbstzubereitete Lebensmittel"* verkauft werden und sich kein Mensch darum kümmere, *„ob es Kolibakterienausscheider gibt unter den Leuten, die selbstgebackenen Kuchen verkaufen"*.

— Da sind die Bürgerinitiativen zur Verkehrsberuhigung von Wohnstraßen, die „unerlaubt" Blumenkübel o. ä. auf die Fahrbahn stellen ...

— und das auch noch mit Unterstützung der Ortsämter, obwohl *„sich der Bürger seine eigene Rechtsordnung* [schafft] *und damit den Boden des Gesetzes* [verläßt]*"*.

— Und da sind schließlich diejenigen, die *„widerrechtliche, wenn nicht sogar strafbewährte Nutzung fremden Eigentums"* betreiben: die Haus- und Parkanlagenbesetzer. Sie werden laut Diekmann nicht kurzerhand verhaftet, sondern mit ihnen werden *„sozusagen offiziöse oder sogar offizielle Verhandlungen aufgenommen ... In Einzelfällen ist es zu regelrechten Duldungsverträgen gekommen"*, wie am Beispiel der Botschaft der Freien Republik Wendland aufgezeigt wird, die tatsächlich einen einjährigen Nutzungsvertrag für ein städtisches Rasenstück von der Stadt bekommen hatte.

Alles in allem — so das Resümee — kann die Polizei *„ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen"*, weil die Bremer SPD-Regierung *„den Rechtsbrecher hoffähig macht"*, weil *„aus Gründen des taktischen Kalküls darauf verzichtet* [wird], *den Rechtsstaat durchzusetzen ..., um sozusagen auf der Welle der Gruppenempfindungen Sympathiepunkte für sich selbst oder für die vertretene politische Partei zu erhalten"*.

Um diesem Zustand abzuhelfen, fordert Diekmann in erster Linie eine stramme Rechtswendung in der Politik des Bremer Senats. Oder, vornehmer ausgedrückt: Zu fragen sei, *„ob Prioritäten in der gesamten Politik des Senats nicht anders als bisher gewertet werden müssen"*.

Zusätzlich verlangt er die Aufstokkung des Personals und bessere Ausrüstung, denn *„dem Bereich ,innere Sicherheit'* [muß] *heute mindestens die gleiche Aufmerksamkeit zuteil werden, wie dem Bereich der äußeren Sicherheit"*. Das müßte heißen: Die Polizei soll endlich bundeswehrmäßig ausgerüstet werden, um den inneren Feinden genauso wirksam wie den Russen beikommen zu können.

Garniert ist das Papier noch mit einer speziellen Drohung an linke Sozialdemokraten: Diekmann schreibt, bei soviel *„schlappem Staat"* gebe es *„auch bei uns* (der Polizei, Anm. AK) *Tendenzen, die eine ... Rechtswendung der Polizisten signalisieren"*. Damit meint er mit Sicherheit auch sich selber.

Was steckt dahinter

Jeder halbwegs demokratisch denkende Mensch in Bremen weiß, daß von Schwäche oder gar Untätigkeit der Polizei leider nicht gesprochen werden kann. Ebensowenig ziert sich der Senat und seine Verwaltung, wenn es darum geht, fortschrittliche Initiativen und Aktionen zu unterbinden oder zu behindern. Was die „Schwäche" der Polizei betrifft, so können zuletzt die zahlreichen, von eben dieser Polizei verletzten Demonstranten des 6. Mai Genaues berichten. Am 17.7. fand eine Pressekonferenz zahlreicher Demonstranten statt, die in brutalster Weise von Polizisten ohne erkennbare Gründe zusammengeschlagen worden waren. Sie haben jetzt außer Strafanzeige auch eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Polizeipräsidenten gestellt, denn, so eine Verletzte: *„Ich hatte bei dem Vorgehen nicht den Eindruck, als ob da einige Polizisten einfach ,durchgedreht' sind ... Vielmehr kam es mir so vor, als wären die Angriffe eine gezielte Aktion gewesen"* („Bremer Nachrichten", 18.7.).

Wenn wider besseren Wissens die höchsten Polizeibeamten ein solches „Strategiepapier" verfassen, dann muß dahinter eine klare politische Absicht stecken. Diekmann gehört der SPD an. Die SPD steht aber seit dem 6. Mai unter schwerem Beschuß der CDU, weil der Protest gegen die öffentliche Vereidigung bis weit in ihre Reihen gegangen war, sie also als „Sicherheitsrisiko" eingestuft werden müsse. In den Untersuchungsausschüssen in Bremen und Bonn hat die SPD versucht, mit einer Art Doppelstrategie ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen: einerseits kompromißloses Bekenntnis zur NATO und Kriegsvorbereitung der BRD, andererseits die notdürftige Wahrung des demokratischen Scheins, also die Verteidigung des Rechts, eigene Gedanken zu solchen Militärparaden zu haben. Der Grund dafür liegt wohl in der Angst, gerade vor der Wahl die Linken in der SPD und um sie herum nicht allzu forsch vor den Kopf stoßen zu wollen.

Hinter verschlossenen Türen betreibt aber die SPD selbstverständlich verstärkt reaktionäre Politik. Das beweisen die geplanten Gummigeschosse und Wasserkanonen ebenso wie die künftig erweiterte Spitzelkompetenz der Geheimdienste.

Das Papier der Polizeiführung ist offenbar der Versuch, eben dieser law-and-order-Politik noch mehr Dampf zu machen. Dem entspricht auch sein Zustandekommen: Das Papier gibt einen Vortrag wieder, den der Polizeipräsident am 4. Juli vor den SPD-Deputierten des Innenressorts gehalten hat. Seine Veröffentlichung liegt sicher nicht im Interesse der SPD-Doppelstrategen.

Entlassen wird Diekmann aber trotz seiner faschistoiden Gedankengänge keineswegs. Zwar kritisiert die SPD das Papier als *„Dokument des 19. Jahrhunderts"* und als Beweis für ein *„längst überwundenes, obrigkeitsstaatliches Bewußtsein"*, aber auf der anderen Seite müsse man *„noch über etliche Details des Diekmann-Papiers reden"* („Weser-Kurier", 21.7.).

Sehr zu begrüßen ist dagegen eine Initiative des „Kulturplatz", der „Gruppe schreibender Frauen" und des „Verbandes Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier" auf Entlassung Diekmanns aus dem Dienst, *„weil der Polizeipräsident nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die FDGO einzutreten"* ...

KB/Gruppe Bremen

Polizeistratege Stümper will »Weltfriedenspolitik«

In der Juni-Ausgabe der Polizeifachzeitschrift „Kriminalistik" steckt der baden-württembergische Landespolizeipräsident Alfred Stümper wieder einmal seine Ziele ab. Stümper gilt als Mitbegründer der „Mobilen Einsatzkommandos" (MEK), er empfahl dem Bonner Krisenstab während der Schleyer-Entführung u.a. die Liquidierung der Stammheimer Häftlinge und fordert seit geraumer Zeit die Errichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit" am Bundesinnenministerium.

Sein aktuelles Thema ist *„eine nicht nur ressortübergreifende, sondern die gesamten menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse einbeziehenden Kriminalstrategie."* Stümper formuliert in diesem Aufsatz Gedanken, die stark an das berüchtigte Bild Horst Herolds von einer Polizei als ,gesellschaftssanitärer Einrichtung' erinnern. So versteht Stümper unter ,Sicherheit' das Zusammenwirken mehrerer Faktoren:

„ – *innere Sicherheit*
– *äußere Sicherheit*
– *psychologische Sicherheit*
– *soziale Sicherheit*
– *wirtschaftliche und speziell energiepolitische Sicherheit*
– *gesamtpolitische Sicherheit."*

Gezielte Vorbeugungsmaßnahmen müßten deshalb auch über den rein polizeilichen Bereich hinausgehen. Sie umfassen *„oft auch außerpolizeiliche Tätigkeiten im Bereich des Gesundheits- und Sozialressorts, des Schulressorts, des Wirtschafts- und Finanzressorts usw."* Dafür müsse die Polizei zunehmend ressortübergreifend initiativ werden oder andere Ressorts in ihren Aktivitäten unterstützen. Am liebsten sind Stümper allgemein *„ordentliche und gesunde Verhältnisse"*: *„So wird es für mich beispielsweise zunehmend deutlich, daß die allgemeine Sicherheitslage ganz entscheidend von einer gesunden Familienpolitik abhängt."*

Der Aufsatz endet mit der fiktiven Errichtung mehrerer *„Fronten"* (Originalton Stümper), an denen für die Sicherheit gekämpft werden müßte: Angriffe könnten ja von der finanziellen, wirtschaftlichen speziell energiepolitischen Seite ebenso kommen, wie im Bereich des sozialen Friedens, der allgemeinen Sozialpolitik, im psychologischen Bereich, im Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung, im Sicherheitsgefühl usw. Und weiter Stümper Originalton: *„Auch insoweit erscheint es mir erforderlich, permanent ein Weltlagebild mit möglichen Auswirkungen und möglichen Gegenmaßnahmen zu erstellen, um daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können. Vielleicht ergäbe eine solche Einrichtung sogar einmal die Möglichkeit, eine praktische Friedensforschung einzuleiten, der man sogar echte Verwirklichungschancen zutrauen könnte."* Für diese Art „Frieden" – vielen Dank! Das werden wir hoffentlich zu verhindern wissen.

(Nachzulesen in „Kriminalistik" 6/80, S. 242).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Das ungewöhnliche Buch:

»Lieber stören als hören!«

Hamburgs Buchmarkt hat eine Sensation; Hamburgs Staatsschutz seine Blamage und seinen Schaden; Hamburgs Linke hat ihre klammheimliche Freude und sehr viel nützliche Informationen: herausgegeben „von ganz tollen Leuten", die „leider anonym bleiben (mußten)" (Originalton) erschien kürzlich auf Hamburgs Straßen eine 126 Seiten starke Dokumentation mit dem Titel: „Die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel Hamburg."

In der Dokumentation werden aufgrund zweijähriger - verbotener, versteht sich - Analyse des mitgehörten Funkverkehrs von politischer Polizei und Verfassungsschutz die Struktur, Arbeitsweise, technische Ausrüstung, personelle Zusammensetzung usw. der politischen Polizei, des VS bis ins Einzelne enttarnt - bis hin zu einer Dokumentation darüber, welche Personen/Gruppen im Lauf der letzten zwei Jahre Objekt von „Observationen" wurden. Darüber hinaus enthält die Dokumentation einige exemplarische Beschreibungen alltäglicher ,Observationsarbeit', an denen auch skeptischen Leuten klar werden muß, wie die Staatsschutzorgane mit kriminellen Methoden den Alltag der BRD-Demokratie unterhöhlen: die politische Polizei ,observiert' - entgegen gesetzlichen Bestimmungen - wie der VS, der VS seinerseits bedient sich ebenso ungesetzlich polizeilicher Befugnisse.



Über die Enttarnung hinaus will die Dokumentation auch Mittel an die Hand geben, sich gegen die Schnüffel-Praktiken des Staatsschutzes konkret zu wehren: *„Uns ist bewußt, daß durch die Veröffentlichung dieser Informationen der Schnüffelapparat nur einige Monate irritiert ist. Das Funk-Hören wird evtl. erschwert, aber wir finden das* [aktive] *Stören viel effektiver als das Funk-Hören, bei dem wir immer nur die Reagierenden sind. Ihre Kanäle sind bekannt und wenn sie ausweichen, folgen wir ihnen. Ein Netz von ca. 20 kleinen Störsendern auf den Observationskanälen verhindert einen großen Teil ihrer Schnüffelarbeit. OHNE FUNK KEINE OBSERVATIONEN!!!"*

In diesem Sinne enthält die Dokumentation eine Fülle technischer Daten und Ratschläge - nicht minder qualifiziert als die bereits vorliegenden „Erkenntnisse" über die Bullenarbeit der letzten zwei Jahre.

Die Dokumentation hat in den Medien bereits ein erfreuliches Echo gefunden: allen voran brachte der freie Sender „Radio Klabautermann" schon vor Erscheinen des Büchleins eine Vorabsendung - bemerkenswerterweise nach Vorankündigung pünktlich auf die Minute auf dem öffentlichen Rundfunknetz, ohne von unseren sauberen Staatsschnüfflern ausgepeilt worden zu sein! Am 17.7. erschien der Text der Sendung daraufhin in der ,taz'; ein Auszug aus der Dokumentation erschien in der ,taz' vom 22.7. Nach Kommentaren in der Hamburger Lokalpresse sorgte vor allem der „Spiegel" (30/1980) mit einer zweieinhalbseitigen Buchbesprechung für die gehörige Publizität - in der auch der blamierte Hamburger Staatsschutz erstmals in der Sache zu Wort kam. Staatsrat Jürgen Frenzel, in Vertretung von Innensenator Staak, wird zitiert. Er bewertete den Erfolg des Büchleins als „schwerwiegend" und meinte: „Wir haben einiges umstellen müssen." Ein „Hamburger Spitzenbeamter" soll „gequält" gesagt haben: „Da waren Profis am Werk."

Nun ja, den Eindruck haben wir auch. Unser Tip: sehr lesenswert, eine Lektüre, die Spaß macht und anregt.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni

Laßt die Genossen raus!



Die Urteile gegen die 6 Genossen im 2.- Juni-Prozeß werden nun doch erst nach der Sommerpause – voraussichtlich im September – gesprochen.
Damit hat die Linke die Chance, die jetzt angelaufenen öffentlichen Proteste gegen diesen Unrechtsprozeß und ihre Forderung nach Freilassung der Angeklagten entscheidend zu verstärken.
Nutzen wir Fritz Teufels A- und B- libi, um die terroristischen und kriminellen Methoden der Justiz in diesem Verfahren und anderen „Terroristenprozessen" deutlich zu machen. Durchbrechen wir die Mauer der Entsolidarisierung!
Wenn im folgenden die juristische Haltlosigkeit der gesamten Anklage in diesem 2.- Juni-Prozeß noch einmal dargelegt wird, darf das nicht heißen, daß unsere Solidarität mit den Gefangenen von der „Unschuldsvermutung" oder gar einem A- bzw. B- libi abhängig ist. Nach wie vor lautet unsere Forderung „Freiheit für alle politischen Gefangenen". In diesem Sinn muß mit dem Kampf um die Freilassung von Fritz Teufel und selbstverständlich auch der anderen fünf angeklagten Genossen ein Anfang gemacht werden (dieses sei auch durchaus selbstkritisch zum ‚Fritz-Teufel-Artikel' im AK 181 angemerkt).

Mitgliedschaft und Unterstützung der „kriminellen Vereinigung" 2.- Juni.

Noch bevor der Lorenz-Drenckmann-Prozeß im Sommer 78 überhaupt angefangen hatte, waren die sechs Angeklagten bereits verurteilt: im Prozeß gegen Christina Dömeland und Waltraud Siepert wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" hatte das Gericht schon „festgestellt" daß es sich bei der „Bewegung 2. Juni" um eine „kriminelle Vereinigung" handele (eine „terroristische Vereinigung" gab es damals im Strafgesetzbuch noch nicht). „Festgestellt" wurde auch, daß Fritz Teufel „zweifelsfrei" zu den Mitgliedern dieser „Vereinigung" gehöre. Im Prozeß gegen Eberhard Dreher wurde auch Andreas Vogel so nebenbei zum Mitglied der „Bewegung 2. Juni" erklärt. Damit war aus der Vorverurteilung durch die Medien nun auch eine juristische geworden.

Mit dem selbständigen Straftatbestand der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" ist aber nicht nur die Möglichkeit geschaffen, ohne

stand der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" ist aber nicht nur die Möglichkeit geschaffen, ohne

konkrete Beweise Menschen aus dem „Dunstkreis" des „Terrorismus" für Jahre in den Knast zu stecken: Wer einmal einer „kriminellen/terroristischen Vereinigung" zugerechnet worden ist, der wird bei vagesten Indizien und mit verrücktesten Konstruktionen auch für alle Taten verantwortlich gemacht, die dieser „Vereinigung" vorgeworfen werden. Diese Praktiken bemängelt sogar die bürgerliche Berichterstattung: *„In Prozessen gegen vermeintliche oder wirkliche Terroristen wird einseitig belastend ermittelt, gilt statt der rechtsstaatlichen Unschulds- die verbotene Schuldvermutung, wird Täterschaft mehr unterstellt als nachgewiesen... Die simple Methode mitgefangen, mitgehangen hat sich in politischen Strafverfahren zunehmend breitgemacht– wer einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung zuzurechnen ist, muß für die Taten aller Gruppenmitglieder einstehen"* („Spiegel", 2.6. 80). Und der „Stern" (30/80): *„Im ‚2. Juni'-Prozeß scheint sich eine Methode der Beweislastvereinfachung endgültig durchzusetzen: Jeder Angeklagte der nachweislich zu der Gruppe gehört, muß sich alle Haupttaten der Bewegung zurechnen lassen. Einzige Voraussetzung: irgendein Indiz für die persönliche Beteiligung, mag es auch noch so schwach sein".*

Diese „simple Methode" ist durch Fritz Teufels Alibi und B- libi überdeutlich geworden, sie gilt aber für die gesamte Anklage. Äußerst vorsichtig formuliert hieß es zum Teufel-Alibi denn auch in der „Zeit" (6.6.): *„In der Tat gerät jetzt, nach Abschluß der Beweisaufnahme, durch sein Alibi nicht nur die Anklage gegen ihn, sondern auch gegen seine Mitangeklagten Andreas Vogel, Till Meyer, Roland Fritzsch und Gerald Klöpper ins Wanken".*

Es ist schlimm genug, daß es erst eines Alibis bedurfte, um die gesamte Anklage „ins Wanken" zu bringen. Denn wie ein roter Faden zieht sich durch Version der Bundesanwaltschaft die Devise: Einer von Euch muß es doch gewesen sein! Sie behauptete in ihrem Plädoyer: Es gebe „ – so Erklärungen der Guerilla – keine Führer, sondern es würden alle Aktionen in gleichberechtigter Partnerschaft gemacht. So werde das jedenfalls bei der Bewegung 2. Juni gehandhabt. Die Bewegung setze einen Konsens aller Kämpfer über die Politik voraus. Jeder Kämpfer übernehme die ‚politische Verantwortung'. Deswegen sei jedem der Angeklagten zumindest ‚p s y c h i s c h e B e i h i l f e' (Hervorhebung AK) vorzuwerfen" (Prozeßdepesche Nr. 18/13.6.80).

Frau/man vergleiche, welche „Schwierigkeiten" die bundesdeutsche Justiz hat, alte KZ-Schergen einzusperren, weil angeblich der „Einzelnachweis" für Folter und Mord nicht geführt werden kann.

Wie Zeugenaussagen zustande kommen

Frau von Drenckmann will Ralf Reinders nach ihrer Aussage im Prozeß als „Blumenboten" bei dem Attentat auf ihren Mann erkannt haben.
Ihre erste Identifizierung erfolgte in Form einer (bislang immer noch) unzulässigen Einzelgegenüberstellung.

Unmittelbar nach dem Attentat jedoch beschrieb sie den „Blumenboten" so:
– schmales Gesicht
– schlanke Finger und Hände
– gepflegtes Hochdeutsch
Ralf Reinders jedoch hat ein „Mondgesicht" (sorry, Ralf), seine Hände sind eher Pranken (so mancher Knastbulle kann davon ein Lied singen). Und als West-Berliner Proletatier spricht Ralf auch schönsten Berliner Dialekt.

bulle kann davon ein Lied singen). Und als West-Berliner Proletatier spricht Ralf auch schönsten Berliner Dialekt.


Das Phantombild


Ralf Reinders

Die nach Angaben von Frau von Drenckmann angefertigte „Phantomzeichnung" ist zwar einem Phantom, nicht jedoch Ralf ähnlich! Und wem das noch nicht genügt: *„Im Abstand von zwei, zehn und vierzehn Tagen nach der Tat sind ihr* (Frau v. Drenckmann, AK) *Lichtbildmappen vorgelegt worden. Als wichtigste ist die erste, mit dem kürzesten Abstand zur Tat, also zwei Tage nach der Tat zu nennen. Hier will Frau von Drenckmann in Bommi Baumann unter fast 40 Personen den Tätertyp erkannt haben, der dem Blumenboten am meisten ähnelt. Unter diesen Personen war auch Ralf Reinders, zu denen sie jedoch nichts sagen konnte"* (TAZ, 17.7.80).

Auch als ihr Hendrik Reinders gegenübergestellt wird, der seinem Bruder sehr ähnlich sieht, ist vom Blumenboten nicht die Rede.

Nicht daß Frau v. Drenckmann bewußtes Lügen unterstellt werden soll, aber welche Verwertbarkeit hat ihre Prozeßaussage? Wo sie doch zwischendurch auch noch (bei einer ausnahmsweise korrekten Gegenüberstellung) einen Polizeibeamten zum Blumenboten „gekürt" hatte.

Wir erinnern: auch die Witwe Pontos wollte Nora Poensgen mit Sicherheit erkannt haben.

Die „Säule" jedes „Terroristenprozesses": ein Kronzeuge

Hochstein heißt er, ist nachweislich chronischer Alkoholiker und von Zeugen und Gutachtern als Hochstapler gekennzeichnet. Daß Hochstein zum Zeitpunkt des Attentats auf Drenckmann überhaupt in Berlin war, „bezeugte" der seinerzeit im Schmückerverfahren ermittelnde Staatsanwalt Prsytarski. Er weiß es von Götz Tilgner, seinerzeit Kronzeuge im Schmückerverfahren und höchstwahrscheinlich auch VS-Agent, gerade rechtzeitig verstorben, um eine von ihm angekündigte Aussage zur Verwicklung des VS in diesen Fall nicht mehr machen zu können.

Ansonsten hat Kronzeuge Hochstein keine Ahnung, dafür aber einen missionarischen Auftrag: *„Er habe seine Aussagen auch deshalb gemach:, weil sie es ermöglichen, diese in seinen Augen falsche Politik des bewaffneten revolutionären Kampfes zu bekämpfen"* (Plädoyer der Verteidigung).

Das ist ja nun einmal die Herzensangelegenheit eines jeden Kronzeugen, weniger fällt dagegen ins Gewicht,
– daß Hochstein so um eine Verurteilung in einem Raubüberfall-Verfahren herumgekommen ist,

– daß Hochstein so um eine Verurteilung in einem Raubüberfall-Verfahren herumgekommen ist,

– das Ermittlungsverfahren in Sachen v. Drenckmann gegen ihn eingestellt wurde,
– eine von einem Hamburger Gericht gegen ihn verhängte Sicherheitsverwahrung (Prozeß u.a. wegen RAF-Mitgliedschaft) nicht durchgeführt wird.

Zur Sache hatte Hochstein Folgendes beizutragen:
Andreas Vogel hat ihm nach dem Attentat angeblich erzählt,
– daß er (Vogel) geschossen habe und zwar in die Decke
– Ralf Reinders ebenfalls geschossen habe, (was Hochstein in einer anderen Aussage zurücknimmt),
– daß Andreas der Blumenbote gewesen sei (was er nicht mehr aufrechterhält nach Frau v. Drenckmanns Aussage über Ralf Reinders),
– daß der Fluchtwagen ein Fiat 127 gewesen sei (was auch nicht mehr stimmt, nachdem andere Zeugen von einem Peugeot sprechen),
– daß er nicht an der Aktion teilgenommen habe, da er per Losentscheid rausgefallen sei (Version 1),
– daß er einfach auf der Straße stehengelassen worden sei (Version 2),
– daß Mord geplant gewesen sei (Version 1),
– daß lediglich Entführung geplant gewesen sei (Version 2),
– daß er an der Observierung eines anderen Richter-Hauses beteiligt gewesen sei (nur beschreibt der betreffende Richter sein Haus völlig anders als Hochstein).
Wahrhaft blendendes Beweismaterial, auf das sich die Bundesanwaltschaft stützt.

Wie sagte doch Fritz Teufel in seinem B- libi:*„Je nach Schuhgröße soll man beliebig in dieselbe geschoben werden"* .

Die „Rechts"staatlichkeit in diesem Verfahren

Dieses Verfahren wird nach einem speziell entwickelten „Sonderrecht" geführt, vergleichbar dem „Stammheimer Landrecht". Einen kleinen Ausschnitt dieses „Sonderrechts" wollen wir hier präsentieren:
Es gibt im bundesdeutschen Strafrecht den Grundsatz der Waffengleichheit zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Davon kann hier nicht im entferntsten die Rede sein:
– **Bereits im Vorfeld des Prozesses wurden 15 (in Worten fünfzehn) Anwälte von der Verteidigung ausgeschlossen.**
Anwälte aus Westdeutschland wurden gar nicht erst zugelassen. Andere (wie z.B. RA Spangenberg) wurden mit Strafverfahren überzogen. Mittlerweile hat jeder Verteidiger mindestens ein Ehrengerichtsverfahren. Die gezielte Verdächtigung und Hetze gegen „Terroristenanwälte" hat auch dazu geführt, daß einige Verteidiger ihr Mandat aufgaben. Das Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPo) wird in Westberlin derart extensiv ausgelegt, daß jeder Anwalt, der einmal in einem Verfahren Terroristenverfahren verteidigt hat, für alle Zeit aus solchen Verfahren ausgeschlossen bleibt (das betrifft in Westberlin mittlerweile ca. 80 Strafverteidiger),
– den Angeklagten wurde bis heute kein vollständiger Aktensatz zur Prozeßvorbereitung ausgehändigt,
– Gespräche zwischen Verteidigung und Angeklagten finden mit Trennscheibe statt, was bedeutet, daß jedes Blatt Papier an die Trennscheibe

und Angeklagten finden mit Trennscheibe statt, was bedeutet, daß jedes Blatt Papier an die Trennscheibe

gehalten werden muß, um von der Gegenseite glesen zu werden,
– zudem wird eine Verteidigung beinahe unmöglich gemacht, indem das Gericht kontrolliert und bestimmt, was Verteidigerpost ist.
Darüberhinaus haben die Anwälte den Verdacht geäußert, daß im Hochsicherheitstrakt die Gespräche mit ihren Mandanten abgehört werden (eine bereits aus dem Stammheimer Verfahren bekannt gewordene Praxis).
– Die Bundesanwälte (selbstverständlich versiert in „Terroristenprozessen") führen nur Akten in das Verfahren ein, die ihnen opportun erscheinen. Andere Akten und insbesondere entlastendes Beweismaterial wird zurückgehalten.
– Staatsschützer erhalten keine Aussagegenehmigung über von ihnen durchgeführte Observationen, andererseits werden die „Ergebnisse" eben dieser Observationen als Beweismaterial gewertet.
– Die Beweisanträge der Verteidigung werden in der Regel abschlägig beschieden, z.B. ein Antrag, das Drenckmann-Attentat an Ort und Stelle zu rekonstruieren, um nachzuweisen, daß die im Prozeß von der Bundesanwaltschaft gehandelten Tatabläufe nicht der Wahrheit entsprechen können.
– Noch einmal hingewiesen sei auf das Folterwochenende im Mai '77, an dem die Angeklagten ca. 140 Zeugen vorgeführt wurden (hinter einem ‚venezianischen' Spiegel, d.h. die Gefangenen konnten die Zeugen nicht sehen). Ihnen wurden zwangsweise die Haare und Bärte geschnitten, durch Knebelketten an den Handgelenken, Reißen in den Haaren, Tritte wurden die Gefangenen gezwungen, die Köpfe hochzunehmen, keine Grimassen zu schneiden, diese Art der Gegenüberstellung „ mitzumachen". Selbstverständlich war die Bundesanwaltschaft anwesend, ebenso selbstverständlich war die Verteidigung

Gegenüberstellung „ mitzumachen". Selbstverständlich war die Bundesanwaltschaft anwesend, ebenso selbstverständlich war die Verteidigung

nicht informiert. Bleibt noch nachzutragen, daß die Gefangenen erhebliche Verletzungen davontrügen und daß der Bundesgerichtshof diese Praktiken als „rechtsstaatlich" abgesegnet hat.

In einem Interview mit vier Angeklagten vom Nov.78, ursprünglich vom Stern gewünscht, dann aberdoch nicht abgedruckt, heißt es auf die Frage, wie für Andreas Vogel (der damals keinen Vertrauensanwalt mehr hatte) nun noch eine Verteidigung möglich sei:
„Mit ein bißchen gutem Willen ist alles möglich. Ein Raumflug ohne Rakete, eine juristische Verteidigung ohne Verteidiger. Die Gegenseite ist noch schlechter dran. Sie muß den Prozeß führen ohne Moral, ohne Menschlichkeit, ohne Verstand. "

Freiheit für Fritz Teufel, Ralf Reinders, Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Andreas Vogel und Till Meyer.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

»Und wie stehen Sie das durch?«

»Man muß«

Interview mit der Mutter von Angelika Goders und Ralf Reinders

Dieses von uns hier abgedruckte Interview mit der Mutter Angelika Goders und der Mutter von Ralf Reinders brachte der SFB am 3.7.80 in seiner Sendung „Zeitpunkte". Wir nahmen lediglich einige stilistische Korrekturen vor, ansonsten blieb das Interview in seiner ursprünglichen Form erhalten.

Westberliner Antirepressions–Kommission des KB

SFB: Die Interviewerin fragt zuerst Frau Dreissig, wie Sie und Ihre Tochter die Situation überhaupt aushielten.
Frau Dreissig (Mutter von Angelika Goder): Man wundert sich selbst, daß man das aushält, weil man immer im Herzen das Bild des Kindes hat, wie es einmal als junger Mensch war und wir haben versucht, ihr eine freiheitliche Erziehung zu ermöglichen. Daß unsere Tochter nun den Weg gegangen ist, der ihr diese bittere Erfahrung beschert, das hatten wir natürlich auf keinen Fall erwartet oder gehofft. Am schlimmsten ist die Begegnung, wenn man eine so kurze Besuchszeit hat und man kann so wenig miteinander sprechen, daß überhaupt ein persönlicher Kontakt nicht hergestellt werden kann.
SFB: Wir oft dürfen Sie Ihr Kind sehen im Monat und für wie lange?
Frau Dreissig: Ja, wir dürfen ja nur eine halbe Stunde Besuchszeit haben. Ich bin nicht jeden Monat drin. Es gibt zum Glück noch einige andere Leute, die sie besuchen. Und man muß vorher einen Antrag stellen beim Kammergericht und kriegt dann eine Genehmigung und dann muß man beim Staatsschutz anrufen, einen Termin ausmachen. Und dann muß man eben die ganzen Sperren durchlaufen, man wird erst beim Eingang der Haftanstalt durchsucht und abgepiept und dann durchs ganze Haus geführt, seit sie im Hochsicherheits–Trakt sind; und man kommt dann oben noch mal in so einen Raum, wo man noch mal abgesucht wird. Und dann ist es ja im Gegensatz zu früher jetzt ein sehr kleiner Besucherraum ohne Fenster, wo man nur einen Durchbruch in der Wand hat. In dem Raum, wo sie sich aufhält, da sind dann noch zwei Beamte der Anstalt und auf meiner Seite sind dann noch Leute vom Staatsschutz. So daß man also weiß, jedes Wort wird mit gehört, jedes Wort wird auf die Waagschale ge-

Fortsetzung von Seite 17

legt und dadurch ist natürlich der Kontakt ohnehin gehemmt.
SFB: Wissen Sie genau, unter welchen Bedingungen Ihre Tochter gefangengehalten wird?
Frau Dreissig: Ja, genau weiß ich das nicht. Ich weiß wohl, wie die Öffnungszeiten sind, daß sie nachmittags Umschluß haben und eben zusammen sein können. Weil der Aufenthaltsraum so unmenschlich ist durch seine Ausstattung und nur über künstliche Belüftung verfügt, halten sie sich wohl in irgendeiner Zelle auf. Aber sie darf ja gar nicht darüber sprechen. Manchmal schreibt sie auch, daß sie Kopfschmerzen hat und daß die Luftverhältnisse sehr schlecht sind und daß da eine Überprüfung stattfinden soll.
SFB: Warum darf sie nicht darüber sprechen?
Frau Dreissig: Ja, das soll eine Anstaltsanordnung sein.
SFB: Und wenn sie darüber sprechen würde, würde dann der Besuch abgebrochen werden? Sind da Fälle bekannt?
Frau Dreissig: Ja, ich habe das persönlich erlebt, daß gesagt wurde, sie darf nicht darüber sprechen, als sie mir irgendwas erzählen wollte. Die Schwierigkeit kommt dazu, daß durch die Isolationshaft bei den Gefangenen natürlich auch eine Verspannung entsteht, zu dem was draußen in der Welt stattfindet. Und das ist überhaupt das schlimmste, daß man die ganzen optischen Eindrücke weitgehendst abschottet und daß sie sozialen Kontakt eben nur unter sich haben können und dadurch, meiner Ansicht nach, für die Zukunft unwahrscheinlich geschädigt werden. Ganz davon abgesehen, daß in dem jetzigen Zustand natürlich auch die Gesundheit in Mitleidenschaft gezogen wird. Vor allen Dingen sind es die schlechten Luftverhältnisse, daß die Frauen viel über Kopfschmerzen klagen, meine Tochter besonders. Daß sie Konzentrationsschwäche hat; das sagt der Rechtsanwalt auch, daß sie dann auf einmal den Faden verliert bei dem Gedankengang, der nötig ist. Und klagen tut sie von sich aus eben grundsätzlich nicht.
SFB: Und warum nicht? Um Sie nicht zu belasten?
Frau Dreissig: Nein, das ist ihr in der halben Stunde die Sache nicht wert, hat sie gesagt. Wir wollen uns nicht unser Leiden erzählen.
SFB: Und wie ist das beim Ralf (Reinders)?
Frau Reinders: Ja, er hat auch unter Kopfschmerzen gelitten, Schlaflosigkeit; er konnte sich nicht mehr so konzentrieren wie früher. Man merkt das auch an den Briefen. Er hat auch da geklagt, daß es ihm nicht besonders gut geht nach der Verlegung in den Hochsicherheits–Trakt.
SFB: Wie ist das, wenn Sie Ihre Tochter sehen, können Sie auf sie zugehen, sich richtig umarmen und richtig mit ihr reden?
Frau Dreissig: Früher war das so, als sie noch nicht im Hochsicherheits–Trakt war, da hatten wir eine Geneh-
ihr reden?
Frau Dreissig: Früher war das so, als sie noch nicht im Hochsicherheits–Trakt war, da hatten wir eine Geneh-
migung, daß wir uns umarmen durften und jetzt seit neuestem ist ein Beschluß heraus, daß es verboten ist. Das heißt, es ist insofern verboten, als meine Tochter wenn wir das weitermachen, sich nachher total entkleiden muß, den Mund aufmachen zum Untersuchen. Das ist natürlich gegen alle Menschenwürde und es ist natürlich auch völlig witzlos, weil natürlich vier Beobachter da sind, daß man, was ich ja nie beabsichtigen würde, wirklich auch gar nichts machen könnte, wenn man ihr irgendwas zustecken wollte.
Ich sehe also in der Anordnung überhaupt keinen Sinn. Und man hat auch in dieser Öffnung den Tisch verbreitert, so daß es auch praktisch nicht mehr möglich ist, sich zu umarmen.
SFB: Sind die Besuche bei Ihrem Sohn ähnlich Frau Reinders?
Frau Reinders: Ich muß dazu sagen, ich bin noch nie im Hochsicherheits–Trakt gewesen, weil mein Sohn es nicht wünscht. Er ist der Meinung, diesen Strapazen soll ich mich nicht aussetzen, und daß er nicht hinter einer Glasscheibe von der eigenen Mutter wie ein Tier im Zoo betrachtet werden will. Und ich steh auf dem Standpunkt, daß ich wohl das Recht habe, mein Kind in den Arm zu nehmen, wenn ich ihn besuchen will. Ich lasse mich daher nach der Gerichtsverhandlung des öfteren bei ihm in der Anklagebank einschließen, und da kann ich ihn drücken und wir können uns unterhalten. Er fragt meistens nach der Familie, wie es uns geht, wie ich das durchstehe.
SFB: Und wie stehen Sie das durch?
Frau Reinders: Man muß.
SFB: Hat es Ihr Leben sehr verändert, die Arbeit, den Kontakt zu Verwandten und Freunden?
Frau Reinders: Nein, den Kontakt zu Verwandten und Freunden nicht und zu meinen Nachbarn auch nicht, denn sie kennen die Kinder von der Geburt an. Ich wohne da schon sehr lange Jahre. Es gibt natürlich auch sehr viel Arbeitskollegen, die zu mir halten, die mich anrufen. Ich war jetzt sehr lange krankgeschrieben. Die Kollegen haben mir dann gesagt, hör zu, wir halten zu dir.
SFB: Gab es von Seiten der Behörden und der Polizei Repressionen, weil Sie die Mutter von Ralf Reinders sind?
Frau Reinders: Ja, das empfinde ich besonders. Wenn ich ins Ausland fahre, dann erkundigt man sich bei der Arbeitsstelle, wo ich hinfahre, werde nicht aus den Augen verloren und es werden Erkundigungen eingezogen. Und auch früher, als man meinen Sohn noch gesucht hatte, wurden Hausdurchsuchungen gemacht mit mehreren Hundertschaften von Polizei mit Maschinenpistolen. Die ganze Siedlung wurde abgeriegelt auf dem Rasen haben sie gelegen, usw. Und daß sogar Kriminalbeamte mir gesagt haben, von der Familie Reinders könnten wir noch mehr verhaften lassen, das war als sie Hendrik verhaftet hatten. Aber da habe ich ihm geantwortet, das stinkt euch wohl zu sehr nach Sippenhaft und da hat der nur gegrinst und gelacht. Und daß so Bemerkungen mal fallengelassen werden, das war zur Gerichtsverhandlung das letzte Mal, da bin ich reingegangen. Und man muß natürlich dort unten auch sich filzen lassen, man muß die Arme spreizen, man wird hinter den Ohren abgetastet und unter den Haaren, ob man nicht was hätte. Und da hat ein anderer Beamter gehustet und daraufhin sagt ein anderer Beamter, du wirst doch wohl nicht etwa krank werden. Und
was hätte. Und da hat ein anderer Beamter gehustet und daraufhin sagt ein anderer Beamter, du wirst doch wohl nicht etwa krank werden. Und
er antwortet, bei so viel Dreck, wie wir hier haben und was hier kommt, wird es wohl nicht der Fall sein. Und weil es leider Gottes ohne Zeugen war, denn Polizisten werden ja wohl nicht bereit sein, für mich Zeugen zu sein, konnte ich leider nicht dagegen vorgehen, was ich natürlich normalerweise getan hätte. Und das empfinde ich eben als große Diskriminierung, denn ich bin seine Mutter und nicht Dreck.



»Ich kann beim besten Willen nichts bei ihm finden!«

Zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni"

Referat auf der Veranstaltung zum Lorenz-Drenckmann-Prozeß

Als ich aufgefordert wurde, was zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni" zu erzählen, erschien mir das nicht besonders schwierig - aber je mehr Papier ich dazu gelesen habe und je länger ich am Kugelschreiber gekaut hab, desto deutlicher ist mir geworden, daß es sowas wie eine „GESCHICHTSSCHREIBUNG" der Bewegung nicht gibt; es gibt allenfalls verstreute Kommandomeldungen einiger Gruppen über Aktionen - oder Artikel der bürgerlichen Presse. Außerdem ist die „Bewegung 2. Juni" nicht eine historische Phase oder sowas, kein endgültig abgeschlossener Prozess, sondern eine immer noch lebendige Bewegung, deren Spuren sich in allen Basisbewegungen finden: in der Frauenbewegung genau wie in der Anti-AKW-Bewegung, Basisbewegungen, die unabhängig voneinander , und unabhängig auch von ihren „Vorläufern", zu denselben Inhalten und Kampfformen gekommen sind wie der „2. Juni".



Keine Geschichtsschreibung also, das heißt: es gibt keine wechselnden Vorsitzenden, an deren Wahl oder Sturz sich Jahreszahlen festmachen lassen, es gibt keine verbindlichen Vorstandsbeschlüsse über die politische Linie, keine Säubeungswellen, keinen Kassenwart und niemand, der speziell für die Kalashnikoff-Ausgabe zuständig wäre, stattdessen läßt sich eine politische Linie über alle Jahre hinweg verfolgen, wenn wir uns die Aktionen der Bewegung ansehen: es sind fast immer Aktionen, die von der EIGENEN, DIREKTEN Betroffenheit ausgehen und sich als Widerstandsaktionen sozusagen „VON SELBST" vermitteln, weil sie nur d a s ausdrücken, was viele gern machen WÜRDEN, aber noch nicht tun.

Die Genossen sagen heute dazu, daß *„der Unterschied zwischen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann, und revolutionärem Kampf der ist, daß eine revolutionäre Aktion sowohl in Stoßrichtung als auch in der Art der Durchführung eindeutig ist, - gezielt gegen den Klassenfeind und seine Handlanger - und den Bullen keine billigen Argumente liefert."* Das ist kennzeichnend von Anfang an, daß sich die Aktionen nie gegen das Volk richten, daß sie aber auch nicht so einen „belehrenden Charakter" haben nach dem Motto: die Avantgarde zeigt der bewußtseinsverkrüppelten Masse mal, wo's politisch/militärisch längs geht - sondern daß hier Teile des Volkes angefangen haben, sich für i h r e Sache entschieden einzusetzen und dabei d i e Mittel einzusetzen, die s i e für richtig und erfolgversprechend hal-
fangen haben, sich für i h r e Sache entschieden einzusetzen und dabei d i e Mittel einzusetzen, die s i e für richtig und erfolgversprechend hal-
ten. Welche Mittel das sind, wird jeder selbst zu entscheiden haben. Das können die Schläge für die Kölner Verfassungsschützer sein, die sie '77 bezogen, als ihnen ein Kommando vor ihrer Stammkneipe auflauerte - das kann aber auch eine Broschüre über die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel - sagen wir mal - Hamburg sein... - das kann im Einziehen von Revolutionssteuern bestehen, wie '69 bei zwei Restaurants der Drei-Sterne-Kategorie einer westdeutschen Großstadt - das kann aber auch die freundliche Bitte einer Landesregierung an ihre Regierten sein, wie jüngst in Bremen oder Niedersachsen, doch zukünftig ein wenig Atommüll zuhause zu lagern, weil kleine Mengen bekanntlich weniger gefährlich sind. Kurz: es gibt keine VORSCHRIFTEN, keine BEFEHLE, wie es in einem Papier einer anderen westdeutschen Guerillatruppe heißt - ihr Name ist mir leider entfallen. Diese Gruppe legt Wert darauf, daß Aktionen UNTERHALB eines bestimmten militärischen Niveaus nicht mehr unter ihrem Markenzeichen zustande kommen dürften. Der „Bewegung 2. Juni" dagegen gehören alle an, die sich ihr zugehörig fühlen. Das sind nicht wenige.

Es sind nicht wenige, weil die „Bewegung 2.Juni" nicht so entstanden ist, daß sich einige Denker zusammengehockt haben, und die Gründung der bundesrepublikanischen Guerilla beschlossen haben, sondern die Entwicklung zu militanten Widerstandskernen entstand

ÜBERALL in der BRD innerhalb der Jugendbewegung nach '66 - und aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihres in erster Linie antiautoritären Inhalts konnte sich in diesem Gemisch aus Arbeitern, abgebrochenen Schülern und Studenten, Lehrlingen usw. auch nie sowas wie eine FÜHRUNG entwickeln, kein Politbüro.

Für Berlin gibt ein Teil der „Bewegung 2.Juni" die Entstehung so wieder (Zitat aus:, ‚Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni"):
So weit Berlin. In HAMBURG entwickelte sich - wie in vielen anderen Städten auch - zur gleichen Zeit ähnliches. Ich war dabei und vielleicht schaff ich das ja, die Verbindung klarzumachen, die zwischen dem Sturm auf das Pan-Am-Büro 1980 und dem Sturm auf das Pan-Am-Büro 1968 bestehen, denn schon '68 wurden im Verlauf einer antiimperialistischen Demo neben portugiesischen und griechischen, auch amerikanische Einrichtungen zerstört.

Als die Studenten 1966 immer öfter auf die Straßen gingen und als immer mehr langhaarige freaks in der Innenstadt auftauchten, wurde was ganz Neues eingeführt: man redete plötzlich zusammen. Das ganze Klima, die Atmosphäre änderte sich, politisierte sich. Überall in der City standen Gruppen von Leuten rum und diskutierten. Vorher war es so, daß keiner mit dem anderen was zu tun hatte. Ob das nun 'ne speziell Hamburger Erscheinung ist, weiß ich nicht. Jedenfalls wurde erst nur geredet bzw. sich gegenseitig beschimpft, und dann wurden die Gespräche bestimmt von den politischen Aktionen und Diskussionen der Studenten.

Wer aus seinem Alltagsmuff rauswollte, traf sich automatisch, immer wieder an bekannten Orten: am Al-
sterhaus, am Mönckebrunnen oder -
Wer aus seinem Alltagsmuff rauswollte, traf sich automatisch, immer wieder an bekannten Orten: am Al-
sterhaus, am Mönckebrunnen oder - vom Senat schnell errichtet, um die Politik wieder aus der Stadt ins Ghetto zu holen - auf der „Meckerweide", dem Platz vor dem Bahnhof Dammtor, wo perverserweise auf Schildern stand, daß h i e r jeder sagen kann, was er will.

Dort, im RC, auf dem Campus, bzw. im Keller des SDS traf man die, mit denen man dann bei den Demonstrationen gemeinsam einen in die Fresse kriegte, bzw. mit denen man gemeinsam zurückschlug - oder warf. Diese Gemeinsamkeit in der Aktion führte irgendwie z w a n g s l ä u f i g dazu, daß sich so langsam sowas wie Kollektive bildeten, die dann auch nicht mehr nur zu irgendwelchen teach-ins oder Demos kamen, sondern auch s o n s t zusammenhingen, im Alltag, und der Alltag war eben oft anders als der der Studenten, die der Anziehungs- oder Orientierungspunkt waren. Das was bei Zigarettenreklame „Geschmack von Freiheit und Abenteuer" heißt, haben wir bei vielem, was „die von der Uni" gesagt und getan haben, wiedergefunden; sie haben uns einen genaueren Begriff von dem gegeben, wie es mal für uns alle sein könnte...

Und diese völlige Veränderung des alten Daseins, des Zerschlagen der bisher hingenommenen Autoritäten des Alltags, daß man also ERLEBT, wie man selbst Teil einer Bewegung von vielen ist, die ein greifbar nahes und besseres Ziel zu haben scheint, daß man einen Vorschuß auf das Ziel nimmt und auch jetzt schon mal lebt - diese völlige Veränderung hat ganz sicher bei allen, die diese Phase mitgemacht haben - und sie nicht nur betrachtet haben - ihre Spuren hinterlassen.

Viele von uns sind deshalb noch nicht ausgeflippt ins Bürgerdasein oder sonstwohin, weil wir wissen, WOFÜR wir hier eigentlich kämpfen. Wir haben das Licht am Ende des Tunnels gesehen und haben deshalb eine Ahnung von dem,wie es sein könnte - wenn die Schweine nicht wären.

Daß es sie gibt, die Schweine, und daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich nicht organisiert, daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich an i h r e Spielregeln hält, war '67 die Schlußfolgerung aus den Erfahrungen vieler Genossinnen und Genossen bei ihren Auseinandersetzungen mit dem Apparat des Staates. Die Konsequenz war die Bildung von kämpfenden Kollektiven, die sich nicht nur bei Aktionen trafen, sondern zusammen lebten und kleine oder große, bewaffnete oder unbewaffnete Aktionen planten und durchführten.

Ein Beispiel für die Kontinuität dieser Kampfform und ihres Inhalts ist die von vielen vergessene Aktion einer Hamburger Gruppe gegen eine portugiesische Fregatte. Dieses in den Jahren '68/69 bei der Werft Blohm & Voss gebaute Kriegsschiff war für den Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien bestimmt. Ein aus Westdeutschen und Kämpfern der Befreiungsbewegung zusammengesetztes Kommando brachte eine Sprengladung am fast fertig ausgerüsteten Schiff an und - nachdem durch eine Vorwarnung für den Schutz der Werftarbeiter gesorgt war - jagten es in die Luft: die Bordelektronik wurde völlig zerstört, die Geschütze im Eimer - der Schaden belief sich auf einige Millionen, die Auslieferung des Schiffes war um etliche Monate verzögert worden.

Was ich damit sagen will, ist fol-
auf einige Millionen, die Auslieferung des Schiffes war um etliche Monate verzögert worden.
Was ich damit sagen will, ist fol-
gendes: die „Schwarze-Ratten-Internationale" in Hamburg, die „Tupamaros" in München oder die „Rast- und Ruhelosen Wehrmutsrebellen", eine Splittergruppe der „Umherschweifenden Hasch-Rebellen" aus Berlin, sind die Vorläufer der „Grundeinheiten" der „Bewegung 2.Juni". Ihre Politik findet sich nicht zuletzt in Bremen wieder, im Angriff auf eine provokatorische Rekrutenvereidigung - und ihre Politik wird sich zwangsläufig in j e d e r Basisbewegung wiederfinden, die an einen bestimmten Punkt ihrer Entwicklung kommt: die Basis bestimmt - unabhängig von einer Führung - den Grad der Militanz ihrer Aktionen und ihrer Stoßrichtung.

Der Staat und seine Medien haben zwar immer wieder versucht, die „Anführer" der „Bewegung 2.Juni" zu präsentieren, haben versucht, vergessen zu machen, aus welchem Zusammenhang diese Bewegung kommt, nämlich aus einem Zusammenhang ohne Anführer und Gefolgschaft, aus einem Zusammenhang der völligen Gleichwertigkeit aller Genossinnen und Genossen - und fast wäre es ihnen ja auch zumindest teilweise gelungen, aber dann ist ihnen das Alibi von Fritz Teufel, dem einzigen Intellektuellen der in Berlin Angeklagten, dazwischengekommen.

Das Eingeständis, das der von den Medien immer als „Chefdenker" aufgebaute „Kopf der Bewegung 2. Juni", gar nicht mit gedacht hat, sich an den Aktionen, die er angeblich genial geplant hat, gar nicht beteiligt hat, hat die Verbindung zum Ursprung der Bewegung mit einem Schlag wieder hergestellt: die Namenlosen bestimmen die Politik des „2.Juni".

Wernfried Reimers

Unterschriftensammlungen recht gut angelaufen

Aus Platzgründen sind wir nicht in der Lage, die gesamten Unterschriften unter den Erklärungen abzudrukken. Wir beschränken uns daher auf die Erstunterzeichner. In beiden Fällen bitten wir unsere Leserinnen und Leser, sich für eine Verbreiterung der Unterschriftensammlung(en) einzusetzen und bei der Gelegenheit mit den Angesprochenen auch zu beraten, was über die Unterschriftensammlung hinaus praktisch g e t a n werden kann, um der Öffentlichkeitskampagne größeren Druck zu verleihen.

Wie weit wollen wir die Justiz im 2. Juni-Prozeß noch gehen lassen?

Wir kennen die Fakten. Die Justiz hat sie sich auf ihre Art zu eigen gemacht. Nach zweieinhalb Jahren sind im Prozeß gegen die sechs Moabiter Gefangenen entscheidende Anklagepunkte zusammengebrochen. Gebliebert ist das, wozu sich die Sechs von vornherein oder im Verlauf des Verfahrens bekannt haben.

Wie die Ankläger der Bundesanwaltschaft mit dem Zusammenbruch ihrer Konstruktion umgesprungen sind, wissen wir seit ihren ersten Plädoyers. Sie haben sich einfach über ihr Fiasko hinweggesetzt. Das Mäntelchen des 'Rechts' wurde von ihnen bemerkenswert weit abgestreift, um den Kern ihres Handelns, die Durchsetzung nackter Machtinteressen, hervortreten zu lassen. Die sechs Moabiter sollen unabhängig von Tatsachen und Indizien für den Rest ihres aktiven Lebens hinter Zuchthausmauern. Ihre aufsässigen Gehirne sollen im Moabiter Hochsicherheitstrakt 'befriedet' werden.

Fritz Teufel hat sich daraufhin erlaubt, mit zwei Aussagen die Fiktion der Anklage gegen sich in allen entscheidenden Punkten platzen zu lassen. Stellvertretend für die anderen hat er praktiziert, was inzwischen hierzulande in politischen Prozessen als üblich gilt: er hat entsprechend der Umkehrung der Beweislast gehandelt. Mehr noch, er konnte nachweisen, wie entlastende Fakten von der Bundesanwaltschaft beseitigt wurden, um ihre eigene Konstruktion zum Zweck der Durchsetzung einer Maximalstrafe dicht zu machen.

Spätestens hier wäre in jedem Land, in dem die Justiz als dritte bürgerliche Gewalt funktioniert, der Prozße *für alle* Angeklagten zu Ende gewesen. Kenner der Verhältnisse in anderen Ländern haben sogar versichert, daß ein derartiger Skandal selbst zu Zeiten der griechischen Militärjunta vor 1974 für die Staatsanwaltschaft das 'Aus' gebracht hätte.

Was in Westberlin daraus gemacht wird, haben wir in den letzten Wochen miterlebt: ein schäbiges, niederträchtiges Nachtarocken seitens der Strafverfolger. Der Zynismus, mit dem die Machthaber ihre Justizorgane einsetzen, um ihre Zwecke notfalls auch mit verbrecherischen Mitteln zu erreichen, ist selbst für westberliner/westdeutsche Verhältnisse einmalig. Unverhohlen soll der letzte Zusammenhang von Tatvorwurf und Strafe

miterlebt: ein schäbiges, niederträchtiges Nachtarocken seitens der Strafverfolger. Der Zynismus, mit dem die Machthaber ihre Justizorgane einsetzen, um ihre Zwecke notfalls auch mit verbrecherischen Mitteln zu erreichen, ist selbst für westberliner/westdeutsche Verhältnisse einmalig. Unverhohlen soll der letzte Zusammenhang von Tatvorwurf und Strafe

zerschnitten werden, um an den sechs Gefangenen von Moabit die Kontinuität des sozialrevolutionären Widerstands der sechziger und frühen siebziger Jahre exemplarisch zu zerstören. Das ist der Kern der Botschaft, der zuliebe die Ankläger offentsichtlich bereit sind, den Weg zum Justizverbrechen zu ebnen.

Umgekehrt stellt sich für uns die Frage, wie ohnmächtig wir eigentlich inzwischen sind, daß die Justiz derart operieren kann. Denn die sechs Moabiter gehören zu uns. An ihnen verfolgt die Justiz ein Denken und Handeln, das einmal Allgemeingut der außerparlamentarischen Massenbewegung war. Wir würden uns eine weitere schwere Niederlage einhandeln, wenn wir sie dem Zynismus der Machthaber überließen, wenn wir verzweifelt oder resigniert wegblickten.

Begleiten wir die Schlußphase des Moabiter Prozesses mit einer intensiven Aktions- und Manifestationskampagne, um der Justiz zu zeigen, daß sie sich nicht alles erlauben kann!

Karl Heinz Roth, Hamburg; GLH, Frankfurt; AStA, Frankfurt; Brigitte Heinrich, Präsidentin des Studentenparlaments Uni Frankfurt; Karl-Marx-Buchhandlung, Frankfurt; Pflasterstrand; Dany Diner, Links-Redaktion; Norbert Ney, AGAV (Arbeitsgemeinschaft alternativer Autoren und Verlage, e.V.) Stuttgart, i.A.: Nobert Ney, freier Autor und Journalist, Hamburg; Jörg Holst, Bauschlosser, Hamburg; Buntbuch-Verlag, Hamburg; BI Hamm gegen Atomanlagen, Hamburg; Jörg Schurer, Hamburg; Rockgruppe Druckknöpfe, Hamburg; Kommunistischer Bund; Kai Ehlers, Journalist, Hamburg; Robert Jarowoy, Hamburg; Wernfried Reimers, Hamburg; Beate Berg, Hamburg; Michael Gerland, Hamburg; IKAH, Hamburg; SSB (Sozialistischer Studentenbund), Hamburg; Hans Dieter Wiechers, Hamburg; GALA (Gruppe Autonomer Linker Altona), Hamburg; Große Freiheit, Hamburg; Gabi Bauer, Hamburg; Radikal, Westberlin; Rock gegen Rechts, Westberlin; Initiative für einen neuen Schmücker-Prozeß, Westberlin; Edda Weßlau, Hamburg; FAU (Freie Arbeiter Union), Hamburg; Rote Hilfe, Westberlin; Initiative gegen den Hochsicherheitstrakt, Westberlin; AGIT-Kollektiv, Westberlin; Knastgruppe Wedding, Westberlin; Libertäres Forum, Westberlin; Ilse Stachowiak, Westberlin; Roland Otto, München; Initiative zur Unterstützung der Gefangenenzeitung „Tatsache", Westberlin; Kriminaltango, Zeitung für den kriminellen Alltag, Westberlin; Spektrum Kollektiv, Westberlin; Komet, Metallarbeiter Kollektiv, Westberlin; Ulrich Bergmann, Rechtsanwalt; Manfred Reichsgraf von und zu Hoemsbroech, Kraftfahrer, Westberlin; Eberhard Dreher, Westberlin; Rolf Pohle, München; Vorbereitungskreis des BULI-Initiativen-Treffs, Hamburg; Gerhard Foß, Westberlin; Hendrik Reinders, Westberlin; Erhard Oestreich, Westberlin; Schlemihl, Kneipe, Westberlin; Contrast-Druck, Westberlin; Taxi-Genossenschaft Kreuzberg, Westberlin; Rote Hilfe München; Ilse Schwipper-Jandt, Westberlin; Taz-Sazz-Power-Fraktion und ein Redakteur, Westberlin.

Zuschriften bitte an die AK-Redaktion

Erste Solidaritätsaktionen mit den Angeklagten im „2. Juni-Prozeß"

Hamburg

Am 25.7.1980 fand in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung für Fritz Teufel und alle anderen politischen Gefangenen statt, die von etwa 300 Leuten besucht wurde. Veranstalter waren FAU, KB, GALA (Gruppe autonomer Linker Altona), Rock gegen Rechts, Taz-Hamburg und der „Großen Freiheit".

Der Verteidiger von Ralf Reinders (Mitangeklager von Fritz Teufel) erzählte „Märchen" aus dem Westberliner 'Jammergericht', die ein jeder für einen Alptraum halten müßte, wenn er nicht wüßte, daß sie bittere Wirklichkeit sind.

Wernfried Reimers, der selber jahrelang im Knast gesessen hat, brachte einen Überblick über die Geschichte der „Bewegung 2. Juni". Wahre Begeisterung rief ein von Robert Jarowoy vorgelesenes Märchen von „Ali und Fatima" hervor. Wir empfehlen das Buch „Märchen aus der Spaßgerilja" wärmstens.

Es folgten Beiträge über die Verwicklung des Verfassungsschutzes in die Erschießung von Schmücker sowie über den Prozeß gegen den angeblichen Buback-Attentäter Knut Folkerts in Stuttgart-Stammheim (siehe dazu die abgedruckte Presseerklärung seines Verteidigers).

Alles in allem eine sehr informative Veranstaltung, bei der trotz der Länge einiger Beiträge die Aufmerksamkeit der Zuhörer nie nachließ. Also: Weiter so!

West-Berlin

Knapp 400 Menschen kamen in Westberlin am 24.7. zu der Veran-

West-Berlin

Knapp 400 Menschen kamen in Westberlin am 24.7. zu der Veran-

staltung zum „2.Juni-Prozeß", veranstaltet vom Öffentlichkeitsausschuß 2. Juni und unterstützt von der AL (Bereich Demokratische Rechte), dem gesamten Spektrum Westberliner Knastgruppen, dem KB, Kneipen- und Druckereikollektiven, dem Libertären Forum und der Rock-gegen-Rechts-Initiative.

Zwei Frauen des Öffentlichkeitsausschusses hielten ein Referat zur Vorverurteilung der Angeklagten durch die bürgerliche Presse, Rechtsanwalt Wieland (Anwalt von Fritz Teufel) gab detaillierte Informationen zum Prozeß, Rechtsanwalt Ströbele sprach zur Problematik „13 Jahre Terroristenprozesse".

Ströbele verglich das Vorgehen der Justiz und die Reaktion der Öffentlichkeit, auch der bürgerlichen Medien von heute mit dem ersten Prozeß gegen Fritz Teufel 1967. Damals sprach die bürgerliche Presse vom Versuch der Justiz, am Fall Fritz Teufel ein Abschreckungsurteil zu fällen (Westberliner Abend) und einer direkten „Aufreizung zum Landfriedensbruch" (Spiegel). Durch die breite Öffentlichkeit konnte 1967 ein Freispruch erreicht werden.

Heute dagegen kann von rechtsstaatlichen Verfahren kaum mehr die Rede sein. Das wurde laut Ströbele im wesentlichen durch folgende Verschärfungen erreicht:

– Einführung der Kronzeugen
– Diffamierungskampagne gegen Verteidiger, Ausschlußverfahren gegen Verteidiger, Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO), Trennscheibe
– Die „Täterpersönlichkeit" muß herhalten für die Verurteilung, auf

fachverteidigung (§ 146 StPO), Trennscheibe
– Die „Täterpersönlichkeit" muß herhalten für die Verurteilung, auf

einen Einzelnachweis der Beteiligung an einzelnen Straftaten wird weitgehend verzichtet.

RA Ströbele (der vor kurzem Gefangene im Celler Hochsicherheitstrakt besucht hat), forderte dazu auf, mit einer massiven Kampagne gegen die Hochsicherheitstrakte zu beginnen.

Der Versuch, eine Diskussion einzuleiten, wie eine große Öffentlichkeit zum „2.-Juni-Prozeß" noch erreicht werden kann, endete in minutenlangem Schweigen, bevor die Versammlung sich langsam auflöste.

Um vor Prozeßende im September einen größeren öffentlichen Druck herstellen zu können, muß u.E. innerhalb der Linken diskutiert werden, wie die Solidarität mit den Angeklagten und der Kampf gegen die Hochsicherheitstrakte zur Sache a l l e r demokratischen Kräfte in diesem Land gemacht werden kann.

„Der Rechtsstaat beweist sich in solchen Grenzsituationen oder eben nicht" (Zitat RA Ströbele).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

PS.: Bei der Hamburger Veranstaltung wurden 1954,- DM als „Austritt" gesammelt.

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Rudolf Raabe!

Obwohl die Bundesanwaltschaft den *„dringenden Tatverdacht bezüglich eines Sprengstoffverbrechens (§ 311 STGB) und bezüglich der Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung als Rädelsführer oder Hintermann"* gegen R. Raabe fallengelassen hat, und Rudolf damit nicht in den Knast muß, ist der Haftbefehl nur außer Vollzug gesetzt, nicht jedoch aufgehoben worden. Rudolf steht immer noch unter „einfachem" Verdacht der „Mitgliedschaft in einer 129er Vereinigung". Dieser wird völlig vage mit einer *„Gesamtschau* (!) *der gegen den Beschuldigten sprechenden Gesichtspunkte"* begründet. Da es konkrete Vorwürfe nicht gibt, verlegt sich die Bundesanwaltschaft auf solche vorzüglichen Verdachtsmomente wie *„Verhaltensmuster"*, *„Kontakte"* u. ä. Wie schön sich damit arbeiten läßt, zeigt z. B. der gerade beendete Brigitte-Heinrich-Prozeß (siehe Artikel in diesem AK).

Die Rudolf-Raabe-Initiative weist daher in ihrem Info IV darauf hin, daß von „Ende gut – alles gut" keine Rede sein könne, sondern daß Solidarität immer noch vonnöten ist. Rudolf selbst wird sich demnächst einer komplizierten und kostspieligen Operation unterziehen müssen.

Den besonderen Erfolg der Kampagne sieht die Initiative darin, daß *„Rudolf mit seiner Rückkehr und der Rede bei ROCK GEGEN RECHTS gezeigt hat, daß wir keineswegs peinlich und erbärmlich uns bei polizeilichen Instanzen zurückmelden müssen, sondern daß der aufrechte Gang möglich u n d erfolgreich ist". „Die erfolgreiche Kampagne würde sich aber ins Gegenteil verkehren, würde man sie nun abschließen und nicht fortsetzen".* Die Initiative solidarisiert sich mit den Bemühungen zugunsten von Fritz Teufel und den Angeklagten des 2. Juni und will selbst Aktivitäten für Hermann Feiling, der in Kürze – blind und beinamputiert – vor ein Frankfurter Gericht gezerrt werden soll, und für Gerd Albartus aufnehmen.

Kontakt: Rudolf Raabe Initiative, 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel.: 06171/73212

Die Initiative bittet um Spenden auf das Konto: Cornelia Branscheidt, Pschkt. 1990 61-608, Frankfurt.

Spendenaufruf!
Liebe AK-Leser!
Das IKAH braucht dringend

Spendenaufruf!
Liebe AK-Leser!

Das IKAH braucht dringend Geld. Wir sind nach einer Reihe von Ausgaben im letzten Halbjahr ziemlich pleite. So mußten wir 4.000 DM bezahlen, die dem KB als Ordnungsstrafe verpaßt wurden, weil er gegenüber Ziesel von der Deutschlandstiftung etwas geschrieben hatte, was gerichtlich verboten war. Weiter mußten 1.900 DM bezahlt werden, weil der KB gegen Strauß einen Prozeß wegen der Schreibweise des Namens von Strauß verloren hat. Zudem fielen Verteidiger- und Verfahrenskosten von über 700 DM an.

Wir bitten euch daher um zahlreiche Spenden. Spendet bitte auf das IKAH-Konto: Bernd Schulz Psch-Kto.-Nr.: 3909 89-206 Hamburg

Ihr könnt auch ein Stichwort angeben, wie z.B. Knastarbeit oder Anti-Strauß-Prozesse.

IKAH

Ermittlungsgruppe Rettinger gebildet

Für die restlose Aufklärung der Praktiken der Sicherheitsgruppe unter Chef Rettinger in der Strafanstalt II in Fuhlsbüttel

Mit Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, welche Praktiken der Sicherheitsgruppe in der Strafanstalt II (Fuhlsbüttel) im Hamburger Amtsgericht zur Sprache gekommen sind. Einen „Spitzelskandal" nannte Marion Lorenz (Umschau am Abend, 18.6.) das, was sich vor und im Prozeß ereignete.

Worum geht es?

Als Angeklagter stand der Gefangene Wolf-Dieter S. wegen Haschisch-Besitzes vor Gericht. Er sagte aus, ihm sei von dem Mitgefangenen R. ein verschlossener Briefumschlag mit der Bitte um Aufbewahrung übergeben worden. Aus Gefälligkeitsgründen und in der Annahme, es handle sich um Tabletten, habe er den Umschlag an sich genommen und bei sich getragen. Kurze Zeit später habe es eine Kontrolle der S-Gruppe bei ihm gegeben. Dabei sei das Erscheinen des Briefumschlages mit den Worten kommentiert worden: „Da ist er ja!" Da sei ihm klar geworden, daß die S-Gruppe bereits über den Briefumschlag informiert gewesen sein muß.

Daraus schließen wir -und andere-, daß der Briefumschlag Wolf-Dieter S. gezielt zugespielt wurde, um dann bei ihm „gefunden" zu werden.

Demgegenüber sagten die drei Beamten der S-Gruppe und ihr Chef Rettinger aus, Kontakte zu dem Mitgefangenen R. – der wegen eines Drogendeliktes verurteilt wurde – bestünden nicht, er sei kein V-Mann (im Volksmund: Spitzel) der S-Gruppe.

Volksmund: Spitzel) der S-Gruppe.

Bis hierher also anscheinend ein alltäglicher Vorfall: „Schutzbehauptungen" eines Angeklagten gegen die „uneigennützigen Aussagen" der S-Gruppe ... bis Anstaltsleiter Stark folgendes vor Gericht aussagt:

- Zwischen Rettinger und dem Mitgefangenen R. gäbe es einen „Pakt", der Informationen über Drogengeschäfte in der Strafanstalt Fuhlsbüttel betrifft. Dies wisse er von Rettinger persönlich.
- Die Kontrolle von Wolf-Dieter S. sei so arrangiert worden, daß dieser nicht an Verrat denken sollte.
- Rettinger habe sich öfter mit R. am Ohlsdorfer Bahnhof getroffen; dies müsse der stellvertretende Anstaltsleiter Schmude bestätigen können.
- Von Schmude wisse er – Stark – auch, daß der Gefangene R. in dieser Sache Informant gewesen sei.
- Ein Mitglied der S-Gruppe habe ihm – Stark – gegenüber erklärt, den Briefumschlag selbst aufgerissen zu haben.

Obwohl der S-Gruppe die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Aussagen zu korrigieren, blieben sie dabei.

Am Ende des Prozesses blieben weitere ungewöhnliche Vorfälle im Raum:

- Erst bei seiner zweiten Aussage fiel S-Chef Rettinger wieder ein, daß er sich tatsächlich am Ohlsdorfer Bahnhof mit dem Gefangenen R. getroffen hatte. Informationen habe er aber nicht erhalten.
- Wie der S-Mann Sl. mit dem einzigen Beweisstück – dem Briefumschlag – umgegangenen war, versetzte das Gericht in Empörung. Einfach weggeschmissen, aus „hygienischen Gründen", habe er den Umschlag. Sl. hatte sich dann ein ähnliches Kuvert genommen, dies samt Unterschrift mit dem Vermerk „Orginalumschlag" versehen und den Strafverfolgungsbehörden übergeben.
- Widersprüchliche Aussagen machte ein S-Mann darüber, ob der Briefumschlag nun verschlossen war oder nicht.

Anzeige gegen die S-Gruppe, Rettinger und Schmude erstattete ein im Prozess anwesender Referendar u.a. wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage bzw. des Meineides, nicht die Staatsanwaltschaft!

Zwar wurde der Angeklagte Wolf-Dieter S. freigesprochen; Richter Göbel bezeichnete die Aussagen der S-Gruppe schlicht als „unglaubwürdig" und bedauerte, „daß er in vorangegangenen Verfahren zwei von Rettinger belastete Drogen-Deliquenten verurteilt hatte" (nach Spiegel, 23.6.).

Damit sind aber noch keineswegs die Praktiken der S-Gruppe, für die Rettinger verantwortlich zeichnet, aufgedeckt. Da Gefangene bekanntlich keine starke Lobby haben, sehen wir es als unsere Verpflichtung an, mit dazu beizutragen, daß hier tatsächlich die ganze Wahrheit ermittelt wird.

Dazu wollen wir:

- uns darum kümmern, daß die gestellte Strafanzeige gegen die S-Gruppe, Rettinger und Schmude intensiv verfolgt wird;
- anregen, daß – solange derart schwerwiegende Vowürfe gegen die S-Gruppe pp. bestehen – die Verantwortlichen beurlaubt werden;
- wissen, worin der Aufgabenbereich der S-Gruppe überhaupt besteht;
- weitere Informationen sammeln und Beschwerden von Gefangenen nachgehen, die immer wieder von Übergriffen berichten.

Kontaktadresse:
Ermittlungsgruppe ./. Rettinger
c/o Medienzentrum e.V.
Schumannstraße 57 – 2000 HH 76

Ich unterstütze die Forderung der „Ermittlungsgruppe ./. Rettinger" nach retsloser Aufklärung der Vorfälle in der Strafanstalt II in Fuhlsbüttel. Insbesondere verlange ich Auskunft darüber, welche Aufgabe eigentlich die S – Gruppe unter Rettinger im Gefängnis hat und welche sie tatsächlich wahrnimmt.

....
(Unterschrift)

Martin Meehan seit 60 Tagen im Hungerstreik

Seit dem 19.Mai 1980 – das heißt seit 60 (!) Tagen – befindet sich der Genosse Martin Meehan aus Ardoyne in Belfast im Hungerstreik, um damit gegen das gegen ihn ergangene Urteil und die dabei angewandten Praktiken der britischen Okkupanten zu protestieren.

Martin Meehan war im April zu 12 Jahren Haft verurteilt worden. Er soll an einem Kidnapping eines Informanten der britischen Armee beteiligt gewesen sein. Obwohl mehrere Zeugen Martin Meehan klar und eindeutig entlasteten – Martin Meehan war am fraglichen Tag im Folkmuseum in Cultra - schenkte Richter Gibson einzig und allein den Aussagen eben jenes gekidnappten Kollaborateurs der britischen Armee Glauben; es störte dabei nicht, daß diese Aussagen in sich selbst widersprüchlich waren, neuere den älteren Aussagen widersprachen.

Sinn Fein schreibt in einer in Dublin veröffentlichten Erklärung:

„Martin Meehan wurde von einem jener berüchtigten DIPLOCK COURTS abgeurteilt, jene Sondergerichte, die ohne Geschworene operieren. Einzige Grundlage für das Urteil sind die Behauptungen eines Kollaborateurs und Informanten der britischen Armee, der seine Liaison öffentlich eingestand und nach dem Prozeß mit Hilfe seiner Meister außer Landes geschafft wurde.

Martin Meehan ist ein sehr bekannter und geschätzter Genosse in seiner Heimatstadt Belfast, in der er seit den Tagen der Civil Rights Bewegung aktiv ist. 1971 war es ihm gelungen, aus dem Crumlin Road Knast abzuhauen. Später war er der letzte Internierte, der aus Long Kesh entlassen wurde, als die jüngste Phase der Internierungskampagne der Briten ein Ende hatte. Martin Meehan ist einer jener vielen, die unter der britischen Herrschaft zu leiden haben; sein Protest erfordert die Aufmerksamkeit aller."

In der Tat. Denn heute ist Martin Meehan wieder in Long Kesh. Seit seiner Verurteilung sitzt er in einem der H-BLOCKS, wo er sich zunächst sofort dem „Blanket-Protest" zur Wiedererlangung des politischen Status angeschlossen hatte, dann aber im Mai seinen Hungerstreik begonnen hat.

Die Nordirlandadministration des Gauleiters Atkins hört nicht auf zu beteuern, daß es Martin Meehan bestens gehe. Die letzten Berichte a. von seiner Frau) belegen anderes: Martin Meehan hat mittlerweile nahezu 20 Kilo Gewicht verloren, jede Bewegung schmerzt ihn, er hat Schwierigkeiten überhaupt zu gehen, leidet an Seh- und Hörstörungen und bedarf täglicher medizinischer Betreuung. Der Arzt seines Vertrauens, McKee, darf Martin Meehan nicht aufsuchen, um sich jenseits von britischer Militärmedizin der Gesundheit von Martin anzunehmen.

Freunde von Martin erklärten, er werde den Hungerstreik erst dann abbrechen, wenn eine „unabhängige Institution" oder prominente, aber „neutrale' Persönlichkeiten sich seiner Sache annähmen und den Fall untersuchten.

In einem Telefonat mit Genossen in Belfast am vergangenen Donnerstag erklärten uns diese, daß die Brits Meehan eher sterben lassen, als seinen Forderungen nachzukommen. So wie die Briten auch bislang nicht auf die Forderungen nach Gewährung des politischen Status für Gefangene aus der IRA und der Irish National Liberation Army eingegangen ist, obwohl einige nun schon seit fast 4 Jahren im BLANKET-PROTEST sich befinden – gegen das Tragen von Knastklamotten, gegen Isolation, Briefverbot, Besuchsverbot, erniedrigende Leibesvisitationen und Abschottung von jeglicher Kommunikation mit draußen.

Auch der seit Monaten andauernde „Dreckstreik" der Gefangenen in den H-Blocks Long Kesh, dem sich die gefangenen Frauen in Armagh angeschlossen haben, bewegte die britische Nordirlandadministration bislang nur zur weiteren Verschärfung der ohnehin im wahrsten Sinne des Wortes „schweinischen" Haftbedingungen.

Aktivisten, die die Gefangenen draußen per Angehörigenkomitees, Pickets, Demos unterstützen, sind nicht nur permanenter Verfolgung, Bedrohung und häufigen Arrestierungen ausgesetzt, sondern werden auch – wie jüngst Miriam Daly – ermordet. Sinn Fein schrieb uns in einem Brief, daß nur der Druck internationaler Öffentlichkeit etwas erreichen wird. Nicht nur im Falle Martin Meehan, sondern bei allen Gefangenen.

Genauere Information über:
WISK, Postfach 35
637 Oberursel 5

»Liberalisierung« der Berufsverbotspraxis?

— Der Fall Wolfgang Bansemer —

Als der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn am 19.6.1976 seine Post durchsah, fand er darunter auch den Brief eines sozialdemokratischen Genossen, seines Zeichens Mitglied des Deutschen Bundestages. Unter der Anrede „Lieber Jürgen" wurde er darin um Hilfe für den 26-jährigen Bonner Lehramtsanwärter Wolfgang Bansemer gebeten, dem die Düsseldorfer Einstellungsbehörde die Anwendung einer besonderen Variante der bundesdeutschen Berufsverbotespraxis androhte: das Ausbildungsverbot – die Nichteinstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien. Der Briefschreiber bemühte sogar seine eigene Vergangenheit, um den Chef des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums für die Hilfe zu gewinnen:„ *Ich tue das"*, hieß es in dem Brief, *„ sicherlich auch in der Erkenntnis, daß ich in meiner eigenen ‚Sturm- und Drangzeit' ebenfalls auf die Straße gegangen bin, um gegen Atom-Tod, Spiegel-Affaire usw. zu demonstrieren."*

Nun, der „liebe Jürgen" hat ganz offensichtlich selbst nie eine „Sturm- und Drangzeit" gehabt: die erbetene Hilfe blieb aus; wenige Monate später ordnete er höchstpersönlich das Ausbildungsverbot für Wolfgang Bansemer an. Er leitete damit eine gerichtliche Auseinandersetzung ein, die in diesen Tagen vor dem Oberverwaltungsgericht Münster zuende gegangen ist – mit einer juristischen Absegnung der Entscheidung des Kultusministers. Wer nach den jüngsten Urteilen in Berufsverbotsprozessen gegen DKP-Mitglieder immer noch an die „Liberalisierung" oder gar die Beendigung der Berufsverbotepraxis geglaubt hat, der dürfte spätestens nach dem Bekanntwerden dieses Münsteraner Urteils seinen Glauben verlieren.

„Beleidigung"

Wolfgang Bansemer hatte sich im März 1976 für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien beworben. Vier Monate später erhielt er vom Schulkollegium beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf die Anweisung, am 1.9.76 im Seminar Duisburg die Ernennung zum Studienreferendar entgegenzunehmen und seinen Dienst anzutreten. Einen Tag vor dem 1.9.76 erreichte ihn per Post die Aufforderung, bei der Einstellungsbehörde zu einem „klärenden" Gespräch zu erscheinen ! Wolfgang Bansemer erschien dort am nächsten Morgen in Begleitung eines Rechtsanwaltes.

Klärenswert befand die Einstellungsbehörde, warum die Frage auf dem Bewerbungsformblatt, ob ein Ermittlungsverfahren gegen ihn laufe, mit „Nein" beantwortet wurde, obwohl ein solches Verfahren wegen „Beleidigung" nach § 185 laufe. Wolfgang Bansemer gab zu, hier aus Flüchtigkeit einen Fehler begangen zu haben. Ein Grund, ihm die Einstellung zu verweigern, könne das aber kaum sein ! Er sollte Recht behalten. Als das Schulkollegium ihm vierzehn Tage später bekanntgab, der Kultusminister könne einer Aufnahme in den Vorbereitungsdienst nicht zustimmen, wurde dies mit dem laufenden Verfahren begründet. Eine Entscheidung könne erst nach rechtskräftigem Abschluß erfolgen.

„Klassenjustiz"

Wolfgang Bansemer war zu diesem Zeitpunkt angeklagt, den Bonner Richter Fritz Hasse beleidigt zu haben. Fritz Hasse, mittlerweile auch durch seinen Prozeß gegen die Bonner Stadtzeitung DE SCHNÜSS zu zweifelhaftem Ruhm gekommen, hatte im Jahre 1975 einem Prozeß gegen sechs Bonner Linke wegen deren Beteiligung an einer Demonstration anläßlich des Besuchs des japanischen Kaisers Hirohito in der Bundeshauptstadt vorgesessen („Tenno-Prozeß"). Während dieses Prozesses erschienen zwei Flugblätter, für die Wolfgang Bansemer presserechtlich verantwortlich genannt wurde. Aus diesen Flugblättern pickte sich die Bonner Staatsanwaltschaft ein halbes Dutzend Wörter heraus, um eine Anklage wegen Beleidigung zusammenzuzimmern. Beleidigend sollte beispielsweise gewesen sein, daß Fritz Hasses Gericht „Sondergericht" genannt worden war, daß es darin hieß, er verurteile „Gesinnungstäter" und er sei als „Kommunistenjäger" bekannt.

„Charakterlich nicht geeignet"

Am 21.10.1976 verurteilte die 5.kleine Strafkammer des Bonner Landgerichtes Wolfgang Bansemer wegen der beiden Flugblätter zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 DM. Obwohl damit die Bedingung für eine Entscheidung des Kultusministers über die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst gegeben war, unterblieb sie. Als eine solche Entscheidung Anfang 1977 immer noch auf sich warten ließ, beantragte Wolfgang Bansemer im Februar '77 über seine Rechtsanwälte vor dem Kölner Verwaltungsgericht den Erlaß einer einstweiligen Anordnung, um somit die Entscheidung und die Übernahme in den Vorbereitungsdienst zu erzwingen. *„Die Tatsache"*, so der Bonner Rechtsanwalt Ernst Johann in seiner Begründung für den Antrag, *„daß der Antragsteller (Wolfgang Bansemer) vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30,– DM wegen einer Beleidigung verurteilt worden ist, ist offensichtlich nicht geeignet, den Anspruch des Antragstellers auf Einstellung in den Vorbereitungsdienst zu verneinen."*

Erst daraufhin sah sich die Düsseldorfer Einstellungsbehörde überhaupt genötigt, für ihre „unerträgliche" (Rechtsanwalt Johann) Verzögerung des Verfahrens eine Begründung zu liefern. Darin wurde von ihrer Seite zum ersten Mal das Landesbeamtengesetz (LBG) von NRW eingeführt: an der von jedem Bewerber für das Beamtenverhältnis geforderten *„besonderen geistigen und charakterlichen Eignung"* müsse bei Wolfgang Bansemer gezweifelt werden. Dazu gebe nicht .nur die Verurteilung wegen der Beleidigung des Richters Fritz Hasse Anlaß, sondern zwei weitere, inzwischen bekannt gewordene Verfahren. In dem einen Verfahren war Wolfgang Bansemer im Februar 1974 wegen „gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch" zu 200 DM (!) Geldstrafe verurteilt worden, in dem anderen, zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Verfahren, ging es um eine „gemeinschaftliche Widerstandsleistung", die ebenfalls im Zusammenhang mit dem „Tenno-Prozeß" stand.

Hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem nicht gerade rühmlichen Urteil vom 22.5.1975 („Radikalen-Beschluß") immerhin das Recht auf Ausbildung bestätigt – auch für Bewerber, bei denen „Zweifel an ihrer Verfassungstreue" bestehe – so versuchte in diesem Fall das sozialdemokratisch geführte Düsseldorfer Kultusministerium unter Berufung auf das LBG auch dieses Recht noch weiter auszuhöhlen. Dies in einem Fall, wo es sich ganz unzweifelhaft um politische „Delikte" handelte. Der Vergleich unseres sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten mit seiner „Sturm- und Drangzeit" kam nicht von ungefähr....

An der Haltung der Düsseldorfer Einstellungsbehörde sollte sich auch nichts ändern, als am 24.3.1977 Wolfgang Bansemer in dem noch nicht abgeschlossenen Verfahren freigesprochen wurde !

Im April '77 kam es deshalb zu einem ersten Verwaltungsgerichtsurteil. Das beschied zwar positiv, daß die Einstellungsbehörde umgehend über die Einstellung zu entscheiden habe, es bestätigte aber gleichzeitig, daß es rechtens sei, wenn der Kultusminister einen Bewerber ablehne, weil er „charakterlich" nicht geeignet sei. Welche Maßstäbe dafür anzulegen sind, darüber schweigt sich das Gericht aus, es gab lediglich zu bedenken, *„daß nicht schlechthin jede strafgerichtliche Verurteilung einen Bewerber ungeeignet macht."*

Mit einem solchen Freibrief ausgerüstet, ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, daß das Düsseldorfer Schulkollegium Wolfgang Bansemer am 12.7.77 mitteilte, daß im Einvernehmen mit dem Kultusminister „leider" von einer Einstellung abgesehen werden müsse: *„Wir bedauern, Ihnen keinen günstigeren Bescheid erteilen zu können."*

Acht Tage später legte Wolfgang Bansemer gegen diesen Bescheid Widerspruch ein. Ein Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes vom 12.9.77 sorgte daraufhin noch einmal für einen Lichtblick. Es verlangte die erneute Entscheidung der Einstellungsbehörde. *„Bedenklich"* sei es, *„ob der Antragsgegner (die Einstellungsbehörde) die Anwendung seines Beurteilungsspielraumes einfach mit dem pauschalen Hinweis auf ‚Zahl und Umfang der Vorstrafen' erläutern konnte, ohne dabei klarzulegen, warum die beiden Vorstrafen aus den Jahren 1974 und 1976 (....) ohne weiteres die Ablehnung gem. § 7 Abs. 2 LBG nahelegen können.....Allein die Zahl (2!) und das verhältnismäßig geringe Strafmaß der Verurteilungen vermögen die Ablehnung nicht zu rechtfertigen."*

Der „liebe Jürgen" überprüfte die Angelgenheit nach diesem Urteil – wie verlangt – erneut und beschied am 17.11.77, daß auch nach dieser Überprüfung eine Einstellung nicht in Frage komme. Zwei Wochen später legte Wolfgang Bansemer dagegen Widerspruch ein. Am 28.6.78 wurde der Widerspruch abgelehnt. Danach Berufung und schließlich – der Tragödie letzter Akt – Abweisung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht in Münster am 10. Juni 1980.

Folge: Jürgen Girgensohn, sozialdemokratischer Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, kann sich heute rühmen, verantwortlich für eines der wenigen Ausbildungsverbote zu sein, die es (vorerst ?) in der BRD gibt. Bleibt am Schluß nur noch die Frage, wofür wir eigentlich noch Franz Josef Strauss brauchen ?

Hans Weingartz

Öffentliches Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten in Kamen

Laut eines mit einer Gegenstimme gefaßten Beschlusses des Rates der Stadt Kamen ist die Bundeswehr am 11.9. eingeladen, auf einem öffentlichen Platz in Kamen ihre mittlerweile zum festen Bestandteil unseres „demokratischen RECHTS-Staates" avancierte Militärschau abzuziehen.

Es wäre zu überlegen, ob nicht der SPD endlich eine besondere Auszeichnung verliehen werden sollte, da sie sich doch in vorbildlicher Weise um eine feste Verankerung der Bundeswehr im öffentlichen Bewußtsein verdient gemacht hat.

Aus diesem Anlaß hatte der „Klüngelkerl" (Dortmunder Alternativzeitung) zu Treffen am 14. und 21.7. eingeladen. Es sollte überlegt werden, was denn Antimilitaristin und Antimilitarist zum 11.9. machen könnten. Neben einer Menge Einzelpersonen waren Mitglieder bzw. Vertreter/innen folgender Gruppen erschienen: SOdZL, Rote Garde, ESIS, DFG/VK, IFAU, MSB (ASten PH und Uni), Antifa-Aktion, KB, Klüngelkerl, FAD, Antimil-AE 3. Mai, Abrüstungskomitee Dortmund, DKP und SB — sowie zwei Leute aus Kamen.

Als erstes Ergebnis dieser Runde liegt ein offener Brief vor, der den Rat der Stadt Kamen auffordert, die Einladung zurückzunehmen. Mit einer Reihe von Erstunterzeichnern soll der Aufruf bis zum 5.8. dem Rat zugeleitet werden. Auf den nächsten Treffen soll darüber beraten werden, was an konkreten Aktionen im Vorfeld und am 11.9. selbst gemacht werden soll.

Alle Interessierten aus der näheren und weiteren Umgebung von Kamen sind aufgerufen, sich an den Vorbereitungen eines antimilitaristischen 11.9. zu beteilien. Regelmäßiger Treffpunkt ist das „Klüngelkerl"-Büro, Adlerstr. 82 - 84, 46 Dortmund 1. Jeden Montag um 19 Uhr.

Krieg dem Krieg!
Stoppt die Kriegsgefahr!
Verhindern wir das öffentliche Gelöbnis am 11.9. in Kamen!

In diesem Sinne
ein Genosse aus Dortmund

AUFRUF

gegen Rüstung und Atom

Der folgende Aufruf wurde am 12./13.7. in Bonn u.a. von BBU und DFG/VK verabschiedet (s. dazu auch AK 181, S.11).

Dieser Aufruf kam unter Mitarbeit von BIs und dem BBU zustande, und unterscheidet sich wohltuend von sonstigen Aufrufen, die die Revis fabrizieren. Nichts desto trotz waren ca. 20 BI-Vertreter ausgezogen, um nicht Fassade für die von den Revis durchgepaukten Vorstellungen der Durchführung abgeben zu müssen.

Die Kalkar-Aktion wird am 10.8. in Kalkar selbst auf einem Treffen vorbereitet, zu dem die Landeskonferenz der BIs in NRW einlädt. Dort sollte auch bei großer Beteiligung die Möglichkeit bestehen anders als in Bonn tatsächlich gleichberechtigt über die Aktionen zu beraten.

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern wird auch wahrscheinlicher:

— In Europa, dem Hauptschauplatz der Ost-West-Auseinandersetzungen, geht der wahnwitzige Rüstungswettlauf ungebrochen weiter und wird durch neuartige Atomraketen zusätzlich beschleunigt;

— durch den Export von Rüstungsgütern und atomaren Technologien in die Länder der Dritten Welt werden neue Krisengebiete geschaffen und die Kriegsgefahr erhöht;

— die ungerechte Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung der 3. Welt und der wirtschaftliche Konkurrenzkampf drohen zu einem militärischen Konflikt um die restlichen Rohstoffe auszuarten. Die derzeitig vorbereitete Aufstellung „Mobiler Einsatztruppen", um die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten zu besetzen, droht Europa in einen Krieg hineinzuziehen.

Ökologische Krisen und weltweite Aufrüstung gefährden den Frieden und unsere Lebensgrundlagen. Wir leben schon jetzt auf einem atomaren Pulverfaß. Auf dem Boden der Bundesrepublik lagern über 7000 Atomsprengköpfe. Im Rahmen des sogenannten „zivilen" Atomprogramms sollen noch weitere atomare Anlagen hinzukommen, von Anreicherungsanlagen über Brennelementefabriken, Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen bis zu Atommüllagern. Wie die militärische Atomforschung die Grundlage für das „zivile" Atomprogramm war, so können diese Anlagen heute wieder den Grundstoff für die Herstellung von Atombomben liefern.

Die Gefahren eines katastrophalen Unfalls durch technische Mängel oder durch menschliches Fehlverhalten erhöhen sich ständig. Allein in den letzten Monaten hat die Welt durch Computerfehler in der amerikanischen Raketenzentrale dreimal für einige Minuten am Rande eines atomaren Weltkrieges gestanden. Wie die Katastrophe von Harrisburg gezeigt hat, ist trotz aller Sicherheitsbeteuerungen der Atomlobby ein Super-GAU bei atomaren Anlagen jederzeit möglich.

Viele Bürger sind nicht mehr bereit, die Risiken der Atomenergie und die Bedrohung durch das Wettrüsten tatenlos hinzunehmen und leisten Widerstand gegen das „zivile" und militärische Atomprogramm. Aber den Militärs und Berufspolitikern gelingt es immer wieder, durch eine ungeheure Manipulation des Denkens und die Erzeugung von Angst eine öffentliche Diskussion über die steigenden Kriegsgefahren und die anhaltende Aufrüstung zu verhindern. Mit falschen Formeln wie dem „Gleichgewicht des Schreckens", daß Rüstung zur Friedenssicherung und Kriegsdienst als „Dienst für den Frieden" erforderlich sei, wurde die Bevölkerung über die wachsende Bedrohung der gesamten Menschheit im unklaren gelassen.

35 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges haben die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt ein unglaubliches Vernichtungspotential von 3,7 Millionen Hiroshima-Bomben angehäuft. Auf beiden Seiten werden ständig neue Atomwaffen produziert. Der Einsatz auch nur eines Teils dieser Bomben kann die Vernichtung der gesamten Menschheit und allen Lebens zur Folge haben.

Entgegen allen Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen tatsächlich Jahr für Jahr die Zahl der Waffen. Auch in der Bundesrepublik treiben die führenden Kräfte, Parteien und Politiker von Regierung und Opposition dieses alte Spiel weiter. Durch massive Unterstützung seitens der Bundesregierung wurde mit der demagogischen Formel „Nachrüstung" in der NATO durchgesetzt, in den Jahren 1981—1983 neue Atomwaffensysteme — Cruise-Missiles und Pershing II — in Westeuropa zu stationieren, den größten Teil davon auf bundesdeutschem Boden. Produktion und Stationierung dieser Mittelstreckenraketen begünstigen Strategien eines auf Europa begrenzten Atomkrieges.

Im Osten wie im Westen gilt: Frieden ist nur jenseits von Waffen und militärischer Gewalt möglich. Sicherheit ist im Atomzeitalter militärisch nicht herzustellen, das Wettrüsten bleibt eine ständige Gefahr. Frieden läßt sich dauerhaft nur durch eine konsequente Entspannung und echte Abrüstungsschritte bei atomaren und konventionellen Waffen erreichen. Die Einführung neuer Waffensysteme, der Aufschub des SALT-II-Abkommens, der Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht, das Bestreben zur Rekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst sind Versuche einflußreicher Kräfte, den kalten Krieg wiederzubeleben und internationale Krisen hemmungslos für eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft auszunutzen.

Ökologie- und Friedensbewegung sind sich bewußt: Ein Krieg bedroht das Überleben der Menschheit. Rüstung und militärische Manöver sind zugleich die sinnlosesten Formen der Rohstoffvergeudung, Umweltverschmutzung und Naturzerstörung. Die ungeheuerliche Verschwendung von 900 Milliarden Mark für Rüstungsausgaben pro Jahr in der gesamten Welt ist mitverantwortlich dafür, daß Millionen Menschen durch Unterentwicklung, Krankheiten, Hunger oder durch Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden in ihrer Existenz gefährdet sind. Bürgerinitiativen wehren sich gegen Landschaftszerstörung und Lärmbelästigung durch das Militär.

Die Sicherung des Friedens und der Lebensgrundlagen ist bei den herrschenden Politikern schlecht aufgehoben. — Wir müssen selbst die Initiative ergreifen! Der weltweiten Bedrohung allen Lebens stellen wir uns in internationaler Zusammenarbeit entgegen.

Unser Ziel, Leben zu schützen, drückt sich auch in unseren Widerstandsaktionen aus. Wir wollen — wie die Platzbesetzer in Gorleben — gewaltfrei demonstrieren und damit Formen des zivilen Widerstands entwickeln.

Wir rufen alle Bürger zu Demonstrationen gegen das militärische und „zivile" Atomprogramm auf:

● Kommt zur Feier „750 Jahre plutoniumfreies Kalkar" am 13. September in Kalkar!

● Beteiligt Euch am bundesweiten Aktionstag am 25. Oktober mit einer Demonstration in Nordhorn/Lingen gegen ein atomares Emsland!

Wir rufen auf, weitere gemeinsame Aktionen in anderen Regionen durchzuführen.

Unter dem Motto: „Atomkraftwerke und Atomwaffen — gemeinsam abschaffen" fordern wir:

Abrüstung in Ost und West mit ersten vertrauensbildenden Schritten durch die Bundesrepublik Deutschland.

Keine Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden; Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Stillegung aller Atomanlagen. Einstellung des Exports atomarer Anlagen.

Keine Frauen in die Bundeswehr. Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Entgiftung der Umwelt. Keine Verschwendung von Rohstoffen und Energie.

Umstellung der Atomwirtschaft und der Rüstungsindustrie auf zivile und sozial nützliche Güter. Verstärkter Einsatz natürlicher Energiequellen.

Bundeswehrführung sucht Kraftprobe mit Kriegsgegnern

Abschrift

Der Generalinspekteur der Bundeswehr — Bonn, 14. Juli 1980
25jähriges Bestehen der Bundeswehr — Weisung für Veranstaltungen

1 - Die Bundeswehr besteht am 12. November 1980 25 Jahre. Aus diesem Anlaß werden in Bonn und in einer herausgehobenen Veranstaltung in jedem Wehrbereich wehrpflichtige Soldaten ihr feierliches Gelöbnis vor der Öffentlichkeit ablegen. Außerdem ist des Geburtstages der Bundeswehr in allen Standorten zu gedenken.

2. - Das öffentliche Ablegen des feierlichen Gelöbnisses ist keine militärische Machtdemonstration, sondern eine notwendige Begegnung zwischen „Auftraggeber" und „Auftragnehmer". Dabei wird die Aufmerksamkeit der Soldaten und der zivilen Bevölkerung auf den Sinn des militärischen Dienstes gelenkt. Das Ablegen des Gelöbnisses vor der Öffentlichkeit ist eine in der Bundeswehr gewachsene Tradition. Der Bundeskanzler hat in einem Brief an den Bundesminister der Verteidigung derartige Veranstaltungen als sinnvoll begrüßt und die Bundeswehr darin bestärkt, diese Tradition im bisherigen Umfang fortzuführen.

3. - Bei einem öffentlichen Ablegen des feierlichen Gelöbnisses sind nicht nur Ansprachen der Kommandeure/Befehlshaber vorzusehen. In Bonn wird am 12. November 1980 der Bundesminister der Verteidigung sprechen. In den Wehrbereichen sind Vertreter des öffentlichen Lebens (Mitglieder der Landesregierungen, führende Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Gruppen) für die Ansprachen zu gewinnen.

4 - Auch in den Standorten ist des „Geburtstags" der Bundeswehr zu gedenken, Veranstaltungen müssen nicht ausschließlich am 12. November stattfinden, ein geeigneter Termin ist von den Kommandeuren/Dienststellenleitern, Standortältesten zu bestimmen. Für die Veranstaltungen besteht größtmögliche Gestaltungsfreiheit. Jedoch ist die Öffentlichkeit einzubeziehen.

5 - Die Dienstpläne aller Einheiten sollem am 12. November 1980 dem Geburtstag der Bundeswehr Rechnung tragen. Ein Tagesbefehl, den der Bundesminister der Verteidigung erlassen wird, ist bekannt zu geben.

6 - Ziel aller Maßnahmen muß es sein, an die Leistung „25 Jahre Frieden für unser Land" in würdiger Form zu erinnern.

gez. Brandt
General

Hamburg: Demonstration zum Antikriegstag beschlossen

Die Hamburger Friedenskoordination, an der sich zahlreiche Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen beteiligen, beschloß auf ihrer letzten Sitzung, am 1. September in Hamburg eine Demonstration durchzuführen. Falls der DGB sich doch noch zu einer Demonstration durchringen sollte, die schon lange im Gespräch, aber immer noch nicht beschlossen ist, soll auf jeden Fall eine eigene Kundgebung vorher durchgeführt werden, um sich anschließend an der (eventuellen) DGB-Demonstration zu beteiligen, da nicht davon auszugehen sei, daß der DGB überhaupt eine gemeinsame Aktion will.

Eine Minderheit im Bündnis meinte, die Hamburger Friedenskräfte seien überhaupt zu schwach, um eine so große Aktion tragen zu können, während andere, wie die „Volksfront", meinten, man würde sich von den Kollegen isolieren. Allerdings war auch dieser Teil bereit, die geplante Demonstration dennoch mitzutragen.

Außerdem sollen am Wochenende davor Stände und Agitation überall in der Innenstadt durchgeführt werden. Allerdings ist hier noch mit behördlichen Schikanen zu rechnen, da diese Aktivitäten mitten in den bürgerlichen Wahlkampfrummel fallen. Anschließend soll es eine Friedenswoche und eventuell ein gemeinsames Seminar geben.

Auf dem letzten Treffen scheiterte wiederum der Versuch, zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der Hamburger Initiative „Beendet das Wettrüsten", d.h. den Revis, zu kommen, obwohl diese mit großer Mannschaft angerückt waren.

Inhaltlich erklärten sie zur Vorbedingung, ein gemeinsamer Aufruf müsse die Aussage enthalten, daß es zur „Entspannung" keine Alternative gäbe. Außerdem müßten weitere „Abrüstungsverhandlungen" propagiert werden.

Ansonsten boten sie zwar eine Beteiligung an ihrem Fest, allerdings auf der Grundlage ihres Aufrufes an. Aber solche Dinge wie etwaige Sympathiebekundungen für die Bremer Aktionen kämen nicht in Frage. Das wollten diese Apostel der „Gewaltfreiheit" notfalls auch mit Ordnergewalt unterdrücken.

Anschließend bemühte sich die Initiative besonders intensiv um ein Bündnis mit den Hamburger Grünen, die allerdings erklärten, sie beteiligten sich an den Aktivitäten der Friedenskoordination. Dort könne man ja ein gemeinsames Vorgehen beraten.

Apel will Zivildienst verlängern

60.000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung werden in diesem Jahr voraussichtlich gestellt werden. In den ersten drei Monaten reichten bereits 21.287 Wehrpflichtige ihren KDV-Antrag ein, das ist rund ein Viertel mehr als im letzten Jahr (=17.204, entspricht einer Zunahme von 23,7%; lt. Antimil-Info 6/80).

Mit Ausnahme der wenigen Monate, wo man ohne Gewissensinquisition und ohne Prüfungsverfahren verweigern konnte, ist dies die höchste Zahl in der Geschichte der BRD und damit gleichzeitig die Quittung für die steigende Aufrüstung.

Kriegsvorbereitungsminister Apel konterte, daß für ihn nur dann eine *„echte Gewissensentscheidung"*, vorliegen würde, wenn der Betreffende eine *„echte Erschwerung auf sich nimmt"* („Mopo", 22.7.80) Er forderte eine Verlängerung des Ersatzdienstes von *„20 Monaten aufwärts"* (die Dienstzeit beträgt zur Zeit 16 Monate, 15 bei der Bundeswehr). Damit setzte sich Apel nicht nur über einen Beschluß des SPD-Parteitages hinweg, die Zivildienstzeit nicht über 16 Monate hinaus zu verlängern, sondern er machte auch deutlich, daß er offensichtlich keine Skrupel hat, die Jugend auf einen Krieg vorzubereiten. Hohe KDV-Zahlen beeinträchtigten die „Wehrkraft" der Bundeswehr. Kurz vorher hatte Apel gerade erneut erklärt, daß auch Frauen zur Bundeswehr sollen, ja auch die „Wehrgerichte" wieder eingeführt werden sollen, um mißliebige Soldaten einfacher zur Räson bringen zu können, wie es schon lange von den Generälen gefordert wird.

Bisher hatte man nicht gewagt, diese Tradition wieder aufleben zu lassen. Im 2. Weltkrieg waren 25.000 Soldaten auf Anordnung der Wehrgerichte erschossen worden; die schreckliche Praxis ging so weit, daß selbst nach Kriegsende noch Erschiessungen veranlaßt wurde. (Filbinger!!).

Kurz zuvor war im Bundestag die Verabschiedung der Wehrdienstnovelle gescheitert. Elf SPD-Abgeordnete wollten zumindest die Möglichkeit einer KDV-Anerkennung ohne mündliches Verfahren verankert wissen. Dafür hätten sie allerdings die übrigen Verschlechterungen für Kriegsdienstverweigerer hingenommen.

Nun wird anscheinend die entstandene Pause benutzt, um den Kriegsdienstverweigerern endgültig den Krieg zu erklären.

Juso-Chef Piecyk meinte, dies sei auch eine „innerparteiliche Kriegserklärung an die Jusos".

Der friedfertige Lack blättert bei der SPD zusehends ab.

Antimil-Nachrichten

Bremerhaven:

Rund 40 Leute kamen am 15.7. zu einer Diskussionsveranstaltung der SOdZDL-Bremerhaven zum Thema: Wie ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern ? Auf dem Podium saßen Vertreter/innen der Alternativen Liste Bremerhaven, der Grünen, der BBA, Volksfront, einer Schüler- und Frauengruppe.

Die DKP war abgesprungen, weil die Gewerkschaftsvertreter nicht erschienen waren.

Gemeinsam sollen Aktionen im September vorbereitet werden, man will sich an den Friedenswochen, zu der die ev. Kirche aufruft, beteiligen, außerdem an den Aktionen in Kalkar und Nordhorn/Lingen. Im August findet dazu ein Treffen statt.

Nach einem Bericht aus Bremerhaven

Neumünster:

Zum Antikriegstag sind in Neumünster eine Podiumsdiskussion, eine Filmveranstaltung, Lyrik und Songs gegen den Krieg, Büchertische und eine Anti-Kriegsspielzeug-Aktion geplant.

Die Initiative dazu ging vom antimilitaristischen Arbeitskreis aus, der recht bunt zusammengesetzt ist. Auf einem Vorbereitungstreffen trafen sich Vertreter/innen der BI, Frauenhausinitiative, der Grünen, „Z", KB, Volksfront, Aktion Jugendzentrum und DKP, insgesamt rund 20 Leute.

Das Treffen wurde stark dadurch beeinträchtigt, daß sich zur gleichen Zeit 60 Neumünsteraner Linke aufgrund kommunalpolitischer Schweinereien in der Kulturpolitik trafen, wobei der Großteil der linken und grünen „Prominenz" vertreten war.

Jusos, Revis und VVN hielten zu den Vorbereitungen bisher auch deutliche Distanz. So stimmten Jusos und SDAJ auf einer Vollversammlung des Stadtjugendringes gegen eine Unterstützung des Vorhabens.

Im Vorbereitungskreis ist noch umstritten, wie die Podiumsdiskussion aussehen soll. Während die BI alle zur Wahl stehenden Gruppierungen von der Volksfront bis zur CDU auf dem Podium sehen will, trat der KB dafür ein, daß nur Antimilitaristen auf dem Podium sitzen sollten.

VVN,DKP etc. planen in ihrem Spektrum nach unseren Informationen Aktionen im Rahmen der UNO-Friedenswochen im Oktober.

Nach einem Bericht aus Neumünster

StörmaNÖver im Herbst

In Hannover trafen sich rund 80 Antimilitaristen aus Hannover, Braunschweig, Hameln und Hildesheim, um gemeinsame Aktionen zu den Herbstmanövern vorzubereiten. In dieser Gegend soll am 15.-27. September 63.000 Mann, 880 Panzer, 350 Hubschrauber „im kritischen Grenzsektor" ihr Manöver abhalten, gleichzeitig wird eine Luftwaffengroßübung „Coldfire" abgehalten werden.

Das Aktionstreffen wird auch zu der Landeskonferenz in Kalkar kommen, um ihre Vorstellungen dort vorzutragen. In Hannover trifft sich dieser Kreis weiterhin wöchentlich.

Kontakt:
Internationalismus Buchladen
Stichwort MaNÖver
Königswörther Str. 19, Hannover



200 Menschen demonstrierten am 14.7. in Nürnberg gegen 47 neugebaute Munitionsbunker in einem Naherholungsgebiet. 60.000 Unterschriften waren bereits gegen die insgesamt 130 geplanten Bunker gesammelt worden.

Totalverweigerung

Am Wochenende 12./13.7. fand in Dortmund ein Treffen verschiedener Reservisten-Initiativen aus der Bundesrepublik statt. Die meisten der Gruppen haben sich im Laufe des letzten halben Jahres gebildet, infolge der sich verschärfenden Situation (Iran, Afghanistan, 6. Mai usw.). Gemeinsam ist uns, daß wir alle den Wehrdienst bei der Budneswehr abgeleistet haben und uns, zum Teil auf Grund dieser Erfahrung dazu entschlossen haben, den Kriegsdienst zu verweigern. Dabei haben wir verschiedene Möglichkeiten der Verweigerung in Betracht gezogen. Obwohl wir uns alle darüber im Klaren sind, daß das offizielle Anerkennungsverfahren bzw. die Anerkennung eine Farce ist und davon nicht abhängig ist ob ein Mensch Kriegsdienstverweigerer ist oder nicht, wollen sich eingie auf dieses Verfahren einlassen, da sie ihre Teilnahme an Wehrübungen auf jeden Fall ausschließen wollen, ohne dadurch disziplinarische oder strafrechtliche Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen, die anderenfalls bei Verweigerung von Wehrübungen zu erwarten sind. Im ‚Notfalle' gibt es natürlich verschiedene andere Möglichkeiten, um um Wehrübungen herumzukommen, aber wir halten es für erforderlich, uns nicht um Wehrübungen und Bundeswehr herumzumogeln, sondern uns eindeutig öffentlich und kollektiv zu unserer Totalverweigerung zu bekennen. Ein anderer Teil will den Antrag politisch begründen und somit eine ziemlich sichere Ablehnung in Kauf nehmen.

Ein dritter Teil lehnt jede weitere ‚Zusammenarbeit' mit der Bundeswehr und vergleichbaren Institutionen und damit auch eine KdV-Verhandlung ab. Was dabei noch ungeklärt ist, ist, wie die Bundeswehr auf die Totalverweigerer reagiert, die bereits ihren Wehrdienst abgeleistet haben, da, soweit uns bekannt ist, noch keine Totalverweigerung nach der Bundeswehrdienstzeit durchgeführt worden ist. Zum weiteren Vorgehen ist geplant, am 25.11. anläßlich einer Rekrutenvereidigung in Bonn eine kollektive Verweigerungserklärung auszuarbeiten und an dem Tage abzugeben. Daran sollen sich eine möglichst große Zahl von Totalverweigerern beteiligen!

Weiter wurde auf diesem Treffen beschlossen, sich an der BBU - DFG/VK Demonstration gegen Atomwaffen und Atomanlagen zu beteiligen sowie gegen das anstehende große Herbstmanöver Aktionen zu planen. Da dies das erste Treffen dieser Art war und die beteiligten Gruppen bzw. Einzelpersonen recht verschiedene Vorstellungen von dem Ablauf hatten, sind keine weiteren Beschlüsse gefaßt worden, abgesehen davon, daß wir uns am 20./21.9. in Bremen wieder treffen wollen und einen Aufruf erstellt haben.

Das wichtigste an diesem Treffen war dann auch der Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern, den ich als sehr fruchtbar empfunden habe.

Jürgen/Hamburg

Das Wort Krieg hat sich in den Köpfen der Menschen festgesetzt. Die Politiker reden ständig davon, es ist ein Dauerthema in den Zeitungen. Alle haben Angst davor, aber sie ist dumpf und diffus und wird verdrängt.

- Sowjetische Truppen in Afghanistan
- US-Spezialeinheiten im Iran
- NATO-„Übung": Bundesmarine im Indischen Ozean
- Aufrüstungsbeschluß der NATO

„Es gibt keine prinzipiellen Einwände gegen ein militärisches Eingreifen der Bundesrepublik im Persischen Golf" (Alfred Dregger, MdB)

- Die Bundeswehr verschickt neue Alarmreservebescheide
- 70.000 Reservisten werden zusätzlich mobilisiert
- Öffentliche Rekrutenvereidigungen werden als Bundeswehrpropaganda inszeniert
- Politiker fordern die Frauenwehrpflicht

Die bürgerlichen Medien fördern durch die Art ihrer Berichterstattung den Militarisierungsprozeß der öffentlichen Meinung und rechtfertigen die Kriegsvorbereitungen nach außen wie nach innen. Im Innern werden nicht nur Polizei und BGS, sondern auch die Bundeswehr auf Einsätze bei Streiks, Demonstrationen, Objektschutz, Räumungen und Absperrungen vorbereitet.
Heute, wie 1914, 1939, in Vietnam oder in Afghanistan werden Kriege geführt, um Einflußgebiete, Absatzmärkte, Rohstoffe und Billiglohnländer zu erobern, bzw. zu verteidigen.

Wir sind eine Initiative von Bundeswehr-Reservisten.

Wir sind eine Initiative von Bundeswehr-Reservisten.
Wir wollen keinen Krieg.

Am 25. November 1980 soll in Bonn erneut ein öffentliches Vereidigungsritual stattfinden. Wir rufen alle Reservisten und Soldaten auf, am gleichen Tag gemeinsam und mit e..er einheitlichen Begründung öffentlich zu erklären, daß wir uns weder an kriegerischen Auseinandersetzungen noch an Kriegsvorbereitungen beteiligen werden und der Bundeswehr nicht mehr zur Verfügung stehen.
Um dieser öffentlichen Erklärung den nötigen Nachdruck zu verleihen, sollte sie von konkreten Aktionen begleitet werden, wie z.B.

- Verbrennung von Alarmreservebescheiden und Wehrpässen
- Gemeinsame Rückgabe von Wehrpässen an Kriegsminister Apel
- Demonstration gegen das Vereidigungsritual am 25. November 1980 in Bonn, usw.

Zur Vorbereitung der Aktionen am 25.November 1980 haben wir vor:

- Lokale Mobilisierung in allen größeren Städten, z.B. zum 1.September 1980 (Antikriegstag)
- Beteiligung an der BBU-Demo am 27.Sept.1980 (bei akzeptablem Aktionsbündnis)
- Aktionen während der großen Herbstmanöver im Oktober 1980
- Initiativ-Treffen aller Reservisten-Gruppen am 28./29. September 1980 in Bremen

Wir bitten alle Reservisten und Soldaten, die sich an den Aktionen beteiligen wollen, in ihren Städten und Dörfern ähnliche Initiativen zu gründen und sich mit einer der folgenden Kontaktadressen von schon bestehenden Gruppen in Verbindung zu setzen:

BREMEN: c/o Frank Janzen, Friesenstr. 33, 2800 Bremen, Tel.: 0421/76948
DORTMUND: c/o Friedrich Wicke, Vogelpothsweg 26, 4600 Dortmund, Tel.: 0231/174723
HAMBURG: c/o Jürgen Krümmel, Heidberg 27, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/273728
MAINZ: c/o Siggi Riedel, Rettbergsau Domäne, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/602243
OSNABRÜCK: c/o Wohngemeinschaft, Schloßstr. 16, 4500 Osnabrück, Tel.: 0541/23796
MARBURG: c/o Wilhelm Kümmel, Zur Agatho 21, 3538 Marsberg-Canstein
Semesteranschrift: Großselheimer Str. 16, 3550 Marburg
WUPPERTAL: c/o Klaus Mertens, Dellbusch 66, 5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202/525419

Antimil-Aktivitäten in Bremen

Der kurze Sommer eines Bündnisses mit der DKP

Die massenhaften Proteste gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion am 6. Mai haben gezeigt, wie groß die Bereitschaft ist, gegen die wachsende Kriegsgefahr und aktive Kriegsvorbereitung der BRD einzutreten. Dementsprechend heftig fiel die Reaktion der Bundeswehrbefürworter und Kriegstreiber aus: Erschrocken wurde festgestellt, daß hier eine neue „Ohne-mich-Bewegung" (Wörner, CDU) am Entstehen sei; erschrocken wurde vor allem registriert, daß trotz militanten Vorgehens eines Teils der Demonstranten die Masse der „friedlichen" keineswegs daran gedacht hatte, sich von den Aktionen zu distanzieren.

Seitdem liegt die Hauptanregung der bürgerlichen Meinungsmache darin, die neu entstandene Anti-Kriegsbewegung im Ansatz zu spalten, vor allem zunächst deren militanten Teil — die Linke — zu isolieren.

Am wenigsten Schwierigkeiten hat das offenbar bei den Jusos bereitet. Sie beeilten sich nicht nur, über die „Chaoten" und „Steinewerfer" herzuziehen, sondern sie verpflichteten sich auch offiziell dazu, „künftig jedes Vermengen verschiedener Demonstrationsabsichten zu verhindern und schon den Eindruck von Bündnissen mit Kommunisten durch gemeinsame Flugblätter zu vermeiden" (Entschließung der Bremer SPD laut „Weser-Kurier", 17.5.). Daß dieser verordneten Hinternkriecherei kaum Widerstand entgegengebracht wird, beweist die traurige Tatsache, daß die Jusos bisher noch nicht einmal ihren Chef Uwe Parpart in die Wüste geschickt haben, obwohl der vor dem 6. Mai in trauter Kungelei mit dem Polizeipräsidenten versucht hat, mindestens den von ihrem Bündnis vorgeschlagenen Kundgebungsort an den Weserterassen verbieten zu lassen, wenn nicht — was noch „umstritten" ist, sogar die gesamte Demonstration zu verhindern.

Anders die DKP und ihr Umfeld. Vor die Alternative gestellt, entweder zusammen mit den Jusos den kurzen Rutsch nach Rechts anzutreten und dabei einen großen Teil der von ihr beherrschten „Friedensbewegung" zu verlieren, oder aber gegen den bürgerlichen Abgrenzungsdruck zumindestens teilweise gemeinsame Sache mit den Linken zu machen, entschieden sie sich erst einmal für Gesprächsbereitschaft mit den Linken.

Daraus ergab sich eine Diskussionsveranstaltung am 27. Juni über das Thema „Kriegsgefahr, Entspannungspolitik und Strategien gegen den Krieg", die gemeinsam getragen wurde von: Alternativer Liste, Gruppe Arbeiterpolitik, BBA, Bürgeraktion Garlstedter Heide, Komitee für Demokratie und Sozialismus (KDS), KB, Naturfreundejugend, Falken, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, DFU, DKP, Konferenz Bremer ASten, TAZ-Initiative Bremen.

Eingeleitet wurde die überfüllte Veranstaltung jeweils durch Kurzreferate über das Thema von DKP, KDS und KB, in denen die grundlegenden Differenzen deutlich wurden, aber auch die Bereitschaft, sich weiterhin gemeinsam auseinanderzusetzen. Die folgende Diskussion brachte dann zwar nichts Neues, der Wert der Veranstaltung aber lag ja schon in ihrem Zustandekommen.

Diese sehr positiven Ansätze gerade bei der DKP, am Zustandekommen einer gemeinsamen Front a l l e r Kriegsgegner und Antimilitaristen mitbasteln zu wollen, fand bei den Vorbereitungen gemeinsamer Aktivitäten zum Antikriegstag am 1.9. schon wieder ihr jähes Ende. Schon beim zweiten Vorbereitungstreffen stellte sich aber heraus, daß die Revis parallel zu den gemeinsamen Gesprächen ihre eigene Planung längst unter Dach und Fach gebracht hatten und nicht bereit waren, daran noch herumdoktern zu lassen, eine „gemeinsame Klamotte" sei nicht drin. Es sei nicht zu vereinbaren, einerseits auch die Bundesregierung angreifen zu wollen und gleichzeitig SPD-Kreise zu erreichen. Man müsse eben den richtigen Anknüpfungspunkt haben, und der sei ihre spezielle Entspannungspolitik. Außerdem sei klar, daß es noch Nachwirkungen vom 6.5. gebe und die Pastoren z. B. sagen würden, sie wollten mit Leuten, die am 6.5. Steine geschmissen hätten, nicht zusammenarbeiten. Schließlich würden Forderungen gegen die Bundeswehr, wie z. B. „BRD raus aus der NATO", ignorieren, daß große Teile der Bevölkerung das Bewußtsein hätten, von der Bundeswehr geschützt zu werden.

Diese Linie setzte sich auf der nächsten Sitzung in Beschlüssen fort: Per vorhandener Abstimmungsmehrheit wurde festgelegt, daß am 31.8. ein Friedensfest i m Weserstadion stattfinden soll, als Kontrapunkt zum 6. Mai, sowohl was die Rekrutenvereidigung angeht mittels einer „Friedensvereidigung", als auch was die militanten Aktionen angeht, durch besondere Betonung des „friedlichen Charakters".

Spätestens, als auf Verlangen der Jusos — die erstmals wieder an den Verhandlungen teilnahmen — ein lobender Absatz zum Schmidt-Besuch in Moskau in den Aufruf hereingenommen wurde (Chance für Entspannung und Abrüstung), war klar — die alten Freunde haben sich wieder; die neue Liebe hatte nicht einmal den Sommer überstanden. Dabei ist noch nicht einmal beschlossene Sache, ob die Jusos überhaupt wieder mit der DKP gehen dürfen: Darüber muß noch in den SPD-Chefetagen verhandelt werden, siehe den Beschluß der SPD nach dem 6. Mai ...

Natürlich können Jusos und DKP eine eigenständige Beteiligung der Linken nicht ausschließen. Da müßte sich noch zeigen, ob die friedfertigen Beteuerungen der DKP ernst gemeint sind; in den vergangenen Jahren wurden Antimilitaristen, die nicht ihre Hoffnungen auf die „Entspannung" setzen mochten, noch regelmäßig mit der Faust bearbeitet — gerade in Bremen gibt's da reichlich Erfahrungen.

KB/Gruppe Bremen



BRD-Marine: Rüstung zum Kampf um die Weltmeere

„Die atlantischen Partner sollten ihre Flagge ab sofort im Gebiet des Persischen Golfes zeigen und den NATO-Vertrag dahingehend abändern, daß ihre Lebens- und Sicherheitsinteressen auch im Persischen Golf liegen ... Auch ohne Revision des Vertrages sollte man (in Brüssel) einsehen, daß der Schutz der Schlagader der lebenswichtigen Rohöl-Versorgungs-Zone zum unmittelbaren Interessensbereich der Allianz zählt ... Daher erwartet unsere Regierung von den Verbündeten, daß sie sich der Herausforderung gewachsen zeigen".

So heißt es in einer Erklärung des republikanischen US-Senators Javits, zitiert in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 26.1.80.

Diese Erklärung drückt nur aus, was in einer Unzahl gleichlautender Forderungen imperialistischer Politiker und Journalisten „nach Afghanistan" verlangt wird.

Für die Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundesmarine sind bereits Voraussetzungen geschaffen worden. Am 19.6. beschloß der Bundessicherheitsrat unter Vorsitz von Kanzler Schmidt, den Einsatz der Marine zukünftig nicht nur bis zum 61. Breitengrad (Nordgrenze der Nordsee), sondern bis nach Nordnorwegen auszudehnen. Als Ersatz für teilweise abgezogene US- und britische Marine-Einheiten soll die Bundeswehr der Sowjetflotte die Zufahrtswege durch das Eismeer zum Atlantik blockieren.

Kurz darauf hob ebenfalls auf Initiative der Bundesregierung hin der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) (der WEU gehören Italien, Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Staaten und die BRD an) jegliche Beschränkung für den Bau von Kriegsschiffen durch die BRD auf. 1954 war die Aufnahme der BRD in die NATO mit der Auflage der Beschränkung der Marine auf den Binnenmeer- bzw. Küstenschutz in der Ostsee versehen worden. Diese Bestimmung war nach und nach gelockert worden. Seit 1973 operierte die Bundesmarine bis zum 61. Breitengrad in der Nordsee. Jetzt kann die BRD auch Kriegsschiffe über 3.000 Tonnen, atomgetriebene und mit Atomraketen bestückte Schiffe sowie U-Boote beliebiger Größe bauen und exportieren. Das Bundesverteidigungsministerium beeilte sich zu behaupten, daß dieser Beschluß *„ohne praktische Bedeutung"* sei. Denn für neue Fregatten habe man ohnehin schon vorher Ausnahmegenehmigungen erhalten. Man wies darauf hin, daß ein Ausbau der Marine eine Aufstockung der Marinetruppen (derzeit 38.000 Mann) erfordere. Vorsorglich hatte sich die Bundesregierung bereits die Genehmigung für 12 Fregatten geben lassen, obwohl erst sechs in Auftrag gegeben worden bzw. im Bau sind. Inzwischen erklärte Leisler Kiep, der sich gern mit dem Mantel eines „liberalen Nordlichts" in der CDU umgibt, daß *„deutsche Marineeinheiten"* nicht nur im Nordatlantik, sondern auch *„im Mittelatlantik oder im Südatlantik oder am Kap, aber nur in extremen Situationen"* einzusetzen seien.

Diese *„Sicherung der Lebenslinien und der Nachschubwege"* koste natürlich Geld. Die vorgesehene dreiprozentige Erhöhung des Rüstungshaushaltes reiche nicht aus. Wieviel Geld das koste, das würde schon *„die Bundesregierung wissen"*; vor der Wahl mochte er da keine Zahlen nennen. Nicht verschweigen wollte Leisler-Kiep, daß bestimmte Gesetze gestoppt werden müßten, um Geld dafür locker zu machen, selbst wenn das der CDU/CSU Stimmen kosten sollte („Spiegel"-Interview vom 21.7. 1980). Kiep betonte, daß es innerhalb der Strauß-Mannschaft darüber keine grundlegenden Differenzen gebe. Den noch lauteren Tönen Dreggers, Bundeswehrsoldaten im Nahen Osten einzusetzen, mochte er sich allerdings nicht anschließen, da dies nicht „zweckmäßig" sei.

Die SPD/FDP-Koalition hielt sich demonstrativ von solcher Lautstärke zurück. Scheinheilig hatte im April noch „Abrüstungs"-Experte Pawelcyk die Äußerungen Hassels (CDU-Mitglied und derzeitiger Präsident des WEU-Parlaments) zur Aufhebung der Marine-Beschränkungen kritisiert (s. „Neue", 30.4.80). Doch während Hassel polterte, war die Bundesregierung längst am Handeln – nicht nur mit dem Fregatten-Auftrag. Just während der US-Interventionsvorbereitungen gegen den Iran liefen die Bundeswehr-Zerstörer ‚Lüthjens' und ‚Bayern' mit zwei Versorgungsschiffen Ende April in Richtung Indischer Ozean aus. Dort sollten sie *„zwischenstaatliche Beziehungen"* f ö r d e r n (Uff!) und unter *„erschwerten Bedingungen für Mensch und Material in Tropenregionen getestet werden"*, wie es Kriegsminister Apel erläuterte (am 25.4.80). Das Glück wollte es, daß die ‚Lüthjens' mit einem Versorgunsschiff zusammenstieß, so daß auf diese Weise ein kleiner (leider nicht ausreichender) Abrüstungsbeitrag geleistet werden konnte.

Während die SPD diese Aktion als *„Ausbildungsreise"* zu verharmlosen suchte, nahm der Unions-Kanzler-Kandidat kein Blatt vor den Mund. Nach seinem Besuch bei US-Präsident Carter im April dieses Jahres verlangte Strauß *„eine verstärkte Aufrüstung ... um Lücken zu schliessen, wenn andere NATO-Staaten militärische Kräfte in anderen Teilen der Welt zusammenzögen. Er habe auch nichts dagegen, sagte Strauß, wenn als Demonstration der Geschlossenheit auch einmal Schiffe der Bundesmarine ‚Flagge im Indischen Ozean' zeigten"* (nach „UZ", 10.4.80).

Dieser Akt imperialistischer Kanonenpolitik war schon lange geplant, aber trotz der derzeitigen weltpolitischen Lage oder besser gerade wegen dieser im Februar dieses Jahres noch einem ausdrücklich bestätigt worden. Bevor die Bundeswehr-Kriegsschiffe im Indischen Ozean einliefen, nahmen sie an umfangreichen NATO-Seekriegsmanövern im östlichen Mittelmeer unter der Beteiligung der Flotten der USA, Italiens, Großbritanniens, der Niederlande, der Türkei und Kanadas teil. Bestandteil dieser Übung waren Truppenlandungen auf Sardinien. Dieser Übung („Dawn Patrol") schloß sich die Übung „Detterent Force 1/80" an, ebenfalls mit Bundeswehrbeteiligung („UZ", 6.5.80). Auch im Indischen Ozean soll es gemeinsame Manöver geben. Allerdings war die BRD-Regierung bemüht, diese Meldungen der US-Nachrichtenagentur „ap" sowie der „FAZ" (vom 8.4.80) zu dementieren.

In diesem Artikel wollen wir die Geschichte der Diskussion um die „Ausweitung der NATO-Präsenz" nachzeichnen, beginnend im Jahre 1973. Zu diesem Zeitpunkt war die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam besiegelt. Infolgedessen wurde die konventionelle Aufrüstung enorm verstärkt. Die USA verstärkten ihre Truppenpräsenz in der BRD. Es wurde eine Aufrüstung zur konventionellen Überlegenheit der NATO betrieben, die von der Propaganda der „russischen Panzerwalze" begleitet war.

1972 war das erste SALT-Abkommen abgeschlossen worden. Das Ergebnis leitete eine neue Runde des atomaren Wettrüstens ein. Doch sowohl die konventionelle Heeresrüstung als auch die atomstrategische Rüstung soll hier nicht Gegenstand sein.

Die Niederlage in Vietnam, aber insbesondere die sog. Ölkrise waren Auslöser für die Marine-Aufrüstung bzw. die Expansion der NATO auf den Weltmeeren. Im Oktoberkrieg (Yom-Kippur-Krieg) 1973 hatte die US-Marine starke Flottenverbände und Flugzeugträger im Mittelmeer aufgezogen. Doch zum ersten Mal kreuzten in größerer Zahl auch sowjetische Kriegsschiffe im Mittelmeer, die den Nachschub von Kriegsmaterial nach Ägypten begleiteten. Die NATO-Strategen sprachen sogleich von einer „Neutralisierung" ihres Flottenaufmarschs. Seither geistert die Sowjetflotte in ständig bedrohlicheren Ausmaßen durch die bürgerliche Presse.

Infolge des Oktoberkriegs kam es 1973 zum Ölboykott der OPEC-Staaten gegenüber den USA und den Niederlanden. Dies wurde dann bekanntlich zur weltweiten Öl- und Rohstoffkrise hochgespielt, obwohl das Öl nahezu unvermindert geflossen war. Von da an wurde offen der Einsatz der gesamten Marine der NATO auf den Weltmeeren zum Schutze der Handels- und Öl-Routen bzw. „Lebensadern" des Westens, wie diese bezeichnenderweise umgetauft wurden, propagiert.

In Springers „Welt" (24.12.73) erklärte Herbert Kremp den *„gegenwärtigen Verteilungskampf um die Rohstoffe (zum) Vorläufer eines generellen Verteilungskampfes zwischen den industrialisierten Staaten der nördlichen Hemisphäre und den wesentlich weniger entwickelten Ländern der südlichen Zone"*. Kremp kündigte an, daß dieser Kampf *„Züge eines Vernichtungskrieges"* haben würde. *„Diese Machtfrage"* müßten die *„industrialisierten Systeme"* in „ihrem Sinne" lösen. Cykon beklagte („Welt", 16.11.73) die *„Machtlosigkeit Westeuropas"*, die *„alle seine Bürger konsternieren müsse"*. Schon „hundertmal" seien *„wirtschaftliche Kriegserklärungen mit militärischen beantwortet worden"*. Zur „wirtschaftlichen Kriegserklärung" der OPEC wäre es auch nicht gekommen, *„wenn sie sich nicht militärisch abgedeckt fühlen würden durch die Sowjetunion"* (ebenda). Statt *„westlicher Schwäche"* brauche man *„endlich die Milliarden"* für *„Kolonnen neuer deutscher Panzer und Flugzeuge ... französischer und britischer Kreuzer und Atomraketen"* (s.o.). Das waren eindeutige Töne. Aber auch Willi Brandt rief zur Bildung einer neuen Volksgemeinschaft auf: *„Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte"* (in „Welt" vom 28.11.73). *„Frieren wir uns zusammen und erfrieren wir uns Einfluß"*, faßte es die großbürgerliche „FAZ" zusammen (7.11.73).

Wenn gleichzeitig eine Studie des US-Repräsentantenhauses feststellte, *„die NATO hat nicht funktioniert"*, dann ging es um nichts anders, als die Ausdehnung des NATO-Einsatzes propagandistisch vorzubereiten.

Auf dem Höhepunkt der Ölkrise probte die US-Armee in der kalifornischen Wüste die Besetzung eines Ölfeldes. Der „Gegner" wurde in libysche Uniformen gesteckt. Dies war gleichzeitig der Startschuß für den Aufbau einer weltweit einsetzbaren US-Eingreiftruppe. Die VII. US-Flotte lief im persischen Golf ein, der Sultan von Oman wurde um Erlaubnis für Landeübungen gebeten. Die Strategie war seinerzeit nicht, mit der gesamten NATO einen Kriegseinsatz anzudrohen, sondern mit den engsten Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten: *„Die Ölkrise könnte zum Einschreiten der USA oder seiner Helfer Iran oder Israel führen, um die Ölgebiete zu besetzen"*, erklärte US-Senator Fulbright („FR", 30.5.73). Der englische Imperialismus spielte in dieser Region bereits nur noch eine untergeordnete Rolle. Während er in den 50er Jahren noch den Indischen Ozean kontrollierte, der 100 Jahre lang als britisches „Binnenmeer" gegolten hatte, mußte er diese Rolle dem US-Imperialismus überlassen. Der Schah erklärte, er habe nun die *„Rolle Englands am Persischen Golf"* übernommen, *„eine Weltrolle als Wächter und Beschützer von 60% der Erdölreserven der Welt"*.

„Abgesehen von der traditionellen Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien pflegen die USA eine langjährige Freundschaft zu den Hauptmächten in diesem Gebiet. Ich meine den Iran und Saudi-Arabien", erklärte vor dem US-Senat Senator Sisco. *„Seit Jahren haben wir der Modernisierung und Stärkung der militärischen Streitkräfte im Iran und Saudi-Arabien Hilfe geleistet"*. Der Iran habe dabei *„natürlich eine eindeutige Vorrangstellung"*. (s.AK 36). Eine wesentliche Rolle zum *„Schutz der Region"* vor dem *„Eindringen des Kommunismus"* – wie es die Eisenhauer-Doktrin erklärte – hatte auch der CENTO-Pakt. Dieses Bündnis, dem die Länder Großbritannien, USA, Türkei, Iran und Pakistan angehören, führte ebenfalls 1974 gemeinsame Manöver im Indischen Ozean durch.

Klassische Kanonenbootpolitik

In dieser Zeit erschien in der „Marine Rundschau" (4.10.74) ein Artikel von Hans-Peter Schwarz zur *„maritimen Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland"*, der unterhalb der nuklearstrategischen Marinepolitik eine Beteiligung der Bundeswehr an der imperialistischen Kanonenpolitik forderte. *„Vor allem ... die Entstehung eines neuen Weltsystems junger Staaten"* habe *„die traditionellen Machtmittel maritimer Außenpolitik im Ganzen eher auf- als abgewertet ... Sicher: ihr Einsatz ist nuancierter als in der Ära klassischer Kanonenboot-Diplomatie und des Kolonialimperialismus"*. Doch nach wie vor gehe es darum, mit solchen Flottenaufmärschen *„den Gegenspieler in Schach zu halten, Positionsvorteile zu gewinnen, Schutzmächte zu beruhigen, Vasallen des Gegenspielers unter Druck zu setzen und schwankende Regierungen durch nuancierten Einsatz von Seemacht zu beeindrucken"*.

Schwarz konstatierte, daß es von 1919 bis 1936 „nur" 63 Fälle *„begrenzten politischen Einsatzes von Seestreitkräften"* gegeben habe, in 24 Nachriegsjahren (von 45 bis 69) jedoch schon 81 derartige Einsätze. Insgesamt wurden die imperialistischen Flotten in dieser Zeit erheblich ausgebaut. Nach Vietnam war das gesamte Stützpunktsystem der USA im Indischen Ozean stark erweitert worden; bereits ab 1971 wurde Micronesien als Stützpunkt ausgebaut, ab 1973 Diego Garcia, um dort strategische Bomber und Truppentransporter landen zu können bzw. um Hafenanlagen für Atom-U-Boote und Flugzeugträger zu besitzen.

Im Mai 1975 wurde der größte Flugzeugträger, die Nimitz (mit 6000 Mann Besatzung und 100 taktischen Atomwaffen ausgerüstet), als erster von vier weiteren geplanten Flugzeugträgern dieser Klasse in Betrieb genommen (derzeit besitzen die USA 13 Flugzeugträger im Einsatz und zehn weitere ‚eingemottet' – „Spiegel", 2.6.80).

„Der Westen ist selbst gefordert"

„In den ersten 20 Jahren des Bündnisses der NATO war es für die Verteidigung Europas nicht von großer Bedeutung, was ‚draußen in der weiten Welt' passierte. Die Macht der USA verhinderte, daß da etwas für die Sicherheit Europas Gefährliches geschah. Der Wendekreis des Krebses, die im Nordatlantikvertrag von 1949 festgelegte und noch heute gültige geographische Begrenzung der Interessen und Aktivitäten der NATO (natürlich nicht einzelner Mitgliedsstaaten), schien als solche vollauf zu genügen" (Graf Kielmannsegg in „Europäische Wehrkunde" 5 u. 6/79). (Der Wendekreis des Krebses liegt südlich von Marokko).

Kissinger kündigte an, US-Präsident Ford werde nun auf seiner Reise Mitte 1975 die *„Verbündeten zu gemeinsamen Unternehmen aufrufen, die noch bedeutsamer sein könnten, als die vergangene Suche nach gemeinsamer Sicherheit"* („FAZ", 14.5.75). Die NATO solle *„eine überregionale Mitverantwortung für weltpolitische und weltwirtschaftliche Probleme übernehmen ... besonders im Nord-Süd-Konflikt"* („SZ", 18./19.5.75).

US-Kriegsminister Schlesinger spielte dabei den Scharfmacher: Die NATO-Staaten *„sollten nicht glauben, daß sie sich ungetrübt des Überflusses amerikanischer Macht erfreuen könnten"* („SZ", 24.5.75). Springers „Welt" trommelte: *„Das Risiko ... einer kommunistisch-arabischen Flankenoperation ... hat sich trotz der Entspannung nicht verringert ... vielmehr verdoppelt"* (7.9.75). Doch auch der SPD-Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Berkhan, erklärte ungeniert den *„Schutz und die Sicherung der Ölrouten"* zur *„militärischen Aufgabe des Bündnisses"* („FR", 3.2.75). CDU-Wörner forderte zusätzlich die *„Entsendung eines multinationalen Flottenverbandes in das Mittelmeer"*, um die Entwicklung in Portugal zu beeinflussen sowie den Aufbau *„eines ständigen Mittelmeergeschwaders und eine deutliche Verstärkung der mobilen NATO-Eingreiftruppe"* („FAZ", 8.4.75).

Hintergrund dafür war neben den für die NATO unsicheren Verhältnissen nach dem Sturz des Faschismus in Portugal die Lage in Zypern. Dort hatte 1974 Griechenland mit Unterstützung der NATO versucht, einen Putsch gegen Makarios zu inszenieren, da dieser eine „unabhängige" Politik betrieb. Zypern sollte mit seinen beiden britischen Stützpunkten der „unversenkbare Flugzeugträger" der NATO im Mittelmeer bleiben. Anschließend marschierte die Türkei auf der Insel ein. Die BRD entsandte zwar kein ständiges Flottenkontingent in diese Region, übernahm aber von den USA teilweise die militärische Aufrüstung und ökonomische Aufgaben in Griechenland und der Türkei.

NATO-Eingreiftruppe in Afrika

Den Erfolgen der Befreiungsbewegungen in Mosambique und Angola folgte eine erneute Propagandawelle für die Ausdehnung des NATO-Bereichs. Die USA, Weltpolizist Nr. 1 auf den Weltmeeren, drängten erneut auf eine Aufgabenteilung. Kissinger drohte, die USA würden *„kein zweites Angola dulden"* und besonders kein weiteres Eingreifen Kubas. Die *„Möglichkeiten einer militärischen Aktion gegen Kuba (würden) geprüft"* („SZ", 27.3.76). Wegen des *„sowjetischen Neokolonialismus"* in Afrika, der die *„lebenswichtigen Seerouten ums Kap"* bedrohe, forderte Hill Norten, seinerzeit Vorsitzender des NATO-Ausschusses, die Ausrufung einer *„NATO-Interessenzone"*, bzw. ständige Flotten-Stationierungen der NATO im Südatlantik („HA", 22.1.76). Die „FAZ" berichtete am 5.2.76, daß 14 Regierungen vom NATO-Oberbefehl *„seit mehreren Jahren ... mit einer Notfallplanung für den Einsatz eines national gemischten Flottenverbandes im Südatlantik beauftragt wurden"*. Es sollten gemeinsame Zerstörer/Fregatten-Geschwader geplant werden, wofür neben den USA, Großbritannien auch die Niederländer, Norweger bzw. die BRD herangezogen werden könnten. Dies sei *„seit langem bekannt"*. Der britische Admiral Ashmore schlug zur Sicherung des Südatlantiks vor sowjetischen Flotten gleich die Ausdehnung der NATO bis Südamerika und Einbeziehung Brasiliens vor. In Afrika selbst ist „natürlich" das südafrikanische Rassistenregime für die NATO-Flottenpolitik bis zum Kap von entscheidender Bedeutung. Die BRD lieferte dorthin Kriegsschiffe und vor allem die Computer-Radar-Überwachung im NATO-Code („Advokat").

Noch offener wurde über den zukünftigen Einsatz der Bundeswehr ir

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 23

Afrika nach der Intervention belgisch-französischer Truppen 1978 in Zaire gesprochen. Die BRD hatte selbst Bundeswehr-Offiziere mitgeschickt („SZ", 8.6.78) und Transportunterstützung geleistet. Frankreich beriet daraufhin mit 21 afrikanischen Staaten die Bildung einer Eingreiftruppe von mehreren 1000 Mann für den schwarzen Kontinent. Angeblich wollte die BRD einen *„Teil für Transport und Unterhaltung"* übernehmen. Die Pläne würden von vielen NATO-Staaten unterstützt, *„doch nur wenige schienen bereit, dafür offen einzutreten"*. Der britische General Walker forderte während des Zaire-Überfalls die Bildung einer *„westlichen Antikommunistischen Allianz"* unter Einschluß der Republik Südafrika (wo er sich während dieser Zeit vielleicht nicht gerade zufällig aufhielt). Südafrika solle ihre *„Nuklearkapazität als Abschreckungs- und Verhandlungsmittel entwickeln"* (alle Zitate und Quellenangaben s. AK 130, S.7). Eine zukünftige Beteiligung von Bundeswehr-Truppen schloß auch Helmut Schmidt in einem „stern"-Interview (8.6.78) nicht aus: *„Wir stehen ... keineswegs in der sicheren Nische, wir drücken uns nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete überaus vorsichtig sein müssen"*. Apel machte der Truppe klar, daß für die BRD-Interessen in Afrika *„auch Aktionen notwendig sein"* könnten („Informationen für die Truppe" 9/78). Auch für diese militärischen Interventionen wurden wie beim Öl Rohstoffinteressen angegeben: *„Trotz neuer Technologien gehören Kupfer und Mangan immer noch zu den strategischen Bodenschätzen, deren wichtigste Vorkommen partout nicht in die Verfü-*
kommen partout nicht in die Verfü-
gungsgewalt der weltpolitischen Antagonisten fallen soll" („SZ", 23.5.78). Auf deutsch (!): Eine antiimperialistische Entwicklung in Zaire muß auch in Zukunft wegen der Rohstoffbedeutung durch militärischen Einmarsch verhindert werden.

In dieser Zeit wurden die sechs neuen Fregatten in Auftrag gegeben. Es kam zu mehreren parlamentarischen Skandalen, weil sie sich zusehend verteuerten (Stückkosten über 300 Millionen). *„Plausible Begründungen zugunsten des neuen Schiffes mit dem großen Radius ... glaubte man wohl aus politischen Rücksichten zurückhalten zu müssen"* („SZ", 9.7.78).

In der militärischen Fachpresse dagegen hieß es vollkommen offen, daß die Schiffe *„so konzipiert"* seien, daß sie auch in *„anderen ... Seegebieten"* als der Nordsee operieren könnten und daß sie *„in Krisen und Spannungszeiten ... in vorgeplante Operationen auf NATO-Ebene einbezogen"* werden würden („Soldat und Technik" 6/78). Zudem wurde schon damals angekündigt, daß zukünftig 24 holländische und westdeutsche Fregatten gemeinsam die Nordsee zu bewachen hätten. Ein entsprechender Beschluß dürfte nach den Wahlen und dem WEU-Beschluß bald dem Parlament präsentiert werden.

Größter Flottenaufmarsch im „Meer des Friedens"

1981 wird eine Sonderkonferenz der UNO stattfinden, die über eine bereits 1971 verabschiedete UN-Resolution, den Indischen Ozean zu einem „Meer des Friedens" zu erklären, beraten soll. Man sieht: Trotz steigender Kriegsgefahr bewahrt sich die UNO einen kräftigen Schuß Humor. Denn derzeit erlebt der Indische Ozean den größten Flottenaufmarsch der Geschichte. *„Wenn es zu einem Krieg kommen sollte, dann kann man wegen der Bedeutung des Öls wohl annehmen, daß er im Indischen Ozean, der größten Erdölquelle, aufflammen wird"* („Europäische Wehrkunde" 12/79). So hieß es nach dem Schah-Sturz und noch vor der SU-Intervention in Afghanistan. Drei Flugzeugträger, 27 weitere US-Kriegsschiffe, 14 französische und drei britische Schiffe kreuzen im Indischen Ozean, hinzu kommen 27 sowjetische Kriegsschiffe. Dieser Flottenaufmarsch bzw. das imperialistische Stützpunkt-System wurde ausführlich in AK 175 (S.4/5) dargestellt und soll hier nicht wiederholt werden.

Allerdings wird inzwischen, nachdem Carter den Persischen Golf zur US-Interessensphäre erklärt hat, zügig der Aufbau der US-Eingreiftruppe vorangetrieben. In der letzten Woche liefen Schiffe mit 1800 Marine-Infanteristen einschließlich Kriegsmaterial ein. 7 Frachter mit Treibstoff, Panzern und Munition für 12000 Mann werden allein im Laufe des Monats Juli in den Indischen Ozean gebracht; stationiert werden die Schiffe in Diego Garcia. Eine 25000 Mann-Armee kann damit innerhalb eines Monats überall im Umkreis von 10000 km zum Einsatz gebracht werden; 1983 sollen es 50000 und 1985 100000 Mann sein.



In einem ersten Abkommen wurden der Oman und Kenia als Stützpunkte dieser Truppe gewonnen. Als Gegenleistung liefern die USA Waffen. Ähnliche Verhandlungen laufen derzeit mit Somalia und anderen Staaten. Auf Angebote von Ägypten und Israel wird offiziell verzichtet, um nicht zuviel Staub aufzuwirbeln, obwohl diese Länder als Luftwaffenstützpunkte fest eingeplant sind. Inzwischen wurde eine US-Staffel-Phantomjäger in Ägypten stationiert. In der Negev-Wüste legt Israel zwei Luftlandeplätze für die US-Truppe an.

Offen erklären die amerikanischen Kriegsplaner, daß sie sich auf *„das Verständnis befreundeter Anrainer-Staaten"* verlassen, allerdings sich
Verständnis befreundeter Anrainer-Staaten" verlassen, allerdings sich
auch darauf einrichten, *„die benötigten Häfen mit Landungstruppen einzunehmen"* (s.„FR", 22.7.80). Der Aufbau dieser Eingreiftruppe und einer neuen 5. US-Flotte im Indischen Ozean (bis dato gehörten die US-Kriegsschiffe zur VII. US-Flotte, die im Mittelmeer stationiert ist) sind aktuell der Hauptanlaß, eine stärkere Arbeitsteilung, die die Übernahme neuer Aufgabengebiete für die Bundesmarine enthält, durchzuziehen.

Die Mär von der „globalen Herausforderung"

Gerade der Aufbau der zusätzlichen Flotte und der Eingreiftruppe im Indischen Ozean, beides seit Mitte der 70er Jahre geplant, macht deutlich, daß es den Imperialisten darum geht, die Herrschaft über die Meere zu besitzen, um von dort aus jederzeit und an jedem Ort mit Truppen eingreifen zu können.

Im Gegensatz zur regionalen Beschränkung in den ersten 20 NATO-Jahren seien *„die Großräume um den Nordatlantischen Raum herum, also der Nordmeerraum, der Mittelmeer-Raum, der Nahe- und der Mittlere Osten, Afrika und der Indische Ozean, von großer und unmittelbarer Bedeutung für die europäische Verteidigung. Man muß sie ohne jede Dramatisierung lebenswichtig nennen, im Kriege überlebenswichtig und dies aus zwei Gründen: in ihnen liegen die rohstoffliefernden Länder, und über die Meere laufen die Verbindungslinien der westlichen Länder beiderseits des Atlantiks ..."* Der „Großraum um den Nordatlantik" entspricht demnach ungefähr der gesamten Erdoberfläche (wobei allein der Pazifik ‚vergessen' wurde) – jedenfalls ist das die Meinung von Kielmannsegg (s.o.). Neben der Sicherung der ökonomisch wichtigen Rohstoffe und der Handelsrouten führt er für das direkte Engagement des Imperialismus insbesondere den Sturz des Schah an, nicht nur wegen *„der Möglichkeit eines Abdrehens des Ölhahns ... sondern vielleicht mehr noch durch den Ausfall Irans als Ordnungsmacht im Mittleren Osten"*. Der Iran habe nicht nur *„die erweiterte (?) Golfregion im Sinne des Schutzes für Erdölquellen und Transporte"* geschützt, sondern auch die freie Welt verteidigt *„gegen vom Osten gesteuerte Umsturzversuche"* (z.B. in Oman). *„Saudi-Arabien, von den Scheichtümern ganz zu schweigen, kann dafür nie Ersatz sein, (nun sei) der Westen unmittelbar gefordert . . . "*

US-Staatssekretär und Vize-Kriegsminister Komer ergänzte nach Afghanistan, die Gründe für die Intervention der SU genau zu benennen, sei zwar spekulativ, aber es gebe *„überhaupt keinen Zweifel"*, daß *„das sich ändernde Kräftegleichgewicht zumindest die UdSSR ermutigt hat... und sie tat es in einem Gebiet, das so gefährlich nah an der Schlagader der entwickelten westlichen Wirtschaft liegt, der Quelle von zwei Dritteln unseres (!) Öls"*. Für Komer ergibt sich die „Herausforderung des Westens" aus *„diesen Anzeichen von verstärkter sowjetischer Aggressivität v e r b u n d e n mit der Verwundbarkeit des instabilen Gebietes im Nahen Osten und Persischen Golf"*. „Noch größer" würde die Gefahr, da durch das Kartell der Öl produzierenden Länder, durch Inflation, durch eskalierende Ölpreise und vielleicht verringerte Förderung das „wirtschaftliche Wachstum" untergraben würde und damit *„unsere Fähigkeit, ausreichende Verteidigungsanstrengungen zu finanzieren ... Eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit wie für die Wirtschaft in einem Ausmaß, mit dem die NATO seit 1949 nicht mehr konfrontiert worden ist"* (zit. nach „Europäische Wehrkunde" 3/80). Für US-Admiral Shear, Oberbefehlshaber der NATO, ist diese Herausforderung weltweit: *„Hier eine kurze und unvollständige Liste möglicher Unruheherde, die für die Südflanke (der NATO) von Bedeutung sein könnten:*

Die Polisario-Front und die Sahara, Libyen, Tschad, Uganda, Angola, Zaire, Rhodesien, Libanon, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Mocambique, die beiden Jemen,Afghanistan, Pakistan – die Liste erscheint endlos". (Tja!)

Für ihn ist *„der Aufruhr und das Chaos im Iran ein schwerer Schlag. Aber er hatte auch etwas Gutes. Er zeigte deutlich, daß sich etwas derartiges hier ereignen kann und dort... und es könnte morgen passieren."* Insofern könne man es sich *„nicht leisten"*, noch irgendwelche Grenzen bzw. „saubere Linien" für die NATO zu ziehen: *„Harte Tatsache ist es vielmehr, daß a l l e s , was irgendwo rund um Afrika oder natürlich auch irgendwo auf diesem turbulenten Kontinent oder im Indischen Ozean, im Roten Meer, im*
dischen Ozean, im Roten Meer, im
Persischen Golf oder im gesamten Mittleren Osten geschieht, für die NATO genauso wichtig oder möglicherweise kritischer ist als das, was irgendwo in Westeuropa oder im atlantischen Ozean vor sich geht."

Aufgabe der NATO ist für ihn nicht nur eine imperialistische Kanonenboot-Politik in Krisenfällen, sondern die **K o n t r o l l e** auf den Meeren: *„Wir müssen der Tatsache eingedenk sein, daß Kontrolle des Mittelmeers wirksame Kontrolle der NATO-Südflanke bedeutet, geradeso wie Kontrolle des Indischen Ozeans und der benachbarten Seegebiete für die dortigen Interessen der NATO in ähnlicher Weise unabdingbar ist... Wir müssen auch die Notwendigkeit, stark zu bleiben, erkennen. Und das heißt stark ü b e r a l l* (Hervorhebung im Original)*..Ja, wir müssen uns der Tatsache völlig bewußt sein, daß letzten Endes unser Bündnis das Ziel jener in der Welt heute beobachteten Destabilisierungsversuche ist. Das Schicksal des Bollwerks der Freiheit hängt von diesem Bewußtsein ab"* (zit. nach „Europäische Wehrkunde" 12/79). Für US-Vizekriegsminister Komer schafft *„die Zerbrechlichkeit vieler örtlicher Regime und die sich gegenseitig zerstörenden Konflikte zwischen ihnen allen ... neue Möglichkeiten für sowjetische politische Interventionen oder Streitkräfte-Einsatz in einem Gebiet, in dem bis vor kurzem die Präsenz der westlichen Macht nur gering war."*

Die Schaffung einer „globalen Abschreckung" („klares Hauptziel für die 80er Jahre") müsse *„hauptsächlich von den USA in Zusammenwirkung mit bedrohten örtlichen Regimen getragen werden ..., da die europäischen Fähigkeiten für eine Bereitstellung von Streitkräften in diesem Gebiet verkümmert sind. Selbst für die USA wird diese Aufgabe teuer und schwierig sein, wegen der enormen Entfernungen und des Mangels von bereitstehenden Stützpunkten. Hier fühlen wir Amerikaner uns berechtigt, unsere Alliierten zu bitten, die Last dieser gemeinsamen Verantwortung zu teilen; auf dem Weg der Hilfe für bedrohte Regime, durch gemeinsame politisch-wirtschaftliche Maßnahmen und in Krisenzeiten durch soviel militärischen Beistand wie möglich"* (aus einer Rede über „die Zukunft der Allianz", gehalten auf der Europäischen Wehrkundetagung im Februar 1980; nach „Europ. Wehrkunde" 3/80).

„Sea-control"

Durch die Erfolge der Befreiungsbewegungen in Vietnam und Afrika, den Sturz des Schah und die Erhöhung der Ölpreise sieht der Imperialismus überall in der Welt seine „Sicherheit" gefährdet. Unter „Sicherheit" wird ungehinderte Ausplünderung der Rohstoffe und Kontrolle der Weltmeere verstanden. Auch die Bundesmarine soll nun eingespannt werden, was den deutschen Militaristen das Herz schneller schlagen läßt. Vornehm ausgedrückt heißt diese Flottenkonzentration „zeitlich und örtlich wechselnder Schwerpunkte auf neuralgische Zonen" in der Fachpresse „Sea denial" (s. Bethge, neuer Marineoberbefehlshaber, in „Wehrtechnik" 6/80). Da der Imperialismus in unnachahmlicher Bescheidenheit die Weltmeere als seine „Lebensadern" betrachtet, verlangt er eine weltweite *„umfassende Kontrolle ... einschließlich des Luftraums"* – die sog. „Sea control" (ebenda). Diese Seeherrschaft wollen die Imperialisten arbeitsteilig bewerkstelligen. Der BRD ist in Zusammenarbeit mit den kleinen europäischen NATO-Ländern neben der Ostsee inzwischen die Kontrolle der Nordsee und der Atlantik-Routen zugefallen, eine Kontrolle, die bis zum Eismeer ausgedehnt werden soll (und danach geht's weiter: „am deutschen Wesen..."). Mit dem Aufbau der US-Interventionstruppen wird gleichzeitig ein Instrumentarium geschaffen, um jederzeit in Konflikte einzugreifen, ohne sich auf Stellvertreter bzw. regionale Mächte allein zu verlassen. Vorbild: Der Überfall in Zaire 1978. Diese Einsätze werden mit Hilfe der US-Flugzeugträger gleichzeitig mit „nuklear-strategischen Potentialen" abgesichert (z.B. sind auf der Nimitz 100 Atomwaffen stationiert). Das nennen die Fachstrategen „Power projection".

Zur Rolle der Sowjetflotte

An dieser Aufzählung kann man ermessen, was davon zu halten ist, wenn immer wieder der SU der Griff nach den Weltmeeren unterstellt wird. Ohne hier einen Kräftevergleich im Detail vorzunehmen, ist es vollkommen eindeutig, daß die Sowjetflotte weder eine Seeherrschaft ausüben kann, noch gleichrangige Interventionstruppen besitzt. Dazu fehlen jegliche Voraussetzungen wie entsprechende Stützpunkte oder militärische Luftunterstützung (ohne die eine Flottenkonzentration im Ernstfall lediglich zur Zielscheibe des Gegners werden würde). Es ist sogar umstritten, ob die sowjetische U-Bootflotte tatsächlich die Funktion einer atomaren Zweitschlagkapazität besitzt (wie das bei den U-Booten der USA der Fall ist). Unumstritten ist allerdings folgendes: In der Kuba-Krise 1962 besaß die SU nicht die Fähigkeit, der Erpressung der USA bzw. der Seeblockade auf dem Meer irgendetwas entgegenzusetzen. In den beiden Nah-Ost-Kriegen 1967 und vor allem 1973 wurde die inzwischen aufgebaute sowjetische Kriegsflotte eingesetzt, um militärischen Nachschub auf dem Meer zu begleiten.

Das gleiche gilt für die Unterstützung Angolas. Die Flugzeugträger der USA, die im Atlantik, im Mittelmeer oder auch im Indischen Ozean gleichzeitig die SU atomar bedrohen, sind ständig von Kriegsschiffen der SU begleitet, die sich störend bei der Erpressungspolitik der Imperialisten bemerkbar machen. Allein aufgrund dieser Ausdehnung sprechen alle militärischen Strategen bereits von einer „Offensive" der SU auf den Weltmeeren. Die eigentliche „Störung" sehen die Imperialisten darin, daß die SU ihre Flotte einsetzen könnte, um andere Länder gegen den Imperialismus zu unterstützen und durch Flottenaufmärsche angedrohte Interventionen „neutralisieren" bzw. begrenzte Interventionen unmöglich machen könnten. Schon insofern stelle *„die sowjetische Marine ... eine gewaltige Herausforderung für unsere Seeherrschaft dar"*, erklärte US-Admiral James L. Holloway („Spiegel" vom 2.6.80). In dieser „Spiegel"-Darstellung wird angenommen, daß die SU dabei sei, große Flugzeugträger zu bauen. Gleichzeitig heißt es, das „Geheimnis der Roten Flotte" läge *„im Grunde nicht so sehr in der Frage nach ihrer Überlegenheit gegenüber den Flotten des Westens, sondern in der unklaren Zielrichtung der sowjetischen Außenpolitik"*. So behält sich der „Spiegel" vor, demnächst weitere „Geheimnisse" aufzudecken, z.B. sensationelle Flottenstützpunkte in der Sahara...

Ausplünderung der Weltmeere

Recht frühzeitig widmen sich die Imperialisten auch der Frage der Rohstoffausbeutung der Meere. Seit 1973 sei *„abzusehen, daß die Freiheit der Meere Einbußen erleiden wird"*, was durch die *„Zunahme regionaler Machtzentren die Entstehung neuer Konflikte begünstige"*. Von 1958 bis 1978 sei die Anzahl der Marinen von 65 auf 139 gestiegen. Zahlenmäßig gesehen gehörten bereits „44 % der Flugkörper tragenden Kampfboote" Ländern der Dritten Welt. Von diesen Ländern wurde in der UNO zum einen die Ausdehnung der Fischereigrenzen verlangt, zum anderen treffen die Imperialisten fieberhafte Vorbereitungen, den Rohstoffreichtum der Weltmeere auszuplündern, wofür sie ebenfalls die *„Freiheit der Weltmeere"* verlangen, während die Länder der Dritten Welt eine Beteiligung bzw. eine Internationalisierung verlangen.

Ein beträchtlicher Anteil der Erdölproduktion wird heute schon aus dem Meer gewonnen. Im letzten Jahr war das Nordseeöl schon zur größten Bezugsquelle für die BRD geworden. An den Küsten von 60 Ländern wird nach Öl gebohrt. In tieferen Regionen erwartet man Ölvorkommen, die alles Bisherige weit in den Schatten stellen sollen. Das gleiche gilt für Metalle und Edelmetalle. Doch nur Länder wie die USA, BRD, Japan, Frankreich, aber auch die SU werden dazu technologisch in der Lage sein. Kein Wunder, wenn hier die Imperialisten der „Freiheit der Meere", d.h. dem Recht auf Ausplünderung das Wort reden, während die Mehrheit in der UN diese Meeresvorkommen zum „Gemeingut der Menschheit" erklärt hat.



Im Meer wird mehr Erdöl vermutet, als bisher erschlossen wurde. Zuletzt wurden riesige Erdölquellen im Golf von Mexiko und in der Nordsee gefunden. Rund ein Viertel der Weltförderung stammt aus Schelfgebieten.

Vor den Küsten von 60 Ländern wird derzeit nach Öl gebohrt. Der Kampf um diese Reichtümer steht noch bevor.

Wenn also 1973 der „Verteilungskampf um die Rohstoffe" von Springers „Welt" ausgerufen wurde (s.o.), so muß das auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. 1974 schrieb Schwarz in seiner (bereits zitierten) Analyse zur „maritimen Interessenlage der BRD": *„So ist es ohne weiteres vorstellbar, daß sich einzelne Staaten oder Staatengruppen ... auch zur Störung des Seeverkehrs entschließen"*, z.B. um eigene *„Rechtspositionen bezüglich der Seewege, der Schelfnutzung oder der Fischereirechte durchzusetzen"*. Der Autor rechnet dabei *„sowohl mit offen vorgetragenen Gewaltmaßnahmen von See- und Luftstreitkräften wie mit U-Booten-Angriffen. Die ohnehin schon schwierige Lage ... (wird) durch die maritime Expansion der Sowjetunion zusätzlich kompliziert. Situationen, in denen die Sowjetunion Drittstaaten zu antiwestlichen Maßnahmen ermutigt und diese dann durch maritime Präsenz schützt, ohne aber doch ein wesentliches Risiko direkter militärischer Konfrontation mit den USA einzugehen, sind in Zukunft unschwer vorstellbar. Die sowjetische Politik im Nahen Osten bietet das klassische Beispiel einer derart indirekten Strategie"* (in „Marine Rundschau" 10/74, s.o.). Diese Überlegungen tragen erheblich zur Ankurbelung der imperialistischen Aufrüstung auf den Weltmeeren bei, wie auch zur offenen Beteiligung des BRD-Imperialismus an weltweiten militärischen Abenteuern.

2. UNO-Frauenkonferenz

Seit dem 14.7. finden in Kopenhagen zwei von der UNO organisierte Frauenkonferenzen statt: zum einen die offizielle mit Delegationen der Regierungen der verschiedenen UNO-Mitgliedstaaten (die übrigens häufig von Männern angeführt werden, u.a. auch die Delegation der BRD - wie peinlich ...), zum anderen die alternative, deren Programm offen für alle Menschen ist. Dementsprechend platzte die alternative Konferenz auch fast aus den Nähten: schon am ersten Tag war klar, daß die Versammlungsräumlichkeiten viel zu klein sind (bereits am 17.7. waren über 5.000 Teilnehmer/innen registriert worden). Das Programm kann je nach Bedarf gestaltet und verändert werden - mit anderen Worten: hier können sich die wirklich engagierten Frauen richtig austoben. Und genau das passiert in erfrischender Weise.

Im Gegensatz dazu ist die offizielle Konferenz geprägt von dem Bemühen, nur ja keine Politik hineinzutragen. Angesichts der hochpolitischen Themen, die auf dieser Konferenz diskutiert werden sollen, dürfte sich das allerdings als unrealistisch erweisen. Auf dem Programm stehen als Schwerpunkte nämlich auch:

— Frauen unter den Bedingungen der Apartheidpolitik Südafrikas;
— Probleme der palästinensischen Frauen, Flüchtlingssituation;
— Frauen in den Befreiungsbewegungen.

Die offiziellen 3 Hauptthemen der UNO lauten:

— Beschäftigung
— Ausbildung
— Gesundheit.

Am 19.7. fand zusätzlich zu den beiden Konferenzen ein von der Frauenbewegung (Rødstrømper) gemeinsam mit über 20 linken Gruppen und Parteien, Gewerkschaften und Initiativen organisiertes Internationales Frauenfestival statt. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Praxis unterstützte allerdings diesmal die dänische Regierung das Projekt mit keinem Pfennig.

Wir können in diesem Artikel nur einen ersten Überblick über verschiedene Ereignisse auf der offiziellen und alternativen Konferenz geben, wollen aber bis zur nächsten Ausgabe des AK eine vollständige Auswertung der Konferenzen fertigmachen.

♀ INTERNATIONAL ♀-FESTIVAL
I FÆLLEDPARKEN KL.12-20, DEN 19. JULI
KAMPEN MOD ♀UNDERTRYKKELSEN ER INTERNATIONAL

KAMPEN MOD ♀UNDERTRYKKELSEN ER INTERNATIONAL



Den ersten Eklat gab es, als am Dienstag (15.7.) Frau Sadat zum Rednerpult der offiziellen Konferenz schritt und spontan und unverzüglich die gesamte *PLO-Delegation* unter lautstarkem Protest den Saal verließ. Leila Khaled, die die palästinensische Delegation anführt, erklärte hierzu knapp und präzise: *,,Wir können nicht sitzen bleiben, wenn eine Verräterin spricht.''* Und die bisher eher geordnete diplomatisch gedämpfte Stimmung im Saal wurde etwas durcheinandergebracht, als die palästinensische Delegation vor dem Saal mit erhobenen Fäusten ihre Kampfparolen rief. Zusammen mit der palästinensischen Delegation verließen aus Protest auch alle arabischen Delegationen den Saal, weiterhin jeweils die Hälfte der Delegationen aus der Sowjetunion, aus Kuba, Pakistan, Bangla-Desh, Nicaragua, Albanien, Uganda und Afghanistan.

Am Montag, den 14.7., störten Frauen der *Grünen* die offizielle Eröffnungszeremonie: durch den ganzen Saal trugen die Frauen Transparente wie ,,Nein zur Atomwaffe'', ,,Nein zu Kernkraftwerken'', ,,Für totale Abrüstung''. Sie schafften es ungefähr bis zur Mitte des Saales, dann wurden sie von den zahlreich postierten Polizisten abgefangen, denen gar nicht so schnell klargeworden war, daß diese Aktion nicht zum offiziellen Festprogramm gehörte ... Petra Kelly erklärte gegenüber der Zeitung ,,Information'': *,,Wir hatten diese Idee ganz spontan. Einige verließen den Konferenzraum. Da sie nicht wieder reingekommen wären, wenn sie erst mal draußen waren, mußten sie den Sicherheitsleuten klarmachen, daß eine von ihnen ihre Menstruation gekriegt hätte. Auf der Toilette haben sie sich dann die Spruchbänder um den Bauch gebunden.''*

Ebenfalls mit zahlreichen Transparenten protestierten vor der Eröffnung zahlreiche *Exilchilenen* gegen die von Pinochet geschickte chilenische Delegation. Während der folgenden Tage wurden in Kopenhagen gegen die Anwesenheit dieser Delegation Unterschriften gesammelt, verbunden mit der Aufforderung von Unidad Popular und MIR, die nicht-offizielle Delegation als die legitimen Repräsentanten Chiles anzuerkennen.

Die dänischen *,,Frauen für Frieden''* überreichten am 14.7. UNO-Generalsekretär Waldheim 500.000 Unterschriften (Dänemark hat ca. 5,5 Mio. Einwohner!) ihrer Erklärung für den Frieden. Eine Rede der Friedensfrauen war in die Eröffnungszeremonie mit aufgenommen worden.

Die dänischen *,,Frauen für Frieden''* überreichten am 14.7. UNO-Generalsekretär Waldheim 500.000 Unterschriften (Dänemark hat ca. 5,5 Mio. Einwohner!) ihrer Erklärung für den Frieden. Eine Rede der Friedensfrauen war in die Eröffnungszeremonie mit aufgenommen worden.

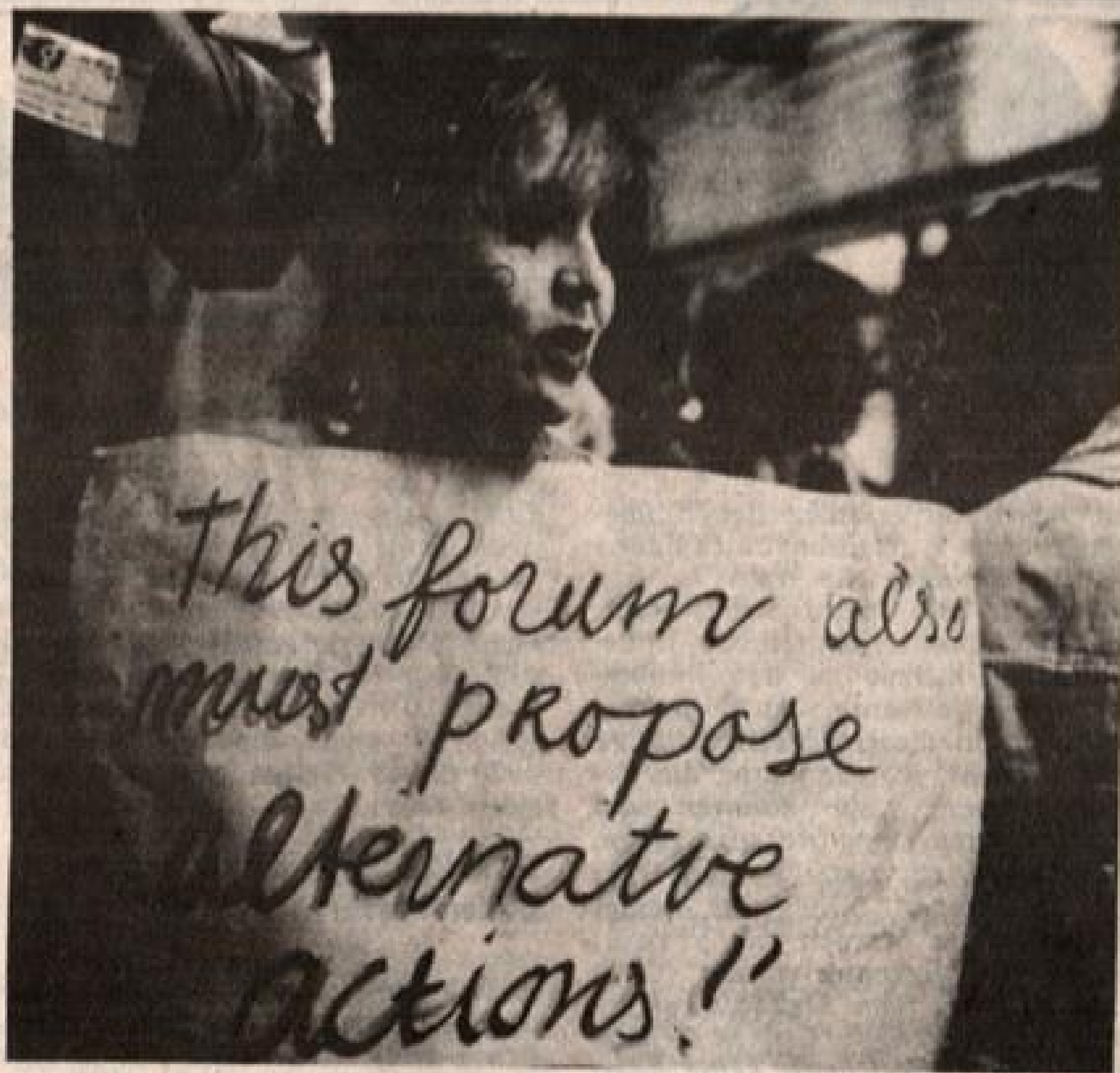
Internationales Lesbentreffen

Für Donnerstag, den 17.7. hatte die organisierte Bewegung der Lesben in Kopenhagen (Lesbisk Bevaegelse, LB) zu einem Treffen ins Kopenhagener Frauenzentrum eingeladen. Thema: Die Geschichte dieser Bewegung, die - in Europa einmalige und wesentlich von Lesben aufgebaute - Frauen-Hochschule und die Situation lesbischer Mütter. Fast 100 Lesben waren gekommen und freuten sich darüber, sich endlich gemeinsam zusammenzusetzen und zu erkennen, und es wurde verabredet, an den Konferenzorten die Lesbenzeichen deutlich sichtbar zu tragen.

Nach kurzen Berichten über die Lage der Lesben in den verschiedenen Ländern (neben den zahlreich vertretenen Europäerinnen und Nordamerikanerinnen waren auch Lesben aus Südamerika, zumindest Mexico sowie auch Afrikanerinnen anwesend) wurden Möglichkeiten für gemeinsame Schritte besprochen:

— eine Adressenliste wurde angelegt,
— eine Resolution wurde abgefaßt, die gegen die Diskriminierung der Lesben protestiert, und die auch das Thema Lesben, das auf dem offiziellen Programm natürlich nicht erscheint, öffentlich und bewußt machen soll. Weiter soll die Resolution mit dem Antrag an die UNO verbunden werden, sich mit der internationalen Diskriminierung der Lesben auseinanderzusetzen;
— eventuelle Gründung einer weltweiten Organisation der Lesben, deren wichtigste Aufgabe es sein müßte, Berichte über die Situation in den verschiedenen Ländern zu sammeln und zu veröffentlichen und sich damit gegenseitig zu unterstützen. (Weitere Information hierzu gibt es über:

,,Kvindehuset''
Gothersgade 37
DK-1123 København
[*bitte nach Lotte von Lesbisk Bevaegelse fragen*]



Forderung nach tatsächlich alternativen Vorschlägen, erhoben auf der Alternativen Konferenz. Am 21.7. wurde vor der ,,Offiziellen'' eine Demo durchgeführt. Es gab Übergriffe der Polizei, für die sich die dänischen Veranstalter nachher entschuldigen mußten.

Interview mit Leila Khaled

Interview mit Leila Khaled

Das nachfolgend abgedruckte Interview mit Leila Khaled ist eine Übersetzung aus der dänischen Zeitung ,,Ekstra Bladet'' vom 14.7. Im Original ist dieses Interview garniert mit einer üblen diffamatorischen Hetze, mitten in den Interview-Text wurden Kommentare der Journalisten eingeblendet, wie z.B.: *,,Sie ist es, mit der die Journalisten reden wollen. Die übrige 14 Mitglieder starke Delegation der PLO ist unwichtig ... Heute sitzt die hübsche, dunkelhaarige, braunäugige Frau in roter Bluse und schwarzer Hose und mit einem Emblem einer palästinensischen Frauenorganisation um den Hals in Kopenhagen und wird bewacht von der dänischen Sicherheitspolizei ... Es ist schwer zu glauben, daß es dieselbe Leila Khaled ist, die eine Handgranate im Cockpit der TWA-Maschine explodieren ließ''* ... Und die Überschrift lautet: *,,Terroristen-Mädchen: Ich will das Wort als Waffe benutzen in Dänemark''.*

Selbst wenn es sehr knapp ist, dieses Interview, und auch wenn die Fragen, die die bürgerlichen Journalisten da gestellt haben deutlichen Aufschluß geben, wes Geistes Kind sie sind, finden wir die Antworten, die Leila Khaled gegeben hat, bezeichnend für ihre klare und aufrechte Haltung.

• • •

Leila: Die Menschen, die mich Terroristin nennen, sollen wissen, daß ich ausschließlich deshalb an der UNO-Frauenkonferenz hier in Dänemark teilnehme, um über die Probleme zu diskutieren, die das palästinensische Volk und die palästinensischen Frauen haben. Das ist das wichtigste für mich. Meine Person ist gleichgültig.

Frage: **Glaubst du immer noch an die Methoden und an die Art und Weise zu kämpfen, die du selbst vor 10 Jahren angewandt hast?**

Leila: Ich glaube an die Revolution. Unsere Kampfweise bestimmen wir selbst. Aber beide, der Kampf der Worte und der Waffen, gehören zusammen. Seit 1948 bis 1967 hat das palästinensische Volk geredet und geredet, ohne daß wir gehört wurden. Und die Welt hat bis zu jenem Zeitpunkt unser Problem falsch gesehen, und hat uns als Flüchtlinge betrachtet, anstatt uns als ein Volk anzuerkennen, dessen Land besetzt worden ist. Die Revolution ist der kürzeste Weg dorthin, daß wir unser Land wiederbekommen können, sie ist jedoch nicht der leichteste Weg.

Frage: **Wie sieht dein alltägliches Leben aus?**

Leila: Das ist nicht besonders wichtig für die Öffentlichkeit. Aber ich wohne im Libanon, sowohl im Süden, als auch in Beirut, als auch in der Gegend rundum. Ich kümmere mich um das palästinensische Volk und mache mit in der Revolution, und das ist das Wichtigste.

Frage: **Du weißt sicher, daß es in Dänemark viele Menschen gibt, die sich darüber wundern, was du in Dänemark jetzt machst. Als wir zuletzt von dir hörten, fürchteten die Behörden, du würdest als Terroristin herkommen. Nun sitzt du hier, offiziell eingeladen von der UNO.**

Leila: Es ist eure Pflicht als Journalisten zu versuchen, einige der falschen Vorurteile, die die Leute haben können, aus dem Weg zu räumen, und diejenigen Menschen, die die Probleme des palästinensischen Volkes nicht kennen, zu informieren. Und dazu glaube ich, seid ihr in der Lage. Doch oft ist es nur die Oberfläche, die ihr sehen wollt. Wir haben aus den Flüchtlingslagern nach Hilfe gerufen, viele viele Jahre lang. Wir wurden gefoltert und gequält und damals hörte man uns nicht.

Frage: **Sind die Probleme der palästinensischen Frauen wichtiger als die des palästinensischen Volkes?**

Leila: Nein, das kann man nicht voneinander trennen. Das ist derselbe Kampf, den wir kämpfen. Frauen sind ein Teil der Gesellschaft, und das sind sie in der ganzen Welt, das ist nicht voneinander zu trennen.

Frage: **Was hoffst du, auf dieser Frauenkonferenz zu erreichen?**

Leila: Ich hoffe, mehr Verständnis zu erreichen für die Probleme des palästinensichen Volkes und der palästinensischen Frauen. Und ich erhoffe ein größeres Verständnis für das Recht, unser Land zu befreien. Es bedeutet viel für uns zu spüren, daß Menschen rundum in der Welt zu uns stehen. Besonders in den skandinavischen Ländern gibt es großes Verständnis für uns und das wirkt natürlich ein auf die Haltung der Regierungen uns gegenüber.



,,Schwarze Frauen werden in Brasilien oft als Prostituierte angesehen'', berichtet Leila Gonzalez von ,,Der Schwarzen Einheitsbewegung'' in Brasilien (auf dem Bild rechts). Links neben ihr die bolivianische Minenarbeiterfrau Domitila Barrios de Churgara, die nach dem jüngsten Militärputsch jetzt nicht mehr nach Hause zurückfahren kann.



Protestierende Exilchilenen

und nicht die SPD. Auch in das zukünftige Frauenprogramm setzt A. Schwarzer nicht viel Hoffnung, *„und die beste Vorraussetzung für die SPD-Karriere einer Frau ist ein deklarierter Antifeminismus“.*

Während Strauß durchaus als Kriegstreiber angegriffen wird, kritisiert A. Schwarzer an Schmidt seine *„Friedenssprüche“* und an Bahr, daß es *„Wichtigeres“* als die Frauenemanzipation gäbe, *„nämlich die Erhaltung des Friedens“.* Der *„Nachrüstungsbeschluß“* ist auch für A. Schwarzer kein Akt der Friedenssicherung durch die SPD-Schmidt-Regierung. Doch sie spielt Schmidt als Kriegstreiber enorm herunter, wie sie es mit der Kriegsgefahr überhaupt tut: *„Und dann der Popanz Krieg. Ja, es kann Krieg geben... Nur: die Kriegsgefahr ist heute nicht größer, als sie es vor ein paar Jahren war und in ein paar Jahren sein wird. Einziger Unterschied: zur Zeit wird mehr davon geredet.“* Für diese Verharmlosung der Kriegspolitik wird sich die SPD sicherlich bedanken, kommt sie doch einzig und allein ihr zugute.

Wenn es um das Wahlverhalten zu den Bundestagswahlen '80 gegenüber der SPD geht, gibt A. Schwarzer sich widersprüchlich. Einerseits: *„Zwei Ungeheuer bedrohen unser Land: Strauß und der Weltkrieg. Wer mag da noch die edlen Recken, die sich als Retter anbieten, nach Rechenschaft über Motive und Absichten befragen? Wer mag da noch der SPD/FDP-Koalition den Blankoscheck verweigern? – Niemand.“* Andererseits: *„Doch sind die Unterschiede zwischen den Parteien und Kandidaten so fundamental, daß blinde Loyalität mit der SPD/FDP zwingendes Gebot der Stunde sein muß? Nein!“* A. Schwarzer ist sogar über die Linke in der BRD *„irritiert“,* daß *„die zwischen den Wahlen ach so kritischen Linken innerhalb und außerhalb der SPD wiedereinmal zur Stelle sind, um genau dieser SPD uneingeschränkt Wahlhilfe zu leisten.“* A. Schwarzer, die sich selbst gern als linke Frau in Szene setzt, scheint aber hier keineswegs ein besseres Rezept anzubieten. Zweifellos kann frau den Emma-Redakteurinnen nicht vorwerfen, daß sie „uneingeschränkte Wahlunterstützung für die SPD leisten, allerdings wird, ohne es auszusprechen, das kleinere Übel kritisch unterstützt, wenn auch mit Bauchschmerzen. *„Da wären wir also wieder beim Kuhhandel. Mir scheint es übrigens schon ein Fortschritt für viele Frauen und Bürger generell, wenn sie den Kuhhandel überhaupt erkennen. Das heißt, wenn wir den Parteien endlich keine Blankoschecks mehr geben, sondern ihnen genau auf die Finger sehen“* (Interview mit S. Beauvoir). Dieser Einschätzung folgt dann die Wahlvariante, *„daß man Druck von außen ausüben kann“,* was sich nur auf die SPD als Partei bezieht. Als Beweis führen die Emma-Redakteurinnen die § 218 Kampagne 1971 an.

Deutlicher jedoch als in dem Sonderband 1 wird die kritische Wahlunterstützung der SPD in den darauffolgenden Emmas: *„Wir müssen die Machthaber unter Druck setzen! Wir müssen einer SPD klarmachen, daß wir sehen, daß sie vom Frieden redet, aber – gegen ihn handelt. Wir müssen konkrete, durchsetzbare Forderungen aufstellen. Zum Beispiel . . .“* (A.Schwarzer in Emma 5/80).

In einer weiteren Nummer der Emma schreibt A.Schwarzer: *„Wenn die SPD noch glaubhaft sein und wirklich etwas für den Frieden tun will, dann sollte sie 1. schleunigst wieder Bürgerkritik ohne Angst vor Verteufelung möglich machen, 2. den Emanzipationskampf von Frauen nicht auch noch behindern, 3. den fatalen ‚Nachrüstungsbeschluß‘ rückgängig machen. All das wäre sicherlich auch für Wähler/innen überzeugender als volksverdummende Wahlkampagnen!“* (Emma 6/80). Diese Illusionen in die SPD sind ganz schön frauenverdummend und insbesondere für die Emma-Leserinnen die zweite Verarschung.

Nehmen wir uns noch einmal die Umfrage der Emma zum Wahlverhalten vor: Jede 10. Emma-Leserin ist in der SPD organisiert, 47% der SPD-Frauen finden ihre eigene Partei, zum Teil auch nur „bedingt“, bürgerfeindlich, 99% sogar finden ihre Partei, wenn auch nur zum Teil „bedingt“, frauenfeindlich. 1976 haben 95% der SPD-Frauen ihrer Partei noch die Stimme gegeben, heute würden es nur noch 80% tun. Allgemein zeigt sich bei den Emma-Leserinnen bereits ein kritisches Bewußtsein zur SPD. 1976 waren es 71%, die der SPD die Stimme gaben, heute würden es nur noch 43% tun (ein großer Anteil ergibt sich aus den SPD-Frauen), allerdings finden die gleichen Emma-Leserinnen zu 98% die Parteien frauenfeindlich. Mit anderen Worten: **die Emma-Leserinnen haben bereits ein sehr kritisches Verhältnis zur SPD und wählen, wenn überhaupt, diese aus Mangel an anderen Alternativen.** Nun sollte frau aber von den sich links nennenden Emma-Redakteurinnen erwarten, daß sie die Leserinnen der Frauenzeitung Emma umfangreich über die alternative Wahlbewegung, die es ja seit 1978 vor allem in den einzelnen Bundesländern gibt, informierten bzw. überhaupt darüber schreiben, was sich links von der SPD an Parteien und Gruppierungen entwickelt hat und wie diese wiederum zur Frauenfrage stehen. Zweifellos ist heute eine Wahlempfehlung nicht so ohne weiteres möglich, aber eine wahrheitsgetreue Berichterstattung allemal.

Daß den Emma-Redakteurinnen daran nicht allzuviel liegt, zeigt z.B. die Berichterstattung über die Grünen. Frau soll den Eindruck gewinnen, diese Partei bestehe nur aus Gruhl und Delphine Brox (die inzwischen aus der Bundespartei ausgetreten ist). Während anderen etablierten Parteien seitenweise Kommentare in dem Sonderband 1 zur Verfügung gestellt werden, und Herr Bahr von der SPD sogar eine doppelseitige Anzeige (bezahlt natürlich!) veröffentlichen kann, kommen Kräfte links von der SPD wie z.B. die Grünen aber auch die DKP überhaupt nicht selber zu Wort. Auch in den folgenden Ausgaben der Emma wird nicht über neuere Entwicklungen z.B. der Grünen berichtet. Stattdessen wird Petra Kelly in einem Interview (3 Monate nach Erscheinen des Sonderband 1) als „die grüne Ausnahme“ in der Grünen Partei dargestellt. Somit wird den Emma-Leserinnen der Eindruck vermittelt, als gäbe es nur die eine Feministin Petra Kelly, die ihre Kraft innerhalb der Grünen Partei vergeudet und sonst keine weiteren fortschrittlichen Frauen.

Für die Emma-Redakteurinnen bleibt der Wahlboykott und die kritische Wahlunterstützung der SPD. Da der Wahlboykott in der Frauenbewegung heute aber keinerlei ernstzunehmende Resonanz hat, und dies den Emma-Redakteurinnen auch klar sein müßte, bleibt letztenendes die kritische Wahlunterstützung für die SPD. Eigentlich ein Armutszeugnis für die Redakteurinnen einer feministischen Zeitung wie der Emma.

Ulla, KB Hamburg



Frauenarbeit bei den Grünen in Baden-Württemberg

Der folgende Aufsatz wurde uns freundlicherweise von Christine Muscheler zur Verfügung gestellt. Sie wurde Anfang Juni 1980 auf Platz 3 der baden-württembergischen Landesliste für die Bundestagswahl gewählt – sicherlich nicht nur als Folge ihres persönlichen Engagements, sondern in erster Linie als Votum für die Frauenpolitik, wie sie von zahlreichen baden-württembergischen grünen Frauen seit Frühjahr 1980 mit viel Schlagkraft und Pfiffigkeit vertreten wird. Außerdem arbeitet Christine auch im Landesvorstand mit (Anmerkung AK).

Seit einigen Monaten machen wir in Baden-Württemberg regelmäßig Treffen von den grünen Frauen.

Wie kam es dazu? Eigentlich waren es verschiedene Ereignisse. Erstens die reichlich bekannte Geschichte vom Eßlinger Parteitag im Februar, wo nach Manipulationen von Hasenclever ein schon gefaßter Beschluß für die Streichung des §218 wieder zurückgenommen wurde. Zweitens bestimmte Äußerungen von Hasenclever auf dem Saarbrückener Parteitag, wo e r zur Frauenfrage und zum §218 Interviews gegeben hat, obwohl genug Frauen da waren, die das hätten machen können. Und drittens auch das Wahlheft der EMMA, wo die für einen Wahlboykott plädieren und die Grünen nicht richtig beurteilt werden.

Konkreter Anlaß war dann eigentlich die Landesversammlung in Offenburg. Auf dem Parteitag in Eßlingen hatten wir ja beschlossen, daß der Landesvorstand paritätisch besetzt werden sollte. Als dann aber konkret gewählt werden sollte, stellten sich gar keine Frauen zur Wahl. Noch zwei Frauen und ich haben dann andere Frauen angesprochen – aber überall dieselbe Reaktion: Trau' ich mir nicht zu, hab' ich noch nie gemacht. Irgendwie haben wir dann aber doch dadurch überzeugt, daß wir gesagt haben, wir machen das gemeinsam (es sollen ja acht Frauen im Vorstand sein), keine wird allein gelassen.

Nun, in Eßlingen wurde nicht mehr gewählt. Zuhause in Rottweil haben sich dann die grünen Frauen überlegt, wie das weitergehen kann. Wir haben dann ganz einfach gesagt, wir laden jetzt alle Frauen in Baden-Württemberg ein und besprechen das, schließlich stand auch schon wieder ein Landesparteitag an, und da wollten wir vielleicht für die Vorstandswahl eine Frauenliste aufstellen. Wir haben dann die Einladung mangels Adressen einfach an die Kreisvorstände geschickt.

Auch Frauen sollen in den Vorstand!

Zu diesem ersten Wochenendtreffen kamen dann etwa 30 Frauen aus Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Stuttgart, Herrenberg und so weiter. Wir trafen uns in einer kleinen Kirche hier im Ort, wo auch normalerweise Kulturveranstaltungen stattfinden. Es waren im übrigen Frauen aller Altersgruppen und „von allen Strömungen“.

Wir haben dann erstmal berichtet, wie es in den Kreisverbänden aussieht. Da haben dann gleich einige Frauen erzählt, daß sie vom Treffen wieder nur über drei Hintertüren erfahren haben – offenbar war den meist männlichen Kreisvorständen die Sache zu unwichtig zum Weitersagen.

Wir haben das Ganze sehr schön und sehr gemütlich aufgezogen, haben zusammen gesessen, sind zusammen spazieren gegangen, sind zusammen in die Dorfkneipen – es war also auch von daher ein Erlebnis, weil es eine andere Form hatte wie die Bundes- und Landesparteitage, die wir bis dahin erlebt hatten.

Wir haben dann tatsächlich unsere Frauenliste aufgestellt. Zusätzlich hat eine Frau noch ein Papier aufgesetzt. Sie wolle von den Grünen, b e v o r die Frauen kandidieren, gerne wissen, wie sie die Frauen angesichts der Dreifachbelastung von Haushalt und Kindererziehung, Beruf und politischer Arbeit zu unterstützen und ihre Situation zu erleichtern gedenken. Außerdem haben wir unserer Liste eine Erklärung vorangestellt, wo wir uns kritisch damit auseinandersetzen, daß manche Leute in den Kreisverbänden ihre Stellung ausnützen und Papiere zurückhalten. Wir haben uns allgemein gegen – sagen wir es doch ruhig einmal – chauvinistische und männliche Strukturen gewendet.

Wir haben dann in der Kirche so richtig mit Schreibmaschine und Abzugsgerät losgelegt – auch das war für die Frauen eine tolle Sache. Und das ganze haben wir also gedruckt und an den Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle verschickt, auch als Vorbereitungsmaterial für den (damals) anstehenden Offenburger Landesparteitag.

Hilfe, die „Feministinnen“ kommen!

Erst später haben wir dann festgestellt, daß wir mit unserem Vorgehen das Kandidatenkarussell und das, was schon hinter den Kulissen ausgemauschelt worden war, empfindlich gestört hatten. Es ging gleich eine ungeheure Diskussion los in Offenbach. Natürlich kamen die üblichen Argumente: Männer und Frauen müßten

störte hatten. Es ging gleich eine ungeheure Diskussion los in Offenbach. Natürlich kamen die üblichen Argumente: Männer und Frauen müßten

doch gemeinsam ....; Frauengruppen wären ja gar nicht notwendig; das Allerletzte usw.

Trotzdem konnten wir auf dem Parteitag noch verschiedene Frauen auf unsere Liste bringen, die nicht zum Frauentreffen hatten fahren können. Ein wichtiges Argument wurde dann gegen uns vorgebracht, was ich sehr bezeichnend finde:

Als wir damals in Eßlingen die paritätische Vorstandsbesetzung festgeschrieben wissen wollten, hieß es noch, das sei eigentlich gar nicht nötig, wir bräuchten doch nur zu kandidieren, man würde uns schon wählen. J e t z t, wo wir tatsächlich zur Wahl angetreten waren, versuchte man uns zu disqualifizieren – als Feministinnen, vorwiegend linke Frauen, was von den jeweiligen Herren natürlich als Schimpfwort gemeint war. Das haben wir uns aber nicht gefallen lassen, und wir hatten mit unseren Argumenten Erfolg: Von den 15 Vorstandsmitgliedern wurden 8 Frauen gewählt!

Wir Frauen als unberechenbarer Faktor

Vor dem Rastatter Parteitag haben wir wieder ein Frauentreffen gemacht. Wir wollten erreichen, daß auf der Landesliste möglichst viele Frauen stehen. Bei der Landtagswahl, als die Frauen noch nicht in Erscheinung getreten waren, ist es nämlich so gewesen, daß in 70 Wahlkreisen ganze 6 Frauen als Kandidaten aufgestellt worden waren, was dann auch prompt von SPD und Jusos als Widerspruch zu unserem alternativen Anspruch aufgeführt worden ist.

Für das Frauentreffen mußten wir diesmal nicht mehr privat einladen, sondern konnten, da wir ja im Landesvorstand waren, die Einladung über die Landesgeschäftsstelle verschicken. Auch diesmal kamen wieder etwa 30 Frauen, wobei einige weitere durch eine Landesausschußsitzung verhindert waren. Wir verfaßten ein Papier „Die Frauen des grünen Frauentreffens stellen fest“, und ich verlas das dann gleich zu Beginn des Parteitages. Inhaltlich wurde darin gesagt, daß sich die Parteiarbeit im Augenblick darauf beschränke, Wahlen hinter sich zu bringen, destruktive Presseerklärungen abzugeben, Parteitage zu organisieren – und wir aber nirgends sehen, daß eine konstruktive Arbeit gemacht wird. Wir haben dann noch hinzugefügt, daß sich das auch mit den Erfahrungen der Frauen im Landesvorstand deckt, wo sie auch nur so als Abstimmungspotential dasitzen, aber eben auch keine inhaltlichen Dinge gemacht werden. Zum Schluß haben wir noch festgestellt, daß wir jetzt die Nase voll haben und die Sache in die eigenen Hände nehmen wollen:

Wir haben angekündigt, daß wir im September selbständig eine Aktionswoche zu Frieden und Ökologie (und was speziell die Frauen dazu meinen) machen werden (genaueres siehe unten).

Die Verlesung der Erklärung hat fast schon Tumulte ausgelöst. Auch viele Frauen haben uns angegriffen und uns empfohlen, unsere Interessen besser mit „weiblichen Mitteln“ durchzusetzen, in dem wir den Männern tief in die Augen gucken. Ein paar Männer, die gerne einen Vorstandsposten gehabt hätten und dann durch uns nicht zum Zuge gekommen waren, haben gebrüllt: *„Wenn die Frauen im Vorstand unfähig sind, sollten sie zurücktreten.“* Aber wir wurden von sehr vielen Leuten auch sehr beifällig aufgenommen, manche kamen im Verlaufe des Tages auf unsere Kritik zurück. Denn wir haben auch betont, daß das keine Kritik im Gruhlschen Sinne ist, daß nicht Leute fertiggemacht und ausgegrenzt werden sollen, sondern eine konstruktive Kritik.

Mit einem riesengroßen Gemälde auf einer Wandzeitung haben wir unsere Kritik dann auch bildhaft dargestellt: Die Grünen als Igel, der sich selber einsperrt, und draußen und ohne ihn läuft die ganze bunte alternative Bewegung, selbstverwaltete Jugendhäuser und Frauenzentren, Demos und so weiter. Das s e l b s t (-verwaltet) haben wir immer dick unterstrichen.

So sind wir in den ganzen Strukturen, wo doch sehr viel schon im voraus hintenrum austaktiert wird, ein unberechenbarer Faktor geworden.

Wir stehen nicht allein !

Wir stehen nicht allein !

Bei der Wahl selber kam ich dann auf Anhieb auf Platz 3. Platz 4 und 6 sind auch Frauen, und auf den übrigen Plätzen kommen noch weitere. Meine hohe Stimmenzahl – der Nestle auf Platz 2 hat nur 2 Stimmen mehr als ich – werte ich als Zustimmung zu dem, was ich bei meiner Vorstellung gesagt habe: Ich sehe mich als Vertreterin der alternativen Bewegung, der Frauenbewegung und der vielen jungen Leute, die nicht mehr so ganz mitmachen wollen, auch in ihrer Lebenspraxis, oder das auch gar nicht können, weil sie beispielsweise arbeitslos sind. Und ich habe mich auch dagegen ausgesprochen, daß die Grünen nur mehr „4. Partei“ sein wollen und das „Alternative“ keine große Rolle mehr spielen würde. Offensichtlich haben sehr viele Leute mich gewählt, weil sie das auch so sehen.

Politik und Persönliches

Bei uns im Kreisverband Rottweil sind Frauen zwar in der Minderheit, aber doch sehr aktiv. In dieser ländlichen Gegend im Schwarzwald haben sehr viele Frauen ein Bedürfnis, politisch aktiv zu sein, auch und gerade mit anderen Frauen. Und es macht ja auch Spaß, das ist ganz wichtig.

Und da habe ich eine wichtige Beobachtung gemacht: Vor allem Frauen, die bislang noch nicht so politisch arbeiteten, haben durch ihre neue Aktivität enorme Schwierigkeiten mit ihren Familien, mit ihren Männern. Es ist auch klar: Wenn eine Frau sehr gerne auf ein Frauentreffen oder einen Parteitag fahren will, aber ein Kind hat, und ihr Mann will sie nicht unterstützen – das ist schwierig. Wir haben jetzt tatsächlich schon Fälle, wo Frauen offiziell gesagt haben, sie könnten in Zukunft nicht mehr kommen, weil sie nur noch die Alternative 'Ehe oder Grüne' hätten. Umgekehrt überlegt sich auch eine Frau, ob sie sich scheiden lassen soll. Im Grunde sei sie schon immer unzufrieden gewesen, aber jetzt empfinde sie so stark wie nie zuvor, wie wenig sie eigenen Ideen und Interessen nachgehen könne. – Da laufen also schon bewußtseinsverändernde Sachen ab.

Christine Muscheler



»Emma«: Sie reden vom Wahlboykott und meinen das »kleinere Übel«

Im April '80 erschien der Emma-Sonderband 1 **„Wahlboykott? Haben die Frauen noch die Wahl?"**. Alice Schwarzer und Ingrid Strobl veröffentlichen ihre im September '79 begonnene Umfrage zu den Bundestagswahlen '80 unter den Emma-Leserinnen. In dieser „Streitschrift zu den Wahlen ' 80" erklären die Redakteurinnen: *„Wir konnten und wollten jetzt keine Rezepte geben, nicht sagen: tut dieses und laßt jenes am 5. Oktober."* Doch nur wenige Zeilen später werden im Vorwort schon die Rezepte verteilt: *„Wir sind auch zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl die Grünen als auch eine Frauenpartei heute keine Alternative sein können."* Die Frauenpartei war damals noch im Gespräch und stieß bei den Emma-Redakteurinnen auf wenig Resonanz. Die Grünen *„scheinen nicht wählbarer für Frauen als andere Parteien"* wie scheinbar alles bei der Emma, was sich links von der SPD versteht.

Gesagt, getan und schon sind diese Ansätze in der Wahlbewegung für die Emma-Redakteurinnen vom Tisch. Mit einem manipulierten Ergebnis werden die Emma-Leserinnen auf das „Kampfmittel" des Wahlboykotts orientiert. Doch das ist auch den Emma-Redakteurinnen klar, Wahlboykott würde eine aktive Bewegung wie 1971 bei der § 218-Kampagne voraussetzen, und damit sieht es zur Zeit schlecht in der Frauenbewegung aus. Was bleibt ist *„Druck ausüben von außen"* auf die SPD, Forderungen und Kritik am „kleineren Übel". Und : *„Emma will gerne eine erste Koordinationsstelle für alle Fraueninitiativen zu den Wahlen 1980 sein"*. Wenn es bei der kritischen Wahlunterstützung für die SPD bleibt, wird den Emma-Redakteurinnen sicher keine Frau die selbsternannte Avantgarderolle abnehmen wollen.

Ergebnisse aus der Umfrage: „Haben die Frauen noch die Wahl ?"

Im September letzten Jahres beteiligten sich rund 5350 Emma-Leserinnen an der Infratest-Umfrage „Haben Frauen noch die Wahl?" zu den Bundestagswahlen '80.

Alice Schwarzer kommentiert: *„Alles in allem kann man sagen, daß abgesehen von einigen Abweichungen, wie z.B. Alter und Schulausbildung – das Bild der Emma-Leserinnen rein äußerlich der statistischen Durchschnittsbürgerin gleicht"* (Seite 10). Dieser Zahn muß ihr wohl gleich gezogen werden: die meisten betei-

Durchschnittsbürgerin gleicht" (Seite 10). Dieser Zahn muß ihr wohl gleich gezogen werden: die meisten betei-

ligten Frauen kommen aus intellektuellen Kreisen, Frauen aus der Arbeiterklasse lesen kaum die Emma. In Emma Nr. 1/80 werden die Leserinnen genauer untersucht. Danach haben 55 % der Emma-Leserinnen Abitur oder Universitätsausbildung, 32% haben die Mittel- und Fachschule und nur 8% sind Volksschülerinnen mit Berufsausbildung sowie 3% ohne Berufsausbildung. (Die Prozentwerte beziehen sich immer auf die 5.350 abgegebenen Fragebögen.) Bedenkt frau, daß die Frauen mit Volksschule ohne Berufsausbildung 40% und diejenigen mit Berufsausbildung 29,2% aller Frauen der BRD ausmachen (69,2% insgesamt), so kann weiß Göttin nicht von der Durchschnittsbürgerin in diesem Test die Rede sein. Zweifel an der Aussagefähigkeit dieser Untersuchung über die Emma-Leserin kommen weiterhin auf, wenn man die Rücklaufquote von 5.350 Antworten der verkauften Emma-Auflage von rund 100.000 Stück entgegenhält. Die Ergebnisse zeigen, daß es sich bei den Antworterinnen durchweg um engagierte Frauen aus den Parteien und der Frauenbewegung handelt. Dies ist auch deshalb wichtig festzuhalten, weil Frauen aus der Arbeiterklasse mit der Emma-Sonderbroschüre sicherlich nicht angesprochen werden. Trotzdem lohnt es, die Untersuchung genauer zu betrachten: *„Jede elfte Emma-Leserin ist aktiv in der Frauenbewegung. Jede vierte stuft sich als ‚Feministin' ein (...). Zwei Drittel aller Emma-Leserinnen finden es richtig und begrüßenswert, daß es eine unabhängige, autonome Frauenbewegung gibt! Und fast alle teilten die wichtigsten Ziele dieser Frauenbewegung. So sind z.B. 86% für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, 77% für ‚wirklich gleichberechtigte Beziehungen zwischen Männern und Frauen', 74% für eine ‚menschenfreundlichere Architektur', 71% für die ‚totale Aufhebung der Diskriminierung homosexueller Frauen und Männer', 70% für ‚mehr Häuser für geschlagene Frauen', 63% für ‚mehr Frauen in die Politik!'"* (Seite 10). Gegen die Ehe erklärten sich 95%, gegen die Pille 96% und 82% dieser Frauen lesen täglich in einem Buch.

Eine Schlappe für die bürgerlichen Parteien

Das Wahlverhalten der Emma-Leserinnen wird nach ihrem Alter, sowie nach ihrer Aktivität in der Frauenbewegung und der SPD untersucht. Im Vergleich zu den Wahlen 1976 zeigt sich 1980 eine große Parteienverdrossenheit. Während die Feministinnen 1976 noch zu 81% der SPD ihre Stimme gaben, wollen jetzt nur noch 33% die SPD wählen. Die SPD-Frauen wählten 1976 zu 95% ihre eigene Partei, heute dagegen sind nur noch 80% bereit, ihre Stimme an die SPD zu geben. Insgesamt haben die befragten Emma-Leserinnen 1976 der SPD zu 71,2% ihre Stimme gegeben, heute würden es nur noch 43% tun.

Auch die FDP würde im Vergleich zu 1976 heute 12% weniger Stimmen bekommen, und somit nur noch von 7% der Emma-Leserinnen gewählt werden. Die CDU fällt von 12,1% auf 2,3% ab und ist damit kaum erwähnenswert. Interessant dagegen ist, daß 41,9% der Emma-Leserinnen sich für eine Wahl der Grünen Partei aussprechen. Besonders die jüngeren Emma-Leserinnen, aber auch 15% der SPD-Frauen und 51% der aktiven Feministinnen finden sich in diesem hohen Ergebnis für die Grünen wieder.

Während Alice Schwarzer sonst kein Ergebnis der einzelnen Parteien kommentiert, kann sie es hierzu nicht lassen: *„Den Löwenanteil könnten die Grünen einstreichen. So zumindest sah es noch im Herbst '79 aus. Ob die befragten Frauen auch heute noch für die Grünen stimmen würden, nachdem klar ist, daß auch bei dieser Partei frauenspezifische und radikaldemokratische Ziele auf der Strecke bleien, ... scheint fraglich"* (Seite 13).

Bleibt noch zu erwähnen, daß 1976 4,5% für die DKP gestimmt haben und heute nur 2,3% dazu bereit sind. Die restlichen Prozente verteilen sich auf „andere Parteien", wobei hervorgehoben werden sollte, daß die NPD keine Stimme von den Emma-Leserinnen zu erwarten hat.

wobei hervorgehoben werden sollte, daß die NPD keine Stimme von den Emma-Leserinnen zu erwarten hat.

Auf die Frage, ob die Parteien frauenfeindlich seien, antworteten 65% der Emma-Leserinnen mit einem uneingeschränkten Ja, und 33% schränkten dies etwas ein. Die zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Diskussion stehende Frauenpartei wurde von 44% der Emma-Leserinnen gewählt, wenn es *„eine Frauenpartei mit feministischen Programm geben würde"*. 21% der Emma-Leserinnen würden uneingeschränkt einer Kanzlerkandidatin ihre Stimme geben, während 78% meint: *„Kommt drauf an, was und wen diese Frau vertreten würde"*.

Zusammenfassend ist bisher folgendes festzuhalten: **Die befragten Emma-Leserinnen sind zu 43% dafür, der SPD wieder ihre Stimme zu geben. 41,9% sprachen sich für die Grünen aus. Gäbe es heute eine Frauenpartei mit feministischem Programm, so würden 44% der Emma-Leserinnen diese Partei wählen.**



Wahlboykott – „Kampfmittel" der Emma-Leserinnen ?

Besondere Bedeutung bekommt für Alice Schwarzer und Ingrid Strobl die Frage nach dem aktiven Wahlboykott: *„Fänden Sie es für die Frauen, die mit der Politik der bestehenden Parteien nicht einverstanden sind, sinnvoll, sich bei den Bundestagswahlen 1980 einem aktiven Wahlboykott anzuschließen, mit dem man versucht, Druck auf die Parteien von außen auszuüben?"* Der Kommentar von Alice Schwarzer stellt erstaunt fest, daß die Antworten *„eine der größten Überraschungen dieser Umfrage"* seien. *„Nur jede fünfte Emma-Leserin ist gegen einen Wahlboykott. Knapp jede zweite ist dafür oder hält es zumindest für denkbar"* (Seite 16).

Schon hier muß man A. Schwarzer's „große Überraschung" ernüchtern; rechnen wir einmal nach, was die Statistik sagt, und was Alice daraus macht. Die Antworten auf die oben genannte Frage lauten: „ja" zum Wahlboykott: 25%, „nein": 37%, „vielleicht": 20%, „noch keine Meinung": 17% und 1% beantwortete diese Frage gar nicht. Danach müßte es heißen: Jede v i e r t e Emma-

diese Frage gar nicht. Danach müßte es heißen: Jede v i e r t e Emma-

Leserin ist f ü r einen Wahlboykott, mehr als jede dritte d a g e g e n („nein"); jede fünfte sagt „vielleicht" und jede sechste Emma-Leserin hat „noch keine Meinung". In der Tat ein Rechenexempel, aber doch ein kleiner Unterschied.

Wohlgemerkt, es geht hier um einen aktiven Wahlboykott, der von den Emma-Redakteurinnen selbst mit der Bewegung gegen den § 218 von 1971 verglichen wird. Mal abgesehen von der Tatsache, daß es keinerlei Anhaltspunkte innerhalb der Frauenbewegung für eine massive Wahlboykott-Linie gibt, wird in der Emma hier reichlich übertrieben: *„.... So ist die große Aufgeschlossenheit für dieses politische Kampfmittel* (Wahlboykott, Anm. AK) *bei den Emma-Leserinnen ganz besonders bemerkenswert"* (Seite 1·7).

Wichtig ist hier zu wissen, daß die Frage „Angenommen, am nächsten Sonntag wären Bundestagswahlen: Welche Parteien würden sie wählen?" (86% der Frauen antworteten überhaupt auf diese Frage, 14% gar nicht; daraus ergeben sich die Vergleichswerte) vollkommen losgelöst von der Frage des aktiven Wahlboykottes gestellt wird. Zum einen ist es völlig unlogisch, die Frage des Wahlboykottes oder die Frage, welche Partei frau wählt, zu trennen. Zum anderen heißt das, frau kann gar nicht vergleichen, wieviele Frauen Parteien wählen würden, und wieviele im Verhältnis dazu für einen aktiven Wahlboykott eintreten. Im weiteren gibt es keine Vergleichszahl z.B. für das Jahr 1976; ersichtlich ist leidiglich, daß 7% der Emma-Leserinnen aus verschiedenen Gründen nicht gewählt haben (passiver Wahlbokott), und 21% noch gar nicht wahlberechtigt waren. 36% gingen 1976 nur „zähneknirschend" und 5% „aus Gewohnheit" zur Bundestagswahl. Mit der gleichen Argumentation könnten die Emma-Redakteurinnen die Frauenpartei (44% würden sie wählen) oder die Grünen (42% würden sie wählen) als das „Kampfmittel" der Emma-Leserinnen favorisieren. Bekanntlich werden von A. Schwarzer und I. Strobl aber sowohl die Grünen rundweg abgelehnt, als auch eine Frauenpartei als undiskutabel dargestellt.

Es ist also als reine Interpretation und Meinungsmache zu verstehen, wenn ausgerechnet der aktive Wahlboykott (25% dafür) in dieser Weise hervorgehoben wird. Im Vorwort des Sonderbands 1 heißt es: *„Wir halten es für fraglich, ob diese Form des politischen Protestes schon zu den nächsten Wahlen praktikabel und richtig wäre. Denn noch ist die Idee des Wahlbokottes von Frauen nicht ausreichend diskutiert worden ... Verweigerung als Protest zu propagieren – das könnte auch ein Bumerang werden, könnte zur Folge haben, daß Frauen einfach politisch abstinent*

werden, könnte zur Folge haben, daß Frauen einfach politisch abstinent

bleiben. Nein! Politische Verweigerung darf kein politisches Desinteresse sein, sondern muß zur offensiven Infragestellung und zu alternativen Formen politischen Handelns führen. Im vollen Bewußtsein dieser Gefahren finden wir es dennoch unvermeidlich, daß der Wahlboykott zumindest eine Möglichkeit wird, als punktuelle Taktik". Angesichts der Tatsache, daß gerade die Emma-Redakteurinnen kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es um die „abgeschlaffte" Frauenbewegung geht (*„Sie scheinen zerrieben von inneren Konflikten, befangen in der Nabelschau und zersetzt vom Wiederaufflammen der Weiblichkeitsideologie, die sich vor allem in der Mutterschaft und dem Beharren auf einer ‚natürlichen' Andersartigkeit von Frauen manifestiert"*, Vorwort Seite 3) ist die Kampfformel des Wahlboykottes absolut perspektivlos für die Frauen. Wer sollte diesen Wahlboykott wohl tragen. Bei der heute bestehenden außerparlamentarischen Opposition kann der Aufruf für einen Wahlboykott nur als entpolitisierend wirken, oder die Frauen tatsächlich in die Abstinenz führen. Die Emma-Redakteurinnen geben auch keinerlei Vorschläge oder konkrete Ansätze bekannt, wo oder wie sich frau an einer aktiven Wahlboykottbewegung beteiligen könnte. Stattdessen wird versucht, den Emma-Leserinen den Wahlboykott politisch schmackhaft zu machen. Gar nicht so einfach, da der Wahlboykott in der Bundesrepublik *„extrem tabuisiert bis diffamiert ist"*. *„Dem wäre entgegenzusetzen: Wer sich immer wieder in die Logik des kleineren Übels zwängen läßt, der hat – bei kontinuierlichen Annäherungen der Politik der beiden großen Parteien, vor allem auch in der Frauenfrage, vielleicht bald überhaupt nicht mehr die Wahl...?"* (Seite 17).

Hier deutet sich schon an, daß es für die Emma Redakteurinnen in der hiesigen politischen Landschaft entweder das „kleinere Übel" oder den „aktiven" Wahlboykott gibt. In diesem Teil der Emma-Umfrage fühlen sich die Emma-Redakteurinen sogar bemüßigt, den heterosexuellen Frauen einen mitzugeben, denn die Aufsplitterung der Emma-Leserinnen für einen Wahlboykott (diese ist statistisch nicht ausgewiesen und von daher zweifelhaft) ergibt bei A. Schwarzer: Nur 25% („vielleicht"; 20%) dieser Frauen sprechen sich für einen Wahlboykott aus, während die homosexuellen Frauen mit 36% („vielleicht": 16%) am Wahlboykott beteiligt wären. *„Bei dieser Verschiebung könnte die Tabuisierung des Wahlboykotts und seine Dastellung als ‚unpolitisch' und ‚unvernünftig' eine Rolle spielen, denn selbstverständlich sind mit Männern lebende Frauen auch stärker der politischen Auseinandersetzung mit eben diesen Männern ausgesetzt. Und da Männer sich zunehmend traditioneller und konservativer verhalten als die sich ‚in Bewegung' befindenden Frauen, kann sich das nur bremsend auswirken."*

Es bedarf schon einer genauen Analyse der Emma-Umfrage, um die Trickkiste mit dem Wahlboykott zu durchschauen. Für die Emma-Leserinnen hat hier schon dadurch eine ziemliche Verarschung stattgefunden, daß angeblich Wahlboykott als „Kampfmittel" favorisiert wird. Es ist einzig und allein der geschickten Fragestellung und der Manipulation von A.Schwarzer und I.Strobl zu verdanken, daß diese „Alternative" derart im Vordergrund steht. Wie ernsthaft die Emma-Redakteurinnen mit ihren Leserinnen umgehen, bzw. wie ernsthaft sie sich mit deren Meinungen auseinandersetzen, zeigt eine Gesamt-Bilanz der Broschüre.

Die Stellungnahmen zum Wahlboykott haben den breitesten Raum (rechnet frau das Interview mit Simone de Beauvoir mit hinzu), die SPD kommt danach, dann die FDP und die CDU, die Grünen kommen am schlechtesten (!) dabei weg, und links von der SPD gibt es bei den Emma-Redakteurinnen ansonsten offensichtlich sowieso nichts mehr. Demgegenüber haben die Emma-Leserinnen im wesentlichen vier Varianten zugestimmt: Die meisten erwägen, die SPD zu wählen, dann folgt nur mit 1% Unterschied die Grüne Partei, die nicht einmal – wie übrigens alle anderen – selbst zu Wort kommt. Die Frauenpartei mit 44% gibt es zwar nicht, trotzdem könnte eine Zeitung wie die Emma darüber diskutieren lassen. Stattdessen begnügt sie sich mit einem Minibeitrag, der sich ablehnend zur Frauenpartei äußert. Die vierte Variante wäre dann der Wahlboykott; ob die Befürworterinnen wirklich mit 25% zu veranschlagen wären, wenn die Emma-Redakteurinnen diese Frage im Zusammenhang mit der Wahl der Parteien gestellt hätten, bleibt dahingestellt.

hätten, bleibt dahingestellt.



Kritische Wahlunterstützung für das kleinere Übel?

Frau kann den Emma-Redakteurinnen nicht vorwerfen, daß sie keine Kritik an der SPD hätten. Alice Schwarzer, Verfasserin des Artikels „Haben die Frauen noch die Wahl?", kritisiert: *„So stellte zum Beispiel die SPD am 17. März den Medien ihr ‚Wahlprogramm 80' vor. In den darin aufgezählten ‚10 Gründen, die SPD zu wählen' ist neben der Innen- und Außenpolitik (‚Den Frieden sichern') bei den explizit als benachteiligt erwähnten Gruppen die Rede von: Behinderten, Kriegsopfern, älteren Menschen, ausländischen Arbeitnehmern, der ‚jungen Generation' und der ‚Entfaltung der Familie'."* Das Wörtchen „Frau" kommt nur einmal vor und das Wörtchen „Emanzipation" überhaupt nicht, kritisiert A. Schwarzer. Im weiteren stellt sie fest: *„In Wahrheit schwenken die Sozialdemokraten in Sachen Frauen und Familie mehr und mehr auf christdemokratischen Kurs ein"* (Seite 7). Auf das Konto der frauenfeindlichen SPD geht die „Reform des Ehe- und Familienrechts", Hausfrauen sind heute immer noch nicht rentenversichert und auf die ‚Reform' des § 218 *„dürfen vor allem wir Frauen stolz sein"*

♀ Emma Sonderband 1

WAHL-BOYKOTT?

Haben Frauen noch die Wahl?
Eine Streitschrift zu den Wahlen '80!

Autorinnen/Interviews: Simone de Beauvoir, Franziska Becker, Hedda Heuser, Hanna Renate Laurien, Anke Martiny, Astrid Osterland, Helga Schuchardt, Alice Schwarzer, Ingrid Strobl, Dorothee Vorbeck

Und: die Politik-Ergebnisse der großen Emma/Infratest-Umfrage!

Vergewaltigung Diskussion



Pressemitteilung:

Vergewaltigte Frauen vor Gericht

Am 23.7.80 fand im Amtsgericht in Hamburg der erste Verhandlungstag über 2 Vergewaltigungen statt, die ein nigerianischer Seemann im September 79 und im März 80 an zwei Frauen beging.

Bemerkenswert an diesem Prozeß ist einerseits ein Verhandlungsklima, das für die vergewaltigten Frauen ungeheuer erniedrigend ist – das gilt leider grundsätzlich für Vergewaltigungsprozesse – andererseits, daß wir diesen Fall als Beispiel einer massiven Begünstigung des Angeklagten durch die Staatsanwaltschaft empfanden.

Die Radio- und Fernsehtechnikerin Frau K. ging mit einem befreundeten Ehepaar in eine Diskothek auf St. Pauli, dort trafen sie per Zufall einen gemeinsamen Freund. Er befand sich gerade im Gespräch mit dem Angeklagten Moses Harry. Das Ehepaar wollte nach Hause, Frau K. wollte sich aber noch weiter mit ihrem Bekannten unterhalten. Dieser mußte allerdings für kurze Zeit fort, wollte aber zurückkommen. Als Frau K. nach vergeblichem Warten die Diskothek verließ, kam ihr der Angeklagte mit der Nachricht entgegen, daß ihr Bekannter in seiner Wohnung auf sie warte und er gekommen wäre, um sie abzuholen. Der Bekannte befand sich jedoch nicht dort – angeblich war er nur kurz Zigaretten holen. Als sich Frau K. nach kurzer Zeit entschloß zu gehen, wurde sie von Moses Harry auf das Bett gezerrt, geschlagen, gewürgt und drei-

Zeit entschloß zu gehen, wurde sie von Moses Harry auf das Bett gezerrt, geschlagen, gewürgt und drei-

mal vergewaltigt. Frau K.'s Widerstand wurde immer wieder gebrochen, indem er ihr Gesicht in ein Kissen drückte, sodaß sie kaum noch Luft bekam. Mit völlig geschwollenem Gesicht ging Frau K. nach Hause.Ihre Mutter sah sofort, daß sie vergewaltigt worden war. Die nächsten vier Tage konnte Frau K. das Bett nicht verlassen.

Danach machte sie sich zusammen mit einer Freundin auf die Suche nach der Wohnung des Angeklagten, traf ihn zufällig auf der Straße, rief die Polizei und Moses Harry wurde verhaftet. Kurze Zeit später kam er wegen angeblich mangelnden Tatverdachts wieder auf freien Fuß. Das Verfahren wurde eingestellt. Konnten Frau K. und ihr Anwalt gegen diesen Beschluß erfolgreich Beschwerde einlegen, so flatterte am 6.2.80 ein zweiter Einstellungsbeschluß in die Anwaltskanzlei. Wieder mußten Frau K. und ihr Anwalt seine Aufhebung beantragen; mit Erfolg. Allerdings sollte der Prozeß vor einem Amtsgericht stattfinden – und nicht wie in derartig schweren Fällen angemessen und auch üblich vor einem Landgericht.

Im März 80 beging Moses Harry eine zweite Vergewaltigung an einer Schwedin, ebenfalls in seiner Wohnung. Ein Verfahren wegen Körperverletzung, begangen an einer Frau, mit der er zusammen gewohnt hatte, wurde „mangels öffentlichen Interesses" niedergeschlagen.

Durch die polizeiliche Vernehmung wegen der Vergewaltigung an der Schwedin, wurde klarer, warum sich die Staatsanwaltschaft für Moses Harry so ins Zeug geschmissen hatte: Er ist nicht nur Informant für die nigerianische Regierung – dies bejahte er übrigens am ersten Prozeßtag, sondern scheint auch als V-Mann in Sachen Rauschgift zu fungieren. Als Referenzen gab er bei seiner Vernehmung im März zwei entsprechende Namen und Telefonnummern an. Er ist dort als Person bekannt.
Es ergibt sich also der Verdacht, daß sich die Staatsanwaltschaft aus diesem Grund besonders bemüht, den Schaden für den Angeklagten so gering wie möglich zu halten.

Im Prozeß selber waren die Frauen äußerst erniedrigenden Angriffen ausgesetzt. Von Seiten des Verteidigers Anwalt Hüser – das Büro Goldbeck/Hüser soll häufiger als Verteidiger von V-Leuten auftreten – und des Angeklagten gipfelten sie in dem Vorwurf, die Radio- und Fernsehtechnikerin wäre eine rauschgiftabhängige Gelegenheitsprostituierte, und – so auf Stichwort des Verteidigers – „Freunde" würden eigens zu ihr kommen, um von ihr Rauschgift zu bekommen. Ein nicht sehr phantasievoller Vorwurf von einem V-Mann in Sachen Rauschgift, dafür aber um so schwerwiegender. Seinem Antrag am 2. Prozeßtag sogar einen Herrn Bergmann vom Rauschgiftdezernat als Sachverständigen für die Drogenabhängigkeit der Zeugin zu laden, wurde dann vom Richter Schmaltz jedoch nicht stattgegeben.

Die Schwedin wurde in seiner Aussage zur Alkoholsüchtigen, von der Verteidiger Hüser den Eindruck zu erwecken suchte, sie verkehre im Zuhältermilieu („Kann man davon ausgehen, daß Sie sich auf der Reeperbahn ganz gut auskennen?" „Ist Ihnen bekannt, daß dort (gemeint war Club 88 und Sheila) sehr viele Zuhälter verkehren?" waren seine Fragen!)

Überhaupt schien der Herr Rechtsanwalt Hüser sich angesichts der Zuhörer (23 Frauen) zunehmend unwohler zu fühlen. Kurz nach Verhandlungsbeginn beantragt er beim Richter, er solle die Zuhörer zur Ruhe rufen.Von Frau K. verlangte er später genauere Angaben: „Kennen Sie die Leute im Zuhörerraum?" „Haben Sie diesen Leuten den Termin genannt?" „Wieviele von diesen Leuten sind Ihnen bekannt?"

Frau K. konnte nicht verstehen, was diese Fragen mit dem Sachverhalt zu tun haben; Richter Schmaltz ließ diese Fragen aber zu.

Während Rechtsanwalt Hüser auf die recht zurückhaltenden und unter-

ließ diese Fragen aber zu.
Während Rechtsanwalt Hüser auf die recht zurückhaltenden und unter-

drückten Reaktionen der Zuhörer übersensibel reagierte, stimmte er dem Antrag von RA Hoffmann (Anwalt von Frau K.), ein Zusammentreffen von Frau K. und dem Angeklagten zu vermeiden, nicht zu mit der Bemerkung: „Das erlebt man ja regelmäßig, daß von der Nebenklage solche Anträge gestellt werden." – Dabei handelt es sich um die erste uns bekannte Nebenklage in einem Vergewaltigungsprozeß in Hamburg! – Zur Erklärung meinte er noch: „Nach Aktenlage will sie sich auf den Weg gemacht haben, um den Angeklagten zu suchen; dann wird sie ja auch in der Lage sein, ihm jetzt gegenüberzutreten."

Man hatte aber den Eindruck, daß der Staatsanwalt der bessere Verteidiger des Angeklagten war: Im Anschluß an die Aussage der Schwedin fragte er: „Hat der Schwarze vorher angedeutet, daß er mit Ihnen Geschlechtsverkehr haben will?" Auf ihr „Nein" fuhr er fort: „Jetzt will ich die Frage mal anders formulieren: Hat er Ihnen angeboten, daß Sie in seiner Wohnung übernachten können?" Das heißt, Staatsanwalt Gammelin geht davon aus, daß es das Recht eines jeden Mannes ist, mit der Frau „Geschlechtsverkehr auszuüben", die in seiner Wohnung übernachtet.

Eine ähnliche Mentalität spricht aus der Frage an Frau K.: „Ist es denkbar, daß Ihr Bekannter H. gesagt hat, daß Sie bereit waren mitzugehen und mit ihm Geschlechtsverkehr zu haben?" Auch ist Staatsanwalt Gammelin offenbar der Meinung, ein Nein von Frauen müßten Männer nicht ernst nehmen: Nachdem die Schwedin ihre Aussage gemacht und darin von Prügel und Würgen berichtet hatte, fragte er sie: „Es geht jetzt um die Frage, ob der eigentliche Geschlechtsverkehr mit Gewalt durchgeführt wurde. Hat der Angeklagte die Abwehr gemerkt oder hat er das als natürliche, normale Abwehr empfunden?"

Und an Frau K. richtete er nach ihrer Aussage die Frage: „Sie kennen ja die Mentalität von Afrikanern, meinen Sie, daß Sie sich deutlich genug verständlich gemacht haben?"

Auch Richter Schmaltz darf nicht vergessen werden: Als der Anwalt der Nebenklägerin Frau K. die Verweisung der Verhandlung an das Landgericht beantragte, lehnte der Richter mit folgender Begründung ab: Es „bestand ja eine Beziehung zwischen Opfer und Täter. Der Umstand, daß die Frauen bereit waren, in die Wohnung zu gehen, spielt bei der Strafzumessung eine Rolle." Es passierte ja nicht „in freier Wildbahn."

Besonders gut konnten wir an dem Fall Moses Harry sehen, warum so wenigen Anzeigen einer Vergewaltigung auch dann wirklich ein Prozeß folgt. Dreimal insgesamt wurde ein Verfahren eingestellt.

Nachdem sein vorheriger Rechtsanwalt Maeffert die Einstellung des Verfahrens wegen der Vergewaltigung an Frau K. erwirkt hatte, hatte Moses Harry Gelegenheit, weiter Frauen zu terrorisieren. Die zweite Vergewaltigung und die Körperverletzung beging er kurz danach; diese Fälle sind zumindest bekannt geworden. Einzig und allein der Tatsache, daß Frau K. mit ihrem Anwalt als Nebenklägerin auftrat – und nicht wie bisher üblich nur als Zeugin –, ist die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verdanken.

Wir vom Notruf für vergewaltigte Frauen Hamburg empfehlen jeder vergewaltigten Frau, sich eine Rechtsanwältin zu nehmen und Nebenklage zu erheben, weil sonst erfahrungsgemäß das Verfahren vorzeitig eingestellt wird ohne Bestrafung des Vergewaltigers, oder die Frau ist noch mehr ein Spielball von Verteidiger, Staatsanwalt und Richter.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die in Beugehaft genommene vergewaltigte Frau im März dieses Jahres.

Ab Mitte August sind wir für Beratung und Information telefonisch unter 270 12 03 zu erreichen.

Das Verfahren wird fortgesetzt am 1.8.80 um 9 Uhr im Raum 297 des Strafjustizgebäudes Hamburg.

Hamburg, 25.7.80
Notruf für vergewaltigte Frauen

Zur Diskussion »Der Schrei aus der Stille«

Des Film ist in Hannover erst knapp drei Wochen zu sehen, deshalb erst jetzt meine Stellungnahme, aber auch, weil ich Angst hatte. Angst, daß vielleicht unverarbeitete eigene Erlebnisse hochkommen, die mich vor neue Probleme stellen.

Denn eine durch meinen Vater erlebte Vergewaltigung hatte ich zwölf Jahre lang verdrängt. Sie fand im Rahmen eines Aufklärungsgespräches statt. Im Anschluß an die theoretische Erklärung fing mein Vater an, mich zu streicheln, was ich schön fand. Er streichelte auch meine Klitoris und wollte dann mit seinem Schwanz in mich eindringen. Ich erschrak über den Schmerz und die möglichen Folgen und fing laut an zu schreien. Mein Vater stellte schnell die Musik lauter, ich raste aus dem Zimmer, schloß mich zunächst im Bad und dann in meinem Zimmer ein und heulte. Ich harrte auf die Rückkehr meiner Mutter von der Arbeit und hoffte, bei ihr Trost zu finden.

Meine Mutter reagierte jedoch enttäuschend. Sie meinte, ich sei selbst schuld. Ich wüßte ja, daß mein Vater unter Alkoholeinfluß nicht zurechnungsfähig sei. Meine einzige Möglichkeit, mit diesem Erlebnis fertigzuwerden, war die Verdrängung. Denn ich schämte mich, darüber mit anderen Menschen zu sprechen, selbst meinen Freundinnen mochte ich nichts erzählen, aus Angst, sie würden mich verurteilen. Ich erlebte danach noch etliche Situationen, in denen Fremde oder Bekannte versuchten, mich zu vergewaltigen, jedoch ohne Waffe, in denen ich aber immer eine derartige Wut entwickelte, so daß ich auch mitten in der Nacht einfach bei fremden Leuten klingelte, schrie, mich körperlich zur Wehr setzte und mich so retten konnte.

Meine Sexualität entwickelte sich so, daß ich ungeheure Angst hatte, mit einem Mann zu vögeln und schwanger zu werden, aber auch mit mir selbst nichts anfangen konnte. Als ich mich dann von einem „festen" Freund hatte breitschlagen lassen, mit ihm zu bumsen, fand ich das auf die Dauer nervig, unbefriedigend und schmerzvoll und hatte aber immer Schuldgefühle, wenn ich mich „verweigerte". Als ich mit 18 in der „jasmin" eine Onaniertechnik beschrieben fand, probierte ich das aus und fand es wunderschön. Seit der Zeit hatte ich überhaupt keine Lust mehr, daß mein Freund über mich rüberrutscht, meine Schuldgefühle wurden verstärkt, da ich seine Interpretation, ich sei „frigide", schluckte. Die Geschichte mit meinem Vater fiel mir erst mit 23 wieder ein, als sich der Druck von meinem Freund immer mehr verstärkte. Zunächst war ich froh, endlich einen Grund für meine „Schwierigkeiten" zu wissen, jedoch hieß das noch nicht, daß sich bei mir etwas veränderte.

Als ich dann das Stück „Darüber spricht man nicht" sah, fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Ich stellte fest, daß ich Zärtlichkeit und Streicheln viel schöner und wichtiger finde, als das Schwanzreingefühl und versuchte, das meinem Freund zu vermitteln, aber er hat's nicht geschnallt.

Das also war die Vorgeschichte, die mir Angst für den Film machte.

Ich war zusammen mit zwei Frauen, einer Freundin und meinem Freund im Kino und war froh, daß wir hinterher noch zusammen darüber reden konnten.

Die Notruf-Frauen in Hannover verteilen zum Film ein Flugblatt, da sie „*als Frauen mit der Art und Weise, wie V e r g e w a l t i g u n g in diesem Film dargestellt wird, unzufrieden*" sind. Sie meinen, der Film unterstütze „*allgemein verbreitete gängige Klischeevorstellungen*", indem der Vergewaltiger als „*sexuell ausgehungerter Psychopath*", der eine „*attraktive, junge Frau*" in einer menschenleeren, dunklen Straße überfällt, in sein Auto schleppt und sie auf brutalste Weise mißhandelt und demütigt.

Die Notruf-Frauen beschreiben dann die Wirklichkeit: „*Frauen jeden Alters aller Schichten, aller Grade von ‚Schönheit' sind zu jeder Tages- und Nachtzeit betroffen!!*" Das wird m.E. auch im Film durch die Tribunalszene, die verschiedenen Vergewaltigungsorte, die Kriegsszenen und das Gespräch der Cutterinnen deutlich.

„*Wenn eine Frau vergewaltigt wird, ist es wahrscheinlich, daß*
- *es kein psychisch kranker, sondern ein ganz ‚normaler' mann ist* (69 %)
- *nicht ein starker Sexualtrieb den Mann zur Tat zwingt, sondern daß die Vergewaltigung geplant war* (82 %)".

Genau! Der Vergewaltiger im Film i s t auch ein ganz „normaler" Mann und er handelte nicht aus „sexuellem Trieb", sondern aus Frauenverachtung und -haß.

Wir haben versucht herauszufinden, warum ein Mann aus Frauenverachtung und Gewalt gegen Frauen eine Erektion bekommen kann. Mir fiel dazu eine furchtbare Nacht mit einem Freund (ein Genosse) ein, der wegen Aggressionen gegen mich sich vorstellte, daß meine Klitoris beschnitten wird, um mich zu strafen. Er erzählte mir von seiner Vorstellung, um mich damit zu verletzen. Er hatte auch häufig Phantasien über Folter gegen Menschen, haßt seine streng katholische Mutter, hatte Angst vor Frauen und verachtete sie, stand aber gleichzeitig unter dem Druck, eine Freundin zu haben und mit Frauen zu schlafen.

Wir waren in unserem Gespräch der Meinung, daß die Ursache dieses Männerverhaltens (Frauenverachtung in Gedanken oder Tat) in ihrer Erziehung und dem gesellschaftlich vermittelten Männerbild liegen muß. Der Mann muß stark sein, die Frau muß schwach sein. Alle Versuche, aus diesem Schema auszubrechen, werden gesellschaftlich sanktioniert durch Eltern, Lehrer, Freunde, Mitschüler, Kollegen und Vorgesetzte.

Die Notruf-Frauen schreiben weiter, daß die Vergewaltigte
„• *... den Vergewaltiger kennt* (66 %)
- *er in der gleichen Gegend wohnt wie sie* (82 %)
- *es in ihrer oder seiner Wohnung geschieht* (56 %)".

Auch hier geht die Kritik an dem Film etwas vorbei, da für mich vieles davon in der Tribunalszene deutlich wurde.

Die Situation von Suzanne bei der Vergewaltigung hat mich an meine Situation als Kind erinnert, wenn ich mit einem Ledergürtel oder Kochlöffel blutig geschlagen wurde. Du hast innerlich Wut und das Bedürfnis, dich zu wehren, zu schreien, aber gleichzeitig Angst, daß damit alles noch viel schlimmer wird und du letztlich totgeschlagen wirst. Da bleibst du lieber „hilfloses Opfer" als daß du ein Todesopfer wirst.

Die Notruf-Frauen beschreiben, daß die Angst vor Vergewaltigung und

Die Notruf-Frauen beschreiben, daß die Angst vor Vergewaltigung und

die „Vergewaltigung" selbst schon da einsetzen, wo wir uns aus Angst einschränken, nicht allein trampen, in die Kneipe gehen, nachts oder abends an der Bushaltestelle Angst haben etc. Sie kritisieren dann aber, ähnlich wie Co., daß die vergewaltigte Frau als Opfer dargestellt wird, hilflos, wehrlos, ohnmächtig, ausgeliefert. Wir sind die Opfer. Ich meine, nicht nur die Vergewaltigung im Film hat das gezeigt, sondern auch die ärztliche Behandlung, das Verhör bei den Bullen, der ganze Film, selbst die Reaktion eines Mannes beim Schneiden des Films.

Wir sollten das Zitat aus dem Film: „*Jede Frau, die das überlebt, ist ein Wunder*" ernst nehmen, sehr ernst. Die Frage ist, welche Wege wir suchen und finden, um aus passiver, resignativer Haltung zu aktivem Verhalten zu kommen. Die Notruf-Frauen schreiben: „*Der Film ist nicht für uns gemacht, sondern im Gegenteil, er verstärkt Ängste und vermittelt uns ein allumfassendes Ohnmachtsgefühl*".

Ich meine, der Film insgesamt bietet Ansätze für uns und fordert auf, endlich unsere Scham abzulegen.

Es ist wichtig, daß
- Frauen eine Ausbildung machen, daß sie auch ökonomisch die Möglichkeit haben, sich von Männern, die gewalttätig gegen sie oder ihre Töchter sind, zu trennen;
- wir unser Selbstbewußtsein unter Frauen stärken, daß wir anfangen auszupacken, zu schreien und anzuklagen und unsere Schuldgefühle endlich abzulegen;
- wir diskutieren, wie wir uns unterstützen können;
- Notruf-Zentralen vom Staat finanziert werden, wie Frauenhäuser oder Beratungs- und Schutzhäuser für geschlagene Kinder (die es in Holland z.B. gibt);
- wir öffentlich Diskussionen in der Presse über „Gewalt gegen Frauen" fordern;
- wir Kampagnen organisieren, wo viele Frauen von ihrer Vergewaltigung berichten;
- wir Strafe für Vergewaltigung in der Ehe und Anwendung des gesetzlichen Schutzes der Frauen fordern;
- wir gegen die verlogene Familienideologie kämpfen, die u.a. Töchter in Erziehungsheime steckt und vergewaltigende Väter frei rumlaufen läßt.

und und und ....

Um dies alles und noch viel mehr mit vielen Menschen diskutieren zu können, ist dieser Film unheimlich wichtig und sehenswert, gerade auch für Männer. Wie wär's denn mit ein paar Stellungnahmen von männlicher Seite? Bislang gab's leider nur eine.

Eine Genossin aus Hannover

Gewalt und Chauvinismus

In dem Artikel ,,Gewalt und Chauvinismus– ein gar nicht so kleiner Unterschied" geht es um zweierlei: erstens um eine Fehlinterpretation des Leserinnenbriefs ,,Wir Frauen sind Opfer" aus AK 179 (der übrigens *,,das Produkt mehrstündiger Diskussionen von einer KBlerin, einer KB-Sympathisantin und Sa. aus Ffm"* war, nicht das von d e n Frankfurter Genossinen), zweitens um eine inhaltliche Differenz zu der im o.g. Diskussionsbeitrag dargestellten Position.

Nicht aus der These, *,,daß jede Frau in dieser Gesellschaft vergewaltigt worden ist"*, wird im Artikel ,,Wir Frauen sind Opfer" die Schlußfolgerung gezogen, *,,daß jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger ist"*, sondern aus der These, die auch dem Film ,,Schrei aus der Stille" zugrundeliegt, daß Vergewaltigung nichts mit einer besonderen Form von Sexualität zu tun hat, sondern einzig und allein mit Frauenverachtung.

Erläutert wird die weitere Schlußfolgerung dieser These, *,,daß wir täglich Opfer der männlichen Sexualität sind, indem wir in Angst leben ..."* mit konkreten **Alltags**erfahrungen einer **jeden** Frau: *,,In jedem Mann, dem wir nachts begegnen, fürchten wir den möglichen Vergewaltiger; jeder Mann, der uns anzüglich anstarrt, droht uns mit seinem Schwanz; jeder Typ, den wir mit nach Hause nehmen ,nach einem guten Gespräch', verlangt von uns immer wieder aufs neue eine Entscheidung, ob wir uns auf ihn einlassen oder nicht."*

Einfach so hinzustellen, daß jede Frau schon mal vergewaltigt worden ist und daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, dementsprechend sei natürlich jeder Mann auch ein potentieller Vergewaltiger, wäre in der Tat sehr platt und wenig offensiv. Vielleicht kommt aus dieser falschen Zusammenstellung und Verkürzung von Zitaten die Hamburger Genossin zu ihrem Begriff ,,Opferbereitschaft", den sie den drei Frankfurter Genossinnen in den Mund legt und mit dem sie sich - verständlicherweise - nicht identifizieren will.

Aber hat die Hamburger Genossin nicht selbst - in ihrem mutigen ,Diskussionsbeitrag im AK 179 - sich als Opfer bezeichnet, sogar als ein *,,im doppelten Sinne hilfloses Opfer der Gewalt an Frauen, durch ihre Vergewaltiger und durch unsere menschenfeindliche Gesellschaft"*?

Mit ,,menschenfeindlicher Gesellschaft" waren hier sicher in erster Linie die konkreten Erfahrungen, die

doppelten Sinne hilfloses Opfer der Gewalt an Frauen, durch ihre Vergewaltiger und durch unsere menschenfeindliche Gesellschaft"?

Mit ,,menschenfeindlicher Gesellschaft" waren hier sicher in erster Linie die konkreten Erfahrungen, die

frau nach einer Vergewaltigung mit Behörden, Justiz, Freunden, Bekannten usw. macht, gemeint.

Diese Erfahrungen beschreibt S. in dem Film ,,Der Schrei aus der Stille", beschreiben viele Frauen, die ich kenne und die körperliche Gewalt von Männern erfahren haben (Vergewaltigung, Schlagen usw.) teilweise als schlimmer als die Vergewaltigung selbst, bezeichnet die Hamburger Genossin selbst ebenfalls als Gewalt gegen Frauen.

Insofern stimmt die Definition von Gewalt an Frauen, die im AK 181 als klare Abgrenzung zu Chauvinismus versucht wird zu bestimmen, auch nicht. Sie zeigt m.M. nach auch in sich schon Widersprüche auf. Für die Hamburger Genossin ist Gewalt gegen Frauen, *,,daß jemand seine körperliche Überlegenheit gegen mich einsetzt oder mich mit Gegenständen bedroht, mich schlägt u.ä. und sich meinen Körper gegen meinen Willen zu eigen macht."*

Was ist Gewalt gegen Frauen? Wo fängt sie an?

,,Gewalt ist ... (wenn) sich (jemand) meinen Körper gegen meinen Willen zueigen macht".

Ich hab - wie viele andere Frauen sicher auch und wie z.B. in ,,Bettgeflüster" beschrieben - lange Zeit Männern meinen Körper gegen meinen Willen zueigen machen ,,lassen". Ich hab lange gebraucht, bis ich meinen Willen überhaupt entdeckt habe, d.h. gemerkt habe, daß ich ,,was anderes" will, daß es nicht an meiner ,,Frigidität" liegt, wenn's nicht klappt; und ich hab noch länger gebraucht, bis ich wußte, daß ich ein Recht auf meinen Willen hab.

Ist das nicht Ausdruck von Gewalt gegen Frauen, wenn wir Frauen in dieser Gesellschaft Jahrzehnte brauchen, um uns unseres Rechts auf eine befriedigende Sexualität bewußt zu werden?!

Was hat das mit Vergewaltigung zu tun?

Ich stimme der Hamburger Genossin zu, wenn sie sich dagegen wehrt, daß die in ,,Bettgeflüster" geschilderten Erlebnisse mit den von ihr erfahrenen Vergewaltigungen auf eine Stufe gestellt werden. Nur sehe ich nicht, wo das im Artikel ,,Wir Frauen sind Opfer" gemacht wird. Dort fordern die Frauen, daß jede Frau sich bewußt darüber wird, daß *,,es ... keine betroffenen und nicht betroffen Frauen (gibt). Es gibt Frauen, die brutaler und offensichtlicher, wie in der extremen Vergewaltigungsszene gezeigt, und Frauen, die subtiler und ohne physische Brutalität vergewaltigt worden sind oder vergewaltigt werden können."*

Wenn ich mir bisher Gedanken über Vergewaltigung gemacht habe, dann immer in der Form, wie ich ihr am besten entgehen kann. Das heißt, ich bin immer davon ausgegangen, daß es sie als **reale** Bedrohung für mich auch gibt. Und es hat sehr lange gedauert, bis ich erkannt habe, daß es in **dieser** Gesellschaft für uns Frauen kein Entrinnen vor Vergewaltigung gibt.

Meine erste Erfahrung mit sexueller ,,Belästigung" war mit 12: mitten im dichten Menschengewühl auf dem Jahrmarkt faßte mir im Vorbeigehen ein Mann zwischen die Beine. Meine Reaktion: Scham, Ekel vor mir selbst, schreckliche Angst, jemand könne davon erfahren.

Das nächste war im Urlaub ein Jahr später eine Art Überfall von einem Typen auf meine Freundin und mich. Nur mit viel Kratzen, Schlagen und Beißen konnten wir ihn davonjagen. Reaktion von uns: warum haben wir erst mit ihm gequatscht, warum sitzen wir auch an diesem einsamen Fleck nur in Bikinis und wieder: niemandem was sagen!

Mit 17 konnte ich beim Trampen einer Vergewaltigung nur ganz knapp entgehen: der Typ war schon im Wald mit mir, nach einer Stunde Bitten, Flehen und Reden hat er mich schließlich in Ruhe gelassen.

Inzwischen hatte ich schon etwas gelernt, über solch ,,schamhafte" Sachen mit meinen Freundinnen zu reden. Aber dieses letzte Erlebnis hat mein Bild vom typischen Vergewaltiger zusammenbrechen lassen: der Typ war weder schmutzig, arm, sah nicht sexuell verklemmt aus, sondern jung, gutaussehend, offen usw.

chen mit meinen Freundinnen zu reden. Aber dieses letzte Erlebnis hat mein Bild vom typischen Vergewaltiger zusammenbrechen lassen: der Typ war weder schmutzig, arm, sah nicht sexuell verklemmt aus, sondern jung, gutaussehend, offen usw.

Dieses Entrinnenkönnen hat allerdings auch meinen Glauben, daß jede Vergewaltigung auch was mit der betroffenen Frau zu tun haben muß, bestätigt, diesmal im umgekehrten Sinne: mit viel Reden und gutem Willen kann frau ihn schon überzeugen!! Na ja, und so weiter.

Bis mir klar wurde, daß Vergewaltigung nichts, aber auch gar nichts mit dem Aussehen der Frau zu tun hat (das Einmummen in möglichst schlampige Klamotten hat mir bei späterem Trampen auch nicht viel geholfen), daß Vergewaltigung an jeder Straßenecke passieren kann (noch vor 2 Jahren hab ich Frauen, die sich nachts nicht trauten, allein nach Hause zu gehen und ein Taxi nahmen, als zimperlich und bequem belächelt), daß Vergewaltigung nichts mit dem ,,Charakter", der ,,verklemmten" Sexualität o.ä. des Typen zu tun hat, hat es einiger weiterer Beinah-Vergewaltigungen, vieler Gespräche mit Freundinnen und letztendlich des Filmes ,,Der Schrei aus der Stille" bedurft.

Der Film vor allem hat mir noch mal klar gemacht, worum es bei Vergewaltigung eigentlich geht und welche Auswirkungen auf Frauen sie nämlich haben m u ß.

Ich war nämlich in meinem ,,Lernprozeß" zwischendurch mal zu dem fatalen Schluß gekommen, daß es Vergewaltigung halt nun mal gäbe und daß ich gerade, wenn ich viel trampe, einfach damit rechnen muß. Daher hielt ich es für das Beste, gegebenenfalls mich nicht zu wehren, die Augen zu, die Beine breit zu machen und es möglichst schnell über mich ergehen zu lassen.

Das heißt, im Grunde hab ich mich von Gewalt gegen Frauen damals unglaublich distanziert, hab gemeint, mit der richtigen Einstellung dazu läßt einen so was kalt.

Auf diese Einstellung trifft eigentlich genau der Begriff ,,Opferbereitschaft", der von der Hamburger Genossin in die Diskussion eingebracht wurde, zu. Eine Opferbereitschaft, die von einer individuellen Verantwortung für sowas wie Vergewaltigung ausgeht und daher nur individualistische Auswegmöglichkeiten kennt, d.h. Sich-Reinfügen, keine Anzeige erstatten, Schuldgefühle usw.

Heute ist mir klar, daß gegen die Frauenverachtung, die in der Vergewaltigung ihren extremsten Ausdruck findet, keine Frau ankommt bei einer Vergewaltigung. *,,Jede Vergewaltigung ist Mord an der Frau"*, ist die These des Films ,,Schrei aus der Stille". Insofern ist der Vergleich, den die Hamburger Genossin macht, gar nicht so falsch: *,,Wenn M. vergewaltigt hat, dann bin ich totgeschlagen worden."* Gerade deshalb ist es auch *,,so ein Wunder, weil ich es geschafft habe"* (AK 179).

Und: *,,Jede Vergewaltigung ist eine persönliche Beleidigung von uns allen Frauen"* sagen die drei Frankfurter Frauen,

— weil nämlich sich die einzelne Vergewaltigung nicht gegen die individuelle Frau richtet;

— weil *,,der Vergewaltiger ... doch gerade in unserer Gesellschaft durch die Propagierung der Frau als Sexualobjekt produziert wird"* (Hamburger Genossin im AK 179);

— weil Vergewaltigung die brutalste und entwürdigendste Form einer Sexualität ist, die bei uns als normal verkauft wird.

Und da schließt sich auch der Kreis zu dem vorher Aufgeführten: Mit der als normal verkauften Sexualität wird jede Frau jeden Tag konfrontiert, ob auf der Straße, ob in Sex-Shops, ob durch Pornos, ob beim Trampen, beim Hinterherpfeifen von Männern, in Ehe- oder sonstigen Betten ...

Die ,,normale", d.h. bürgerliche Sexualität ist nicht nur Mittel der Herrschenden, sondern ist auch Ausdruck von Herrschaft und damit Gewalt; Gewalt gegen j e d e Frau.

Das heißt: in der herrschenden Vorstellung von Sexualität sind wir Frauen im ,,günstigsten" Fall ,,nur" Objekt, im schlimmsten und weitaus häufigeren Fall Opfer. Und das schließt nicht nur Vergewaltigung mit ein, sondern jeden brutalen Ausdruck von Sexualität und deren Konsequenzen für uns.

Konkret: ich fühle mich in meiner

häufigeren Fall Opfer. Und das schließt nicht nur Vergewaltigung mit ein, sondern jeden brutalen Ausdruck von Sexualität und deren Konsequenzen für uns.

Konkret: ich fühle mich in meiner

Bewegungsfreiheit unglaublich eingeschränkt und daher als Opfer, wenn ich als Frau nicht alleine trampen kann, wenn ich nachts ein Taxi nehmen muß, wenn ich darauf achten muß, daß meine Kleidung nicht zu ,,aufreizend" wirkt usw.

Erst mit der Entwicklung einer von jeglicher Herrschaft wirklich freien Gesellschaft und damit auch Sexualität wird dieses Objekt- und Opferdasein von uns Frauen ein Ende haben. Und da ich davon ausgehe, daß zu den Aufgaben unserer kommunistischen Organisation auch die Entwicklung einer herrschaftsfreien Sexualität zählt und wir in unseren Beziehungen (mehr oder weniger) diese Aufgabe versuchen ernstzunehmen, stimme ich der Hamburger Genossin zu, wenn sie sich gegen die Selbstbezichtigung des Genossen M. als Vergewaltiger wehrt. Das, was M. seiner Freundin gegenüber praktiziert hat, ist keine Vergewaltigung, ist aber sehr wohl Ausdruck von Gewalt gegen Frauen.

Das heißt: es gibt tatsächlich einen Unterschied zwischen einer Vergewaltigung und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen. Jedoch ist dieser Unterschied für mich nicht das Maßgebliche, wenn ich heute über Vergewaltigung bzw. Gewalt gegen Frauen rede. Zumal wir, selbst wenn wir den Begriff Vergewaltigung im ,,engsten" Sinne gebrauchen, schon Schwierigkeiten haben, genau festzulegen, wo Gewalt gegen Frauen zu Vergewaltigung wird, wo die Schwelle zu dieser brutalsten Form von Frauenunterdrückung überschritten wird (frau denke dabei nur an Vergewaltigung in der Ehe, die oft nicht mal von den betroffenen Frauen, geschweige denn in der Öffentlichkeit als solche ,,erkannt" wird; frau denke dabei aber auch an sexuelle Mißhandlungen/Unterdrückung von Frauen, die nicht als Vergewaltigung bezeichnet werden, weil der Schwanz nicht drin war).



Denn — und das sollten auch meine oben geschilderten Erlebnisse darstellen — der Hintergrund dieses frauenverachtenden Verhaltens, der eigentliche Inhalt, der uns Frauen eben tatsächlich zu Opfern macht, ist der gleiche. Oder: im Grunde ist Vergewaltigung die konsequente Fortsetzung und praktische Umsetzung dessen, was frau tagtäglich auf der Straße und sonstwo erlebt. Chauvinismus, psychische und physische Gewalt gegen Frauen bereiten den Boden für Vergewaltigung.

Also auch linke Männer — potentielle Vergewaltiger?

Diesen Zusammenhang zu erkennen und uns Frauen bewußt zu machen, ist die Grundvoraussetzung für unseren offensiven Widerstand gegen die uns widerfahrene Gewalt.

Diesen Zusammenhang sollte auch jeder Mann erkennen, der den Anspruch hat, ein wirklich gleichberechtigtes Verhältnis zu Frauen aufzubauen.

Das setzt aber auch voraus, daß jeder Mann sich ernsthaft mit unserer — nicht durch individuelle schlechte Erfahrungen, sondern durch tagtäglichen Alltag notwendigerweise geprägten — Sichtweise ,,des Mannes" auseinanderdetzen muß, akzeptieren muß, daß auch er potentieller Vergewaltiger für jede Frau in dieser Gesellschaft ist.

Der Mann, in dessen mit lauter linken Aufkleber beklebtes Auto ich beim Trampen einsteige, k a n n trotz aller linken Aufkleber derjenige sein, der mich auf dem nächsten Parkplatz vergewaltigt. Und der Genosse/Freund, der m ö g l i c h e r w e i s e mit psychischem Druck versucht, seine frauenfeindlichen Vorstellungen von Sexualität in meinem Bett durchzusetzen, reproduziert genau — in abgeschwächter und sehr viel einfacher zu entgehender Form — das alte Herrschaftsverhältnis zwischen Frau und Mann, das Grundlage jeglicher Gewalt gegen Frauen ist.

Li., KB Frankfurt

Eine Selbstkritik

Eine Selbstkritik

Seit dem Film ,,Der Schrei aus der Stille" vertrat ich die Position, daß es harte und ,,softe" Vergewaltigung gibt. ,,Soft" etwa in dem Sinne, wie es im Artikel ,,Bettgeflüster" zum Ausdruck kommt. In der Diskussion auf der nationalen Frauen-VV am 19./20.7. habe ich meine Meinung geändert.

Ein Beispiel war mir besonders einleuchtend: Die SPD ist zwar der Wegbereiter für die CDU/CSU und damit für Strauß, aber deshalb nennen wir die SPD nicht faschistoid o.ä.; wir gehen mit der SPD ganz anders um (z.B. bündnispolitisch) als mit der CDU.

Das, was ich bisher ,,softe" Vergewaltigung nannte, ist zwar auch der Wegbereiter für die wirkliche Vergewaltigung, aber für diesen Wegbereiter kann ich nicht das gleiche Wort benutzen. Der falsche Wortgebrauch zeigt auch falsches Bewußtsein und kann auch falsche inhaltliche Arbeit nach sich ziehen.

Die Gegenposition hat immer gewertet und gesagt: ,,Die Vergewaltigung ist etwas ganz anderes als eure ,softe' Vergewaltigung". Ich habe mich gegen diese Wertung gewehrt, ich wollte nicht werten, sondern vertrat: Was letztendlich und langfristig schlimmer ist, ist individuell verschieden. Was mir einfach nicht in den Kopf wollte, weil es nicht meiner Intention entsprach, ist, daß **dieser Standpunkt — die Ablehnung einer Wertung — eine Wertung ist! Nämlich eine A b w e r t u n g !**

In der Diskussion habe ich die sog. ,,softe" Vergewaltigung oft mit psychischer Gewalt vermengt, aber wir müssen scharf trennen zwischen Vergewaltigung und psychischer Gewalt!

Heute sage ich: Vergewaltigung ist ein brutaler Tod, die sog. ,,softe" Vergewaltigung, oder richtiger: die sexuelle Unterdrückung der Frau ist ein langsamer Tod, der bei unseren Müttern bis an ihr Lebensende dauert. Aber dieser langsame Frauentod findet nicht nur im Bett, sondern auch im Betrieb, in der Ehe, in den Zeitungen usw. statt. Aber die Folter Vergewaltigung und die heute normale Frauensklaverei ,,softe" Vergewaltigung zu nennen, wird dem Problem Vergewaltigung nicht gerecht, verschleiert es!

Es gibt einen grossen Unterschied zwischen der Vergewaltigung und der sog. ,,soften" Vergewaltigung: Die Vergewaltigung zerstört eine Frau, die ,,softe" Vergewaltigung kann frau lange durchstehen, aus dieser sexuellen Unterdrückung kann frau sich ganz anders befreien, hier hat sie noch ganz andere Kraftreserven, wenn sie den Kampf aufnimmt. Die Ausgangspositionen sind nicht zu vergleichen! Sind auch nicht individuell wertbar, sondern objektiv! Obwohl wir feststellen mußten, daß das Wort ,,softe" Vergewaltigung Schleusen öffnete, immer mehr Frauen bei den Debatten über sexuelle Unterdrückung schwiegen, jetzt durch die Titulierung anfingen zu diskutieren, wurde mir klar, daß das nur aufzeigt, wieviel Scheu und Angst wir noch haben, über sexuelle Probleme zu reden!

Stellen wir uns mal vor: Eine vergewaltigte Frau erzählt einer anderen Frau ihre Folter, und die sagt dann: ,,Das kenne ich auch" und erzählt von ,,Bettgeflüster"-Erlebnissen.... Kommentar überflüssig!

Gut, so habe ich meine Position nie gemeint, aber das ist nur die konsequente Fortsetzung meiner These über ,,softe" Vergewaltigung! Ich finde, diese These ist falsch: Es gibt Vergewaltigung in oraler, analer und vaginaler Form, sexuelle Unterdrückung, physische und psychische Gewalt gegen Frauen. Darüber müssen wir/ich noch Bewußtsein entwickeln und viel im AK schreiben.

Bx., Münster, 22.7.1980

P.S. Die Bemerkung in meinem Leserinnenbrief, wo ich den Abdruck von Co.'s Artikel infrage stelle, war überheblich und falsch.

Offener Brief an Christine

(Verfasserin der Z-Sondernummer für Männer »betrifft: Vergewaltigung«)

„... Haben Frauen mehr Zivilcourage? Vielleicht. Wie jeder Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit. Aber diese Zivilcourage bezieht sich nur auf Männer. 'Arische' Frauen, Berlinerinnen, haben ihre nicht-arischen Männer durch Demonstrationen aus dem KZ geholt, zur Nazizeit. Keine entsprechende Aktion von Männern für ihre nicht-arischen Frauen ist überliefert, soviel ich weiß.

Aber wenn es um Frauen geht, haben Frauen selten Courage. Denn sie fürchten, mit ins Verderben gezogen zu werden. Im Gegenteil, Frauen finden es konvenierend, mit Männern gegen andere Frauen Partei zu ergreifen, als seien sie selber jenseits der Gefahrenzone. Der Mechanismus funktioniert wie bei Gefährdungen in autoritären Staaten."

Dieses Zitat stammt von Hilde Domin und sollte als Beitrag zur Motivforschung, warum Deine Broschüre, genügen. So werde ich mich also auch nicht mit dem schon vorsichtshalber von euch vorformulierten Kritikpunkt der fehlenden nötigen Betroffenheit auseinandersetzen (im Vorwort der Z-Frauenkommission). Der Text spricht für sich.

Allerdings behaupte ich, daß Du mit dem, was Du für die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Vergewaltigungen hältst, die Täter rechtfertigst. Ganz spontan fiel mir dazu ein Gedicht aus meiner Schulzeit ein. Der Titel hätte auch sehr schön gepaßt:

VERTEIDIGUNG DER WÖLFE GEGEN DIE LÄMMER.

Womit ich die Frauen nicht unbedingt als „Lämmer" abqualifizieren will; das überlasse ich lieber Euch, wenn ihr von *„dumpfer Emotionalität"* und einem *„Sich-gehen-lassen in Gefühlen von Mitleid"* schreibt (ebenfalls Vorwort).

Im Text selbst widersprichst Du durch den leicht ins Pathetische abgleitenden Stil/Wortwahl (z.B. „Ärmste der Armen") als auch durch Deine Schwerpunktsetzung überhaupt Deinem eigenen „analytisch-objektiven" Anspruch. Einmal abgesehen davon, daß ich von einer Linken nicht erwarte, daß sie vom hohen Roß der bürgerlichen angeblichen „Objektivität" ihr Urteil fällt. Linkssein hat bislang zumindest für mich immer bedeutet, Stellung zu beziehen, ganz subjektiv aus der Rolle der Unterdrückten, Betroffenen zu argumentieren, gegen Unterdrückung, Macht und Herrschaft.

objektiven" Anspruch. Einmal abgesehen davon, daß ich von einer Lir.

Es ist mir schon fast peinlich zu schreiben, aber offensichtlich notwendig festzustellen: Diejenige, die bei Vergewaltigungen Unterdrückung, Erniedrigung, körperliche und seelische Gewalt erfährt, ist die Frau und nicht ihr Vergewaltiger. Zu schreiben: *„nicht der Vergewaltiger ist krank, sondern die Welt, in der er lebt"*, von z w e i Opfern zu sprechen und den Täter in Anführungsstriche zu setzen (den „betrogenen Ehemann" (S. 9) allerdings bezeichnenderweise nicht) ist bestenfalls platt, aber in diesem Zusammenhang zynisch.

Etwas anderes ist natürlich die Frage der Analyse. Wenn es auch nur durch Eure Praxisferne von der Frauenbewegung zu erklären ist, daß Ihr erst die Analyse fertigstellen wollt und dann überlegen, wie man den Kampf gegen Vergewaltigung aufnimmt, wäre es doch ein großes Verdienst, wenn Du den Beginn einer Analyse geliefert hättest.

H ä t t e s t, denn Du hast da einiges übersehen: Nach den von Dir benutzten Zahlen werden 10 % der a n g e z e i g t e n Vergewaltiger verurteilt, also 1-2 % der tatsächlichen Vergewaltiger (auch nach Deinen Zahlen); auch diese sehen nicht alle den Knast von innen; ein nicht unerheblicher Teil wird Bewährung bekommen haben.

Wenn Du Dich also in großen Teilen Deiner Arbeit mit den kaputt gemachten „Ärmsten der Armen" im Knast beschäftigst, greifst Du Dir ausgerechnet den kleinsten Prozentsatz heraus. Für einen Anfang, *„dem Phänomen Vergewaltigung genauer nachzugehen"*, ist das sicherlich nicht die wissenschaftlichste Methode, auch wenn diese Fälle für die bürgerlichen Sexualwissenschaftler am zugänglichsten sind. Daraus tiefere Schlüsse auf den „t y p i s c h e n" Vergewaltiger zu ziehen, verbietet sich schon von der Logik her, vor allem, wo Du sehr eindringlich beweist, daß dank unserer Klassenjustiz nur ganz bestimmte Leute in den Knast kommen.

Phänomen Vergewaltigung genauer nachzugehen", ist das sicherlich nicht

Aber Du wolltest ja bloß vor der ach so breit geforderten Strafverschärfung warnen (wo und von wem nur? Außer der französischen Gesetzesänderung fällt mir partout nichts ein). Was tatsächlich gefordert wird, sind Gesetzesveränderungen, die sich schwerpunktmäßig mit einer neuen Definition von Vergewaltigung und mit der Prozeßführung beschäftigen, so daß nicht mehr die Frau die eigentliche Angeklagte ist und Vergewaltigung nicht mehr als Kavaliersdelikt verharmlost wird.

Aber um Deinem Text zumindest den (inneren) logischen Zusammenhalt zu geben, mußt Du zu solchen Schreckensbildern greifen, die uns Tendenzen zu einer Ecke unterstellen, *„wo 'Triebtäter' allgemein vernichtet gehören, wo man nach der Todesstrafe für 'Kinderschänder' schreit, wo Ordnung und Sauberkeit auf Deutschlands Straßen gefordert werden"*.

Mit einem ähnlich billigen Trick füllst Du ja schon zu Beginn des Textes etliche Spalten, indem Du eine „feministische Theorie" aufstellst und widerlegst, die Du Dir selbst aus Buchzitaten zusammenschusterst, und nicht mal dann haut's hin: S. Brownmiller sagt nur, daß es ein biologischer Zufall ist, daß der Mann vergewaltigen k a n n. Das ist auch kaum zu widerlegen; eine völlig andere Frage ist, warum er es auch t u t. Wenn Du den eingangs von Dir zitierten Film „Der Schrei aus der Stille" gesehen hättest, hättest Du Papier sparen können: Auch dort wird von einer Frau in der Gerichtsszene festgestellt, daß u.a. ganze Völker nicht vergewaltigen. Ganz nebenbei verwechselst Du nach meiner Geschichtsauffassung hier Ursache und Wirkung: Das Entscheidende ist nicht, daß es sich bei den nichtvergewaltigenden Kulturen *„um sexualbejahende Gesellschaften"* handelt, sondern das ist wohl eher die Folge davon, daß es „beinahe klassenlose" Gesellschaften sind.

Stille" gesehen hättest, hättest Du Papier sparen können: Auch dort

Wenn man die Problematik im wahrsten Sinne am Schwanz aufzäumt, ist halt nicht mehr zu etwarten als die Note „Thema verfehlt". Schade, daß Euer Einstieg in das Thema faktisch nur als Ausstieg zu sehen ist.

Mit lila Grüßen
Doris (Eimsbüttel)

»Ich kann für mich eine Vergewaltigung nicht ausschließen«...

Ist jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger? (eine Zellendiskussion)

Keine Widersprüche gab es dazu, daß wohl j e d e r Mann dazu fähig ist (und es wahrscheinlich auch schon jeder praktiziert hat), Frauen mit subtilen Methoden „rumzukriegen" — also mit einer Frau zu schlafen, obwohl sie keine Lust hat.

Bei der Frage, ob die These auch dann noch stimmt, wenn mit Vergewaltigung die offene, brutale Form gemeint ist, die im Film „Schrei aus der Stille" in der 1. Szene gezeigt wird, äußerte sich nur ein Genosse (von 5 Genossen) ganz spontan, daß er DAS 100 %ig für sich ausschließt. Da ich diese Reaktion eigentlich von allen anderen Genossen erwartete, guckte ich schon mal nach, was noch alles auf der Tagesordnung steht. Das war etwas voreilig, denn ein anderer Genosse sagte daraufhin, daß er sich u n s i c h e r wäre, ob ihm DAS nicht irgendwann mal passieren könnte. *Er wisse ja gar nicht, wie er sich weiterentwickeln werde und was er in 10 oder 20 Jahren für ein Mensch sei, oder in welche Situationen er eines Tages mal kommen werde ...*

Wohlgemerkt: Es geht hier um die offene, brutale Vergewaltigung!!

Ich fragte noch mal nach, um sicherzugehen, daß ich richtig gehört habe. Es wurde nochmal bestätigt. Zuerst war mir gar nicht klar, wie ich darauf reagieren sollte, denn eigentlich bin ich ja dafür, daß Männer erstmal „auspacken" und ihre Widersprüche zur Diskussion stellen sollen.

Meine Meinung dazu war erstmal die, daß ich es dem Genossen nicht abgenommen habe, daß er sich wirklich ernsthaft mit der Sache auseinandergesetzt hat, denn bei seiner „Erkenntnis" müßte er eigentlich schlaflose Nächte hinter sich haben. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Genosse dachte, daß die Genossinnen diese Antwort von einem Genossen erwarten und er am Ende dasteht als jemand, der seine Frauenfeindlichkeit zugibt und dies allemal positiv bei den Genossinnen ankommt. Kurz gesagt wäre das 'ne Verarschung und Provokation der Frauen.

Oder habe ich vielleicht zu hohe Erwartungen an Genossen, wenn ich eine klare Distanzierung von Vergewaltigung von ihnen erwarte? Woher ich überhaupt diese Erwartung nehme? Ich glaube ganz einfach nicht, daß bei einem Menschen (auch bei einem Mann) der Trieb bestimmend ist, sondern das Bewußtsein.

Falls noch mehr Genossen Vergewaltigung für sich nicht ausschließen mögen, dann sagt bitte Bescheid, damit ich mir rechtzeitig die Startlöcher graben kann; dann flüchte ich aus dem KB, um meine Haut zu retten ... denn wer weiß, wohin sich Genosse XY entwickelt — eines Tages? Frau müßte sich dann einer „Schwanz-ab-Bewegung" anschließen, oder?

G., BO Harburg

»Es ist ein Alibigesetz, ein

Widerstand gegen die Abschaffung des Ladenschutzgesetzes



Seit längerem werden in der Öffentlichkeit immer wieder von interessierter Seite Attacken gegen das bestehende Ladenschlußgesetz geführt, obwohl die große Mehrheit der Lohnabhängigen im Handel für die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes zum Ladenschluß eintritt. Offiziell werden die Forderungen zur Abschaffung des Gesetzes u.a. auch vom Deutschen Hausfrauenbund, dem Deutschen Ärztinnenbund und dem Deutschen Verbraucherschutzbund erhoben. Dabei wurden Umfrageergebnisse vom Verbraucherschutzbund in die Öffentlichkeit gegeben, hinter denen als Auftraggeber eine PR-Agentur mit unbekannten Geldgebern stand. Seit einigen Jahren gibt es ein „Aktions-Komitee Ladenschluß", das mehrere Presseartikel mit entsprechender Resonanz in der Öffentlichkeit lancierte. In dem sogenannten „Komitee" sitzen Vertreter des reaktionären Hartmannbundes (Ärzte), von Großhandelsunternehmen und vom ADAC.

Inzwischen nimmt die Gewerkschaft HBV in einer neuen Broschüre eindeutig Stellung: Um 18.30 Uhr ist „Feierabend"!

Selbst die DAG äußert sich schriftlich zu diesem Thema in einer Broschüre mit dem Titel „Ladenschlußgesetz im Kreuzfeuer der Meinungen". Reihenweise werden Argumente pro und contra Verlängerung der Öffnungszeiten genannt und außerdem Studien von Infra-Test zum Freizeitverhalten der Bürger, Untersuchung zum Kundenverkehr der Bundesarbeitsgemeinschaft für Mittel- und Großbetriebe, sowie aus einem Forschungsbericht von 1977 der Uni Tübingen, der sich für eine Verlängerung ausspricht. Zum Schluß kommt die DAG erfreulicherweise zu dem Ergebnis, die Ladenschlußzeiten beizubehalten, ohne allerdings auch nur mit einem Wort auf die herrschenden Bedingungen der Lohnabhängigen in diesem Bereich einzugehen.

In ihrer Broschüre „18.30 – Feierabend" hat die Gewerkschaft HBV Argumente für das Ladenschlußgesetz gesammelt. Sie soll den *„...sozialen Schutzcharakter des Ladenschlußgesetzes für die über 2 Mio im Einzelhandel Beschäftigten unterstreichen"*. Eingangs wird ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Ladenschlußgesetzgebung in Deutschland von 1891 bis 1960 gegeben. Durch die Einführung der Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden bleibe genügend Zeit zum Einkauf. Außerdem bestehe weitgehend die 5-Tage-Woche mit arbeitsfreiem Samstag.

Im Gegensatz zum sozialdemokratischen „Vorwärts", der im November 79 zu dem Ergebnis kam, daß das Ladenschlußgesetz durch *„die inzwischen veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse"* nicht mehr in die *„Reihe der sozialpolitischen Gesetze"* gehöre und auch nicht mehr als Arbeitsschutzgesetz eingeordnet werden könne, weist die HBV auf die Gefahr hin, daß die Einhaltung der Arbeitszeit-Bestimmungen von den Gewerbeaufsichtsämtern bei einer Verlängerung nicht mehr ausreichend kontrollierbar wäre. Und daß die *„...Schutzaufgabe des Gesetzes nicht durch einen Tarifvertrag ersetzt werden"* könne; *„ein nicht organisierter Arbeitgeber könnte sich jederzeit der Verpflichtung auf Einhaltung einer solchen Vereinbarung entziehen"*.

75 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen. Die Arbeit einer Verkäuferin bei schlechten klimatischen Verhältnissen, künstlicher Beleuchtung, stundenlangem Stehen belasten ihre Gesundheit ohnehin erheblich und führen oft zu Schäden des Rückgrads und anderen Erkrankungen. *„Die ohnehin knapp bemessene zusammenhängende Freizeit ist deshalb zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit dringend erforderlich und darf nicht noch eingeschränkt werden"*.

Eine von der HBV 1974 durchgeführte Befragungsaktion in über 600 Betrieben mit rund 132.000 Arbeitnehmern ergab, daß über 90% nicht bereit sind, länger als bis 18.30 h zu arbeiten. *„Die meisten Einzelhandelsbeschäftigten wären eher bereit, den Beruf zu wechseln, als über 18.30 hinaus zu arbeiten"*.

Im Anhang der Broschüre findet man/frau mehrere Schreiben der bürgerlichen Parteien SPD, CDU an den Vorsitzenden der HBV, Vietheer, aus denen hervorgeht, daß sich 1975 noch alle einheitlich g e g e n eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten ausgesprochen hatten.

Der Widerstand unter den Betroffenen wächst inzwischen gegen die immer wieder neu aufkommende Kampagne an:

Im Raum Hannover initiierten Betriebsräte eine Unterschriftenaktion, mit der bereits eine Woche vor Pfingsten über 5000 Erwerbstätige sich für den Erhalt des geltenden Ladenschlußgesetzes aussprachen.

Von Betriebsräten des Kaufhof, Hannover, wurde die niedersächsische CDU-Wirtschaftsministerin Birgit Breul zu einer Betriebsversammlung eingeladen, damit sie vor den Betroffenen selbst ihren Standpunkt für eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten vertreten könnte. Zu dieser Betriebsversammlung erschien sie jedoch nicht („Neue", 24.5.).

Im Mai machten die Beschäftigten von Einzelhandelsunternehmen aus Bremen und Umgebung ihrer Empörung Luft: Mehr als 1500 folgten einem Aufruf der Gewerkschaft HBV zu einer Demonstration mit Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz („Ausblick", 5/80).

»Es ist ein Alibigesetz, ein Papiertiger ohne Biß!«

Das „EG-Anpassungsgesetz" zur Gleichberechtigung der Frauen am Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz ist Ende Juni 80 – nach langem Hin und Her – vom Bundestag verabschiedet worden. Mit nur 2 Gegenstimmen der CDU/CSU feiern alle Parteien des Bundestages nun die Gleichberechtigung der arbeitenden Frauen ab. Ein Gesetz, das niemanden etwas kostet, ein Gesetz, das so geschickt formuliert ist, daß alles beim Alten bleibt.

Die Bundesregierung beschreibt das Problem in Abs.2 und 3 des Gesetzes wie folgt: *„Beide Grundsätze vermögen jedoch nicht alle Diskriminierungen wegen des Geschlechts zu verhindern: Lücken bestehen insbesondere bei der Begründung und Kündigung des Arbeitsverhältnisses sowie beim beruflichen Aufstieg"* (Beschlußempfehlung und Bericht, 19.6.80 Bundesregierung). Die Lücken seien jetzt, so meint die Bundesregierung, geschlossen worden. Das Gesetz schreibt vor, daß Frauen nicht mehr benachteiligt werden dürfen bei Kündigungen, beim beruflichen Aufstieg und bei der Einstellung. Im gleichen Atemzug wird dies wieder relativiert: *„Eine unterschiedliche Behandlung wegen des Geschlechts ist jedoch zulässig, soweit eine Vereinbarung oder eine Maßnahme die Art der vom Arbeitnehmer auszuübenden Tätigkeit ist"* (Gesetzestext, Artikel 1). Mit anderen Worten heißt dies, daß die Frau, die einen Arbeitsvertrag abschließt, immer unter dem Druck steht, sich auf Vereinbarungen mit den Kapitalisten einlassen zu müssen, die sie als Frau diskriminiert, sonst würde sie arbeitslos bleiben. Zudem wird es ein leichtes sein für den Kapitalisten, die Tätigkeit der Frauen als „minderwertiger" und „leistungsschwächer" darzustellen. Will sich eine Frau gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen, weil sie als Frau diskriminiert wird, muß sie „glaubhaft" machen, daß sie wegen ihres Geschlechts benachteiligt wird. Erst dann muß der Kapitalist den Beweis führen, *„daß nicht auf das Geschlecht bezogene, sondern sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen oder das Geschlecht unverzichtbare Voraussetzungen für die auszuübende Tätigkeit"* hat. Frau stelle sich einmal vor, sie sollte nachweisen, warum ein Mann und nicht sie zum beruflichen Aufstieg vorgeschlagen wurde. Den Erfahrungen nach wird dies ungeheuer schwer für die Frauen sein, weil die Kapitalisten immer Gründe gefunden haben, die Männer den Frauen vorzuziehen und heute sicher nicht die Ablehnung geschlechtsspezifisch begründen werden. Erst wenn eine Frau diese Prozedur durchlaufen hat, kann sie nach dem neuen Gesetz Schadensersatz beanspruchen, nicht den Posten, der ihr vielleicht vom Arbeitsgericht zugesprochen wird. Großzügig spricht das Gesetz den Frauen das Recht zu, daß sie in so einem Fall (Wahrnehmung ihres Rechts) nicht gekündigt werden dürfen, egal ob das Urteil für oder gegen die Frauen gesprochen wird.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein weiterer Punkt, den die Gesetzgeber als Erfolg feiern. Die Praxis hat bereits gezeigt, daß die Kapitalisten lieber männliche Kollegen in andere Abteilungen versetzen und damit ihren Arbeitsplatz anders bewerten, als Frauen den Lohn zu bezahlen, der ihnen zusteht. Andererseits ist durch die Lohnklagen vieler Frauen deutlich geworden, daß vor allem die unteren Leistungslohngruppen bekämpft wurden, nicht aber eine tatsächliche Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen.

Auch die Diskriminierung der Frauen bei der Stellenausschreibung in den Medien oder innerhalb des Betriebes kann bestehen bleiben. Das Gesetz schreibt lediglich ein „Gebot" und keinesfalls ein Verbot in der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung vor. Wenn der Kapitalist „sachliche Gründe" vorweist, kann er wie bisher die Stellenangebote ausschreiben. Frau wird jetzt sicher besser verstehen, warum dieses Gesetz nichts kostet.

Das lang umstrittene Gesetz zur Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz hat mit Ausnahme der Bundesparteien keine Lorbeeren ernten können. Aus allen Gewerkschaften des DGB war Kritik zu vernehmen: *„Der Bundeshauptfrauenausschuß hat insbesondere der FDP vorgeworfen, die Berücksichtigung der DGB-Vorschläge verhindert zu haben. Die FDP habe Regelungen zur Abwendung der Diskriminierung blockiert, fordere jedoch in ihrem Wahlprogramm ein „Anti-Diskriminierungsgesetz"'* (Neue, 10.7.80). Die Hamburger ASF erklärte zu diesem Gesetz, *„daß wieder einmal eine Chance verschenkt worden ist"* und daß hier wieder einmal *„ein Alibigesetz, ein Papiertiger ohne Biß"* mehr geschaffen worden sei (Mopo, 7.7.80).

Kommission
♀ Betrieb und Gewerkschaft ♀

Ist die Frauenbewegung eine lesbische Verschwörung?

Allgemeine Umarmungen bei der Begrüßung, Küßchen zum Abschied: Viele (Hetero-)Frauen sehen nach dem ersten Besuch im Frauenzentrum ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt: „Die sind ja alle lesbisch!" Kommt frau trotzdem wieder, wird sie bald entdecken, wie relativ bedeutungslos diese Gesten sind: die schwesterlichen Umarmungen drücken – innerhalb dieses Zeremoniells! – nicht mehr aus, als bei anderen Leuten das Händeschütteln. Welchen Stellenwert die Lesben de facto in der Bewegung haben, wird frau vielleicht nach längerem Engagement bemerken (viele Hetero-Feministinnen tun dies nach Jahren noch nicht). Wenn wir der „Emma"-Umfrage folgen, sind Lesben mit 16% (ebenso wie „Bi-Frauen" mit 17%) auf jeden Fall deutlich überrepräsentiert (Anm. 1); gerade die sehr zeitintensiven Projekte (wie z.B. Zeitungs- oder Buchladenkollektive) sind öfters sogar von Lesben „majorisiert". Und das ist natürlich kein Zufall: Einerseits haben viele Hetero-Frauen in der Bewegung ihr Coming-Out – sich mit dem eigenen Lesbisch-Sein auseinanderzusetzen, fällt eben wesentlich leichter, wenn frau sieht, daß sie nicht als einzige „so" ist. Andererseits können Lesben relativ problemloser einen Großteil ihrer Freizeit in Frauenprojekte stecken, ohne daß dies in grundsätzlichen Konflikt zum „Privat-Leben" gerät.
Trotzdem: als Politikum taucht die Lesbenfrage in der Frauenbewegung – nach wie vor – nur unter „ferner liefen" auf: die allermeisten Lesben (bzw. „Bi-Frauen") „vergessen" häufig selbst ihre zusätzliche Unterdrückung. Exemplarisch will ich diesen Widerspruch zunächst an der 218-Bewegung aufrollen – diese Frage ist inzwischen ja wieder sehr aktuell.

Lesben gegen § 218

Bis 1975 stand der Kampf gegen das Abtreibungsverbot innerhalb der Frauenbewegung völlig im Vordergrund – und dabei machten ganz „selbstverständlich" auch sehr viele Lesben mit; sie waren willkommene Mitstreiterinnen, solange sie ihr Anders-Sein „außen vor" ließen. Eine Frau, die schon länger in der „Aktion 218" arbeitete, kam erst auf dem Frauenkongreß in Frankfurt (März 72) durch offen auftretende Lesben darauf, wie politisch ihre „Bettgeschichten" sind. Sie faßte daraufhin Mut, das Thema Homosexualität in die Gruppendiskussion einzubringen: *„Natürlich hatte ich Angst. Ich schlug vor, einen Arbeitskreis innerhalb der ‚Aktion 218' zu gründen, in dem lesbische Frauen ihre eigene Problematik angehen ... könnten. Die Reaktion der Gesamt-Gruppe auf diesen Vorschlag schwankte zwischen betretenem Schweigen, spöttischem Lächeln und offener Ablehnung: ‚Eine solche Gruppe hat innerhalb der ‚Aktion 218' nichts zu suchen'. Ein paar wohlwollende Stimmen kamen von Frauen, die indirekt oder direkt von dieser Frage betroffen waren. Ein Schein-Argument löste das andere ab: ‚Wir müssen erst Schulung machen'. Von der Not der Betroffenheit wurde kaum gesprochen"* (2).

Eine andere Lesbe berichtet (1975): *„Wegen einer anstehenden 218-Aktion wurde dann (im FZ) nur noch über Verhütung, Frauenärzte und Abtreibung gearbeitet. Inzwi-*

Eine andere Lesbe berichtet (1975): „Wegen einer anstehenden 218-Aktion wurde dann (im FZ) nur noch über Verhütung, Frauenärzte und Abtreibung gearbeitet. Inzwi-

schen hatten wir endlich eigene Räume und ich machte mit meiner Freundin ziemlich oft Dienst (zum großen Teil Abtreibungsberatung), und so waren wir dann bald kompetent für all diese Dinge und hatten einen reichen Erfahrungsschatz über Frauenärzte und Verhütungsmittel. ... Es verging kaum ein Tag, wo ich nicht einmal meine Meinung zu verschiedenen Verhütungsmitteln erzählte; das wurde dann doch ziemlich problematisch für mich als Lesbe. Ich merkte, wie ich immer weniger Verständnis für diese Probleme hatte, und ab und zu konnte ich es mir nicht verkneifen zu sagen, daß ich als Lesbe die verschiedenen Risiken der Verhütungsmittel doch nicht so gut einschätzen könne, denn Lesben haben halt diese Probleme nicht. Gegenüber Zentrumsfrauen wurde ich dann immer ärgerlicher und fühlte mich ausgenutzt" (3).

Auch in Hamburg wurde damals hauptsächlich über „Verhütung" diskutiert – daß von den ca. 8 Frauen der Beratungsgruppe mindestens 3 lesbisch waren, wußten wir damals nicht mal untereinander ...

Wie sich Lesben gegen den § 218 engagieren können, ohne dabei ihre Identität zu verleugnen, zeigen die Aktionen der HAW- (Homosexuelle Aktion Westberlin)Frauengruppe. Nach ausführlicher interner Diskussion über das Für und Wider bzw. das Wie einer adäquaten Solidarisierung, erarbeiteten sie eine Stellungnahme für ein Teach-In am 7.2.74: *„Schwule Frauen sind in erster Linie Frauen. Und der § 218 betrifft alle Frauen. Er entmündigt alle Frauen. Er verbietet ihnen, über ihren eigenen Körper selbst zu bestimmen ... Allen Frauen wird eine freie Entscheidung über ihre Sexualität verwehrt. Sexualität zu haben, wird ihnen abgesprochen und wenn, dann nur für den Mann. Sie können weder offiziell bestimmen, ob und wann sie ein Kind haben wollen, noch haben sie die Freiheit der sexuellen Wahl ... Die bürgerliche Familie, die den Nachschub für die Produktion sichert, anzugreifen, heißt, die bestehende Gesellschaft an der Wurzel zu packen. Die patriarchalische Gesellschaft beruht nicht zuletzt auf der totalen sexuellen und wirtschaftlichen Ausbeutung der Frau ... Wir Frauen wollen endlich über uns verfügen, wir wollen endlich auch unser Sexualverhalten bestimmen. Deshalb fordern wir: Freiheit der sexuellen Wahl und vor allem die ersatzlose Streichung des § 218!"* (4). Besonders in der Subkultur war ein entsprechendes Aufrufflugblatt verteilt worden (5). Leider nahmen die Hetero-Frauen diese – keineswegs „selbstverständliche" – Solidarisierung der Lesben nicht zum Anlaß, auch umgekehrt über eine Unterstützung der Lesbenbewegung zu diskutieren. Die Auseinandersetzung kam erst in Gang, als die HAW-Frauen auf der folgenden 218-Demo etwas „unbequemer" auftraten, nämlich mit der Parole „Schwulsein ist besser". Ähnliche Transparente mit „Frauenliebe ist unsere Stärke" oder „Lieber lesbisch" tauchten übrigens auch auf der Westberliner 218-Demo im letzten Oktober wieder auf: Solche Thesen – isoliert betrachtet! – zu „verhackstücken", ist natürlich kein Problem – für die allermeisten Frauen stellt sich eben die Alternative überhaupt nicht. Viel wichtiger ist doch die Frage, wodurch Lesben veranlaßt werden, derartige Parolen zu tragen: Sie sind lediglich R e - A k t i o n auf die provokante Selbstgerechtigkeit der allermeisten Hetero-Feministinnen:

wodurch Lesben veranlaßt werden, derartige Parolen zu tragen: Sie sind lediglich R e - A k t i o n auf die provokante Selbstgerechtigkeit der allermeisten Hetero-Feministinnen:

immer wieder „verwechseln" sie ihre Probleme mit denen d e r Frauen schlechthin!

Bilanz: Lesbenfrage „vergessen"

– Auf dem Brüsseler Tribunal „Gewalt gegen Frauen" war Lesbendiskriminierung im offiziellen Programm nur ganz am Rande vorgesehen – durch entschlossenes Handeln gelang es den anwesenden Lesben allerdings, dies zu ändern. Nicht so in Köln:
– Am ersten Abend des Tribunals (April 1978) sollte ein Überblick über Frauendiskriminierung insgesamt gegeben werden, wobei die Lesbenfrage völlig unter den Tisch viel - obwohl die Vorbereitung zum großen Teil von Lesben getragen wurde (!).
– Ähnliche Beispiele von Selbstzensur liefern auch die bundesweiten Frauenzeitungen – die starke Repräsentanz von Lesben in den Redaktionen spiegelt sich nicht annähernd im Inhalt wider: je einmal wurden „wir" als Schwerpunkt abgehandelt („Emma" 3/78 bzw. „Courage" 5/78) – seither fand frau z.B. in der „Courage" 2/79 bis 7/79 insgesamt ganze drei Seiten (= 0,8 %) über Lesben (6). Und die „Emma" muß in der Auswertung ihrer Umfrage selbstkritisch eingestehen: *„Ganz leicht überrepräsentiert bei den (durch die Zeitung) ‚nicht ermutigten' Leserinnen sind die Lesbierinnen ... Dies deckt sich mit in jüngster Zeit verstärkt gemachten Erfahrungen, wo Lesbierinnen uns schreiben oder sagen, daß gerade sie mit soviel Hoffnung immer wieder die Emma aufschlagen und doch oft enttäuscht sind, weil sich, wie sie finden, ihre Interessen und Probleme nicht genug spiegeln in Emma. (Demgegenüber steht paradoxerweise unser Ruf wie ein Donnerhall, wir seien ‚ja doch nur ein Lesbenblatt')"* (7).
– Frauenkneipen und -Cafés könnten für Lesben eine gute Alternative zur Subkultur sein – doch genau das paßt so manchen Initiatorinnen nicht ins Konzept: So wurde z.B. in Aachen mal ernsthaft erwogen, bestimmte „Anstandsregeln" einzuführen, um zu offensichtliche Zärtlichkeiten zu unterbinden (was so allerdings nicht durchzusetzen war). Ähnliche Probleme seitens gewisser Hetero-„Feministinnen" sind übrigens auch in Bonn bekannt geworden. Dabei weisen die Betreffenden natürlich den Verdacht weit von sich, daß sie vielleicht noch einen „Rest" patriarchalischer Vorurteile mit sich herumschleppen. Nein, solche Erwägungen dienen einzig dem hehren Ziel, „die Frau" als Gästin zu gewinnen! Abgesehen vom bodenlosen Opportunismus solcher „Begründungen" ist es doch bezeichnend für das Klima, daß selbst in Teilen der Frauenbewegung Lesben noch als „Un-Frauen" gelten!

Diese Beispiele genügen hoffentlich, um den gängigen Mythos von der Lesben-Freundlichkeit der Frauenbewegung etwas anzukratzen.

Einige Gegenbeispiele – zur Nachahmung empfohlen!

Natürlich gibt es daneben auch einzelne positive Beispiele, wo Hetero-Frauen sich mit Lesben auseinandergesetzt und solidarisiert haben – selbst auf die Gefahr hin, selbst für „so eine" gehalten zu werden. Während ich mich oben auf wenige – m.E. exemplarische – Ereignisse beschränkt habe, liste ich im Folgenden alles auf, was mir an solchen Ausnahmen zu Augen oder zu Ohren gekommen ist – einfach, weil diese Aktionen nachahmenswert sind!
– So verteilten am 17.3.73 ca. 50 Frauen aus der HAW und dem Westberliner FZ insgesamt 10 000 Flugblätter gegen die „Bild"-Serie „Die Verbrechen der lesbischen Frauen" (hier erhielten die Lesben zum erstenmal seit 1912 (!) derartige Unterstützung! – Anm. 8).
– Sogar an den offensiven Protestaktionen im Gerichtssaal während des Prozesses gegen Marion Ihns und Judy Anderson beteiligten sich Heterofrauen (9). (Ein Gerücht besagt, daß es nur zwei waren – aber immerhin!)
– Kurz vor bzw. nach dem Prozeß brachte das Frankfurter FZ zwei Flugblätter heraus, worin zunächst die Forderung nach Freispruch für Marion und Judy sehr ausführlich begründet wurde – und im nachhinein das „Wie" und „Wozu" dieses Schauprozesses sehr anschaulich dargestellt wurde (10).

– Ebenfalls 1974 initiierte die
begründet wurde – und im nachhinein das „Wie" und „Wozu" dieses Schauprozesses sehr anschaulich dargestellt wurde (10).

– Ebenfalls 1974 initiierte die Mediengruppe im Westberliner FZ, daß 144 Journalistinnen sowie 41 männliche Kollegen den Deutschen Presserat aufforderten, die *„Publikationen des Springer-Verlags wegen ihrer Sensationsberichterstattung über den Prozeß zu rügen"* (11).
– Auch gegen die Haftbedingungen von Judy engagierten sich bis 1977 viele Hetero-Frauen.
– 1975 protestierten mehrere Knastinsassinnen aus Aichach gegen die ständigen Schikanen infolge (wirklicher oder vermuteter) „lesbischer Neigungen". Als daraufhin zwei „Rädelsführerinnen" in Isolationshaft gesteckt wurden (u.a. Margit Czenki) und dort in Hungerstreik traten, solidarisierte sich das FZ München mit den Gefangenen und verteilte ein entsprechendes Flugblatt in der Stadt (12).
– Als die „Bild" 1976 Hetz-Artikel gegen die Frauenbewegung (und insbesondere gegen die Lesben) brachte, wurde auf der gleichzeitig stattfindenden Frauen-Uni eine Protestresolution verabschiedet (die bezeichnenderweise von der Dozentinnengruppe nicht weitergeleitet wurde) und von mehreren Hetero-(Frauen)Gruppen ein entsprechendes Massenflugblatt erstellt (13).
– Auch bei einem Infostand der Hamburger Lesbengruppen (Mai 76) waren einige Hetero-Frauen beteiligt (ich habe unter den sa. 40 Beteiligten drei identifiziert - Anm. 14).

Selbst bei diesen wenigen Beispielen waren immer Lesben mitbeteiligt – und wohl meist initiativ!

Hast Du Dich heute schon distanziert?!

Wenn die Hetero-Frauen offensichtlich eine „Solidaritätsverweigerung mit Ausnahmen" gegenüber den Lesben praktizieren, ist dies natürlich nicht mit persönlicher Böswilligkeit zu erklären. Außer den üblichen Vorurteilen, von denen Bewegungsfrauen natürlich auch nicht per se frei sind, spielt die öffentliche Darstellung der Frauenbewegung hier eine wesentliche Rolle: Demzufolge sind Emanzen notwendig häßlich und/oder frustriert - und eben lesbisch: sei's, weil „traumatische Erlebnisse" mit Männern Grundlage ihres politischen Engagements sind, oder weil sie aufgrund von Aussehen bzw. „hysterischen" Verhaltensweisen sowieso keinen Mann mehr abbekommen würden. Kurzum: die Frauenbewegung ist eine „lesbische Verschwörung", die aus persönlicher Tragik auch noch politisches Kapital schlagen will!

Dieses Diffamierungsmuster ist so alt wie die Bewegung (und ebenso international) – denn irgendwo steckt ein wahrer Kern darin: Sowie Lesben offen als solche auftreten, greifen sie dadurch notwendig die wichtigsten Instanzen patriarchalischer Herrschaft an – sie leben außerhalb bürgerlicher Familienformen, brechen aus den tradierten Geschlechtsrollen aus und beweisen, daß Frauen eine eigenständige Sexualität haben. Und das alles sind doch auch wesentliche Ziele der (nicht-reformistischen) Frauenbewegung! Deshalb ist die Distanzierung von Lesben (egal, ob direkt oder durch ständige „Vergeßlichkeit") mehr als eine moralische Sauerei gegenüber einem Teil der Bewegung: sie ist gleichzeitig eine Distanzierung von eigenen (wenn auch längerfristigen) Zielen.

Ul., Lesbengruppe des KB

Anmerkungen

1 Emma 1/80
2 Frauenjahrbuch 1975, Verlag Roter Stern, S.202
3 a.a.O., S. 211f
4 Eine ist keine – gemeinsam sind wir stark – Dokumentation der HAW-Frauengruppe, Juni 1974, S:114f
5 a.a.O., S.112
6 taz, 4.9.79
7 Emma 3/80
8 siehe Anm. 4, S. 27ff
9 vgl. Frauenzeitung Nr. 8, hrsg von LAZ (früher HAW-Fg), Herbst 74
10 in Frauenjahrbuch 75, S.219ff
11 vgl. Beitrag von Ina Kuckuc in J.Lautmann: Homosexualität und Gesellschaft, Frankfurt 1977
12 Lesbenpresse 3, hrsg. von LAZ, Westberlin 1977
13 vgl. Beitrag des LAZ im Anhang der Courage-Dokumentation von der Sommeruni 1976
14 vgl. Nr. 1 der Hamburger Frauenzeitung, 1976

Schon wieder ein neuer Lesbenstich!

Diesmal mit dem Schwerpunktthema „Lesbenbewegung und Dogmatismus": *„Ein wesentlicher Bestandteil des Dogmatismus in der Lesbenbewegung war die p r i n z i p i e l l e Abgrenzung von Männern, Hetero- und Bi-Frauen und schließlich jenen Lesben, die sich hierin nicht ‚prinzipienfest' verhielten. Diese ‚Verrücktheit' ist nur zu erklären aus den Erfahrungen, die v o r h e r – bei der versuchten ‚Zusammenarbeit' mit ML-artigen Linken, selbstgerechten Schwulen und heterroristischen Bewegungsfrauen gemacht wurden".*

Weiter setzen wir uns mit verschiedenen aktuellen Strömungen der Lesbenbewegung auseinander. Außerdem noch:
– Kritische Berichte von den Lesbentreffen in Karlsruhe und NRW;
– ein Lesben-Science-Fiction;
– Streit um ein Lesbenstriptease;
– Pädodiskussion, pro und contra;
– Nachrichten aus der Bewegung
und vieles andere mehr.

Leider bereitet uns der Vertrieb noch einige Schwierigkeiten. Deshalb möchten wir euch auffordern, uns dabei zu unterstützen. Wir fänden es toll, wenn sich möglichst viele AK-Leser/innen aufraffen könnten, den LESBENSTICH (in Kommission) zu verkaufen.

Wendet euch an: Jo, Tel.: 0228/31 29 64

Lesbengruppe des KB

Anzeige

Erstes Lesben(gruppen)-Treffen in Schleswig-Holstein

Am Wochende 20.-22.Juni wurde zum ersten Mal die Idee der Lübecker Lesbengruppen zu einem regionalen Lesben(gruppen)-Treffen in Schleswig-Holstein realisiert.

Am Freitagabend versammelten sich ca. 40 Lesben – aus Kiel, Marne, Lübeck, Husum, Flensburg, Neumünster, Schleswig und Heide – im Frauenzentrum Kiel. Der erste Abend wurde zum Kennenlernen und gemeinsamen Überlegen, wie wir in den folgenden Tagen vorgehen wollten, genutzt.

Am Samstag – anwesend waren ca. 25 Frauen – begannen wir mit der Arbeit:

1. Vorstellung der Gruppen und Einzelfrauen: Zur Zeit bestehen in Schleswig-Holstein drei Lesbengruppen: in **Kiel** bestehen seit Jahren mehrere Gruppen, im Moment existieren dort eine Horoskop- und Gedichtgruppe sowie der wöchentliche Lesbenklönschnack. In **Lübeck** entstand vor gut einem Jahr eine Gruppe, die mittlerweile auf 14 Lesben (!) angewachsen ist. In **Husum** gibt es seit 4 Wochen eine Lesbengruppe, die aus einem Zusammenschluß von 6 Frauen aus den umliegenden Orten entstanden ist. In **Flensburg** hat eine Frau vor, nach der Sommerpause eine Gruppe zu initiieren.

2. Berichte aus den einzelnen Gruppen über Probleme/Schwierigkeiten mit ihrer Arbeit: Es kristallisierten sich zwei dicke Probleme heraus: Immer wieder scheint es schwierig zu sein, eine gewisse Kontinuität in der Gruppe zu erarbeiten. Häufig scheitern die Gruppen an persönlichen Querelen Einzelner und an dem berühmt-berüchtigten und von allen gefürchteten „Beziehungsscheiß". Ein zweites Problem für die Gruppen ist der Umgang mit neuen Frauen. Neuaufnahmen, wollen wir das, oder halten wir die Gruppe geschlossen? Wenn ja, wie gehen wir auf die Lesben zu, und wie können wir sie in die Gruppe integrieren?

3. Was haben wir für gemeinsame Ziele, an welchen Punkten könne wir zusammenarbeiten? Diese Diskussion wurde sehr kontrovers, aber solidarisch geführt. Im Groben lassen sich zwei Standpunkte herausarbeiten:

a) daß wir durch regelmäßige Treffen (besseres Kennenlernen und miteinander Diskutieren) eine gewisse Stärke entwickeln können, die uns längerfristig in die Lage versetzt, eine Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Flugblätter, gemeinsame Veranstaltungen . . .) in Schleswig-Holstein aufzubauen;

b) daß wir uns durch die regelmäßigen Treffen besser kennenlernen und durch gemeinsame Diskussionen eine Stärke entwickeln, die für jede einzelne Frau wichtig ist, um die Freiräume, die sie hat, überhaupt nutzen zu können. Öffentlichkeitsarbeit wurde abgelehnt, da sie lange genug andere entwickelt, sich mit den bestehenden Strukturen herumgeschlagen und dabei ihre Kraft vergeudet hätten.

Hier brachen wir die Diskussion erst einmal ab und gingen zum gemütlichen Teil des Abends über, eine Fete mit ca. 50 Frauen. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Kieler Frauen das gesamte Wochenende bis hin zu Salaten, Kuchen etc. ganz toll organisiert hatten!!

Am Sonntagmorgen – mit einiger Verspätung – begannen wir mit dem Abschlußplenum. Die Meinung zum bisher Gelaufenen war überwiegend positiv. Hieraus ergaben sich einige gute Ansätze für die nächste Zeit:

- wir wollen versuchen, ein lockeres Berichtewesen aufzubauen;
- wir wollen evt. längerfristig gemeinsame Aktionen in einem Ort (zur Unterstützung einzelner Gruppen) starten.

Unser nächstes Treffen findet vom 19.-21. September in Lübeck („Alternative", Hüxstr. 69) statt. Themenschwerpunkt ist noch nicht festgelegt, Vorschläge sind erwünscht! Alles in allem ein Treffen zum Mutmachen.

Gemeinsam sind wir unausrottbar!
Lesbenpower in Schleswig-Holstein!

B., Lübeck/Lesbengruppe des KB

Richtigstellung zum Artikel über die »Parteien auf dem Prüfstand«

Die Richter und die Menschenwürde eines Kindes

Zum menschenwürdigen Großwerden eines Kindes in der BRD gehört es n i c h t, einmal im Jahr zu verreisen. Das entschied ein Hamburger Sozialamt, und das Hamburger Verwaltungsgericht gab ihm „Recht" mit einem Grundsatzurteil.

Der Fall: Vier Kinder einer geschiedenen Mutter wollten 1979 verreisen. Mit ihren Freundinnen, Freunden und Betreuern aus dem Ärger gewohnten Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg. Die Mutter ist, da sie sich über Jahre der Kindererziehung widmen mußte, sozialhilfeabhängig. Um die dreiwöchige, spottbillige Urlaubsreise (300 DM) finanzieren zu können, geht sie zum Sozialamt. Während anderen sozialhilfeberechtigten Müttern in anderen Hamburger Bezirken für die gleiche Reise Zuschüsse gewährt werden, lehnt in diesem Fall das Sozialamt ab. Das Bundessozialhilfegesetz schreibe nur vor, die Menschenwürde der Hilfesuchenden zu garantieren. Verreisen, noch zumal ins Ausland, gehöre aber nicht dazu.

Die Mutter klagt für ihre Kinder vorm Verwaltungsgericht - und bekommt bestätigt, daß die Zahlungsweigerung der Sozialbürokraten rechtens war: *„Die Teilnahme an einer gemeinsamen Urlaubsreise gehört ... nicht zum notwendigen, d.h. zu einer menschenwürdigen Existenz erforderlichen Lebensunterhalt. Eine Urlaubsreise gehört nach den in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Lebensgewohnheiten und Erfahrungen und nach der vorhandenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht zu den Grundbedürfnissen menschlicher Existenz. Für eine menschenwürdige Existenz reicht es aus, wenn die Kläger* (die vier Kinder; Anm. AK) *- ebenso wie andere Teile der Bevölkerung auch - ihre Ferien zu Hause verbringen. Jede andere Betrachtungsweise würde dazu führen, daß eine Vielzahl von Personen, die sich die von den Klägern begehrten Annehmlichkeiten* (gemeint ist ein dreiwöchiger Erholungsurlaub für Kinder, die das ganze Jahr in der Stadt verbringen; Anm. AK) *selbst nicht - zumindest nicht ohne Verzicht auf die Erfüllung anderer Wünsche leisten könnten, gezwungen würden, diese Aufwendungen für Dritte mit den von ihnen erbrachten Steuerleistungen zu finanzieren."*

Stadt verbringen; Anm. AK) *selbst nicht - zumindest nicht ohne Verzicht auf die Erfüllung anderer Wünsche leisten könnten, gezwungen würden, diese Aufwendungen für Dritte mit den von ihnen erbrachten Steuerleistungen zu finanzieren."*

Auf den ersten Blick ist das barer Unfug. Natürlich können die meisten Menschen in der BRD sich einen Urlaub im Jahr leisten. Es steckt aber Logik in diesem Teil der Urteilsbegründung, eine ganz und gar unsoziale Logik. Natürlich gibt es in der BRD a u c h die Menschen, für die Urlaub eine „Annehmlichkeit", ein Luxus ist, den sie sich kaum oder schwerlich leisten können. Das sind die Menschen, denen es ähnlich beschissen geht wie den vier Kindern und der Mutter, deren Klage hier abgewiesen wurde. Das sind alte Menschen, Kinderreiche und sonstige „Sozialfälle". Jürgen Roth schätzt in seinem Buch „Armut in der BRD", daß ein Viertel aller Haushalte zu diesem Teil der Bevölkerung zu rechnen ist. Und weil diesen Menschen - zum großen Teil tatsächlich Steuerzahler - kein menschenwürdiges Leben garantiert wird, kann man per Grundsatzurteil die Menschenwürde gleich weiter demontieren. In logischer Fortsetzung könnte man auch die Sozialhilfesätze fürs Essen kürzen, weil es Menschen in der BRD gibt, die hungern, oder für die Miete, weil es Menschen in der BRD gibt, die obdachlos sind.

Diese Zielsetzung, die gesellschaftliche Realität in der BRD, die Existenz von Armut, richterlich für rechtens und mit den Formeln von Menschenwürde und Sozialstaat, die noch im Grundgesetz stehen, vereinbar zu erklären, zieht sich durch die gesamte Urteilsbegründung. Da antwortet das Gericht z.B. auf das Argument, die vier klagenden Kinder wären die einzigen gewesen, die nicht hätten mit dem Kinderhaus verreisen können (sie konnten doch, siehe unten): es verkenne nicht, daß die Kinder diese Benachteiligung nicht ohne weiteres einsehen könnten, aber: *„Es ist jedoch nicht Aufgabe der Sozialhilfe, gesellschaftliche Benachteiligungen umfassend auszugleichen, sondern lediglich, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht."* Die vier klagenden Kinder müßten *„sich insoweit in stärkerer Weise bescheiden ... als andere"*. Was tun diese Kinder denn das ganze Jahr hindurch anderes als sich immer wieder zu „bescheiden"?

Diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ist nicht die erste, mit der rücksichtslos über Interessen und Bedürfnisse von Kindern hinweggegangen wird. Vor drei Jahren hatte es das gleiche Gericht schon einmal mit klagenden Kindern aus dem Kinderhaus zu tun. Es sollte eine Einstweilige Verfügung erlassen, die den Hamburger Senat verpflichtet hätte, bis zur Entscheidung seines Streites mit dem Kinderhaus um eine Anerkennung der monatlichen Pflegesätze, den Aufenthalt dieser Kinder zu finanzieren. Das Gericht lehnte damals ab. Begründung: die Kinder erlitten keine *„irreparablen Schäden"*, wenn sie erst einmal ihre Freunde im Kinderhaus verlassen und in eine andere Tagesstätte gehen, in denen der Senat die Unterbringung bezuschußt. Ja, Kinder bekommen keine „irreparablen Schäden", Kinder müssen sich „bescheiden" und mit „sozialen Benachteiligungen" abfinden. Weiterbildung brauchen sie dann natürlich auch nicht - ein weiteres Zitat aus dem Text dieses Skandalurteils: „ ... *ein Urlaubsaufenthalt im Ausland* (ist), *so sehr er dazu beitragen mag, den Gesichtskreis der Kinder zu erweitern, kein spezifisch durch ihr Wachstum bedingter notwendiger Bedarf."* Deutsche Kinder bleiben in Deutschland, basta!

Wie heißt es doch in der Erklärung der Rechte des Kindes der UNO von 1959, die im übrigen von der BRD mitunterzeichnet worden ist: *„Das Kind hat das Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Erholung und ärztliche Betreuung ... Das Kind hat volle Gelegenheit zu Spiel und Erholung ... Gesellschaft und Behörden fördern die Durchsetzung dieses Rechtes."*

Ganz abgesehen davon, daß diese Urlaubsmöglichkeiten gar nichts an der grundsätzlichen Position der Behörde und des Gerichtes ändern, daß es keinen Rechtsanspruch auf Erholungsurlaub gibt, geht bei diesen „freiwilligen Leistungen" noch ein weiteres Recht der Sozialhilfeabhängigen verloren. Eigentlich dürfen sie nämlich wählen, welche „Hilfe" ihnen geboten wird, soweit ihr Wunsch nicht wesentlich teurer ist als Angebote, die das Sozialamt bereithält. Und eine Ferienreise mit dem Kinderhaus ist ziemlich preiswert.

Die betroffenen zehn Kinderhauskinder wollen natürlich mit ihren Freunden verreisen. Um das möglich zu machen, bitten sie um Spenden auf das unten angegebene Konto. Der Rechtsstreit geht natürlich weiter, gegen das Skandalurteil ist Berufung eingelegt worden.

Und die Richter? Die sind schon im Urlaub. Zwei konnten das Urteil nicht unterschreiben: „... *durch Urlaub an der Beifügung seiner Unterschrift verhindert."*

Kinderkommission Hamburg

Spendenkonto:
Kinderhaus e.V. in der Heinrichstraße, Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Konto 12444461 bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 200 101 11)
Stichwort: Kinderurlaub





Die Kinder fahren in Urlaub!

Die Hamburger Sozialbehörde war natürlich erfreut über das Urteil. Die Sozialämter, die im letzten Jahr noch Zuschüsse an Kinderhauseltern gezahlt haben, mochten dieses Jahr nicht, obwohl das Urteil nicht rechtskräftig ist. Und die Behörde betonte in der ersten Stellungnahme, daß das Gericht ihr Recht gegeben hatte. Dann ist ihr aber offenbar aufgefallen, daß so offene Freude über ein so offen unsoziales Urteil ihr wenig Sympathien bringt. Sie lancierte in eins der ihr nahestehenden Springer-Blättchen, daß es gigantische Möglichkeiten gebe, als Kind armer Eltern mit dem Staat zu verreisen. 143 Sozialhilfeempfänger in Hamburg hätten 1979 „Familienurlaub" genossen, für andere Kinder gäbe es bezuschußte Reisen von Jugendgemeinschaften, kränkelnde Kinder könnten gar mit einem Jugenderholungswerk verreisen. („Hamburger Abendblatt", 16.7.80). Nur mit dem Kinderhaus könnten Kinderhauskinder nicht staatlich bezuschußt verreisen. Wo Sozialhilfeabhängige hinreisen und wo nicht, bestimmt immer noch das Sozialamt.

Halbe Kinder — Steuergesetze machen's möglich

Alleinerziehende Mütter und Väter wollen gegen das sog. Steuerpaket der Bundesregierung Verfassungsbeschwerde einlegen. Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, daß verheiratete und verwitwete Eltern(teile) jährlich 1.200 DM (sowieso ausgesprochen wenig, wenn man bedenkt, daß nach aktuellen Berechnungen ein Kind rund 600 DM im Monat „kostet") Kinderbetreuungskosten von der Steuer absetzen können. Allein-

heiratete und verwitwete Eltern(teile) jährlich 1.200 DM (sowieso ausgesprochen wenig, wenn man bedenkt, daß nach aktuellen Berechnungen ein Kind rund 600 DM im Monat „kostet") Kinderbetreuungskosten von der Steuer absetzen können. Allein-

erziehende, d.h. ledige oder geschiedene Mütter und Väter, bekommen nur die Hälfte angerechnet.

Schulsenator verbietet Beschnüffelung von Schülern

Der Westberliner Schulsenator Rasch (FDP) hat den Schulen untersagt, weiterhin Fragebögen der Polizei über Schüler, die als Zeugen vor Gericht aussagen sollen, auszufüllen. Die Fragebögen waren 1956 entwickelt worden und beanspruchen Auskunft über jeden vermeintlichen Charakterzug der erfaßten Schüler: körperliche und geistige Entwicklung, „Betragen in und außerhalb der Schule", häusliche Verhältnisse, „Geltungsbedürfnis, Schüchternheit, eventuelle Bereitwilligkeit, einen Fehler einzugestehen", „Glaubwürdigkeit" usw.

Als die Sache aufflog, spielte die Polizei das Unschuldslamm: *„Von Gesinnungsschnüffelei kann keine Rede sein. Das ist eine ganz objektive Maßnahme ... Wir halten uns streng an unseren Ermittlungsauftrag."* Dabei müßte selbst dem blödesten Polizeisprecher klar sein, daß solche Datenerhebungen nicht einmal mehr durch die umfassenden Ermächtigungen des „Datenschutzgesetzes" gedeckt sind (was schließlich auch der Westberliner Datenschutzbeauftragte mitbekommen hat).

Noch unschuldiger als die Polizei tat die Schulverwaltung, die von den Fragebögen nichts gewußt haben will und sich beeilte, „Skandal" zu rufen. Was ihr dann wieder einen Rüffel vom SPD-Innensenator einbrachte (der Schulsenator steht eh auf der Abschlußliste der SPD). Fragt sich am Ende nur noch, ob in den 24 Jahren dieser Schnüffelpraxis nie ein fortschrittlicher Lehrer so einen Fragebogen in die Hand bekommen hat. Oder haben da einige „verpennt"? Vielleicht erinnert sich jetzt ja einer.

Richtigstellung zum Artikel über die »Parteien auf dem Prüfstand« (AK 181)

Zu dem Artikel über die Bonner Parteienveranstaltung an dieser Stelle einige Richtigstellungen und Ergänzungen, da in dem redaktionell gekürzten Artikel einige Aspekte versehentlich nicht bzw. falsch dargestellt wurden.

Von Unbekannten waren bereits Wochen vor der Veranstaltung zwei gefälschte Einladungen verschickt worden, in denen eine angebliche Verschiebung mitgeteilt wurde.

Nicht nur die Nürnberger „Indianerkommune" und die Westberliner „Kommune Orianienstraße", sondern auch die „Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld" (IHB) haben durch gezielte Störmanöver versucht, die Veranstaltung zu Fall zu bringen.

In einem Flugblatt erklärt die IHB ihre prinzipielle Ablehnung folgendermaßen: diese Politik täusche vor, Schwule könnten sich befreien, indem sie an einer solchen Veranstaltung teilnehmen und der schwulenfreundlichsten Partei ihre Stimme geben. Die Stärke der Schwulen würde nicht auf ihrem Stimmenpotential oder irgendeinem aufgesetzten zentralistischen Zusammenschluß, sondern auf der Vielfältigkeit ihrer Gruppen und Aktionen beruhen.

Die Beethovenhalle war schon vor Beginn der Veranstaltung von Unbekannten mit Buttersäure oder ähnlich Übelriechendem „eingeweiht" worden.

Als die Parteienvertreter vorgestellt und wegen ihrer antischwulen und antilesbischen Politik mit Buhrufen und Pfiffen eingedeckt wurden, reagierte Reinhard Münchenhagen, Moderator der heterroristischen WDR-Sendung „Spätere Heirat nicht ausgeschlossen" mit Sprüchen wie: es solle doch jetzt ruhiger werden. Er hätte ja viel Verständnis für uns Schwule/Lesben mitgebracht, aber wenn das so weiterginge, würde er gleich wieder gehen. Dann würde er die „Biene Maja" im Fernsehen nicht versäumen. Als daraufhin empörte Schwule und Lesben Münchenhagen auspfiffen, wurden diese teilweise aus dem Publikum aufs Übelste angemacht, sie sollten die Veranstaltung nicht stören.

Ähnliches passierte wenig später, als der CDU-Vertreter einen provokatorischen Beitrag zum Thema Wiedergutmachung für Naziopfer hielt. Die CDU wäre für die Wiedergutmachtung, jedoch wäre sie ja z.Z . nicht an der Regierung. Als auch hier wieder einige Schwule und Lesben mit Pfiffen und Buhrufen auf den CDU-ler reagierten, wurden diese wiederum von gemäßigten Teilen des Publikums u.a. MSC-Mitgliedern (schwuler Motorradclub) zur Ruhe ermahnt.

Als wenig später die Kommunen dann das Podium besetzten, entlud sich die geballte Wut dieser Teile des Publikums auf die „Indianer". Mehrere MSC-Typen waren kurz davor, die Kommunemitglieder und andere Brüder und Schwestern, die das Chaos auf andere Art angehen wollten, kurzerhand vom Podium zu prügeln. Wenig später waren dann sogar von einem Schwulen die Bullen gerufen worden.

Kurz danach hatten einige der MSC-ler, die sich vorher als die übereifrigsten Rausschmeißer bei den Kommuneleuten gebärdet hatten, vor der Beethovenhalle nichts Besseres zu tun, als den „Vorträgen" des CDU-Vertreters ergebendst zu lauschen.

Gleich daneben sammelten sich gerade die Bullen für ihren Einsatz. Eine Szene, die für sich sprach. Von schwuler/lesbischer Solidarität konnte keine Rede mehr sein.

U., Fr., Schwulengruppe des KB
Ul., P. ⚢, Lesbengruppe des KB

Zur Situation der Grünen

Dinné geht

Mit 52 gegen 46 Stimmen entschied sich die Mehrheit des Bremer Landesverbands der Grünen für die Beteiligung an der Bundestagswahl. Diese Entscheidung wurde gegen die ausdrückliche Stellungnahme des alten Landesvorstands und der Bremer Bürgerschaftsabgeordneten um Olaf Dinné gefällt.

Einen Tag später traten die Abgeordneten Olaf Dinné und Delphine Brox zusammen mit etwa 30 (der knapp 200) Bremer Grünen aus der Bundespartei aus. Die Abgeordneten Peter Willers und Axel Adamietz waren der Bundespartei nie beigetreten, unterstützen aber den Kurs von Dinné. Die Ausgetretenen wollen weiterhin als „Bremer Grüne Liste" bestehen bleiben und haben sich bundesweit in einer ökologischen „Grünen Föderation" organisiert, der nach ihren Angaben außerdem noch die GAZ von Herbert Gruhl, die „Grüne Liste Schleswig-Holstein" um Baldur Springmann sowie einzelne Kreisverbände der Grünen in NRW (Siegen und Krefeld), Bayern (Würzburg) und Baden-Württemberg (nicht bekannt) angehören sollen. Damit haben sich die reaktionärsten Teile der Grünen außerhalb der Bundespartei gesammelt und ihren Anspruch auf die „wahre" Vertretung des grünen Gedankens erhoben. Großzügig verkünden sie nun, daß sie derzeit keine Konkurrenzpartei gründen werden und nicht offen (?) Stimmung gegen die Bundes-Grünen machen wollten. Allerdings ist diese Großzügigkeit eher Ausdruck der eigenen Schwäche, da der Versuch einer rechten Sammlungsbewegung vorerst sehr bescheiden verläuft. Neben einigen wenigen Kreisverbänden und Einzelaustritten ist in Bremen nur eine Minderheit der Mitglieder ausgetreten.

In Schleswig-Holstein sind nach unterschiedlichen Angaben 150 - 300 Mitglieder der GLSH ausgetreten. Die rechten Grünen demonstrieren derzeit eher ihre Schwäche. Sie haben sich deshalb zu einer unterschiedlichen Taktik entschlossen: Dort wo sie bereits einmal bei Landtagswahlen ihren Spaltungskurs durchgezogen haben (Schleswig-Holstein und Bremen), vertreten sie heute die harte Linie — Austritt. Die GAZ hat ihren Mitgliedern einen Verbleib bei den Grünen „freigestellt" (es sind offensichtlich nur wenige GAZler ausgetreten), sie versucht als (‚gemäßigtes') Bindeglied für eine anvisierte Spaltung nach den Bundestagswahlen zu fungieren.

Daß die reaktionären grünen Kreise weitergehende Spaltungsabsichten nicht aufgegeben haben, macht Dinné in einem Interview mit der „Neuen" (24.7.) sehr deutlich. Er spekuliert auf eine Wahlniederlage der Grünen, möglichst unter 3 % (wobei er bereits ankündigt, in Bremen nachhelfen zu wollen, um das Ergebnis zu drücken), so *„daß wir nach den Wahlen die zwei dann klarer vor uns allen stehenden Varianten zur Diskussion stellen werden ... Nach der Niederlage wird die Diskussion innerhalb der Grünen sowieso aufbrechen"*. Dinné beruft sich bei seinem Vorgehen — Sammeln der Rechten außerhalb und Stützpunkte in wichtigen Landesverbänden der Grünen — namentlich auf Willi Hoss (Spitzenkandidat in Baden-Württemberg). Hoss, gemeinhin der Linken zugerechnet, habe ihn ausdrücklich aufgefordert, *„von außerhalb eine grüne Gegenposition zu artikulieren"*, um innerhalb der Partei nach dem 5. Oktober Druck für eine *„alternative Kurskorrektur"* ausüben zu können.

Die rechten Grünen haben ihre Pläne zur Spaltung vor der Wahl offensichtlich aufgeschoben. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß ein großer Teil ihrer potentiellen Verbündeten hierzu nicht bereit ist. Dennoch befindet sich die Grüne Partei in einem desolaten Zustand. Die Klammer, die derzeit alles zusammenhält, über die tiefgreifenden, teilweise antagonistischen Widersprüche hinweg, ist die Bundestagswahlbeteiligung und nicht viel mehr , schon gar nicht das vielbeschworene „historische Bündnis" wertkonservativer und sozialistischer Kräfte.

Die Landesverbände Bremen und Schleswig-Holstein sind faktisch bereits gespalten. Die Landesverbände Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern haben sich im Wahlkampf für die rückschrittlichere Programmatik (Dortmunder Wahlplattform) entschieden. Allein der Hamburger Landesverband und die Mehrheit des gespaltenen Schleswig-Holsteiner Verbandes wollen außer mit der Dortmunder Plattform auch mit dem Saarbrücker Programm Wahlkampf machen (die Landesversammlungen in NRW, Westberlin, Rheinland Pfalz und Bremen zu dieser Frage stehen noch aus).

Die Linke paßt sich weiter an

Die Powerpolitik der Rechten, insbesondere der „Bremer Linie" von Dinné, hat erkennbare Spuren bei den linken Grünen hinterlassen. Der seit Beginn des grünen Parteigründungsprozesses erkennbare Opportunismus, der sich auf den Sozialismus berufenden Linken hat sich durch die rechten Spaltungsmanöver noch verstärkt.

Der Saarbrücker Parteitag war zwar ein Lichtblick, viel ist aber nicht geblieben. In Dortmund haben nahezu alle Teile der Linken, insbesondere auch die „Z"-Gruppe, darauf verzichtet, die von ihnen so hochgelobte inhaltliche Auseinandersetzung zur Einleitung von Lernprozessen bei den ‚Mitteikräften' und bei ‚Wertkonservativen' zu führen. Ohne nennenswerten Widerstand wurde die Demontage des Saarbrücker Programms (das selber schon Ergebnis von Kompromissen war) hingenommen. Die „Z"-Gruppe, vertreten durch Jürgen Reents, hat in der Vorphase von Dortmund sogar auf die Formulierung von Minderheits-Voten in der Programmkommission verzichtet. Genutzt hat es ihr nicht, denn statt der rechten Spalter steht heute die „Z"-Gruppe im Sperrfeuer von Angriffen anderer linker Grüner. Die gleichen Experten aus der „äußerst komplizierten Aktion" gegen den KB in der Frühphase des grünen Parteibildungsprozesses greifen heute die „Z" als verantwortlich für die *„Polarisierung in den Grünen"* und das Abspringen der Rechten z.B. in Schleswig-Holstein an. Auf der Sitzung des Bundeshauptausschusses am 12./13.7. in Bremen wurde der „Z" ein *„instrumentales Verhältnis zu grünen Zielen"* vorgeworfen. Dies wurde u.a. mit ihrer Beteiligung an der Diskussion um einen „Revolutionären Block" begründet. Getragen wurde diese Kritik von „Linken" wie Willi Hoss, Milan Horacek und Jo Müller (der bereits im Bremer Bürgerschaftswahlkampf die Initiative „links für grün" gegen die Alternative Liste gründete). Ihre Argumentation war nahezu deckungsgleich mit der von Olaf Dinné.

In ähnliche Richtung geht die Kritik von Mitgliedern der BUS (Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten), deren Wortführer Ernst Hoplitschek sich rühmt, daß nur *„dank der Taktik weniger undogmatischer Linker in Saarbrücken"* die linke Hamburger Kandidatin nicht in den Dreier-Vorstand gewählt wurde (Infodienst „rot und grün").

Die „Z" hatte sich seinerzeit hemmungslos mit jenen Kräften gegen den KB verbündet, die heute ihrerseits die Isolierung der „Z" betreiben. Vielleicht rufen sich die Genossinnen und Genossen noch einmal die Forderung Rudolf Bahros aus dem Dezember 1979 in Erinnerung: Bahro hatte zur Auflösung des KB, der „KPD" sowie Bunter und Alternativer Listen aufgerufen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß demnächst die „Z"-Gruppe vor dem gleichen Problem stehen wird, wenn heute schon ihre Arbeit bei den Grünen als *„Muster klassischer ML-Politik"* (Hoplitschek) angegriffen wird. Wir sind gespannt, wie weit der Anpassungsprozeß der „Z" und linker Grüner noch gehen wird.

In Bremen haben die Linken ein nicht sehr ermutigendes Beispiel geliefert. Sie haben trotz der offensichtlichen Spaltungspolitik von Dinné bis zuletzt die Einheit beschworen. Sie haben ausnahmslos auf der Bremer Landesversammlung ein Bekenntnis zur „Bremer Linie" abgelegt, die nichts anderes bedeutet als absoluter Vorrang ökologischer Politik vor sozialen und demokratischen Forderungen und Propaganda für Verzichts- und Sparpolitik. Wenn sich die Grüne Partei eine solche Politik zu eigen macht, verliert sie sehr schnell den Anspruch, eine Alternative zu sein (die sie heute bereits für viele nicht mehr ist). In Bremen droht nun die makabre Situation, daß die Linken ohne Dinné gerade dessen Programm zum Inhalt ihres Wahlkampfs machen, statt aus den gelaufenen Auseinandersetzungen die Lehre zu ziehen, die Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften zu suchen, die ernsthaft an einer fortschrittlichen Alternative zu den etablierten Parteien interessiert sind.

Daß diese Konsequenz jedoch keineswegs gezogen wird, erklärt sich dadurch, daß mehr linke Grüne, als es zunächst den Anschein hatte, inzwischen offen ihre ausdrückliche Ablehnung einer „linkssozialistischen" Konzeption bekunden. Schien Bahro mit dieser Auffassung zunächst allein zu stehen, erhält er in dieser grundsätzlichen Frage zunehmend Unterstützung gerade aus dem „undogmatischen" Lager. Die Genoss(inn)en von der „Z" u.a. werden auf Dauer wenig Erfolg damit haben, diesen Konflikt mit ausgeklügelten Taktiken zu überbrücken.

Spaltung der Grünen in Bremen

Gruß an Olaf: Die komplizierte Aktion ist durch eine noch kompliziertere Aktion übertroffen worden (Spionage-Abwehr, KB).

Nachdem die Führer der Bremer Grünen um Olaf Dinné auf dem Dortmunder Parteitag mit ihren ultimativen Forderungen nach Sturz des „linkslastigen" Vorstands und des von „Wachstumsfetischisten" verabschiedete Programm nicht durchgekommen waren, liefen sie Amok gegen die Grüne Partei und erklärten die Nicht-Teilnahme des Bremer Landesverbandes an den Bundestagswahlen.

Vorläufiger Höhepunkt und die bisher deutlichste Ausformulierung der „Bremer Linie" war die Erklärung Olaf Dinnés vor dem Bundeshauptausschuß der Grünen am 12. Juli in Bremen (siehe Abdruck), in der unter dem Motto *„Leben statt Spinnen"* nicht nur massiv gegen die sozialen und demokratischen Forderungen im Programm der Grünen geschossen, sondern auch ein Frontalangriff auf die Basisdemokratie gefahren wird: Die negative Entwicklung der Grünen beruhe *„auf dem konventionellen Mitgliedschaftsprinzip... Dadurch wird den Programmfetischisten Tür und Tor geöffnet und die manipulierbare Abstimmungsmaschinerie anonymer Mehrheiten ermöglicht..."*

Ob er es geahnt hat? Drei Tage später scheiterte er endgültig an dieser „Abstimmungsmaschinerie": Der Bremer Landesparteitag der Grünen hat sich mit 52:46 Stimmen (bei einer Enthaltung) für die Beteiligung an den Bundestagswahlen ausgesprochen. Dinné verließ nicht nur den Saal, sondern auch die Grüne Partei, und mit ihm etwa 30 seiner Anhänger.

Ein Parteitag mit „Linienschwierigkeiten"

Dinné hat seine „Bremer Linie" inzwischen zu einer Verzichtsideologie reinsten Wassers ausgebaut. Was Anfang des Jahres im Rahmen der Haushaltsdebatte begann (Dinné hatte damals mit Sparvorschlägen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Jugend, Sport, Soziales etc. für Schlagzeilen gesorgt), endet heute mit dem Versuch, mit der ganzen „Wohlstandsrichtung" und dem „Genuß ohne Reue" gründlich aufzuräumen.

Erpressung und Spaltung waren die Mittel, mit denen er den Bremer Landesverband auf „seine" Linie festnageln wollte: er verband als Sprecher des gesamten Vorstandes die Abstimmung seines Positionspapiers mit Rücktritts- und Spaltungsdrohungen.

Eine klare Gegenposition gibt es zwar im Bremer Landesverband nicht, und doch war in aller Munde: „die AL-Linie", „Die Jürgen-Reents-Linie", die „Z-Linie des KB", die „Bundeslinie", die sich mit allen Konsequenzen an der Kandidatenliste in Hamburg zeige (Olaf Dinné). Dem wurde zwar widersprochen, aber nicht etwa, weil man die Hamburger Kandidaten akzeptierte, sondern: *„Auch das Problem der Hamburger Kandidaten wird sich noch lösen lassen"*, tönte Jo Müller (Mitinitiator des Kreises „Links für Grün" im Bremer Bürgerschaftswahlkampf). Anscheinend ist eine Einflußnahme auf den Hamburger Landesverband geplant.

Noch 'ne Linie: Rudolf Bahro

Rudolf Bahro – inzwischen Mitglied der Grünen in Bremen-Nord – warf sich als erster für die Beteiligung an den Bundestagswahlen in die Bresche, nicht ohne vorher zu betonen, daß er sich mit Dinné einig sei, *„daß... wir auf lange Sicht eine ungeheure Chance (verschenken), wenn wir als linkssozialistische-ökologische Partei herauskommen"*. Es sei das Verdienst von Olaf Dinné und Delphine Brox, dieses bisher verhindert zu haben. Man solle aber ökologische und soziale Forderungen nicht gegeneinandersetzen. Er habe immer die Position *„ökologisch und sozial"* vertreten: *„Wenn wir in die aufkommenden Verteilungskämpfe nicht die ökologische Orientierung bringen, dann wählen die Strauß."*

Also ökologisch und sozial, aber sozial nur mit ökologischer Orientierung, also doch nur ökologisch?? Aber mit Logik ist manchen Grünen ja schon lange nicht mehr beizukommen... Bahro verriet: *„So werden dem Arbeiterkampf, dem KB und der ZL ihre letzten Leute weglaufen"* (Schlotter!). Auch er sehe „Schwierigkeiten" mit Bunten und Alternativen, aber *„mit Gruhl und Springmann wirst du 'ne rechtskonservative Ökologenpartei bekommen. Wenn Du, Olaf, auf Spaltung orientierst, machst du einen Riesenfehler – einen Hornochsenfehler!"*

Ob nun Hornochse oder nicht: die Differenzen zwischen Dinné und Bahro sind hauptsächlich taktischer Natur. Einig sind sich beide in der Ablehnung einer „linkssozialistischen ökologischen Partei". Aber Integration der Linken („Zusammenführen der Potentiale", Bahro) oder totale Konfrontation (Dinne) – das war die Frage.

Für die Unterordnung der Linken unter ökologische Politik sprach sich dann Hannes Heer aus (wie Jo Müller Mitinitiator des Kreises „Links wird grün" – Verzeihung! – „Links für grün"): bürgerliche Kräfte mit tendenziell antikapitalistischer Stoßrichtung seien zum Teil in Widerspruch zum System geraten, die *„gescheiterte Linke"* hätte sich dem gefälligst unterzuordnen. Die Grünen müßten auf ihre Ausgangsposition zurückkehren und sollten nicht kandidieren...

52:46 – die „Bremer Linie" ist tot, es lebe die „Bremer Linie"?

Nach der Abstimmungsniederlage trat der Landesvorstand um Olaf Dinné geschlossen zurück. „Taktischen Schnickschnack" nannte Bernd Vogel alle Versuche, die unterlegenen Fraktion am neu zu bildenden Landesvorstand zu beteiligen: *„Ihr habt heute eine neue Linie beschlossen, also wählt einen neuen Vorstand!"* Daraufhin setzte ein wahrer Hagel von Bekenntnissen zur „Bremer Linie" ein. Jo Müller schlug gar einen „ökologischen Wahlkampf auf Bremer Linie" vor.

Es half aber alles nichts: am nächsten Tag erklärten mit Olaf Dinné etwa 30 Mitglieder des Bremer Landesverbandes ihren Austritt aus der Grünen Partei und gründeten die „Grüne Föderation".

KB-Gruppe Bremen

Alternative Liste

Zurück nach Saarbrücken!

Der Arbeitskreis Bundestagswahl der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Bremen würde es begrüssen, wenn der Kreis der Grünen, der durch den ehemaligen Landesvorstand repräsentiert wurde und weitgehend mit der Bremer Grünen Liste (BGL) identisch ist, einen Weg zu den politischen Positionen finden würde, die die Grünen auf ihrem Saarbrükker Parteitag verabschiedet haben. Allerdings glauben wir nicht daran (eher würde ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen). Folgende Fakten sprechen dagegen:

a) Die Gründung einer „Ökologischen Föderation" kann man nur als Startsignal für den fortgesetzten Versuch deuten, die ökologische Bewegung auf die gescheiterte „Bremer Linie" zu drängen;

b) die BGL hat sowohl auf dem Bundesparteitag der Grünen in Dortmund wie auch auf dem Landesparteitag in Bremen klare Abstimmungsniederlagen hinnehmen müssen, ohne jetzt Bereitschaft zu zeigen, nach allgemeiner demokratischer Gepflogenheit sich den Mehrheiten zu beugen;

c) dieses Verhalten klärt noch nachträglich, wen die politische Schuld am Nichtzustandekommen einer Einigung zwischen BGL und AL zu Bremer Bürgerschaftswahl im Herbst 1979 trifft;

d) es zeigt ferner, daß die BGL nach wie vor nicht bereit ist, ihrem eigenen Anspruch auf Basisdemokratie zu genügen. Nach wie vor geben sich ihre parlamentarischen Vertreter nur als die Vertreter ihrer eigenen Meinungen zu erkennen, statt im Parlament die Belange der Bürger- und Basisinitiativen zu Gehör zu bringen.

Die selbstgefällige Isolation, in die sich die BGL durch ihre Abkehr vom Landesverband Bremen der Grünen begeben hat, rechtfertigt sie mit der angeblichen Vorrangigkeit ökologischer Problemlösungen unter völliger Verkennung der Tatsache, daß die Umweltkrise ihre Ursachen in einem ausschließlich am Profit orientierten System hat. Jede Politik, die diesen Zusammenhang trennt, ist zum Scheitern verurteilt.

Nach der Sommerpause wird eine Vollversammlung der AL über eine mögliche Unterstützung der Grünen im Hinblick auf die Bundestagswahl beraten, die u.a. davon abhängt,

– in welchem Maße sich der Landesverband Bremen der Grünen gegen die Bürger- und Basisinitiativen öffnet,

– ob eine solche Öffnung ihren Ausdruck in der Aufstellung entsprechender Kandidaten und Kandidatinnen findet,

– ob sich der Landesverband auf das Saarbrücker Programm der Grünen stellt und damit zeigt, keine widernatürliche Trennung zwischen Umweltkrise und ihrer Systemabhängigkeit vorzunehmen.

Die AL hält sich zu klärenden Sachgesprächen bereit.

aus: Neue, 26.7.80

Bremer Erklärung vor dem Bundeshauptausschuß am 12.7.80

Motto: „Leben statt Spinnen"

(1) Wir Bremer nehmen die 5-Minuten-vor-12-Situation sehr ernst; persönlich und in Bezug auf unsere Gesellschaft und unsere Umwelt.

(2) Deshalb konzentrieren wir uns auf das allerwichtigste zuerst: die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen in einer begrenzten Welt. Erst dadurch, aber auch erst danach kommen die vielfältigen Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

(3) Für dieses Wichtigste aber ziehen wir auch alle Register: neben Informationen, Rechtsstreiten u.a.m. haben wir auch den Kampf auf parlamentarischer Ebene eröffnet. Wir Bremer haben das sowohl im Landtagswahlkampf 1979 als auch auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN in Karlsruhe (gegen die Doppelmitgliedschaft) vehement vertreten!

(4) Die Anwendung des Mottos „Leben statt Spinnen!" auf die Politik heißt für uns: „Betroffenheit statt Agitation!"

Das bedeutet erstens, das Wählerpotential derjenigen, die sich in ihren Lebensgrundlagen bedroht fühlen (bis zu 20%) in eine fundamental-oppositionelle Kraft zu bündeln (gegen das weitere Wachstum des Bruttosozialproduktes) anstatt mit den Forderungen nach mehr sozial-staatlicher Gerechtigkeit (Wählerpotential bis zu 1%) zu agitieren (35-h-Woche bei vollem Lohnausgleich, ersatzlose Streichung des § 218 usw.) und sich dabei das 20%-Potential völlig zu verschließen.

Das bedeutet zweitens für den parlamentarischen Kampf Orientierung auf Erfolg, konkret: die 5%-Hürde zu nehmen, weil nur so die Etablierten an ihren Pfründen im weitesten Sinne zu treffen sind.

(5) Noch schlimmer wäre es, nach Art der etablierten „Breitbandlüge" vorzugehen: an der Basis ökologische (z.B. Eppler) und sozialistische (z.B. Stamos) Forderungen aufzunehmen oder sogar erst zu erzeugen, um diese dann oben (z.B. Schmidt) als Kapitalverwertungsmaßnahmen in ihr Gegenteil zu verdrehen. Natürlich ist dies eine effiziente Wahltaktik, weil es dem so angesprochenen Wähler wohltut (allerdings nur psychologisch!), wenn Einzelmißstände beseitigt werden sollen, ohne etwa die ganze Wohlstandsrichtung im Prinzip zu gefährden; die Illusion vom „Genuß ohne Reue"!

(6) Unsere potentiellen Wähler wissen das. Deshalb lehnen sie ganz offensichtlich auch die sich bei uns einschleichende Breitbandlüge ab. Das hat NRW gezeigt! Das hat auch die Kommunalwahl in BW gezeigt, insbesondere die Umdispositionen durch den Wähler innerhalb der Grünen Kandidatenlisten (Stuttgart, Tübingen etc.). Die Karre ist tief in den Dreck gefahren . . .

(7) Was uns Bremer anbelangt, so sehen wir die Ursache für die Möglichkeit dieser negativen Entwicklung überhaupt in der verfehlten Organisations-Struktur der BUNDESGRÜNEN. Sie beruht auf dem konventionellen Mitgliedschafts-Prinzip statt auf dem Prinzip der Mitarbeit, also auf konkreten Initiativen mit der Erfahrung des Vertrauens. Dadurch wird den Programm-Fetischisten Tür und Tor geöffnet und die manipulierbare Abstimmungsmaschinerie anonymer Mehrheiten ermöglicht (Erinnerung an alle Bundesparteitage der GRÜNEN).

(8) Für uns Bremer folgt daraus – immer vorbehaltlich unserer Mitglieder-Versammlung am 15. Juli –, daß wir uns nicht daran beteiligen werden, diesen Karren noch weiter und damit wahrscheinlich endgültig in den Dreck zu fahren; etwa dadurch, daß wir durch eine Teilnahme an einer vernichtenden Wahlniederlage bei der Bundestagswahl – so um die 2 % – zu dieser nachhaltigen Diskreditierung der ganzen hoffnungsvollen Bewegung beitrügen!

Bremer Landesvorstand
DIE GRÜNEN

Bundestagswahl und Alternative Wahlbewegung

Auf einer nationalen Delegiertenkonferenz des KB am 5./6.7. war ein von mehreren LG-Mitgliedern eingebrachter Resolutionsentwurf zu den Bundestagswahlen im Herbst diskutiert worden. Im folgenden veröffentlichen wir eine vom LG überarbeitete Fassung dieser Vorlage. Diese überarbeitete Fassung nimmt die Diskussionen und Abstimmungsergebnisse unserer DK auf (siehe auch AK 181, S. 42). Passagen aus dem ursprünglichen Text, die auf der DK nicht mehrheitsfähig waren, drucken wir im Anhang nach. Ebenso beginnen wir in diesem AK mit der Dokumentation von Diskussionsbeiträgen zu diesem Thema.

* * *



Resolutionsentwurf

1. Schmidt und/oder Strauß

Die ,,Alternative'' Schmidt oder Strauß ist die rechteste Konstellation seit Gründung der Bundesrepublik.

Anfang der 60er Jahre war deutlich geworden, daß die Epoche der Adenauerschen Reaktion (samt ihrer revanchistischen Außenpolitik) sich überlebt hatte. Dies führte zunächst zu einer kurzen Zwischenetappe der Großen Koalition und 1969 schließlich zur Sozialliberalen Koalition SPD/FDP.

Die SPD trat mit dem Versprechen an, die hinterlassenen Probleme der Adeanuer-Zeit progressiven und sozialen Lösungen zuzuführen:

= Erweiterung der demokratischen Rechte.

= Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen, Beseitigung der Arbeitslosigkeit usw.

= Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion statt ,Kaltem Krieg'.

Der Sturz der Regierung Brandt 1973 bezeichnet das Ende dieser kurzen Zwischenphase und eine scharfe Rechtswendung der Regierungspolitik. Ohne diese Rechtswendung und die seither erfolgte reaktionäre Politik gäbe es für die Kanzlerkandidatur von Strauß keine Basis. Für diese Konstellation ist in erster Linie die ,sozialliberale' Regierungspolitik verantwortlich zu machen.

Gerade die SPD hat auf ihrem letzten Parteitag in Westberlin weitreichende Beschlüsse gefaßt, die den Rechtsruck erneut enorm beschleunigt haben: Die Bestätigung des Atomprogramms und vor allem die Billigung der NATO-Rüstungsbeschlüsse. Damit hat die SPD die sog. „Entspannungspolitik" der Brandt-Regierung fallengelassen und – für jedermann sichtbar – eine aktive Rolle beim Anheizen der Rüstungsspirale übernommen. Sie trägt selbst
nigt haben: Die Bestätigung des Atomprogramms und vor allem die Billigung der NATO-Rüstungsbeschlüsse. Damit hat die SPD die sog. „Entspannungspolitik" der Brandt-Regierung fallengelassen und – für jedermann sichtbar – eine aktive Rolle beim Anheizen der Rüstungsspirale übernommen. Sie trägt selbst
eine erhebliche Mitverantwortung für die immer stärkere Gefährdung des Weltfriedens.

Die SPD profitiert dabei bewußt von der Kanzlerkandidatur des bayrischen Ministerpräsidenten (Schmidt: „Strauß ist mein Wunschgegner"). Denn im direkten Vergleich zur CSU gelingt es ihr immer noch, ihre eigene Rolle als „gemäßigt" darzustellen. An einer ernsthaften Mobilisierung gegen Strauß ist ihr aber in Wirklichkeit kaum gelegen. Dies zeigt sich am schlagendsten an der Haltung der (eng mit der SPD-Führung verbundenen) DGB-Spitze. Für diese kommt ein gewerkschaftliches Engagement gegen die von Strauß vorgetragenen arbeiterfeindlichen Angriffe gar nicht in Frage.

Diese Rechtsentwicklung ist der SPD-Führung gelungen, ohne daß es bisher zur Herausbildung einer parlamentarischen Linksopposition oder auch nur zur Entstehung einer neuen sozialdemokratischen Reformpartei gekommen ist. Das hat zu der in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Situation geführt, daß es keine parlamentarische Linksopposition gibt, somit auch keine relevante Entscheidungsmöglichkeit für ,die Wähler'. Daß es nach sieben Jahren Schmidt-Regierung nur erste Ansätze einer solchen Linksopposition gibt (in Gestalt der GRÜNEN und der Bunten/Alternativen Listen), demonstriert die Schwäche der gesamten westdeutschen Linken. Es demonstriert aber auch, daß der großen Mehrheit der Bevölkerung im wesentlichen immer noch B e w a h r u n g statt V e r ä n d e r u n g des Bestehenden als ihr Interesse erscheint. Die außerparlamentarischen Oppositionsansätze auf einzelnen Feldern (Bewegung gegen das Atom-Programm, Anti-Kriegs-Aktionen, Aktionen gegen den § 218 usw.) sind noch weit davon entfernt, sich zu einer ganzheitlichen politischen Opposition zusammenzuschließen.

Wer Strauß verhindern wolle, müsse Schmidt wählen, ist ein zentrales Wahlkampfargument der SPD. Dieses Argument ist doppelt falsch:

1. Ist gerade die Unterwerfung unter die Logik des ,,kleineren Übels'', der fatale Rückstand bei der Schaffung einer sozialistischen Opposition innerhalb wie außerhalb der SPD, wesentlich mitverantwortlich für die Tatsache, daß heute ein Strauß gegen einen Schmidt kandidieren kann. Sich dieser Logik nochmals zu unterwerfen, kann nur dazu führen, daß die Konstellationen zukünftig n o c h weiter nach rechts gerückt werden.

2. Ist die ,Wählerstimme' nur bedingt relevant für die künftige Regierungsbildung. Schließlich kalkuliert die SPD sogar die Möglichkeit einer Neuauflage der Großen Koalition ein, falls — wider alles Erwarten — die GRÜNEN in den Bundestag kommen und die Freidemokraten herausfallen. (Eine Drohung, die schändlicherweise von Linkssozialdemokraten und einer Strömung des SB als Argument gegen die GRÜNEN angeführt wird.)

Angesichts der faktischen Neuauflage der Großen Koalition in Bonn, d.h. der weitgehenden Übereinstimmung zwischen Schmidt und Strauß, ist eine ,,kritische Unterstützung der SPD'' - wie sie immer noch von einem, allerdings kleiner gewordenen Teil der Linken befürwortet wird - noch offensichtlicher als schon 1976 ein Mandat für die Fortsetzung der Rechtsentwicklung.

Die Linke muß den Bundestagswahlkampf dazu nutzen, diese Rechtsentwicklung verstärkt ins Bewußtsein des Volkes zu bringen und einen möglichst starken Protest gegen die herrschenden Innen- und Außenpolitik zu schaffen. Ein ,,Anti-Strauß-Wahlkampf'', der sich nicht in erster Linie gegen die h e r r s c h e n d e Politik richtet, sondern zur Personal-Agitation gegen die Figur von F.J.Strauß verkommt, nutzt allenfalls der SPD. Für die Linke kann es nur darum gehen, die Kandidatur von Strauß - als
schenden Innen- und Außenpolitik zu schaffen. Ein ,,Anti-Strauß-Wahlkampf'', der sich nicht in erster Linie gegen die h e r r s c h e n d e Politik richtet, sondern zur Personal-Agitation gegen die Figur von F.J.Strauß verkommt, nutzt allenfalls der SPD. Für die Linke kann es nur darum gehen, die Kandidatur von Strauß - als
eines besonders brutalen und verhaßten Repräsentanten bürgerlicher Politik - dazu zu nutzen, um den Kampf gegen die herrschende Politik der Reaktion nach innen und des Expansionsstrebens nach außen zu verbreitern und zu verstärken.

In diesem Sinn verstanden kann der b e s o n d e r e Kampf gegen den Kanzlerkandidaten der äußersten Reaktion eine positive Rolle spielen. Wichtiger als die Parole ,,Stoppt Strauß!'' müssen aber für die Linke inhaltliche Parolen wie ,,Stoppt den imperialistischen Krieg'', ,,Stoppt die Kriegsrüstung'', ,,Stoppt das Atomprogramm'', ,,Stoppt den Polizeistaat'' usw. sein. Also eine Stoßrichtung, die gerade das G e m e i n s a m e von Schmidt und Strauß betont, statt sich so ausschließlich auf das Schwarzmalen von Strauß zu beschränken, das nachgerade eine Beschönigung von Schmidt herauskommt.

Das Wichtigste werden im Wahlkampf die außerparlamentarischen Aktionen sein. Diese Zeit besonderer politischer Aufmerksamkeit muß dazu genutzt werden, in mehreren Großaktionen und in einer Vielzahl örtlicher Aktionen die Kampfthemen der letzten Monate zu konzentrieren: Gegen das Atomprogramm, besonders gegen die Atommüll-Pläne in Gorleben; gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr; gegen die Zerstörung von Wohnraum und Wohngegenden.

Der Protest mit dem Stimmzettel

Verglichen mit den außerparlamentarischen Aktionen kommt dem Protest im parlamentarischen Rahmen, dem Protest mit dem Stimmzettel, nur eine sehr geringe Bedeutung zu, soweit es konkret diese Bundestagswahl angeht. Die ,Proteststimmen' (GRÜNE, DKP) werden insgesamt bei etwa 3 %, maximal bei 4 % liegen. 96 - 97 % der Wählenden werden hingegen mit dem Stimmzettel ihre Zustimmung zur herrschenden Politik bekunden. Auf dieser Ebene stellt sich also die Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse sehr viel schwächer dar, als sie im realen Leben, in den vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kämpfen ist. Sich in dieser konkreten Situation 1980 zur Bundestagswahl zu stellen, ist auch innerhalb der Linken umstritten, da es zur unfreiwilligen Demonstration scheinbarer Schwäche geraten könnte.

Tatsache ist allerdings, daß die Grünen und die DKP sich trotzdem an der Wahl beteiligen werden, außerdem noch die „Volksfront" der KPD/ML und möglicherweise auch der KBW. Unter diesen Voraussetzungen liegt es im Interesse der Linken, auf dieses Spektrum von ,Protestparteien' möglichst viele Stimmen zu vereinigen, d.h. die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis nach Möglichkeit abzumildern.

Vom Spektrum der ,Protestparteien' werden bei dieser Bundestagswahl ausschließlich die GRÜNEN in der Lage sein, überhaupt ein relevantes Ergebnis zu erreichen. Sie werden zweifellos mit Abstand den größten Teil der ,Proteststimmen' auf sich ziehen.

In der Anhängerschaft, in der Programmatik und in der Praxis der GRÜNEN vermengen sich aber progressive, demokratische und soziale Elemente mit reaktionären, massenfeindlichen Tendenzen und Vorstellungen. Aussagen wie im Punkt Gesundheit des Saarbrückener Programms, in den Punkten Steuern und Soziales der Dortmunder Plattform, der opportunistische Eiertanz um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die teilweise faschistoiden Vorstellungen eines Gruhl oder die teilweise massenfeindliche Parlamentsarbeit eines Dinne zeigen, daß die GRÜNEN durchaus nicht uneingeschränkt als Alternative zu den bürgerlichen Parteien zu empfehlen sind.

Andererseits verkennen wir nicht, daß die GRÜNEN derzeit, zusammen mit den örtlichen und regionalen BUNTEN/ALTERNATIVEN LISTEN, die einzigen innerhalb des ,Protestspektrums' sind, die längerfristig eine Chance als parlamentarische Alternative bzw. als eine Keimform einer solchen Alternative haben.

Wir werden die GRÜNEN deshalb d o r t unterstützen, wo sie ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die GRÜNEN durch Kandidaten vertreten sind, die keine positive Alternative zu den Bürgerlichen darstellen, unterstützen wir eine andere Form der Proteststimme, für eine der kandidierenden linken Listen oder durch Nichtwahl.

politisch progressives Programm eintreten. Wo die GRÜNEN durch Kandidaten vertreten sind, die keine positive Alternative zu den Bürgerlichen darstellen, unterstützen wir eine andere Form der Proteststimme, für eine der kandidierenden linken Listen oder durch Nichtwahl.

Grüne Partei und sozialistische Alternative

Die Grüne Partei ist bisher in der Hauptsache ein geradezu klassisches Z w e c k b ü n d n i s und als solches ein Kind der bundesdeutschen 5 %-Klausel. In der Grünen Partei sind unterschiedlichste, teilweise offen antagonistische Strömungen zusammengekommen, die jede für sich selbst derzeit nicht in der Lage wären, mit hinreichender Erfolgschance auf Überwindung der 5 %-Klausel an den Bundestagswahlen teilzunehmen, zumal dann nicht, wenn diese unterschiedlichen Strömungen mit separaten Listen gegeneinander konkurrieren würden (ähnliches gilt für die meisten kommunalen und regionalen Wahlen).

Eine ,,Synthese'' oder ein ,,Kompromiß'' ist aber längerfristig zwischen den Strömungen des derzeit bei den GRÜNEN vertretenen Spektrums nicht möglich. Das gilt zugespitzt vor allem für die Widersprüche zwischen den Marxisten in der Partei einerseits und den Strömungen der selbsternannten Gralshüter des ,,wahren Ökologismus'' andererseits. Es k a n n keinen Kompromiß oder Mittelweg geben zwischen der Unterstützung der Arbeiterkämpfe einerseits und Verzichtspredigten an die Arbeiterklasse andererseits. Es k a n n keinen Kompromiß geben zwischen dem Eintreten für soziale Forderungen einerseits und dem Eintreten für Kürzungen am Sozialhaushalt andererseits. Es k a n n keinen Kompromiß geben wischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper einerseits und der Leugnung dieses Rechts andererseits.

Für alle diese und weitere Widersprüche lassen sich vorübergehend möglicherweise raffinierte Formulierungen und Tauschgeschäfte ausklügeln, nicht aber dauerhaft tragfähige Lösungen innerhalb e i n e r Partei finden. Denn die Partei muß zwangsläufig programmatische und praktische Antworten auch und gerade für die innerhalb der Partei kontrovers beantworteten Fragen geben. Und sie muß diese Antworten mit einer gewissen Einheitlichkeit geben, falls sie nicht unglaubwürdig werden will.

Nach dem Saarbrückener Parteitag ist die U n v e r s ö h n l i c h k e i t der Widersprüche im Gründungsspektrum der GRÜNEN offensichtlich geworden. Dies äußert sich unter den konkreten Umständen mit dem Austritt rechter Kräfte aus den GRÜNEN und/oder einem angekündigten Boykott des Bundestagswahlkampfs der GRÜNEN.

Dieser sich abzeichnenden Spaltung gegenüber verfolgt die Mehrheit der GRÜNEN bisher immer noch das Konzept einer Aussöhnung der Widersprüche durch programmatische Zugeständnisse an die Rechten. Mit diesem Versuch, das Gründungsspektrum der GRÜNEN wieder zu stabilisieren, wird eine Erweiterung des Spektrums nach links verhindert bzw. verzögert: Die GRÜNEN k ö n n e n nicht zur Gewinnung von Teilen der Arbeiterwähler des SPD-Potentials kommen, solange sie statt einer Orientierung an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorstellungen gerade d i e s e s Potentials die programmatische und politische Versöhnung mit den Rechten anstreben.

Aufgabe der marxistischen Kräfte muß es sein, die U n v e r s ö h n l i c h k e i t einer demokratisch-progressiven Alternative mit den Positionen der Reaktionäre und selbsternannten Gralshüter des ,,wahren Ökologismus'' nachzuweisen und den unvermeidlichen Bruch mit den Rechten voranzutreiben. Diese Aufgabe wird von den marxistischen Kräften bei den GRÜNEN bisher nicht wahrgenommen, die sich stattdessen opportunistisch dem Streben nach Versöhnung mit den Rechten und V e r h i n d e r u n g des Bruchs anpassen.

Der KB wird stärker als bisher innerhalb der GRÜNEN arbeiten, um mit den zahlreichen Mitgliedern zusammenzuarbeiten, die einen sozialistischen Weg suchen. Allerdings sind wir nach wie vor der Meinung, daß die entscheidenden Impulse für eine sozialistische Alternative nicht aus der Grünen Partei und ihrer bisherigen verhängnisvollen Entwicklungslogik entstehen, sondern aus einer verstärkten Diskussion und Auseinandersetzung um eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiterbewegung. Je früher sich diese Diskussion von einer selbstgewählten Anbindung an konservative und kleinbürgerliche Kräfte löst, desto besser für die Zukunft sozialistischer Politik in der BRD.

Kontrovers im KB

Eine kontroverse Diskussion gab es auf der Delegiertenkonferenz um die konkrete Wahlaussage in Abschnitt 2 des Textes und um das Verhältnis des

parlamentarische Alternative bzw. als eine Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den GRÜNEN die Möglich-

Kontrovers im KB

Eine kontroverse Diskussion gab es auf der Delegiertenkonferenz um die konkrete Wahlaussage in Abschnitt 2 des Textes und um das Verhältnis des KBs zur Grünen Partei in Abschnitt 3 (Schlußabsatz).

Unter der Zwischenüberschrift *„Der Protest mit dem Stimmzettel"* enthielt die ursprüngliche Vorlage zunächst eine Kritik, die sich auch auf die Bundestagswahlbeteiligung der GRÜNEN bezog: *„Sich in dieser konkreten Situation 1980 zur Bundestagswahl zu stellen, kann der Linken keinen Nutzen bringen, sondern nur zur unfreiwilligen Demonstration scheinbarer Schwäche geraten."* –

Statt des Abschnitts (wenig später im Text) *„Vom Spektrum der ,Protestparteien' werden bei dieser Bundestagswahl ..."* bis *„ ... für eine der kandidierenden linken Listen oder durch Nichtwahl."* hieß es in der ursprünglichen Fassung:

„In Frage kommen hierfür nach unserer Auffassung nur die GRÜNEN und die DKP, da sonstige mögliche Bewerber – wie die KPD/ML-,Volksfront' – keine relevante Strömung in der Linken ausdrücken.

Die DKP hat gegenüber den GRÜNEN das insgesamt fortschrittlichere, gesellschaftskritischere Programm. Im Gegensatz zu den GRÜNEN benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des ,realen Sozialismus'. Das Programm der GRÜNEN ist hingegen, neben starken fortschrittlichen Elementen, auch belastet mit reaktionärem Schrott und vielerlei Unzulänglichkeiten (Steuerpolitik, Sozialpolitik, Gesundheit, § 218 u.a.m.).

Da eine Aussicht, zu einer parlamentarischen Vertretung des ,Protestpotentials' zu kommen, bei dieser Bundestagswahl nicht besteht, kommt den programmatischen Aussagen der konkurrierenden ,Protestparteien' besondere Bedeutung zu. Unter diesem Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP (oder selbst für die ,Volksfront') als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen GRÜNEN.

Für die GRÜNEN spricht andererseits, daß sie zweifelsfrei die stärkste Partei des ,Protestspektrums' (auf der Stimmzettel-Ebene) sind. Sie sind überhaupt die Einzigen innerhalb des ,Protestspektrums', die – zusammen mit den örtlichen und regionalen BUNTEN/ALTERNATIVEN LISTEN – längerfristig eine Chance als parlamentarische Alternative bzw. als eine Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den GRÜNEN die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit für die revolutionäre Linke. Anders als die total verkalkte und finanziell abhängige DKP bieten die GRÜNEN eine Chance, Teil des Prozesses der Herausbildung einer Sozialistischen Alternative zu werden.

Wir werden deshalb d i e Kandidaten der GRÜNEN unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die GRÜNEN nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der ,Proteststimme', in erster Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl."

Statt des Schlußabsatzes *„Der KB wird stärker als bisher ..."* bis *„.... in der BRD"* hieß es im ursprünglichen Text: *„Diese Aufgabe wird aber auch vom KB bisher i n n e r h a l b der GRÜNEN nicht wahrgenommen. Diese Lage der Dinge betrachten wir selbstkritisch als unzureichend. Wir sprechen uns deshalb für eine deutlich breitere und systematische Mitarbeit des KB in der Grünen Partei aus. Diesem Entschluß liegt auch die Einschätzung zugrunde, daß die Widerspruchsentwicklung bei den GRÜNEN T e i l des Parteibildungsprozesses einer Sozialistischen Alternative ist. In der Grünen Partei sammeln sich e i n i g e (keineswegs a l l e, nicht einmal die meisten) Kräfte, die für die Herausbildung einer Sozialistischen Partei eine positive Rolle spielen können. Angesichts der Krise aller sozialistischen/marxistischen Organisationen der Bundesrepublik und angesichts der anhaltenden politisch-organisatorischen Stagnation in der Arbeiterbewegung sind die GRÜNEN v o r ü b e r g e h e n d (keineswegs langfristig) zum S c h w e r p u n k t des sozialistischen Parteibildungsprozesses geworden bzw. haben die Chance, vorübergehend dazu zu werden. Die Grüne Partei kann diese positive Rolle allerdings nur spielen, wenn mit dem bisherigen Konzept (Versöhnung mit den Rechten, Reduzierung auf ein Kompromiß-Programm mit den selbsternannten Gralshütern des „wahren Ökologismus") gebrochen wird.*

Wird dies nicht erreicht, so gerät die Grüne Partei in die Gefahr, zu einem H i n d e r n i s, zu einer Verzögerung im sozialistischen Parteibildungsprozeß zu werden."

Für die neue Fassung entschieden sich ca. 2/3 der Delegierten

Wo bitte geht's ins Abseits?

Die Antworten, die man auf die leidige Frage „Wen wählen?" je nach Standpunkt geben kann, wären im Grunde einfach.

Für die notorischen SPD-Wähler könnte sie schlicht heißen: Vor die Alternative Schmidt — Strauß gestellt, entscheide ich mich allemal für Schmidt. Mit dieser Antwort könnte man sich knapp und sachlich auseinandersetzen, etwa so wie im „Resolutionsentwurf" (Teil 1) geschehen. Aber natürlich ist alles viel komplizierter. Der Linke, der 1969, ohne viel nachzudenken, SPD gewählt hat, 1972 von Brandt angetan, 1976 von Schmidt enttäuscht war und seine Erfahrungen in dem Schwur zusammenfaßte: „Dies war das letzte Mal!" — steht 1980 natürlich vor argen Rechtfertigungszwängen, wenn er begründen soll, warum es vor vier Jahren in Wirklichkeit das vorletzte Mal war. Irgendwie spürt er seinen Opportunismus, ahnt, auf welche Fährte er von der Sozialdemokratie ein ums andere Mal erfolgreich gelockt wird, und — geübt in akademischen Diskussionen und Ableitungen — beginnt er, aus seiner Not eine Tugend zu zusammenzuanalysieren.

Da werden eifrig Programme studiert, „Vorwärts" und „Bayernkurier" gelesen, aus den geschriebenen und gesprochenen Worten und nicht mehr aus den banalen Taten werden völlig unterschiedliche Strategien und Politikkonzeptionen der bürgerlichen Presse destilliert, und nach seitenlangen Analysen oder wahren Redeschwällen über die Bedingungen linker Politik vor und nach Schmidt/Strauß steht der geduldige Leser/Zuhörer vor dem verblüffenden Ergebnis, daß die Unterschiede zwischen einer von Schmidt geführten SPD und einer auf Strauß vereinheitlichten CDU/CSU so klein, wie er das aus seinen naiven Beobachtungen und Erfahrungen immer angenommen hatte, gar nicht sind. Vielmehr sind sie gewaltig, entscheidend für die Linke, die Unterschiede, und sie werden umso mächtiger, je näher der Wahltermin rückt. (1).

Die Antwort darauf ist schon schwieriger. Nicht, weil man den hochgestochenen Unsinn nicht widerlegen könnte, sondern weil man gezwungen ist, die Fakten, die dem linken Publikum ja hinlänglich bekannt sind, noch einmal aufzuzählen, die herausragenden Taten der SPD zu nennen, die Meilensteine auf dem Weg in eine große Koalition waren.

Okay, diese Klippe muß man nehmen, und man kann sie nehmen. Man wird argumentieren, daß es Zeit ist,
men, und man kann sie nehmen. Man wird argumentieren, daß es Zeit ist,
sich von dem kleinen Wahlübel freizumachen, diesmal nicht zur SPD-Urne zu trotten, endlich den Widerspruch zwischen Straße und Urne, diese unerträgliche Schizophrenie aufzulösen, auch bei den Wahlen mit dem Kreuz seinen Protest zu artikulieren, was zwar keine geballte Faust, keine Parole, kein brennender Bundeswehr-LKW und kein angesägter Bauzaun ist, aber immerhin noch eine Sprache, die in diesem parlamentsgeilen System verstanden wird, als Sprache der Rebellion gegen eine Alternative Schmidt — Strauß, die man uns vorsetzt.

Nichtwahl oder „Wahlboykott", wie das manche hochstaplerisch nennen, zeugt zwar von edler Gesinnung, bleibt aber kraftlos, politisch unwirksam. (2) Die Parole der DKP: *„Links bleiben, DKP wählen!"* protzt noch in der Werbung mit dem elenden Spaltertum, das diese Partei des realen Sozialismus verbreitet, wo immer sie auftritt, und die Aussicht, nach dem 5. Oktober den peinlichen Beweis zu erhalten, daß lediglich 0,3 % der Bevölkerung „links geblieben sind", reizt auch nicht dazu, dieser Sekte die unverdiente Proteststimme zu geben.

Also die Grünen. Sicher, die radikaldemokratische oder gar sozialistische Alternative ist diese Partei nicht. Auch nach dem Absprung einiger Rechter halten sich arbeiterfeindliche Konsumverzichtsposition ebenso hartnäckig wie kleinbürgerlich-romantische Gesellschaftsanalysen und -perspektiven und machen sich anfällig für allerlei reaktionäre Forderungen. Die Linke in dieser Partei taktiert ein ums andere Mal um zweideutige Kompromisse, wo eindeutige Positionen bitter notwendig wären.

Aber immerhin ist sie ein Bündnispartner der außerparlamentarischen Bewegungen und hat sich in wichtigen Fragen deren Forderungen zu eigen gemacht. Im Bewußtsein vieler „Jungwähler", die sich von den etablierten Parteien abwenden, ist sie eine „Protestpartei", mit deren Strukturen und diffusen programmatischen Aussagen sie sich zwar nicht identifizieren — es ist nicht „ihre" Partei —, der sie aber ihre Stimme, eben aus Protest gegen die SPD-Politik, geben werden.

Dies ist überhaupt das entscheidende Argument für die Wahl der Grünen: als aussichtsreichste Konkurrentin (und ihre Opposition gegen die herrschende Politik ist allemal ihren Anleihen an bürgerlicher Ideologie übergeordnet, oder? Anm. d. Verf. — wird die grüne Partei die überwiegende Mehrheit der Prosteststimmen auf sich ziehen.

Diese eher taktische Pro-Grün-Argumentation könnte man von links mit dem Hinweis auf die Geschichte der Grünen Partei kontern — wie gewisse Teile der Linken im Bündnis mit rechten Ökologen die Bunten (zum größten Teil erfolgreich) auszuschalten versuchten, die Auflösung linker Organisationen propagierten und dem Marxismus ebenso unreflektiert Ade sagten, wie sie ihn in früheren Jahren aufgenommen hatten, wie gerade dieser ideologische Erosionsprozeß von Teilen der in der Grünen Partei engagierten Linken mit dazu geführt hat, daß in vielen grünen programmatischen Aussagen ein reaktionärer Ökologismus durchschimmert, der die Trennungslinie zur Reaktion verwischt und die Verbindung zur linken Gewerkschaftsbewegung erschwert, wie also von der Grünen Partei der Bildungsprozeß einer radikaldemokratischen Alternative hinter einen historisch schon erreichten Zustand zurückgeworfen wurde. Diese Entwicklung könne man doch nicht mit einem Kreuz am 5. Oktober gegenzeichnen.

Man wird auf diese Einwände antworten, daß die Auseinandersetzung mit der Grünen Partei und die politische Einflußnahme auf ihre Entwicklung eine Sache ist; eine andere aber ihre Unterstützung bei den Bundestagswahlen. Denn hier kommt es darauf an, sorgfältig die Widerspruchslinien herauszuarbeiten, zu erkennen, wo der Hauptwiderspruch verläuft, nämlich zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Grünen Partei als stärkster „Protestpartei" andererseits, daß es vor allem darum geht, auch auf der Ebene des Stimmzettels den Ablösungsprozeß von der Sozialdemokratie voranzutreiben und diesen Prozeß auch in seinen unter den heutigen Bedingungen möglichen quantitativen Ausmaßen zu dokumentieren. Außerdem heißt Wahlaufruf für die Grünen beileibe nicht unkritische Unterstützung, was anhand der zahlreichen Artikel im AK zur Auseinandersetzung mit den Grünen schlagend belegt werden kann.

All das wäre einfach zu begründen, eine der Wahlfrage angemessen durch-

All das wäre einfach zu begründen, eine der Wahlfrage angemessen durchsichtige und verständliche Argumentation. Aber in Wirklichkeit ist es natürlich alles viel komplizierter. Der KB, ginge es nach dem LG, wartet nämlich mit einer anderen, überraschenden Variante auf, und wo Redeschlachten um Pro-Grün oder Pro-SPD geschlagen werden, stellt er listig die Frage: *„Und was ist mit der DKP?"* Eine Frage, die noch nicht einmal die DKP auf öffentlichen Versammlungen häufig zu stellen wagt (zumindest nicht auf zwei Wahlveranstaltungen in Göttigen).

Das LG proudly presents: DKP

... und *„KBW, KPD/ML!"* ruft ein närrisches Echo. Wie kann man auf eine solche Idee kommen?

Der Resolutionsentwurf betont, daß dem Protest mit dem Stimmzettel bei diesen Bundestagswahlen *„eine sehr geringe Bedeutung"* zukommt. Ehrlicherweise hätte es heißen müssen: keine Bedeutung, denn der Verfasser kommt nach einem Überschlag der zu erwartenden Proteststimmen zu dem Ergebnis, daß eine oppositionelle Kandidatur *„nur zur unfreiwilligen Demonstration scheinbarer Schwäche geraten"* kann. Da nun aber das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist — Grüne, DKP, KBW, KPD/ML kandidieren — liegt es im Interesse der Linken, *„auf dieses Spektrum von Protestparteien* (gemeint sind: Grüne, DKP, KBW, ML, d.V.) *möglichst viel Stimmen zu vereinigen"*, um die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis abzumildern. Akzeptieren wir für einen Moment die Voraussetzungen dieser Argumentation: Wenn die Bundestagswahlen für die Linke nur die Bedeutung haben (was die Ebene des Stimmzettels angeht), eine zu erwartende Niederlage *„abzumildern"*, dann sollte man meinen, daß ein geschicktes Krisenmanagement versucht, möglichst viele Stimmen auf e i n e der kandidierenden oppositionellen Listen zu vereinigen. Denn eine A u f s p l i t t e r u n g der Proteststimmen auf zwei oder gar mehrere gegeneinander antretende Listen würde die *„unvermeidliche Darstellung linker Schwäche"* nicht abmildern, sondern v e r s t ä r k e n. Genau das aber schlägt der Resolutionsentwurf vor: Er will möglichst viele Stimmen *„a u f d a s S p e k t r u m d e r P r o t e s t p a r t e i e n"* vereinigen, favorisiert also Zersplitterung der Proteststimmen statt deren Konzentration.

Aber gut. Die Wahlfrage ist ein äußerst vertracktes Ding, und wir sind bereit, auch diese falsche Schlußfolgerung aus einer falschen Prämisse zu akzeptieren und dem weiteren Gang der Argumentation zwar skeptisch, aber wohlwollend zu folgen.

Nachdem der Verfasser die imposante Breite der „Protestparteien", auf die linke Stimmen zu vereinigen sind, vorgestellt hat, erfolgt eine Einschränkung: Nur die Grünen und die DKP kommen in Frage, da der Rest *„keine relevante Strömung in der Linken ausdrückt."*

So sympathisch diese Auslese auf den ersten Blick sein mag, logisch ist sie nicht. Wenn die Frage der Konzentration von Proteststimmen schon keine Rolle mehr spielt, und man am 5. Oktober die Stimmen aller „Protestparteien" schlicht zu addieren braucht, um über Erfolg und Mißerfolg der Abmilderungsstrategie zu befinden, dann haben selbst irrelevante Strömungen innerhalb der Linken ihre wenn auch bescheidene positive Funktion. Immerhin steuern sie einige zehntausend „Proteststimmen" zum Endergebnis bei. (Man muß den Delegierten des KB-Kongresses, die neben der Wahl der Grünen auch die Wahl von DKP u n d KBW, KPD/ML gleichberechtigt ins Auge gefaßt haben, bescheinigen, daß sie den Unsinn, der im Resolutionsentwurf noch durch einige Skrupel relativiert worden ist, konsequent zu Ende gedacht haben).

Zurück zum Resolutionsentwurf: Für die Linke kommt also nur eine Wahl der Grünen und/oder der DKP „in Frage". Wen also wählen? Die DKP hat das fortschrittlichere Programm. Sie hat die Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche, das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, erkannt. Sie propagiert den Sozialismus. Im Vergleich dazu sieht die Grüne Partei alt aus (nicht nur die Grünen, auch die Bunte Liste Hamburg erscheint im Vergleich zum DKP-Programm nachgerade als kleinbürgerlicher Haufen). Die Grüne Partei sieht noch älter aus, wenn man bedenkt, daß *„den programmatischen Aussagen der konkurrierenden Protestparteien b e s o n d e r e B e d e u t u n g"* zukommt. Und *„unter diesem* (sehr bedeutungsvollen) *Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP* (oder selbst für die ‚Volksfront') *als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen."* Der Verfasser hat mit der eingefügten Klammer *„(oder selbst für die Volksfront)"* das Dilemma seiner Argumentation unfreiwillig angedeutet: Wenn den programmatischen Aussagen bei diesen Bundestagswahlen schon „besondere Bedeutung" zukommt, warum empfiehlt man dann nicht gleich die Wahl der „Volksfront" oder gar die Wahl des KBW, der die Diktatur des Proletariats, den gewaltsamen Sturz der herrschenden Klasse etc. propagiert, also ohne Zweifel das insgesamt fortschrittlichere Programm gegenüber der programmatisch diffusen, weil revisionistischen DKP hat. Ohne Zweifel hat unter diesem Aspekt eine Stimme für den KBW als Ausdruck revolutionärer Gesinnung geradezu bleierne Bedeutung, wiegt jedenfalls viel schwerer als eine Stimme für die DKP. Aber stören wir uns nicht weiter an derlei Ungereimtheiten, sondern stellen wir die Frage nach den schließlichen Schlußfolgerungen, die der Resolutionsentwurf aus seinen gewundenen Gedanken zieht.

Eigentlich dürfte klar sein: Wahl der DKP, aber der Verfasser schreckt vor dieser aus seinen genannten Kriterien halbwegs zwingenden Konsequenz zurück, vielleicht, weil ihm eine allgemeine Wahlempfehlung dieser Sekte nun doch zu grotesk erscheint, vielleicht, weil er sich an alte AK-Positionen gegen die „Programmkandidaturen" erinnert — wie dem auch sei: um die eigentlich schon (programmatisch) erledigte Grüne Partei wieder ins Rennen zu bringen, entdeckt er eine Reihe positiver Seiten an dieser *„stärksten Protestpartei"*, die sie wohltuend von der DKP abheben. Allein damit hat er das erste, für ihn „besonders bedeutende" Kriterium des fortschrittlichen Programms nicht entkräftet oder relativiert, er setzt es noch nicht einmal in Beziehung zu den Vorurteilen der Grünen Partei, er e r s e t z t das Programmkriterium schlicht durch andere Kriterien. Eben kam noch dem



... ja, wo denn bloß?

Programm eine „besondere Bedeutung" zu, jetzt plötzlich spielt es keine, oder zumindest eine untergeordnete Rolle, denn nicht die programmatisch astreine DKP, sondern die programmatisch diffusen Grünen werden privilegiert zur Wahl empfohlen, sofern sie durch progressive Kandidaten vertreten werden: *„Wir werden deshalb* (?) *die Kandidaten der Grünen unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten"*, was aber, auch bei den progressivsten Grünen weit hinter das antikapitalistische, realsozialistische Programm der DKP zurückfallen dürfte.

Im Interesse einer nicht gar so argen Konzentration von Widersprüchen und Ungereimtheiten hätte der Verfasser besser schreiben sollen: „Wir werden deshalb (!) die DKP unterstützen und nur dort, wo eindeutig linke Kandidaten von den Grünen aufgestellt werden, die Grünen empfehlen!"

Eine Resolution der Beliebigkeit

Die letzten drei Worte des Resolutionsentwurfs lauten: *„.... bzw. durch Nichtwahl."* Die „Nichtwahl" wird hier großzügig als „eine Form der Proteststimme" vorgestellt, was sie nicht ist, aber davon einmal abgesehen, bietet der Resolutionsentwurf

Fortsetzung nächste Seite

Gegenvorschlag für eine Resolution zu den Bundestagswahlen

Auf einer Mitgliederversammlung der Göttinger KB-Gruppe wurde der Resolutionsentwurf, der der Delegiertenkonferenz vorgelegen hatte, mit einem Stimmenverhältnis von 5:1 abgelehnt. In einer weiteren Abstimmung sprachen sich die Genoss(inn)en mit etwas mehr als Zweidrittelmehrheit für eine allgemeine (uneingeschränkte) Wahlempfehlung zugunsten der GRÜNEN aus. Eine Genossin und ein Genosse haben daraufhin einen Text für eine alternative Resolution vorgelegt, womit diese Wahlempfehlung (die auf der DK eine klare Minderheitsposition darstellte) begründet werden soll. Wir drucken den Text (der auf der Göttinger MV allerdings n i c h t zur Abstimmung vorgelegen hatte) im folgenden ab.

1. Da eine Wahlempfehlung für die SPD bei den diesjährigen Bundestagswahlen nicht in Frage kommt, die Grüne Partei in Programm und Politik keine eindeutig linke Alternative zu den bürgerlichen Parteien darstellt und mit einiger Sicherheit auch nicht über die 5 %-Hürde springen wird, haben die Bundestagswahlen für die Linke und für die demokratische und ökologische Bewegung die Funktion, den Protest gegen die herrschende Politik quantitativ maximal zum Ausdruck zu bringen.

Diese Ebene des Protestes kann nicht mit dem Hinweis auf den höheren Stellenwert von außerparlamentarischen Aktionen etc. geringgeschätzt oder gar abgelehnt werden; der KB ist in den letzten Jahren nicht umsonst gegen die sektiererische Ignoranz gegenüber den Parlamentswahlen, die im Ergebnis auf eine Unterstützung der Sozialdemokratie hinausläuft, aufgetreten. Auch und gerade bei den diesjährigen Bundestagswahlen bedeutet Gleichgültigkeit gegenüber der Frage der Stimmabgabe Unterstützung der Sozialdemokratie, weitere Verfestigung der „kleineres-Übel"-Ideologie und Rückschritt für die Herausbildung einer radikaldemokratischen Alternative.

2. Die Protestwahl kann ihre Funktion, die Opposition zur herrschenden Politik optimal zu dokumentieren, nur erfüllen, wenn die Proteststimmen auf d i e kandidierende Partei konzentriert werden, die aller Voraussicht nach die meisten Stimmen aus den Teilen der Bevölkerung erhalten wird, für die die etablierten Parteien nicht mehr wählbar sind. Diese Partei ist zweifellos die Grüne Partei.

Die Kandidaturen neben der Grünen Partei (KBW, DKP, KPD/ML) sind unter den gegenwärtigen Bedingungen sektiererisch und als solche zu verurteilen. Eine Wahlempfehlung für diese Sektierer- und Spalterkandidaturen wäre selbst sektiererisch.

3. Die Alternative, die innerhalb der übergroßen Mehrheit der Linken und in der demokratischen und ökologischen Bewegung diskutiert wird, heißt: SPD oder GRÜNE oder Nichtwahl. Selbst im traditionellen „Umfeld" der DKP wird überwiegend die Frage so gestellt, zum geringeren Teil: DKP oder SPD, DKP oder GRÜNE. Umfeld und Anhänger von KBW, KPD/ML sind politisch bedeutungslos.

Teile der Linken lehnen die Wahl der Grünen Partei ab, mit unterschiedlichen meist von links kommenden und nach rechts gehenden Argumenten. In der Regel sind es „kleineres-Übel"-Positionen, die mit einer Aufwertung der SPD-Politik verbunden sind, und die in der Logik des SPD-Wahlkampfes gefangen bleiben.

Die Mehrheit derjenigen, die bei den Bundestagswahlen die Grüne Partei wählen werden, identifiziert sich nicht unbedingt mit den GRÜNEN oder gar mit der ökologistischen Strömung innerhalb der Partei, sondern wählt aus Protest gegen die SPD-Politik grün.

Der KB muß in diese Auseinandersetzung eingreifen, indem er die fortschrittliche Linie, keine Stimme der SPD, argumentativ unterstützt, die opportunistische SPD-Wahl-Position bekämpft und im Interesse einer Konzentration der Proteststimmen die Grüne Partei zur Wahl empfiehlt.

Er muß auch weiterhin - insbesondere in der Auseinandersetzung mit den „Wahlboykott"-Anhängern - für die Bildung einer radikaldemokratischen Alternative, die sich auch bei den Parlamentswahlen zur Wahl stellt, eintreten und die Linken für eine Mitarbeit an dieser Alternative gewinnen.

4. Der KB konzentriert sich im Wahlkampf auf die Unterstützung und Initiierung von außerparlamentarischen Aktionen, die die Kampfthemen der letzten Monate konzentrieren: gegen das Atomprogramm, gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr, gegen Zerstörung von Wohnraum, gegen Neonazismus, Strauß und gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen den § 218 etc.

Der KB sieht es als wichtige Aufgabe an, die Grüne Partei und ihre Mitglieder für diese Aktionen zu gewinnen. Eine aktive Bündnispolitik gegenüber der Grünen Partei ist das erfolgversprechendste Mittel, diese Partei nach links zu drängen und reaktionäre Positionen zu isolieren.

Eine Unterstützung der Grünen Partei „auf der Ebene des Stimmzettels" erfordert andererseits eine Auseinandersetzung mit wiedersprüchlichen und reaktionären programmatischen Aussagen der GRÜNEN; diese Auseinandersetzung darf nicht wegen der Wahlunterstützung entschärft oder abgeschwächt, sondern muß im Gegenteil forciert werden.

Gu,Kl./Göttingen

Fortsetzung von Seite 35

folgende Wahlalternativen:
— erstens: progressive Grüne — falls nicht vorhanden:
— zweitens: DKP, beziehungsweise:
— drittens: Nichtwahl — und um den anderen in die Logik des Resolutionsentwurfs leicht zu integrierenden Vorschlag des Kongresses mit aufzunehmen:
— viertens: KBW bzw. KPD/ML.

Der Vorteil dieser Palette an Möglichkeiten ist ihre Vielfalt, die eine bunte Taktik eröffnet; der Nachteil ist erstens die völlige Unklarheit, wann, weshalb und wo die vier Alternativen in Kraft treten und daraus folgt zweitens: Wer in aller Welt soll das verstehen??

Was sind z.B. Grüne, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten? Ruhigen Gewissens kann man dazu noch nicht einmal die Mitglieder der Z zählen, wenn man weiß, welches Gesundheitsprogramm sie seelenruhig in Dortmund mitverabschiedet haben. Sind Vertreter des „Mittelblocks" bei den Grünen wählbar, wie z.B. Prof. Bertram aus Niedersachsen, der aktiv in der Anti-AKW-Bewegung tätig ist, sich als Wissenschaftler (u.a. beim Gorleben-Hearing) einige Verdienste im Kampf gegen Atomanlagen erworben hat, jeden DKPler in Sachen AKWs der Doppelzüngigkeit überführt, in Göttingen aber auf einer Veranstaltung die üblichen ökologischen Zweideutigkeiten (gegen Wachstum, Rohstoffverschwendung als Ursache von Kriegen) verbreitet (ohne allerdings den reaktionären Unsinn der Ökologisten zu vertreten?)

Wann unterstützen wir also DKP-Kandidaten, z.B. solche, die sich in Bremen als wüste Hetzer gegen die Anti-Bundeswehr-Demonstration hervorgetan haben oder in Frankfurt „Rock gegen Rechts" an den Rand eines Desasters gebracht haben? Wo die DKP durch solche Kandidaten repräsentiert wird, unterstützen wir da „Nichtwahl" oder halten wir nach „integren Persönlichkeiten" von KBW und KPD/ML (so die neckische Formulierung auf dem Kongreß) Ausschau, um den hin- und herirrenden Linken doch noch den Weg ins Wahllokal zu weisen?

Der Resolutionsentwurf wirft mit jeder Antwort, die er zu geben scheint, mehr Fragen auf, als ursprünglich zu beantworten waren. Ein klassischer Fall von „Taktizismus", eine „Massenlinie", die niemand mehr versteht, geschweige denn als Handlungsanweisung nachvollziehen kann, die also wertlos ist und im günstigsten Fall homerisches Gelächter auslöst.

Der KB empfiehlt (zumindest partiell) DKP-Wahl, die Wahl einer Partei, die gerade auf der Wahlebene mit dem Auftreten der Bunten und Grünen von Wahl zu Wahl gewaltige Stimmenverluste hinnehmen muß, die sich gegenüber der alternativen Wahlbewegung durchweg ignorant verhalten hat und wahrscheinlich bis zum Sturz ihrer Brötchengeber an ihren 0,2 %-Kandidaturen festhalten wird, die Heranbildung einer c h a n c e n r e i c h e n radikaldemokratischen Wahlalternative also sabotiert.

Wenn es nur darum ginge, rechten Kandidaten der Grünen die Stimme zu verweigern — was richtig ist —, hätte man nicht so viel Aufhebens machen, schon gar nicht die DKP ins Spiel bringen müssen, denn
1. unterstützen wir selbstverständlich bei der Erststimme nur linke/fortschrittliche Kandidaten und, falls solche in einzelnen Wahlbezirken nicht vorhanden sein sollten, kann man ohne weiteres auf die politisch bedeutungslose Erststimme verzichten, und
2. kann man sehr wohl aus übergeordneten politischen Erwägungen mit der Zweitstimme die Gesamtpartei wählen, ohne damit rechte Kandidaten zu unterstützen.

Die Genoss(inn)en, die bei einer allgemeinen Wahlempfehlung für die Grüne Partei so viel Skrupel haben, sollten sich für einen Moment die Argumentation des KB zu den Bundestagswahlen 1972 in Erinnerung rufen...

Fußnoten:

1. vgl. die Wahldiskussion in der „links",
2. vgl. dazu die Argumentation gegen den „abgeschwächten Wahlboykott" in *„Kommunisten und Wahlen"*, AK 131: *„Die bürgerlichen Wahlen werden nicht in ihrer realen Funktion ernstgenommen, sondern nur als besonders günstige Gelegenheit begriffen, d i e politische Arbeit zu machen, die man auch außerhalb der Wahlzeit macht. Hingewiesen wird dabei auf das in Wahlzeiten vorhandene gesteigerte politische Interesse der Bevölkerung. Das ist so weit richtig, wird aber falsch, wenn dabei das B e s o n d e r e an der Wahlsituation außer Acht gelassen wird"* (Hervorh., d. V.). Durch den gesamten Resolutionsentwurf zieht sich diese „abgeschwächte Wahlboykott"-Linie, garniert mit den eben zitierten „Argumenten"!

Kl./Göttingen

Rechte Grüne dürfen nicht von uns wählbar gemacht werden

Auf dem „Statut-Kongreß" des KB ist die Debatte um die GRÜNEN erneut heftig entbrannt in Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen. Dabei ist auch ein Konzept vertreten worden, das abgegrenzt wurde von einer nach lokalen Gegebenheiten unterschiedlichen Unterstützung bzw. Nicht-Unterstützung der GRÜNEN und stattdessen eine generelle Wahlempfehlung forderte.

Hier einige Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit der Pro-GRÜNEN-Konzeption:

1. Der KB verramscht seine Unterstützung nicht um jeden Preis. Diese politische Linie hat sich in den letzten Monaten durchaus bewährt. Das ist weniger deswegen festzustellen, weil der KB selbst daraus kurzfristig größeren Nutzen gezogen hätte. Haupteffekt war vielmehr, daß dadurch ständig Kontrolle und Druck auf die linken Grünen, speziell die Gruppe Z, ausgeübt worden ist. So ist es wohl nicht vermessen anzunehmen, daß gerade die kritische AK-Berichterstattung geeignet war, noch schlimmere Purzelbäume im linksgrünen Spektrum zu verhindern. Der KB ist die bedeutendste Organisation, die sich differenziert kritisch zu den GRÜNEN verhält. Er trägt damit eine besondere Verantwortung. Eine pauschale Wahlaussage seinerseits für die GRÜNEN würde einen Teil des Drucks von den linken GRÜNEN nehmen und damit einer grünen Linksentwicklung nicht dienen. Besonders fatal wäre es, wenn das bereits jetzt geschieht, wo noch allerlei bei den GRÜNEN im Fluß ist.

Auch wenn die Befürworter der generellen Wahlempfehlung von einer reinen Proteststimme sprechen, kommen sie nicht daran vorbei, daß sie bei totaler Wahlfixierung auf die GRÜNEN den Erfolg des Unternehmens allein an den grünen Stimmen abzählen müssen. Die Gefahr dabei liegt nicht darin, daß das Auszählen wahrscheinlich recht enttäuschend wird. Vielmehr unterwerfen sie sich damit recht bedingungslos der grünen Erfolgslogik. Zusätzliche Stimmen für die GRÜNEN werden auch sie weniger durch Skepsis und Kritik als durch beschönigende Worte - und sei es nur betretenes Schweigen an den peinlichen Stellen - zu erreichen suchen. Eine solche Abschwächung der Widersprüche des KB zu den GRÜNEN zu einem Zeitpunkt, wo linksgrüner Opportunismus gerade wieder neue Höhepunkte erlebt hat, droht einerseits der linken Kritikfront, die im KB ihre wesentliche Stütze hat, das Rückgrat zu brechen und andererseits den linken Grünen das nette Gefühl zu geben: Ganz egal, was sie auch machen, die Unterstützung des KB gibt's gratis drauf.

2. Etwas mehr „Alternative" als diese Grüne Partei muß der SPD-Linken schon geboten werden. Richtig ist sicherlich, daß nur eine erfolgreiche Partei Einbrüche in die Sozialdemokratie erzielen wird, d.h. ein blitzsauberes Programm allein wird nicht genügen. Tatsache ist aber auch, daß all die grünen Erfolge bei der SPD-Linken ausgesprochen wenig in Bewegung gebracht haben. Zwar gibt es bei den GRÜNEN eine ganze Reihe Ex-SPDler. Im wesentlichen handelt es sich dabei jedoch um ein ehemaliges anti-bürokratisches, umweltschützlerisches Protestpotential in der SPD, keinesfalls jedoch um eine Linksabspaltung etwa gewerkschaftlicher Kreise, Jusos etc. Diesen Zustand durch ein Herausputzen d i e s e r GRÜNEN ändern zu wollen, erscheint aussichtslos, zumal sich die SPD-Linke incl. der Jusos angesichts der Strauß-Kandidatur eher wieder an die SPD angenähert hat. Es ist sogar eine Situation eingetreten, in der angesichts der programmatischen Schwächen (etwa der arbeiterfeindlichen Züge) der Grünen Partei die SPD-Linke desto weniger in Frage gestellt wird, je mehr die GRÜNEN zu d e r „Alternative" schlechthin hochgespielt werden.

Schon die Verzichtsparolen der GRÜNEN, die Steuer- und Rentenvorschläge reichen, um die alte Vision der SPD-Linken neu zu begründen, daß die SPD eben doch d i e Arbeiterpartei sei. Schlimmer wäre jedoch, wenn sich nun auch noch die gesamte Linke aufrafft, den grünen Anspruch, d i e Alternative zu sein, generell abzusegnen icl. Wahlplattform, Georg Otto usw.usf. Die Göttinger Genossen berichten, auf einer Veranstaltung die Erfahrung gemacht zu haben, daß im Clinch SPD gegen GRÜNE ohne wenn und aber Partei zu ergreifen sei. Präsentiert sich die Linke allerdings in solcher Form, so bliebe an Alternative für die SPD-Linke übrig, daß bei den GRÜNEN dasselbe praktiziert wird, was sie bei der SPD eingeübt hat: die Beschönigung und Verteidigung, bestenfalls Verharmlosung dessen, was eigentlich nur entschieden abzulehnen ist. Allemal ernsthafter wäre es, den Jusos etwa zu sagen: Laßt uns gemeinsam bei den GRÜNEN konsequent um deren Linksentwicklung kämpfen! Einen Eiertanz jedoch um die GRÜNEN aufzuführen, bestätigte die Jusos nur in ihrer Rolle bei der SPD. Der KB diskreditierte seine eigenen Bemühungen um eine wirkliche Alternative und schwächte damit seine Integrität und Chance – und damit schon nahezu die des bisher standhaften Restes der radikalen Linken – gegenüber linken Sozialdemokraten Einfluß zu gewinnen, leichtfertig ab.

3. Auch wenn es die linken Grünen bestreiten werden: eine generelle linke Wahlempfehlung für die GRÜNEN nützte ihnen gar nichts. Schön wäre es sicherlich, Corny Littmann, dessen schwungvoller Unterstützung durch den Hamburger KB wohl nichts im Wege steht, bald im Bundestag wiederzusehen, selbst wenn er dort neben Georg Otto Platz nehmen müßte. Angesichts der Aussichtslosigkeit der grünen Kandidatur ist jedoch wünschenswert, daß linke Kandidaten und Landesverbände deutlich besser abschneiden als rechte. Das könnte eine weitere Linksentwicklung der GRÜNEN nur fördern. Eine generelle Unterstützung der GRÜNEN durch den KB würde aber bedeuten, rechten Kandidaten linke Integrationskraft zu verschaffen, während sie linke Kandidaturen womöglich wenig bereichern würde. Man nehme Niedersachsen: Die Spitzenkandidatin hat u.a. dafür gesorgt, daß keine GLU-Landesversammlung vergangen ist, ohne daß der Rausschmiß der Linken beantragt wurde. Und Georg Otto auf Platz zwei ‚besticht' weniger durch all zu reaktionäre Auffassungen als vielmehr durch ein recht merkwürdiges Verständnis von Basisdemokratie. Man denke nur an seine Mauscheleien zu grünen Gründerzeiten (Hessenwahl etc.) oder an seine öffentliche Selbsternennung zum Bundestagskandidaten schon zur Zeit der Europawahl. Sollten solche Leute zusätzlich durch den KB wählbar gemacht werden, brächte das diesen mehr Stimmen als ein NRW-KB-Großeinsatz linken Kandidaten zusätzlich nützen könnte. Auf diese Art und Weise rechte Reinfälle abzumildern, sollte im Sinne der weiteren Entwicklung nicht linkes Interesse sein.

4. Widersprochen gehört schließlich der Auffassung, daß die GRÜNEN den gegenwärtigen Stand des Protestpotentials – und sei es in „verzerrter Form" – repräsentieren würden. Dahinter steckt der Gedanke, daß die grüne Kandiatur sozusagen urwüchsig für den derzeitigen Riß in der Bevölkerung stehen würde und von daher zu unterstützen sei. Hinsichtlich des Protestpotentials gab es im KB schon mal Übereinstimmung, daß es sich dabei um ein diffuses, ideologisch wenig ausgerichtetes Potential von bis zu 12 % handelt, bei dem im übrigen ökonomische Probleme, Arbeitslosigkeit etc. vor Demokratie und Umweltschutz rangieren. Dieses Potential, so wie es ist, politisch-ideologisch zu repräsentieren, ist gar nicht möglich. Auch die GRÜNEN tun das nicht. Sie sind zwar aus ideologisch sehr unterschiedlichen, im einzelnen aber recht gefestigten Teilen zusammengesetzt. Möglich ist allerdings, und das war Ziel des KB, politisch anzusetzen an der allgemeinen Unzufriedenheit vieler Leute, deren Wunsch nach Veränderung. Dieses sollte u.a. parlamentarisch praktisch geschehen, und deshalb hat der KB vor allem dann Kandidaturen unterstützt, wenn diese einerseits chancenreich waren und andererseits parlamentarisch oppositionelle Politik versprachen. Dabei hat der KB festgestellt, daß es dem größten Teil des Protestpotentials egal ist, ob eine Liste „bunt" heißt oder „grün" oder in einigen Städten sogar DKP. Auch das macht deutlich, daß eine politisch inhaltliche Repräsentation des Protestpotentials momentan gar nicht denkbar ist. Sehr wohl denkbar ist jedoch gerade deswegen, daß der Protest auch auf Mühlen gelenkt werden kann, die ganz und gar nicht im Sinne des KB arbeiten. Das macht eine differenzierte Unterstützung der GRÜNEN desweiteren sehr wichtig.

Die These von der Repräsentation des Protestpotentials durch die Grüne Partei hat im KB nicht zu suchen. Sie paßt besser in das Repertoire jener linken Grünen, die es nötig haben, den Verein hochzujubeln und denen jedes Zugeständnis an Gruhl recht ist, weil es angeblich so wichtig sei, um das ganze Spektrum zusammenzuhalten. Es wäre verantwortungslos, auf Grundlage dieser These die öffentliche Kritik an den GRÜNEN abzuschwächen, um stattdessen tatenlos zuzusehen, wie auch allerlei ökoligistischer Schrott im Protestpotential verankert wird. Gerade diese Gefahr ist im Wahlkampf am allergrößten.

Resümee: Daß es nicht darum geht, den GRÜNEN jede Unterstützung zu verweigern, ist wohl klar. Fortschrittliche und halbwegs konsequente Kandidaten sollten durchaus auch vom KB empfohlen werden. Unkritisch kann auch das kaum abgehen. Schon dann, wenn die GRÜNEN anfangen, Illusionen über ihre Wahlchancen zu verbreiten, etwa Prognosen auf ca. 6% abgeben, heißt es einzugreifen. Der KB sollte nämlich ausgesprochen realistisch auftreten. Er sollte Proteststimmen als solche kennzeichnen, um keine Illusionen in irgendeine der antretenden Listen zu schüren. Er sollte sich darüber hinaus die Peinlichkeit ersparen, bei DKP, KBW und „Volksfront" herumzuspekulieren, welches nun die am wenigsten ungeeignete der 3 Listen sein mag. Wo es nichts zu wählen gibt – und das wird vielerorts so sein –, wird das gesagt. Wem die Leute dort ihre Proteststimme geben, mag jeder mit sich selbst ausmachen. Hier bieten sich aus aktuellem Anlaß Parolen wie „Keine Stimme den Kriegstreibern" etc. an. Überhaupt darf bei all dem nicht vergessen werden, daß der KB den Proteststimmen wenig Effekt beimißt und daher seinen Schwerpunkt auch im Wahlkampf auf inhaltliche Aussagen und konkrete Aktionen legt.

Eddie, Delmenhorst, 7.7.80

Die Qual der Wahl

GRÜNE, GRÜNE über alles?

Einige Genoss(inn)en treten für einen uneingeschränkten Wahlaufruf des KB für die GRÜNEN ein. Das halte ich für falsch. Uns kann heute (anders als im Niedersachsen-Wahlkampf 1978) ausschließlich an einer Stärkung l i n k e r grüner Kräfte (und derjenigen Mittelkräfte, die sich als lernfähig und kooperationsbereit erwiesen haben) gelegen sein. Bei der Niedersachsenwahl 78 ging es uns vorrangig darum, die Konzeption grüner und bunter Listen überhaupt bekanntzumachen und zu stärken.

H e u t e, wo die rechten Grünen mehr als 2 Jahre lang hinreichend Gelegenheit hatten, sich unbeliebt zu machen, wo viele linke Grüne sich schwertun, reaktionären Ballast abzuwerfen, muß es uns um eine P o l a r i s i e r u n g innerhalb der Grünen Partei gehen, um die Herausbildung einer (historisch überfälligen!) Sozialistischen Partei zu beschleunigen. Da die GRÜNEN bei diesen Bundestagswahlen ohnehin keine Chance haben, die undemokratische 5 %-Hürde zu überspringen, kann uns niemand ernsthaft den Vorwurf machen, wir wollten nur die GRÜNEN am Wahlerfolg hindern o.ä., wenn wir örtlich bzw. regional erklären, warum manche Kandidaten für Linke nicht wählbar sind.

Nicht wählbar für Linke sind Kandidat(inn)en der GRÜNEN, die zu den im Saarbrücker Programm festgelegten Arbeiterforderungen eine ablehnende oder geringschätzige Haltung einnehmen, sich nicht für Abrüstung engagieren, Abtreibung als „Mord" diffamieren und ähnliches mehr.

Oder sollen wir ernsthaft einem linken Gewerkschafter, Juso oder DKP-Wähler empfehlen, seine Stimme einem Reaktionär und Antikommunisten wie Georg Otto zu geben?

In Gebieten mit linker Dominanz bei den GRÜNEN (wie in Hamburg) sollten wir hingegen eine öffentliche Unterstützung der GRÜNEN betreiben.

Eine Ablehnung unsererseits, rechte grüne Kandidaten zu unterstützen, widerspricht keineswegs einem stärkeren Engagement unserer Organisation bei den GRÜNEN (inklusive einer längst fälligen Selbstkritik – vergl. dazu mein Beitrag in AK 176, S. 14). Wenn wir deutlich machen, daß der KB keinesfalls bereit ist, j e d e Politik zu unterstützen, sofern sie nur den grünen Parteianstrich hat, dann zeigen wir damit weitaus mehr Glaubwürdigkeit als manch andere Linke (bei den GRÜNEN).

Wollten wir die GRÜNEN tatsächlich ü b e r a l l unterstützen, so müßten wir dies z.B. auch an der Hamburger Uni tun, wo die Hochschulgruppe der GRÜNEN mit Dummdreistigkeit und rechter Politik glänzt. Eine Unterstützung einer derartigen Politik wäre zudem Schützenhilfe für die DKP und linke Sozialdemokraten, denen es natürlich nicht schwerfällt, solche Grüne kräftig auseinanderzunehmen, und so das Protestpotential wieder für ihren Parteiladen zu integrieren.

DKP wählen?

Ein anderer Fehler besteht darin, in Gebieten, in denen die GRÜNEN nicht durch fortschrittliche Kandidaten vertreten sind, die Wahl der DKP zu empfehlen. Die DKP hat zwar den GRÜNEN gegenüber das v e r b a l fortschrittlichere Programm (sieht man einmal von der Schwulen- und Lesbenfrage ab) und benennt das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln richtig als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche. Da das Kriterium für die Wahrheit jedoch bekanntlich die Praxis ist, muß die DKP nicht an dem gemessen werden, was sie verspricht, sondern daran, was der sogenannte „reale Sozialismus" der osteuropäischen Länder in bezug auf diese Versprechungen real hergibt (vergl.: *„Wie hält es die DKP mit der Demokratie?"*; AK 122, März 1978; auch in: Schulungshefte des KB Nr. 1). Hier nun zu behaupten, die DKP propagiere den Sozialismus, halt nur in der *„verzerrten Form des ‚realen Sozialismus' "*, ist vollkommen falsch. Es handelt sich hier keineswegs um eine verzerrte Form bzw. ziemlich auf den Hund gekommene ‚Arbeiterstaaten', sondern um einen pervertierten Inhalt.

Die DKP hat sich seit der letzten Bundestagswahl 1976 weit mehr selbst disqualifiziert und innerhalb der Linken isoliert als in den Jahren zuvor. Die eh schon mickrigen Wählerstimmen der DKP schmolzen durchschnittlich auf die Hälfte, z.T. auf noch weniger zusammen.

Unter diesen Umständen bringt eine Stimmabgabe für die DKP bei den diesjährigen Bundestagswahlen der Linken keine Vorteile, sondern würde einzig und allein der bankrotten und politisch verkalkten DKP-Führung zugute kommen. Im Gegenteil beinhaltet ein erheblicher Stimmenverlust der DKP die Chance, daß die lange verschleppte Krise der DKP offen zum Ausbruch kommt, wie dies in ersten Ansätzen heute schon bei der SEW in Westberlin der Fall ist. Damit bestünde die Möglichkeit, daß einige hundert bzw. tausend Genoss(inn)en, die heute dort noch lahmgelegt sind, für den Dialog mit anderen Linken, auch mit der revolutionären Linken, gewonnen werden.

Ähnliches wie für die DKP gilt für den KPD/ML-Laden „Volksfront", wobei hier noch hinzukommt, daß das Programm dieser Gruppe nicht allzuweit links vom Saarbrücker Programm der GRÜNEN angesiedelt ist.

Falsch und sektiererisch wäre es aber auch, in bezug auf die DKP p r i n z i p i e l l zu argumentieren, die DKP sei (unabhängig von Ort, Zeit und Bedingungen) auf gar keinen Fall mehr wählbar. Bei Kommunalwahlen, in Orten, an denen keine alternativen Listen existieren und wo die DKP auf eine fortschrittliche Praxis hinweisen kann, sollte man sich nicht scheuen, zur Wahl der DKP aufzurufen. Bei Bundestagwahlen allerdings geht es um z e n t r a l e politische Fragen, hier wird die DKP in der Hauptseite nicht an ihrer kommunalpolitischen Praxis, sondern am „realen Sozialismus" gemessen.

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahme der »Grünzone«

Anfang Juli fand im Rahmen einer KB-Delegiertenkonferenz eine Diskussion über die Bundestagswahl statt, mit dem Ziel, den KB auf eine Wahlempfehlung zu vereinheitlichen und eine mögliche stärkere Mitarbeit bei den „Grünen" zu beraten.

In den ersten Teilen unseres Artikels wollen wir den zu diesem Zweck „von Teilen des LG" vorgelegten Resolutionsentwurf (RE) kritisch unter die Lupe nehmen. Im zweiten Teil beschreiben wir, welche Konsequenzen der KB nach dieser Delegiertenkonferenz zu ziehen hat.

Keine parlamentarische Linksopposition in Sicht?

Der erste Teil des RE beschreibt richtig, daß die „*Alternative Schmidt oder Strauß die rechteste Konstellation seit Gründung der Bundesrepublik (ist)... Diese Rechtsentwicklung ist der SPD-Führung gelungen, ohne daß es bisher zur Herausbildung einer parlamentarischen Linksopposition gekommen ist.*" „*Die außerparlamentarischen Oppositionsansätze ... sind noch weit davon entfernt, sich zu einer ganzheitlichen Opposition zusammenzuschließen*".

Daß bei den Verfassern des RE die Meinungen über die Richtigkeit des letzten Zitates auseinandergehen, beweisen Passagen im hinteren Teil des RE. Dort heißt es nämlich, daß „*die Grünen vorübergehend (keineswegs langfristig) zum Schwerpunkt des sozialistischen Parteibildungsprozesses geworden (sind)...*".

Soweit uns bekannt ist, setzt der „sozialistische Parteibildungsprozeß" wenigstens Ansätze einer „ganzheitlichen Opposition" voraus, wenn er als solcher bezeichnet werden kann. Wie ist es nur möglich, daß Oppositionsansätze noch meilenweit vom Zusammenschluß entfernt sind, und es trotzdem einen Schwerpunkt im „sozialistischen Parteibildungsprozeß" gibt, nämlich die Grüne Partei?!

Offensichtlich irren die Verfasser, wenn sie keine Ansätze einer „ganzheitlichen Opposition" sehen (wollen?). Die Grünen (ähnlich wie die Bunten) entstanden u.a. aus der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung und repräsentieren einen Teil von ihr. In den Grünen arbeiten außerdem (zumindest Teile) der Friedens-, Lesben/Schwulen, Frauenbewegung sowie der reformistischen Linken (Heinz Brandt, Rudolf Bahro, Otto Schily, Ossip K. Flechtheim...).

Nur vor diesem Hintergrund ist es erklärbar, daß die Grünen zum Schwerpunkt des „sozialistischen Parteibildungsprozesses" geworden sind, wie richtig im Resolutionsentwurf zu lesen ist.

Eure Anmerkung, daß es „*nur erste Ansätze einer solchen Linksopposition gibt*", relativiert bestenfalls die eben beschriebene Funktion der Grünen. Ihr geht im gesamten Resolutionsentwurf nicht darauf ein, welches Protestpotential in Zukunft noch in die Grünen integrierbar sein wird, und welche Entwicklungsperspektiven die Grünen haben.

Der im Resolutionsentwurf richtig beschriebene Rechtsruck der bürgerlichen Parteien bewirkt doch gerade, daß das in den letzten Jahren in der BRD entstandene Protestpotential immer weniger von ihnen aufgefangen werden kann. Viele Austritte, insbesondere aus dem linken Flügel der SPD (Jusos), beweisen dies.

Wie der KB die Entwicklungsmöglichkeiten Grüner und Bunter Listen früher einschätzte, zeigen folgende Passagen: „*Es ist eine Tatsache, daß sich Veränderungen in der BRD relativ langsam entwickeln... wir vermuten, daß die Signalwirkung der Ergebnisse von Hamburg und Niedersachsen auch die Debatte um eine ‚Sozialistische Partei' links von der SPD beleben wird... Hat man erst einmal begriffen, daß der Bruch der Massen mit den bürgerlichen Parteien insgesamt keineswegs so verläuft, daß sie gleich übergangslos zum Kommunismus zustreben, dann erscheint eine neue ‚Sozialistische Partei' ähnlich wie die ‚Grünen' oder ‚Bunten'... als ein notwendiger Zwischenschritt. Bei aller Widersprüchlichkeit eines solchen Projektes, die wir immer klar benennen werden, würden wir das Entstehen einer neuen ‚Sozialistischen Partei' ... insgesamt als Schritt nach vorn begrüßen*" („Kommunisten und Wahlen", AK 131, 12.6.78).

Anzumerken ist für die heutige Situation, daß derzeit allein die Grünen in der Lage sind, zu den Bundestagswahlen zu kandidieren, da Bunte und Alternative Listen nur noch regional exisieren. Nichts ist in diesen Zitaten im Artikel „Kommunisten und Wahlen" zu spüren von dem heutigen Rumgejammere über (ach so winzige) „erste Ansätze" und die „Schwäche der gesamten westdeutschen Linken". Klar werden die Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten Grüner und Bunter Listen beschrieben; klar sind die Aufgaben, die wir Kommunisten in solchen Listen haben.

Sinkende Schiffe — neue Liebe des KB?

Wichtig ist die Konsequenz, die der KB daraus zieht, daß es nur „erste Ansätze einer Linksopposition gibt", die „noch weit davon entfernt (sind), sich zu einer ganzheitlichen Opposition zusammenzuschließen" (diese Zitate haben wir ja eben auseinandergenommen).

Weil das so ist, werden laut KB „*das Wichtigste im Wahlkampf die außerparlamentarischen Aktionen sein... Verglichen mit den außerparlamentarischen Aktionen kommt dem ... Protest mit dem Stimmzettel nur eine sehr geringe Bedeutung zu, soweit es konkret diese Bundestagswahl angeht*".

Es wird bedauert, daß neben den Grünen noch DKP, „Volksfront" und KBW kandidieren, worauf der KB nur deshalb einzugehen gedenkt, „*da dies nicht zu verhindern ist* (!)". Diese Aussagen riechen verdächtig nach Wahlboykott. Deshalb, liebe Verfasser des RE aus dem LG, wollen wir für euch noch einmal zitieren, was ihr vor zwei Jahren über Wahlboykott geschrieben habt: „*Um Interessen wahrnehmen zu können, muß man in vielen Fällen auch delegieren. Denn unser Kampf findet ja nicht nur an den Bauzäunen und auf den Straßen statt* (hört, hört!). *Wenn man den Kampf auf die Bereiche beschränken will, wo sich jeder selbst vertreten kann, würden wir uns wesentlicher politischer Dimensionen unseres Kampfes berauben*" („Kommunisten und Wahlen"...).

Völlig von den Socken waren wir, als wir lasen, daß ihr die von euch konstatierte Schwäche der Linken durch Stimmenzersplitterung aufheben wollt. Um diese Vorgehensweise überhaupt zu rechtfertigen, vermischt ihr munter Grüne mit den anderen linken Sekten, die außerdem noch zu den Wahlen kandidieren wollen, und vergleicht die Programme. Denn, „*den programmatischen Aussagen der konkurrierenden ‚Protestparteien' (kommt) besondere Bedeutung zu*".

„Lupenreinere" Programme als das der Grünen können sicherlich gebastelt werden und sind auch schon von DKP, KBW und KPD/ML zusammengebastelt worden. Entscheidend ist jedoch die soziale Bewegung und deren Stärke, die durch diese Programme repräsentiert wird. Eine Analyse des Potentials und dessen Entwicklungsmöglichkeiten, das sich in diesen Parteien und auch hinter deren Programmen vereinigt, wird im RE jedoch nicht vorgenommen.

Im Prinzip geht ihr also davon aus, daß es „gar nicht so sehr darauf ankommt", wie hoch das Stimmergebnis der Grünen sein wird, die ihr zwei Spalten später als den (unterstützenswerten) Schwerpunkt des „sozialistischen Parteibildungsprozesses" beschreibt.

Noch einmal „Kommunisten und Wahlen": „*Es gab an den verschiedensten Stellen die Auffassung, es komme auf das zahlenmäßige Ergebnis gar nicht so sehr an, sondern weit wichtiger sei Agitation und Propaganda im Wahlkampf... Solche Auffassungen (gehen) teilweise in Richtung Wahlboykott, teilweise in Richtung Programmkandidatur*".

Diese Linien, Wahlboykott und Programmkandidatur, die ihr selbst vor zwei Jahren kritisiert habt, schlagt ihr für diese Wahl vor. Vom KB sollen nämlich nur lupenrein linke grüne Kandidaten unterstützt und gewählt werden. „*Wo die Grünen nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der ‚Proteststimme', in erster Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl*".

Wieso ausgerechnet Nichtwahl ebenfalls eine Möglichkeit ist, „die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis abzumildern", solltet ihr doch mal erklären. Kommentar siehe oben.

Noch eine Anmerkung zur DKP. Im Offenen Brief des KB an die DKP anläßlich der Wahlen in NRW wird die DKP gefragt, „*Warum ruft ihr nicht zur Wahl der Grünen auf?*". Ihr erklärt der DKP (zu recht), daß sie „*kaum ernsthaft ein Argument auftreiben*" kann, „*warum ein Wahlerfolg der Grünen in NRW nicht auch nützlich für die gesamte demokratische Bewegung ist*". Und: „*Zwar werden auch diesmal wieder ein Großteil eurer bisherigen Wähler die Grünen wählen — trotzdem, eure Kandidatur wird der demokratischen Bewegung keinen Nutzen bringen — im Gegenteil.*" Da euer Brief an die DKP kaum zwei Monate alt ist, bescheinigen wir euch hiermit einen schlecht getarnten Zick-Zack-Kurs.

Unlogisch ist für uns, warum ihr nicht davon ausgeht, daß das von euch vorgeschlagene Stimmensplitten unter Umständen sogar der Tod der Grünen als fortschrittliche Alternative und damit auch als Schwerpunkt im „sozialistischen Parteibildungsprozeß" ist.

Die rechten Strömungen in der Grünen Partei sind heute relativ isoliert (siehe weiter unten), es existiert in den Grünen seit Saarbrücken eine Mitte-Links-Koalition. Wenn man von dieser Einsicht ausgeht, ist es logisch, daß jedes Ergebnis der Grünen über 3 % (mehr werden sie nur schwer bringen, wenn man/frau sich NRW ansieht) ein Erfolg der Linken in dieser Partei ist.

Jedes Ergebnis darunter würde wieder die Rechten auf den Plan rufen. Sie würden argumentieren, die Wahl sei verloren, weil das Parteiprogramm so „links" sei usw. Die Erpressungsmanöver gegenüber dem Mittelblock würden wieder losgehen. Wenn die Verfasser des Resolutionsentwurfs den Grünen zubilligen, wenigstens „vorübergehend" zum Schwerpunkt des „sozialistischen Parteibildungsprozesses" geworden zu sein, dann beißen sie sich entweder selbst in den Hintern, wenn sie diesen Prozeß durch Stimmensplitten bremsen wollen, oder es ist ihnen (z.B. wegen des geringen KB-Einflusses) womöglich gar nicht so recht, daß die Grünen derzeit so wichtig sind...?!

Der Kampf mit dem Holzhammer

Die Feststellung, daß die Grünen ein „*Zweckbündnis*" und „*ein Kind der bundesdeutschen 5 %-Klausel*" sind, ist richtig, bietet aber auf Fragen der Mitarbeit in den Grünen keine Antwort.

Daß Widersprüche auch in Bunten und Alternativen Listen existieren, hat den KB nie von einer Mitarbeit abgehalten. Praktische Mitarbeit in Grünen und Bunten Listen wurde in früheren Zeiten mit dem Ziel geführt, bei einer (unvermeidlichen) Spaltung die Verluste der Linken möglichst gering zu halten, und den linken Flügel gestärkt aus einer solche Spaltung herauszuführen.

Um rechte Strömungen in der Grünen Partei richtig einschätzen und beurteilen zu können, müssen wir uns den Stellenwert, den die Rechten in den Grünen haben, vor Augen führen. Durch den Fehler der Bunt/Alternativen, nicht gemeinsam mit den Grünen zu den Europawahlen zu kandidieren, gelang es den Rechten kurzfristig, ihre Positionen auf nationaler Ebene zu stärken und auszubauen.

Nach dem eindeutigen Sieg der Grünen über die Alternativen (5,1 %: 1,4 %) bei den Bremer Wahlen war es klar, daß jeder Linke, der auf nationaler Ebene Wahlpolitik machen wollte, dies in den Grünen tun muß, „*denn nun würden nur noch die ‚Grünen' auf Bundesebene gegen die etablierten Parteien kandidieren. Mit dem Wahlerfolg in Bremen hatten es die ‚Grünen' nicht mehr nötig, sich auf Verhandlungen um ‚Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Grünen und Bunten' einzulassen*" („Grünzone" in AK 175).

Daraufhin veränderte sich Schritt für Schritt das Kräfteverhältnis in den Grünen, es begann ein linker „Sog in die ‚Grünen'". Der Saarbrücker Parteitag zeigte deutlich, wie schwach die eindeutige Rechte (Gruhl, Springmann, Dinne) war. Von ca. 900 Delegierten stellten sie nur 120, dem gegenüber standen ca. 500 Mittelbock- und ca. 300 linke Delegierte. Wichtig war in Saarbrücken vor allem die Herausbildung einer Koalition zwischen Mittelblock und Linken.

Betrachtet man/frau die Mitgliederbasis des Dortmunder Parteitages, so ist ein Zuwachs fortschrittlicher Kräfte unverkennbar, was sich unter anderem an der äußerst geringen Anfälligkeit gegenüber Spaltungsdrohungen der Rechten feststellen läßt. Die Bremer zogen z.B. allein, ohne Bahro aus, Gruhls Anhang war klein. Nach Dortmund haben wir nun die Situation, daß Springmann mit 200 von 600 Mitgliedern der GLSH die Grünen verlassen hat. Gruhl kündigte seinen Rückzug aus der Grünen Partei an.

Der KB schlägt im Resolutionsentwurf als Taktik den Rechten gegenüber folgendes vor: „*Aufgabe der marxistischen Kräfte muß es sein, die Unversöhnlichkeit einer demokratisch-progressiven Alternative mit den Positionen der Reaktionäre und selbsternannten Gralshütern des ‚wahren Ökologismus' nachzuweisen und den unvermeidlichen Bruch mit den Rechten voranzutreiben*".

Dieser Bruch mit den Rechten kann aber nur über eine Überzeugungsarbeit erfolgen, die die Mehrheit des Mittelblocks und die Mehrheit des von der Grünen Partei repräsentierten Potentials an die Positionen der Linken inhaltlich bindet. Diese Überzeugungsarbeit wird sicherlich eine langfristige sein und nicht bis zu den Bundestagswahlen beendet werden können. Ein Bruch mit den Rechten in den nächsten zwei Monaten (bis zu den Bundestagswahlen) könnte nur über ein Powerplay erfolgen mit dem Resultat des Zerbrechens des noch unstabilen Bündnisses zwischen Linken und Mittelblock und mit dem Ergebnis der Isolierung der Linken, ähnlich wie in Karlsruhe.

Am Schluß unserer Kritik wollen wir nicht verheimlichen, daß wir beim LG den Eindruck haben, es bringt Resolutionsentwürfe und „Thesen" nicht mehr dazu ein, eine richtige und irgendwie schlüssige Analyse der Wahlbewegung zu liefern, sondern dazu, durch irgendwelche faulen Kompromiß-Konstruktionen die divergierenden Auffassungen im KB zur Wahlfrage unter einen Hut zu kriegen. Nicht anders ist es unserer Einschätzung nach zu erklären, daß der KB nun gleichzeitig zur Wahl der Grünen und der DKP aufruft. Mag durch solch eine Kompromißkonstruktion auch die Einheit im KB wiederhergestellt erscheinen, in der Wahlbewegung selbst wird eine solche Position nur noch verwundertes Kopfschütteln hervorrufen.

Grünzone/Westberlin, 18.7.80

Die Qual der Wahl

Fortsetzung von Seite 36

Wo die GRÜNEN der Linken nichts zu bieten haben, sollten wir bei der anstehenden Bundestagswahl zum Nichtwählen bzw. zum Ungültig-Stimmen auffordern (was keineswegs ein Zugeständnis an die blödsinnige Anarcho/Sponti-Parole vom „Wahlboykott" ist!).

Die Sektenführer (DKP, KPD/ML-‚Volksfront' und KBW) sollten wir für ihr verantwortungsloses Verheizen ihrer Mitglieder in diesem Wahlk(r)ampf ebenso kritisieren wie bei den letzten Landtagswahlen.

Für eine Sozialistische Partei!

Die SPD wird, sofern sie, was ich für wahrscheinlich halte, die Wahl gewinnt, rücksichtslos den Abbau sozialer und demokratischer Rechte, das Atomprogramm und die Aufrüstung weiter vorantreiben. Damit werden sich zwangsläufig die Widersprüche innerhalb der SPD verschärfen. Gleichzeitig müßte nach den Wahlen bei den GRÜNEN über eine Vertiefung der fortschrittlichen Ansätze des Saarbrücker Programms und eine sozialistische Perspektive diskutiert werden. Bei diesem Diskussionsprozeß käme es entscheidend auf eine Einbeziehung linker gewerkschaftlicher Kräfte an. Damit besteht die Möglichkeit, daß sich in den nächsten Jahren eine „Sozialistische Partei" schrittweise herausbildet, was zwangsläufig mit vielen Widersprüchen und Schwierigkeiten verbunden sein wird und keinesfalls mit einem einmaligen ‚Gründungsakt' gegessen sein wird.

Ein derartiger Prozeß der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit in der westdeutschen Linken würde bzw. wird an uns erhebliche inhaltliche Anforderungen stellen. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Kritik linksreformistischer Ideologien (als Stichworte seien hier nur Bloch und Marcuse genannt) im KB derzeit noch nicht besonders entwickelt ist ...

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg, 10.7.1980

Teilerfolg für Strauß:

Bremer Plakat-Prozeß findet statt

Mit sofortiger Wirkung hat die Strafkammer III des Landgerichts Bremen einen Beschluß des Bremer Amtsgerichts aufgehoben, der Anfang Juni bei der Bayrischen Staatskanzlei in München Empörung ausgelöst hatte. Es geht um Anti-Strauß-Plakate, die von zwei Studenten im Sommer 1979 in der Stadt verklebt worden waren, und von denen eines der dritte Betroffene im Fenster einer Privatwohnung ausgehängt hatte. Nach einem Hinweis der Bremer Staatsanwaltschaft hatte Strauß sich durch die Plakate verleumdet gefühlt und Strafanzeige gestellt. Für das Amtsgericht war ein „hinreichender Verdacht einer Straftat" der Strauß-Gegner nicht gegeben, so der Beschluß vom 6.5.80, zumal Strauß aufgrund seiner einschlägigen Aussprüche („Ratten, Schmeißfliegen" etc.) sich mehr „ehrverletzende Angriffe" gefallen lassen müsse als andere Politiker. Die Eröffnung des Hauptverfahrens hatte das Amtsgericht deshalb abgelehnt. Nach lautstarkem Protest aus Bayern verfügte nun das Landgericht auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin, daß den Angeklagten doch der Prozeß zu machen sei (siehe auch AK 178, S.11).

Auf dem einen der inkriminierten Plakate ist Strauß mit Pinochet bei der Einweihung eines Denkmals für deutsche Einwanderer in Chile zu sehen. In das Denkmal mit der Inschrift „Unseren Ahnen" wurden von den Plakatmachern die Köpfe der Herren Mussolini, Franco und Hitler einmontiert. Das dermaßen ‚bereicherte' Foto stammt vom Strauß-Besuch bei Pinochet im November 1977. Dieses Plakat, befanden auch die Richter am Landgericht, rückt Strauß zwar „*in die geistige Nähe des Faschismus bzw. Nationalsozialismus*", es sei jedoch noch durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gerechtfertigt und stelle „*einen zulässigen Beitrag im öffentlichen politischen Meinungskampf dar*" (a.d. Landgerichtsbeschluß). Die Plakatkleber hätten ihre politische Meinung über den Unions-Kanzlerkandidaten verbreiten und vor dessen Wahl warnen wollen. „*Dieses Ziel realisiert das Plakat nicht durch das unzulässige Mittel der Diffamierung (...), sondern durch eine Darstellung, die sich dahin umschreiben läßt: Wer sich als Demokrat auf einen freundschaftlichen Kontakt mit einem von weiten Teilen der Bevölkerung als Faschisten angesehenen Politiker einläßt und keinerlei Veranlassung sieht, sich von dessen politischen Methoden zu distanzieren, vielmehr dessen Politik in der Öffentlichkeit zu verteidigen versucht, muß sich die nach seinem Chile-Besuch in der Öffentlichkeit diskutierte Frage gefallen lassen, ob der allzu unkritische Umgang mit einem faschistischen Politiker ihn nicht auch in eine gefährliche Nähe zu jener faschistischen Ideologie und Tradition bringt, in deren Ahnenreihe solche Politiker vielfach gesehen werden*" (ebenda).

Das zweite Plakat zeigt Strauß als stiernackigen Schlachter mit Beil und Schürze, im Hintergrund werden Demonstranten in brutaler Weise von der Polizei abgeführt; es trägt die Unterzeile: „*Was für einen Kanzler Strauß spricht: Er versteht sein Handwerk!*" Zu diesem Plakat meinen die Richter am Landgericht, es löse „*beim Betrachter die Vorstellung aus, daß der Abgebildete jemand sei, der als künftiger Kanzler gegen (demonstrierende) politische Gegner nicht mit Mitteln des Rechtsstaates vorgehen, sie vielmehr nach faschistischem Vorbild exekutieren werde*". Dadurch werde Strauß, der sich „*um das demokratische Amt des Bundeskanzlers bewirbt, in seinem öffentlichen Ansehen wie auch in seiner persönlichen Ehre nachhaltig getroffen*" (ebenda). In diesem Fall fehle es „*an der Angemessenheit der Meinungsäußerung*", auch wenn man berücksichtigt, daß Strauß sie möglicherweise durch sein eigenes Verhalten und seinen „Kampfstil" provoziert habe. Das Plakat wolle ihn in seiner „*Persönlichkeit treffen mit der Unterstellung: dieser Mann redet nicht nur wie ein Nazi, er wird auch so handeln!*" (ebenda). Damit werde der Rahmen zulässiger polemischer Sachaussagen überschritten, weshalb die Strauß-gegner sich einem Hauptverfahren nach § 185 StGB stellen müßten. Dies besagt, daß sie nun „hinreichend verdächtig" sind, Herrn Strauß beleidigt zu haben. Das bedeutet immerhin eine beträchtliche Abschwächung gegenüber der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, die das Hauptverfahren nach § 187 a (üble Nachrede gegenüber einer Person des politischen Lebens) beantragt hatte. Der Unterschied besteht für die Angeschuldigteg vor allem im drohenden Strafmaß: auf „Beleidigung" steht eine Geldstrafe oder bis zu 1 Jahr Haft, auf „üble Nachrede" gegen Polit-Prominenz stehen 3 Monate bis 5 Jahre, Geldstrafe ist nicht vorgesehen.

Der bisherige Verlauf dieses Strauß-Plakat-Verfahrens hat lokal und bundesweit ein Echo in der bürgerlichen Presse hervorgerufen, das die Bedingungen für weitere Öffentlichkeitsarbeit verbessert hat. Diese kostet jedoch eine Menge Geld, wie auch das Verfahren selbst sehr teuer werden dürfte, wenn die Richter Herrn Strauß Genugtuung verschaffen. Deshalb sind die Betroffenen auf Spenden angewiesen, die auf unten stehendes Konto eingezahlt werden können. Auch andere Solidaritäts- und Unterstützungsangebote für die Angeklagten sind vonnöten, die ja momentan wie viele andere Strauß-Gegner für die linke Anti-Strauß-Bewegung in der BRD vor den Kadi gezerrt werden (siehe die regelmäßigen Übersichten im AK). Die Angeschuldigten halten für Anti-Strauß-Initiativen und andere Interessierte eine Informationsmappe mit der Presseberichterstattung und weiteren Unterlagen (Anklageschrift, bisherige Gerichtsentscheide etc.) bereit.

Bestell- und Kontaktadresse:
Arnold Neugebohrn
Vor dem Steintor 102
2800 Bremen
Spendenkonto: H.Husenbeth
Sparkasse in Bremen,
Kto.-Nr. 1164 2931

KB/Gruppe Bremen

Alltag im Polizeistaat

BGH-Urteil: Lockspitzel abgesichert

Es ist schon bemerkenswert, was der Bundesgerichtshof in Karlsruhe kürzlich entschied: Ein kleiner Hasch-Dealer, der von einem Polizeiagenten zu einem größeren Heroin-Geschäft– angestiftet wird, ist hierfür in voller Höhe zu bestrafen!

Vorausgegangen ist dem folgendes: Ein kleiner Dealer, der bislang lediglich zum Eigenbedarf handelte, wird von einem Beamten in Zivil, welcher sich als bekannter Rauschgifthändler ausgibt, angemacht *„eine kleine Menge Rauschgift bringt es doch nicht"* (nach „Süddeutsche Zeitung", 6.6.80) und überredet ihn zu einem größeren Heroinhandel. Er soll zunächst mal 40 Gramm besorgen. Der so animierte Typ schreitet dann auch zur Tat und besorgt innerhalb von ein paar Tagen den Stoff. Bei Übergabe klickten bei ihm die Handschellen.

Dieses agent-provocateur-Unwesen wird von Polizeiseite gerade im Bereich Rauschgift besonders gepflegt, da sich bei diesen *„Kriminellen nahezu zwangsläufig konspirative Methoden herausgebildet (haben), wie sie sonst nur bei Geheimdiensten üblich sind"* (Hans Zühlsdorf, ehem. ltd. Kriminaldirektor der Kripo Hamburg und „Fachmann" für Bandenkriminalität und Untergrundarbeit, „Bekämpfung organisierter Verbrechen"). Und weiter heißt es dazu:

„Um der bedrohlichen Entwicklung dieser Kriminalität und den konspirativen Methoden wirksam begegnen zu können, ist die Polizei zu entsprechenden strategischen, operativen und taktischen Überlegungen gezwungen". Es werden Telefonüberwachung, Observation, konspirative Aufklärung im Untergrund, V-Leute etc. aufgeführt. Zühlsdorf gibt selbst zu, *„alle diese Methoden sind nicht nur rechtlich umstritten, sondern gelten in einem gewissen Umfang auch als anrüchig"*.

Doch in diesem Fall ging es nicht einmal darum, mit etwas „anrüchigen" Methoden eines agent provocateurs über einen kleinen Fisch an einen Hai heranzukommen, denn der Polizeispitzel hatte überhaupt keinerlei Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen. Der kleine Dealer hätte den Stoff jederzeit an andere Leute verkaufen können, ohne daß der Provokateur davon etwas erfahren hätte. Offensichtlich ging es hier vielmehr darum, endlich einen „Großdealer" zu fassen, auch wenn man diesen zwecks Aufbesserung der Polizeistatistik erst produzieren mußte.

Das Landgericht Augsburg hatte aus diesem fiesen Polizeimanöver folgenden Schluß gezogen: *„Somit sei der Angeklagte zum bloßen Objekt staatlichen Handels herabgewürdigt worden"* („FR", 6.6.80) und es bestehe kein staatliches Interesse an einer Strafverfolgung.

Mit diesem Richterspruch wollte der Staatsanwalt sich nicht abfinden und rief den BGH an, welcher nun völlig im Sinne der Polizei entschied. *„Dieses Handeltreiben und die Äußerung des Dealers hatten bei dem Polizeibeamten den Verdacht aufkommen lassen, der Angeklagte habe weitaus schwerwiegendere Drogengeschäfte bereits getätigt oder habe zumindestens vor, solche zu tätigen. Dem Lockspitzel sei es daher nicht verwehrt gewesen, diesem Verdacht nachzugehen und sich als kaufkräftiger Interessent einer größeren Drogenmenge auszugeben"* (nach „SZ", 6.6.80).

Bloße Vermutungen über mögliche zukünftige Absichten eines Bürgers in diesem Land reichen offenbar aus, alle möglichen Tricks von agent provocateurs, die lediglich dazu dienen, **einen Verdacht zu erhärten**, durch das oberste Gericht absegnen zu lassen. Grundsätzlich entschied der BGH: *„Es werde ganz überwiegend von der juristischen Wissenschaft gebilligt, daß polizeiliche Lockspitzel grundsätzlich eingesetzt werden dürfen und daß auch in diesem Fall der Polizist korrekt gehandelt habe"* („FR", 6.6.80). Nach gültiger Rechtspraxis kann der Angeklagte dafür bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe bekommen.

Drogenkommission

Filzt Eure Bücherschränke!
(Für die Frauenknastgruppe Preungesheim)

Die zehn Frauen der Selbsthilfegruppe bemühen sich innerhalb der Mauern, *„von der Fixerei abzukommen, sich zu entwickeln, Hintergründe dabei zu erforschen und auch genau herauszukriegen, wie das ganze Dilemma entstanden ist"*. (Siehe auch AK 179, Anita's Brief).

Sie haben uns gebeten, ihnen Bücher zu den Themen

- Faschismus (Entstehung und neue Entwicklung),
- deutsche Geschichte (Weimarer Republik bis jetzt) und
- Frauenbücher

zu schicken. Seid also bitte so gut und schaut mal in Eure Bücherschränke, was Ihr entbehren könnt, was doppelt vorhanden ist (in WG's z.B.), was Ihr günstig besorgen könnt . . . . . Vielleicht entsteht so etwas wie ein Bücherfonds. Abzugeben oder zu senden an die Drogenkommission, c/o Verlagsadresse.

Drogenkommission und IKAH

Bayern: Polizei dringt in Therapiezentrum ein

„Sofort aufstehen und ausweisen!" – Taschenlampen blendeten auf – mit vorgehaltener Maschinenpistole wurden am 1.7.80 morgens um 5 Uhr 23 Patienten des Therapiezentrums „Con-Drobs" in Pichl (Landkreis Aichberg-Friedberg) von 16 Polizisten aus ihren Betten geholt. Unsere Staatsschützer hatten sich mit 2 Bussen und zwei anderen Fahrzeugen sowie einem Hund heimlich auf das Gelände geschlichen und waren dann in bester Geheimdienstmanier durchs Fenster eingestiegen – warum auch erst klingeln! Nach der Ausweiskontrolle stellten dann die schwerbewaffneten Polizisten das ganze Haus auf den Kopf - vom Keller bis zum Dachboden - auch Nachtschränke wurden nicht ausgelassen. Bei dieser Aktion passierten auch solche „Scherze", daß einem Mädchen mal kurz die Bettdecke weggerissen wurde.

Wurde hier ein „Terrorist" oder so gesucht? Mitnichten! Die Polizei war hinter einem jungen Mann her, den sie wegen Drogenhandel (Umfang unbekannt) und Fahrens ohne Führerschein belangen wollte. Und dieser junge Mann war bis vor kurzem Patient bei „Con-drobs" gewesen – und der eine Woche vorher telefonisch erteilten Auskunft des Leiters von „Con-drobs", der Gesuchte wäre nicht mehr dort, konnte die Polizei selbstverständlich nicht trauen – und so war für die Polizistenhirne mal wieder alles klar... Mit Haftbefehl und richterlichem Durchsuchungsbeschluß verschafften sie sich flugs die rechtliche Absicherung und schon konnte die Aktion anlaufen.

Unsere Staatsschützer wurden gar fündig – im alten Forsthaus fanden sie nach langem Suchen einen Koffer, mit Klamotten des Gesuchten. *„Der Erklärung eines Betreuers, daß die Sachen hier nicht zur Flucht bereitständen, sondern nur abgestellt seien, schenkten sie keinen Glauben... Mit den Worten : Der Einsatz ist beendet, aber wir glauben doch, daß der Mann hier versteckt wird, verabschiedete sich der leitende Kommissar um 6.30"*.

Der Hintergrund für diesen gespenstischen Einsatz ist zum einen in der Geschichte der Einrichtung zu sehen. Als das Gebäude vom Verein „Condrobs" angemietet wurde, mußte er sich gegen große Teile der Bevölkerung durchsetzen, um hier überhaupt mit den Drogenabhängigen arbeiten zu können. Ein kleiner Racheakt der örtlichen Polizei scheint nicht ausgeschlossen - und eine Polizeiaktion dieser Art bietet natürlich auch weiteren Nährstoff für die schon vorhandenen Vorurteile gegen die Drogenabhängigen. Welche Auswirkungen ein derartiger Überfall auf die Klienten hat, nämlich erst langsam wieder entstehendes Vertrauen und Selbstvertrauen über Nacht zu zerstören, ist den zuständigen Stellen wohl völlig wurscht. Zynisch äußerte der Leiter der Polizeiinspektion am nächsten Tag gegenüber der Presse, er verstehe die ganze Aufregung nicht, die Sache sei doch juristisch einwandfrei.
(alle Angaben nach „Augsburger Allgemeine Zeitung", 2.7.80)

Zum anderen ist diese Nacht-und-Nebel-Aktion eine direkte Folge der verschärften Gangart gegenüber Drogenabhängigen, die in der Verabschiedung des neuen Betäubungsmittelgesetzes ihren vorläufigen Höhepunkt fand (siehe dazu auch AK 180). Bislang konnten die Abhängigen zumindest innerhalb einer therapeutischen Einrichtung einigermaßen sicher vor der direkten Verfolgung durch einen Haftbefehl sein. Sollte dieses Beispiel Schule machen, ist jede therapeutische Arbeit in Frage gestellt, denn solche Aktionen bedrohen und verunsichern nicht nur die direkt Betroffenen, sondern alle in einer Therapieeinrichtung.

Drogenkommission

Bremen: Kripo-Kampagne läuft weiter

Der Landeskriminalamtschef von Bremen, Dr. Schäfer, ist immer noch nicht gestoppt. Nachdem seine Aufkleber-Kampagne mit „Dealer sind Mörder", „Fixer selber schuld" und „Hascha nicht alle" offiziell eingestellt und Schäfer verpflichtet wurde, weitere Maßnahmen mit den Drogensachverständigen von der Bildungs- und Sozialbehörde und der Drogenberatungsstelle abzustimmen, hat er jetzt zu einem raffinierteren Mittel gegriffen. Als „wissenschaftliche Umfrage" eines Diplompsychologen getarnt, werden dieselben Vorurteile und aufhetzenden Sprüche weiter verbreitet.

Der Fragebogen ist inzwischen an ca. 30.000 Haushalte in Bremen als Postwurfsendung verteilt worden. Er wendet sich an Kinder (!) und Jugendliche, die zum Ausfüllen gelockt werden mit dem Versprechen der Teilnahme an einer Verlosung; erster Preis: ein Mofa.

Der Fragebogen besteht aus lauter Aussagen, die fast wörtlich Schäfers Thesen enthalten und mit „ja – nein" angekreuzt werden müssen, z.B.:

„Drogenhändler nehmen aus Profitsucht den Tod der von ihnen belieferten Abhängigen in Kauf: Dealer sind Mörder."

„Nachdem sich die Jugendliche mit ihrer Familie verkracht haben, wird ihnen eingeredet, wie unglücklich ihre Lage und wie sinnlos ihr Leben sei."

„Jugendliche, die nach einem Ausweg aus dem eingeredeten Unglück suchen, wird als Erlösung die Droge angeboten: Zum Einstieg Haschisch, zum 'Aufstieg' Heroin."

„Mit Reden ist bei Drogenabhängigen nichts zu erreichen. Nur durch konsequentes Handeln, indem man sie in ihrer Bequemlichkeit und beim Drogenmißbrauch stört."

„Den Dealern klare Grenzen setzen: Dealer raus aus Schulen, Jugendtreffs und Diskotheken."

„Jugendlokale und Treffpunkte müssen stärker kontrolliert werden, um die Dealer zu vertreiben."

Im wissenschaftlichen Sinne wird dieser totale Manipulationsfragebogen auch Herrn Schäfer nichts nützen. Der eigentliche Zweck liegt denn auch wohl mehr in der Fortführung der Denunziations- und Hetzkampagne.

KB-Bremen

Die neue Unkultur:

Drogenliteratur im staatlichen Zugriff

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten... Eine Zensur findet nicht statt" (Grundgesetz, Art. 5 -1-). Eben doch, denn *„diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre"* (Art. 5 -2-).

Die Pressefreiheit, die zwar uneingeschränkt für kriegsverherrlichende Schriften, Naziliteratur und Springerpresse gilt, fand in der Vergangenheit Ausnahmeregelungen: für kommunistische Literatur nach dem KPD-Verbot, für den „SPIEGEL" in der bekannten Affäre, für Bommi Baumanns Buch u.a.. Seit kurzem fällt auch Drogenliteratur unter staatliche Zensurmaßnahmen, Indizierungen und Beschlagnahmungen mit unterschiedlichen Begründungen wechseln sich ab. Vorausgegangen waren monatelange Debatten auf Regierungsebene über den sogenannten Verherrlichungsparagraphen im Betäubungsmittelgesetz (BtmG), bevor er schließlich gegen den Widerstand der CSU/CDU aus dem Gesetzesentwurf gestrichen wurde (siehe AK 180). Dafür sind von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften inzwischen fünf Bücher zum Marihuana-Anbau und zwei Schallplatten von Peter Tosh („Legalize it") auf den Index gesetzt worden, für August steht die Entscheidung über zwei weitere Anträge an, wie uns die Sprecherin der Stelle am Telefon eifrig versicherte.

Juppheidi - juppheida, Hausdurchsuchung - Razzia

Weitaus umfangreicher sind die Aktionen verschiedener Staatsanwaltschaften, Zollfahndungen und Rauschgiftdezernate in Bayern, Berlin und Hamburg:

- Anfang 1978 wurden auf Antrag des Münchner Jugendamtes zwei Hausdurchsuchungen beim Lindener „Volksverlag" angeordnet, bei denen Bücher im Gesamtwert von 20.000 DM beschlagnahmt wurden. In der ersten Verhandlung wurde auf Geldstrafe erkannt, die Revision im Juni '80 ergab Freispruch von der Anklage wegen angeblicher „Aufforderung zu strafbaren Handlungen". Die Staatsanwaltschaft will erneut in Revision gehen (lt. Pressemitteilung des Verlages).
- Im Dezember '79 wurde vom Hamburger Zollamt Post eine Sendung amerikanischer Drogenbücher für den Hamburger Rauchutensilien-Laden „L'Age Rock" beschlagnahmt. Einen Monat später wurden das Geschäft sowie die Wohnung der Inhaberin von einem Rudel Bullen heimgesucht, die mit der Bemerkung, sie wollten mal sehen, wie weit sie gehen könnten, alles einsackten, was irgendwie nach Drogenverherrlichung aussah. Als Begründung wurden wiederum der Verdacht einer „Aufforderung zu strafbaren Handlungen" sowie einige Paragraphen des gültigen BtmG angeführt. Das Verfahren ist noch nicht endgültig entschieden.
- Der Berliner „Head-Shop" (head: amerikanisch für Wirrkopf) erlebte seit September '79 insgesamt vier Durchsuchungen. Es wurden Bücher und Schriften im Gesamtwert von mehreren Tausend Mark in die Asservatenkammern der Behörden geschleppt. Gegen den Inhaber sind derzeit acht Verfahren eingeleitet, zum Monatsende ist ihm der Mietvertrag für den Laden im Kudamm-Eck gekündigt. Auch in diesem Fall wird von staatsanwaltlicher Seite der Jugendschutz und das Strafgesetzbuch („Aufforderung...") ins Feld geführt. Von einigen Büchern und Comix dürfen jetzt nur noch die englischsprachigen Ausgaben gehandelt werden, so z.B. die „Freak-Brothers", deren deutsche Ausgabe im „2001"-Großversand frei erhältlich ist.

Ein verbranntes Buch - erneut beschlagnahmt

Die Berliner Vorfälle sind bisher die schärfsten Versuche, einen Laden der Hanffreunde finanziell in die Knie zu zwingen und den Inhaber sowie seine Kunden zu kriminalisieren. Den Amokläufen der örtlichen Staatsanwaltschaft fielen auch pikanterweise zwei klassische Drogenbücher zum Opfer: „Das Ritual der Drogen" und „Phantastica". „Das Ritual der Drogen" ist das bekannteste Buch des amerikanischen Psychologie-Professors Thomas Szasz, der darin die gesellschaftliche Gutheißung bzw. Ächtung verschiedener Drogen und Genußmittel unter verschiedenen Gesichtspunkten beschreibt (Europa-Verlag, Wien).

Der Autor der „Phantastica", Prof. Dr. Louis Lewin, war jüdischer Arzt und Pharmakologe und wissenschaftlicher Entdecker des „Morphinismus", der suchterzeugenden Wirkung von Morphium. Nach der ersten Beobachtung eines „merkwürdigen Falls von Morphiumhungers" im deutsch-französischen Krieg 1870/71 dauerte es noch mehrere Jahre, bis die Entdeckung des von Standeskollegen als „Judenjunge" verhöhnten Mannes anerkannt wurde. 1906 wurde der erste Lehrstuhl für Toxikologie in der Wissenschaftsgeschichte für ihn eingerichtet, er wurde der Begründer der „Giftwissenschaft". Sein populärwissenschaftlicher Bestseller „Phantastica" ist der erste „Reisebericht" in die Welt der Drogen, eine Neuauflage ist vor kurzem im „Volksverlag" erschienen. Lewin ist einer der Vorkämpfer der



aktualisierte Fassung der §88a-Karikatur von G.Seyfried

Entkriminalisierung von Drogenopfern, schon im ersten Opiumgesetz von 1929 fand diese Auffassung aber keine Beachtung. Er starb hochbetagt und erlebte nicht mehr, daß die Nazis seine Bücher verbrannten.

Nach der jetzigen Beschlagnahmeaktion wurde dem Geschäftsinhaber des Berliner „Head-Shops" von der Staatsanwaltschaft geraten, auf die Forderung nach Rückgabe zu verzichten, dann könne von der Erhebung einer öffentlichen Klage abgesehen werden. **Die Bücher würden dann aus dem Verkehr gezogen, d.h. in einem Behördenofen verbrannt.**

Mit zweierlei Maß

Rund 200 Millionen DM werden jährlich für die Alkohol- und Nikotinwerbung ausgegeben, hinzuzurechnen ist der Werbeaufwand der Pharmaindustrie für ihre „Problemlöser". Seit Jahren fordern Landesstellen gegen die Suchtgefahren, Therapeuten, Alkoholikergruppen u.a. vergeblich die Einschränkung bzw. das Verbot dieser Jugendgefährdung und Drogenverherrlichung. Die Interessen der Industrie legaler Drogen stehen eben höher als die ihrer Opfer, trockene Alkoholiker werden auch weiterhin durch eine aggressive Werbung in den Rückfall getrieben werden.

Aber auch bei illigalen Drogen wird mit unterschiedlichem Maß gemessen: so kann der „stern" (22/80) in reißerischer Form ganz unverschämt offen für die neue „Modedroge" Kokain werben und der ehemalige Chefredakteur der Springerzeitung „DIE WELT", Herbert Kremp, darf in dem „*Tagebuch einer Rauschgiftreise*" aus Thailand ungestraft seine Heroin-Selbstversuche zum besten geben. Leseprobe: „*Spiegelwände dehnen der Raum in die Breite. ... Zwei Freudenmädchen kommen hereingeflattert. Die Ahama (thail. Puffmutter, Anm. AK) sagt etwas über ihre Vorzüge. ... Der Chinese schüttelt den Kopf. Das Zwitschern verzieht sich ... Vor mir ein Glas und das Päckchen mit weißem Pulver. Ich fliege davon*" (Welt am Sonntag, 8.4.79).

Anders sieht es bei kleinen Alternativverlagen, -läden und -zeitungen aus, sie werden von Fall zu Fall kriminalisiert oder es wird versucht sie finanziell auszutrocknen. Die Grundlagen weiterer Zensurmaßnahmen und Verfolgungen sind jedenfalls gelegt, ein „Verherrlichungsparagraph" wäre allerdengs wenig vorzeigenswert für ein liberales Image gewesen. Das Jugendschutz-Gesetz sowie die Bestimmungen des Strafgesetzbuches reichen völlig aus. Die Paralle zum § 88a drängt sich geradezu auf, auch er wurde ja letztendlich nur abgeschafft, weil er „unpraktikabel" war. Heute sind es noch die „Freak-Brothers", die wegen Jugendgefährdung indiziert werden; morgen ist dann vielleicht der „Pflasterstrand" wegen Verbreitung von Marihuana-Anbautips dran, übermorgen der „Arbeiterkampf" wegen differenzierter Untersuchungen zur Drogen- und Suchtverbreitung, die die *besondere* Gefährlichkeit illegaler Drogen entschieden verneinen. Nur zu gut passen diese Durchlöcherungen der sogenannten Pressefreiheit in das Gesamtkonzept der Bundesregierung zum Drogenproblem, in der ja ausdrücklich von der **„potentiellen Gefährdung für abweichendes Verhalten insgesamt"** gesprochen wird (aus dem Aktionsprogramm der Bundesregierung, vom 16.1.80). Wann endlich begreift die Linke, daß dies alles keine Privatprobleme von Kiffern und Fixern sind, sondern die Fortsetzung des Polizeistaatausbaus unter veränderten Vorzeichen?!

Drogenkommission KB-Hamburg

Eine klassische Verherrlichung

Doch warum heftet sich mein Blick auf jene Stelle?
Ist jenes Fläschchen dort den Augen ein Magnet?
Warum wird mir auf einmal lieblich helle,
Als wenn im nächt'gen Wald uns Mondenglanz umweht?
Ich grüße dich, du einzige Phiole!
Die ich mit Andacht nun herunterhole!
In dir verehr' ich Menschenwitz und Kunst.
Du Inbegriff der holden Schlummersäfte,
Du Auszug aller tödlich feinen Kräfte,
Erweise deinem Meister deine Gunst!
Ich sehe dich, es wird der Schmerz gelindert,
Ich fasse dich, das Streben wird gemindert,
Des Geistes Flutstrom ebbet nach und nach.
Ins hohe Meer werd' ich hinausgewiesen,
Die Spiegelflut erglänzt zu meinen Füßen,
Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.
Ein Feuerwagen schwebt auf leichten Schwingen
An mich heran! Ich fühle mich bereit,
Auf neuer Bahn den Äther zu durchdringen,
Zu neuen Sphären reiner Tätigkeit.
* * *
Nun komm herab, kristallne reine Schale,
Hervor aus deinem alten Futterale,
An die ich viele Jahre nicht gedacht!
* * *
Ich werde jetzt dich keinem Nachbar reichen,
Ich werde meinen Witz an deiner Kunst nicht zeigen;
Hier ist ein Saft, der eilig trunken macht.
Mit brauner Flut erfüllt er deine Höhle.
Den ich bereitet, den ich wähle,
Der letzte Trunk sei nun, mit ganzer Seele,
Als festlich hoher Gruß, dem Morgen zugebracht!
(Er setzt die Schale an den Mund. Glockenklang und Chorgesang.)

* gemeint ist Laudanum (Opiumtinktur), der Sprecher heißt Faust, der Autor Johann Wolfgang v. Goethe.

Vom linken Wunderglauben an die bürgerliche Medizin

Leserbrief

„Wir haben nicht zuwenig Ärzte, wir haben zuviele Kranke" (Carpentier)

Soll ich nun lachen oder weinen: mit dem Knüppel „Gesundheitsprogramm der Grünen" wird in AK 181 im Artikel „Reaktionär statt alternativ" auf dieselben eingedroschen; ganz offensichtlich dient dem Autor Kt dies nur als Vehikel zum prinzipiellen Rundschlag auf die opportunistisch taktierenden „linken Grünen", die allzusehr mit reaktionärem Unsinn paktieren.

Nun denn, ich denke, er ist über's Ziel hinausgeschossen:

„Die ökologischen Bedingungen haben sich qualitativ verschlechtert mit der Vergiftung der Umwelt, der Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände und dem Kraftfahrzeugverkehr; Auch die Belastungen des Industrielebens mit seiner Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit sind durch die heute praktizierte Medizin nicht mehr in den Griff zu bekommen. Bereits heute stirbt jeder vierte Mensch an Krebs, verursacht im wesentlich durch die Umweltverseuchung der 50er und 60er Jahre. Entgegen anderslautender Auslegung der offiziellen Statistiken sinkt die Lebenserwartung. Chronische Krankheiten machen inzwischen den größten Teil aller Krankheiten aus. Das wird im wesentlichen mitverursacht:

- *durch eine menschenfeindlich angewandte Technik in Büro und Betrieb;*
- *durch Störung ökologischer Gleichgewichte, durch Luft- und Wasserverschmutzung, radioaktive Strahlen, Lebensmitteldenaturierung, falsche Ernährung, Schwächung der Selbstheilungskräfte durch Symptomtherapie, seelischen Streß, Entfremdung von sinngebenden menschlichen Beziehungen, übermäßigen Arznei mitteleinsatz und Drogenmißbrauch.*

Die heutige Gesundheitspolitik vermag viele Krankheiten nicht auszuheilen, sondern kann sie mit medizinischen Methoden und Medikamenten höchstens unterdrücken und nimmt dabei zusätzlich die letzten Abwehrkräfte. Sie dient in den meisten Fällen dazu, die Menschen kurzfristig wieder ‚fit' zu machen. Immer mehr Maschinen bestimmen den Ablauf der Diagnostik und Therapie. Die Bedienung dieser Maschinen wird schon wichtiger genommen als die Betreuung kranker Menschen. Der kranke Mensch ist das Objekt, ohne Einfluß, hilflos dieser Gesundheitspolitik ausgeliefert. Die Kräfte, die unsere Gesundheit zerstören, sind die gleichen, die das gegenwärtige wirtschaftliche System antreiben. Das Gesundheitswesen ist in den letzten Jahren zum Industriegiganten entwickelt worden.

Gefördert wird zur Zeit nur, was rationelle, apparative, automatisierungsfähige Dienstleistungen und mehr Gewinn verspricht. Gesundheitsprobleme dürfen nicht losgelöst von der Umwelt, den Arbeits-, Wohn- Freizeit- und Lebensbedingungen betrachtet werden. Umweltbedingungen sind heute Ursache von vielen Massenerkrankungen: Lungenkrankheiten, Erkrankungen der Bewegungsorgane, Lärmschwerhörigkeit, Haut-, Magen- und Darmerkrankungen, Infektionskrankheiten, Herz- und Kreislaufkrankheiten, Diabetes und diese Krankheiten nehmen zu."

Dies ist ungekürzt das erste Drittel des grünen Gesunheitsprogramms. Es folgt dann ein wahres Sammelsurium von Vollkornbrot und Ganzheitsmedizin , Nahrung als wichtigstem Faktor usw. Neben Breitensport und Ombudsmännern/frauen für die Patienten werden auch Forderungen nach Erforschung von Kunstfehlern und gegen die personenbezogene Datenerfassung in der Medizin gestellt. Im Original nachzulesen – es soll hier mit dem Zitieren genug sein. Nun zu einigen „Einschätzungen" von Kt:

- Es wird nicht „*schlechthin der Einsatz von Maschinen und Apparaten als böse und gefährlich*" (Zitat Kt) dargestellt, sondern die konkrete Anwendung.
- Weder hier noch im folgenden kann ich „*Theorien ... , die schon an der Wiege des Faschismus Pate standen*" (Kt) entdecken.
- Das Schwergewicht liegt keineswegs auf „vernünftiger Lebensweise" – der Ausdruck wird außerdem nirgends verwendet! – sondern es wird im wahrsten Sinne ein Sammelsurium von z.T. abseitigen Forderungen erhoben, die allerdings alle davon entfernt sind, den Patienten selbst verantwortlich zu machen, sondern auf Aufklärung über krankmachende Umweltfaktoren hinauslaufen.
- Die „geistige Urheberschaft" von CDU, Ärztekammer, Sparpolitik, die Kt dem grünen Gesundheitsprogramm unterstellt, ist von daher nichts als blanke Demagogie, ebenso wie die anderen Vorwürfe.

Nun will ich nicht weiter auf diese Art des „Eingreifens in die Wahlbewegung" eingehen, sondern auf die gesundheitspolitischen Vorstellungen von Kt. selber, treffend zusammengefaßt unter:

„Die Kritik an den ‚übertechnisierten Großkrankenhäusern' und am angeblichen ‚Riesenaufwand an Medikamenten' ist ein reaktionärer Blödsinn. Denn es kann gar kein Zuviel an vorhandenen technischen Hilfsmitteln geben, sondern nur einen Mangel ... Es sei denn, man will sich auf den total zynischen Standpunkt stellen, daß man sowieso gegen eine ‚künstliche Verlängerung des Lebens' (durch technische Hilfsmittel) ist. Das Überangebot an nutzlosen oder sogar schädlichen Medikamenten, z.T. auch überflüssige chirurgische Eingriffe, verantwortungsloser Einsatz von radioaktiven Strahlen usw. sind eine Form des Elends der kapitalistischen Medizin. Das Hauptproblem ist aber ein anderes: Der Masse der Bevölkerung stehen unter kapitalistischen Verhältnissen zuwenig hochwertige Medikamente und zuwenig kostenintensive Apparate zur Verfügung. (Oder) man vergleiche einmal den medizinisch-technischen Aufwand für einen kranken 80-jährigen Politiker oder Kapitalisten mit dem Aufwand für eine Rentnerin im selben Alter."

Herr Doktor, bitte dreimal Horror! Hinter dem etwas billigen Geplänkel um das grüne Gesundheitsprogramm verbergen sich offensichtlich ernste Differenzen, die jedoch nicht so offen auf den Tisch kommen:

- Muß man die gegenwärtige Medizin in der BRD so einschätzen, daß sie mindestens genausoviel Unfug wie Nutzen stiftet, überhaupt auch nicht anders kann; daß sie verzweifelt hinter den katastrophalen Gesundheitsfolgen der Gesellschaft hinterher hinkt und doch nicht viel bessern oder gar heilen kann?
- Oder könnte die Medizin den Menschen im Augenblick tatsächlich helfen, wenn nur bestimmte Mißstände in der Medizin selber (auch wenn diese Mißstände zugestandenermaßen gesellschaftlich bedingt sind) beseitigt würden, etwa Krankenhausstrukturen oder quantitative Mängel an Apparaten und Medikamenten?

Das sind die seit einiger Zeit immer drängender auftretenden Fragen unter fortschrittlichen Gesundheitsarbeitern; bisher wurde eindeutig unter der zweiten These der Kampf geführt (die offenbar auch von Kt vertreten wird) und die zunehmende Erkenntnis, dabei in der Sackgasse gelandet zu sein, hat z.B. auch sicherlich dazu beigetragen, über 10 000 Menschen nach Westberlin zum Gesundheitstag zu mobilisieren.

Nehmen wir einige konkrete Beispiele: Das Schreckgespenst der modernen Medizin sind die Krebserkrankungen; die davon betroffenen Patienten sind Opfer der aggressivsten chirurgischen, medikamentösen und technischen Behandlungsmethoden. Oftmals werden die Menschen grausam verstümmelt; seit einiger Zeit wird teilweise die aggressive Chirurgie durch eine genauso aggressive medikamentöse Medizin ersetzt: Haarausfall, weitgehende Ausschaltung der körpereigenen Abwehr, massive Störungen der Verdauungsorgane mit zahlreichen Geschwüren im Mund usw. sind hier die Folgen. Hier wird wirklich nach dem Ausmerze-Prinzip vorgegangen: Wer die Therapie überlebt, zeigt z.T. erstaunliche kurzfristige Besserung, bei den anderen folgt ein schreckliches Siechtum.

Nicht umsonst war die Krebstherapie (etwa beim Prostata-Krebs) für den publicity-süchtigen Prof Hackethal Anlaß für den Ausspruch: „*Wenn Sie einen Urologen sehen, laufen Sie davon!*". Die „Erfolge" der Krebstherapie werden in 5-Jahren-Überlebenszahlen gemessen: Bei der einen Methode überleben x Prozent länger als 5 Jahre, bei der anderen Methode y Prozent.. Jeder, der die Möglichkeit hat, sollte mal einen Pathologen (Ärzte, die in den Krankenhäusern die Leichen der Verstorbenen sezieren) fragen: Wieviele Überlebende der 5-Jahresfrist dann jedoch nach 51/2 oder 6 Jahren sterben und ob man bei ihnen den Eindruck haben kann, daß diese vergangenen Jahre „erfolgreich" waren.

Vielleicht sollte sich Kt. mal fragen, warum gerade viele Ärzte erklären, sie würden sich im Falle einer Krebserkrankung keiner Therapie unterziehen? Weil zuwenig Medikamente für sie da wären?

Kommen wir zum Vergleich zwischen 80-jährigen Politikern und einer Rentnerin. Ganz spontan mußte ich an die Herren Franco und Tito denken; offen gestanden, empfand ich eine kaum noch zu unterdrückende klammheimliche Freude über die sinnlose wochenlange Quälerei an den beiden, beileibe kein Neid, daß dies nicht noch an möglichst allen Rentnern der BRD ausprobiert wird. Gerade am Problem der alten Menschen wird das Dilemma der Medizin drastisch klar:

In der menschenfeindlichen kapitalistischen Gesellschaft werden praktisch alle sozialen Kontakte zu den Alten zerstört. Wenn jetzt beispielsweise ein Ehepartner stirbt oder eine leichte Verschlechterung des Gesundheitszustandes eintritt, kommt es zur Katastrophe. Denn abgesehen von vielen chronischen, kaum zu behandelnden Krankheiten gibt es auch viele Fälle, wo die medizinische Komplikation gar nicht so groß ist. Eigentlich „ideale" Fälle und doch: Im Krankenhaus von der gewohnten Umgebung völlig abgeschnitten, zur Passivität verurteilt, geraten die Alten völlig durcheinander und werden tatsächlich unfähig, sich weiter alleine zu versorgen und werden ins Heim eingewiesen. Ich habe jetzt keine genauen Zahlen da; ca 50% der Alten sterben im ersten Jahr nach der Heimeinweisung. Kurz vor dem Tod wird es dann wieder dramatisch: Im Krankenhaus künstlich ernährt, die Venen werden völlig zerstochen, schließlich wird ein „zentraler Venenkatheter" gelegt, den sich die Patienten immer wieder selber rausreißen, weil sie nicht mehr wollen; schließlich Herzstillstand, Wiederbelebung, vielleicht mehrere Male, die Rippen werden ihnen dabei gebrochen; dann kommen sie an die Beatmungsmaschine, kriegen noch eine Lungenentzündung, dagegen dann hochwertige Antibiotika usw. schließlich sterben sie doch.

Ich möchte mal wissen, wo in dieser langen Quälerei ein vermehrter Einsatz von Maschinen und Medikamenten geholfen hätte? Tatsache ist doch, daß hier die Medizin in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft das Leben der Alten verkürzt statt verlängert, und sie dabei noch bis in den Tod hinein quält. Mehr Maschinen würden nur noch mehr Menschen quälen. Ein mir bekannter Chefarzt einer Intensiv-Station äußerte dazu: „*Ich hänge mir noch eine Plakette um den Hals, daß ich in keine Intensiv-Station will!*"

Nehmen wir die Geburtshilfe. Im selben AK 181 ist ein Artikel über die „natürliche Geburt im Alsterdorfer Krankenhaus. Ich will die Sachen nicht wiederholen; ein Ruf nach mehr Maschinen und Medikamenten war aus dem Artikel nicht zu hören – im Gegenteil.

Es gibt tausende von weiteren Beispielen. Was an schädlichen und unnützen Anwendungen in der Medizin passiert, ist noch gar nicht bekannt. Es gibt eben nicht nur einen „*Überfluß an unnützen oder sogar schädlichen Medikamenten*„ (Kt), sondern gerade die wirksamen Medikamente richten auch großen Schaden an. Millionen schlucken wechselweise Beruhigungs- und Aufputschmittel, um den Anforderungen der kapitalistischen Leistungsgesellschaft nachzukommen. Im Verlauf des Rückzuges der Ärzte von jeder Kommunikation mit ihren Patienten stürzen sich die Ärzte auf Maschinen, Labor- und Röntgenuntersuchungen. Sie verlieren dabei ihre Fähigkeiten, die Kranken selber zu untersuchen und dabei auch die sozialen und seelischen Ursachen zu erkennen. Am Krankenbett werden dann während der Visite Laborwerte gemurmelt und Enzym-Koeffizienten gebildet, anstatt mit den Kranken geredet. Wenn Beschwerden geäußert werden, wird eben noch eine Blutentnahme verordnet. Noch mehr Maschinen in der Hand dieser Leute sind wirklich eine Horrorvorstellung.

Es ist wirklich ein Elend mit unserer Medizin und unseren Medizinern. Aber dabei sind weder Mangel noch Überfluß Haupt- oder Nebenseite. **Hauptseite ist die Funktion der Medizin in unserer Gesellschaft.** Hier treten den Gesundheitsarbeitern die gesellschaftlichen Mißstände in Form von kranken Individuen gegenüber. Und nun darf die Medizin ihre Künste beweisen: Mit Maschinen und Medikamenten gegen jahre- und jahrzehntelange krankmachende Umwelteinflüsse. Der Ausgang des Kampfes ist schon entschieden, bevor er beginnt. Doch weil es nicht zu ertragen ist, daß wir in einer Gesellschaft leben, die alle krankmacht und dann noch nicht mal die Schäden ausbügeln kann, wird der Medizin eine Allmacht zugesprochen. Sie darf alles machen. Die brutalste Körperverletzung ist erlaubt, sie dient ja der Gesundheit! Die Exzesse der modernen Medizin haben mächtige Antriebskräfte in der Profitgier der Pharmaindustrie und der Ärzte. Sie entspringen aber genauso zwangsläufig aus dieser Funktion der bürgerlichen Medizin selber und sind gar nicht zu beseitigen. Die Krankheitssymptome müssen nämlich mit aller Gewalt (im wahrsten Sinne des Wortes) totgeschlagen werden, um wenigstens den Anschein von Gesundheit zu erwecken. Eine Medizin, die ohne Exzesse funktioniert, müßte bei uns so aussehen, daß den Patienten mit wenigen Ausnahmen gesagt wird: **„Da kann man nichts machen! Vielleicht ein paar Pillen, damit Sie sich besser fühlen, an der Krankheit ändert sich aber nichts. Dafür müßten Sie 6 Monate krank geschrieben werden, oder auswandern, oder aufhören zu arbeiten..."**

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Ich denke, daß in dem grünen Gesundheitsprogramm dieser Sachverhalt und dieses Dilemma der modernen Medizin tatsächlich im Ansatz erfaßt ist, im Gegensatz zum Medizinoptimismus Kts.

Die Krankheit ist eine mächtige Waffe gegen den Kapitalismus. In der gegenwärtigen sozialen Situation in der BRD birgt sie ein ähnliches Potential wie der Kampf gegen die AKWs und die Umweltverseuchung. Sie macht klar, wie unmenschlich unsere Gesellschaft ist. Aufgabe der fortschrittlichen Gesundheitsarbeiter ist es, hier Anstöße zu geben, nicht mehr tatenlos zuzusehen, wie das Krankheitswesen zum Müllabladeplatz des Kapitalismus wird.

Sie müssen zum einen durch einen überlegten und zum Nutzen der Patienten sparsamen Einsatz von Medizin das bestmögliche aus der gegenwärtigen Lage machen. Sie müssen aber vor allem in die Öffentlichkeit treten und klarmachen, daß sie nichts kurieren können, solange die Gesellschaft nicht geändert ist. Daß hier auf Kosten der Bevölkerung ein gigantischer Apparat aufgerichtet wurde, der nur Profit abwirft, der Bevölkerung nichts nutzt und die Krankheitsursachen mit aller Macht verschleiern hilft. Ein Lamentieren über den angeblichen Mangel an wirksamen Maschinen und Medikamenten geht genau nach hinten los. Viel wichtiger wäre z.B. eine intensive Personalaufstockung, um überhaupt mal in diesem Rahmen zu diskutieren.

Die Medizin muß ihre Kapitulation erklären, und das umso mehr, als ihr von allen Seiten, auch von der Linken, die Erwartung entgegengebracht wird, sie könnte und müßte doch endlich was heilen können.

Ein Genosse der Krankheitszelle im KB/Gruppe Hamburg

P.S.
Jedem sei zu dieser Problematik folgendes Buch empfohlen: Jean Carpentier, „Aufwiegelung zur Gesundheit", erschienen im rotbuch-Verlag.

P.P.S.
Als besonders peinlich empfand ich in dem Artikel „Reaktionär statt alternativ" die Verwandlung des Ex-SS-Mitgliedes Sewering vom ehemaligen Präsidenten der Bundesärztekammer in den der Hamburger Ärztekammer. Das ist sicher nur ein unbedeutendes von den zahlreichen selbstgestellten Fettnäpfchen im Artikel. Doch da Kt. ein Vertreter der Forderung ist „Man/frau stümpere nicht in fremde Bereiche hinein", wäre in Zukunft vielleicht im Interesse von etwas sachverständigeren Gesundheitsartikeln nicht doch etwas Rückkopplung........?

Madrid: Faschisten »erobern« ganze Stadtteile

Madrid ist in Spanien die Zentrale der Faschisten, insbesondere ihrer „illegalen“ Terrorbanden. Sie rekrutieren sich aus den Familien der etwa 70.000 Militärs, die in Madrid stationiert sind, sie sind Sprößlinge von Priesterschulen (nicht umsonst der Name „guerrilleros de Cristo Rey“ — „Christkönigskrieger“) oder aus sonstigen Kreisen, die unter dem Franco-Regime ein besonderes Ansehen und Vorteile hatten. In letzter Zeit haben sie jedoch auch Zulauf von arbeitslosen Jugendlichen aus kleinbürgerlichen oder Schichten des Lumpenproletariats.

In der ersten Phase der „demokratischen Öffnung“ in Spanien waren ihre „unkontrollierten“ Aktivitäten ein gewisses Hindernis für die spanische Regierung, der es im In- und Ausland um Beweise für ihre weiß gewaschene Weste ging. Nach den zweiten Wahlen (1979), bei denen zum erstenmal ein Abgeordneter der faschistischen „Fuerza Nueva“ einen Parlamentssitz bekam (Boß Blas Pinar) haben die Faschisten im Zusammenhang einer Rechtswendung auf allen Ebenen (erneute gesetzliche Einschränkungen der in der Verfassung garantierten Freiheiten usw.) ihre Stunde genutzt und sind zur „Eroberung“ ganzer Stadtteile Madrids übergegangen. Mit der Errichtung von Büros, dem systematischen Vertreiben aller „Eindringlinge“ (Langhaarige, Verkäufer linker Zeitungen ...) haben sie bestimmte Stadtteile von Madrid zu „nationalen Zonen“ erklärt (so die bürgerlichen Stadtteile Goya, Salamanca, Argüelles...). Doch das war erst der Anfang. „Fuerza Nueva“, ihr bewaffneter Arm (die Terrorbanden) und neuerdings auch die faschistische „Gewerkschaft“ FNT („Nationale Kraft der Arbeit“) verfolgen die Strategie der „Eroberung“ auch der Arbeiterviertel und der Zerschlagung des Widerstandes der Arbeiter in den Betrieben. So sind die meisten Mitglieder der faschistischen „Gewerkschaft“ FNT kleine Bauunternehmer, die Arbeitslosen zu Lohn und Brot verhelfen und sie gleichzeitig in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen. Es hat bereits zahlreiche Versuche seitens der FNT gegeben, derart aufgehetzte Arbeiter an Betriebe zu vermitteln, in denen es Arbeitskonflikte oder Streiks gibt, um „Die Roten in Schach zu halten“.

Arbeitskonflikte oder Streiks gibt, um „Die Roten in Schach zu halten“.

Was die Arbeiterviertel selbst betrifft, so haben die Umtriebe der Faschisten bedrohliche Ausmaße angenommen. In den Gebieten Vallecas, Villaverde, Carabanchel, Pilar, Móstoles... haben sich bereits antifaschistische Stadtteilkomitees der Bewohner gebildet, um sich vor den Angriffen der Faschisten zu schützen.

In Vallecas, einem Arbeitervorort von Madrid, in dem die Familien ihre kleinen Häuschen großenteils selbst gebaut haben (wegen der großen Wohnungsnot und unerschwinglichen Mieten) — in einem der proletarischsten Viertel von Madrid also — haben die Faschisten vor einigen Monaten einen Arbeiter umgebracht (Vicente Cuervo). Jetzt wollen sie mitten in Vallecas ihr Büro aufmachen. Seit Februar d.J. gibt es dort ein antifaschistisches Komitee, das dies verhindern will.

Das größte Handicap bei den Versuchen, den Faschisten Paroli zu bieten, ist das Verhalten der reformistischen Parteien. Nicht nur die PSOE („Sozialistische Partei Spaniens“), sondern auch die PCE (Eurorevisionisten) haben sich einen Großteil ihrer eigenen politischen Bewegungsfreiheit mit dem Verzicht auf den antifaschistischen Kampf erkauft. Sie argumentieren, daß „Fuerza Nueva“ eine legale, von der Regierung anerkannte und zudem im Parlament vertretene Partei sei. Sie warnen vor der „Spirale der Gewalt“ und argumentieren wie die bürgerliche Presse, die die Überfälle der Faschisten und die darauf folgenden Abwehraktionen der Linken und der Bevölkerung als „Streitereien zwischen verfeindeten Gruppen“ herunterzuspielen versucht. Der Versuch von MC („Movimiento Comunista“), eine antifaschistische Koordination für Madrid mit anderen demokratischen Kräften zu bilden, zerschlug sich eben am Desinteresse der reformistischen Kräfte.

Diese Haltung, insbesondere der PCE, der führenden Kraft im antifaschistischen Kampf unter Franco, hat natürlich auch zur Desorganisierung und Aufweichung des antifaschistischen Bewußtseins und der Abwehrbereitschaft der Arbeiter geführt.

Der „harte Kern“ in den antifaschistischen Stadtteilkomitees der Arbeiterviertel sind heute somit vor allem Genoss(inn)en von MC, von LCR und die „Autonomen“, bzw. Leute, die selber Erfahrungen im antifaschistischen Kampf haben, aber nirgendwo organisiert mitarbeiten und deren Art zu leben von den Faschisten elementar bedroht ist. Wegen der mangelnden Mobilisierung der PCE sind die radikalisierten Arbeiter, die eine solche Arbeit kontinuierlich mittragen, nur eine Minderheit — es sei denn, daß gerade konkrete Aktionen anstehen.

Dem Desinteresse der reformistischen Kräfte am antifaschistischen Kampf entspricht die „Güte“, die der spanische Staatsapparat ihnen gegenüber walten läßt. Auf frischer Tat ertappte Faschisten werden von den Richtern stracks wieder auf freien Fuß gesetzt, in Vallecas wurden die Faschisten, die gerade einen Arbeiter umgebracht hatten, von den Bullen in ein Taxi gesetzt, um ungeschoren das Weite suchen zu können...

MC selbst schätzt die Lage derzeit so ein, daß es für sie und ihre Arbeit in Madrid eine Frage des Überlebens sein wird, wieweit es gelingt, auch andere Kräfte (speziell die PCE bzw. deren Basis) wieder für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. MC hat schon vor Monaten eine Kampagne zum Verbot von „Fuerza Nueva“ durchgeführt und auch eine parlamentarische Gesetzesvorlage eingebracht. Diese wurde von den parlamentarischen „linken“ Parteien nicht unterstützt. Und MC befürchtet sogar, daß ein eventuelles Verbot von „Fuerza Nueva“ — wenn überhaupt — im gleichen Zug mit einem Verbot der außerparlamentarischen Linken geschehen würde.

Wie sehr der faschistische Terror in Madrid bereits „gegriffen“ hat, wird an einem Detail deutlich. Kein(e) Madrid-Besucher(in) wird ein Auto oder einen Menschen finden, der einen Aufkleber, Anstecker, usw. gegen AKWs o.ä. trägt oder auch nur die Zugehörigkeit z.B. zu den „Comisiones Obreras“ anzeigt: In der Vergangenheit waren die solche Aufkleber tragenden Autos bzw. Personen bevorzugtes Aggressionsziel der Faschisten.

Das Bundesbüro von MC in Madrid ist mit Panzerglas geschützt. Auf einem kurzen Korridor zwischen zwei Türen kann jeder Besucher durch dieses Glas von innen begutachtet werden und wird reingelassen oder auch nicht... Auch das lokale MC-Büro von Madrid hat eine eisenverstärkte Tür. Die Reste der Zerstörung durch einen Bombenanschlag der Faschisten sind noch auf dem Flur zu sehen. Hinweise (Schilder...), daß es sich um ein MC-Büro handelt, sind nicht zu finden.

Spanien-Kommission





Eine der wenigen antifaschistischen Aktionen, an der sich auch PSOE und PCE beteiligten — im März 1980 im Madrider Stadtteil Malasna „Gegen die Eskalation faschistischer Gewalt — für Verteidigung der demokratischen Rechte“



Guardia Civil beglückwünschte die Mörder

Interview mit dem spanischen Rechtsanwalt José M. Mohedano

Jose Maria Mohedano ist ein in Spanien recht bekannter linker Anwalt, der vor einigen Monaten seine engen Verbindungen zur eurorevisionistischen PCE abgebrochen hat. Aus dem Interview selbst geht seine Kritik an den „Parteien der parlamentarischen Linken“ wegen ihres mangelnden Antifaschismus deutlich hervor. Mohedano war Anwalt der Anklage im sog. Atocha-Prozeß, der im Februar dieses Jahres mit hohen Gefängnisstrafen für die faschistischen Mörder der fünf Anwälte endete (drei Angeklagte erhielten lebenslänglich).

Im Januar 1977 war ein Kommando der faschistischen Terrorbanden in ein Büro in der Straße Atocha eingedrungen, in dem demokratische Anwälte — die überwiegend der PCE angehörten — tagten und hatten sie mit Pistolen niedergemetzelt.

Mohedano ist heute in einem anderen Prozeß Anwalt der Anklage gegen die ebenfalls ultrarechten Mörder der Genossin Yolanda Gonzalez, einer jungen Studentin, die während der Studentenkämpfe gegen das Universitätsgesetz in Madrid sehr aktiv war. Sie wurde im Februar d.J. von Faschisten entführt und umgebracht

Frage: **Das Massaker von Atocha entsprach einer Strategie der Spannung der Ultrarechten in der Zeit des Übergangs vom Franco-Faschismus zur sog. Demokratie. Mich würde zunächst interessieren, welche Auswirkungen dies Massaker auf euch als demokratische Rechtsanwälte gehabt hat, bzw. wieweit es zur Einschüchterung der Linken beigetragen hat.**

Antwort: Ich glaube, daß die Auswirkungen des Mordes an den fünf Rechtsanwälten und desselben Anschlags auf die andern vier, die wie durch ein Wunder dem Tod entgingen, damals im Jahr 1977, als es noch keine Wahlen gegeben hatte und die demokratischen Parteien noch nicht legalisiert waren, sehr groß waren. Dies zeigt die Tatsache, daß zur Beerdigung der Anwälte hunderttausende von Menschen aus Madrid kamen — es war eine sehr bewegende Demonstration — und daß in fast ganz Spanien gestreikt wurde - zumindest in Madrid, dem Baskenland und Andalusien. Ich bin der Meinung, daß diese Mobilisierung entscheidend für die Legalisierung der Kommunistischen Partei war. Das Bild der Geschlossenheit und Stärke, das die PCE damals nach dem Tod der Rechtsanwälte bot, war wohl das, was die damalige Regierung am meisten beeindruckte.

Die Aufklärung des Mordes an den Rechtsanwälten hat sich über drei Jahre hingezogen. Der Untersuchungsrichter hat den Anwälten der Anklage alle erdenklichen Schwierigkeiten gemacht und Hindernisse in den Weg gelegt, um zu verhindern, daß die tatsächlichen Zentren der Planung und Organisierung dieses Massakers ans Licht kommen. Während dieser drei Jahre ist es zu einer außerordentlichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit in dieser Sache gekommen, weitaus mehr als bei den Parteien der parlamentarischen Linken. Die Presse, Bürgerinitiativen, die demokratischen Anwälte und sogar die Anwaltsvereinigung von Madrid haben sich ständig mit dem Prozeß befaßt und mit den Auseinandersetzungen mit dem Untersuchungsrichter. Die Parteien der parlamentarischen Linken hingegen haben keinerlei Unterstützung bei der Aufklärung der Vorgänge gegeben, wie man es hätte erwarten können.

Während der Untersuchungen gab es nämlich Hinweise, daß bestimmte Personen der Staatsorgane und führende Vertreter der extremen Rechten entscheidend in diesen Mord verwickelt waren. Trotzdem war es nicht möglich, diesen Beweis zu führen, obwohl die Anwälte der Anklage es irgendwann erreichten, daß der Untersuchungsrichter ausgewechselt wurde. Dies war ausschließlich das Werk der Anwälte ohne eine klare und uneingeschränkte Hilfe der linken Parteien. Als der Untersuchungsrichter geschaßt wurde, war es schon zu spät. Zwei Jahre waren vergangen, und die Spuren, die zu hohen und höchsten politischen Ebenen führten, waren bereits verwischt.

Frage: **Die Gefängnisstrafen, die in diesem Prozeß verhängt wurden, waren hoch, für mich geradezu erstaunlich hoch angesichts der sonst üblichen Straffreiheit für Faschisten.**

Antwort: Ja, aber du mußt eins beachten: der Untersuchungsrichter war etwas anderes als die fünf Richter, die die Angeklagten von Atocha verurteilten; das waren unabhängige, ziemlich anständige Leute. Diese erlaubten während der Verhandlung so gut wie keine der impetinenten Auftritte der Faschisten sowie der Anwälte der Verteidigung. Ihr Urteil basierte auf den Thesen der Anwälte der Anklage und nicht auf den Thesen des Staatsanwalts und der Verteidigung. Der Staatsanwalt hatte eine Interpretation der Vorfälle, die diesen unserer Meinung nach keineswegs angemessen war.

Frage: **Kannst du etwas zu dem Auftreten der Faschisten während des Prozesses sagen?**

Antwort: Die faschistischen Banden versuchten während des Prozesses den Saal zu besetzen sowie die Umgebung des Gerichtsgebäudes. Sie terrorisierten die normalen Leute, die die Verhandlung besuchen wollten, beleidigten die Anwälte der Anklage und trugen demonstrativ die Uniformen und typischen Symbole des spanischen Faschismus. Am Schluß kritisierten und beschimpften sie das Gericht. Sie schütteten ihren Dreck sogar über den ermordeten Anwälten aus und zeigten sehr deutlich ihre ideologische Verbundenheit nicht nur mit den Mördern, sondern auch mit deren Tat. Der Vorsitzende hat diese Auftritte immer wieder energisch unterbrochen und einzelne aus dem Saal geworfen. Auch einen der Mörder, Fernandez Cerra, warf er raus und kritisierte unpassende Äußerungen der Verteidigung. Es war so, daß der vorsitzende Richter sie rauswarf und die Polizeikontrollen an den Türen sie wieder reinließen. Die „Kontrollen“ wurden von der nationalen Polizei (der Guardia Civil) und dem Hauptmann der nationalen Polizei durchgeführt. Die Faschisten erhielten sogar, nachdem sie am Tag zuvor rausgeschmissen worden waren, am nächsten Tag auf Anweisung dieses Hauptmanns bevorzugten Zutritt, d.h. sie brauchten sich nicht in der Schlange der Wartenden anzustellen. Wir haben sogar beobachtet, wie Mitglieder der Guardia Civil die Mörder in ihren Zellen beglückwünscht und umarmt haben.

Frage: **Du hast gesagt, daß ihr nicht in der Lage wart, bestimmte Verbindungen der Mörder zum Staatsapparat nachzuweisen. Wäre es dir möglich, einige Vermutungen zu äußern?**

Antwort: Es stimmt nicht, daß wir nicht in der Lage waren, diesen Beweis zu führen, sondern man hat uns nicht gelassen. Wir haben alle Anstrengungen gemacht, drei Jahre voller Berufungen, Petitionen, Konfrontationen, aber da der Untersuchungsrichter das letzte Wort hat, hat er diese Beweisführung nicht zugelassen. Unsere hauptsächlichen Vermutungen und damit unsere Untersuchungen gingen in drei Richtungen. Einerseits zu bestimmten Führern der extremen Rechten, zu der die Mörder gehörten. Sie gehörten nicht nur dazu, sondern übten in ihr Funktionen aus. Z.B. der Fall von Raimundo Fernandez Cuesta, Präsident der spanischen Falange und der JONS und Blas Pinar, Vorsitzender von „Fuerza Nueva“. Diesen beiden Parteien gehörten die Mörder an. Das Urteil bestätigt es. Die Mörder erhielten direkt Instruktionen von ihren Chefs; sie übten in diesen Parteien Sicherheits- und Bewachungsfunktionen aus.

Zweitens haben wir uns Polizisten zugewendet, die z.T. sogar Leitungsfunktionen im antiterroristischen Kampf hatten. Wir haben erreicht, daß schließlich ein sehr bekannter Polizist aussagte, Gonzalez Pacheco — bekannt unter dem Namen „Billy, das Kind“. Das ist einer der wichtigsten Chefs der Anti-Terror-Brigade. Nach den Aussagen der Angeklagten war dieser Mann ihr Freund, sie ka-

Fortsetzung nächste Seite

men sogar nach dem Mord zu ihm. Dieser hat es jedoch bestritten. Das war ein wichtiger Widerspruch in den Aussagen während des Prozesses, der aber wegen des Untersuchungsrichters nicht weiter verfolgt werden konnte.

Drittens richteten sich unsere Nachforschungen auf einige Führer der vertikalen, der faschistischen Gewerkschaft Transport. Das sind dieselben, die Eigentümer der wichtigsten Transportbetriebe sind, in denen es eine bedeutende Mafia gibt. Man muß wissen, daß das Arbeiterbüro, wo das Massaker geschah, ein Büro war, wo die Transportarbeiter, die damals im Streik standen, sich beraten ließen und daß der Vorsitzende von „Comisiones Obreras" von diesen faschistischen Gewerkschaftsbossen bedroht worden war. Wir haben diese absolut faschistischen Typen zur Aussage aufgefordert ...

Frage: Könntest du jetzt etwas zu den Hintergründen der Entführung und Ermordung von Yolanda Gonzalez sagen?

Antwort: Bei dem Mord von Yolanda befinden wir uns in einer neuen Phase der Organisierung der extremen Rechten in Spanien. Bei dem Massaker von Atocha arbeiteten die terroristischen Gruppen noch unter dem Schutz und mit Hilfe der legalen Institutionen der Franco-Zeit, also der vertikalen Gewerkschaft und mit eindeutiger Verbindung zu Einheiten der Polizei. In der jetzigen mehr demokratischen Phase, wenn auch mit sehr beschnittenen Freiheiten, haben sich diese Gruppen der extremen Rechten im Untergrund organisiert, obwohl sie legale Apparate unterhalten wie die Parteien „Fuerza Nueva", Falange usw. Sie greifen auf Formen der konspirativen Arbeit zurück, wie konspirative Wohnungen oder ein Teil ihrer Leute, die in der Öffentlichkeit nicht auftauchen usw. usw. Somit haben die faschistischen Parteien eine Parallelorganisation, einen „illegalen" Arm. Das konnten wir bei dem Mord an Yolanda Gonzalez beweisen. Es wurden eine Menge Waffen, Munition, konspirative Wohnungen usw. gefunden sowie gefälschte Ausweise und spitzfindige elektronische Apparate, mit denen sie den Polizeifunk ebenso wie die Privatsender von Autos von Regierungsmitgliedern abhören konnten. Wir fanden ein großes Archiv über Personen, die demokratischen und linken Organisationen angehören. Einige dieser Informationen können nur aus Polizeiarchiven stammen ...

Frage: Bei dem Kommando, das Yolanda entführte und umbrachte, war ein Polizist dabei...

Antwort: Ja, es war einer von der nationalen Polizei dabei. Es ist nicht klar, ob nicht auch ein Mitglied der Guardia Civil beteiligt war, der Bruder von Emilio Hellin, einem der größten Mörder. Dieser hatte Beziehungen zu einigen Angehörigen der

hungen zu einigen Angehörigen der



Beerdigung der ermordeten linken Anwälte (1977)

nationalen Polizei, wenn diese Beziehung auch nicht ganz erhellt werden konnte.

Leider müssen wir sagen, daß der Untersuchungsrichter auch in diesem Fall ähnlich vorgeht wie der Untersuchungsrichter im Atocha-Prozeß und sich weigert, den Prozeß gegen den wichtigsten Organisator des Mordes zu eröffnen, gegen den Sicherheitschef von „Fuerza Nueva", Martinez Loza. Nach Aussagen des Hauptangeklagten Hellin war er es, der die Anweisungen gab, das Geld für die Waffen, die konspirative Wohnung usw. beschaffte.

Frage: Wie sieht es heute mit den Verbindungen zwischen Polizei, Guardia Civil, Geheimdiensten einerseits und den rechten Terrorbanden andererseits aus?

Antwort: Ich glaube, es gibt Indizien für Verbindungen von Teilen der Polizei, der Armee – vor allem dem Geheimdienst der Armee – und Gefängnisbeamten mit der extremen Rechten. Diese leiten ihnen Informationen zu und organisieren wahrscheinlich gemeinsam mit ihnen einige der Aktionen. Es ist normal, daß das so ist, da diese Apparate ohne Veränderungen, völlig intakt aus der Franco-Zeit übernommen wurden. Die demokratischen Kräfte sind in allen diesen Bereichen in einer verschwindenden Minderheit.

Frage: Zum Schluß eine Frage zu deiner Arbeit als Rechtsanwalt. Du weißt sicher, daß in der BRD Anwälte, die in sogenannten Terroristenprozessen die Angeklagten verteidigen, in ihrer Mehrheit selber Verfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung oder sogar Berufsverbot bekommen haben, wie dies bei Klaus Croissant der Fall war. Habt ihr ähnliche Schwierigkeiten, werdet ihr von der extremen Rechten sehr bedroht?

ten sehr bedroht?

Antwort: Wir sind hier noch nicht so weit wie in Deutschland. Zwar kriegen wir auch Schwierigkeiten seitens der Staatsorgane, es hat jedoch noch keinen Fall der Anklage gegen einen Anwalt wegen angeblicher Unterstützung des Terrorismus gegeben, noch ein Berufsverbot. Es gibt noch eine demokratische Tradition innerhalb der Anwaltsvereinigungen, die gegen Angriffe der Regierung auf Anwälte einheitlich auftreten. Als der Justizminister mit nur einer Äußerung mal Anwälte der Zusammenarbeit mit dem Terrorismus beschuldigte, gab es eine sehr deutliche Reaktion der Anwaltsvereinigungen und auch von anderer Seite. Nicht einmal Anwälte aus dem Baskenland haben bisher Anklagen oder Berufsverbote. Also von formalen Gesichtpunkten aus ist der Spielraum des Anwalts relativ akzeptabel. Anders ist es in den Gefängnissen, wo dieser oder jener Gefängnisdirektor den direkten Kontakt zum Mandanten behindern kann oder die Schwierigkeiten, die ein Richter macht, ordentliche Untersuchungen anzustellen.

Was die deutschen Verhältnisse betrifft, so haben wir sie nicht – und wir werden alles Menschenmögliche tun, damit es nicht soweit kommt. Das würde die Liquidierung aller Rechte der Verteidigung bedeuten und aller Rechtsgarantien der Mandanten.

Was die Drohung seitens der extremen Rechten anbetrifft: Gut, wir werden bedroht, ständig. Es gibt Drohungen über Telefon, Briefe usw. – Versuche, Anwälte zu verprügeln oder Bomben in Büros oder Autos von Anwälten zu legen. Das kommt zwar nicht häufig vor, aber es gibt ein paar solcher Fälle. Einige Male haben wir dabei die Hilfe der Polizei, andere Male nicht. Das ungefähr ist die Situation...

Ich danke dir für das Gespräch.

Ich danke dir für das Gespräch.

Gesetzespaket zur »Sicherheit und Freiheit« verabschiedet

„Douce France, terre d'asyle, terre de liberte" (Liebliches Frankreich, Asylland, Freiheitsland) sangen früher die Poeten. Frankreich heute, das sind: Tote auf Demonstrationen, Offensivgranaten gegen AKW-Gegner, faschistische Übergriffe gegen Araber und Juden, 5 bis 10 Jahre Gefängnis für Pädophile, Knast für Ärzte, die Abtreibungen durchgeführt haben, Neutronenbomben-Produktion und als vorläufig letztes Glied dieser Kette das Gesetzespaket „Sicherheit und Freiheit" von Minister Peyrefitte.

Nach mehreren Wochen Diskussionen in der Nationalversammlung ist es jetzt am 23.6. endgültig verabschiedet worden, bei 265 Für- und 205 Gegenstimmen.

Bevor wir die verschiedenen neuen Gesetze darstellen, zunächst eine kurze Vorstellung von Peyrefitte: Peyrefitte sieht sein großes Vorbild im amerikanischen Strafrecht. Sein Leitgedanke ist dabei, *„den sozialen Determinismus abzulehnen und die persönliche Autonomie und individuelle Verantwortung in den Vordergrund zu stellen"*. Das heißt: *„Die Verbrechen und Delikte dürfen nicht ihre objektive Bedeutung verlieren aufgrund der Psychologie des Angeklagten. Der Angeklagte muß seinen Soll der Gesellschaft auszahlen, unabhängig davon, ob er ein ‚Mächtiger' oder ein ‚armer Typ' ist. Diese Lotto-Justiz muß endlich ein Ende finden. Das ist der Geist, der uns beflügelt. Man darf sich nicht von Ideologen vergiften und manipulieren lassen, die Verbrecher verteidigen, weil sie angeblich Produkte der Gesellschaft seien, oder weil sie angeblich die Gesellschaft stürzen wollen. Wir wollen mehr Freiheit für die Unschuldigen haben! Wir wollen mehr Sicherheit für die ehrlichen Menschen haben! Keine Freiheit für die Gewalt! Keine Sicherheit für die Schuldigen!"* (Zitat aus: „Liberation", 17.6.80)

Mobilisiert wird die Stimmung des „kleinen Mannes", der nach Ordnung und Ruhe schreit. Vorbild ist eine Rachejustiz, wie sie im puritanisch-brutalen Amerika des 19. Jahrhunderts existiert hat.

1. Ersatzstrafen
Auf Initiative des in Frankreich bekannten faschistoiden Graalshüters der Tugend, J. Foyer (RPR, Chirac-Partei), sind Ersatzstrafen nun nicht mehr möglich.

2. Bewährung
Auf Initiative der Chirac-Partei und der Gaullisten (UDF) sollen keine Bewährungen mehr ausgesprochen werden, wenn die Gefängnisstrafe höher als drei Monate liegt.

Eine Bewährung soll ohnehin total unmöglich sein, wenn der Angeklagte in den fünf Jahren zuvor schon einmal bestraft worden ist.

3. Kriminelle Vereinigungen
Vorbereitende Taten zu schwerwiegenden Verbrechen, wie zum Beispiel Entführungen, sollen, wenn sie von einer „kriminellen Vereinigung" geplant worden sind, schwerer bestraft werden als bislang.

4. Arbeit im Knast
Ursprünglich wollte ein Gaullist durchsetzen, daß bestimmte Knaststrafen mit Zwang zu handwerklicher Arbeit verbunden werden. Auf Bitte der Regierung, die darauf hinwies, daß es mitunter schwierig sei, den Gefangenen Arbeit zu verschaffen, wurde der Antrag zurückgezogen ...

5. Schutz der Zeugen
Ursprünglich war von der RPR vorgeschlagen worden, diejenigen Journalisten, die Zeugennamen bekannt machen, mit Gefängnis zu bestrafen. Die Presse darf nun solange nichts über Zeugen veröffentlichen, solange sie nicht vor der Anklagekammer erschienen sind.

6. Verbrechensermittlung
Im Falle von Verbrechen kann die Anklagekammer sofort eingreifen, ohne erst den Ermittlungsrichter einzuschalten.

7. Ausweisungsprozedur gegen Ausländer
Die Verhaftung von Ausländern, gegen die eine Ausweisungsprozedur eingeleitet worden ist, kann durch Erlaß verlängert werden, darf aber nicht länger als fünf Tage dauern.

8. Todesstrafe
Bei 252 Für- und 102 Gegenstimmen bleibt die Todesstrafe erhalten (die Gruppe der KPF-Abgeordneten hatte den Gegenantrag gestellt).

9. Schutz der Opfer
Strafgefangene, die ihre Opfer entschädigen (z.B. bei Einbruchsangelegenheiten usw.) können Strafzeitermäßigung dafür erhalten.

10. Ausweiskontrollen
Jede Person, die eine Ausweiskontrolle ablehnt oder diese behindert, muß in Zukunft mit einer Knaststrafe zwischen 10 Tagen und drei Monaten rechnen, plus eine Geldstrafe von 1.200 F. bis zu 2.000 F. (600 - 1000 DM).

Als nächstes steht ein weiteres Gesetzespaket an: *„Gesetzesinitiative zur Stärkung der Sicherheit und zum Schutz der Freiheit der Personen"*.

Frankreich-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040 / 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 -20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 -13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39
Stoppenberger Str. 13-15

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 (BLZ 200 100 20) oder Dresdner Bank Hamburg 4810 68500 (BLZ 200 800 00); Einzelpreis DM 2,- ; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 6.700

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan

Demokratie für Iran — Autonomie für Kurdistan

In Kurdistan herrscht seit zwei Monaten wieder Krieg. Zum zweitenmal seit Errichtung der Islamischen Republik (1. April 1979) versuchen die neuen Machthaber mit massivem Einsatz der Armee, der Luftwaffe und der Pasdarane (Revolutionsgarden) den Kampf der kurdischen Bevölkerung um Autonomie und Demokratie in Blut zu ertränken. Bis heute — drei Monate nach Beginn des zweiten Krieges — konnte der Widerstand der kurdischen Bevölkerung nicht gebrochen werden; die Aussichten, auch in diesem Krieg nicht von der Armee besiegt zu werden, sind durchaus gut. Schon einmal war die Regierung im letzten Jahr gezwungen, nach mehrmonatigem Kampf die Taktik des Verhandelns und der scheinbaren Zugeständnisse gegenüber den Kurden einzuschlagen, mit der Absicht, auf diese Weise die eher kompromißbereite Demokratische Partei Kurdistans (DPK) aus der gemeinsamen Front mit den beiden revolutionären Organisationen Volksfedayin (Abteilung Kurdistan) und Komeleh (Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistans) herauszuspalten.

Das äußerst brutale Vorgehen der Armee und Pasdarane (in direktem Auftrag der Regierung — s. Kasten „Die Ausführung und Durchsetzung der Befehle nach der Machtübernahme der Regierung in besonders gefährdeten Gebieten in Konsultation mit dem Präsidentenamt" — u n d des Revolutionsrates) richtet sich nicht nur gegen die geforderte Autonomie. Gleichzeitig sollen die in den befreiten Gebieten Kurdistans gebildeten demokratischen Strukturen zerschlagen und der enorm große Einfluß der fortschrittlichen und revolutionären Organisationen zurückgedrängt werden. Ein Sieg der Zentralgewalt in Kurdistan würde den Kämpfen der anderen nationalen Minderheiten (die insgesamt die Mehrheit der Bevölkerung Irans bilden) und der linken und demokratischen Kräfte den wohl bisher schwersten Schlag versetzen.

In seinem Kampf hat das kurdische Volk bisher große Opfer bringen müssen. Die mörderischensBombardements der Artillerie und der Luftwaffe haben tausende Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert, weitaus mehr wurden z.T. außerordentlich schwer verletzt. Ein großer Teil der Häuser wurde zerstört (in Sanandaj 50%), 110.000 Menschen wurden obdachlos, große Teile der Bevölkerung der umkämpften Städte mußten sich in die Dörfer zurückziehen oder in andere Städte Irans flüchten (z.B. Teheran). Beigetragen dazu hat der seit Monaten dauernde t o t a l e wirtschaftliche Boykott Kurdistans. Kurdistan ist völlig von der Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten abgeschnitten, außerdem sind Krankenhäuser systematisch von den Regierungstruppen zerstört worden. Das kurdische Volk braucht unsere Solidarität!

Dies ist umso wichtiger, als die bürgerlichen Medien die Verbrechen am kurdischen Volk nahezu vollständig verschweigen, ebenso wie alle internationalen Hilfsorganisationen — trotz aller Appelle seitens der kurdischen Organisationen.

chen am kurdischen Volk nahezu vollständig verschweigen, ebenso wie alle internationalen Hilfsorganisationen — trotz aller Appelle seitens der kurdischen Organisationen.

Die Kämpfe in Sanandaj

(Der folgende Artikel beruht auf den Berichten zweier kurdischer Genossen, die bis zur Aufgabe der Stadt in Sanandaj waren).

Ende Januar begann in Sanandaj ein 30-tägiger Generalstreik, Anlaß war — wie in fast allen politischen und militärischen Kämpfen, die seit dem Sturz des Schah-Regimes in Kurdistan geführt wurden — eine Provokation der Pasdarane. Seit dem ersten Krieg (August bis Oktober 79) waren die Pasdarane wegen der Massaker, die sie unter der Zivilbevölkerung angerichtet hatten (Verhaftungen und Exekutionen aufgrund von Denunziationen regimetreuer Bewohner oder auch willkürlich), bei der kurdischen Bevölkerung erst recht verhaßt. Obwohl bewaffnet, trauten sie sich kaum auf die Straße. Eines ihrer Quartiere hatten sie im Offiziersclub am zentralen Platz der Stadt, auf dem sich die Arbeitslosen zu versammeln pflegten. Eines nachmittags schossen die Pasdarane einfach vom Offiziersclub aus in die Menschenmenge und verhinderten durch weitere Schießereien, daß die Leichen geborgen wurden. Unter den sechs bis acht Erschossenen waren einige Bazaris (Händler).

Gerade in Sanandaj hatten die Reaktionäre (frühere Schah-Anhänger und jetzt Anhänger der islamischen Republik) sehr großen Einfluß, besonders unter den Händlern, die bis dahin mit Muftizadeh zusammengearbeitet hatten. Muftizadeh war in Sanandaj unmittelbar nach dem Aufstand im Februar von der Regierung mit Geld und Waffen ausgestattet worden, um Kämpfe gegen die um Autonomie und Demokratie kämpfenden Kurden zu provozieren. Schon vor etwa einem halben Jahr war er gezwungen, Sanandaj zu verlassen.

Die Bazaris schlossen sofort nach Bekanntwerden des Blutbades ihre Läden. Lehrer, Beamte und Schüler schlossen sich dem Streik an. Die Provokation der Pasdarane brachte die Bazaris endgültig auf die Seite des kurdischen Volkes — vorher hatte die Spaltung die Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt erheblich beeinträchtigt. Schon in den Monaten vorher war versucht worden, durch Diskussionen die Bazaris zu überzeugen, die in ganz Kurdistan im wesentlichen kleine Händler sind. Außerdem war die Stimmung in der Stadt nach dem letzten Krieg gegen die Regierung umgeschlagen.

Gefordert wurde: *„Die Pasdarane müssen Sanandaj und Kurdistan verlassen", „Wir werden solange streiken, bis die Pasdarane Sanandaj verlassen haben"*. In allen Moscheen versammelten sich die Menschen, die ganze Nacht hindurch wurde diskutiert. In der Freitagsmoschee (der wichtigsten Moschee) wurde von mehreren Hundert mit einem Sitzstreik begonnen, der solange dauern sollte, bis die Regierung zu den Forderungen Stellung nehmen würde. Die Antwort der Regierung kam nicht. Dafür wurden von Seiten der Bevölkerung jetzt auch die Autonomieforderungen mitgestellt. Trotz enormer Kälte (bis zu 30 Grad minus) versammelten sich täglich die Menschen in der Stadt, um auf die Antwort der Regierung zu warten. Es herrschte eine außerordentliche Spannung, da die Pasdarane und Muftzadeh-Anhänger ständig versuchten zu provozieren.

Von der Regierung wurde die Bevölkerung immer wieder durch widersprüchliche Aussagen hingehalten, immer wieder wurde das Entsenden einer Verhandlungsdelegation versprochen — niemand kam. Gleichzeitig versuchte die Regierung, die Zufahrtsstraßen zu sperren. Lebensmittel und Brennstoffe wurden nicht mehr durchgelassen. Trotz dieser schweren Bedingungen wurde der Streik weitergeführt (alle Beamten erhielten von diesem Zeitpunkt an kein Geld mehr, alle Lehrer wurden entlassen). In dieser Zeit setzten sich die politischen Organisationen immer mehr durch. Die Bevölkerung erlebte sehr anschaulich, daß die Regierung ihren Forderungen total interesselos gegenübersteht.

Eine besondere Rolle spielten während des Streiks, wie auch in den nachfolgenden Kämpfen, die Benke. Das sind Stadtteilräte, die von den Organisationen „Komeleh" und „Volksfedayin" Kurdistans als Alternative zu dem nach den Kämpfen im März 1979 gewählten, mehrheitlich reaktionären Stadtrat von Sanandaj initiiert wurden. Die Benke organisierten besonders seit Oktober 79 (nach Ende des ersten Krieges)

- die medizinische Betreuung der Bevölkerung,
- die Lebensmittelverteilung,
- die Waffenverteilung und
- die Selbstverteidigung.

Die Benke bildeten das Rückgrat des Kampfes der Bevölkerung von Sanandaj.

Schließlich wurden die Pasdarane — nach dreißigtägigem Streik, dem ersten großen politischen Kampf einer ganzen Stadt — aus Sanandaj abgezogen. 60.000 bis 70.000 Menschen (Sanandaj hat 160.000 bis 170.000 Einwohner) feierten diesen — vorläufigen — Sieg in einer Festdemonstration. Allerdings durften sich nach Abzug der Pasdarane die kurdischen Peschmergas (Freiheitskämpfer) nicht mehr mit offen getragenen Waffen auf der Straße zeigen. Nach dem ersten Krieg waren die Peschmergas nach Sanandaj zurückgekehrt, wo sie sich jetzt auch offen zeigen konnten, u.a. hatten sie Büros in der Stadt aufgemacht.

Entwaffnung der Rasgaghi-Gruppen

Nachdem Muftizadeh und seine Anhänger in Sanandaj und Umgebung weitgehend isoliert waren (wie schon zuvor die „Ghiadeh Mowaghat", eine mit der Regierung zusammenarbeitende Gruppe ehemaliger Barzani-Anhänger), wurde die Rasgaghi-Gruppe eingesetzt, um zu versuchen, die fortschrittlichen und revolutionären kurdischen Organisationen zu isolieren. Die Rasgaghi (Befreiung) - Gruppe war von Scheich Naghschbandi (SAVAK-Anhänger), dessen Familie traditionell über großen Einfluß unter den Bauern in dieser Gegend verfügte, aus relativ unbewußten Bauern aufgebaut worden. Ausgerüstet wurde diese Gruppe vom Irak, eingesetzt vor allem in der Gegend von Mariwan und Oraman, in der besonders die revolutionäre Organisation Komeleh stark ist. Zwei Tage nach Streikende wurde diese Gruppe an acht Orten von der Komeleh entwaffnet, nachdem zuvor schon die drei kurdischen Organisationen unbekannte Sympathisanten in die Gruppen eingeschleust hatten. Die Entwaffnung verlief daher relativ unblutig. Die Machenschaften und die Struktur dieser Gruppen sind ein anschauliches Beispiel dafür, wie gut die Zusammenarbeit des irakischen und iranischen Regimes, der Feudalisten und alten SAVAKis gegen die Kurden und fortschrittliche Kräfte klappt.

arbeit des irakischen und iranischen Regimes, der Feudalisten und alten SAVAKis gegen die Kurden und fortschrittliche Kräfte klappt.

Vorbereitung des Krieges

Gleichzeitig wurde von Seiten der Regierung, der Armee und der Muselman-Peschmergas (Djasch-Einheiten), in denen sich jetzt die Reaktionäre der verschiedenen z.T. aufgeriebenen konterrevolutionären Gruppen sammeln (Muftizadeh-Anhänger, SAVAK-Anhänger, Ghiadeh Mowaghat, Feudale), neue Provokationen gestartet, mit denen der zweite Krieg vorbereitet wurde. Ein Beispiel ist die bestialische Ermordung des Studenten Tagharobi, der von Muselman-Peschmergas aus einem Bus heraus wegen Besitzes von Flugblättern verhaftet wurde und dessen Leiche dann zufällig, grausam verstümmelt, in einem anderen Ort wiederentdeckt wurde.

Pasdarane besetzten erneut Kamiaran (zwischen Sanandaj und Kermanschah), was zu zweiwöchigen Kämpfen führte. Mehrmals in der Woche wurden Demonstrationen gegen die Provokationen durchgeführt.

Der zweite Krieg

In dieser angeheizten Atmosphäre sollte die Armee unter dem Vorwand, die Grenze zum Irak zu schützen, durch Kurdistan marschieren. Gerade aber an diesem Abschnitt der Grenze hatte es überhaupt keine Grenzzwischenfälle mit irakischen Truppen gegeben (Es gibt höchstens Kämpfe zwischen irakischen Truppen und den irakischen Kurden, die ebenfalls wieder beginnen, sich zu erheben). Es war ganz offensichtlich, daß mit diesem Manöver versucht worden sollte, Kurdistan zu besetzen, das in weiten Teilen unter kurdischer Kontrolle steht. Mehrmals wurde die Armee an verschiedenen Orten von der Bevölkerung und den Peschmergas daran gehindert, Kurdistan zu durchqueren. Schließlich gelang es am 20. April einer 1.400 Mann stärken Einheit mit Panzern, Armeelastwagen und bis an die Zähne bewaffnet, bis nach Sanandaj vorzustoßen. Die Schülerinnen einer Mädchenschule stellten sich den Truppen in den Weg. Innerhalb von einer halben Stunde kamen 50.000 bis 60.000 Menschen zusammen. Nach zweieinhalb Stunden mußten sich die Truppen auf den acht Kilometer entfernten Flugplatz zurückziehen. Die Bevölkerung begann in Sanandaj Barrikaden zu bau-

Fortsetzung nächste Seite



Das folgende Papier veranschaulicht, daß das Vorgehen der Zentralgewalt nicht der Grausamkeit einzelner Pasdarane zuzuschreiben ist, sondern systematisch und geplant von den neuen iranischen Machthabern einge-

Das folgende Papier veranschaulicht, daß das Vorgehen der Zentralgewalt nicht der Grausamkeit einzelner Pasdarane zuzuschreiben ist, sondern systematisch und geplant von den neuen iranischen Machthabern eingesetzt wird. Wir geben es gekürzt wieder (Hervorhebungen vom AK).

„Die Ausführung und Durchsetzung der Befehle nach der Machtübernahme der Regierung in besonders gefährdeten Gebieten in Konsultation mit dem Präsidentenamt"

„...

2. *Der Generalstab des islamischen Militärs ist verpflichtet, die politischen Gesichtspunkte und die militärischen Pläne mit dem Befehlshaber der Armee der Wächter der islamischen Revolution (Pasdarans) zu koordinieren, damit der Islam siegt und* **die Ungläubigen und Konterrevolutionäre vernichtet werden.**
3. *Innerhalb eines geheimen Rundschreibens des Militärs und der Pasdarans soll durch Lebensmittelzuteilung, Anteilnahme und Mitleid die Sympathie und Unterstützung der Kurden gewonnen werden, ihre politischen Gedanken sollen vertrieben werden, damit der Islam Khomeinys wieder in ihren Herzen lebendig wird.*
4. *Wächter der Revolution und Militär sollen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die drei Organisationen: Demokratische Partei Kurdistan, Organisation der revolutionären Werktätigen Kurdistan (Komale) und Volksfedayin (Abteilung Kurdistan) aus den Städten treiben und die Bewohner von ihrer politischen Propaganda fernhalten".*

Die Pasdarane sollen eine Propaganda unter der kurdischen Bevölkerung in entlegenen Dörfern betreiben, u.a.: *„Die politischen Organisationen sind abhängig vom Rest des Schah-Regimes, vom irakischen Baathregime und den Ungläubigen"* (!).

„...

8. *Nach der Machtübernahme der Regierung muß die agitatorische Beziehung zwischen der Bauernklasse und den politischen Organisatoren unterbrochen werden. ...*
10. *Die Probleme Kurdistans sollen aus propagandistischen Erwägungen vor den Augen anderer nationaler Minderheiten bagatellisiert werden. Radio und Fernsehen sollen die Nachrichten und Probleme aus Kurdistan mit Gleichgültigkeit behandeln. ...*
13. *Innerhalb des Militärs soll versucht werden, das kurdisch sprechende Personal nach anderen Teilen des Iran zu verlegen, damit sie von Provokationen innerhalb des Militärs fern bleiben.*
14. *Da die Lehrerschaft und die Beamten Kurdistans zu einer relativ wohlhabenden Schicht gehören, sind ihre Gehälter versuchsweise für ein bis zwei Monate gesperrt, damit der erhoffte Effekt eintritt, daß sie aufgrund ihrer meist konservativen Einstellung ihre Beziehungen zu den politischen Organisationen abbrechen und eine Isolierung der politischen Organisationen möglich ist.*
15. *Die wirtschaftliche Einkreisung Kurdistans soll immer enger werden.*
16. **Die Funktionäre der drei politischen Organisationen sollen verhaftet werden.**
17. **Mit Hinrichtungen der Konterrevolutionäre soll in Kurdistan Angst und Schrecken verbreitet werden.**
18. *Die Verwaltung ist in Kurdistan (auf den Gebieten der Finanzen, Wasser, Elektrizität, Tabakwaren, Gerichte und Revolutionsgerichte) unbelebt.*
19. **Die Regierung ist verpflichtet, den Sicherheitsgürtel um Kurdistan zu verstärken, damit die nationale Bewegung von innen her in die Knie gezwungen werden kann."**

(Demokratische Partei Kurdistan Iran (DPKI) am 1.6.80; übersetzt von der OKNA (Organisation der Kurdischen Nation im Ausland)

Fortsetzung von Seite 42



en, um die Armee am Durchmarsch zu hindern. Drei Tage lang wurde in Versammlungen diskutiert, was geschehen sollte.

Die Demokratische Partei und die Volksfedayin waren zunächst der Meinung, die Armee – wenn auch nicht durch die Städte – zur Grenze durchzulassen. Noch während der Diskussionen wurden Mariwan und Saqez von der Armee angegriffen. Schließlich versuchte die Armee auch, Sanandaj zu umzingeln. Damit wurde endgültig klar, daß die Armee nicht zur Grenze, sondern in die Städte wollte. Die Bevölkerung bestand darauf, daß die Peschmergas in der Stadt blieben, um die Stadt zu verteidigen. Zu gut hatte die Bevölkerung die auf Befehl Khalkhalis durchgeführten Massaker nach dem ersten Krieg in Erinnerung. Falls die Peschmergas die Stadt verlassen wollten, sollten sie die Waffen an die Bevölkerung abgeben und sich nie wieder in der Stadt blicken lassen. Schließlich beschlossen alle drei Organisationen zu bleiben.

Beim Versuch, Sanandaj zu umzingeln, wurden die Armee- und Pasdaran-Einheiten fast vollständig aufgerieben. Dann aber begann ein mörderisches Bombardement aller Städte (außer Mahabad, Bokan und ein paar kleinere Städte im Norden). 25 Tage lang dauerte der Angriff auf Sanandaj (auf Baneh sogar zwei Monate), ständig wurde die Stadt bombardiert, die Toten mußten auf den Straßen liegen bleiben und schließlich in den Höfen beerdigt werden. Gezielt wurden die beiden Krankenhäuser von Sanandaj zerstört. Ärzte wurden nicht nach Kurdistan durchgelassen. Eine Gruppe wurde zunächst auf dem vom Militär besetzten Flughafen festgehalten, dann durchgelassen, um ein paar hundert Meter weiter unter Beschuß genommen zu werden. Es gab drei Tote.

festgehalten, dann durchgelassen, um ein paar hundert Meter weiter unter Beschuß genommen zu werden. Es gab drei Tote.

Schon während des Streiks gelangten kaum noch Lebensmittel und Heizmaterial in die Stadt, jetzt wurde ganz Kurdistan systematisch von jedem Nachschub abgeschnitten. Schließlich mußten die Städte aufgegeben werden, vorher konnte jedoch der größte Teil der Peschmergas die Stadt verlassen.

Etwa vier- bis fünfhundert Menschen wurden nach Einnahme der Stadt verhaftet, viele erschossen oder zu Tode gefoltert. Ein Beispiel ist die Ärztin Chahin Bawafa, die das Märtyrer-Krankenhaus in Sanandaj leitete. Sie hatte französischen Journalisten während der Kämpfe das zerstörte Krankenhaus gezeigt und von dem grausamen Vorgehen der Regierungstruppen berichtet. Um der Darstellung Glaubwürdigkeit zu verleihen, hatte sie darauf bestanden, den Artikel mit ihrem Namen zu veröffentlichen. Nach ihrer Verhaftung wurde sie dafür auf bestialische Weise zu Tode gefoltert.

Seit Mai hat etwa 80% der Bevölkerung die stark zerstörten Städte verlassen müssen. Sie leben in den Dörfern oder anderen Städten Irans, wo sie ebenfalls mit Verfolgung – weil sie Kurden sind – rechnen müssen.

Das kurdische Volk ist nicht besiegt!

Nach wie vor kontrollieren die kurdischen Peschmergas das Land – auch in den Städten gehen die Kämpfe weiter. Von den Bergen aus werden immer wieder Armee-Einheiten und Pasdarane überfallen.

In der ersten Juli-Hälfte wurden bei Kämpfen in Urumieh und Kamiaran 228 Armee-Angehörige und Pasdarane getötet, bei Kämpfen in der Nähe des Flughafens von Sanandaj wurden 47 Pasdarane getötet. Die Peschmergas haben viele schwere Waffen während der Kämpfe erobert oder zerstört. Allein über Sanandaj wurden acht Armeehubschrauber abgeschossen. Militärisch sind die Kurden nicht besiegbar, der Winter wird für ihren Kampf noch bessere Bedingungen schaffen.

den nicht besiegbar, der Winter wird für ihren Kampf noch bessere Bedingungen schaffen.

Problematisch wird die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Benzin und Medikamenten. Nach wie vor wird der Boykott Kurdistans durchgehalten. Autofahrer bekommen 15 l Benzin pro Woches zugeteilt,; Fahrzeugen, die nach Kurdistan fahren, wird von Pasdaranen das Benzin abgezapft. Während die Bauern, die nahezu vollständig den Kampfs des kurdischen Volkes unterstützen, dabei sind, schnell zu ernten, um wenigstens einigermaßen die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, haben die Regierungstruppen begonnen, die Felder zu bombardieren und in Brand zu setzen.

Seit drei Wochen gibt es in Bokan einen Sender der Demokratischen Kurdischen Partei, der eine Reichweite über den ganzen Iran hat und in persischer und kurdischer Sprache sendet. Vorher wurde die iranische Bevölkerung nur mit den faustdicken Lügen des Islamischen Rundfunks konfrontiert. Auch die politischen Auseinandersetzungen gehen weiter. In Mahabad fand eine große Kundgebung gegen die Regierung und den Boykott Kurdistans statt. Nach der Spaltung der Volksfedayin und dem Ausschluß von sieben der Tudeh-Partei nahestehenden führenden Mitgliedern der Demokratischen Kurdischen Partei scheint für eine kompromißlerische Politik gegenüber der Regierung weniger Platz (diese Politik wird auch von der Mehrheit im Zentralkomitee der Volksfedayin betrieben, die politisch, ideologisch und wohl auch personell enge Bindungen zur Tudeh-Partei aufweist). Ein Beispiel, daß eine solche Politik bei der kurdischen Bevölkerung keinerlei Rückhalt findet: Unter den aus der DPK ausgeschlossenen Mitgliedern ist auch Ghani Bulurian, der 25 Jahre in den Kerkern des Schah gesessen hatte und der Kandidat der DPK in Mahabad für die Parlamentswahlen war. Er war einer der wenigen fortschrittlichen Kandidaten, die trotz Fälschungen im ersten Wahlgang (er erhielt 30.000 Stimmen) in das Parlament gewählt wurden. Nach Bekanntwerden seiner Politik führte die Bevölkerung von Mahabad eine Demonstration vor seinem Haus durch und forderte ihn zum Verlassen der Stadt auf.

Nahost-Kommission



> **Spendenaufruf** für die revolutionären Organisationen in Kurdistan: Heinrich Eckhoff, Kto.Nr. 4501 755 00, Dresdner Bank Hamburg; Stichwort: Kurdistan

Die Forderungen

Die Forderungen des kurdischen Volkes

Nach dem Sturz des Schah-Regimes im Februar 1979 übergaben Vertreter des kurdischen Volkes der provisorischen islamischen Regierung in Teheran einen 8-Punkte-Forderungskatalog, den Vertreter der in Kurdistan gegründeten revolutionären Räte und Genossenschaften am 10. Januar 1979 in Mahabad verabschiedet hatten. Wesentliche Forderungen sind: *„Beseitigung der nationalen Unterdrückung und Einführung seiner* (der kurdischen, Anm. AK) *Selbstbestimmung als föderative Autonomie innerhalb eines demokratischen Irans"*; Beteiligung der arbeitenden Schichten und Bauern an der Regierung; Beseitigung der wirtschaftlichen Unterdrückung Kurdistans (das kurdische Gebiet gehört zu den zurückgebliebensten Gebieten des Iran); Verwaltung der Kasernen und Militärstützpunkte unter der Kontrolle „kurdischer Revolutionsräte"; Auslieferung der Offiziere, auf deren Anordnung auf das Volk geschossen wurde, an die revolutionären Gerichte des kurdischen Volkes und Umwandlung der reaktionären Armee in eine Volksarmee.

Schließlich wird mitgeteilt, daß Scheich Ezzedin Hosseini berechtigt ist, an der Spitze jeder kurdischen Delegation mit der Zentralregierung zu verhandeln. Von der Regierung wird gefordert, daß sie alle Kontakte mit Gruppierungen abbricht, die vom kurdischen Volk verhaßt sind – *„der Mullah Mostafa Barzani und die sogenannte provisorische Führung* (*Giade Mowagat*) *als Handlanger von CIA* (*USA*), *SAVAK* (*Iran*) *und MIT* (*Türkei*)*"* – und die Führungen dieser Gruppen aus dem Iran ausweist (*„ohne, daß diese Aktion die kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak, die in den Iran gekommen sind, betrifft"*).

Während des ersten Krieges der neuen islamischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung im August 1979 bildete sich eine gemeinsame Front aus DPKI (Demokratische Partei Kurdistan Iran), der Organisation der Volksfedayin/Abteilung Kurdistan und der Revolutionären Organisation der Werktätigen Kurdistans (KOMELE). Eine Delegation dieser Front legte der iranischen Regierung am 26.12.79 erneut Forderungen vor, um die Autonomie Kurdistans auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Dieses 26-Punkte-Programm legt fest, daß die iranische Zentralregierung nur über folgende Befugnisse im autonomen Kurdistan verfügt: *„Die Verteidigung der Grenzen gegenüber fremden Ländern; Außenpolitik und Konsulatsangelegenheiten; Außenwirtschaft und Zollbestimmungen; langfristige wirtschaftliche Planungen und Währungssystem"*. *„In bezug auf die Verteidigung müssen sämtliche Kasernen und Militärstützpunkte außerhalb der Städte bzw. nur an die Landesgrenzen stationiert werden. Die Armee verfügt über keinerlei Rechte, sich in die inneren Angelegenheiten des autonomen Kurdistan einzuschalten"* (§ 4). Im übrigen soll die gesamte Regierungsgewalt über das Gebiet Kurdistan/Iran vollkommen bei der Regierung des autonomen Kurdistan liegen (§ 5).

Das kurdische Nationalparlament (die höchste Machtinstitution) *„ist verpflichtet, eine demokratische und freie Atmosphäre, z.B. Freiheit auf: Religion – Meinung – Arbeit – Wohnen – Rede und Schrift – Parteien und Versammlungen – Streik und Gleichberechtigung für Frauen und Männer zu verwirklichen"* (§ 11).

Die kurdische Sprache wird innerhalb aller Ämter des autonomen Kurdistan als „offizielle Landessprache" deklariert. In sämtlichen Schulen, Oberschulen und Universitäten usw. wird die offizielle kurdische Sprache angewendet (ab 4. Klasse der Volksschule wird persisch in sämtlichen Schulen unterrichtet). Sämtliche Minderheiten innerhalb des autonomen Kurdistan sind berechtigt, ihre kulturellen Bindungen zu verwirklichen und auf ihren Schulen in ihrer Sprache zu unterrichten. Rundfunk und Fernsehanstalten innerhalb Kurdistans werden durch die Regierung des autonomen Kurdistan vertreten (§§ 15, 16 und 17).

Innere Sicherheit wird durch kurdische Freiheitskämpfer (Peschmerga), die im Dienste der Regierung des autonomen Kurdistan arbeiten, gewährleistet (§ 18).

Die Justiz innerhalb des autonomen Kurdistan ist vollkommen selbständig; alle Gerichte arbeiten auf der Grundlage der Verfassung des autonomen Kurdistan und der internationalen Menschenrechte (§§ 21 und 22).

„*§ 24. Zur Verbundenheit aller Völker des Iran* (obwohl die kurdischen Vertreter in der Nationalversammlung des gesamten Iran vertreten sind) *müssen % Einwohner des autonomen Kurdistan* (gemeint ist wohl ein relativer Anteil, Anm. AK) *zusammen mit den anderen Völkern des Iran an der Zentralregierung und in sämtlichen Ministerien und ihren Organen beteiligt werden. § 25. Zur Verwirklichung der Autonomie und sämtlicher Rechte für alle Völker des Iran muß ein »Oberster Rat aller Völker des Iran« gebildet werden* (*pro Volk sollen drei Vertreter in diesem Rat teilnehmen. § 26. Alle Gesetze in bezug auf die Völker des Iran, die durch die Nationalversammlung verabschiedet werden, müssen zusätzlich durch den »Obersten Rat aller Völker des Iran« ratifiziert werden"*.

(aus: „Was verstehen die Kurden (im Iran) unter Autonomie!!! – Ein Jahr „Islamische Republik" in bezug auf die Kurdenfrage!!!, veröffentlicht von der „Vereinigung der Studenten Kurdistan im Ausland – Zweigstelle Westberlin – AKSA")

AUFRUF!

Kämpfen wir für die Befreiung aller politischen Gefangenen in Ägypten!

Seit November vergangenen Jahres führt das ägyptische Regime permanent Verhaftungswellen gegen politisch aktive Patrioten und Kommunisten durch. Dies geschieht in Zusammenhang mit der zunehmenden Ausdehnung von faschistischen Polizeimaßnahmen und der niederträchtigen Normalisierung der Beziehungen zwischen unserem Lande und Israel.

Der unmittelbare Grund dieser Polizeimaßnahmen liegt im wachsenden Einfluß der revolutionären Kräfte innerhalb der ägyptischen Volksmassen. Die letzten Wahlkämpfe in den Arbeitergewerkschaften haben dies deutlich bestätigt. Der Einfluß revolutionären Bewußtseins in der ägyptischen Arbeiterklasse stellt eine große Drohung für das herrschende Regime dar. Dieser Einfluß ermöglichte einigen revolutionären Kräften den Sieg in den letzten Gewerkschaftswahlen.

Das Regime reagierte auf diese Siege mit dem Einfrieren der Betriebsräte, in denen die Aktivitäten linker und patriotischer Kräfte spürbar wurden. Man beließ es aber nicht hierbei, sondern verhaftete darüber hinaus diejenigen Gewerkschaftsführer, die mit einem patriotisch revolutionären Programm zu den Wahlen kandidierten. Die Verhaftungen wurden auf revolutionäre

die mit einem patriotisch revolutionären Programm zu den Wahlen kandidierten. Die Verhaftungen wurden auf revolutionäre

Intellektuelle ausgedehnt, die verdächtigt werden, hinter den Aktivitäten der Arbeiter zu stehen. Betroffen wurden dadurch alle oppositionellen Kräfte im Land, insbesondere die, die für Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Ägyptens gehalten werden.

Zur Zeit läuft der Prozeß 607, bekannt unter der Bezeichnung „Prozeß der KAPÄ", gegen 104 politische Kämpfer vor dem Staatssicherheitsgericht. Die Zahl dieser Anklagen kann beliebig unter dem Vorwand, die Staatssicherheitsanwaltschaft habe ihre Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, erhöht werden. Die Verschärfung dieser Verfolgung wird klarer, wenn man bedenkt, daß alle Versuche des Regimes und seiner Justiz fehlgeschlagen sind, die KAPÄ als den harten Kern der Opposition zu liquidieren. Mehrmals wurde die Partei verboten und ihr Eigentum beschlagnahmt. Unsere Partei, die sich als Opposition im Untergrund organisiert hat, wird auch diese verschärfte Verfolgung überleben. Die Verhaftungen werden die revolutionäre Opposition nicht brechen, sondern festigen und dies in absehbarer Zeit. Das Regime steckt gerade jetzt in einer politischen und wirtschaftlichen Krise, die es dazu treibt, seinen repressiven Charakter noch offener und hemmungsloser zu zeigen.

Die Mittel der ideologischen Unterdrückung und demagogischer Irreführung der Massen reichen nicht mehr aus, das Regime aufrecht zu erhalten. Daher geht es zur nackten Gewalt über.

Wir rufen alle revolutionären und demokratischen Kräfte auf, zusammen mit den revolutionären ägyptischen Kräften eine breite Kampagne zur Befreiung der patriotischen politischen Gefangenen in Ägypten zu starten, sowie zur Einstellung des Prozesses 607 und zur materiellen und politischen Unterstützung der ägyptischen Opposition.

Da das Sadatregime seine Herrschaft durch breite Bündnisse mit der regionalen und internationalen Reaktion aufrecht zu erhalten versucht, wird eine schnelle Abschaffung dieses verräterischen Regimes zustandekommen, wenn die ägyptischen revolutionären Kräfte in ihrem harten Kampf mit dem Unterdrückungsapparat des ägyptischen Regimes durch ein revolutionäres arabisches und internationales Gegenbündnis unterstützt werden.

Nieder mit dem letzten Polizeiangriff! Es lebe der Kampf des ägyptischen Volkes!

Kommunistische Arbeiterpartei Ägyptens

Perus Linke nach den Wahlen

Interview mit Javier Diez Canseco

Der Genosse Javier Diez Canseco hat bei seinem ersten Besuch in Hamburg im Februar 1979 schon einmal sehr ausführlich über die Lage in Peru berichetet (Interview im AK 148, 149). Javier ist Führungsmitglied der linken Organisation Vanguardia Revolucionaria, Journalist, Leitungsmitglied des Wahlbündnisse UDP und gerade neu gewählter Parlamentsabgeordneter.

Im ersten Teil dieses Interviews ging er sehr ausführlich auf die Ergebnisse der Wahlen, die Ursachen für den bürgerlichen Wahlsieg und die Einbußen der Linken ein. Weil wir wie immer nur wenig Platz zur Verfügung haben und über die Problematik dieses Interviewteils auch schon ansatzweise im AK berichtet haben, geben wir von diesem Teil nur eine inhaltliche Zusammenfassung wieder. Den zweiten Teil über den augenblicklichen Stand und die zu erwartende Entwicklung der Massenbewegung und der Zusammenarbeit innerhalb der Linken drucken wir im Wortlaut ab.



Wahlveranstaltung von UNIR

Zu den Wahlergebnissen der bürgerlichen Parteien

Nach dem Zerfall des Wahlbündnisses der revolutionären peruanischen Linken, der ARI, konnte die Linke für einige Teile ihres Wählerpotentials keine reale Alternative, die auch in der Lage ist, die politische Macht zu erringen, mehr darstellen. Große Teile dieses linken Umfeldes wählten Belaunde Terry, um wenigstens einen Wahlsieg der APRA zu verhindern. Die APRA repräsentierte für die Massen das Erbe der Militärdiktatur, ihre enge Verbindung zu den Militärs war offensichtlich und die Erfahrungen mit dem Apparat der APRA auf gewerkschaftlicher und auch militanter Ebene war noch zu gegenwärtig. Es war klar, daß eine APRA-Regierung eine vergleichbare Qualität gehabt hätte, wie das Regime von Isabel Peron und Lopez Rega in Argentinien, mit einem mächtigen und korrupten Apparat und brutalen paramilitärischen Banden. Belaunde Terry präsentierte sich dagegen als liberaler Demokrat mit der Wahlparole: *„Belaunde, ein Präsident für alle Peruaner"* und konnte sich so als „kleineres Übel" profilieren.

Zu den Ergebnissen der Linken

Die größten Stimmenverluste mußten die revisionistische KP bzw. ihr Wahlblock FUI und die Trotzkisten hinnehmen.

Wesentliche Ursache für die Niederlage des revisionistischen Blocks (KP und PSR - die Partei der reformerischen Militärs, die Velasco Alvarado unterstützt hatten) ist der Niedergang des velascistischen Reformismus. Der Reformkurs von Velasco Alvarado (Putsch 1968) mit sozialen Maßnahmen, Verstaatlichung etc. war notwendigerweise am Widerstand aus anderen Teilen des Militärs und dem internationalen Druck durch den Imperialismus gescheitert. Seit der Machtübernahme von Morales Bermudez war vom Reformkurs überhaupt nichts mehr übrig geblieben und die Regierung war nur noch reine Militärdiktatur. Die KP hatte bis zuletzt die Politik Velascos unterstützt und auch nach der Machtübernahme von Morales Bermudez die Stärkung der „reformerischen Militärs" gegen die „Falken" nicht aufgegeben. Das gemeinsame Wahlbündnis mit der PSR machte diese enge Bindung der KP an diese Teile des Militärs auch im Wahlkampf erneut deutlich. Große Teile der KP-Wählerschaft wählten Belaunde, was unter anderem deswegen naheliegend war, weil die KP 1962/63 bereits einmal zur Wahl von Belaunde aufgerufen hatte.

Die Trotzkisten haben ungefähr die Hälfte ihrer Stimmen von '78 verloren, was zum großen Teil Ergebnis ihres einheitsfeindlichen Kurses ist. Hinzu kommt, daß es Hugo Blanco als dem populärsten und bekanntesten Kandidaten der Linken nicht gelungen ist, sein Image als konsequenter und radikaler Oppositioneller gegn die Diktatur (als ehemaliger Guerillero, der im Gefängnis deportiert und zum Tode verurteilt war) in eine konkrete und praktische und organisierte Alternative für die Massen umzusetzen.

Wesentlicher Grund für das gute Abschneiden von UNIR war die Beteiligung der Lehrergewerkschaft SUTEP, die über funktionierende Strukturen im ganzen Land verfügt, und hohes Ansehen wegen ihrer konsequenten Kämpfe gegen die Diktatur in den letzten Jahren genießt. Mit Horacio Zeballos hatte die UNIR einen sehr guten Präsidentschaftskandidaten, der ein bekannter und populärer Kämpfer in Peru ist und schließlich hat UNIR eine sehr effektive und gute Wahlkampagne geführt.

(Als Gegenüberstellung zum Interview mit Horacio Zeballos in diesem AK geben wir die folgende Aussage Cansecos zur UNIR im Wortlaut wieder):

„UNIR hat jetzt beansprucht, die erste Kraft der Linken im Lande zu sein. Wir haben geantwortet, daß sie offensichtlich lieber der Kopf einer Maus sein möchten, als der Schwanz eines Löwen, d.h., sie bevorzugen es, der Kopf einer zersplitterten Bewegung, lediglich eines Teils der Massenbewegung zu sein, als der Schwanz einer vereinigten Volksbewegung. Uns scheint es absurd, jetzt die Diskussion darum zu führen, wer der Kopf dieser Maus ist, UNIR hat z. B. weniger Stimmen bekommen, als die UDP 1978. D.h. heute für sich zu beanspruchen, die führende Kraft zu sein, hat unserer Meinung nach die Funktion zu verschleiern, daß die gesamte Linke schwächer geworden ist."

Die Linken insgesamt fielen von 30% im Jahre 1978 auf einen Stimmanteil von 20 - 22% 1980. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielten sie sogar nur 18 %. UNIR hat im neu gewählten Parlament 4, die UDP 5 Sitze.

AK: Die Wahlergebnisse sind nur ein Ausdruck vom Stand der Volksbewegung heute. Wie hat sich die Massenbewegung, abgesehen von den Wahlen und der Wahlkampagne, entwickelt. Welche eigenständigen Aktionen hat es gegeben? Z.B. in den Verteidigungsfronten, von denen du bei deinem letzten Besuch hier berichtet hast?

I.D.C.: Die Verteidigungsfronten (frentes de defensa, Fedip) haben sich gut entwickelt, es gibt sie vor allem im Innern des Landes, nicht in Lima. Das liegt daran, daß die Fedips gegen den Zentralismus der Hauptstadt und die Vernachlässigung der Provinzen kämpfen. Sie haben den Charakter der Vereinigung vieler Klassen, Arbeiter, Elendsviertelbewohner und vieler Teile der regionalen Bourgeoisie, die sich auch gegen den Zentralismus wehrt, d.h. gegen Mangel an Krediten, Infrastruktur, Dienstleistungen usw.

Als ich jetzt nach Europa fuhr, entwickelte sich gerade der Generalstreik des Volkes von Pucalpa. Schon 1979 hatte es dort große Kämpfe gegeben, die Diktatur hatte Versprechungen gemacht, die aber nicht eingelöst worden waren. Um die Erfüllung dieser Versprechungen geht jetzt dieser Kampf. Der Kandidat der UDP hatte in Pucalpa die zweitmeisten Stimmen bei den Wahlen erreicht.

In Pucalpa fordert man z.B. die Asphaltierung der Straßen, elektrisches Licht für die Armenviertel (poblaciones Jovenes) usw. In Iquitos in der Selva, einer ölreichen Gegend, wird von den Ölfirmen die Abgabe einer Steuer gefordert, die zur Entwicklung der Region dienen soll.

AK: Werden die Fedips von den politischen Organisationen unterstützt und getragen. Wenn z.B. die Trotzkisten in den Wahlen die Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Kräften prinzipiell abgelehnt haben, müssen sie auch Schwierigkeiten bei der Unterstützung der Fedips haben.

I.D.C.: Die Fedips werden von den Trotzkisten unterstützt, aber mit dem Ziel, die bürgerlichen Kräfte aus den Frentes rauszuschmeißen. Z.B. in Inquitos, wo die Trotzkisten die einflußreichste politische Kraft in der Front waren, machten sie eine gegen die bürgerlichen Kräfte gerichtete Politik mit dem Ergebnis, daß die Front heute nicht mehr funktioniert.

Für uns sind die Fronten eine Möglichkeit zur Einheit der Linken. Deswegen planen wir, daß die Linke sich auf einer Plattform vereinigt, die eine Alternative zur Regierung werden kann. Unser Ziel ist eine revolutionäre Volksregierung der Fronten, d.h. der Zentralen von Arbeiter-, Bauern-, Bewohnerorganisationen und der Linken. Wir glauben, das ist eine für die ganze Linke akzeptable Formel, die in der Praxis die Frage des Klassenbündnisses löst. Die Fronten vereinigen jetzt schon die realen revolutionären Kräfte, das ist es, was uns interessiert und nicht irgendwelche Pläne von reinproletarischen Fronten (wie sie die trotzkistischen Strömungen anstreben).

Einige Fronten haben besondere Erfahrungen in Bezug auf die Selbstverwaltung gemacht. In Pucalpa z.B. kontrollierten die Massen 10 Tage lang die Stadt. Das Heer und auch die Polizei zogen sich zurück, die Bevölkerung beherrschte die Stadt, den Verkehr, Radio, Verteilung der Lebensmittel usw. Das alles geschah durch die in der Front organisierte Bevölkerung. Es wurden dann 2 Minister von der Regierung zu Verhandlungen nach Pucalpa geschickt. Diese Verhandlungen waren öffentlich, in einem großen Theater. Das Volk, die Vertreter der Front und diese Minister nahmen teil und machten eine Reihe von Versprechungen zur Infrastruktur etc. In Cuzco, in San Jeronimo hat die Bevölkerung den Bürgermeister, der von der Militärdiktatur eingesetzt war, vertrieben. In einer großen Versammlung wurde ein neuer Bürgermeister ernannt, der auch bis heute im Amt ist, und die Regierung hat ihn anerkannt.

AK: Warum hat die Militärdiktatur auf diese Bewegung nicht mit Repression reagiert? War die Tatsache, daß die Wahlen vor der Tür standen, der Grund für ihre Zugeständnisse?

I.D.C.: Nein, vieles davon passierte schon vor Beginn der Wahlkampagne. Die Regierung war gezwungen, auf diese Kämpfe zu reagieren. Es ist eine Bewegung, die sehr große Kraft hat, alle in der Region nehmen daran teil. Es ist nicht die Bewegung eines einzelnen Sektors, z.B. der Lehrer oder der Händler, es sind eben alle. In Pucalpa z.B. nehmen die Industriellen der Gegend, die Vereinigung der Kaufleute, der Rotari-Club, die Kirche, der Lions-Club an der Front teil. Das Regionalgefühl ist sehr stark, weil die Benachteiligung gegenüber der Hauptstadt (auch und gerade für die bürgerlichen Kräfte) sehr stark ist.



Javier Diez Canseco

Innerhalb der Fronten gibt es Kämpfe um die Führung zwischen den proletarischen, revolutionären Kräften und den Kräften der Bourgeoisie, die sich z.B. teilweise gegen Streiks aussprechen etc. Bisher gibt es noch keine nationale Zentralisierung der Fronten. Dies liegt einmal an ihrem regionalen Charakter, die Fronten müßten sich für einen nationalen Zusammenschluß stark politisieren. Das ist eine wesentliche Aufgabe der Linken. Zum anderen haben einige Parteien der Linken begonnen, den Prozeß der Vereinigung der Fronten in ihren Dienst zu stellen. Z.B. Patria Roja und POMR (trotzkistische Strömung), jede Organisation will ihren eigenen Kongreß für die Fronten machen (d.h. einen Kongreß der Fedips, die von den entsprechenden Organisationen dominiert sind, Anm.AK), was dazu geführt hat, daß wichtige Fronten gar nicht erst zu den Kongressen gekommen sind. Dieser Zentralisierungsprozeß war also bisher noch nicht erfolgreich und bleibt eine wichtige Aufgabe für die nächste Zeit.

AK: Wie sieht die Entwicklung auf gewerkschaftlicher Ebene aus. Ist es gelungen die Vorherrschaft der revisionistischen KP in der CGTP (gewerkschaftlicher Dachverband Perus) einzuschränken? Und welche Schritte werden unternommen, um nach dem Scheitern des Wahlbündnisses ARI neue Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der Linken zu entwickeln?

I.D.C.: Die klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung ist sehr stark, die KP ist durch ihre Wahlniederlage schwer getroffen und das wird sich auf die CGTP auswirken. Wir haben ein gewerkschaftliches Koordinationskomitee vorgeschlagen, das inzwischen auch existiert und im Moment eine sehr konkrete Aufgabe wahrnimmt, den Kampf gegen die Reprivatisierung der Zeitungen (unter Velasco Alvarado waren die Zeitungen verstaatlicht und an die Arbeiter übergeben worden; die Militärdiktatur unter Morales Bermudez versucht schon seit längerem, diesen Prozeß rückgängig zu machen, und der neue Präsident Belaunde Terry will dies jetzt abschließen, Anm.AK). An dieser Frage soll die Koordination des Kampfes im Konkreten entwickelt werden, eine weitergehende Plattform für alle linken gewerkschaftlichen Kräfte gibt es noch nicht. Ein weiterer Plan besteht darin, einen gemeinsamen Kongreß von CGTP und klassenbewußten Gewerkschaften, wie SUTEP (Lehrer), CCP (Bauern), Minenarbeiter durchzuführen (die klassenbewußten Gewerkschaften waren teilweise aus der CGTP ausgeschlossen worden oder ausgetreten; die KP hatte sich zeitweise entschieden geweigert, eine Zusammenarbeit und Koordination zu entwickeln, Anm.AK).

Was die Linke anbetrifft, so existiert jetzt ein Koordinationskomitee, an dem a l l e Kräfte der Linken teilnehmen. Es gibt keine Vetos mehr. Vorher hatten einige Strömungen der Trotzkisten vertreten, daß sie sich nicht mit der PSR (Partei der reformistischen Militärs) an einen Tisch setzen. Noch vor einem halben Jahr hat die revisionistische KP gesagt, daß sie überhaupt nur mit Parteien verhandelt, die im Wahlregister eingetragen sind. All diese Abgrenzungen existieren zur Zeit nicht mehr, das zeigt, daß die Linke doch aus der teilweisen Niederlage bei den Wahlen gelernt hat. Diese sich entwickelnde Einheit ist eine Aktionseinheit für die konkreten Kämpfe, ist keine revolutionäre Front mit einer strategischen Perspektive. Die Mehrheit der politischen Kräfte hat dem Koordinationskomitee Plattformen vorgelegt mit vielen Forderungen, für Lohnerhöhungen, Wiedereinstellung von Arbeitern u.ä., gleichsam gewerkschaftliche Plattformen. Keine hat einen Vorschlag für den Kampf um eine andere Regierung gemacht. Wir sind damit nicht einverstanden. Wir meinen, für diese Forderungen gibt es die Gewerkschaftskoordination, die politische Koordination muß einen anderen Charakter haben. Sie muß eine politische Übereinkunft suchen in einer gemeinsamen Plattform, die eine Alternative zur Regierung darstellt. Das ist es, was das Volk von den Linken erwartet. Diese Frage ist zur Zeit innerhalb der Linken in der Diskussion.

Für das Parlament existiert ebenfalls eine Zusammenarbeit der Linken, sie zeigt sich in gemeinsamen Gesetzesvorschlägen und gemeinsamem Vorgehen in den Debatten etc. Die UDP hat vorgeschlagen ein nationales Institut zur Unterstützung der Parlamentsarbeit einzurichten, das Intellektuelle und Spezialisten der verschiedenen linken Strömungen zusammenfaßt, um Gesetzesvorschläge und in Perspektive auch Pläne für eine Regierung zu erarbeiten. Dieser Vorschlag hat gute Resonanz gefunden und wir hoffen, daß das Institut in den nächsten Wochen eingerichtet wird.

Außerdem planen wir gemeinsam mit allen Linken politische Gerichtsverfahren gegen die Diktatur im und außerhalb vom Parlament. Diese Verfahren sollen die Verbrechen der Militärdiktatur öffentlich machen und anklagen: über die Wirtschaftspolitik und ihre Auswirkungen von Hunger und Elend der Massen; über die Korruption der Generäle, ihren Kokainhandel und Schmuggel; über die Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom US-Imperialismus und vom Im-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

perialismus im allgemeinen. Dies soll die Verbrechen der Militärdiktatur zeigen, aber auch, wie eng Belaunde Terry mit den Militärs verbunden ist, daß er gesetzmäßige Gerichtsverfahren verhindern will.

All dies wird in einer besonderen politischen Lage in Peru passieren. Zur Zeit gibt es eine neue große Streikwelle. Die städtischen Müllarbeiter, die Arbeiter im Gesundheitsdienst und viele andere Sektoren sind im Streik. Es geht um die Rückeroberung von Lebensniveau und den Rechten, die das Volk in den letzten Jahren verloren hat. Belaunde hat versprochen, in einem Jahr 1 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen, die Kaufkraft des Sol wieder zu steigern, Gewerkschafts- und andere Rechte wieder zu garantieren. Diese Versprechungen will das Volk jetzt realisiert haben. Die Massenbewegung wird auch auf das Land übergreifen und das ist eine wichtige Sache. Die Bewegung wird aber einen anderen Charakter haben als die Kämpfe gegen die Militärdiktatur. Gegen die Diktatur war der Angriff frontal. Jetzt ist es eine Bewegung, in der es einen kleinen klassenkämpferischen Sektor gibt, der Rest tritt mit Illusionen in den Kampf ein, nicht mit dem Beweußtsein der totalen Konfrontation wie unter der Diktatur, sondern mit der Hoffnung, eine Verbesserung der Lebensumstände zu erreichen. Da Belaunde seine Versprechungen nicht einhalten kann, wird die Bewegung in dieser Entwicklung Klarheit gewinnen und sich in eine große, revolutionäre Oppositionsbewegung verwandeln. Belaunde wird seine Regierung nicht in einer großen Krise beginnen. Ich glaube, daß er einige Dinge regeln wird und daß er etwas Spielraum hat.

Die USA werden bessere Bedingungen im Internationalen Währungsfonds suchen, Kredite für die Regierung Belaunde erleichtern etc. Kurzfristig wird sich die Regierung stabilisieren, aber ich glaube nicht, daß das lange dauern wird. Im November 1980 wird die Regierung die Gemeindewahlen ausrufen, sie wird versuchen, dabei die Mehrheit zu bekommen, d.h. die Mehrheit der Bürgermeister in den Städten und Gemeinden, die ungefähr drei Jahre im Amt bleiben. Unmittelbar danach wird die Wende eintreten.

* * *

* * *

Zum Schluß sprachen wir über die Entwicklung ganz Lateinamerikas. Der Genosse betonte vor allem die Bedeutung der Kämpfe in Mittelamerika und der Karibik für die lateinamerikanische Entwicklung.

Als besonders notwendige Aufgaben der internationalen Solidarität nannte er die Unterstützung der FSLN in ihrer Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Kräften Nicaraguas und die Unterstützung der Revolutinäre in El Salvador. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß die revolutionären Kräfte in El Salvador nicht die Unterstützung durch die internationale Sozialdemokratie erhalten, wie es in Nicaragua der Fall war. Dies macht die allgemeine Forderung noch dringender, nämlich Anerkennung der revolutionären Kräfte in El Salvador als kriegsführende Partei, weil sie damit nach dem Völkerrecht Anspruch auf internationale Hilfe haben. Außerdem wies Javier auf die besondere Bedeutung der Entwicklung in Bolivien hin, einerseits wegen der nach wie vor drohenden Putschgefahr, andererseit wegen der mit Peru stark vergleichbaren Bedingungen vor allem der bäuerlichen Bevölkerung auf dem Lande. Und schließlich forderte er auf zur Solidarität mit den 5 argentinischen Montoneros, die aus Lima verschleppt worden sind (siehe dazu Kasten in diesem AK).

Interview mit Horacio Zeballos 20.6.80

Horacio Zeballos ist Vorsitzender der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP, Präsidentschaftskandidat der UNIR und einer der Abgeordneten (herzlichen Glückwunsch), die für die UNIR im Mai ins Parlament gewählt wurden. Er kam Ende Mai in die BRD zu einer Rundreise, mußte aber erstmal ins Krankenhaus, da er u. a. als Folge der brutalen Polizeimethoden und zahlreichen Gefängnisaufenthalte ziemlich krank war. Er ist zwar sehr abgemagert, aber auf dem Weg der Besserung – ein Verdacht auf Tbc hat sich zum Glück bei ihm nicht bestätigt. Inzwischen geht es ihm besser, und er konnte seine Rundreise doch noch durchführen.
Ein peruanischer Genosse und ein KB-Genosse aus Essen.
(Wir danken M. für die Unterstützung beim Übersetzen)

Frage: Welche Aufgabe hast du in Peru und welche Ziele hast du bei deiner Reise in die Bundesrepublik?
H.Z.: Die gewerkschaftliche und soziale Aufgabe, die ich in Peru habe, sind Ausdruck einer revolutionären Konzeption für die nationale Befreiung meines Landes vom Einfluß der hehemonistischen Großmächte – hauptsächlich des Yankee- (USA) Imperialismus, welche eine Überausbeutung für ihre riesigen Gewinne betreiben, während die Mehrheit der Völker Hunger, Unterdrückung und Arbeitslosigkeit erleiden muß.

Um diese Konzeption zu verwirklichen, darf man nicht dem Spontaneismus oder der Zersplitterung der Wünsche und Ziele verfallen, sondern ist es notwendig, sich zu organisieren. Deshalb haben wir die Aufgabe übernommen, die SUTEP (Einheitsgewerkschaft der Peruanischen Lehrer) aufzubauen.

Die Lehrergewerkschaft SUTEP

In dieser Gewerkschaft sind 150.000 Lehrer, die einheitlich, demokratisch und konsequent mit einer Massenlinie und Klassenkampfpositionen für ihre Interessen kämpfen. Die SUTEP wurde am Tag der Lehrer, am 6. Juli 1972, gegründet. In ihr sind Schuldirektoren, Lehrer von Grund- Haupt- und Oberschulen, Schulverwaltungspersonal und -angestellte.

Unsere Einheitskonzeption hat zwei Grundaspekte: a) die Praxis der Einheit und die Respektierung der inneren politischen Differenzen; b) die entschiedene Kampfposition für bessere Arbeitsbedingungen.

Seit 1972 bin ich der 1. Vorsitzende der SUTEP, und seitdem habe ich mitgearbeitet am Aufbau von neun SUTEP-Regionalverbänden und 200 Provinzgewerkschaften, die insgesamt die SUTEP-Basis sind. Wir haben zehn Arbeitsniederlegungen
insgesamt die SUTEP-Basis sind. Wir haben zehn Arbeitsniederlegungen
und im Jahr 1978 und '79 zwei große unbefristete Streiks gemacht. Ich bin außerdem der Kontaktmann zu den Bauern-, Arbeiter- und Beamtengewerkschaften, die sehr oft mit uns gekämpft haben. In diesen Kämpfen hat die SUTEP eine klassenkämpferische gewerkschaftliche Linie in die Massen getragen und dadurch nationale und internationale Solidarität erhalten. In der harten Auseinandersetzung um Einheit und Kampf mußten wir uns gegen die Attacken von prokapitalistischen, an der Sowjetunion orientierten revisionistischen Lehrern, und „gelben" Gewerkschaftern wehren; diese Leute sind zwar eine Minderheit, aber gefährliche Gegner der SUTEP. Alle meine Aufgaben werden durch die Führung der SUTEP erfüllt, die eine wichtige Rolle im Volkskampf gegen den Yankee-Imperialismus, die Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer in Peru spielt.

Ziele der Rundreise

Die Reise soll den Interessen der SUTEP und meinen eigenen politischen Zielen dienen. Ich will das Leben der europäischen Völker, die soziale und ökonomische Situation und die Regierungen kennenlernen, denn ohne diese Erfahrung ist es für einen sozialen Kämpfer schwer, Großkapital, Sozialdemokratie und das ganze System zu verstehen.

Außerdem will ich diese Gelegenheit benutzen, die Kämpfe des peruanischen Volkes und damit auch der Lehrer zu erklären, sowie die Solidarität der BRD-Bevölkerung und der Lehrer für mehr Freiheit und Demokratie in unserem Land zu gewinnen. Ich will die Zusammenarbeit der offiziellen Kanäle der SUTEP in der BRD mit dem Peru-Komitee Essen verbessern und damit vielen opportunistischen Politikern, die im Namen des Kampfes der SUTEP viel Geld eingesammelt haben, ohne es der SUTEP zu geben, das Handwerk legen.

Die Wahlen und die UNIR

Frage: Du hast als Präsidentschaftskandidat für die UNIR (Einheit der revolutionären Linken) kandidiert und 6 % der Stimmen erhalten. Gewählt wurde mit 43 % Belaunde und seine Volksaktion. Wie steht die UNIR zu Belaunde?
H.Z.: UNIR ist eine politische Front der revolutionären Linken in Peru, die sich als Perspektive für die Massen darstellt. In sechs Monaten ihres Bestehens schaffte es die UNIR, sich zur ersten nationalen Kraft der Linken zu entwickeln, was sich im Wahlergebnis vom 18. Mai zeigt. Wir sind die vierte Kraft nach den drei Parteien der reaktionären Rechten, die von Belaunde Terry angeführt wird. Obwohl es einige Elemente der Pseudo-Linken und anderen anarchistischen Gruppen nicht paßt, ist die UNIR die erste Kraft der Linken in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Eine falsche Linke, manipuliert vom Revisionismus, hat die Massen über Jahre irregeführt; heute haben sich die Massen von diesen Linken abgewandt und sich zu unserem Programm bekannt und für unsere Kandidaten gestimmt. Unsere Organisa-
gramm bekannt und für unsere Kandidaten gestimmt. Unsere Organisa-
tion ist keine Eintagsfliege, sondern wir waren schon länger im Kampf und in den Köpfen der Massen verankert. Die Position der UNIR gegenüber dem Block Belaunde (AP), Bedoya (PPC) und Villa Nueva (APRA) ist die Opposition, aber eine Klassenopposition. Belaunde verteidigt die Ausbeuter und wir verteidigen die Ausgebeuteten. Eine Konfrontation ist unvermeidlich, der Klassenkampf hat keine Pause. Sie kämpfen für die Erhaltung der Produktionsmittel der Großunternehmer, sie verteidigen die Multis und den Internationalen Währungsfonds und wir haben ein Programm der unentgeldlichen Verstaatlichung der Monopolunternehmen. Wir sind für eine ehrliche Verwaltung (wirkungsvoll und ohne Korruption, d.I.) und unser Kampf trägt den Stempel der Klasse und verteidigt das Volk.

Die UNIR im Parlament

Frage: Welche Rolle kann die UNIR im Parlament spielen?
H.Z.: Unsere parlamentarische Rolle erfüllt die Aufgabe der Sammlung der Kräfte. Unsere Teilnahme ist zeitlich beschränkt in einem bürgerlichen Parlament. Wir haben einen Platz in den Massen gewonnen, wir haben tausende unter unserer Fahne vereint. Wir glauben, daß der Konflikt in Peru und das Problem der Arbeiter nicht im Parlament gelöst wird. Nur die Machtergreifung der Arbeiter und eine radikale Veränderung unserer Gesellschaft durch die bewaffnete Auseinandersetzung führt uns zu einer Gesellschaft, wo es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten gibt.

In diesem Sinne halten wir Parlamentarier uns auch nicht für einen Teil der Regierung. Wir sind die Sprecher des Volkes und wir werden den Kampf von innerhalb und außerhalb des Parlaments führen für ihre Forderungen, wobei an erster Stelle die direkte Aktion der Massen steht ...

Die UNIR als stärkste Kraft der Linken

Die UNIR praktiziert die Einheit der Klasse, die Einheit des Volkes, der Massen und der Kämpfe. In diesem Sinne sagen wir, daß neben unserer Kraft, unserer Einheit der revolutionären Linken (=UNIR) gerechnet werden muß mit anderen Gruppen der peruanischen Linken, wie der PRT von Hugo Blanco (die zweite Kraft der Linken) und der UDP, alles Gruppen, die Bestandteil des konkreten Kampfes in Peru sind. Ich möchte jedoch unsere Position verdeutlichen bezüglich der unverantwortlichen Äußerungen, die in Europa gegen die SUTEP und die UNIR kursieren. Autoren dieser Polemiken haben keine Autorität und wiederholen nur das Gift im Namen der UDP, von welcher ich glaube, daß sie diese nicht unterstützt.
a) Die UNIR ist die erste Kraft der Linken, ob es ihnen gefällt oder
a) Die UNIR ist die erste Kraft der Linken, ob es ihnen gefällt oder nicht. Auf nationaler Ebene haben wir doppelt soviel Stimmen bekommen wie die UDP.
b) Wir als Revolutionäre weinen nicht über das Ergebnis der reaktionären Wahlen, die die Rechten in Peru einberufen haben. Wir weinen nicht, wie es die UDP-Position ist in der westdeutschen Zeitung ‚Arbeiterkampf' Nr. 179. Wir, die Revolutionäre haben nicht bei den Wahlen eingegriffen, um Sitze zu gewinnen oder ein Mandat im Parlament zu bekommen, und deshalb braucht auch niemand über das Wahlergebnis zu trauern. Für uns ist dieser Prozeß eine Sammlung der Kräfte, während die Rechten und die Betrüger ins ‚Parlament einziehen, um ihre Macht zu erhalten. Unsere Absichten sind erfüllt worden, wir haben zuerst ein Mal einen politischen Platz gewonnen, wir sind eine Alternative!


Horacio Zeballos

* * *

Der Genosse Zeballos nahm dann noch Stellung zur Lage im Erziehungsbereich, wo es der SUTEP nicht nur darum geht, Verbesserungen für die Situation der Lehrer zu erkämpfen, sondern um eine strukturelle Änderung des Erziehungssystems, was allerdings eine strukturelle Veränderung des Landes voraussetzt, das jetzt noch ein halbfeudales Land und eine Neokolonie des Imperialismus sei.

Zur innenpolitischen Situation und zur Gefahr eines Militärputsches sagte Zeballos, daß eine direkte Putschgefahr im Moment nicht bestehe, daß Belaunde aber in einer „heiligen Allianz" mit den Militärs regieren und „in wenigen Monaten
„heiligen Allianz" mit den Militärs regieren und „in wenigen Monaten
erneut die Sinchis (Spezialtruppe des Militärs) einsetzen wird, um den Protest des Volkes zu kontrollieren."

Zur Unterstützung der Lehrergewerkschaft SUTEP und für die medizinische Versorgung von Horacio Zeballos spendet bitte auf das Konto des Perukomitees Essen, Stadtsparkasse Essen, Kontonr. 202887 'Fiedler/Oppenkowski, Kennwort: SUTEP. Die Koordination der Solidarität mit der SUTEP läuft ebenfalls über: Peru Komitee Essen
c/o ESG
Universitätsstraße 2

Fünf Argentinier in Peru entführt

Am 12.6. wurden in Lima/Peru fünf Argentinier/innen, die in einer Gruppe zur Unterstützung für die Mütter von der Plaza de Mayo arbeiteten, entführt. Nach den bisherigen, teilweise unterschiedlichen Informationen, wurden sie von argentinischen und peruanischen Militärs gemeinsam verschleppt und über Bolivien nach Argentinien überführt.

Zwei von ihnen wurden nach widersprüchlichen Meldungen entweder bereits in Peru oder in Argentinien umgebracht. Zwei weitere sollen sich jetzt in einem Gefängnis in Nordargentinien befinden. Erschreckend deutlich wird hier die Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Militärs und Geheimdienste.

Die Teilnehmer des Abschlußgottesdienstes der Lateinamerikawoche in Westberlin protestierten schärfstens gegen diesen Menschenraub und die Verletzung der primitivsten Rechte zum Schutze der Person. Sie verurteilten die Unterstützung der argentinischen Regierung durch ihre „Kollegen" in Peru und Bolivien. Wir können uns den dort aufgestellten Forderungen nur anschließen:

– Sofortige Rechenschaft der Regierungen Argentiniens, Perus und Boliviens über diese Entführungsaktion;
– sofortige Freilassung von
Julio Cesar Ramirez
Julia Ines Santos de Acebal
Frederico Frias Alberga
Aldo Aberto Moran
Noemi Ester Sianetti de Molfino (54 Jahre alt; ihre Tochter, ihr Sohn und ihr Schwiegersohn sind bereits verschwunden, sie selbst nahm im Februar an der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf teil).

(Nach „Lateinamerika aktuell", 29.6.80.)

»Antitrotzkistische Vorurteile«?

In einem Leserbrief von einem Anhänger der IV. Internationale aus Aachen und einer sehr ausführlichen Stellungnahme der GIM wird unsere Berichterstattung über Peru, insbesondere über den Zerfall des Wahlbündnisses ARI, als ungenau, teilweise falsch und von „antitrotzkistischen Vorurteilen geprägt" kritisiert.

Als Hauptgrund für die Spaltung von ARI hatten wir - neben sektiererischer Politik der ML-Gruppen - den Machtkampf in den Reihen der Trotzkisten genannt. Dies kritisiert die GIM und erhebt den Vorwurf, daß wir nicht genau genug zwischen den verschiedenen trotzkistischen Strömungen differenzieren. Weil dies tatsächlich kompliziert ist, hier nochmal ganz kurz der Ablauf der Spaltung: Die PST (gehört zur bolschewistischen Fraktion von Nahuel Moreno, die im vorigen Jahr aus der IV. Internationale ausgetreten ist) hat das Wahlbündnis nie unterstützt und war nie Mitglied (dies war in unseren Artikeln bedauerlicherweise falsch dargestellt). Die POMR (gehört zum Komitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale, OCI, von Pierre Lambert) hatte ARI zunächst unterstützt trat dann aber, als die Widersprüche sich zuspitzten, ohne weitere Erklärung aus dem Bündnis aus, nachdem Moreno und Lambert persönlich in Peru interveniert und für einen Alleingang geworben hatten. Hintergrund ist (wie die GIM schreibt), daß Morenos und Lamberts Fraktionen zur Zeit dabei sind, einen internatiomälen Block gegen die IV. Internationale zu bilden und deswegen ein Zusammengehen mit der PRT (Hugo Blanco, IV. Internationale) im Wahlbündnis ARI nicht dulden konnten.

Ob wir mit unserer Überschrift „Machtkämpfe der Trotzkisten" wirklich so falsch lagen??

An der Einschätzung, wie die Entwicklung dann weiter ging, scheiden sich die Geister. Die GIM schreibt, daß nach dem Austritt der POMR die PRT (also die Partei der IV. Internationale) sich weiter um die Rettung von ARI bemühte, und erst in dem Moment die eigene Kandidatur anmeldete, als ARI aufgrund *„der Manöver und Unverbindlichkeiten der maoistischen und zentristischen Gruppen endgültig geplatzt war"* (aus dem Brief der GIM). Wir halten es für unmöglich und auch fruchtlos, eine genaue Beurteilung des Clinches der Linken in Peru zu geben (so etwa, welche Oragnisation nun am meisten gepowert hat). Tatsache ist aber - und das war auch immer der wesentliche Punkt in der AK-Berichterstattung - daß die PRT/IV. Internationale es schließlich vorgezogen hat, trotz der scharfen Widersprüche eine gemeinsame Liste mit den anderen trotzkistischen Fraktionen zu stellen und dafür auf das Zusammengehen mit den relevanten und in den Massen verankerten Kräften verzichtet hat. (Nebenbei zur Erinnerung: die PST/Bolschewistische Fraktion hat vertreten, daß Unterstützung für die FSLN in Nicaragua nicht angebracht sei, weil es sich dort um eine bürgerliche Regierung handele).

Vielleicht wär es mal ganz sinnvoll, statt über die diversen Reisen trotzkistischer Führer zu streiten, in eine Auseinandersetzung um die ideologischen Widersprüche einzutreten, denn die sind es ja, die prinzipiell die Schwierigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der Linken ausmachen und auch für uns hier interessanter sind.

(PS: Wenn von der IV. Internationale die Rede ist, ist immer das Vereinigte Sekretariat gemeint!)

»taz«: »Ehrenrettung« für Ludendorffer

Erneut hat die „tageszeitung" einen ihrer berüchtigten „undogmatischen" sympathiebeweise nach rechts abgelegt: Diesmal ging es, wie die „taz" formulierte, um einen „kleinen Versuch einer Ehrenrettung" für den rechtsextremen Ludendorff-Zirkel (Vgl. AK 178 zur „taz" und Theweleit.)

Am 20.6. war ein Artikel in der „taz" erschienen, der die Tatsache, daß der in Bremen ansässige Umwelt-Aktive Walther Soyka Anhänger der Ludendorffer-Ideologie ist, zum Anlaß nahm, vor der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Grünen zu warnen.

Das nun war offenbar zuviel, sowohl für Walther Soyka, als auch für einige seiner Freunde – darunter der linke (früher „KPD") Jens Scheer –, als auch für die Öko-Redaktion der „taz". Am 21.7. erschien die „Ehrenrettung".

Scheer meint, Soyka *„als Faschisten zu bezeichnen (sei) fahrlässig"*. Freilich hänge er einer „ideologischen Strömung der Ludendorffianer an", aber die sei schließlich von den Nazis verfolgt worden, *„wenn auch wohl mehr als Konkurrenz"*. Immerhin sei Soyka *„wirklich offen und lernfähig"*, habe aktiv gegen Scheers drohendes Berufsverbot protestiert und sich von Neonazi Roeder – *„auf unseren Rat"* – getrennt.

Ein Ulli aus Offenbach findet ebenfalls, daß Soyka ein prächtiger Kerl ist, empfindet ihn *„als energiegeladenen Kämpfer"*, und überhaupt gelte es doch, „das viele Gute zu loben und nicht, das wenige Schlechte hervorzuzerren."

Der dunkle Sinn dieser schönen Reden ist immer der gleiche: Was hat es mit den Ludendorffern auf sich? Soyka erklärt, wer ihn als „Neonazi, Faschisten oder Öko-Faschisten" oder auch als „Rechtsextremisten" bezeichnet, würdige ihn herab, betreibe „Volksverhetzung" und „Religionsstörung". Denn: **Die Ludendorff-Anhängerschaft pflegte lediglich ein „religiöses Bekenntnis, die ‚Gotteserkenntnis (Ludendorff)', zu der ich auch weiterhin stehe".** Im übrigen gebe es „kein Wort und keine Handlung", die es rechtfertige, ihn als Neonazi etc. zu bezeichnen.

Mit anderen Worten: Die „Ehrenrettung" a la „taz" läuft darauf hinaus, den Ludendorffianismus, zu dem Soyka ja erklärtermaßen „steht", vom Rechtsextremismus-Vorwurf freizusprechen.

– Offensichtlich ohne geringste „taz"-Skrupel geht so die Scheer-Sentenz durch, die Ludendorffer seien selbst Nazi-Verfolgte gewesen.

– Ohne Korrektur bleibt auch Soykas Behauptung, bei den Ludendorffern (zumindest sieht er's angeblich so) handele es sich lediglich um Anhänger eines „religiösen Bekenntnisses".

– Nicht ein Wort fällt der „taz" zu Scheers und Soykas Versuch ein, ihn – zumindest heute – von jeder Beziehung bzw. Zusammenarbeit mit Neonazis freizusprechen.

Alle diese Argumentations-Tricks stammen aus der Kiste der Ludendorffer selbst und werden von ihnen seit Jahren bei allen möglichen Anlässen angewandt. Wie sieht's nun damit aus? Tatsache ist, daß der General Ludendorff sowie seine Frau Mathilde nebst ihrem Anhang vor 1933 eine nicht unerhebliche Rolle bei der Vorbereitung des ideologischen und politischen Klimas zur Beseitigung der Weimarer Republik gespielt haben, auf weite Strecken in direkter Kooperation mit den Nazis. Tatsache ist auch, daß trotz aller Auseinandersetzungen zwischen den Ludendorffern und den Nazis Publikationen des Zirkels auch nach 1933 erscheinen konnten. Schließlich: „Verfolgt" durch die Nazis – und zwar in ganz anderer Weise als je die Ludendorffer – wurde immerhin auch beispielsweise die SA. Deren Führung wurde 1934 ermordet, die Organisation entmachtet bzw. zerschlagen, irgendwie sympathisierende Ideologen mit der SA-Richtung oder verwandten Strömungen wurden ebenfalls verfolgt, ins Exil gezwungen etc. Kein vernünftiger Mensch – auch nicht die „taz" – ist aber deshalb auf die Idee gekommen, die SA in die Reihen der Nazi-Verfolgten aufzunehmen. Oder sollte auch das noch kommen?

Bei den Ludendorffern ist freilich sowieso alles ganz anders. Daß sie d e s h a l b mit den Nazis kooperieren konnten, weil sie einer durchaus nazistischen Verschwörungstheorie anhängen, wonach Juden, Christen, Freimaurer und Kommunisten arbeitsteilig die Welt beherrschen und dabei das „deutsche Volk" verderben und vernichten wollen (wobei besonders das ‚biologische Erbgut' in Gefahr ist!), mag noch so oft als rein „religiöses Bekenntnis" ausgegeben werden. Deshalb bleibt es doch eine politische Weltanschauung, die bis zum heutigen Tag von ihrer Spezial-Fixierung auf Ludendorffsche „Gotterkenntnis" nicht daran gehindert wird, Wort für Wort und Veröffentlichung für Veröffentlichungen mit den Ergüssen der rechtsextremen Szene übereinzustimmen.

Vielleicht macht sich die „taz"-Redaktion einmal die Mühe, einen Veröffentlichungen mit den Ergüssen der rechtsextremen Szene übereinzustimmen. Vielleicht macht sich die „taz"-Redaktion einmal die Mühe, einen Blick in das Hausblatt der „Gotterkenner" zu werfen. Da gehen einem schon die Augen über: Was immer rechtsextrem genannt zu werden verdient, von NPD über „National-Zeitung" bis zu diversen Kleingruppen wie „Bauernschaft", GDA, Gesell-Anhängern etc. pp. findet dort – im Blatt „Mensch und Maß" – regelmäßig Beachtung und Lob.

Vielleicht findet sich auch jemand, der Soyka einmal dazu befragt, was es wohl heißt, wenn er zur „Gotterkenntnis (Ludendorff)", wie er sagt, „steht".

„Steht" er auch zur „Volksbewegung für Generalamnestie", die von dem „National-Zeitungs"- Chef Frey aufgezogen wurde und durch „Mensch und Maß" bzw. die Ludendorff-Eminenz von Bebenburg propagiert wird?

Oder: Steht er ebenfalls zu der Ludendorffer-Position *„Ausländer-Integration ist Völkermord"* (so ein im Ludendorffer-Verlag Hohe Warte erschienenes Buch, angezeigt in „Mensch und Maß")? Teilt er auch die in „Mensch und Maß" (9/80, S. 419) verkündete Unterstützung der NPD-Aktion „Bürgerinitiative Ausländerstopp"? (Originalton des Ludendorffer-Blattes: *„Endlich! ... ‚Deutsche Abwehr' ist nötig!"*) Und bekennt sich Soyka auch zu der Ludendorffer-Erkenntnis, daß die *„‚Ermordung von Millionen Juden' ... (durch die Nazis) in Wirklichkeit ‚offenkundiger Blödsinn'"* sei, bzw. daß die Millionenvergasungen eine *„Legende"* seien? (Diese „Erkenntnisse" stammen von dem Ludendorffer und – zumindest früheren –NPD-Mann Dr. Stäglich und werden von „Mensch und Maß", 11/80, S. 482, verbreitet; zu vergleichen ist auch Nummer 20/79, wo ebenfalls Stäglichs Sache verfochten wird.

Schließlich – als letztes Beispiel – wäre interessant zu wissen, ob auch Soykas „Gotterkenntnis" die Ansicht einschließt (siehe „Mensch und Maß" 2/80, S. 74 ff.), die Frauenemanzipation sei *„naturgesetzwidrig"*, dahinter stecke *„ein gefährlicher Plan"* und das alles laufe auf *„eine Politik* (hinaus), *die durch Manipualtion das erreicht, was der Morgenthau-Plan nicht erreicht hat: Unser Volk degenerieren zu lassen."*

Aber wirklich: Es ist eben alles ganz anders bei den Ludendorffern. Vielleicht ist Soyka ja wirklich nur ein „Religiöser"? Vielleicht hat er eine besondere, nur ihm bekannte Unterart des Ludendorffianismus erfunden? Eine, die i h m wenigstens gestattet, sich von jedem Nazi-Kontakt fernzuhalten?

Dann allerdings ist nicht ganz ersichtlich, weshalb er noch immer mit **Roland Bohlinger** kooperiert, der doch wohl keinen solchen Wandel durchgemacht hat, daß er seinen (Verzeihung: den auf den Namen seiner Frau laufenden) Buchhandel aufgegeben hätte, der quer durch den ganzen braunen Markt alles anbietet, was rechtsextremistisch und neofaschistisch nur irgendwie gefällt.

Da es, laut Soyka, „kein Wort und keine Handlung" gibt, „die es rechtfertigen", ihn dem neofaschistisch-rechtsextremen Lager zuzuschlagen, sei auch nochmals an seinen Pfingstaufenthalt vor zwei Jahren erinnert. Damals, im Mai 1978, veranstalteten die **„Unabhängigen Nachrichten"**, ein allseitig rechtsextremes Blatt, ihr traditionelles Treffen in Scharzfeld/Harz. Das Veranstaltungsprogramm Damals, im Mai 1978, veranstalteten die „Unabhängigen Nachrichten", ein allseitig rechtsextremes Blatt, ihr traditionelles Treffen in Scharzfeld/Harz. Das Veranstaltungsprogramm wurde bestritten von: **Thies Christophersen, Dr. Stäglich, Udo Walendy** – also die Phalanx berühmt-berüchtigter Nazi-Fälscher und „Ausschwitz-Lügner"; daneben traten diverse andere (auch die **Hansa-Bande** war schließlich zur Stelle) ... und Walter Soyka sowie Roland Bohlinger. Was, bitte, drängt jemanden, a) zu einer solchen Tagung hinzugehen (genauer: eingeladen zu werden) und b) das Programm mit zu bestreiten?

Fortsetzung nächste Seite

verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für diese Seite: Alexander Heller, Wolfgang Taube c/o taz, Walt

Kleine Ehrenerklärung für Walther Soyka

Klar, daß es mit Faschisten, auch wenn sie als Umweltschützer einherkommen, keine Zusammenarbeit, sondern nur unerbittlichen Kampf geben kann. So haben wir Bremer Uni-AKW-Gegner auch alle Kontakte mit dem Stader Kläger gegen AKWs, Mengen, abgebrochen, als er sich als Faschist entlarvte und z.B. die "Auschwitzlüge" behauptete.

Auf der anderen Seite gibt es in der Anti-AKW-Bewegung schon viele "seltsame Vögel" mit uns Linken sehr fremdartig anmutendem weltanschaulichem Hintergrund und Ansichten, die aber als Faschisten zu bezeichnen fahrlässig wäre. Dazu gehört nach meiner Erfahrung Walther Soyka, den ich seit acht Jahren kenne. Sicher, er kommt weltanschaulich aus den selben Quellen, aus denen sich auch Teile der Faschisten speisten, gehörte jedoch zu derjenigen ideologischen Strömung der Ludendorffianer, die selbst von den Nazis verfolgt wurden, wenn auch wohl mehr als Konkurrenz. Wichtiger aber ist, daß er im Kontakt mit uns sich wirklich offen und lernfähig gezeigt hat, und auch sich auf unseren Rat von dem Naziführer Roeder getrennt hat, den er früher, wie hunderte andere konservative AKW-Gegner in Prozessen gegen AKWs vertreten hatte. Auch hat er in seinem großen Bekanntenkreis über tausend Unterschriften gegen mein Berufsverbot gesammelt, was ein Faschist schwerlich getan hätte.

Walther ist einer der entschiedensten AKW-Gegner, die ich kenne, der buchstäblich sein Leben diesem Kampf gewidmet hat, zudem auch auf dem Grenzgebiet zwischen Juristerei und Technik ein hervorragender Kenner.

Jens Scheer

Taten zählen für mich mehr als irgendwelche leeren Worte...

In einer der letzten Ausgaben las ich einen Leserbrief, in dem Walther Soyka heruntergeputzt und vor ihm gewarnt wurde.

Ich habe Walther Soyka in den letzten Jahren mehrfach in Aktion erlebt, auf Demonstrationen, auf einer wasser-

Kleiner Versuch einer Ehrenrettung

Und schon bist Du ein Faschist. Faschist? Faschist!

Betrifft: AK 179

Trotzki — »Verratene Revolution«

Lieber U.,

in Deinem Artikel sind einige Punkte, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Zuerst wirfst Du Trotzki vor, er könne nicht zwischen der herrschenden Klasse und den Beherrschten unterscheiden. Zu dieser Einschätzung kommst Du, weil für Dich die UdSSR ein staatskapitalistischer Staat ist. Leider geht aus Deinem Artikel nicht genauer hervor, was Du im Einzelnen unter Staatskapitalismus verstehst. Anscheinend ist für Dich die Tatsache, daß die Bürokratie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat, ausschlaggebend.

Zu dem Begriff Staatskapitalismus gehören nach meiner Ansicht ein paar Dinge, die in der Sowjetunion nicht erfüllt sind. Es gelingt in der Sowjetunion nicht, das „Kapital" entsprechend zu verwerten. Eine Überakkumulationskrise hat noch nie stattgefunden. Selbst die Anwendung der Arbeitskraft im Produktionsprozeß stößt auf Schwierigkeiten. Alle Appelle, nun endlich die Kraftreserven auszunutzen, verhallen ungehört. Schlechte Arbeitsqualität ist an der Tagesordnung (1). Es fehlen nämlich zwei „Anreize", die der Kapitalist hierzulande hat. 1. In der Sowjetunion gibt es nicht genügend Konsumgüter, für die man sich totarbeiten könnte. 2. Massenarbeitslosigkeit ist unbekannt. Der Sowjetbürger hat also gar keinen Nutzen vom sich Schinden; der Staat hat kein Mittel, wie hierzulande der Kapitalist, aus der Arbeit des Arbeiters immer mehr Mehrwert herauszupressen. Das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft in der Vergangenheit hat seine Ursache darin, daß eine schlechte Maschine besser ist als gar keine. Seit dem Übergang zum qualitativen Wachstum bleiben die tischen Wirtschaft in der Vergangenheit hat seine Ursache darin, daß eine schlechte Maschine besser ist als gar keine. Seit dem Übergang zum qualitativen Wachstum bleiben die Erfolge bescheiden.

Unter diesen Umständen kann die Sowjetunion weder als sozialistisch noch als kapitalistisch bezeichnet werden. Die Sowjetunion ist, wie Trotzki richtig sagt, *„eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehende, widerspruchsvolle Gesellschaft"*, (S.246) (2).

Ich stimme Dir zu, wenn Du kritisierst, daß Trotzki die Arbeiter und Bauern als herrschende Klasse der SU bezeichnet. Hier hätte sich Trotzki präziser ausdrücken müssen.

Unzulässig finde ich es, wenn Du Trotzki in die Nähe der antikommunistischen Totalitarismustheorie rückst. Du führst als Nachweis u.a. folgendes Zitat an: *„Stalinismus und Faschismus stellen trotz der tiefen Verschiedenheit ihrer sozialen Grundlagen symmetrische Erscheinungen dar. In vielen Zügen sind sie einander erschreckend ähnlich"* (268). Trotzki geht auch hier von der tiefen Verschiedenheit der beiden Systeme aus. Die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene SU ist für Trotzki bis an sein Lebensende verteidigungswert, da für ihn immer die sozialen Grundlagen eines Staates von Bedeutung sind und nicht Erscheinungen auf der Oberfläche. Für Trotzki würde sich erst etwas ändern, wenn die Bürokratie sich in eine neue Bourgeoisie verwandeln würde.

Trotzki und der Klassenkampf

Nach Deiner Ansicht ist Trotzki ein Ökonomist. Du belegst das mit folgendem Zitat: *„Der Marxismus geht aus von der Entwicklung der Technik als Haupttriebfeder des Fortschritts und baut das kommunistische Programm auf der Dynamik der Produktivkräfte auf"* (S. 45). Für Dich sind aber *„die Widersprüche zwischen den Klassen ... die Triebfeder des Menschlichen Fortschritts."* Da Trotzki ein Ökonomist ist, sieht er die Rolle des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus nicht, versucht die Arbeiterrechte abzubauen. *„Man braucht nicht hinzufügen, daß die Menschen ihre Produktivkräfte – die Basis ihrer ganzen Geschichte – nicht frei wählen; denn jede Produktivkraft ist eine erworbene Kraft, das Produkt früherer Tätigkeit. ... Dank der einfachen Tatsache, daß jede neue Generation die von der alten Generation erworbenen Produktivkräfte vorfindet, die ihr als Rohmaterial für neue Produktion dienen, entsteht ein Zusammenhang in der Geschichte der Menschen, die um so mehr Geschichte der Menschheit ist, je mehr die Produktivkräfte der Menschen und infolgedessen ihre gesellschaftlichen Beziehungen wachsen"* (MEW 4, S. 548). Diese Aussagen von Marx zeigen, daß die Produktivkräfte in der Geschichte eine wichtige Rolle spielen. Der Klassenkampf findet auf der Grundlage der ökonomischen Beziehungen statt. Er dreht sich um die ökonomische Emanzipation der unterdrückten Klasse (vgl. MEW 21, S. 300).

Unter diesen Gesichtspunkten ist Trotzkis Meinung kein Ökonomismus. Wie ist jetzt Trotzkis Versuch, die Arbeiterrechte zu beschneiden, einzuschätzen? War die Forderung Trotzkis, die Gewerkschaften zu Vollstreckern der Arbeitsdisziplin zu machen, wirklich etwas Besonderes?

Bei Lenin findet man 1918 ähnliche Aussagen: *„Die Arbeiterklasse wird die herrschende Klasse im Staat und ist dazu geworden. Die Gewerkschaften werden und müssen Staatsorganisationen werden, denen in erster Linie die Verantwortung zufällt für die Reorganisation des gesamten wirtschaftlichen Lebens nach den Grundsätzen des Sozialismus".* *organisationen werden, denen in erster Linie die Verantwortung zufällt für die Reorganisation des gesamten wirtschaftlichen Lebens nach den Grundsätzen des Sozialismus".*

„Die klassenbewußte Vorhut des russischen Proletariats hat sich bereits die Aufgabe gestellt, die Arbeitsdisziplin zu heben. Sie hat zum Beispiel sowohl im Zentralkommitee des Metallarbeiterverbands als auch im Zentralrat der Gewerkschaften mit der Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen und Direktiventwürfe begonnen" (Lenin Werke, Bd. 27, S. 205 u. 249).

Für mich scheint eher die schwierige Lage der Sowjetmacht der Grund für derartige Äußerungen zu sein. Später wurde von Lenin den Arbeitern das Streikrecht zugestanden (vgl. Lenin Werke Bd. 33, S. 172), wenn Streiks sich gegen bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates oder Überreste der kapitalistischen Vergangenheit richten. Der XI. Parteikongreß der KPdSU faßte einen entsprechenden Beschluß. Trotzki und die Linke Opposition kämpften für die Einhaltung dieses Beschlusses (3).

Nun noch einmal zur Frage des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Dein Resüme in dieser Frage lautet: *„Der Klassenkampf als Haupttriebkraft bei der Entwicklung des Sozialismus fällt sowohl bei Stalin als auch bei Trotzki unter den Tisch".* Die Linke Opposition kämpfte gegen die Bevorzugung der Kulaken durch die Stalin/Bucharin-Fraktion. *„Produktion im kleinen Maßstab erzeugt, wie Lenin sagt, fortwährend, täglich, stündlich, unwiderstehlich und im riesigen Umfang Kapitalismus und Bourgeoisie".* Gegen diese Kleinproduktion der Kulaken muß sich das Proletariat nach Meinung Trotzkis mit den armen Bauern verbinden. *„Vom Gesichtspunkte des Leninismus aus ist das Bauerntum – das heißt die große bäuerliche Masse, die keine Arbeit ausbeutet – jener Verbündete, der, wenn er richtig mit uns zusammenarbeitet, die Sicherheit der proletarischen Diktatur und so das Schicksal der sozialistischen Revolution gewährleistet". „Das Anwachsen des Privateigentums auf dem Lande muß durch eine schnellere Entwicklung der kollektiven Landwirtschaft wettgemacht werden"* (4). Diese Zitate zeigen, daß Trotzki sehr wohl sich über die Rolle des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus klar war. Stalin, der die Kulaken unterschätzte, war schließlich zu seiner gewaltsamen, völlig überstürzten Kollektivierung gezwungen. (Näheres vgl. „Verratene Revolution", Kapitel 2).

Nach Deiner Meinung ist die Entwicklung in der Sowjetunion von Trotzki als der Verrat einiger Führer interpretiert werden. Trotzki führt die Niederlage der Linken Opposition auf folgende Ursachen zurück: das russische Proletariat machte in wenigen Monaten den unerhörten Sprung von einer halbfeudalen Monarchie zur sozialistischen Diktatur. Anstatt der Hilfe vom Westen, durch eine erfolgreiche Revolution, erfolgte Intervention auf Intervention, der Bürgerkrieg forderte Opfer (S.88). Die mit dem Bürgerkrieg verbundene Not führte zu einer Demoralisierung der Arbeiterklasse. Die Massen wurden von der Beteiligung an der Leitung des Landes ausgeschaltet.

Die Linke Opposition besaß zwar die Sympathien der fortgeschrittenen Arbeiter, aber nicht ihre aktive Unterstützung (S. 90).

Die Not, die im Lande herrschte, die Ungewohntheit der Massen zur Selbstverwaltung, die Notwendigkeiten der Kriegsführung, der Mangel an qualifizierten Parteiarbeitern, alles dies begünstigte die Herausbildung der Bürokratie (S.59).

„Es wäre naiv zu meinen, daß der den Massen unbekannte Stalin plötz- an qualifizierten Parteiarbeitern, alles dies begünstigte die Herausbildung der Bürokratie (S.59). *„Es wäre naiv zu meinen, daß der den Massen unbekannte Stalin plötz-* *lich, mit einem fertigen strategischen Plan versehen, aus den Kulissen hervorgetreten sei. Nein, bevor er seinen Weg aufspürte, spürte die Bürokratie ihn selbst auf"* (S. 91).

Nach Ansicht Trotzkis siegte die Stalin-Fraktion über die Linke Opposition, weil die Linke Opposition es nicht schaffte, die Arbeiterklasse für ihre Ziele zu mobilisieren.

Dazu kommen dann noch die verschiedenen Niederlagen der Arbeiterklasse in Europa und Asien, die eine Folge der falschen internationalen Politik der Stalin-Fraktion waren (S.89).

Die Bürokratie hat ihre eigenen Interessen. Diese bestehen einfach darin, ihre Privilegien zu erhalten (S. 266). *„Das Schwert der Diktatur, das früher jene schlug, die die Privilegien der Bourgeoisie wiederherstellen wollten, wird jetzt gegen d i e gerichtet, die sich gegen die Privilegien der Bürokratie auflehnen. Die Schläge treffen nicht die Klassenfeinde des Proletariats, sondern die proletarische Vorhut"* (S.271).

Man kann also nicht behaupten, daß Trotzki glaubt, der Aufbau des Sozialismus sei am Verrat einiger Führer gescheitert. Trotzki hat sich ziemlich deutlich über die sozialen Hintergründe für den Aufstieg der Bürokratie geäußert.

Anmerkungen:

1. Sozialistisches Osteuropa Info 40, S.7
2. L. Trotzki, Verratene Revolution, o.O. 1936; in dieser Ausgabe sind die Seiten gegenüber Deiner um zwei Seiten verschoben.
3. L. Trotzki, Programm und Plattform der Linken Opposition im Kampf gegen die Stalinfraktion, Dortmund 1977 S. 51.
4. ebenda, S. 53, 59

H.W., Bonn

Fortsetzung von Seite 46

Nebenbei bemerkt: Auf den Unterstützer-Listen für das Bremer Institut Bohlingers und Soykas und unter den AKW-Klägernamen, die Soyka gerichtlich vertritt, befindet sich nicht nur der eine Nazi Roeder, sondern eine ganze Reihe einschlägig aus der rechtsextremen Szene bekannte Namen – bis hin zu dem Rassismus-Ideologen Rieger („Gesellschaft für biologische Anthropologie" etc.). Hat sich Soyka auch von denen „getrennt"?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die „Freunde der Erde" (Westberlin) haben eine Broschüre zur schnellen Information über „Rechtsextremisten als Umweltschützer" herausgebracht. Eingeleitet durch zwei Überblicksaufsätze (von Jan Peters und O. Rammstedt) sind – für alle, die's nicht glauben wollen – einige aktuelle Beispiele braun-grüner Propaganda als Dokumente abgedruckt.
Bezugsadresse:

Freunde der Erde
D. Witt
Burgemeisterstr. 74 a
1000 Berlin 42

DM 2,60
(beim Kauf im Laden: 2,– DM)

Die »KPD« ist tot, es lebe die »KPD«!

Der „Rote Morgen", Zentralorgan des Albanien-Fanclubs KPD/ML, erschien am 4. Juli erstmals mit dem Untertitel „Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands". Des Rätsels Lösung präsentiert ML-Chef Aust auf Seite 2 derselben Ausgabe: „Mit großer Mehrheit", so der größte Sohn der deutschen Arbeiterklasse, hätten die Mitglieder der KPD/ML beschlossen, ihren Parteiladen „zurückzubennen" auf den Namen „KPD". Getreu der alten Weisheit, daß man eine Lüge nur oft genug wiederholen müsse, um Erfolg zu haben, behauptet Aust wieder mal, es seien *„vornehmlich Genossen der alten, inzwischen verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands"* gewesen, die 1968 die KPD/ML gegründet hätten.

Aust ist allerdings offenherzig oder dumm genug, den tatsächlichen Grund des jähen Namenswechels dem staunenden Publikum zu unterbreiten: *„Warum sollten wir warten* (nach der Selbstauflösung der „KPD" – „Rote Fahne" – im März dieses Jahres – Anm. AK), *bis wieder irgendeine Gruppe beim Bundeswahlleiter den Namen mit Beschlag belegt und uns so, zum Beispiel bei Wahlen, Schwierigkeiten bereitet".* Ob die Umbenennung der KPD/ML freilich dazu beitragen wird, *„mehr und mehr das unverwechselbare Profil der Vorhutpartei der Arbeiterklasse herauszuarbeiten"* (Ernst Aust), mag bezweifelt werden. Die Verwirrung ist jedenfalls vorprogrammiert, ebenso wie die weitere Diskreditierung des Namens KPD.

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce" (Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Napoleon Bonaparte"). – In diesem speziellen Fall handelt es sich bereits um die Farce einer Farce!

U., RGW-Kommission

Einige Bemerkungen zum Stand der AK-Arbeit

Mit diesem Artikel soll ein Versuch gemacht werden, Probleme der Redaktionsarbeit zum AK aufzuzeigen, die Arbeitsweise der Redaktion transparenter zu machen und Grundlagen für eine anstehende breite Diskussion um Konzeption und Gestaltung des AK zu geben.

Die Entwicklung des Umfangs des AK

Der AK erscheint zur Zeit alle zwei Wochen, mit einem Umfang von 48 (ausnahmsweise 52) Seiten. Im Herbst 1979 hatte der AK im Durchschnitt 64 Seiten (z.T. aufgebläht durch die damalige breiten Raum einnehmende Auseinandersetzung mit der Zentrumsfraktion), im Frühjahr 1980 immerhin noch 60 Seiten. Die Reduzierung der Seitenzahl ist das Ergebnis einer Kalkulation, die aufzeigte, daß weder arbeitskräftemäßig (Composer und Layout) noch finanziell der bisherige Umfang zu halten wäre.

48 AK-Seiten entsprechen einem Brutto-Volumen von ca. 30.480 Zeilen. (Als Brutto-Volumen bezeichne ich die Zahl der Zeilen, die theoretisch in den AK passen würden, wenn weder Fotos noch Überschriften hinzukämen). 64 Seiten – wie im Herbst 79 – entsprechen einem Bruttovolumen von ca. 40.640 Zeilen.

Zum Vergleich der Umfang (ebenfalls Bruttovolumen und auf Zeilenbreite des AK umgerechnet) anderer vergleichbarer Zeitungen der ‚revolutionären Linken'):

- **„Kommunistische Volkszeitung" (KVZ) des KBW.** Erscheinungsweise wöchentlich. Umfang ca. 13.500 Zeilen. (Preis: 70 Pf.)
- **„Roter Morgen" der KPD/ML.** Erscheinungsweise wöchentlich. Umfang ca. 8.200 Zeilen. (1 DM).
- **„Rote Fahne" des KABD.** Erscheinungsweise alle zwei Wochen. Umfang ca. 7.500 Zeilen. (50 Pf.)
- **„Rote Fahne" der „KPD"** (inzwischen aufgelöst). Erscheinungsweise bis Ende 1979 wöchentlich. Umfang ca. 13.600 Zeilen. (1 DM)

Der AK liegt also auch mit einem reduzierten Umfang von 48 Seiten noch knapp über der „KVZ", die – auf die Erscheinungsweise des AK umgerechnet – derzeit rund 90% des AK-Umfanges hat. (Im Herbst 1979, bei einem AK-Umfang von 64 Seiten, ca. 66 %). Zu vermuten ist allerdings, daß die „KVZ" mit einem deutlich größeren personellen und technischen Aufwand als der AK produziert wird.

Betrachten wir nach diesem Vergleich mit anderen „K-Gruppen"-Zeitungen die Entwicklung des AK-Volumens: Die erste Ausgabe des „Arbeiterkampfes" erschien im Dezember 1971, bereits unter der Nr. 13 (anknüpfend an die Nr. 1 bis 12 der „KAZ", die von einer der Vorläuferorganisationen des KB herausgegeben worden war). Der AK 13 hatte (wiederum alle Angaben ‚brutto') ca. 4.080 Zeilen, der AK 16 hatte bereits 8.160 Zeilen und der AK 30 (Juli 1973) 17.600 Zeilen. Zu dieser Zeit erschien der AK nur einmal im Monat. Man muß also diese Zeilenzahlen halbieren, um sie mit unserem derzeitigen Volumen vergleichen zu können. Für AK 30 ergibt das ca. 30 % des heutigen Volumens.

Ab AK 33 (September 1973) erschien der AK alle drei Wochen. Wir erhofften uns davon gleichzeitig eine Senkung des Umfangs pro AK, da wir schon damals den AK für „zu dick" hielten. Zunächst schien die Rechnung aufzugehen: Es erschienen mehrere AK's mit nur 28 Seiten (vorher 32) Umfang, gleich 15.400 Zeilen. Von da an jedoch wuchs der Umfang langsam, aber stetig wieder und weiter. Ab AK 58/59 (April 1975) lagen wir bei 48 Seiten gleich ca. 24.480 Zeilen. Dieser Umfang blieb längere Zeit konstant. (Daß die Zeilenzahl damals trotz gleicher Seitenzahl niedriger war als heute, ergiebt sich daraus, daß damals erheblich weniger Zeilen als heute auf eine Seite ‚gequetscht' wurden). Auf zweiwöchiges Erscheinen umgerechnet entsprach der AK damals ca. 53 % des derzeitigen Volumens.

Seit Nr. 73 (Februar 1976) erscheint der AK alle zwei Wochen. Die erneute Hoffnung, wenigstens jetzt das Volumen senken zu können, scheitert aber wieder: Zug um Zug erfolgte eine Steigerung von 48 auf 64 Seiten, bei zusätzlicher Erhöhung der Zeilenzahl pro Seite (durch geringeren Zeilenabstand).

Konsequenzen für die Arbeit der Redaktion

Das zu bewältigende Volumen des AK hat sich in weniger als fünf Jahren verdoppelt, gegenüber den Anfängen des AK sogar verzehnfacht. Diese Steigerung der anfallenden Arbeit wird nur geringfügig durch die Tatsache gemildert, daß der UW (theoret. Organ des KB) kaum noch erscheint, daß „die Internationale" eingestellt wurde und daß der „Rebell" (Jugendzeitung des KB) derzeit nicht mehr erscheint. Kräfte für die AK-Redaktion sind hierdurch jedenfalls kaum freigesetzt worden. (Die letzte „Rebell"-Redaktion hat großenteils 1979 zusammen mit der „Kritik-Fraktion" den KB verlassen).

Die Entwicklung des AK-Volumens und damit der Anstieg der zu leistenden redaktionellen Arbeit haben entscheidende Rückwirkungen für die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsweise der AK-Redaktion:

Zur Zeit der „KAZ" und noch bei den ersten Ausgaben des AK gab es ein kollektives Arbeiten der Redaktion. Das Redaktionskollektiv bestand aus 5 – 6 Genossen und Genossinnen. Die wesentlichen Artikel wurden, zumindest in der Anfangszeit, von allen Mitgliedern des Redaktionskollektivs gelesen und gemeinsam diskutiert, Änderungen besprochen usw. Diese Arbeit konnte sich jeweils auf einen Monat verteilen. Die Mitglieder des Redaktionskollektivs waren gleichzeitig selbst die Verfasser der Mehrheit der Artikel. Insgesamt handelte es sich um einen recht „gemütlichen" Arbeitsstil.

Verglichen damit hat sich nicht nur der Umfang des AK erheblich verändert, sondern auch seine Aufgabenstellung: Der KB hatte damals, zu Beginn der 70er Jahre, weder den Anspruch noch die Möglichkeit/Fähigkeit, aktuell zu einer Vielfalt realer Bewegungen Stellung zu nehmen und in diese einzugreifen.

Schwerpunkt unserer Praxis – und unserer Zeitungsarbeit – war damals ganz eindeutig die Politik in Betrieben und Gewerkschaften. Arbeitsfelder, die heute den größten Raum im AK einnehmen (‚Wahlen', Anti-AKW-Bewegung, Frauen, Lesben/Schwule u.a.), waren damals noch gar nicht „entdeckt".

Für die Arbeit der AK-Redaktion bedeutet das konkret, daß die Belastung ganz erheblich zugenommen hat, ohne daß diese Belastung durch eine personelle Stärkung der Redaktion ausreichend aufgefangen werden konnte. Im Gegenteil sind mit der Abspaltung der Zentrumsfraktion (heute „Gruppe Z") dem KB mehrere erfahrene und tüchtige Redakteure/Redakteurinnen verloren gegangen.

Zu bedenken ist dabei auch, daß die vorgenommene Reduzierung des AK-Umfangs von 60 – 64 Seiten auf 48 Seiten (also um 25 %) zunächst durchaus nicht als Entlastung der Redaktion wirkt. Denn Grundlage der Reduzierung ist ein intensiveres redaktionelles Arbeiten (Kürzungen, Bearbeitungen, Neufassung von Artikeln). Zu schätzen ist, daß nach Abschluß des AK's jeweils zusätzlich 15 - 20 % des Volumens noch in Form unbearbeiteter Manuskripte vorliegen, die entweder auf den nächsten AK verschoben oder ganz ‚gekippt' werden müssen. Außerdem fallen jeweils schätzungsweise um die 10 % der Manuskripte längeren oder kürzeren Streichungen ‚zum Opfer'.

Die Reduzierung des AK-Umfangs bedeutet also zunächst keineswegs, daß weniger oder kürzere Manuskripte vorgelegt werden, sondern daß erheblich mehr gestrichen, ‚gekippt' oder zumindest verschoben wird. Das heißt, ein relativ großer Teil der vorgelegten Manuskripte kann aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden. Weitere werden durch Kürzungen – die aus Zeitmangel und Arbeitsdruck in der Regel nicht mit den Verfasser(innen) abzusprechen sind – mehr oder weniger stark verändert. Andererseits würde sich ohne diese Kürzungen der Anteil der gar nicht zum Abdruck kommenden Texte deutlich erhöhen.

Aus dieser Situation ergeben sich naturgemäß Widersprüche, und die Frage nach den Entscheidungsprozessen drängt sich auf. Damit eng verbunden ist die Diskussion um die Konzeption des AK, d.h. um die Maßstäbe und Orientierungslinien, nach denen bestimmte Texte ‚gekippt' oder gekürzt werden.

Zum Umgang mit den Manuskripten

Die Stärke des AK ist das entwickelte Korrespondentenwesen, d.h. praktisch die Vielzahl freier Mitarbeiter. Das bringt aber auch Probleme mit sich, wie eben beschrieben. Aus der Gesamtsituation ergibt sich, daß in die Manuskripte z.T. (je nach Arbeitsweise der Redakteure) recht umfangreich „reingekürzt" wird bzw. daß in Einzelfällen längere Artikel zu kürzeren Meldungen umgeschrieben werden. All das geschieht notwendigerweise ohne Rücksprache mit den Verfassern. Selbstverständlich ist zugleich, daß eine erhebliche Zahl von Artikeln aus Platzgründen gar nicht verwendet werden kann.

Hieraus ergeben sich Widersprüche mit den Verfassern dieser Artikel. Manche erwarten – aus ihrer Sicht durchaus verständlich – ihre „abgewiesenen" Manuskripte zumindest mit einer schriftlichen Begründung zurückzubekommen. Möglichst soll die schriftliche Begründung auch noch Hinweise auf „Fehler" (politische) im Artikel oder sonstige eventuelle Mängel des eingeschickten Artikels enthalten.

Dieser Erwartung nachzukommen, ist jedoch aus Gründen der Arbeitsbelastung der für die AK-Endredaktion arbeitenden Genoss(inn)en im allgemeinen nicht möglich. Soweit die Manuskripte dann nicht an den Verfasser zurückgeleitet werden, gehen sie an die zuständige Kommission, als Archiv- und Arbeitsmaterial. Manchmal merken die Verfasser auch an, daß sie bei Nichtabdruck das Manuskript unbedingt zurückhaben möchten – dann wird so verfahren. (Soll jedenfalls!)

Für die Genossinnen und Genossen, die Manuskripte an die Redaktion schicken, ist im Einzelfall nicht ersichtlich, warum gerade ihr Artikel nicht gedruckt wurde, und nicht irgendein anderer. Das ist konkret auch tatsächlich schwer begründbar, da es im Wesentlichen subjektive Auslegung des bearbeitenden Redakteurs ist, was er für wichtig oder weniger wichtig hält. Kriterien gibt es dafür nicht.

Fortsetzung nächste Seite

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss/inn/en werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.
Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Streß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.
Die alten Composer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composer verschiedene Tastaturen, Bildschirm und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.
Wenn der Text erst zum Schluß aus dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.
Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Streß enorm erhöht.
Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.
Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	**30.000 DM**
5 Terminals für die Texterfassung	**60.000 DM**
2 Schnelldrucker	**30.000 DM**
Die Gesamtsumme beträgt damit	**120.000 DM**

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.
Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

Spenden bitte unter Angabe des Kennwortes „AK-Spende" auf das Konto von
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Nr. 4 501 755 00

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Einige Bemerkungen zum Stand der AK-Arbeit

Fortsetzung von Seite 47

Es gibt heute niemanden, der im KB hauptseitig oder gar ausschließlich redaktionelle Arbeit macht, abgesehen von den drei oder vier Tagen der Endredaktion, wo tatsächlich für die damit befaßten Genos(inn)en die Redaktionsarbeit die hauptsächliche oder ausschließliche Beschäftigung darstellt. Relativ stark sind an dieser Redaktionsarbeit Mitglieder des LG beteiligt.

Insgesamt liegt derzeit aus einfachen Gründen der Arbeitsökonomie ein kollektives Arbeiten im Wesentlichen nicht im Bereich des Möglichen. Die zur Verfügung stehende Zeit wird größtenteils für das Korrigieren von Manuskripten, für Zusammenschreiben und für eigene Artikelarbeit eingesetzt. Nur in Ausnahmefällen kann überhaupt zwischen zwei oder mehreren Genoss(inn)en noch über Artikel (–Manuskripte) gesprochen werden. Das betrifft naturgemäß die wichtigsten, zentralen Artikel.

Mit der hier beschriebenen Situation eng zusammen hängt die Tatsache, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten die Mitglieder des LG relativ wenig zu eigenen Artikelarbeiten kommen, insbesondere kaum zu grundsätzlicheren Artikeln. (Selbstverständlich spielt ebenso die Belastung durch praktische Anleitungstätigkeiten eine große Rolle).

Die hier beschriebene Situation führt außerdem dazu, daß –je nach Arbeitsweise des/der befaßten Genossen/Genossin, sonstige Belastungen usw.– z.T. nicht ausreichend Zeit für eine optimale Bearbeitung der Manuskripte (Kürzungen, Zusammenfassungen, Vermeidung von Überschneidungen in verschiedenen Artikeln u.ä.) bleibt – was wiederum die weitere Aufblähung des AK und sonstige Schwierigkeiten in der Endredaktion zur Folge hat.

Die erste AK-Debatte

Die erste umfassendere Debatte über die AK-Konzeption wurde im Rahmen unserer ‚Krisen-Debatte' im Sommer 1978 geführt. Unmittelbarer äußerer Anstoß war ein ebenso plötzliches wie starkes Absinken der Verkaufszahlen: Die AK-Auflage hatte sich 1977 positiv entwickelt. Zu Jahresanfang hatte sie schon bei 24.000 gelegen (vor allem beeinflußt durch die Brokdorf/Grohnde-Mobilisierung), war dann im Sommer 1977 etwas zurückgegangen (auf ca. 21.000) und im Herbst 1977 nochmals auf 23.000 – 24.000 angestiegen (u.a. Stammheimer „Selbstmorde" und Russell-Tribunal). Anfang 1978 jedoch begann die Auflage rasch zu sinken. Anfang März immerhin noch 21.000, Mitte April nur noch 17.500. Als wir im AK 134 (24.7.78) die AK-Debatte eröffneten, lag die Auflage bei 14.000. Der AK 138, in dem die AK-Debatte erst einmal abgeschlossen wurde, hatte nur noch eine Auflage von 12.500.

Im AK 134 wurde vor diesem Hintergrund eine knappe gemeinsame Stellungnahme von LG- und AK-Redaktion veröffentlicht (S. 44). Dort hieß es, *„daß zwar auf der einen Seite der AK stärker als in irgendeiner anderen Phase unserer Entwicklung Beachtung gerade unter den aktiven und führenden Kräften der ‚Neuen Linken' findet, insbesondere wegen der Fülle von Spezialinformationen (...). Auf der anderen Seite jedoch steht die mittlerweile schon besorgniserregende Verkaufs- und Auflagenentwicklung des AK".* Als Ursachen dieses Rückgangs wurden in der Stellungnahme genannt:

- *„objektive Schwierigkeiten, heute eine kommunistische Zeitung massenhaft zu verkaufen ...";*
- *„ein starkes Absinken der Verkaufseinsätze, u.a. zusammenhängend mit den objektiven Schwierigkeiten beim Verkauf ...";*
- *„spezielle Schwierigkeiten, die sich aus dem derzeitigen Erscheinungsbild des AK ergeben (viel zu dick, zu hoher Preis, zu wenig ansprechend für breiteren Verkauf".*

Folgender Vorschlag wurde in der Stellungnahme zur Diskussion gestellt: *„Der AK soll durch ein strafferes politisch-redaktionelles Konzept auf etwa die Hälfte des jetzigen Umfangs* (damals 52 Seiten) *reduziert werden und damit auch im Preis wieder nach unten kalkuliert werden. Dies soll zum einen erreicht werden durch eine stärkere Bearbeitung der Artikelmanuskripte auf das Wesentliche hin und durch eine Schulung der schreibenden und korrespondierenden Genossen insgesamt in diesem Sinn. Des weiteren soll versucht werden, unter den Artikeln selbst strenger auszuwählen – weniger und nicht so häufig Details zu bringen, dafür gelegentlich zusammenfassende Artikel und Broschüren/Infos zu Einzelthemen (...)".*

Entlastet werden sollte der AK diesem Vorschlag zufolge außerdem durch die Wiederbelebung von „Unser Weg" (‚theoretisches Organ') und der „Internationalen" sowie durch Bemühungen um ein (möglichst nicht allein vom KB zu tragendes) Antifa-Bulletin.

Im AK 136 bis 138 wurden hierzu insgesamt 7 Seiten Diskussionsbeiträge veröffentlicht. Folgende Tendenzen gab es dabei:

- Von Nicht-Mitgliedern des KB kamen geradezu beschwörende Briefe, „keinen Scheiß zu machen". Der AK sei ihnen gerade durch das breite Angebot an Informationen und Spezialuntersuchungen (z.B. Prozeß-Berichte, Nazi-Szene) wertvoll. Eine „Straffung" des AK werde zweifellos auf Kosten dieser Informationsbreite gehen, sei daher abzulehnen.
- Innerhalb des KB hingegen wurde vielfach argumentiert, der AK sei durch ein Übermaß von Teilinformationen allzu aufgebläht. Solche Informationen solle man sich lieber aus dem „Spiegel" oder der „Frankfurter Rundschau" holen („TAZ" und „NEUE" gab es damals noch nicht). Die Berichterstattung über Nazis, Prozesse u.a.m. sei zu lang und ausführlich. Die Artikel hätten vielfach zu wenig „Niveau". Statt einer Fülle von Informationen solle der AK mehr zusammenfassende Analysen vom kommunistischen Standpunkt vermitteln. Ganz extrem wurde dieser Standpunkt im Hamburger SSB (Studenten) formuliert: *„Fakten* (sollen) *als Belege der politischen Analysen nur dort gebracht werden, wo sie unerläßlich sind";* der AK solle *„so wenig Informationen wie möglich"* bringen, nämlich nur *„so viele wie eben noch nötig, um den Lesern ein wahrheitsgetreues Bild und eine eigenständige Beurteilung unseres Kommentars zu ermöglichen."* (AK 137, S. 46)
- Oft wurde die Meinung geäußert, die Reduzierung des AK-Volumens sollte mit einer Umstellung auf wöchentliches Erscheinen verbunden werden. Begründet wurde dies mit Hinweisen auf die dadurch zu erreichende größere Aktualität.

Insgesamt führte die damalige Debatte nicht zu konkreten Veränderungen des AK, weder zu einer Reduzierung des Umfangs noch zu wesentlich mehr qualifizierten, umfassenden Analysen. Zum einen ist selbstkritisch zuzugeben, daß damals der Plan einer Reduzierung des Umfangs seitens der Redaktion nicht konsequent weiterverfolgt wurde, sondern sich die Praxis des ‚Laufenlassens' durchsetzte. Zum anderen gab es 1979 heftige innerorganisatorische Auseinandersetzungen (zuerst um die „Kritik-Fraktion", dann um die Zentrumsfraktion), die sich auch im Umfang des AK niederschlugen. Zudem beanspruchten neue Themen (vor allem die Wahldiskussion) zusätzlichen Platz im AK. Die Überlegung, den AK durch Wiederbelebung von „Unser Weg" und „Internationale" zu entlasten, erwies sich als nicht praktikabel: In der Diskussion wurde vielfach auf die Problematik verwiesen, zusätzlich und neben dem AK weitere Zeitungen anbieten zu sollen, was als schwierig eingeschätzt wurde. Für die „Internationale" kam die Erfahrung früherer Zeiten hinzu, daß man eigentlich eine recht große und arbeitsintensive Redaktion brauchen würde, um diese Zeitung nicht zum Sammelplatz von Ladenhütern aus dem AK-Abfall werden zu lassen. Die Voraussetzungen für einen solchen eigenen Redaktionsstab zur Internationalismus-Arbeit waren und sind im KB aber nicht gegeben. Als nicht praktikabel erwies sich auch ein regelmäßiges Erscheinen des UW und eine Auslagerung von Artikeln aus dem AK in diese Zeitschrift: Da klar ist, daß die Auflage einer solchen Zeitschrift viel niedriger ist als die des AK, würde eine Auslagerung von mehr theoretischen Artikeln aus dem AK geradewegs negativ wirken, indem der Kreis der Anzusprechenden von vornherein eingeengt würde. Daher blieb es dabei, den UW nur unregelmäßig und zu ganz speziellen Themen (z.B. Dokumentationen innerorganisatorischer Auseinandersetzungen, Kongreß-Diskussionen u.ä.) erscheinen zu lassen.

Zur Neuauflage der AK-Debatte

Ungefähr seit Mai dieses Jahres wird die AK-Debatte erneut geführt. Grob gesagt geht es dabei um drei verschiedene, aber in Zusammenhang miteinander stehende Komplexe:

1. Der Anfang Mai ausgelöste Notruf hinsichtlich der technischen Erstellung des AK (Composer, Lay-Out, Foto-Arbeiten): u.a. bedingt durch die Abspaltung der Zentrumsfraktion („Gruppe Z") war die Personalsituation in der ‚Technik' so kritisch, daß eine sofortige Reduzierung des AK auf 48 Seiten (statt damals 60 Seiten) absolut unvermeidlich geworden war. Diese Reduzierung gelang – notgedrungen! – diesmal auf Anhieb: Von den fünf letzten Ausgaben des AK (177 – 181) haben vier einen Umfang von 48 Seiten, eine von 52 Seiten. Dabei ist erschwerend zu berücksichtigen, daß mit dem Thema ‚Mietkampf' ein neues Gebiet zu bearbeiten ist, das in den letzten AK's jeweils mit mehreren Seiten plaziert war. Die Reduzierung des AK-Umfangs hat in erster Linie die Bereiche Antifa und Revisionismus/Westdeutsche Linke getroffen. Wir geben hier für einige zentrale Bereiche des AK einen Vergleich zwischen der Seitenzahl in AK 172 bis AK 176 (jeweils die erste Zahl) und AK 177 bis AK 181 (Zahl in Klammern):

AKW	17	(15)
Wahlen	37	(34)
Frauen	26	(24)
Betrieb & Gew.	26	(20)
Schwule/Lesben	8	(9)
Antifa	19	(8)
Klassenjustiz	18	(14)
Militarismus	12	(11)
Linke/Revisionismus	28	(16)

2. Die Diskussion um eine Erhöhung des AK-Preises. Aus den vorliegenden Kalkulationen ergibt sich, daß selbst bei einem reduzierten Umfang von 48 Seiten der AK-Preis mit DM 2 (dieser Preis besteht seit August 1977) viel zu niedrig angesetzt ist. Faktisch muß also ständig aus dem Organisationsvermögen zugeschossen werden, um den Preis zu halten. Andererseits verbinden viele Genossinnen und Genossen eine Preiserhöhung auf DM 3 oder gar 4 DM (was angesichts der Kosten wohl gerechtfertigt wäre) mit der Sorge, daß der Verkauf des AK dann noch weiter zurückgehen könnte.
3. Ansätze für eine neue Debatte um die AK-Konzeption. Bisher sind dazu folgende (teilweise widersprüchliche) Argumente und Ansichten geäußert worden:

- Man/frau solle sich Gedanken über eine andere „Aufmachung" des AK machen. Es sei nämlich *„immer wieder eine Hemmschwelle ..., mit einer so eindeutig kommunistisch aufgemachten Zeitung unter die Leute zu gehen."* Eine *„weniger ‚eindeutige' "* (*„seriösere"*) Aufmachung insbesondere der AK-Titelseite könne möglicherweise den Verkauf erleichtern und fördern.
- Umstellung des AK auf wöchentliches Erscheinen mit einem Umfang von maximal 36 Seiten. Radikale Veränderung des Erscheinungsbildes, insbesondere der Titelseite: *„größere, aber knapper formulierte Aufmacher, aktueller ..., mehr aussagekräftige Fotos ... Im Inneren Verbot von Bleiwüsten, lockeres Lay-Out, straffere Artikelauswahl und Raffung bestimmter Themen ...".* Öffnung neuer Vertriebswege (z.B. Kioske), Bemühung um Anzeigenkunden.
- *„Eine Gestaltung, die sich tendenziell nach der BILD richtet",* könne *„am ehesten den Anforderungen nach Vielfalt, Aktualität, Übersichtlichkeit gerecht"* werden. *„Die Themen, die auf die Titelseite kommen, sollten weniger insidermäßig auf die Stammkundschaft ausgerichtet sein als vielmehr auf sporadische bzw. Noch-Nie-Käufer(innen). Dies bedeutet, daß die Aktualität und Vielfältigkeit der behandelten Themen deutlich im Vordergrund stehen sollte."*

Gemeinsam ist diesen Überlegungen, daß sie sich ausschließlich auf die äußere Gestaltung des AK beziehen, auch wenn diese letztlich Rückwirkungen für das inhaltliche Konzept der Zeitung haben müßte („Massenzeitung").

Überlegungen zum Inhalt des AK liegen aus der Antifa-Kommission (Hamburg) vor:

- Die Qualität des AK sei gesunken. Der AK gebe zu wenig *„Antworten auf ‚brennende Fragen' ",* biete *„zu wenig konzentrierte und gezielte Untersuchungsarbeit an klar festgelegten Schwerpunktthemen".* Auch die Qualität der Artikel sei insgesamt gesunken. *„Es wird nicht mehr an früheren Grundlagen angeknüpft, Artikel fallen z.T. sachlich hinter den früheren Stand zurück",* was mit der Fluktuation in den Kommissionen (verschärft durch die Abspaltung der Zentrumsfraktion) zusammenhängen könne. Es gebe *„zu viel unkontrollierte Nachschreibe"* aus „TAZ", „NEUE" u.a. *„Ein Großteil der Artikel wird offenbar nicht aus der Fragestellung geschrieben, was die Bewegung interessiert und beschäftigt, sondern was die AK-Schreiber/innen interessiert und beschäftigt, d.h. die Aktualität des AK mißt sich zu großen Teilen an der inneren Logik des KB, nicht an der der Bewegung".* Im AK werde der ‚Pluralismus' zu weit getrieben, indem Stellungnahmen (z.B. auf den Seiten ‚Klassenjustiz') weitgehend ohne Auseinandersetzung von unserer Seite dokumentiert werden. Der AK müsse sich stärker mit revolutionärer Propaganda befassen.
- Es müsse *„Schluß gemacht werden mit der naturwüchsigen Erstellung des AK".* Stattdessen sei eine *„Schwerpunktplanung"* notwendig. Nötig sei dazu die *„Bildung einer redaktionellen Planungsgruppe, die einen mittelfristigen Plan für Untersuchungs-Projekte des KB einerseits, und laufende, darauf basierende AK-Artikel andererseits, zusammenfaßt, d.h. den bestehenden Kommissionen eine Planungabverlangt, ggf. Projekte zusammenführt, neue Projektgruppen initiiert etc. ... Die redaktionelle (wissenschaftliche) Planungsgruppe muß auch die Veröffentlichungspraxis des KB bzgl. Broschüren, Verlag kontrollieren ...".*

• • •

Wir werden weitere Beiträge zu dieser Diskussion (auch die Stellungnahme der AntiFa–Kommission im Wortlaut) in den kommenden Ausgaben des AK veröffentlichen – und hoffen auf eine rege Aussprache auch über die Mitgliedschaft im KB hinaus.

Wat mut, dat mut...

AK wird teurer!

Laut Beschluß der nationalen Delegierten–Konferenz des KB vom 5. bis 6.7.1980 soll der Verkaufspreis des AK zukünftig seinen Produktionskosten angepaßt werden.

Der jetzige AK–Verkaufspreis von DM 2.– wurde im Jahre 1977 (also vor drei Jahren!) festgelegt, als wir noch eine verkaufte Auflage von durchschnittlich 14.000 – 15.000 Exemplaren hatten. Zwischenzeitlich sind wir in unserer abschüssigen Entwicklung unserer Verkaufsergebnisse bei rund 7.000 Exemplaren/Ausgabe angelangt (und das ist schon hochgeschätzt). Allein dieses Minus schlägt mit rund 6.000 DM pro Ausgabe zu Buche (da ja ein erheblicher Teil der Produktionskosten wie Raum-/Maschinen–Mieten und Personalkosten weitgehend gleich bleiben, unabhängig von der Höhe der Auflage). Um nur dieses Loch zu stopfen, müßten wir den AK–Preis bereits auf DM 3.– erhöhen.

Hinzu kommt jedoch, daß neben der allgemeinen Inflation in den letzten drei Jahren (die man wohl ohne weiteres mit knapp 20 % veranschlagen kann) vor allem im Druck–, Photo– und graphischen Gewerbe geradezu eine Preisexplosion stattgefunden hat, die eine relativ aufwendig gestaltete Zeitung wie den AK besonders hart trifft: So wurden allein in diesem Jahr die Preise für Photo-Artikel um rund 60 (sechzig) % und die Papierpreise schon in den zurückliegenden zwei Jahren um etwa den gleichen Prozentsatz angehoben.

Wollen wir uns nicht finanziell ruinieren und unsere Zeitung weiterhin monatlich mit Unsummen aus den Beiträgen der KB–Mitglieder bezuschussen, ist eine sofortige und spürbare Erhöhung des AK–Verkaufspreises unumgänglich.

Um dies an den augenblicklichen Produktionskosten des AK, wie sie monatlich für die Hamburger Satz– und Verlagskooperative anfallen, deutlich zu machen und zu belegen, wollen wir im Folgenden eine kurze Übersicht geben. Die Rechnung geht aus von einer AK–Auflage von 8.000 Exemplaren, von denen 7.000 verkauft werden (Umfang 48 Seiten):

Druck	14.000 DM
Raummieten	2.750 DM
Composermieten	2.750 DM
Reparaturen und Rücklagen für Neuanschaffungen	2.000 DM
Fotosatz	576 DM
EDV–Eingabegerät	270 DM
EDV–Kosten	600 DM
Buchhaltung/Steuerberater, Datev–Auswertungen	1.200 DM
LKW–Miete	340 DM
Frachtkosten	800 DM
Porto	1.500 DM
Verpackung	400 DM
Telefon	800 DM
Gas	600 DM
Strom	270 DM
Versicherungen	350 DM
Layout–Material	300 DM
10 Angestellte für Verlag, Technik und Redaktion	23.000 DM
Buchladenrabatte	600 DM
Gesamtkosten/Monat	53.106 DM

Dies bedeutet, daß bei derzeit etwa 7.000 verkauften AKs uns jede Zeitung 3.80 DM kostet. Bei weiter absinkenden Verkaufzahlen würde der Stückpreis noch weiter in die Höhe schnellen – während er umgekehrt bei einer Auflagensteigerung zu senken ist (bei 10.000 verkauften Zeitungen lägen wir bei 2.65 DM/AK).

Der Preis, der die gestiegenen Produktionskosten des AK und die aus sinkenden Verkaufzahlen resultierenden Verluste in etwa abdecken könnte, müßte bei 4.– DM liegen. Selbst damit wäre der AK noch eine der billigsten Zeitungen der BRD–Linken (mit Ausnahme der DKP–Zeitung und wohl auch der KBW–KVZ, die aber beide reichlich bezuschußt werden dürften). Sowohl die beiden linken Tageszeitungen als auch Blätter wie 'links', Konkret, Spontan oder Titanic (die allesamt noch einen erheblichen Teil ihrer Kosten über Anzeigengeschäfte finanzieren), liegen höher im Preis als der AK, wenn die jeweils auf Composer bzw. Fotosatz geschriebenen Textmengen miteinander verglichen werden.

Trotzdem: Es muß in zwei Richtungen diskutiert und entschieden werden. Zum einen gilt es, Anstrengungen zu einer nachhaltigen Auflagensteigerung zu unternehmen – und in diesem Rahmen auch erneut über die Konzeption unserer Zeitung nachzudenken und Meinungen auszutauschen (denn sonst kann es am Ende noch passieren, daß wir eine Mitgliederzeitschrift zu Apothekerpreisen herausbringen müssen). Zum anderen ist jedoch aktuell eine Preisanpassung unerläßlich (s.o.).

Es sind jetzt zwei Vorschläge (im Rahmen des Verlags– und Redaktionskollektivs) erörtert worden, die wir sowohl den KB–Mitgliedern als auch darüberhinaus der AK–Leserschaft vorstellen und zur Abstimmung bringen wollen:

1. Der AK–Preis wird von der nächsten Ausgabe an (erscheint am 25.8. 1980) generell auf die kostendeckende Höhe von 4.– DM pro Ausgabe angehoben.

2. Der AK–Preis wird von der nächsten Ausgabe an um 1.– DM auf 3.– DM erhöht – zusätzlich wird für diejenigen, die diese Zeitung unterstützen wollen ein „Förder–Preis" von 5.– DM mit ausgedruckt. Das Förder–Abonnement würde entsprechend angehoben.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen und auch alle interessierten Leserinnen und Leser diese Problematik und unsere Vorschläge zu diskutieren – und uns möglichst rasch ihre Meinung dazu mitzuteilen. Beiträge, die das augenblickliche AK–Konzept problematisieren und Änderungsvorschläge machen, sind uns natürlich ebenso willkommen.

Leitendes Gremium des KB und AK–Redaktion — Hamburg, 18.7.80